



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Darstellung geflüchteter Menschen in den österreichischen Tageszeitungen *Die Presse* und *Kronen Zeitung*. Ein Vergleich der Berichterstattung über Fluchtbewegungen im Zuge der postjugoslawischen Kriege und des syrischen Bürgerkrieges.“

verfasst von / submitted by

Lucas Deimann, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Danksagung

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Betreuer ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell für das Interesse an meinem Thema und die hilfreiche Unterstützung bedanken.

Mein besonderer Dank gilt meiner Mutter und meiner Patentante für die tatkräftige Unterstützung in theoretischen und methodischen Fragen.

Darüber hinaus bedanke ich mich bei Peter-Paul für den konstanten Ansporn zur Fertigstellung dieser Arbeit.

Zuletzt möchte ich mich bei meiner Freundin bedanken, die immer Verständnis, aufmunternde Worte und ein offenes Ohr für mich in schwierigen Situationen hatte.

1. Einleitung	1
1.1. Forschungsfragen.....	4
2. Migrationsforschung: Begriffe und Definitionen.....	6
2.1. Migrations- und Integrationsforschung im Überblick	6
2.2. Definition der Begriffe „Migration“, „Geflüchtete“ und „Integration“	10
2.3. Medien und Migration	13
2.3.1. Medien und Migration - Forschungsstand	15
2.3.2. Die Berichterstattung über Geflüchtete - Forschungsstand	17
2.4. Berichterstattung über MigrantInnen und Asylsuchende - Fazit.....	20
3. Asylrecht und Asylpolitik in Österreich und auf europäischer Ebene....	22
3.1. Internationaler Flüchtlingsschutz im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention.....	22
3.2. Subsidiärer Schutz	25
3.3. Aufenthaltsrecht nach Art. 8 EMRK („Bleiberecht“)	25
3.4. Asylrecht und Asylpolitik auf Europäischer Ebene	26
3.5. Asylpolitik in Österreich von 1945 bis heute	29
3.5.1. Österreichs Umgang mit „politischen Flüchtlingen“ in der Zeit des Kalten Krieges	29
3.5.2. Asylpolitik zu Beginn der 1990er Jahre und Verschärfungen des Fremdenrechts .	32
4. Die postjugoslawischen Kriege 1991-1998	35
4.1. Ursachen der postjugoslawischen Kriege und staatliche Desintegration Jugoslawiens	35
4.2. Der 10-Tage-Krieg in Slowenien	41
4.3. Krieg in Kroatien	42
4.4. Krieg in Bosnien-Herzegowina	44
4.4.1. Ausbruch des Krieges und serbische Expansion	45
4.4.2. Bruch der bosnokroatisch-bosniakischen Koalition und „Krieg im Kriege“	46
4.4.3. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina	46
4.4.4. „Ethnische Säuberungen“ während des Bosnienkrieges und das Massaker von Srebrenica	48
4.4.5. Militärische Wende in Bosnien und der Friede von Dayton.....	49
4.5. Der Kosovo-Krieg (1998/1999).....	50

5. Der Krieg in Syrien (2011-)	55
5.1. Die Entwicklungen in Syrien vor den Protesten des Jahres 2011	56
5.1.1. Gründung der Baath-Partei, ägyptisch-syrische Union und Machtübernahme durch Hafiz al-Assad.....	57
5.1.2. Syrien unter Hafiz al-Assad (1970-2000).....	58
5.1.3. Das syrische Regime unter Bashar al-Assad bis zum Ausbruch der syrischen Revolution.....	60
5.2. Proteste gegen das Assad-Regime ab März 2011	62
5.3. Überblick über die nationalen und internationalen Konfliktparteien	65
5.3.1. Nationale Akteure	66
5.3.2. internationale Akteure.....	71
5.3.3. syrische Exilinstitutionen.....	74
5.4. Bisheriger Verlauf des Syrienkrieges (2011-August 2018)	75
5.5. Bisheriges Fazit des Syrienkrieges	81
6. Methode	85
6.1. Geschichte und ökonomische Struktur der Tageszeitung <i>Die Presse</i>	90
6.2. Geschichte und ökonomische Struktur der Tageszeitung <i>Kronen Zeitung</i>	92
7. Ergebnisse	95
7.1. Ergebnisse der quantitativen Erhebung	95
7.1.1. Darstellungsform der Artikel	96
7.1.2. In welchen Ressorts fand die Berichterstattung über Geflüchtete statt?.....	97
7.1.3. Thematisierung der „Herkunft“ von Geflüchteten.....	98
7.2. Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse.....	100
7.2.1. Ergebnisse der <i>Presse</i> und <i>Kronen Zeitung</i> für den Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre.....	100
7.2.2. Ergebnisse der <i>Presse</i> und <i>Kronen Zeitung</i> für den Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre	110
7.3. Beantwortung der Forschungsfragen.....	126
7.3.2. Diskussion der Ergebnisse	131
8. Literaturverzeichnis	139
8.1. Sekundärliteratur	139
8.2. Internetquellen und Zeitungsartikel.....	149

9. Anhang	153
9.1. Codebogen	153
9.2. Überblick über die Häufigkeiten der Kategorien	248
9.3. Abkürzungsverzeichnis	249
9.4. Tabellenverzeichnis	251
9.5. Untersuchte Artikel.....	251
9.5.1. Kronen Zeitung	251
9.5.2. Die Presse.....	261
9.6. Abstract (Deutsch).....	283
9.7. Abstract (English).....	284

1. Einleitung

Österreich kann im Laufe seiner Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg auf eine lange Tradition als Aufnahmeland von geflüchteten Menschen zurückblicken. Durch die Gewährung von Asyl für politisch verfolgte Menschen aus unterschiedlichen Staaten des Warschauer Paktes (Ungarn, ČSSR, Polen) gelang es der österreichischen Politik sich auf internationaler Ebene als „Aufnahmestaat“ geflüchteter Menschen zu profilieren und gleichzeitig eine konstante Strategie der Westintegration zu verfolgen¹. Im Vergleich zu vergangenen Situationen, in denen Österreich als Aufnahmestaat für geflüchtete Menschen fungierte, kam es Anfang der 1990er Jahre zu einem Wandel der österreichischen Asyl- und Fremdenpolitik, der ebenfalls von einem Wandel des gesellschaftlichen Diskurses über Flucht und Migration begleitet wurde. Ab diesem Zeitpunkt folgte eine Reihe von Verschärfungen des Fremdenrechtes,² die vor allem vor dem Hintergrund des Ausbrechens der postjugoslawischen Kriege in direkter Nachbarschaft zu Österreich und den daraus resultierenden größten Fluchtbewegungen seit dem 2. Weltkrieg erfolgten. Auf Grund der geographischen Nähe kamen bis insgesamt 1995 ca. 100.000 geflüchtete Menschen nach Österreich.³ Die Ankunft einer großen Anzahl geflüchteter Menschen führte darüber hinaus auch innerhalb der österreichischen Bevölkerung zu einer zunehmenden Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten, wie etwa dem Zuwachs des Zuspruches für die fremdenfeindliche Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in dieser Zeit zu erkennen ist. Auch wenn der Diskurs über die Aufnahme von MigrantInnen auch nach dem Ende des Konflikts in Jugoslawien nie ganz abbrach, kam es doch auf Grund des Anstiegens der Flüchtlingsbewegungen nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges im Jahr 2011 zu einem massiven Anstieg der Aufmerksamkeit für diese Thematik, sowohl auf innenpolitischer als auch auf europäischer Ebene, die mediale Berichterstattung über die Themen „Asyl“ und „Flucht“ stieg seit dem Sommer 2015⁴ ebenfalls exponentiell an.⁵ Laut österreichischem

¹ vgl. Rathkolb, Oliver (2011): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Haymon-Verlag. Wien.

² vgl. Langthaler, Herbert (2010): Österreichische Asylpolitik im Kontext der EU. In: Sauer, Walter (Hg.) (2010): Vom Paradies zum Krisenkontinent. Afrika, Österreich und Europa in der Neuzeit. Wien. S. 199-216. In: http://www.asyl.at/LV2012/Oesterreichische_Asylpolitik_im_EU-Kontext.pdf, Zugriff am 2.9.2016. hier: S.202.

³ Bauer, Werner T. (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. In: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf, Zugriff am 14.8.2016. S.7.

⁴ vgl. APA-OnlineManager (AOM) Library. In: <http://www.aom.apa.at/Site/Home.de.html>, Zugriff am 15.9.2016. Eine Medienpräsenzrecherche unter dem Schlagwort “Flüchtlinge” in österreichischen Tageszeitungen zeigt einen deutlichen Anstieg der veröffentlichten Meldungen mit dem Schlagwort “Flüchtling” ab Mai 2015. Den Höhepunkt der erschienenen Meldungen stellt der Zeitraum September 2015 dar. In der Woche ab Montag dem 14.9.2015 wurden in einer Woche insgesamt 1.778 Meldungen registriert.

Innenministerium stellten im Zuge des Jahres 2015 insgesamt 88.151 Personen einen Asylantrag in Österreich.

Zentrales Anliegen der vorliegenden Arbeit ist ein Vergleich der medialen Berichterstattung über die Aufnahme geflüchteter Menschen in Österreich zu den unterschiedlichen Zeitpunkten der postjugoslawischen Kriege (1990er Jahre) und des Syrienkrieges (2010er Jahre). Ziel ist es, den medialen Diskurs über diese beiden großen Flüchtlingsbewegungen der jüngeren Geschichte Österreichs miteinander zu vergleichen. Als untersuchte Medien werden die österreichische Qualitätszeitung *Die Presse* und die österreichische Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* miteinander verglichen, nicht zuletzt weil die Frage gestellt werden soll, inwieweit sich der gesellschaftliche und asylpolitische Rechtsruck auch in den konservativ bzw. populistischen Blattlinien der beiden Medien wiederfinden lässt.

Obwohl die beiden Fluchtbewegungen unterschiedliche Ursachen und Entstehungsgründe aufweisen, haben sie die zentrale Gemeinsamkeit, dass Österreich sowohl in den 1990er Jahren als auch heutzutage als eines der wichtigsten Aufnahmeländer fungierte und immer noch fungiert. Darüber hinaus ist im Zuge beider Ereignisse eine anfängliche Aufnahmebereitschaft durch die österreichische Politik/Bevölkerung/Medienlandschaft zu erkennen, die sich aber letztendlich in eine zunehmende Ablehnung der Aufnahme geflüchteter Menschen wandelte und zu einem Stimmenzuwachs, letztendlich sogar zu zwei Regierungsbeteiligungen der FPÖ führte. Im Zuge der vorliegenden Arbeit wird auf theoretischer Ebene dem Agenda-Setting-Ansatz gefolgt, der grundsätzlich besagt, dass Medien weniger Einflüsse auf Verhaltensweisen und Einstellungsänderungen der RezipientInnen ausüben, sondern vielmehr maßgeblich die Themen beeinflussen, über die LeserInnen nachdenken und kommunizieren.⁶ Obwohl (auch im Rahmen dieser Arbeit) nicht geklärt werden kann, ob Medien tatsächlich eine „Thematisierungsfunktion“ ausüben, oder ob sie aus ihrem privatwirtschaftlichen Interesse lediglich darauf reagieren, worüber die RezipientInnen lesen wollen, kann ein Austausch zwischen medialem und gesellschaftlichem Diskurs (in welcher Richtung auch immer) angenommen werden.

Durch eine Analyse der Berichterstattung über geflüchtete Menschen zu beiden Zeitpunkten wird es möglich, die mediale Verarbeitung der Ankunft von geflüchteten Menschen miteinander zu vergleichen und zentrale Unterschiede bzw. etwaige Gemeinsamkeiten

⁵ vgl. Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne (2016): Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. In: *Communicatio Socialis*. Bd.49. Nr.1 2016. S.21-38. Hier: S.21.

⁶ vgl. Burkart, Roland (2002): *Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft*. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S.248f.

festzustellen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es zu erheben, welche Themen und Diskurse zu den unterschiedlichen Zeitpunkten dominieren und ob auf medialer Ebene Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der Ankommenden gemacht werden. Wie interpretieren österreichische Medien die innenpolitischen bzw. auf europäischer Ebene diskutierten Lösungsansätze der Politik? Welche Chancen, welche Risiken werden in der Ankunft von geflüchteten Menschen und AsylwerberInnen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gesehen? Welche ökonomischen, politischen, historischen oder kulturellen Rahmenthemen dominieren die Berichterstattung über Flüchtlingsbewegungen zu den unterschiedlichen Zeitpunkten?

Die vorliegende Arbeit kann deshalb als Beitrag gesehen werden, welcher die journalistische Aufarbeitung zu den Themen Flucht und Asylpolitik analysiert und schließlich versucht, Gründe für die Ausprägung der Berichterstattung durch die Miteinbeziehung gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen zu erbringen. Im Zuge der geplanten Analyse innerhalb dieser Arbeit soll erhoben werden, wie das gesellschaftliche System der Medien bzw. des Journalismus unterschiedliche Flüchtlingsbewegungen darstellt. Es soll untersucht werden, ob bestimmte Grundmuster innerhalb der Berichterstattung über Flucht und begleitende Themen des Asylrechts gefunden werden können, oder ob die derzeit von allen Seiten als „Krise“, „Strom“, oder gar „Flut“ bezeichneten Migrationsbewegungen auch journalistisch anders als bisher da gewesene Situationen charakterisiert werden.

Im Zuge des ersten Kapitels der Arbeit erhält der/die LeserIn einen Einblick in den Bereich der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung. Anschließend wird der derzeitige Forschungsstand zu den Themengebieten „Medien und Migration“ bzw. „Flucht und Migration“ vorgestellt.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit Asylrecht und Asylpolitik, wobei asylrechtliche Bestimmungen auf internationaler, europäischer und nationaler (österreichischer) Ebene näher betrachtet werden.

Das vierte und fünfte Kapitel thematisieren die beiden großen Zeiträume, die im Zuge dieser Untersuchung analysiert werden, einerseits die postjugoslawischen Kriege (von 1991-1998) und andererseits den Krieg in Syrien (2011-heute). Neben einer Entstehungsgeschichte der beiden Konflikte, kommt es zu einer Beschreibung der Auswirkungen der Konflikte auf die österreichische Gesellschaft, die sich insbesondere durch die Ankunft einer großen Anzahl geflüchteter Menschen manifestiert.

Aus diesen beiden Zeiträumen leiten sich auch die gewählten Untersuchungszeiträume ab, die im Zuge der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert werden.

Schlussendlich kommt es im letzten Kapitel dieser Arbeit zu einer Vorstellung der erhobenen Ergebnisse, der Beantwortung der Forschungsfragen und der Einordnung der Erkenntnisse in den kommunikationswissenschaftlichen Forschungsstand, die im Rahmen der Diskussion der Ergebnisse erfolgt.

1.1. Forschungsfragen

Folgende Forschungsleitende Fragestellungen werden im Zuge der vorliegenden Arbeit untersucht:

FF1: *Inwiefern unterscheidet sich die Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen Die Presse und der Kronen Zeitung über geflüchtete Menschen in den Zeiträumen der 1990er Jahre (postjugoslawische Kriege) und der 2010er Jahre (Syrischer Bürgerkrieg)?*

FF2: *Inwiefern unterscheidet sich die Berichterstattung über Geflüchtete innerhalb der österreichischen Qualitätszeitung Die Presse von der Berichterstattung des Boulevardmediums Kronen Zeitung? Kann aus den Blattlinien der Tageszeitungen auf die Berichterstattung über geflüchtete Menschen geschlossen werden?*

Darüber hinaus stellen sich aus der Literatur und der Forschung zu dem Themengebiet „Medien & Migration“ einige „abgeleitete Fragestellungen“, die schließlich im Zuge der Diskussion der Ergebnisse⁷ beantwortet werden:

- Welche Rahmenthemen dominieren die Berichterstattung zu den unterschiedlichen Untersuchungszeiträumen? (ökonomische, politische, soziale, kulturelle Themen, Kriminalitätsberichterstattung etc.)
- Inwiefern unterscheidet sich die Berichterstattung österreichischer Qualitätszeitungen von der Berichterstattung von Boulevardmedien? Hat die unterschiedliche Ausrichtung der Blattlinie der untersuchten Tageszeitungen einen Einfluss auf die Darstellung einzelner geflüchteter Menschen oder auf die Darstellung von Flüchtlingsbewegungen?

⁷ Die Diskussion der Ergebnisse findet sich auf S.152.

- Welchen Raum erhalten einzelne geflüchtete Menschen innerhalb der Berichterstattung?
Wird die Seite der geflüchteten Menschen betrachtet oder kommt es zu Gesamtdarstellungen ganzer Gruppen geflüchteter Menschen z.B: in Nationen, als Gruppe...

2. Migrationsforschung: Begriffe und Definitionen

Bevor im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit die Darstellung von geflüchteten Menschen in österreichischen Tageszeitungen erhoben werden kann, ist es notwendig sich mit einer Reihe von Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen, welche den derzeitigen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Diskurs über die Themenkomplexe „Migration“ „Flucht“ und „Integration“ bestimmen. Um dies zu gewährleisten, wird auf Ansätze der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zurückgegriffen, welche eine Vielzahl an Begriffsbestimmungen und Überlegungen zu diesen Begriffen liefern. Nach den Definitionen erfolgt ein grober Überblick über eine Auswahl an Theorien der neueren Migrationswissenschaft zu den Formen von Migration sowie den Motiven, die zu Migrationsentscheidungen führen können. Dabei wird besonderes Augenmerk auf eine Definition des Begriffes des „Geflüchteten“ gelegt, der eine Sonderform der Migration (erzwungene Migration bzw. „Forced Migration“) darstellt. Versucht wird, eine alternative Definition zu den auf politischer Ebene etablierten Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) herauszuarbeiten, die dann ebenfalls als Grundlage für das Kategoriensystem innerhalb des empirischen Teiles der Arbeit dienen soll. In einem weiteren Schritt wird der aktuelle Forschungsstand der Migrationsforschung sowie die wichtigsten kommunikationswissenschaftlichen Studien zu den Themenkomplexen „Medien und Migration“ vorgestellt und anschließend diskutiert.

2.1. Migrations- und Integrationsforschung im Überblick

Die internationale Migrationswissenschaft ist stark interdisziplinär geprägt. Vor allem seit den 1980er Jahren kam es zu einem Anstieg von wissenschaftlichen Publikationen, die sich aus soziologischer, ökonomischer, historischer, politikwissenschaftlicher, rechtswissenschaftlicher oder kulturwissenschaftlicher Perspektive mit der Thematik „Migration“ auseinandersetzen. An dieser Stelle wird vor allem der sozial- bzw. geisteswissenschaftliche sowie der ökonomische Zweig der Migrationsforschung näher betrachtet.⁸

⁸ Der Überblick über die unterschiedlichen Theorien und Strömungen der Migrationswissenschaft orientiert sich an der Darstellung von Schwenken, Helen (2018): Globale Migration. Zur Einführung. Junius-Verlag. Hamburg. S. 63-113. Eine ähnliche Darstellung findet sich bei Hoesch, Kirsten (2018): Migration und Integration. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 61-79.

Der Ursprung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Migration ist in Ravensteins „Gesetzmäßigkeiten der Migration“⁹ von 1885 zu finden. Ravenstein untersuchte empirische Daten zu dem „Wanderungsverhalten“ der britischen Bevölkerung im Zeitalter der Industrialisierung und hatte vor allem die Erklärung der Prozesse der Urbanisierung („Landflucht“) zum Ziel.

Von den 1960er Jahren bis in die 1990er Jahre dominierten ökonomische Erklärungsmodelle die Migrationsforschung, Ziel dieser Theorien war es vor allem individuelle Migrationsentscheidungen von MigrantInnen auf der Basis des Paradigmas des „Homo Oeconomicus“ und des rational handelnden Individuums zu erklären: Migrationsentscheidungen erfolgen laut dieser (neo-) klassischen ökonomischen Theorien auf Grund einer Kosten/Nutzen-Rechnung der individuellen MigrantInnen, die Aussicht auf Nutzenmaximierung (also höhere Löhne) sind die hauptsächliche Triebkraft des Entschlusses zu migrieren.¹⁰ Hauptkritikpunkt an den (neo-) klassischen Theorien der Migration ist der ausschließliche Fokus auf den Bereich der Arbeitsmigration, politische Faktoren oder die Tatsache der Verfolgung von MigrantInnen werden als Ursachen für Migrationsentscheidungen nicht berücksichtigt.

Die soziologische Weltsystemtheorie¹¹ kann als Antwort auf die lange Zeit dominierende ökonomische Betrachtung von Migrationsprozessen interpretiert werden. Wie der Name bereits vermuten lässt, befasst sich diese Theorie mit weltweiten ökonomischen, historischen und soziologischen Strukturen, die laut der Theorie durch das „kapitalistische Weltsystem“ entstanden sind. Individuelle Migrationsentscheidungen bleiben im Zuge dieser Theorie unberücksichtigt. Grundannahme ist, dass das kapitalistische System des „globalen Nordens“ (westliche Welt, zB: Europa, USA) Arbeitskraft benötigt. Dieses erhält es durch Migrationsprozesse, die meist aus dem „globalen Süden“ (Entwicklungs- und Schwellenländer) stammen. Globale Ungleichheiten, die seit der europäischen Kolonisation der Neuzeit existieren, werden durch dieses System der Abhängigkeit des globalen Südens vom globalen Norden noch weiter verstärkt, da es zu einer Abwanderung von Arbeitskräften bzw. Humankapital aus den ärmeren Staaten in die reichen Staaten der westlichen Welt kommt („brain drain“)¹². Kritisch betrachtet werden kann im Zuge dieser Theorie, dass es zu

⁹ Ravenstein, Ernest George (1885): The Laws of Migration. In: Journal of the Statistical Society of London 48/2. S.167-235.

¹⁰ vgl. zB: Sjaastad, Larry A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. In: Journal of Political Economy 70/5. S.80-93. bzw. Borjas, George J. (1987): Self-selection and the earnings of immigrants. In: American Economic Review 77/4. S.531-553.

¹¹ vgl. Parnreiter, Christof (1994): Migration und Arbeitsteilung: AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Promedia-Verlag. Wien.

¹² vgl. Schwenken, 2018. S.84f.

keiner Berücksichtigung nationaler Migrationspolitiken kommt, ebenso werden nicht-ökonomische Phänomene, wie etwa die Familienzusammenführung, nicht beachtet.

Eine weitere Form der Kritik an neoklassischen Erklärungsmodellen von Migrationsprozessen ist die Migrationssystemtheorie¹³. Nach ihr existieren historisch gewachsene Migrationspfade (durch Prozesse der Kolonisation, Handelsbeziehungen, politischer und kultureller Einfluss von einer Region auf die andere), welche als „Migrationssystem“ bezeichnet werden. Migrationsentscheidungen sind demnach keine freien individuellen Entscheidungen, sondern meist durch die Existenz von etablierten Migrationssystemen zu erklären. Migrationssysteme entstehen meist zwischen einer ökonomisch stärkeren und einer wirtschaftlich schwachen Region. Besondere Bedeutung wird im Zuge dieser Theorie den politischen Institutionen zugeschrieben, welche Migration steuern und diese überhaupt erst ermöglichen.

Auch heutzutage noch sehr einflussreich ist das Push/Pull-Modell¹⁴ als eine Methode zur Erklärung der Motive von Migrationsentscheidungen. Dieser Theorie zufolge existieren einerseits so genannte „Push-Faktoren“, die Personen dazu veranlassen ihren Wohnort zu verlassen (z.B: Kriege, ökonomische Lage, Verfolgung) und andererseits Pull-Faktoren, die anziehend auf MigrantInnen wirken (z.B: verfügbare Arbeitsplätze, vorhandene ethnische Communities, politische Stabilität bzw. Rechtsstaatlichkeit). Das stark vereinfachende Modell der Push/Pull-Theorie ist auf mehreren Ebenen problematisch: Es sieht den/die MigrantIn als passiv handelndes Subjekt, welches lediglich auf objektive Entwicklungen reagiert. Darüber hinaus betrachtet diese Theorie Migration als linearen Prozess, Zwischenstationen und verschiedene Phasen und Verläufe einzelner Migrationen bleiben ebenso unberücksichtigt wie die Frage, warum ein Teil einer Bevölkerung sich für eine Migration entscheidet und andere Personen, die von den gleichen Faktoren betroffen sind, innerhalb des Staates bleiben.

Während ältere Theorien der Migrationswissenschaft insbesondere auf die Frage fokussierten, warum es zu Migrationsentscheidungen kommt, gewinnt in letzter Zeit das Konzept der „Transnationalen Migration“¹⁵ zunehmend an Bedeutung. Diese Theorie versucht nicht wie frühere Ansätze Migration als isoliertes Phänomen zu betrachten, welches begründet und anschließend erklärt werden muss, sondern sieht Migration als einen natürlichen Zustand des Menschen an, den es aus historischer Perspektive immer gegeben hat. MigrantInnen, die sich in einem Zielstaat niedergelassen haben, entwickeln nach dieser Theorie

¹³ vgl. Márquez Covarrubias, Humberto (2012): Diccionario crítico de migración y desarrollo México. D.F-Verlag. Porrúa. Zitiert nach Schwenken, 2018. S. 87f.

¹⁴ Lee, Everett S. (1966): A Theory of Migration. In: Demography 3/1. S.47-57. Zitiert nach Schwenken, 2018. S.73-76.

¹⁵ vgl. Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Cristina (1997): From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. In: Transnationale Migration. Soziale Welt. Sonderband 12. Nomos-Verlag. Baden-Baden. S.121-140.

„Mehrfachloyalitäten“, sie sind ökonomisch, sozial, und institutionell an mehreren Orten, gleichzeitig im Ziel- wie im Herkunftsstaat eingebunden. Untersucht werden insbesondere Phänomene der kulturellen Diffusion¹⁶ zwischen Weltregionen.

Frühere historische Arbeiten der Migrationsforschung setzten sich insbesondere mit „GastarbeiterInnen“ und den Folgen dieser Form der Migration für westliche Gesellschaften auseinander.¹⁷ Zu einem verstärkten historischen Forschungsinteresse zu Prozessen der Migration kam es seit den 1980er Jahren, wobei hier vor allem die Exilforschung über Menschen, die aus NS-Deutschland vertrieben wurden, im Vordergrund stand. Während im deutschsprachigen Raum vermehrt Migration aus historischer Perspektive betrachtet wurde,¹⁸ kam es in den späten 1980er Jahren in Großbritannien zur Gründung des Oxford Migration Centers, welches seither wichtige Studien bezüglich des Prozesscharakters von Migrationsbewegungen erarbeitet hat.¹⁹

Die heutige Migrationsforschung ist sich im Großen und Ganzen darüber einig, dass die Prozesse „Migration“ und „Integration“ sich vielschichtig überschneiden und nicht scharf trennbar sind. Nur in der Zusammenschau von Arbeiten der Migrationsforschung (Ursachen von Migration, individuelle Entscheidungsprozesse, die einer Migration vorausgehen sowie die rechtliche Regelung von Grenzübertritt und Aufenthalt in Nationalstaaten) und Arbeiten der Integrationsforschung (Untersuchung der „Eingliederungsprozesse“ von MigrantInnen z.B: ihre Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, Entwicklung der Sprachkompetenz etc.)²⁰ können vielschichtige und komplexe Migrationsprozesse ausreichend erklärt werden. Internationale Migration impliziert nicht nur innerhalb der Migrationsforschung immer die Auseinandersetzung mit Integrationsprozessen, gerade Staaten, welche MigrantInnen aufnehmen, versuchen auf die eine oder andere Weise diese Gruppen von Menschen in die jeweilige Gesellschaft einzugliedern und Anreize oder Sanktionen für mehr oder weniger

¹⁶ zB: gegründete Kleinunternehmen durch MigrantInnen, Investitionen westlicher Unternehmen in Entwicklungsstaaten, doppelte Staatsbürgerschaften, transnationale „Stars“, Kulturveranstaltungen durch Botschaften usw. vgl. Portes, Alejandro/Guarnizo, Luis E./Landolt, Patricia (1999): The study of transnationalism: pitfalls and promise of an emergent research field. In: *Ethnic and Racial Studies* 22/2. S.217-237. Hier: S.222. Zitiert nach Schwenken, 2018. S.101.

¹⁷ vgl. Wüst, Andreas M. (2002): Eintrag „Migrationsforschung“. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. C.H. Beck-Verlag. München. S.537f.

¹⁸ vgl. z.B: Bade, Klaus J. (Hg.) (2007): *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Schöningh-Verlag. Paderborn.

¹⁹ vgl. Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Nichts Neues in Österreich. Wandel und Konstanten in der Bewältigung von Flüchtlingskrisen in den letzten drei Jahrhunderten. In: Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries: *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18.Jahrhundert*. Mandelbaum-Verlag. Wien. S.9ff.

²⁰ vgl. Hoesch, 2018. S.13.

gelungene Integrationsprozesse zu setzen. Der Begriff „Integration“²¹ (lat. *integrare* = Wiederherstellung eines Ganzen) kann als Prozess der Interaktion (Kooperation oder Konflikte) zwischen kleineren soziokulturellen Bevölkerungsgruppen und unterschiedlichen Akteuren einer so genannten „Mehrheitsgesellschaft“ verstanden werden. Dieser Prozess beinhaltet das Aushandeln von ökonomischen, politischen, religiösen und rechtlichen Chancen.

Großen Einfluss auf die internationale Migrations- und Integrationsforschung hatten die Arbeiten von Stephan Castles et al. (2014)²², in denen Castles et al. aufzeigen, dass im Zuge weitreichender Globalisierungseffekte die weltweiten Migrationsbewegungen verstärkt ansteigen und in immer mehr Lebensbereiche aller Menschen eindringen. Nicht nur Menschen, die persönliche Migrationserfahrungen gesammelt haben, sind mit dem Thema Migration konfrontiert, sondern nahezu alle Menschen, die in so genannten Aufnahmestaaten leben und somit ebenso von Migrationsprozessen und deren ökonomischen und politischen Auswirkungen betroffen sind.

2.2. Definition der Begriffe „Migration“, „Geflüchtete“ und „Integration“

Definitionen zu dem Begriff der Migration sind innerhalb der Migrations- und Integrationsforschung grundsätzlich sehr allgemein gehalten, da der Begriff (lat. *migrare*= wandern) zunächst lediglich einen Ortswechsel von Personen oder Kollektiven beschreibt. Oltmer (2017) versteht unter Migration die „räumlichen Bewegungen von Menschen“, die verbunden sind mit einem „längerfristigen Aufenthalt andernorts“ und mit der „Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien oder Kollektiven.“²³

Auch Schwenken (2018)²⁴ und Hoesch (2018)²⁵ sehen im Begriff der Migration einen Ortswechsel, der eine „Veränderung des Lebensmittelpunktes von Individuen oder Gruppen“ zur Folge hat. Rieger (2002) betont in seiner Definition des Begriffes, dass Migration stets

²¹ Die hier verwendete Arbeitsdefinition setzt sich zusammen aus den Begriffsbestimmungen von Oltmer, Jochen (2017): Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck. München; sowie Cağlar, Ayşe (2011): Eintrag „Integration“. In: Kreff, Fernand/Knoll, Eva-Maria/Gingrich, Andre (2011): Lexikon der Globalisierung. Transcript-Verlag. Bielefeld.

²² vgl. Castles, Stephen et al. (2014): The age of migration: international population movements in the modern world. Palgrave Macmillan. London.

²³ Oltmer, Jochen (2017): Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck. München. S.9

²⁴ vgl. Schwenken, 2018. S.10.

²⁵ vgl. Hoesch, 2018 S.16.

einen Versuch darstellt „[...] die eigene Lebenslage zu verbessern bzw. den widrigen Bedingungen der jeweiligen natürlichen wie sozialen Umwelt zu entkommen.“²⁶

Die internationale Organisation für Migration (IOM) fasst ihre Definition von Migration sehr weit und versteht darunter grundsätzlich jede Bewegung von Menschen oder Personengruppen, egal ob innerhalb eines Staates oder über internationale Grenzen hinweg:

„[Migration means, Anm.] *The movement of a person or a group of persons, either across an international border, or within a State. It is a population movement, encompassing any kind of movement of people, whatever its length, composition and causes; it includes migration of refugees, displaced persons, economic migrants, and persons moving for other purposes, including family reunification.*“²⁷

Diese weiter gefasste Definition von Migration wird im Zuge dieser Arbeit als Arbeitsdefinition herangezogen. Migration wird als Ortswechsel von Personen oder Gruppen von Personen verstanden, die eine Verlagerung des Lebensmittelpunktes nach sich zieht. Da die biographischen Einschnitte der Personen, die sich zur Migration, entweder freiwillig oder auch unfreiwillig entscheiden, zu unterschiedlich sind, um eine einheitliche Definition von Migration festhalten zu können, wird erst im Zuge der Unterscheidung der spezifischen Form der Migration eine präzisere Definition des jeweiligen Migrationstypus möglich. Hoesch (2018) unterscheidet folgende Migrationsformen, die in Europa nach dem Ende des 2. Weltkrieges in Erscheinung getreten sind: *Flucht und Asyl, irreguläre Migration, Arbeitsmigration, Familienzusammenführung, Anwerbung von Hochqualifizierten und Kettenmigration bzw. Migrationsnetzwerke.*²⁸ Im Zuge dieser Arbeit ist insbesondere eine Definition der Migrationsform „Flucht & Asyl“ von Nöten, da sich diese Arbeit mit der medialen Darstellung von Personen, die mit unfreiwilliger Migration konfrontiert sind, befasst.

Einerseits sind in dieser Kategorie alle Personen enthalten, die nach den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als „Flüchtling“ gelten. Dies sind alle Personen, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen

²⁶ Rieger, Günther (2002): Eintrag „Migration“. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. C.H. Beck-Verlag. München. S.537.

²⁷ Internationale Organisation für Migration (IOM): Definition des Begriffes „Migration“. In: <http://www.iom.int/key-migration-terms>, Zugriff am 16.12.2018.

²⁸ vgl. Hoesch, 2018. S.22. Hoesch weist im Zuge ihrer Auflistung der unterschiedlichen Erscheinungsformen der Migration darauf hin, dass diese Auswahl willkürlich ist und meist eine Einteilung von Gruppen von MigrantInnen durch die Politik/Institutionen der Aufnahmestaaten impliziert. Darüber hinaus würde sich die Einteilung der MigrantInnen nach Motiven/Erscheinungsformen noch weiter ausdifferenzieren lassen, wie dies etwa Franck Düvell (2006) in seiner Arbeit getan hat. Er arbeitete über 60 unterschiedliche „Kategorien“ von MigrantInnen heraus. vgl. auch Düvell, Franck (2006): Europäische und internationale Migration: Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. LIT-Verlag. Hamburg.

Überzeugung“²⁹ aus ihrem Herkunftsstaat flüchten mussten. Die Kategorie „Geflüchtete“ beinhaltet ebenso jene Personen, die nicht nach der GFK als „Flüchtlinge“ gelten, deren Abschiebung aus Gründen der Artikel 2 und Artikel 3 (Recht auf Leben, Recht auf Unversehrtheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), sowie deren Zusatzprotokolle (Verbot der Folter und der Todesstrafe), nicht erfolgen darf und die aus diesen Gründen den Rechtstitel des „Subsidiär Schutzberechtigten“ erhalten.³⁰

Die Kategorie „Flucht & Asyl“ geht jedoch deutlich über GFK-„Flüchtlinge“ und subsidiär Schutzberechtigte hinaus, sie beinhaltet ebenso Personen, deren Migration unter die Definition der „forced migration“ (erzwungene Migration) fällt. Die internationale Organisation für Migration (IOM) versteht unter dem Begriff „forced migration“:

„A migratory movement in which an element of coercion exists, including threats to life and livelihood, whether arising from natural or man-made causes (e.g. movements of refugees and internally displaced persons as well as people displaced by natural or environmental disasters, chemical or nuclear disasters, famine, or development projects).“³¹

Wichtig erscheint vor allem, dass diese Definition über die der GFK hinausgeht und ebenso „natural-“ und „manmade causes“ als Fluchtgründe bewertet.

Auch im Zuge der vorliegenden Arbeit soll der Versuch unternommen werden, den Fluchtbegriff weiter zu fassen, als er derzeit im vorherrschenden politischen Diskurs definiert ist. Menschen, die eine Flucht (erzwungene Migration) antreten mussten, werden nicht nach dem engen Fluchtbegriff der GFK als „Flüchtlinge“ bezeichnet, sondern mit dem neutraleren und weiter gefassten Begriff „Geflüchtete“ bezeichnet. Mit dem neuen Begriff werden auch Menschen einbezogen, die aus ökologischen Gründen (Umweltkatastrophen, Hungersnöte) oder aus Gründen von staatlichem Versagen eine Flucht aus ihrem Herkunftsstaat antreten mussten. In der wissenschaftlichen Literatur gab es ebenfalls den Vorschlag durch eine neue Begrifflichkeit den Unzulänglichkeiten der engen „Flüchtlingsdefinition“ entgegenzutreten.³²

²⁹ UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Online unter: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Zugriff am 24.12.2018.

³⁰ Eine genaue Darstellung der GFK und der aus ihr abgeleiteten Schutztitel („Flüchtling“ „subsidiär Schutzberechtigter“) findet sich weiter unten im Rahmen von Kapitel 3 (Asylrecht und Asylpolitik). Hier wird auch die Bedeutung der GFK und der EMRK für die österreichische Rechtsordnung eingehender diskutiert.

³¹ Internationale Organisation für Migration (IOM): Definition des Begriffes „forced migration“. In: <https://www.iom.int/key-migration-terms>, Zugriff am 17.12.2018.

³² vgl. Betts, Alexander (2013): Survival Migration. Failed Governance and the Crisis of Displacement. Cornell University Press. S.11. vgl. auch die weiter oben angeführte Definition des Begriffes „Forced Migration“ nach IOM.

Die Bezeichnung „Flüchtling“ mag zwar im deutschen Sprachraum allgemein anerkannt sein und sie wird zumeist auch wertneutral verwendet. Bei einer sprachwissenschaftlichen Betrachtung der Entstehung des Wortes³³ wird deutlich, dass das Wort aus einer Gruppe von Wörtern stammt, die in der Regel negativ konnotiert sind (zB: *Eindringling*, *Emporkömmling* und *Schreiberling*). Ebenfalls ist eine Verwendung negativ konnotierter Metaphern in der öffentlichen Debatte zu erkennen, die insbesondere bei den Bezeichnungen „Flut“ und „Strom“ in Verbindung mit dem Flüchtlingsbegriff in Erscheinung treten. Dadurch wird mit dem an sich neutralen Begriff des „Flüchtlings“ eine latente Bedrohung suggeriert.³⁴ Auch der medial verwendete Begriff der „Flüchtlingskrise“ ist nach Meinung des Autors bedenklich, da die Bewegungen von Geflüchteten seit dem Jahr 2015 einseitig durch die (europäischen) Aufnahmestaaten als eine „Krise“ interpretiert werden³⁵ und somit nicht selten der Weg für strikere Asylregelungen und Abschottungspolitik bereitet wird.

Aus diesen Gründen wird die neutrale Bezeichnung „Geflüchtete“ verwendet, die alle Menschen bezeichnet, die aus Furcht vor individueller Verfolgung aufgrund Rasse, Religion, Nationalität, politischer Gesinnung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (GFK), aus Gründen einer realen Bedrohung des Lebens (Drohung der Todesstrafe, Bürgerkrieg im Herkunftsstaat) oder der Unversehrtheit (Drohung von Folter) aus ihrem Herkunftsstaat flüchten mussten. Darüber hinaus schließt der Begriff „Geflüchtete“ Menschen mit ein, die aus ökologischen Gründen (Umweltkatastrophen, Hungersnöte) oder aus Gründen von staatlichem Versagen eine Flucht aus ihrem Herkunftsstaat antreten mussten.

2.3. Medien und Migration

Im folgenden Unterkapitel werden die zentralen kommunikationswissenschaftlichen Studien über die Darstellung von MigrantInnen in unterschiedlichen Medien vorgestellt. Hierbei ist ein klarer Anstieg der Anzahl an Studien seit dem Jahr 1990 zu erkennen, der mit dem Anstieg von Migrationsprozessen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der zunehmenden Personenfreizügigkeit in Mitgliedsstaaten des EU-Raumes erklärt werden kann. Seit dem Jahr 2015 kann ein Anstieg der Erforschung der medialen Darstellung von

³³ vgl. Stefanowitsch, Anatol (2012): Flüchtlinge und Geflüchtete In: <http://www.sprachlog.de/2012/12/01/fluechtlinge-und-gefluechtete/>, Zugriff am 18.12.2018. Stefanowitsch weist darauf hin, dass die meisten nach dem gleichen Muster gebildeten Wörter innerhalb der deutschen Sprache eine negative Konnotation aufweisen oder zumindest auf ein Abhängigkeitsverhältnis hinweisen.

³⁴ vgl. Geisel, Sieglinde (2015): Geflüchtete versus Asylanten. Begriffe drücken Einstellungen aus. In: Deutschlandradio Kultur. Online unter: http://www.deutschlandradiokultur.de/gefluechtete-versus-asylantenbegriffe-druecken.1005.de.html?dram:article_id=330623, Zugriff am 19.12.2018.

³⁵ vgl. Luft, Stefan (2016): Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. C.H. Beck-Wissen-Verlag. München. S.8.

geflüchteten Menschen bzw. AsylantragstellerInnen beobachtet werden, während zuvor vielmehr der allgemeinere Begriff der/des MigrantIn im Vordergrund stand. Angenommen werden kann, dass dieser Wandel der wissenschaftlichen Betrachtung seinen Ursprung in politischen Prozessen hat, da in jüngster Zeit die Unterscheidung zwischen Arbeitsmigration und Migration nach den entsprechenden Fluchtgründen (nach der GFK) politisch an Bedeutung gewonnen hat. Ob diese Unterscheidung von geflüchteten Menschen auf politischer und rechtlicher Ebene sinnvoll ist, ist zumindest fraglich, da die GFK heutzutage in vielerlei Hinsicht als unzureichend betrachtet werden kann und die heute vorkommenden Migrationsprozesse nur mangelhaft erfasst.³⁶ Die meisten der veröffentlichten kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten zu dem Thema „Migration“ und „Flucht“ stammen aus dem deutschen bzw. anglo-amerikanischen Raum, die Fokussierung auf Österreich als Aufnahmeland von MigrantInnen bzw. geflüchteten Menschen ist eher im Bereich von Diplomarbeiten und Dissertationen zu finden. Meist befassen sich diese Arbeiten allerdings entweder mit einer rein historischen Betrachtung der Berichterstattung³⁷ oder legen ihren Fokus auf den aktuellen Umgang der Medien mit dem Anstieg von Migrationsbewegungen.³⁸ Ausnahmen in diesem Bereich bilden die später auch als Buch veröffentlichte Arbeit von Brigitta Zierer³⁹ und die Dissertation von Johannes Gold⁴⁰ sowie der kürzlich erschienene Sammelband von Garstenauer/Kuzmany (2017).⁴¹

³⁶ vgl. Peyrl, Johannes/Neugschwendtner, Thomas/Schmaus, Christian (2018): Ratgeber Fremdenrecht. Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung – Einwanderung – Verwaltungsverfahren. ÖGB-Verlag. Wien. S. 228: Insbesondere die Nicht-Miteinbeziehung von Umwelt – oder wirtschaftlichen Katastrophen als Fluchtgründe sind in der heutigen Zeit Gegenstand der Kritik an der GFK.

³⁷ vgl. z.B: Smetana, Marian (2014): MigrantInnen im Fokus. Eine Untersuchung der visuellen Darstellung von „Flüchtlingen“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ von 2000 bis 2003. Dipl.Arbeit. Universität Wien; Klaus, Magdalena (2013): Asyl-Transit-Integration. Krisen am Eisernen Vorhang 1956 und 1968. Dipl.Arbeit. Universität Wien; Roselstorfer, Angelika (2010): Medien als Akteur im Krieg: Österreichische Printmedien im jugoslawischen Krieg. Dipl.Arbeit. Universität Wien; Mesmer, Harald (2011): Die Flüchtlinge des Ungarnaufstandes 1956 in österreichischen Printmedien. Dipl.Arbeit. Universität Wien.

³⁸ vgl. z.B: Bohm, Marie Katharina (2016): Refugees welcome? Dipl.Arbeit. Universität Wien; Öhler, Maria (2016): Wer hat Angst vorm' Asylant? : inhaltsanalytische Untersuchung zur sprachlichen Darstellung der Flüchtlingsdebatte in den Medien. Dipl.Arbeit. Universität Wien.

³⁹ vgl. Zierer, Brigitta (1998): Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien. Braumüller-Verlag. Wien. Zierer vergleicht in ihrer Arbeit den Umgang der österreichischen Medien mit politischen Flüchtlingen aus Ungarn, der CSSR und Polen, mit dem damals zeitgenössischen Diskurs über die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Ex-Jugoslawien.

⁴⁰ Gold, Johannes (2013): Der Diskurs über Migration in Politik und Medien im Verlauf der österreichischen zweiten Republik. Dissertation. Universität Wien. Gold führt eine Diskursanalyse über die Themen Migration und Asyldebatten durch und untersucht sowohl österreichische Medien, als auch Debatten im österreichischen Nationalrat.

⁴¹ Garstenauer, Rita/Börries, Kuzmany (Hg.) (2017): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert. Mandelbaum-Verlag. Wien.

Zunächst werden die wichtigsten kommunikationswissenschaftlichen Arbeiten zu dem Thema „Medien und Migration/Integration“ vorgestellt, anschließend kommt es zu einer näheren Betrachtung der rezenteren Forschungen, die sich mit der Berichterstattung von Medien über Asylwerbende bzw. Geflüchtete befassen.

2.3.1. Medien und Migration - Forschungsstand

Eine der zentralen Erkenntnisse der Medieninhaltsforschung im Bereich der medialen Darstellung von MigrantInnen ist die Darstellung von MigrantInnen im Zuge des Themenbereiches der Kriminalität. Bereits die früheste Untersuchung zu diesem Themenbereich von Delgado (1972)⁴², der sich mit der Berichterstattung über GastarbeiterInnen beschäftigte, konnte feststellen, dass vor allem über türkisch-stämmige GastarbeiterInnen im Zuge der Kriminalitätsberichterstattung geschrieben wurde. Bestätigt wurden Delgados Ergebnisse auch durch die Untersuchung von Ruhrmann und Kollmer (1987)⁴³, die bei der Erhebung von Artikeln von regionalen Tageszeitungen zu ähnlichen Ergebnissen kamen: Über MigrantInnen wird überwiegend im Zuge der Kriminalitätsberichterstattung berichtet, darüber hinaus suggeriert die Berichterstattung eine „Bedrohung deutscher Ressourcen durch (die Anwesenheit der) Ausländer.“⁴⁴ Wiederum bestätigt werden konnten die Ergebnisse der frühen kommunikationswissenschaftlichen Migrationsforschung durch die Ergebnisse von Kühne-Scholand (1987)⁴⁵ für die TV-Berichterstattung sowie von Galanis (1989)⁴⁶ und Geißler (2000)⁴⁷. Auch Van Dijk (1991)⁴⁸ kommt bei seinem Vergleich internationaler Tageszeitungen zu dem Ergebnis, dass die These der Kriminalitätsberichterstattung über MigrantInnen auch in einem europäischen

⁴² vgl. Delgado, Jesús Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Leske und Budrich-Verlag. Opladen.

⁴³ vgl. Ruhrmann, Georg/Kollmer, Jochen (1987): Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung ausländerfeindlicher Alltagstheorien. Westdeutscher Verlag. Opladen.

⁴⁴ vgl. Ruhrmann/Kollmer, 1987. S.141.

⁴⁵ vgl. Kühne-Scholand, Hildegard (1987): Die Darstellung der Ausländer im deutschen Fernsehen. Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Untersuchung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S. 79–84.

⁴⁶ vgl. Galanis, Georgios. N. (1989): Migranten als Minorität im Spiegel der Presse. Eine Längsschnittuntersuchung der Berichterstattung von Stern, Quick und Spiegel in den Jahren 1960 bis 1982. Peter Lang.-Verlag. Frankfurt am Main.

⁴⁷ vgl. Geißler, Rainer. (2000): Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation. Anmerkungen zur medialen Integration von ethnischen Minderheiten. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/ Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2000): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden. S. 129–146.

⁴⁸ vgl. Van Dijk, Teun Adrianus (1991): Racism and the press. Routledge-Verlag. London.

Ländervergleich zutreffen. Meißner und Ruhrmann (2000)⁴⁹ können im Zuge einer qualitativ-inhaltsanalytischen Untersuchung von Thüringer Tageszeitungen eine hohe Häufigkeit der Kriminalitätsberichterstattung nachweisen, kommen aber ebenso zu dem Ergebnis, dass im Unterschied zu früheren Studien MigrantInnen nun vermehrt als Subjekte und nicht mehr nur als Objekte innerhalb der Berichterstattung vorkommen. Entman und Rojecki (2001)⁵⁰ zeigen bei ihrer Untersuchung der medialen Darstellung der afroamerikanischen Bevölkerung auf, dass die Erkenntnisse auch für die USA zutreffen. Ruhrmann, Sommer und Uhlemann (2006)⁵¹ untersuchten die größten deutschsprachigen TV-Sender (ARD, ZDF, RTL und SAT1) und konnten erheben, dass die Kategorien „Kriminalität“ und „terroristischer Hintergrund“ die untersuchte Berichterstattung über MigrantInnen dominieren.⁵² Ein Vergleich europäischer Staaten von Allievi (2009)⁵³ zeigte die islamophobe Grundhaltung zahlreicher europäischer Medien (Tageszeitungen und TV) auf.

Weitere wichtige Untersuchungen wurden im Bereich der Identifizierung journalistischer Frames innerhalb der Berichterstattung über MigrantInnen geleistet. Sommer und Ruhrmann (2010)⁵⁴ konnten nach einer Betrachtung deutscher Nachrichtensendungen (ARD, ZDF, RTL, SAT1) die Frames „Kriminalität“ und „Kulturelle Distanz“ am häufigsten innerhalb der Berichterstattung über MigrantInnen identifizieren, gefolgt von den Frames „Terrorismusrisiko“ und „Migrationspolitik“.⁵⁵ Matei (2011)⁵⁶ untersuchte die Berichterstattung von Online-Artikeln rumänischer News-Portale und konnte herausarbeiten, dass in Rumänien vielmehr die Berichterstattung über auswandernde rumänische Staatsangehörige dominiert und die Berichterstattung über Menschen, die sich in Rumänien niederlassen wollen dagegen marginal ist. In einem ökonomischen Frame wird vor allem die Bevölkerungsgruppe der ChinesInnen thematisiert, während die Bevölkerungsgruppe der

⁴⁹ vgl. Meißner, Bettina/Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995–1999. Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse. Friedrich-Schiller-Universität. Jena.

⁵⁰ vgl. Entman, Robert M./Rojecki, Andrew (2001): *The black image in the white mind: media and race in America*. Chicago University Press. Chicago.

⁵¹ vgl. Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise/Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hg.): *Mass media-integration. Media and migration: a comparative perspective*. S. 45–76.

⁵² vgl. ebenda. S. 53.

⁵³ vgl. Allievi, Stefano. (2009): *Conflicts over mosques and minarets in Europe. Policy issues and trends*. Alliance Publishing Trust. London. Online unter: http://www.nef-europe.org/wp-content/uploads/2013/03/Conflicts-over-mosques_NEF-RelDem-RELIGION-MOSQUES-Final-1.pdf, Zugriff am 13.12.2018. S.82.

⁵⁴ vgl. Sommer, Denise/Ruhrmann, Georg (2010): Oughts and ideals—framing people with migration background in TV news. In: *Conflict & communication online*, 9(2), 1–15.

⁵⁵ vgl. ebenda. S.9f.

⁵⁶ vgl. Matei, Ștefania (2011): *Media and migration. Layer of knowledge in Romanian written press*. Journal of Comparative Research in Anthropology and Sociology, 2, S.85–102. Online unter: <http://compaso.eu/wp-content/uploads/2011/12/Compaso2011-22-Matei.pdf>, Zugriff am 19.12.2018.

TürkInnen, die in Rumänien leben, kaum thematisiert wurde. Matei liefert dadurch einen Hinweis auf einen Zusammenhang zwischen der Nationalität der MigrantInnen und der Häufigkeit der Berichterstattung.⁵⁷ Helbling (2014)⁵⁸ vergleicht die Berichterstattung europäischer Tageszeitungen (*Le Monde, The Times, the Süddeutsche Zeitung, the NRC Handelsblad, Die Presse und Neue Zürcher Zeitung*) und resümiert, dass bei der Berichterstattung über MigrantInnen „moralisch-universale“ Argumentationen durch JournalistInnen am häufigsten im Zuge der Berichterstattung angewendet werden und nicht wie erwartet nationalistische oder ökonomische Argumente überwiegen.⁵⁹ Des Weiteren weist Helbling ebenso wie Matei auf die Bedeutung der ökonomischen Frames innerhalb der Berichterstattung über MigrantInnen hin. Benson und Wood (2015)⁶⁰ vergleichen US-amerikanische, norwegische und französische Zeitungsartikel, Radiosendungen und TV-Beiträge und kommen zu dem Ergebnis, dass „negative“ Frames die Berichterstattung dominieren und dass MigrantInnen vermehrt als passive Akteure in den Artikeln auftreten und nur äußerst selten selbst zu Wort kommen.⁶¹ Goedeke, Tort et.al. (2016)⁶² untersuchen Frames in deutschen überregionalen Tageszeitungen des Jahres 2014. Wieder einmal dominiert der Frame-Cluster „Kriminalität“ innerhalb der Berichterstattung, darüber hinaus konnten allerdings auch weitere Frames wie etwa „Integrations- und Ökonomiethemen“ oder die „Unterbringung geflüchteter Menschen“.⁶³

2.3.2. Die Berichterstattung über Geflüchtete - Forschungsstand

Die erste Studie, die neben der allgemeinen journalistischen Thematisierung von Migration auch die Darstellung des Sonderfalles der geflüchteten Menschen erhebt, ist die 1986 veröffentlichte Studie von Klaus Merten.⁶⁴ Inhaltsanalytisch wurden zahlreiche Artikel deutscher Tages- und Wochenzeitungen untersucht. Merten (1986) konnte aufzeigen, dass über unterschiedliche „Statusgruppen“ (z.B: SpitzensportlerInnen, AsylwerberInnen,

⁵⁷ vgl. Matei, 2011. S.97.

⁵⁸ vgl. Helbling, Marc (2014): Framing immigration in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40, 21–41.

⁵⁹ vgl. ebenda. S.37.

⁶⁰ vgl. Benson, Rodney/Wood, Tim (2015). Who says what or nothing at all? Speakers, frames, and frameless quotes in unauthorized immigration news in the United States, Norway, and France. *American Behavioral Scientist*, 59, 802–821.

⁶¹ vgl. ebenda. S.817.

⁶² vgl. Goedeke Tort, Maheba Nuria/Guenther, Lars/Ruhrmann, Georg. (2016). Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 64, 497–517.

⁶³ vgl. ebenda. S.508f.

⁶⁴ vgl. Merten, Klaus (1986): *Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse : Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse*. Dağyeli-Verlag. Frankfurt/Main.

ArbeitnehmerInnen) von MigrantInnen differenziert berichtet wird. Besonders negativ berichtet wurde laut Merten über AsylwerberInnen, allerdings auch über ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus wurde über bestimmte Nationalitäten besonders negativ berichtet (hier: türkisch stämmige MigrantInnen).⁶⁵ Weitere Erkenntnisse über die journalistische Thematisierung von AsylwerberInnen bietet die Studie von Predelli (1995)⁶⁶. Untersucht wurden journalistische Artikel in überregionalen deutschen Tageszeitungen. Predelli kommt zu dem Ergebnis, dass die journalistische Bewertung der MigrantInnen nach „Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten“ erfolgt: Demnach werden Statusgruppen, die als besondere finanzielle Belastung wahrgenommen werden (in Predellis Untersuchung v.a. AsylwerberInnen) negativ bewertet und zwar unabhängig von der Nationalität der MigrantInnen. Ein weiterer relevanter Aspekt von Predellis Studie ist die eingebettete Sprachanalyse, nach der bestimmte abschätzig Bezeichnungen (wie etwa „Asylant“) mit einer negativen Bewertung korrelieren⁶⁷. Die erste Studie, die sich zur Gänze mit der Berichterstattung über Asylsuchende befasst, ist die 1995 veröffentlichte Studie von Hömberg und Schlemmer.⁶⁸ Zentrale Erkenntnis der Arbeit ist, dass AsylwerberInnen nahezu immer als Objekte der Berichterstattung und nur äußerst selten als handelnde Subjekte im Rahmen der Berichterstattung auftreten.⁶⁹ Brigitta Zierer (1998) kann in ihrer Untersuchung der Berichterstattung über Geflüchtete zu den Zeitpunkten 1956 und 1989/1990 nachweisen, dass geflüchtete Menschen in Österreich vor allem als „finanzielle Belastung“ betrachtet werden. Ebenfalls bestätigt Zierer die Erkenntnis, dass über Geflüchtete häufig im Rahmen der Kriminalitätsberichterstattung berichtet wird und dass die untersuchten Medien „Arbeiterzeitung“, „Kronen Zeitung“ und „Kurier“ im Zuge der Berichterstattung über Geflüchtete ein Bild der Bedrohung erzeugten, welches sich in auf sprachlicher Ebene manifestiert („anschwellende Flüchtlingsströme“, „explodierende Flüchtlingszahlen“ etc.).⁷⁰ Erst seit dem Jahr 2015 und dem starken Anstieg der Anzahl der Asylsuchenden ist ein deutliches Anwachsen der wissenschaftlichen Publikationen zu vermerken, die sich mit der medialen Berichterstattung über geflüchtete MigrantInnen befasst. Ein erstes Beispiel hierbei ist eine sprachwissenschaftliche Untersuchung von Hermann (2016), bei der überregionale

⁶⁵ vgl. Merten, 1986. Zitiert nach Müller, 2005. S.93.

⁶⁶ Predelli, Ulrich (1995): *Wie fremd sind uns Fremde? Das Ausländerbild in der deutschen Tagespresse*. Vistas-Verlag, Berlin.

⁶⁷ vgl. Predelli, 1995 Zitiert nach Müller, 2005. S.96.

⁶⁸ vgl. Hömberg, Walter/Schlemmer, Sabine (1995): *Fremde als Objekt. Asylberichterstattung in deutschen Tageszeitungen*. In: *Media Perspektiven* 1995, H. 1, S. 11-20.

⁶⁹ vgl. ebenda. Zitiert nach Müller, 2005. S.97.

⁷⁰ vgl. Zierer, 1998. S.181f.

deutsche Tageszeitungen im Herbst des Jahres 2015 untersucht wurden.⁷¹ Hermann identifiziert konkurrierende journalistische bzw. gesellschaftliche Narrative und stellt die Dominanz eines negativen Narratives fest, in dem Geflüchtete als „Bedrohung von Ruhe und Ordnung“ erscheinen und die deutsche Gesellschaft mit der Anzahl der Asylsuchenden überfordert zu sein scheint. Zentral sind für Hermann die Begriffe „Flüchtlingskrise“ „Flüchtlingsstrom“ und „Belastungsgrenze“, die für sie ein Indiz der Überforderung der deutschen Gesellschaft und deutscher JournalistInnen aufzeigen.⁷² Hemmelmann und Wegner (2016)⁷³ widmen sich hingegen dem Verlauf der Berichterstattung über geflüchtete Menschen während des Jahres 2015. Zunächst ist die Berichterstattung deutscher Medien von Stereotypen gegenüber Asylsuchenden geprägt, sie wandelt sich daraufhin in eine Form des anwaltschaftlichen Journalismus, schlussendlich kippt die Stimmung von Medien und Gesellschaft wiederum ins Negative. Fast täglich ist von Kriminalität, die durch AsylwerberInnen begangen wird, zu lesen.⁷⁴

Ein weiterer Beitrag zur Berichterstattung über geflüchtete Menschen stammt von Haller (2017).⁷⁵ Hierbei wurden innerhalb des Untersuchungszeitraumes Februar 2015 bis März 2016 tausende Print- sowie Online-Artikel deutscher Tageszeitungen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt*) und Online-Portale (tagesschau.de, spiegel.de, welt.de und focus.de) untersucht. Zentrale Aussage der Studie ist der Vorwurf an die deutschen Medien, die während der „Flüchtlingskrise“ zu positiv- und zu „Eliten-zentriert“ berichtet hätten.⁷⁶ Ganz in der Tradition der fragwürdigen kommunikationswissenschaftlichen Theorie der Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann⁷⁷, konstatiert Haller, dass die eigentliche Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung (die nach Hallers Ansichten eine migrationskritische Meinung ist) nicht durch die JournalistInnen aufgegriffen und somit

⁷¹ vgl. Herrmann, Friederike (2016): Das Märchen vom Überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015. In: *Communicatio Socialis*, 49, S.6–20.

⁷² vgl. ebenda. S. 12.

⁷³ vgl. Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne. (2016). Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. In: *Communicatio Socialis*, 49, S.21–38.

⁷⁴ vgl. ebenda. S.23-S.28.

⁷⁵ vgl. Haller, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt am Main. Online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH93_Fluechtingskrise_Haller_2017_07_20.pdf, Zugriff am 19.12.2018.

⁷⁶ vgl. ebenda. S.134.

⁷⁷ Scheufele, Bertram (2013): Eintrag: „Theorie der Schweigespirale“. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Ottfried (2013): *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.311f.

verschwiegen wurde.⁷⁸ Ebenfalls bedenklich ist die Verwendung klar rechtspopulistisch konnotierter Begrifflichkeiten innerhalb der Studie, wie etwa der unkritischen Verwendung des Begriffes „Mainstream-Medien“.⁷⁹ Neben diesen problematisch anmutenden Aspekten der Studie, liefert sie dennoch Erkenntnisse über die Berichterstattung über Asylsuchende, nämlich jene, dass über AsylwerberInnen als „Objekte“ berichtet wird, anstatt sie als handelnde Subjekte in journalistische Texte zu integrieren.⁸⁰ Den bislang rezentesten Beitrag zur Erhebung der Berichterstattung über Geflüchtete stellt der 2018 erschienene Beitrag von Regina Greck dar.⁸¹ Hierbei wurden Artikel deutscher regionaler Tageszeitungen erhoben und über tausend Artikel inhaltsanalytisch untersucht. Im Zuge der Studie konnte festgestellt werden, dass deutsche Regionalzeitungen insbesondere über Problemsituationen, wie etwa die Unterbringung der Geflüchteten, oder Problemen bei der Integration der AsylwerberInnen berichten. Erstaunlich ist das Ergebnis, dass im Widerspruch zu bisherigen Erkenntnissen der kommunikationswissenschaftlichen Forschung MigrantInnen bzw. Asylsuchende nicht im Rahmen der Kriminalitätsberichterstattung bzw. im Rahmen der Frames „Terrorismus“ und „Kriminalität“ aufscheinen.⁸²

2.4. Berichterstattung über MigrantInnen und Asylsuchende - Fazit

Ziel dieses Unterkapitels ist es, eine übersichtliche Darstellung der zentralen Erkenntnisse der kommunikationswissenschaftlichen Studien über MigrantInnen bzw. Asylsuchende zu bieten, da die Fülle der Arbeiten zu diesem Thema seit den 1990er Jahren ein beachtliches Ausmaß angenommen hat. Gute überblicksartige Darstellungen der bisherigen kommunikationswissenschaftlichen Forschungen und Studien bieten sowohl Müller (2005)⁸³, als auch Goedeke (2016)⁸⁴, auf die im folgenden Abschnitt ebenfalls zurückgegriffen wurde. Grundlegende Erkenntnis bei einer Betrachtung aller bisheriger Studien ist, dass über MigrantInnen bzw. AsylwerberInnen negativer berichtet wird als über die „einheimische“ Bevölkerung. Ausprägungen dieser Negativität sind der Faktor „Kriminalität“ mit dem

⁷⁸ Eine ausführliche Kritik von Hallers Studie findet sich bei: Horz, Christine (2018): Essay: Zu positive Berichterstattung? Die Studie des Kommunikationswissenschaftlers Michael Haller zur „Flüchtlingsberichterstattung“ in deutschen „Leitmedien“. In: Global Media Journal (German Edition). Vol. 7, No. 2, Autumn/Winter 2017. S.1-12. hier: S.2.

⁷⁹ Haller, 2017. S.4.

⁸⁰ vgl. ebenda. S.133f.

⁸¹ Greck, Regina (2018): Schaffen wir das? Frames im medialen Diskurs zur Flüchtlingskrise in der deutschen Regionalpresse des Jahres 2015 und ihre Lösungsorientierung. In: Publizistik (2018) 63. S.359–382

⁸² vgl. ebenda. S.371.

⁸³ vgl. Müller, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Geißler, Rainer/ Pöttker, Horst (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie (S. 83–126). Transcript-Verlag, Bielefeld. hier: S.100ff.

⁸⁴ vgl. Goedeke Tort et al., 2016. S.498ff.

MigrantInnen bzw. Asylsuchende in Verbindung gebracht werden, aber auch die Ausprägung des „Kostenfaktors“, also des finanziellen Aufwandes, den der aufnehmende Staat für die Unterbringung und Verpflegung von „Fremden“ aufwenden muss. Dabei wurde durch die Forschung grundsätzlich herausgearbeitet, dass MigrantInnen je nach ihrer Herkunft positiver bzw. negativer beurteilt werden. So kommt es zu einer besonders negativen Bewertung von Personen aus Herkunftsstaaten der Dritten Welt⁸⁵. Eine der früheren Untersuchungen von Predelli (1995) stellt jedoch den Zusammenhang zwischen Herkunftsstaat und Valenz der Bewertung in Frage. Dominant ist ein Ereignis- und problemorientierter Zugang der JournalistInnen, wenn es um die Berichterstattung über MigrantInnen geht, lösungsorientierte Ansätze fehlen grundsätzlich. Insbesondere MigrantInnen muslimischen Glaubens werden in den Medien mit drohender Überfremdung in Zusammenhang gebracht.⁸⁶

Relevant für die Bewertung von MigrantInnen/Asylsuchenden scheint jedenfalls ihre „Statusgruppe“ zu sein, AsylwerberInnen und ArbeitnehmerInnen werden tendenziell negativer bewertet als andere Gruppen von MigrantInnen. Darüber hinaus wurde in einigen Studien diskriminierende bzw. negativ konnotierte Sprache identifiziert, die mit einer negativen Bewertung der „Fremden“ korreliert. Ebenfalls kommt es im Zuge der Berichterstattung zur Verwendung von Metaphern, die eine Bedrohung von MigrantInnen/Asylsuchenden für den Aufnahmestaat suggerieren (z.B: „Asylflut“, „Flüchtlingsstrom“, „Ansturm“). Nicht selten kommt es auch zur Verwendung von Stereotypen und der Beurteilung der MigrantInnen/Asylsuchenden als „Fremdkörper“ bzw. „Gefahr für die Kultur des Aufnahmestaates“. Nahezu alle Studien der letzten 30 Jahre belegen, dass über MigrantInnen/Asylsuchende quantitativ deutlich weniger berichtet wird als über die Bevölkerung des Aufnahmestaates. Hinzu kommt, dass MigrantInnen/Asylsuchende nur in Ausnahmefällen die Rolle von handelnden Subjekten innerhalb der Berichterstattung einnehmen, überzufällig häufig ist das Erscheinen als „Objekte“ der Berichterstattung.

⁸⁵ vgl. Goedeke Tort et. al., 2016, S.499.

⁸⁶ vgl. Allievi, 2009. S.82.

3. Asylrecht und Asylpolitik in Österreich und auf europäischer Ebene

In Österreich stellt das Asylrecht einen Teil des Fremdenrechts dar. Die Bezeichnung „Fremdenrecht“ meint eine Vielzahl unterschiedlicher Gesetzestexte, völkerrechtliche Verträge und Verordnungen.⁸⁷ Es enthält das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG), das Fremdenpolizeigesetz (FPG), das Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG), das Asylgesetz (AsylG), das Bundesministerium für Fremdenwesen und Asyl (BFA)-Verfahrensgesetz (BFA-VG) und schließlich das Staatsbürgerschaftsgesetz (StbG). Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Bestimmungen auf europäischer Ebene wie z.B: das Schengener-Durchführungsübereinkommen (SDÜ) oder die Dublin-Verordnung, die für das österreichische Fremdenrechtssystem relevant sind. Der Fokus dieses Kapitels soll allerdings auf dem Asylgesetz (AsylG) liegen, welches sich sowohl mit inhaltlichen Kriterien der Bestimmung von „Flüchtlingen“ (nach Genfer Flüchtlingskonvention, GFK), wie auch dem Ablauf von Asylverfahren befasst. Als erstes soll der Begriff der „Flucht“ und der „Gewährung von Asyl“ anhand der wichtigsten internationalen Bestimmungen über den Umgang mit geflüchteten Menschen der GFK definiert werden, anschließend werden die wichtigsten Beschlüsse eines gemeinsamen europäischen Asylrechts besprochen. Des Weiteren wird die österreichische Asylpolitik seit dem Ende des 2. Weltkrieges in groben Zügen dargestellt, besonderes Augenmerk gilt hierbei den jüngsten Entwicklungen seit den 1990er Jahren. Abschließend kommt es zu einer Beschreibung des Ablaufes von Asylverfahren in Österreich nach dem AsylG.

3.1. Internationaler Flüchtlingsschutz im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention

Bis heute ist die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) das bedeutsamste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz. Unterzeichnet wurde die GFK am 28.06.1951 und kann als eine Reaktion auf den Anstieg der Fluchtbewegungen unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg interpretiert werden. Erst durch ein im Jahr 1967 hinzugefügtes Zusatzprotokoll beschränkte sich die Konvention nicht mehr nur auf europäische Kriegsflüchtlinge vor dem Jahr 1951, sondern dehnte ihren Wirkungsbereich auf die Bestimmung der Rechte und Pflichten von weltweit geflüchteten Menschen aus. Bis heute sind insgesamt 148 Staaten der Genfer

⁸⁷ vgl. Peyrl et al., 2018. S.15.

Konvention und/oder dem Zusatzprotokoll von 1967 beigetreten.⁸⁸ Im österreichischen Asylverfahren werden die von der GFK vorgegebenen inhaltlichen Kriterien des Begriffes des „Flüchtlings“ und die „Fluchtgründe“ geprüft (§3 AsylG). „Flüchtling“ sowohl im Sinne der GFK, wie auch im Sinne des österreichischen und europäischen Asylrechts ist:

„wer sich aus wohlbegründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung verfolgt zu werden, außerhalb seines Heimatlandes befindet und nicht in der Lage ist oder im Hinblick auf diese Flucht nicht gewillt ist, sich des Schutzes dieses Landes zu bedienen.“⁸⁹

Wenn eine Person einen der in der GFK genannten Fluchtgründe erfüllt, darf diese nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden (=Non Refoulement-Bestimmung). „Wohlbegründete Furcht“ meint hierbei, dass die subjektive Furcht vor der Verfolgung objektiv, durch eine durchschnittlich vernunftbegabte Person nachvollzogen werden kann.⁹⁰ Die Verfolgung muss dabei den Kriterien einer bestimmten Intensität (Schikanen oder Benachteiligungen fallen nicht darunter) und Aktualität (Verfolgung muss im Augenblick des Asylantrages vorhanden sein) entsprechen. Alle genannten Verfolgungsgründe innerhalb der GFK, aufgrund der „Rasse“⁹¹ bzw. Ethnie, der Religion (private und öffentliche Ausübung der Religion), Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (z.B: bestimmter Berufsstand, Geschlecht, sexuelle Orientierung) oder politischer Gesinnung müssen dem Kriterium der individuellen Verfolgung entsprechen: Die Kriterien der GFK sind nur dann erfüllt, wenn sich die Verfolgung gegen Einzelpersonen richtet und einen der fünf genannten Verfolgungsgründe beinhaltet.⁹² Ebenfalls relevant ist, ob der Herkunftsstaat die geflüchtete Person tatsächlich nicht vor der Verfolgung beschützen kann, sei es weil er es unterlässt, sei es, weil er nicht die notwendigen Ressourcen dazu hat. Menschen, die vor kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen, erfüllen somit in aller Regel nicht die Kriterien nach der GFK,

⁸⁸ vgl. UNHCR-Österreich: Die Genfer Flüchtlingskonvention. Online unter: <https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/unser-mandat/die-genfer-fluechtlingskonvention>, Zugriff am 21.11.2018. Die Konvention ist im Wortlaut online abrufbar unter: <https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer-Fluechtlingskonvention-und-New-Yorker-Protokoll.pdf>, Zugriff am 21.11.2018.

⁸⁹ Genfer Flüchtlingskonvention, Art.1 Abschnitt A Ziffer 2. online unter: <https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer-Fluechtlingskonvention-und-New-Yorker-Protokoll.pdf>, Zugriff am 21.11.2018. S.3.

⁹⁰ vgl. Peyrl et al., 2018. S.234.

⁹¹ Obwohl die Begriffswahl „Rasse“ unglücklich scheint ist diese nachvollziehbar. Die GFK selbst unterstellt hierbei nicht die Existenz unterscheidbarer menschlicher „Rassen“, schützt aber dennoch diejenigen die von Personen verfolgt werden, die an Existenz von „Rassen“ glauben und Menschen auf dieser Basis einer Verfolgung aussetzen.

⁹² Eine Ausnahme stellt hierbei die sogenannte Gruppenverfolgung dar, die seit dem Ausbruch der postjugoslawischen Kriege ebenfalls einen Verfolgungsgrund darstellt. Die bloße Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit kann unter bestimmten Umständen ebenfalls eine Gefahr der Verfolgung bedeuten, auch wenn diese nicht explizit gegen Individuen besteht. vgl. Peyrl et al., 2018. S.241.

da ein Krieg alle EinwohnerInnen eines Staates betrifft und somit keine individuellen Verfolgungsgründe vorliegen.

Bestimmte Ausnahmefälle stellen einen „Abweisungstatbestand“ des Asylrechts dar, dazu muss entweder ein „Asylausschlussgrund“ vorliegen oder einer innerstaatliche Fluchtalternative verfügbar sein.

Asylausschlussgründe können (nach §6 AsylG) folgende Sachverhalte darstellen⁹³:

- Der/Die AsylwerberIn genießt bereits Schutz durch eine Organisation der Vereinten Nationen (Ausnahme: UNHCR)
- Der/Die AsylwerberIn hat ein Verbrechen gegen den Frieden⁹⁴, Kriegsverbrechen⁹⁵, oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit⁹⁶ begangen
- Der/Die AsylwerberIn hat ein schweres nicht-politisches Verbrechen⁹⁷ außerhalb seines Aufnahmestaates begangen
- Der/Die AsylwerberIn stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar
- Der/Die AsylwerberIn wurde von einem inländischem/ausländischem Gericht wegen eines besonders schweren Verbrechens verurteilt, weswegen er/sie nun eine Gefahr für die Gemeinschaft des Aufnahmestaates bedeutet
- Der/Die AsylwerberIn hat sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen

Kritisch anzumerken ist, dass die GFK durch ihre fünf Fluchtgründe in der heutigen Zeit beim Schutz von geflüchteten Menschen sicherlich zu kurz greift: Nicht nur die Flucht vor Kriegen, sondern auch die Flucht vor Umwelt- und Naturkatastrophen bleiben innerhalb der GFK unberücksichtigt. Darüber hinaus existieren keinerlei Bestimmungen über den Schutz von Binnenflüchtlingen.⁹⁸

⁹³ vgl. Kittenberger, Norbert (2016): Asylrecht-kompakt. LexisNexis-Verlag. Wien. S.9f.

⁹⁴ zB: Planung eines Angriffskrieges, Führung eines Angriffskrieges, Verschwörung zum Zweck einen Angriffskrieg zu führen.

⁹⁵ zB: Geiselnahmen, Folter etc.

⁹⁶ zB: systematische Versklavung, Zwangsvertreibungen, Zwangsumsiedelungen, Folter oder systematische Ausrottung der Zivilbevölkerung eines Staates.

⁹⁷ zB: Mord, Vergewaltigung, bewaffneter Raub

⁹⁸ vgl. Peyrl et al., 2018: S.229.

3.2. Subsidiärer Schutz

Neben der GFK ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)⁹⁹ das zweite wichtige Dokument des Flüchtlingsschutzes in EU-Mitgliedstaaten. Aus einigen ihrer Artikel kann das Recht auf subsidiären Schutz abgeleitet werden, welches Menschen schützt, die zwar keine der Fluchtgründe der GFK erfüllen, aber dennoch „ernsthaften Schaden“ bei einer Rückkehr bzw. Abschiebung in den Herkunftsstaat zu befürchten hätten. Konkretisiert wird der Begriff des „ernsthaften Schadens“ durch die bestehende Gefahr einer Verletzung von Art. 2 EMRK, (Recht auf Leben) Art. 3 EMRK (Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung) oder der Protokolle Nr. 6 oder Nr. 13 (Abschaffung der Todesstrafe) der EMRK bedeuten würde. Darüber hinaus schützt der Status „subsidiärer Schutz“ Personen, deren Leben oder Unversehrtheit durch willkürliche Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen Konfliktes durch eine Rückführung in den Herkunftsstaat gefährdet würde.¹⁰⁰ Die „Abweisungstatbestände“ für subsidiären Schutz entsprechen jenen der Asylausschlussgründe (siehe oben).

3.3. Aufenthaltsrecht nach Art. 8 EMRK („Bleiberecht“)

Wenn sowohl der Antrag auf Asyl abgelehnt wurde und ein Aufenthalt nach den Kriterien des subsidiären Schutzes nicht möglich ist, besteht die Möglichkeit der Verleihung eines Aufenthaltstitels nach Art.8 EMRK (Recht auf Privat- und Familienleben), solange der/die Betroffene Bindungen zu dem Aufnahmestaat im Laufe der Zeit entwickelt hat. Da Asylverfahren in der Regel lange andauern können, ist es möglich, dass die privaten/familiären Interessen der/des Betroffenen das öffentliche Interesse einer Rückkehrentscheidung (z.B: Abschiebung) überwiegen und diese somit unzulässig ist. In jedem Asylverfahren muss also eine Interessensabwägung zwischen privaten und öffentlichen Interessen vorgenommen werden.¹⁰¹ Wenn die privaten Interessen im Aufnahmestaat den

⁹⁹ Die Europäische Menschenrechtskonvention wurde 1950 durch den Europarat beschlossen und stellt einen völkerrechtlich verbindenden Grundrechtsschutz dar, der von jedermann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einklagbar ist. Online unter: <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/0900001680063764>, Zugriff am 21.11.2018.

¹⁰⁰ vgl. Kittenberger, 2016. S.13f.

¹⁰¹ vgl. ebenda. S.18f.

öffentlichen Interessen einer Außerlandesbringung überwiegen, erhält der/die Betroffene einen Aufenthaltstitel und darf sich im Aufnahmestaat niederlassen.¹⁰²

3.4. Asylrecht und Asylpolitik auf Europäischer Ebene

Im Folgenden sollen Teile des EU-Rechts und Regelungen dargestellt werden, die einen Einfluss auf das österreichische Asylverfahren haben. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass trotz der Bemühungen durch EU-Kommission und EU-Parlament, einen einheitlichen Schutz geflüchteter Menschen zu garantieren, insbesondere in jüngster Zeit Einzelstaaten von grundlegenden europäischen Übereinkommen abweichen und nationalstaatliche Lösungen suchen. Bis heute ist es nicht gelungen das Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zu etablieren, nicht zuletzt auch aus dem Grund, dass zahlreiche EU-Richtlinien im Bereich des europäischen Asyl- und Fremdenrechts Spielraum für nationalstaatliche Gesetzgebung zuließen.¹⁰³

Mit dem Vertrag von Maastricht vereinbarten die EU-Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz- und Innenpolitik sowie in Bereichen der Einwanderungspolitik.¹⁰⁴ Damit war gleichzeitig die Voraussetzung für die Überführung des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) in EU-Recht geschaffen, welches mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) Teil des Unionsvertrages und damit für alle Mitgliedstaaten rechtlich bindend wurde.¹⁰⁵ Ab diesem Zeitpunkt erhielt die Europäische Union Kompetenzen zur Gestaltung des Politikfeldes einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik, die Souveränität der Einzelstaaten in Fragen der Asylpolitik wurde dadurch deutlich eingeschränkt.¹⁰⁶ Folgende Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union hatten und haben einen Einfluss auf die österreichische bzw. europäische Asylpolitik: Im Jahr 2000 wurde die Einrichtung von „Eurodac“ beschlossen, ein Verfahren zur Sammlung von

¹⁰² Insgesamt gibt es 9 Kriterien, die bei der Interessensabwägung herangezogen werden. Zu den privaten Interessen nach Art.8 EMRK zählen: die Aufenthaltsdauer, das Familien- und Privatleben und der Grad der Integration. Zu den öffentlichen Interessen zählen die Bindung zum Herkunftsstaat und Straftaten und Ordnungsverstöße während des Aufenthalts. Für eine genauere Beschreibung der einzelnen Kriterien mit hilfreichen Beispielen siehe Peyrl et al., 2018. S.185-S.188.

¹⁰³ vgl. Luft, 2016. S.49.

¹⁰⁴ vgl. Brunn, Gerhard (2009): Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute. Reclam-Verlag. Stuttgart. S.278.

¹⁰⁵ vgl. ebenda. S.287.

¹⁰⁶ vgl. Luft, 2016. S.48.

Fingerabdrücken¹⁰⁷. Die „Aufnahmerichtlinie“ des EU-Rates (RL-2003/9/EG bzw. RL-2013/33/EU) sollte die Aufnahmebedingungen von AsylwerberInnen während der Dauer ihres Asylverfahrens vereinheitlichen. AsylwerberInnen sollten Zugang zu Unterkunft, Verpflegung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie medizinischer und psychologischer Versorgung erhalten.¹⁰⁸ Die „Verfahrensrichtlinie“ (RL-2005/85/EG und RL-2013/32/EU) sollte die EU-weite Entscheidungsfindung in Asylverfahren erleichtern und „gerechtere“ Verfahren erlauben. Sie enthält gemeinsame Vorschriften zur Asylbeantragung, eine Maximaldauer von Asylverfahren und erlaubt „Schnell“- bzw. „Grenzverfahren“ in bestimmten Fällen, wie etwa dem Fall, dass ein/e AsylwerberIn aus einem „sicheren Drittstaat“ stammt.¹⁰⁹ Die „Anerkennungsrichtlinie“ (RL-2004/83/EG und RL-2011/95/EU) sollte den Begriff des „Flüchtlings“ und des „subsidiär Schutzberechtigten“ innerhalb des EU-Raumes vereinheitlichen, gleichzeitig verlängerte sie den Aufenthaltstitel von Menschen mit subsidiärem Schutz.¹¹⁰ Darüber hinaus bestimmt die Richtlinie 2003/109/EG¹¹¹ den Anspruch von Drittstaatsangehörigen, die längere Zeit in einem EU-Staat niedergelassen sind, auf einen dauerhaften Aufenthaltstitel (in Österreich: „Daueraufenthalt - EU“), den auch Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beantragen können, nachdem sie in den letzten fünf Jahren dauerhaft schutzberechtigt waren.¹¹²

Bei einem kritischen Blick auf eine „gemeinsame“ europäische Asylpolitik muss festgestellt werden, dass zwar Bemühungen der EU-Institutionen zu erkennen sind, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb des Politikbereiches der Asylpolitik zu intensivieren, dies aber bislang in nahezu allen Bereichen an der mangelhaften Mitwirkungsbereitschaft der Einzelstaaten scheiterte. Grundlegende Errungenschaften der Union, wie etwa das Schengener Übereinkommen oder das Dublin-Verfahren, sind derzeit in zahlreichen Staaten abgeschafft oder zumindest auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.¹¹³ Spätestens seit den Fluchtbewegungen des Jahres 2015 wurde immer wieder über eine

¹⁰⁷ Das Dublin-Übereinkommen (Dublin I) trat im Zuge des Vertrages von Amsterdam in Kraft und ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der die Zuständigkeit von EU-Mitgliedstaaten bei Asylverfahren regeln soll. Im Jahr 2003 wurde es durch die Nachfolgeregelung der Dublin-II-Verordnung und zuletzt 2013 durch das Inkrafttreten der Dublin-III-Verordnung ersetzt. Eine genauere Beschreibung der Dublin-III-Verordnung und die Auswirkungen des Dublin-Verfahrens auf das österreichische Asylverfahren findet sich weiter unten im Zuge des Kapitels „Asylverfahren in Österreich“.

¹⁰⁸ EU-Kommission (2014): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Online unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas_factsheet_de.pdf, Zugriff am 22.11.2018. S.5.

¹⁰⁹ vgl. ebenda. S.5. bzw. Peyrl et al., 2018. S.230f.

¹¹⁰ vgl. EU-Kommission, 2014. S.6. bzw. Peyrl et al., 2018. S.230.

¹¹¹ Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003L0109&from=DE>, Zugriff am 22.11.2018.

¹¹² Auf die Möglichkeiten der Beantragung von Aufenthaltstiteln wird weiter unten im Rahmen des Kapitels „Asylverfahren in Österreich“ näher eingegangen.

¹¹³ vgl. Luft, 2016. S.77.

„gerechte Aufteilung“ der AsylwerberInnen unter den EU-Mitgliedstaaten diskutiert, jegliche Bestrebungen scheiterten allerdings ebenfalls an Einzelstaaten, die trotz vertraglicher Verpflichtungen eine Verteilung geflüchteter Menschen ablehnen¹¹⁴. Die zahlreichen Richtlinien, die von EU-Rat und EU-Parlament seit dem Vertrag von Amsterdam verabschiedet wurden, haben nicht zur Vereinheitlichung von Asylverfahren bzw. Vereinheitlichungen der Versorgung geflüchteter Menschen geführt. Der Ablauf der Verfahren und die Beurteilung der von AsylwerberInnen vorgebrachten Asylgründe unterscheidet sich innerhalb des EU-Raumes auch nach der Verabschiedung der Richtlinien und Verordnungen eklatant: Peyrl (2018) spricht sogar von einer unzumutbaren „Asyllotterie“ für AsylwerberInnen.¹¹⁵ Ein weiteres ungelöstes Problem, sowohl in Europa wie auch in Österreich, stellt die Asylantragstellung von AsylwerberInnen dar: Durch eine immer mehr auf politischer Ebene akzeptierte „Abschottungspolitik“ existieren keinerlei Möglichkeiten für geflüchtete Menschen, auf legale Weise einen Asylantrag zu stellen, da eine Antragstellung nur innerhalb des EU-Raumes und nicht vom Ausland aus möglich ist. Dadurch schafft die Europäische Union einen Nährboden für das Schlepperwesen, welches eine illegale Einreise und somit eine Asylantragstellung ermöglicht.¹¹⁶

Die von manchen PolitikerInnen als „Migrationskrise“ empfundene Entwicklung ab dem Jahr 2015 hat demnach vor allem inner-europäische strukturelle Gründe: Die politischen Akteure der Europäischen Union haben es trotz ihrer Ankündigungen bislang nicht geschafft, EU-weit einheitliche Verfahrensregeln, rechtliche Standards bei der Aufnahme von MigrantInnen und Standards bei der Versorgung von MigrantInnen zu etablieren. Gründe hierfür sind insbesondere der Unwille einzelner EU-Mitgliedstaaten, an der die geplante Errichtung der GEAS gescheitert ist. Die strukturelle Unterschiedlichkeit des Lebensstandards zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist ebenfalls der Grund für das Scheitern des Dublin-Systems: Obwohl die Staaten, die an EU-Außengrenzen liegen, die Hauptlast bei der Registrierung und Erstversorgung von MigrantInnen tragen, wollen die Schutzsuchenden in den wenigsten Fällen in diesen strukturschwachen Gebieten bleiben. Die Staaten nehmen also gerne die Nicht-Beachtung der Dublin-Regeln in Kauf, da die MigrantInnen in vielen Fällen von sich aus in attraktivere Staaten vordringen wollen, die nicht im Bereich der EU-Außengrenzen liegen.¹¹⁷ Dies kann auch als Grund dafür gesehen werden, warum gerade Ost- und Mitteleuropäische Staaten, die an der EU-Außengrenze liegen (zB: Polen, Ungarn) sich gegen

¹¹⁴ vgl. ebenda. S.81.

¹¹⁵ vgl. Peyrl et al., 2018. S.231.

¹¹⁶ vgl. Peyrl et al., 2018. S.231f.

¹¹⁷ vgl. Luft, 2016. S.73f.

einen verpflichtende Quoten- bzw. Verteilungsregelung für Zuwanderungswillige innerhalb des EU-Raumes aussprechen.

3.5. Asylpolitik in Österreich von 1945 bis heute

Die österreichische Asylpolitik der Nachkriegszeit und in der Zeit des kalten Krieges ist durch das Selbstverständnis Österreichs als Asyl- und Einwanderungsland geprägt. Dieser „Mythos“ konnte trotz widersprüchlicher Handlungen der österreichischen Bundesregierungen aufrecht erhalten werden und prägt zum Teil auch heutzutage weiterhin den medialen und öffentlichen Diskurs, wenn es um die Aufnahme geflüchteter Menschen geht.¹¹⁸ Als Grundmuster ist zu erkennen, dass sich das offizielle Österreich bereitwillig als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge zu inszenieren wusste¹¹⁹, allerdings meist nur solange die Anzahl der geflüchteten Menschen nicht zu einer Belastung des österreichischen Staatshaushaltes bzw. der österreichischen Wirtschaft wurde. Je länger die hohe Anzahl der Menschen, die Asylanträge stellten, andauerte, desto negativer wurde die öffentliche und mediale Haltung gegenüber den geflüchteten Menschen. Wenig später reagierte dann auch die österreichische Bundesregierung mit restriktiven Maßnahmen im Bereich der Asylpolitik.

3.5.1. Österreichs Umgang mit „politischen Flüchtlingen“ in der Zeit des Kalten Krieges

Nach Ende des 2. Weltkrieges befanden sich ca. 1 Million Vertriebene bzw. *Displaced Persons*¹²⁰ (DPs) auf österreichischem Staatsgebiet.¹²¹ Durch die von den Alliierten Besatzungsmächten betriebene „Repatriierungspolitik“, also der gezielt betriebenen Rückführung der DPs in ihre Herkunftsstaaten, die auch von der österreichischen Bundesregierung unter Karl Renner verfolgt wurde, nahm die Anzahl der DPs auf österreichischem Staatsgebiet bereits 1946 um nahezu die Hälfte ab.¹²² Zu einem Umdenken kam es erst nach dem Anlaufen internationaler Unterstützungsprogramme, die den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft verfolgten, wie zum Beispiel dem European Recovery Program (ERP). Ab diesem Zeitpunkt sah auch die österreichische Bundesregierung Potential in den DPs als Ersatz für den kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften und begann

¹¹⁸ vgl. Volf, Patrick-Paul (1995): Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: Zeitgeschichte, 22, 11/12. S.415-S.436. hier: S. 430f.

¹¹⁹ vgl. Garstenaue/Kuzmany, 2017. S.33.

¹²⁰ Mit dem Begriff „Displaced Persons“ sind sowohl zivile ZwangsarbeiterInnen, ehemalige KZ-Häftlinge, wie auch Kriegsgefangene gemeint.

¹²¹ vgl. Bacher, Dieter/Perzi, Niklas (2017): Die Chance auf eine neue Heimat. Zwangsarbeiter, DPs und Vertriebene auf dem Gebiet der Republik Österreich 1944-1950. In: Garstenaue/Kuzmany, 2017. S.176.

¹²² vgl. ebenda. S.182.

zunehmend DPs in Bereichen der Landwirtschaft wie auch im Textilgewerbe einzusetzen und Bleiberechte zu erteilen. In der Zeit der Zweiten Republik bis zum Staatsvertrag im Jahr 1955 sah sich Österreich vor allem in der Rolle als Erstversorger für die hohe Anzahl der DPs und nicht als Aufnahmeland für staatenlos gewordene Personen. Erst nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage begann Österreich gezielt benötigte Arbeitskräfte auszuwählen und diese in bestimmten Wirtschaftsbereichen als Arbeitskräfte zu integrieren.¹²³ Der Zeitraum von 1945-1955 kann als eine erste frühe Phase der österreichischen Asylpolitik verstanden werden, die durch die Fremdbestimmung der alliierten Besatzungsmächte gekennzeichnet war und mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages endete.¹²⁴

Im Zuge der Ungarnkrise 1956 erhielt die erst kürzlich von den internationalen Besatzungsmächten unabhängig gewordene österreichische Bundesregierung die Gelegenheit sich im Bereich der Asylpolitik auch auf internationaler Ebene zu profilieren. Klar war allerdings, wie auch schon bei der Behandlung der DPs erkennbar, dass Österreich sich nicht als Aufnahme- sondern als Transitland betrachtete:

„Obwohl bereits 1956 deutlich geworden war, dass sich Österreich keinesfalls als dauerhafte neue Heimat für Flüchtlinge sah, kultivierte das Land seine Rolle als beispielhaft im humanitären Umgang mit Flüchtlingen.“¹²⁵

Nach dem Einmarsch der UdSSR in Ungarn kam es zu einer Massenflucht von ungarischen Staatsangehörigen nach Österreich. Eine gefahrlose Überquerung der Grenze nach Österreich war nur deshalb möglich, weil das ungarische kommunistische Regime im Zuge der zuvor betriebenen Liberalisierungspolitik mit dem Abbau von Grenzanlagen und Minenfeldern begonnen hatte.¹²⁶ In etwa zwei Monaten kamen ca. 180.000 Menschen nach Österreich. Humanitäre Hilfe für die Geflüchteten erfolgte durch das Rote Kreuz und das österreichische Bundesheer.¹²⁷ Die zunächst große Sympathie der österreichischen Bevölkerung und der medialen Berichterstattung gegenüber den ungarischen Geflüchteten begann sich bereits kurze Zeit darauf ins Gegenteil zu wandeln:

¹²³ vgl. Bacher/Perzi, 2017. S.190f. bzw. S.202.

¹²⁴ vgl. Weigl, Andreas (2009): Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Studien-Verlag. Innsbruck. S.52f.

¹²⁵ Graf, Maximilian/Knoll, Sarah (2017): Das Ende eines Mythos? Österreich und die Kommunismusflüchtlinge. In: Garstener/Kuzmany, 2017. S.206-S.229. hier: S.213.

¹²⁶ vgl. Graf/Knoll, 2017. S.209.

¹²⁷ vgl. ebenda. S.211.

„Je länger sich die Ungarnflüchtlinge in Österreich aufhielten, desto häufiger wurde ihre Rückkehr in die Heimat gefordert. Die anfängliche Hilfsbereitschaft der Österreicher versiegte in dem Moment, in dem die früheren >Opfer des Kommunismus< zu Konkurrenten am Arbeits- und Wohnungsmarkt wurden.“¹²⁸

Insgesamt blieben lediglich 25.000 bis 30.000 ungarische Geflüchtete dauerhaft innerhalb Österreichs.

Ähnlich verhielt sich die Situation in Österreich bei der Aufnahme von ca. 162.000 tschechoslowakischen Geflüchteten nach dem Einmarsch der UdSSR in die ČSSR im Jahr 1968. Die Erstversorgung der Flüchtlinge erfolgte durch zahlreiche Hilfsorganisationen, darüber hinaus erhielt Österreich finanzielle Unterstützung durch die UNHCR. Die geringe Anzahl der Geflüchteten, die dauerhaft in Österreich blieben (nur etwa 3.000) und die internationale finanzielle Unterstützung bewirkten eine weniger negativ geprägte Reaktion der öffentlichen Meinung und der medialen Berichterstattung als dies noch während der Ungarnkrise 1956 der Fall gewesen war.¹²⁹

Eine weitere Aufnahme geflüchteter Menschen erfolgte im Rahmen der Polenkrise in den Jahren 1981/1982, als es zu verstärkten Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Solidarność-Bewegung und dem polnischen kommunistischen Regime kam. Österreich fungierte als Asylland für zahlreiche polnische AsylwerberInnen, da 1972 in einem Abkommen zwischen polnischer und österreichischer Regierung eine Vereinbarung über einen visafreien Reiseverkehr zwischen Österreich und Polen getroffen wurde und PolInnen zu dieser Zeit ohne Visum nach Österreich einreisen konnten, um einen Asylantrag zu stellen. Insgesamt beantragten ca. 22.000 PolInnen Asyl in Österreich. Der schnelle Anstieg der polnischen Asylanträge stieß auf Ablehnung der österreichischen Bevölkerung, da die AsylwerberInnen eher als „ArbeitsmigrantInnen“ und weniger als politische Flüchtlinge betrachtet wurden. Dies änderte sich erst mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der damit verbundenen Eskalation der politischen Lage. Ab diesem Zeitpunkt erklärten sich auch internationale Organisationen dazu bereit, Österreich bei der Versorgung der Geflüchteten finanziell zu unterstützen.¹³⁰ Die österreichische Bundesregierung unter Bruno Kreisky war dennoch bestrebt die Weiterreise oder Rückkehr der polnischen AsylwerberInnen zu forcieren und einem dauerhaften Verbleib in Österreich entgegenzuwirken.

¹²⁸ Zierer, Brigitta (1995): Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (1995): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. S.157-171. hier: S.169f.

¹²⁹ vgl. Graf/Knoll, 2017. S.214f.

¹³⁰ vgl. Graf/Knoll, 2017. S.217.

Die Unabhängigkeitserklärungen einiger ehemaliger jugoslawischer Teilrepubliken und die anschließenden (Bürger-) Kriege waren die Ursache für die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch auf Grund der geographischen Nähe kamen bis insgesamt 1995 ca. 100.000 geflüchtete Menschen nach Österreich.¹³¹ Eine unbürokratische Vorgehensweise des österreichischen Staates und besonders die Mithilfe zahlreicher privater Initiativen sorgten für eine relativ problemlose Unterbringung und anschließende Erstversorgung der Geflüchteten.¹³² Dennoch lag ein Stimmungswechsel der österreichischen Asylpolitik in der Luft. Befeuert von der sich gegen Geflüchtete richtenden Politik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), dem Boulevard und der sich gegen AsylwerberInnen bzw. MigrantInnen richtenden politischen Stimmung in Österreich, kam es im Zuge der 1990er Jahre zu einer Reihe von Verschärfungen des Asyl- und Fremdenrechts.

3.5.2. Asylpolitik zu Beginn der 1990er Jahre und Verschärfungen des Fremdenrechts

Der Beginn der 1990er Jahre war durch einen grundlegenden Paradigmenwechsel der österreichischen Asylpolitik geprägt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der UdSSR und anderer kommunistischer Regime erfolgte ein Anstieg der Asylanträge und der Arbeitsmigration nach Österreich. Erstmals begannen sowohl politische Parteien (v.a. die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)), wie auch Medien (v.a. die Kronen Zeitung) Stimmung gegen geflüchtete Menschen zu machen und unterstellten eine ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Personengruppe der AsylwerberInnen bzw. MigrantInnen. Die österreichische Politik begann die zunehmend fremdenfeindliche Stimmung bald aufzugreifen, es folgten zahlreiche Abänderungen des österreichischen Fremdenrechts, die hauptsächlich Verschärfungen der gesetzlichen Bestimmungen darstellten.¹³³

Im Jahr 1991 beschloss die österreichische Bundesregierung das Asylgesetz 1991, die Hauptziele des Gesetzes waren die Bekämpfung von angeblichem Asylmissbrauch und eine Möglichkeit der Beschleunigung von Asylverfahren in bestimmten Fällen. Ebenfalls durch das Asylgesetz geschaffen wurden die Konzepte der „sicheren Drittstaaten bzw. Herkunftsstaaten“.¹³⁴ Die erstmals eindeutige Verschärfung des Asylrechtes hatte einen

¹³¹ vgl. Bauer, 2008. S.7.

¹³² vgl. Langthaler, 2010. S.204.

¹³³ vgl. Langthaler, 2010. S.202.

¹³⁴ vgl. Internationale Organisation für Migration (IOM)/Europäisches Migrationsnetzwerk (2016): Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich. Online unter: https://www.emn.at/wp-content/uploads/2017/01/Organisationsstudie_AT-EMN-NCP_2016.pdf, Zugriff am 30.11.2018. S.30.

Einbruch bei den Asylanträgen zur Folge.¹³⁵ Nach dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes in Bosnien-Herzegowina schuf die Bundesregierung das so genannte „Bosniergesetz“, welches das Ziel hatte die geflüchteten BosnierInnen nur temporär in Österreich zu halten und sie nach einem Ende des Krieges wieder in ihr Herkunftsland schicken zu können. Anhaltende Kritik von NGOs und der Zivilgesellschaft bewirkten im Jahr 1997 eine Abänderung des Asylgesetzes, die insbesondere darauf abzielte EU-Recht (Schengener Abkommen und Dublin-Verfahren) in das österreichische Fremdenrecht zu integrieren. Mit der FPÖ/ÖVP-Koalition des Jahres 2000 wurden weitere Verschärfungen des Fremdenrechts beschlossen. Die Novelle des Fremdengesetzes im Jahr 2002 unter der Führung des Innenministers Ernst Strasser hatte eine massive Einschränkung der Bundesbetreuung für AsylwerberInnen zur Folge. Nur das Engagement der österreichischen Zivilgesellschaft konnte die grundlegende Versorgung der AsylwerberInnen sicherstellen. Erst durch die Grundversorgungsvereinbarung des Jahres 2004 konnte die prekäre Lage der AsylwerberInnen in Österreich entschärft werden, allerdings nur, da eine EU-Richtlinie (RL 2003/9/EG) umgesetzt werden musste, die eine lückenlose Versorgung von AsylwerberInnen während ihres Verfahrens vorschrieb.¹³⁶ Eine Neufassung des Asylgesetzes (2005) brachte eine Einschränkung der Rechte von AsylwerberInnen bei einem gleichzeitigen Ausbau der polizeilichen Befugnisse, vor allem im Bereich der Schubhaftbestimmungen. Darüber hinaus war es Ziel der Bundesregierung die Durchführung von Asylverfahren zunehmend nicht durch Österreich vollziehen zu lassen. Das Gesetz legt fest, dass Österreich nur für Verfahren zuständig ist, bei denen der/die AsylwerberIn direkt aus einem Verfolgerstaat stammt. Da aber sämtliche Einreisemöglichkeiten nach Österreich durch „sichere Drittstaaten“ bzw. EU-Staaten führen, wäre Österreich theoretisch nur in sehr seltenen Fällen für ein Asylverfahren zuständig. Somit sind Geflüchtete zu einer illegalen Einreise nach Österreich gezwungen, um ein Asylverfahren zu initiieren. In der Praxis wird die Reiseroute von AsylwerberInnen vor den österreichischen Behörden verschwiegen, um nicht bereits sofort nach der Antragstellung in einen „sicheren Drittstaat“ abgeschoben zu werden.¹³⁷ Das Fremdenrechtsänderungsgesetz des Jahres 2009 stellte die Umsetzung weiterer EU-Richtlinien sicher, unter anderem wurde der Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt EU“ in das österreichische Rechtssystem integriert.¹³⁸

Die jüngsten Neuerungen im Bereich des Fremdenrechts wurden von der türkis-blauen Bundesregierung, die von Dezember 2017 bis Mai 2019 im Amt war, beschlossen. Zunächst

¹³⁵ vgl. Peyrl et al., 2018. S.260.

¹³⁶ vgl. Peyrl et al., 2018. S.261f.

¹³⁷ vgl. Peyrl et al., 2018. S.263.

¹³⁸ vgl. IOM, 2016. S.34.

bedeutete das Fremdenrechtsänderungsgesetz (2018) eine weitere Verschärfung des ohnehin schon restriktiven Asylrechts. Mit dem Gesetzespaket war eine Herabsetzung der Schwelle für die Verhängung eines unbefristeten Einreiseverbotes für AsylwerberInnen, Verschärfungen der Bedingungen für die Verhängung von Schubhaft, die Verkürzung der Beschwerdefristen in bestimmten Asylverfahren, die Abschaffung eines Rechtsanspruches auf Deutschkurse für AsylwerberInnen und der erschwerte Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft geplant.¹³⁹ Darüber hinaus bedeutet die soeben (November 2018) von der Bundesregierung angekündigte Reform der Mindestsicherung eine deutliche Schlechterstellung der Bezüge von Asylberechtigten, die keine ausreichenden Deutsch- bzw. Englischkenntnisse vorweisen können.¹⁴⁰ Subsidiär Schutzberechtigte Personen erhalten ab jetzt keinerlei Zugang zur Mindestsicherung mehr, sie müssen im Rahmen der Grundversorgung bleiben. Spätestens ab dem Jahr 2021 sollen die Regelungen zur neuen Mindestsicherung in Kraft treten.¹⁴¹

¹³⁹ Asylkoordination Österreich (2018): Stellungnahme zu den Bestimmungen durch das FrÄG (2018): online unter: <https://www.asyl.at/de/information/stellungnahmen/>, Zugriff am 01.12.2018.

¹⁴⁰ Asylberechtigte die entweder keine Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1, oder Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 nachweisen können, erhalten statt 860€ nur mehr 560€ im Rahmen der Mindestsicherung.

¹⁴¹ vgl. Neuhold, Clemens (2018): Mindestsicherung neu: Diese 6 Punkte sollten Flüchtlinge wissen. Online unter: <https://www.profil.at/oesterreich/mindestsicherung-neu-fluechtlinge-10494177>, Zugriff am 01.12.2018.

4. Die postjugoslawischen Kriege 1991-1998

Im folgenden Kapitel soll ein Überblick über die militärischen Auseinandersetzungen nach dem Ende der Bundesrepublik Jugoslawien, die von 1918-1991 existierte, gegeben werden. Bewusst wird hierbei der Begriff „postjugoslawische Kriege“ als Sammelbezeichnung für die Konflikte auf diesem Gebiet verwendet, da andere Bezeichnungen¹⁴² als unpräzise bzw. irreführend charakterisiert werden können. Zu den postjugoslawischen Kriegen zählen der 10-Tage-Krieg in Slowenien (1991), der Kroatienkrieg (1991-1995), der Krieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1995) und der Krieg in der Region des Kosovo (1998). Bevor auf den konkreten Kriegsverlauf eingegangen werden kann, kommt es im folgenden Unterkapitel zu einer Darstellung der Ursachen der Konflikte und auch zu einer Betrachtung der Interpretationen der Konflikte seitens der internationalen Gemeinschaften (Europäische Staaten, Vereinte Nationen) und der wissenschaftlichen Literatur, die seit den 1990er Jahren zu diesem Thema veröffentlicht wurde.

4.1. Ursachen der postjugoslawischen Kriege und staatliche Desintegration Jugoslawiens

Die Ursachen der militärischen Auseinandersetzungen, zu denen es im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens kam, können bereits in den angestrebten Reformen der 1960er und 1980er Jahre identifiziert werden. Beide Reformphasen waren durch Konflikte zwischen „konservativen“ und „moderaten“ Parteieliten geprägt. Ziel der Reformer war die Etablierung eines „demokratischen Sozialismus“, also die Öffnung Jugoslawiens für marktwirtschaftliche Elemente, sowie zivilgesellschaftliche Reformen und eine Abkehr vom „dogmatischen Kommunismus“ der konservativen Parteieliten.¹⁴³ Begleitet wurden die geplanten ökonomischen Reformen von Dezentralisierungsmaßnahmen innerhalb der jugoslawischen Föderation, die einzelnen Teilrepubliken sollten mehr politischen Spielraum erhalten. Der Präsident Jugoslawiens Josip Broz Tito zog allerdings seine anfängliche Unterstützung für die Reformen zurück, nachdem er von führenden (serbischen) konservativen Parteieliten überzeugt wurde, dass die Dezentralisierung einen verstärkten Nationalismus der

¹⁴² Der am häufigsten verwendete Begriff ist nach wie vor der der „Jugoslawienkriege“, allerdings impliziert dieser Begriff ein Fortbestehen der sich spätestens ab 1991 in Auflösung befindlichen jugoslawischen Bundesrepublik. Die Bezeichnung der militärischen Konflikte als „Balkankriege“ ist nicht zuletzt wegen der negativen Konnotation dieses geographischen Gebietes und deren Bevölkerung als wenig brauchbar zu erachten. Darüber hinaus meint der Begriff „Balkan“ zumeist eine Vielzahl an Staaten, von denen einige kaum von den militärischen Auseinandersetzungen betroffen waren (z.B: Mazedonien, Bulgarien, Rumänien). vgl. auch Sundhaussen, Holm (2016): Eintrag „postjugoslawische Kriege“. In: Sundhaussen, Holm/Clewing, Konrad (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S.742-747.

¹⁴³ vgl. Gagnon, V.P. (2006): The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s. Cornell University Press. Ithaca und London. S. 52.

Teilrepubliken zur Folge haben würde, welcher eine Gefahr für den inneren Frieden des Staates mit sich bringen könnte.¹⁴⁴ Während ökonomische und zivilgesellschaftliche Reformen folglich ausblieben, kam es dennoch auf einer bürokratischen Ebene zu Reformen, die einen Anstieg der Autonomie der Teilrepubliken zur Folge hatten.¹⁴⁵ Eine zweite Phase der Reformbewegung entstand nach dem Tod von Tito im Jahr 1980, nachdem Jugoslawiens Wirtschaft in eine akute Krise geraten war. Erneut forderten die Reformkräfte innerhalb der kommunistischen Partei einen im ökonomischen wie auch im zivilgesellschaftlichen und demokratiepolitischen Bereich.¹⁴⁶ In diesen Zeiten der Krise und Unsicherheit innerhalb weiter Teile der Bevölkerung des jugoslawischen Gesamtstaates kam es ab der Mitte der 1980er Jahre zu einem Aufschwung von nationalistischem Gedankengut.¹⁴⁷ Diese „Neuentdeckung“ der nationalistischen Politik der einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken fand zunächst in Serbien statt und wurde von einem breiten Teil der kulturellen und wissenschaftlichen Elite initiiert. Als Stein des Anstoßes galt das 1986 veröffentlichte Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste, in dem serbische Opfererzählungen aus der Zeit des 2. Weltkrieges wiederaufgegriffen wurden und der Genozid an der serbischen Bevölkerung aus dieser Zeit mit der Situation im Kosovo der 80er Jahre gleichgesetzt wurde.¹⁴⁸ Die schwelenden Konflikte zwischen Serben und Albanern im Kosovo nutzte der seit 1984 zu den Führungspersonlichkeiten der serbischen kommunistischen Partei gehörende Politiker Slobodan Milošević für seine politische Agenda¹⁴⁹ und konnte sich dadurch auf dem achten Plenum der serbischen Kommunistischen Partei im September 1987 gegen seinen Freund und politischen Ziehvater Ivan Stambolić durchsetzen und zum mächtigsten Politiker Serbiens aufsteigen.¹⁵⁰ Bemerkenswerter Weise war Milošević vor den Krisenzeiten der 1980er Jahre noch nie als nationalistischer Agitator

¹⁴⁴ vgl. Gagnon, 2006. S.54 und S.57: Serbische Reformgegner strapazierten insbesondere das Bild von kroatischen rechtsextremen Ustaša-Einheiten, welche während des 2. Weltkrieges Massaker an der serbischen Bevölkerung Kroatiens verübten.

¹⁴⁵ vgl. ebenda S.59.

¹⁴⁶ Gründe für die Krise der 1980er Jahre waren einerseits die weltweite „Ölkrise“ der 1970er Jahre, aber auch verpasste ökonomische Reformen innerhalb Jugoslawiens, eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung. vgl. Gagnon, 2006. S. 60f.

¹⁴⁷ vgl. Sundhaussen, Holm (2014): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S.254.

¹⁴⁸ vgl. Brunnbauer, Ulf/ Buchenau, Klaus (2018): Geschichte Südosteuropas. Reclam-Verlag. Stuttgart. S.395.

¹⁴⁸ In den 1980er Jahren kam es in der autonomen Provinz Kosovo zu Auseinandersetzungen zwischen der albanischen und serbischen Bevölkerung. Während die Anzahl der Serben durch Abwanderung und niedrigere Geburtenraten stetig zurückging, wuchs die albanische Mehrheit an. Diese Begebenheit wurde von serbischen Intellektuellen und der Politik genutzt, um vor einer Vertreibung der serbischen Minderheit aus dem Kosovo zu warnen, die real nicht existierte.

¹⁴⁹ vgl. Gagnon, 2006. S.56.

¹⁵⁰ vgl. Rüb, Matthias (2007): Jugoslawien unter Milosevic. In: Melčić, Dunja (2007): Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. 2. Auflage. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.327.

aufgefallen, wie zahlreiche andere Politiker durchlief er die Parteischule der serbischen kommunistischen Partei. Vielmehr schien er die „Gunst der Stunde“ genützt zu haben, um in einer Atmosphäre der ökonomischen und politischen Verunsicherung der Bevölkerung von einer nationalistischen Politik der Feindbilder zu profitieren:

„Die Neuverteilung der Macht in der Nach-Tito-Zeit auf der einen, die durch die Krise Jugoslawiens und die Krise des Sozialismus um sich greifende Verunsicherung und Orientierungslosigkeit der Bevölkerung, das Bestreben der Intellektuellen, die nationalistische Karte zu spielen, und die von ihnen systematisch geschürten Ängste auf der anderen Seite schufen das Umfeld, das den Aufstieg Miloševićs ermöglichte.“¹⁵¹

Miloševićs „nationalistische Wende“¹⁵², die endgültig seit seinem Besuch im Kosovo im April 1987 deutlich wurde, war sicherlich auch eine Strategie des Machterhalts: Durch die Betonung nationaler Mythen und Vergleiche zwischen vergangenen und heutigen Ereignissen, konnte die serbische kommunistische Partei unter Milošević gezielt von politischen Themen ablenken, die zwangsläufig einen Machtverlust der alten kommunistischen Partielite bedeutet hätten. Während die tatsächlichen Probleme Jugoslawiens in den 1980er Jahren die Staatsverschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und die Desintegration des jugoslawischen Marktes waren, denen man nur mit weitreichenden ökonomischen und politischen Reformen Herr werden hätte können, kreierte Milošević bewusst eine Atmosphäre der Angst und der Vorurteile, um den eigenen Machterhalt zu sichern und von den notwendigen Reformen abzulenken.¹⁵³ Von nun an verfolgten Milošević und seine Gefolgsleute eine Strategie der Entmachtung der übrigen Teilrepubliken Jugoslawiens mit dem Ziel einer serbischen Hegemonie innerhalb der Föderation. Es kam zu einem Paradigmenwechsel¹⁵⁴ innerhalb der serbischen Politik, weg von einem Erhalt Jugoslawiens mit unabhängigen Teilrepubliken hin zu einem serbischen Großstaat, der alle serbisch-stämmigen Bewohner des Gesamtstaates Jugoslawiens vereinen sollte:

„Der drohende Zerfall Jugoslawiens aktualisierte die im 19. Jahrhundert aufgekommene „serbische Frage“, also die Vereinigung aller Serben in einem Staat.“¹⁵⁵

Von Milošević und seinen Anhängern selbst wurde die Strategie der nationalistischen Mobilisierung öffentlichkeitswirksam als „Anti-Bürokratische Revolution“ bezeichnet, wobei

¹⁵¹ Sundhaussen, 2014. S.260.

¹⁵² Rüb, 2007. S.330.

¹⁵³ vgl. Gagnon, 2006. S.69.

¹⁵⁴ vgl. ebenda. S.92.

¹⁵⁵ Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. C.H. Beck-Verlag. München. S.304.

vielmehr die Beseitigung von Milošević-Kritikern das Ziel dieser Strategie war. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte man auf gezielt inszenierte Demonstrationen in den seit 1974 unabhängigen Regionen Vojvodina, Kosovo und Montenegro, welche schlussendlich zu einem Rücktritt der lokalen Politiker führte.¹⁵⁶ Diese wurden nun durch Milošević-Anhänger ersetzt, um deren Stimmen im jugoslawischen Bundespräsidium zu sichern.¹⁵⁷

Das Vorgehen der serbischen Politik unter Milošević und die immer deutlicher in Erscheinung tretenden serbischen Hegemonialbestrebungen innerhalb der jugoslawischen Föderation führten vermehrt zu einer anti-serbischen Stimmung unter den nicht mit Serbien verbündeten Teilrepubliken Jugoslawiens. Hauptgegner der serbischen Politik war Slowenien, das trotz seiner Jahrzehnte langen pro-jugoslawischen Einstellung nun vermehrt zu einem Kritiker der Föderation wurde. Das Ziel der slowenischen Politik war fortan eine Stärkung der Autonomie und der Handlungsspielräume der Teilrepubliken.¹⁵⁸ Der Streit um die Zukunft des Staates Jugoslawien gipfelte in der de-facto Lähmung der bundesstaatlichen Organe auf dem 14. Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im Jänner 1990. Befürworter einer „Dezentralisierung“ (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina) standen Befürwortern einer „Rezentralisierung“ (Serbien und Verbündete) des jugoslawischen Bundesstaates gegenüber. Nach mehreren Abstimmungsdurchgängen, die alle in einem Patt der Stimmen zwischen serbischer Fraktion und deren Gegner endete, verließen die slowenischen Abgeordneten geschlossen den Abstimmungsaal.¹⁵⁹ Auf Drängen der kroatischen Abgeordneten wurde der Kongress nicht fortgesetzt, sondern unterbrochen. Diese „Unterbrechung“ war allerdings, wie sich später zeigen sollte, das endgültige Ende der kommunistischen Bundespartei und ein deutliches Zeichen dafür, dass auf der Ebene des jugoslawischen Gesamtstaates keine gemeinsamen politischen Entscheidungen mehr getroffen werden konnten.¹⁶⁰

Während Jugoslawien auf politischer Bundesebene gelähmt war, kam es innerhalb der einzelnen Teilrepubliken zu einem Demokratisierungsprozess, der auch vom Zusammenbruch der UdSSR und deren Satellitenstaaten inspiriert und gefördert wurde. Im Laufe des Jahres 1990 fanden freie Wahlen in Slowenien (April 1990), Kroatien (April und Mai 1990),

¹⁵⁶ vgl. Sundhaussen, 2014. S.264ff.

¹⁵⁷ Durch eine serbische Verfassungsänderung die mit Unterstützung der nun Milošević-treuen Regionen Vojvodina, Kosovo und Montenegro durchgesetzt wurde, verloren diese Provinzen ihren gleichberechtigten Status im jugoslawischen Bundesparlament. Serbien kontrollierte nun vier der insgesamt acht Stimmen im Bundespräsidium. (Stimmen von Serbien, Montenegro, Vojvodina, Kosovo ggü. den Stimmen von Mazedonien, Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina). Somit konnte Serbien als einzelne Teilrepublik Entscheidungen blockieren. vgl. Sundhaussen, 2014: S.269f.

¹⁵⁸ vgl. Sundhaussen, 2014. S. 278.

¹⁵⁹ vgl. Brunnbauer, 2018. S.396.

¹⁶⁰ vgl. Sundhaussen, 2014. S.289.

Bosnien-Herzegowina und Serbien (Dezember 1990) statt. In Slowenien konnte sich die Partei „DEMOS“ unter Milan Kučan durchsetzen, in Kroatien entschied die „Kroatische Demokratische Union“ (HDZ) unter Franjo Tuđman die Wahlen für sich.¹⁶¹ In Bosnien-Herzegowina richtete sich das Wahlergebnis ungefähr nach den unterschiedlichen im Land wohnhaften Ethnien, die muslimische „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) der Bosniaken unter Alija Izetbegović bildete eine Koalition mit der bosnisch-kroatischen HDZ und der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS) unter Radovan Karadžić.¹⁶² In Serbien wurde die von Milošević neu gegründete „Sozialistische Partei Serbiens“ (SPS) mit 63% der Stimmen gewählt. Die Gründe für den Wahlsieg der SPS waren vielschichtig: Einerseits erhielt die Partei proportional mehr Sitze als Stimmen, da eine Form von Mehrheitswahlssystem angewandt wurde. Darüber hinaus steuerte die SPS einen Großteil der serbischen Medienlandschaft und verfügte über die meisten Wahlkampfmittel. Des Weiteren spielten nationalistische Parolen und „groß-serbische“ Ideen in diesem Wahlkampf eine untergeordnete Rolle, Milošević gewann die Wahlen auch gerade deshalb, weil er in seinem Wahlkampf eine Verbesserung der ökonomischen Situation der serbischen Bevölkerung und des serbischen Staates versprach.¹⁶³ Obwohl westliche Politik und Medien den später folgenden Nachfolgekrieg häufig als Resultat eines bereits vorhandenen und historischen „ethnischen Hasses“ interpretierten, zeigten Meinungsumfragen und Wahlergebnisse aus den 1990er Jahren in mehreren Teilrepubliken Jugoslawiens, dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung von Konflikten „ethnischer“ Genese bewegt war. Wesentlich wichtiger wurde von den BewohnerInnen der Republiken Jugoslawiens das eigene wirtschaftliche und kulturelle Wohlergehen im direkten Umfeld bewertet.¹⁶⁴

Spätestens seit den Wahlen innerhalb der verschiedenen Teilrepubliken und der Beschlussunfähigkeit des Gesamtstaates Jugoslawiens verlor die realpolitische Bedeutung der Föderation Jugoslawiens zunehmend an Bedeutung. Folge der Dezentralisierung der Föderation waren ab diesem Zeitpunkt eine Vielzahl an Referenden und Volksbefragungen über die Unabhängigkeit der einzelnen Teilrepubliken.¹⁶⁵ Die nationalen Parteien bereiteten die Unabhängigkeit ihrer Staaten und damit die faktische Auflösung Jugoslawiens vor, was zu Spannungen zwischen einzelnen Teilrepubliken führte. So kam es in Kroatien unter Tuđman zu einer Verfassungsänderung, die sich gezielt gegen in Kroatien wohnhafte Serben richtete. Die serbische Bevölkerung verlor ihren verfassungsrechtlich garantierten Sonderstatus und

¹⁶¹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.293.

¹⁶² vgl. Brunnbauer, 2018. S. 398.

¹⁶³ vgl. Sundhaussen, 2014. S.300f.

¹⁶⁴ vgl. Gagnon, 2006. S.46f.

¹⁶⁵ vgl. Calic, 2010. S.303.

wurde durch die kroatische Verfassungsänderung zu einer einfachen Minderheit im Land „degradiert“.¹⁶⁶ Die direkte Reaktion der serbischen BewohnerInnen Kroatiens war die Proklamation des „Serbischen Autonomen Gebietes Krajina“ mit der Hauptstadt Knin am 22. Dezember 1990.¹⁶⁷ Obwohl es noch zu keinem direkten Konflikt zwischen Serben und Kroaten kam, begann die serbische Bevölkerung in der Region Krajina bewaffnete Truppen aufzustellen. Die Systemkrise Jugoslawiens und die Entstehung der neuen Nationalstaaten verunsicherte insbesondere Bevölkerungsgruppen, die nun plötzlich zu einer Minderheit in einem Staat wurden, während sie zuvor die jugoslawische Staatsbürgerschaft und in manchen Fällen verfassungsrechtliche Sonderstellung innehatten. Vor allem Serben innerhalb Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas, sowie Kroaten und Muslime bzw. Bosniaken in Bosnien-Herzegowina sahen sich nun politischen Drohgebärden und Diskriminierung ausgesetzt, obwohl ethnische Spannungen und Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen bereits seit längerer Zeit der Vergangenheit angehörten und sicherlich nicht mehr den Alltag der Bevölkerung Jugoslawiens prägten.¹⁶⁸ Genau diese vergangenen Gräueltaten wurden nun durch nationalistische Politik aktualisiert und auch medial gezielt verbreitet.¹⁶⁹ Während diese auf Stereotypen und Feindbildern basierte Politik zunächst von Slobodan Milošević in Serbien aufgegriffen wurde, ließ die Reaktion der anderen Teilstaaten nicht lange auf sich warten, insbesondere Slowenien und Kroatien ahmten die serbische Politik bald nach. Die internationalen Reaktionen auf den sich anbahnenden Konflikt sind durch Fehleinschätzungen geprägt. In westlichen Medien und auch in der westlichen Politik galt ein „alter ethnischer Hass“ als Ursache des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien, der lange durch das politische System des Kommunismus unterdrückt wurde und nun erneut zum Vorschein kam („Dampfkesseltheorie“).¹⁷⁰ Wesentlich plausibler ist jedoch die Theorie, dass ein kleiner Teil der kommunistischen Machtelite nationalistische Politik in den späten 1980er Jahren für sich entdeckte und in ihr eine Möglichkeit sah, den eigenen Machterhalt zu sichern

¹⁶⁶ vgl. Calic, 2010. S.305.

¹⁶⁷ vgl. Brunnbauer, 2018. S.399.

¹⁶⁸ vgl. Gagnon, 2006. S.33.

¹⁶⁹ vgl. Calic, 2010: S.306. Während vor den Wahlen Anfang der 1990er Jahre ein Gesamt-Jugoslawisches Fernsehunternehmen Nachrichten verbreitete, kam es nun zur Übernahme und Entstehung nationaler Medienunternehmen, die unter der Kontrolle der jeweiligen nationalen Partei stehen. Dies führte in der Zeit zu Beginn und während der postjugoslawischen Kriege zu einer vermehrten Verbreitung von Stereotypen über die anderen postjugoslawischen Staaten und auch zu einer „Wiederbelebung“ von Opfergeschichten der eigenen Nation, zumeist Vertreibungen, Genozide an der eigenen Bevölkerung mit gleichzeitiger Schuldzuweisung an andere Staaten.

¹⁷⁰ vgl. Gagnon, 2006. S.35.

und somit schlussendlich von Reformen abzulenken, welche die eigene Machtstellung gefährden würden.¹⁷¹

Ein genaues Datum für den Zusammenbruch der Föderation Jugoslawiens zu bestimmen ist zwar möglich, präziser ist es jedoch die Desintegration des Bundesstaates als historischen Prozess zu begreifen, der seinen Anfang in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten der 1970er und 1980er Jahre nimmt und schließlich mit den Unabhängigkeitserklärungen der Staaten Slowenien und Kroatien im Sommer 1991 sein Ende findet. Die politische Pattstellung seit der Blockade der föderalen Institutionen machte dringend notwendige Reformen auf ökonomischer und gesellschaftspolitischer Ebene unmöglich und förderte eine nationalistische Politik, die auch von Teilen der intellektuellen Elite aufgegriffen und verbreitet wurde. Den Anlass für einen Krieg, der fast die gesamte Zeitspanne der 1990er Jahre andauern sollte, stellten die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien dar, die im folgenden Unterkapitel behandelt werden.

4.2. Der 10-Tage-Krieg in Slowenien

Den Beginn der postjugoslawischen Kriege stellte die Unabhängigkeitserklärung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 dar. Bald darauf war sowohl nationalen, als auch internationalen BeobachterInnen klar, dass die angestrebte Unabhängigkeit der beiden Staaten nicht ohne Erwidern von Gewalt erfolgen würde. Einheiten der jugoslawischen Volksarmee (JVA) versuchten zunächst durch einen militärischen Einsatz in Slowenien den in Auflösung befindlichen Staat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) zu erhalten.¹⁷² Ziel der JVA in Slowenien war es, die Grenzen des nördlichen Jugoslawien zu sichern. Die JVA stand den Einheiten der slowenischen Territorialverteidigung (TO) gegenüber, die erheblich effizienteren Widerstand leistete als dies von der jugoslawischen Generalität erwartet wurde.¹⁷³ Der Fokus der jugoslawischen Armee lag auf der Einnahme von Flughäfen und der Sicherung von Grenzorten, die militärischen Auseinandersetzungen begrenzten sich zu einem großen Teil auf Gebiete an der italienischen und insbesondere der österreichischen Grenze. Obwohl die österreichische Bundesregierung bereits mit der Errichtung von Zeltstädten die Aufnahme von Geflüchteten vorbereite, kam es zu keinen größeren Fluchtbewegungen seitens der

¹⁷¹ Gagnon (2006) stellt diese Herangehensweise in seinem Buch „The Myth of Ethnic War“ ausführlich dar und greift ebenfalls auf jugoslawische Umfragen aus den 1990er Jahren zurück.

¹⁷² vgl. Calic, 2010. S. 308.

¹⁷³ vgl. Sundhaussen, 2014. S. 320.

slowenischen Bevölkerung.¹⁷⁴ Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen JVA und slowenischer TO forderten insgesamt den Tod von 44 jugoslawischen Soldaten im Vergleich zu 18 toten Kämpfern der TO¹⁷⁵ und wurden im Nachhinein durch die Geschichtswissenschaft als „10-Tage-Krieg“ bezeichnet (26. Juni 1991 bis 7. Juli 1991). Die internationale Gemeinschaft (UNO, EG) wurde von den militärischen Auseinandersetzungen überrascht und vermittelte unter Hochdruck einen Waffenstillstand zwischen Slowenien, Kroatien und dem jugoslawischen Staat, der als Abkommen von Brioni am 10. Juli 1991 unterzeichnet wurde. Hierbei verpflichteten sich Slowenien und Kroatien dazu, ihre Unabhängigkeit für drei Monate auszusetzen und über die Zukunft des jugoslawischen Staates zu verhandeln, die JVA zog sich vollständig aus den slowenischen Gebieten zurück.¹⁷⁶ Während dies für Slowenien faktisch die Unabhängigkeit bedeutete, kam es in Kroatien bald darauf zu bewaffneten Auseinandersetzungen der JVA mit Einheiten der kroatischen Territorialverteidigung, die zu einem wesentlich länger andauernden Krieg in Kroatien führten, welcher weiter unten behandelt wird. Der Grund für den Rückzug der JVA aus Slowenien kann auch in der Bevölkerungsstruktur des Landes gesehen werden: Strategisch hatte Slowenien niemals die Bedeutung, die Kroatien oder Bosnien-Herzegowina für die JVA unter serbischer Führung haben sollte, da in Slowenien der Anteil der serbischen Bevölkerung verschwindend gering war. Hauptziel der serbischen Politik und damit auch der JVA war die Vereinigung bzw. Eroberung von Gebieten mit hohen Anteilen serbischer Bevölkerung, vor diesen Hintergründen ist die Akzeptanz der slowenischen Unabhängigkeit zu verstehen.¹⁷⁷

4.3. Krieg in Kroatien

Anders als in Slowenien war der Anteil der serbischen Bevölkerung in manchen Regionen Kroatiens hoch. Besonders hohen Anteil einer serbischen Minderheit hatten die Gebiete West- und Ostslawoniens, sowie die Banija. Während die Bevölkerung dieser Gebiete bereits vor der Eskalation des Konfliktes durch Serbien und die JVA bewaffnet wurden, kam es ab dem Spätsommer des Jahres 1991 zu offenen Kampfhandlungen zwischen serbischen paramilitärischen Einheiten in Zusammenarbeit mit der JVA und der kroatischen Territorialverteidigung. Die schlecht ausgerüsteten kroatischen Verteidigungsverbände, die keine reguläre Armee darstellten, hatten der professionellen Volksarmee, die nun unter

¹⁷⁴ vgl. Rathfelder, Erich (2007): Der Krieg an seinen Schauplätzen. In: Melčić, Dunja (2007): Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

¹⁷⁵ vgl. ebenda. S. 321.

¹⁷⁶ vgl. Calic, 2010. S.308.

¹⁷⁷ vgl. Sundhaussen, 2014. S. 321.

serbischer Führung agierte, wenig entgegenzusetzen. In einer Reihe schnell ausgeführter Aktionen konnte die JVA ca. ein Drittel des kroatischen Gebietes erobern.¹⁷⁸ Zwischen August und Dezember 1991 kam es zu einer systematischen Vertreibung der kroatischen Bevölkerung aus den umkämpften Gebieten, allein in dieser Zeit mussten ca. 80.000 KroatInnen fliehen. Die kroatischen Städte Vukovar und Dubrovnik wurden durch die JVA in Zusammenarbeit mit serbischen Freischärlern und Paramilitärs belagert, in dieser Zeit kam es zu ersten dokumentierten Kriegsverbrechen, die bereits zur „Strategie der ethnischen Säuberungen“ gezählt werden können, von denen weiter unten im Zuge des Bosnienkrieges noch zu sprechen sein wird.¹⁷⁹ Am 19. Dezember erfolgte die Proklamation der „Serbischen Republik Krajina“ (SRK), welche sich auf den durch serbische Verbände eroberten kroatischen Gebieten befand.¹⁸⁰ Die Vertreibungen auf dem Gebiet der Krajina hatten eine massive Veränderung der Bevölkerungsstruktur zur Folge. Während vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen noch zahlreiche Nicht-Serben in der Region lebten, sank deren Anteil nun drastisch.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Ausbreitung des Krieges nach Kroatien war widersprüchlich. Während Deutschland schnell die Unabhängigkeit Kroatiens unterstützte, waren andere westliche Staaten an einem Erhalt des jugoslawischen Gesamtstaates interessiert, nicht zuletzt, da die Reaktion der Sowjetunion auf den Zusammenbruch Jugoslawiens nicht abschätzbar war. Erst mit der durch Michail Gorbatschow und Boris Jelzin beschlossenen Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 ergaben sich auf außenpolitischer Ebene neue Spielräume für den Umgang mit den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken.¹⁸¹ Nachdem Deutschland bereits am 23. Dezember 1991 Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten anerkannte, kam es erst Mitte Jänner 1992 zu einer gemeinsamen Anerkennung durch die restlichen Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG).¹⁸² Ebenfalls begannen die Vereinten Nationen unter Chef-Verhandler Cyrus Vance einen Waffenstillstand zwischen Serbien und Kroatien auszuarbeiten, der im Frühjahr 1992 von Milošević und auch Tuđman akzeptiert wurde. Der Friedensplan sah die Entsendung einer UN-Friedenssicherungstruppe (UNPROFOR) in die Gebiete der „Republik Serbische Krajina“ (RSK) vor, darüber hinaus sollten Schutzzone errichtet werden. Schlussendlich bedeutete der Waffenstillstand eine faktische Absicherung

¹⁷⁸ vgl. Brunnbauer, 2018. S.402.

¹⁷⁹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.324.

¹⁸⁰ Die „Serbische Republik Krajina“ umfasste Gebiete West- und Ostslawoniens, der Banija, des Korduns, sowie Teile Norddalmatiens. Die Serbische Republik umfasste insgesamt 17.000 km² und ca. 500.000 Einwohner. vgl. Calic (2010): S.309. und Sundhaussen (2014): S.324.

¹⁸¹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.327.

¹⁸² vgl. Calic, 2010. S.310.

der serbischen Gebiete in Kroatien, da der Vance-Plan zwar den Abzug der JVA aus den Gebieten der RSK vorsah, nicht allerdings eine Entwaffnung der serbischen paramilitärischen Einheiten vor Ort. Vor dem Abzug der JVA-Einheiten wurde ein Großteil ihrer Bewaffnung und Ausrüstung an die lokalen serbischen Einheiten innerhalb der RSK übergeben.¹⁸³ Durch den Waffenstillstand kamen die Kriegshandlungen auf kroatischem Gebiet zum Erliegen, der Kriegsschauplatz wechselte nach Bosnien-Herzegowina. Erst im Jahr 1995 gelang es der kroatischen Armee, die nun zu einer regulären Armee mit mehr Schlagkraft geworden war, die Gebiete der RSK zurückzuerobern. Auf Befehl von Tuđman kam es im Zuge der Operationen Bljesak („Blitz“) und Oluja („Sturm“) zur Wiedereingliederung der an Serbien verlorenen Gebiete in das kroatische Staatsgebiet. Auch im Zuge der Rückeroberungen kam es zu systematischen Vertreibungen und auch zu Racheakten der kroatischen Einheiten an der serbischen Zivilbevölkerung, ca. 150.000 SerbInnen flohen nach Bosnien-Herzegowina oder nach Serbien.¹⁸⁴

4.4. Krieg in Bosnien-Herzegowina

Nach dem Rückzug der JVA-Einheiten aus Kroatien richtete sich die Aufmerksamkeit der serbischen Expansionspolitik unter Milošević auf die Teilrepublik Bosnien-Herzegowinas (BiH). Mehr noch als Kroatien war BiH durch ein Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen geprägt, die Bevölkerungsverteilung zu Beginn des Krieges bestand aus 3,5% Muslimen mit der ab 1993 üblichen Eigenbezeichnung „Bosniaken“, 31,2 % bosnischen Serben und 17,4% Bosnokroaten.¹⁸⁵ Diese in Jugoslawien besondere Konstellation brachte mit sich, dass die aufkommende nationalistische Politik der einzelnen ethnischen Gruppierungen verheerende Auswirkungen auf die angespannte Lage in BiH hatte. Nach der Reaktion der serbischen Politik auf die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien rückten führende Politiker der bosniakischen SDA und der bosnokroatischen HDZ von ihrem Wunsch nach einem Erhalt des Gesamtstaates Jugoslawiens ab¹⁸⁶ und

¹⁸³ vgl. Rathfelder, 2007. S.350

¹⁸⁴ vgl. Sundhaussen, Holm (2016): Eintrag „postjugoslawische Kriege“. In: Sundhaussen, Holm/ Clewing, Konrad (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S.742f.

¹⁸⁵ vgl. Calic, 2010. S.311.

¹⁸⁶ Zunächst war die politische Führung von BiH tendenziell für den Erhalt des Gesamtstaates Jugoslawiens, nicht zuletzt wegen der ethnischen Diversität der Teilrepublik. Die Schaffung eines souveränen bosnischen Nationalstaates hätte somit nach Meinung bosnischer Politiker zu Spannungen innerhalb des Landes geführt. Die Pläne der Erhaltung Jugoslawiens wurden allerdings schnell verworfen, nachdem klar wurde, dass Jugoslawien unter serbischer Hegemonie fortbestehen würde. vgl. Moll, Nicolas (2018): Bosnien und Herzegowinas wechselhafte Geschichte. In: Flessenkemper, Tobias / Moll, Nicolas (Hrsg.) (2018): Das politische System Bosnien und Herzegowinas. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. S. 27-58. Hier S.50.

beschlossen auf Anraten der EG die Abhaltung eines Referendums über die Unabhängigkeit des bosnischen Staates. Die bosnischen Serben unter Radovan Karadžić, einem engen Verbündeten von Slobodan Milošević, und die bosnoserbische Partei SDS boykottierten das Referendum.¹⁸⁷ Mit eindeutiger Mehrheit stimmen Bosniaken und Bosnokroaten bei dem Referendum am 29.2. und 1.3. 1992 für die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas ab, wenig später erfolgte die Anerkennung des Staates durch die internationale Gemeinschaft (EG und UNO) im April 1992.¹⁸⁸

4.4.1. Ausbruch des Krieges und serbische Expansion

Das Vorgehen der bosnoserbischen Politik ist mit den Geschehnissen in Kroatien vergleichbar: Die serbische Bevölkerung gründete „autonome Gebiete“ in Regionen mit hohem serbischen Bevölkerungsanteil. Die EinwohnerInnen in diesen Gebieten wurden durch die reguläre Armee der JVA und auch durch die serbische Führung bewaffnet und auf einen bevorstehenden Konflikt vorbereitet. In manchen Gebieten ist die systematische Planung der später folgenden „ethnischen Säuberungen“ durch die Erstellung von Personenlisten bosniakischer bzw. kroatischer Führungspersönlichkeiten zu erkennen, die im Zuge der Eskalation der Gewalt vertrieben oder ermordet werden sollten.¹⁸⁹ Ziel der (bosno-)serbischen Politik war ein Zusammenschluss der serbischen Eroberungen in Kroatien (RSK) mit dem serbischen Staat, wie auch mit den als „autonom“ proklamierten serbischen Gebieten in Bosnien. Schließlich erfolgte die Proklamation der „Republika Srpska“ als Gebiet aller serbischen Gebiete in Bosnien.

Ab März 1992 kam es zum bewaffneten Konflikt zwischen bosnoserbischen Einheiten, die wiederum mit paramilitärischen Einheiten und der regulären Armee JVA kooperierten und der Koalition zwischen Bosniaken und Bosnokroaten. In einer Art „Blitzkrieg“ konnten serbische Einheiten gemeinsam mit der JVA ca. 70% des bosnischen Territoriums einnehmen.¹⁹⁰ Im April zogen serbische Einheiten einen Belagerungsring um die bosnische Hauptstadt Sarajevo. Die Belagerung der Stadt sollte insgesamt 44 Monate andauern und wurde bis zum Kriegsende aufrechterhalten und stellt damit die längste Belagerung einer Stadt im 20. Jahrhundert dar.¹⁹¹

¹⁸⁷ vgl. Moll, 2018. S.50.

¹⁸⁸ vgl. Calic, Marie-Janine (2016): Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region. C.H.-Beck-Verlag, München. S.570.

¹⁸⁹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.335.

¹⁹⁰ vgl. Calic, 2016. S.570.

¹⁹¹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.340.

Im Mai 1992 erfolgte offiziell der Rückzug der jugoslawischen Volksarmee aus Bosnien und Herzegowina, allerdings wurde ein Großteil der schweren Waffen und der Ausrüstung an die Armee der bosnischen Serben übergeben. Darüber hinaus kämpften zahlreiche ehemalige JVA-Soldaten in neuer Uniform weiter und traten zur Armee der Republika Srpska über. Die Armee der bosnischen Serben bestand nun aus ca. 60.000 ehemaligen JVA-Soldaten und ca. 35.000 paramilitärischen Einheiten bzw. „Freischärlern“, die ab dem Sommer 1992 unter dem Oberkommando von Ratko Mladić standen.¹⁹²

4.4.2. Bruch der bosnokroatisch-bosniakischen Koalition und „Krieg im Kriege“

Während Kroatien aus internationaler Perspektive bislang als „Opfer“ fortschreitender serbischer Aggression gesehen wurde, änderte sich diese Situation ab dem Herbst 1993. Nachdem in der bosnischen HDZ radikale Kräfte die Macht erlangt hatten¹⁹³, kam es zum so genannten „Krieg im Kriege“ zwischen bosnokroatischen Einheiten und den muslimischen Bosniaken.¹⁹⁴ Ähnlich wie bei den bosnischen Serben, kam es nun auch durch Bosnokroaten zur Proklamation eines „autonomen“ kroatischen Gebietes auf bosnischem Staatsgebiet, die Republik „Herceg-Bosna“ wurde ausgerufen. Die weiteren Jahre 1993 und 1994 waren durch Massaker der kroatischen Streitkräfte in Bosnien an Bosniaken und darauffolgende Racheaktionen der bosniakischen Streitkräfte geprägt. Vertreibungen, Deportationen und die systematische Ermordung „unerwünschter Bevölkerungsgruppen“ gehörten zur Strategie der „ethnischen Säuberungen“, die durch die führende Politik möglich gemacht wurden.¹⁹⁵ Der „Krieg im Kriege“ konnte erst im März 1994 beendet werden, nachdem die USA unter der neu gewählten Clinton-Administration massiven Druck auf die beiden Kriegsparteien ausübte. Im Washingtoner Abkommen wurde die Gründung einer Föderation zwischen Bosnokroaten und Bosniaken beschlossen.¹⁹⁶

4.4.3. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina

Während die internationale Gemeinschaft den Jugoslawien-Konflikt lange Zeit als ein „außereuropäisches“ Problem charakterisierte, trugen nicht zuletzt die massenmedial in die ganze Welt verbreiteten Bilder von Massakern und Verfolgungen an der Zivilbevölkerung dazu bei, dass die internationale Staatengemeinschaft den Druck verspürte, Lösungsstrategien

¹⁹² vgl. Sundhaussen, 2014. S.344.

¹⁹³ vgl. Gagnon, 2006. S.163.

¹⁹⁴ vgl. Moll, 2018. S.50.

¹⁹⁵ vgl. Calic, 2016. S.571.

¹⁹⁶ vgl. Sundhaussen, 2014. S.364.

für die Region zu finden.¹⁹⁷ Seit dem Ende der Koalition zwischen Bosniaken und kroatischen Bosniern kommt es darüber hinaus auf internationaler Ebene zu Irritationen, da ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Serbien als einziger Aggressor in der Region auftrat, sondern die „Strategie“ der ethnischen Säuberungen auch von den anderen Kriegsparteien durchgeführt wurde.¹⁹⁸ Eine erste Maßnahme, um die Eskalation der Gewalt in der Region einzudämmen, ist der Ausschluss „Restjugoslawiens“ (Serbien und Montenegro) aus der Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen (UNO) sowie wirtschaftliche und militärische Sanktionen. Seit Mai 1992 kam es zur Verhängung eines Waffenembargos für den ganzen Raum des ehemaligen Jugoslawiens, welches allerdings im Nachhinein betrachtet eher Serbien nützte, da die serbische Armee über die mit Abstand professionellste Bewaffnung verfügte und die Armeen der anderen Kriegsparteien somit keinerlei Möglichkeit hatte auf legale Weise Waffen zu beschaffen. Darüber hinaus beschloss die internationale Gemeinschaft unter der militärischen Führung der NATO die Einrichtung einer Flugverbotszone über dem Staatsgebiet Bosnien-Herzegowinas (Operation „Deny Flight“)¹⁹⁹. Auf der Ebene der humanitären Hilfe leistete die UNO die Verteilung von Medikamenten und Lebensmitteln in den umkämpften Gebieten. Zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Einhaltung der beschlossenen Sanktionen wurden die „Blauhelm“-Soldaten unter dem Namen „United Nations Protection Force“ (UNPROFOR) nach Bosnien entsandt.²⁰⁰ Ebenfalls kam es zur Einrichtung von sechs Schutzzonen („safe areas“)²⁰¹ durch die Vereinten Nationen (UNO) auf bosnischem Gebiet, in denen Geflüchtete Schutz durch die UNPROFOR-Truppen finden sollten. Im Jahr 1993 kam es zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dessen Aufgabe die Untersuchung und Ahndung von Kriegsverbrechen darstellte.²⁰² Die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft wurden von zahlreichen BeobachterInnen sowohl während des Konfliktes, als auch in Nachbetrachtung der Ereignisse scharf kritisiert. Hauptgrund für die Kritik war sicherlich das Unvermögen der internationalen Einheiten Kriegsverbrechen und insbesondere den Schutz der Zivilbevölkerung sicher zu stellen. So kam es trotz Präsenz der Truppen der internationalen Gemeinschaft zu „ethnischen Säuberungen“ und auch zu dem als „Genozid“ eingestuften Massaker in der Schutzzone Srebrenica.

¹⁹⁷ vgl. Calic, 2016. S.573.

¹⁹⁸ vgl. Calic, 2010. S.314.

¹⁹⁹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.358.

²⁰⁰ vgl. ebenda.

²⁰¹ Die sechs Schutzzonen waren Sarajevo, Tuzla, Bihać, Srebrenica, Žepa und Goražde.

²⁰² vgl. Calic, 2010. S.320.

4.4.4. „Ethnische Säuberungen“ während des Bosnienkrieges und das Massaker von Srebrenica

Der Begriff „ethnische Säuberung“ wurde das erste Mal innerhalb serbischer Medien verwendet („*etničko čišćenje*“) und relativ schnell in ausländischen und westlichen Medien übernommen. Während der Begriff zunächst nur mit Vorbehalten²⁰³ verwendet wurde, etablierte er sich im Laufe der Jahre zu einem geläufigen Begriff innerhalb der Geschichtswissenschaft und wird ebenfalls in UNO-Protokollen des ICTY als juristischer Begriff definiert.²⁰⁴ Laut Definition des Begriffes, beinhalten „ethnische Säuberungen“:

„[...] die von einem modernen Staat oder Para-Staat u. seinen Akteuren initiierten u. ausgeführten, ermunterten oder geduldeten Maßnahmen, die darauf abzielen, eine aufgrund ihrer Ethnizität als „fremd“, „bedrohlich“, oft auch „minderwertig“ stigmatisierte Bevölkerungsgruppe von einem bestimmten Territorium zu beseitigen.“²⁰⁵

Im Vergleich zu dem häufig im gleichen Atemzug genannten Tatbestand des „Völkermordes“, sind die Maßnahmen, die unter „ethnische Säuberung“ fallen, eine Vielzahl an begangenen Straftaten²⁰⁶ mit dem endgültigen Ziel der Vertreibung einer Bevölkerungsgruppe aus einem bestimmten Gebiet. Im Zuge der „ethnischen Säuberungen“ kann es also auch zum Völkermord kommen, allerdings ist der Tatbestand der geplanten bzw. durchgeführten ethnischen Säuberungen auch erfüllt, wenn andere Mittel als die Ermordung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zum Einsatz kommen. Die Maßnahmen, welche im Zuge der „ethnischen Säuberung“ zum Einsatz kommen, richten sich somit nicht ausschließlich gegen die physische Existenz von Menschen, sondern haben auch das Ziel kollektive Gedächtnisse, bestimmte Kulturen, Identitäten und Lebensweisen zu vertreiben.²⁰⁷

Maßnahmen, die unter den Tatbestand der „ethnischen Säuberung“ fallen, wurden von allen im Bosnienkrieg beteiligten Kriegsparteien begangen. Während es das erklärte und öffentlich geäußerte Ziel der politischen Führungskräfte war, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe aus einem Gebiet zu vertreiben, gibt es bislang keine Beweise, dass führende Politiker der Nationalstaaten (Milošević, Tuđman, Izetbegović) den direkten Befehl zu

²⁰³ In Deutschland wird der Begriff im Jahr 1991 zum „Unwort des Jahres“ gewählt, da er Verbrechen wie Vertreibung und Ermordung einer Bevölkerungsgruppe „beschönigt“. vgl. <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=30>, Zugriff am 16.07.2018.

²⁰⁴ vgl. Sundhaussen, Holm (2016): Eintrag „ethnische Säuberungen“ In: In: Sundhaussen, Holm (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. S. 310-312. hier: S.310.

²⁰⁵ vgl. Sundhaussen, 2016. S.310.

²⁰⁶ z.B: erzwungene Assimilation, Animation von Flucht durch Propaganda, sexuelle Gewalt, Demütigung, Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen, Umsiedelung, Vertreibung, oder Genozid der „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppe. vgl. Sundhaussen, 2014. S.346f.

²⁰⁷ vgl. Calic, 2010. S.316.

„Säuberungsaktionen“ gaben. Vielmehr wurden die Maßnahmen auf lokaler politischer Ebene geplant und vorbereitet, die Durchführung erfolgte schließlich in vielen Fällen durch paramilitärische Einheiten. Nicht zu leugnen ist allerdings die logistische und ideologische Unterstützung durch die führenden Politiker der Kriegsparteien. Durch die bislang verfügbaren Quellen als gesichert gelten kann, dass „ethnische Säuberungen“ in den seltensten Fällen von „privaten Akteuren“ geplant und durchgeführt wurden:

„Massenverbrechen wurden [...] ganz überwiegend von höheren Instanzen befohlen, und nicht primär aus ethnischem Hass von Nachbarn an Nachbarn begangen.“²⁰⁸

Den Höhepunkt der begangenen Kriegsverbrechen bildete das gegen Ende des Krieges von bosnischen Serben begangene Massaker in Srebrenica²⁰⁹. Am 11. Juli 1995 eroberten bosnische Serben mit der Unterstützung von „Freiwilligengarden“ unter dem Oberbefehl von Ratko Mladić die UN-Schutzzone Srebrenica. Innerhalb der Schutzzone befanden sich zu dieser Zeit 40.000 MuslimInnen, ein Großteil darunter vor dem Krieg geflüchtete Bosniaken. Das niederländische UNPROFOR-Bataillon (Dutchbat) konnte mit seinen 400 Soldaten keinen Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Nach der Einnahme der Stadt durch die serbisch-bosnischen Truppen kam es zur Ermordung von 7.000-8.000 junger Männer und männlicher Erwachsene.²¹⁰

Auf internationaler Ebene löste das Massaker von Srebrenica ein Umdenken aus. Unter Führung der USA kam es nun verstärkt zur militärischen Unterstützung der anderen nicht-serbischen in Bosnien beteiligten Kriegsparteien, was zu einer grundlegenden Veränderung der militärischen Lage in Bosnien-Herzegowina führte.²¹¹

4.4.5. Militärische Wende in Bosnien und der Friede von Dayton

Nachdem die Armee der bosnischen Serben bis zum Sommer des Jahres 1995 einen Großteil des bosnischen Territoriums halten konnte, kam es nun durch die Unterstützung der nichtserbischen Kriegsparteien durch die USA sowie der Bombardierung bosnisch-serbischer Infrastruktur und Luftabwehrstellungen durch die NATO zu einer militärischen Wende in

²⁰⁸ vgl. Calic, 2016. S.572.

²⁰⁹ Die umfangreiche Vorgeschichte und die Eroberung der Schutzzone beschreibt das von dem niederländischen Institut für Kriegs-, Holocaust- und Genozidstudien (NIOD) herausgegebene Protokoll: Srebrenica. Reconstruction, background, consequences and analyses of the fall of a safe area. Online unter : http://publications.niod.knaw.nl/publications/srebrenicareportniod_en.pdf, Zugriff am 16.07.2018.

²¹⁰ vgl. Sundhaussen, 2014. S.366f.

²¹¹ vgl. Brunnbauer, 2018. S.409.

Bosnien-Herzegowina.²¹² Die mit amerikanischer Hilfe nun besser ausgerüsteten bosnokroatischen und bosniakischen Einheiten konnten einige Regionen zurückerobern, sodass es zu einem Gleichgewicht zwischen bosnokroatischen/bosniakischen und serbobosnischen Gebieten kam. Die nun wesentlich professioneller agierende kroatische Armee startete bereits ab Mai 1995 die Operationen Blitz (*Bljesak*) und Sturm (*Oluja*), die schlussendlich zu einer kroatischen Rückeroberungen der Gebiete Krajina und Westslawoniens führten. Erneut kam es im Zuge von Gebietseroberungen zu Vertreibungen und Ermordungen von Teilen der serbischen Zivilbevölkerung, ca. 150.000-200.000 Menschen mussten in Richtung Serbien bzw. serbischer Gebiete in Bosnien fliehen.²¹³ Darüber hinaus kam es zum Bruch zwischen dem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević und dem politischen Anführer der bosnischen Serben Radovan Karadžić. Milošević war nun bereit mit den anderen internationalen Akteuren einen Frieden auszuhandeln.²¹⁴ Unter US-Diplomat Richard Holbrooke wurde am 21. November 1995 ein Waffenstillstand für Bosnien-Herzegowina auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Dayton, Ohio verhandelt. Sowohl der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman, als auch der Vorsitzende des bosnischen Präsidiums Alija Izetbegović unterzeichneten den Vertrag.²¹⁵ Neben einem Waffenstillstand für das gesamte bosnische Gebiet und der Aufhebung der Sanktionen gegen Serbien (und Montenegro) war eine neue Verfassung für Bosnien-Herzegowina der Inhalt des Vertrages. Bosnien-Herzegowina blieb als souveräner Staat erhalten, zwei „Entitäten“ sollten auf bosnischem Staatsgebiet koexistieren: Die bosniakisch-bosnokroatische Föderation und die Republika Srpska. Für den militärischen Teil des Vertrages war ab nun die internationale Friedenstruppe *Implementation Force* (IFOR) unter Führung der NATO zuständig, den zivilen Teil des Abkommens überwachte der „Hohe Repräsentant“ der internationalen Gemeinschaft.²¹⁶ Bis zum Ausbruch des letzten Teiles der postjugoslawischen Kriege, dem Kosovo-Krieg, sicherte das Abkommen von Dayton das Ausbleiben der Kampfhandlungen.

4.5. Der Kosovo-Krieg (1998/1999)

Eine der Bedingungen von Milošević, um den Friedensverhandlungen in Dayton beizuwohnen, war die Ausklammerung der „Kosovo-Frage“. Milošević, wie auch die meisten

²¹² vgl. Sundhaussen, 2014. S.369.

²¹³ vgl. Brunnbauer, 2018. S.410.

²¹⁴ vgl. ebenda. S.411.

²¹⁵ vgl. Calic, 2016. S.575.

²¹⁶ vgl. Sundhaussen, 2014. S.372f.

Vertreter der internationalen Gemeinschaft, sahen die Region Kosovo als „internes serbisches Problem“ und nicht als souveränen Staat, da der Region durch das Milošević-Regime bereits vor dem Krieg im Jahre 1989 der Status einer autonomen Republik aberkannt worden war.²¹⁷ Nach der Entmachtung des Parlaments im Zuge der Aberkennung des Republikstatus kam es zu Protesten albanischer Jugendlicher. Die Reaktion der serbischen Politik des Kosovo war ein Bündel an repressiven Maßnahmen, die AlbanerInnen diskriminierten und von der Ausübung öffentlicher Ämter ausschlossen. Darüber hinaus kam es in den folgenden Jahren innerhalb des Kosovos zu ungeklärten Ermordungen von AlbanerInnen innerhalb von Gefängnissen in der Region des Kosovo, sowie zur Verfolgung albanischer JournalistInnen. Auch das serbisch-dominierte Bildungs- Rechts- und Gesundheitssystem diskriminierte die albanische Bevölkerung des Kosovo. Die Fülle an Menschenrechtsverletzungen und die Diskriminierung der AlbanerInnen im Kosovo führten zu dieser Zeit sogar zu Vergleichen mit dem südafrikanischen Apartheid-System.²¹⁸ Eine massenhafte Auswanderung der Kosovo-AlbanerInnen etwa in das Nachbarland Albanien oder nach Mazedonien war die Folge. Die verbliebenen Eliten der albanischen Politik etablierten unterdessen einen „Schattenstaat“ innerhalb der Region des Kosovo und verabschiedeten im September 1990 eine eigene Verfassung. Die Finanzierung des Staates erfolgte durch eine Steuer, die im Ausland lebende Kosovo-AlbanerInnen entrichteten und somit ein autarkes und von serbischen Institutionen unabhängiges Gesundheits- und Bildungswesen ermöglichte. Ein Jahr später erfolgte ein Referendum für einen unabhängigen Staat Kosovo, das nur durch den Staat Albanien anerkannt wurde und erwartungsgemäß von Serbien und der serbischen Bevölkerung des Kosovo boykottiert wurde. Bei anschließenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen siegte der Schriftsteller Ibrahim Rugova und die Partei „Demokratische Liga des Kosovo“. Um die Unabhängigkeit des Kosovo zu erreichen, setzt Rugova - wohl auch in Anbetracht der massiven serbischen militärischen Übermacht in der Region - auf eine Strategie des gewaltlosen Widerstandes.²¹⁹

Die bereits erwähnte Ausklammerung des Kosovo-Konfliktes im Frieden von Dayton kann letztlich als Ursache für das Scheitern der Strategie des gewaltlosen Widerstandes von Rugova und der Radikalisierung der albanischen Politik innerhalb des Kosovo betrachtet werden. Ab dem Jahr 1996 begann die 1994 gegründete „Befreiungsarmee des Kovovo“ (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) Anschläge auf serbische Polizeistationen zu verüben.²²⁰

²¹⁷ vgl. Brunnbauer, 2018. S.418.

²¹⁸ vgl. Sundhaussen, 2014. S.377.

²¹⁹ vgl. Brunnbauer, 2018. S.418.

²²⁰ vgl. Calic, 2016. S.575.

Die UÇK verfolgte bei ihren Anschlägen eine Strategie des Partisanenkampfes und setzte sich zum Großteil aus perspektivlosen albanischen Jugendlichen zusammen, einzelne Einheiten der UÇK waren in größere Clan- und Familienstrukturen unterteilt, ihre Loyalität galt dem jeweiligen regionalen Familienoberhaupt:

„[...] bei der UÇK [waren] die Grenzen zwischen Freiheitskämpfern und Räufern, zwischen Widerstand und organisierter Kriminalität fließend.“²²¹

Zunehmende Gefahr für die serbische Verwaltung stellte die UÇK seit dem Jahr 1997 dar, nachdem im Zuge des „Pyramidenskandals“ und dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung im Nachbarstaat Albanien, eine große Menge an Waffen ungehindert in den Kosovo und in die Hände der UÇK fielen.²²² Zur Eskalation des Konfliktes und zu einem noch härteren Vorgehen der serbischen Verwaltung kam es Anfang März 1998, als Einheiten der Volksarmee gemeinsam mit serbischen Polizei- und Sicherheitskräften das Dorf Prekaz, den Wohnort eines der führenden Mitglieder der UÇK, Adem Jashari, angriffen. Die Bilanz der Operation waren insgesamt 50 tote Familienmitglieder von Jashari, darunter auch Frauen und Kinder.²²³ Jashari wurde zum Märtyrer der albanischen Kämpfer, eine Intensivierung von Anschlägen und eine Zunahme der Repression der serbischen Verwaltung waren die Folge. Eine serbische Offensive im Herbst 1998 forderte insgesamt 2000 Tote, dabei setzen die serbischen Einheiten auf bereits im Bosnienkrieg erprobte Mittel, welche die AlbanerInnen zur Flucht bewegen sollten. So kam es etwa zur mutwilligen Zerstörung von 40.000 Häusern in den umkämpften Gebieten. Zu dieser Zeit befanden sich 400.000 Kosovo-AlbanerInnen auf der Flucht.²²⁴

Einen Wendepunkt der internationalen Kosovo Politik, die bereits Maßnahmen in Erwägung zog, um eine weitere Situation wie den Krieg in Bosnien verhindern zu können, stellte das „Massaker von Račak“ dar. Laut Berichten einer OSZE-Mission war es im Dorf Račak, südlich der Hauptstadt Priština, zur Ermordung von albanischen Zivilisten gekommen. Obwohl bis zum heutigen Tag nicht restlos geklärt werden konnte, ob die Ermordung tatsächlich durch serbische Einheiten erfolgte, oder ob es sich um eine Inszenierung seitens der UÇK handelte, wurde das Massaker international einheitlich durch die gegründete Balkan-Kontaktgruppe (bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien,

²²¹ Sundhaussen, 2014. S.380. Die UÇK beteiligte sich unter anderem zur Finanzierung ihrer Aktionen durch den Drogenhandel.

²²² vgl. ebenda.

²²³ vgl. ebenda. S.381.

²²⁴ vgl. Brunnbauer, 2018. S.421.

Russland, USA) verurteilt.²²⁵ Die NATO bereitete unterdessen Pläne einer Bombardierung Serbiens vor, die nicht zuletzt als Drohung gegen Serbien eingesetzt wurden, falls Friedensverhandlungen an einer serbischen Weigerung scheitern sollten. Die NATO berief sich bei ihrer Rechtfertigung einer eventuellen Bombardierung Serbiens auf die Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ im Kosovo.²²⁶ Nach einigen gescheiterten Vermittlungsversuchen gelang es die Konfliktparteien bei einem Treffen in Rambouillet bei Paris am 7. Februar 1999 zusammenzubringen. Serbien weigerte sich jedoch den vorliegenden und bereits von den Kosovo-Albanern unterzeichneten Friedensvertrag zu ratifizieren, da dieser empfindliche Einschnitte in die Souveränität Serbiens beinhaltete, die Verhandlungen scheiterten am 23. März 1999.²²⁷

Trotz eines fehlenden UN-Sicherheitsratsmandates (China und Russland stimmten gegen einen Angriff), also aus rechtlicher Sicht völkerrechtswidrig, begann die NATO bereits einen Tag nach den gescheiterten Verhandlungen in Rambouillet mit Luftangriffen auf serbische Ziele.²²⁸ Insgesamt dauerte die Bombardierung 3 Monate und endete erst am 10. Juni 1999, in dieser Zeit kam es zu 35.000 Lufteinsätzen der NATO gegen serbische Militäreinrichtungen und Infrastruktur. Zwar gelang dadurch ein empfindlicher Schlag gegen die serbische Wirtschaft, die Lufteinsätze konnten allerdings keine ethnischen Säuberungen durch serbische Einheiten verhindern, was das eigentliche Ziel der militärischen Operation war. Nach dem Beginn der NATO-Operation kam es zu einem rapiden Anstieg der Vertreibung von AlbanerInnen aus ihren Heimatorten, die Zahl der Menschen, die auf der Flucht vor der Gewalt waren, stieg auf 800.000 an.²²⁹ Erst im Juni 1998 war Milošević bereit einen Friedensplan und die verabschiedete UN-Resolution 1244 zu akzeptieren. Bedingungen für das Ende der Bombardierungen und des Kosovo-Krieges waren die Herstellung einer substanziellen Autonomie für die Region Kosovo unter der Führung einer UN-Übergangsverwaltung und der Stationierung der Friedenstruppe KFOR. Die Region Kosovo blieb formal ein Teil des serbischen Staates, Verhandlungen über den zukünftigen Status der Region wurden in Aussicht gestellt. Die Bilanz des Krieges waren 14.000 Opfer (ca. 10.000

²²⁵ vgl. Sundhaussen, 2014. S.383.

²²⁶ vgl. Sundhaussen, 2014. S.382.

²²⁷ Der Friedensplan von Rambouillet sah vor, dass NATO-Truppen freien Zugang im gesamten Gebiet Jugoslawiens (Serbien und Montenegro), zusätzlich des Luftraumes, haben sollten. Für Serbien stellte dies einen nicht annehmbaren Einschnitt in die staatliche Souveränität dar. Auch andere internationale Beobachter wie z.B: der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger sahen in diesen vertraglichen Bestimmungen eine „Provokation“. vgl. auch Brunnbauer, 2018.S.422 bzw. Sundhaussen, 2014. S.384f.

²²⁸ vgl. Calic, 2016. S.575.

²²⁹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.386.

Albaner und 2.000-3.000 Serben), zahlreiche geflüchtete Kosovo-AlbanerInnen kehrten nach dem Ende des Krieges in ihre Heimat zurück.²³⁰

Das Ende des Kosovo-Krieges stellte sowohl ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien dar wie auch das Ende des Milošević-Regimes in Serbien. Durch die NATO-Bombardierung kam es zu einer Zerstörung zentraler serbischer Wirtschaftsunternehmen, einem drastischen Absinken der Produktion und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Serbien. Darüber hinaus verlor ein großer Teil der serbischen Wirtschaftselite, die ihren Reichtum nicht zuletzt durch die Privatisierung unter Milošević sowie illegalen Geschäften während des Krieges anhäufen konnte, ihr Vermögen. Da das Regime unter Milošević zu einem maßgeblichen Teil durch diese Elite gestützt wurde, verlor es einen Großteil der einflussreichen Fürsprecher.²³¹ Im Oktober 2000 gelang es der Opposition in Serbien Slobodan Milošević zu entmachten, 2001 erfolgte seine Auslieferung an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.²³²

²³⁰ vgl. Brunnbauer, 2018. S.423.

²³¹ vgl. Sundhaussen, 2014. S.389f.

²³² vgl. Calic, 2016. S.576.

5. Der Krieg in Syrien (2011-)

Der bewaffnete Konflikt in Syrien zwischen den Regierungseinheiten unter der Führung von Bashar-al-Assad und der Oppositionsbewegung entwickelte sich bereits kurz nach dem Ausbrechen der ersten Proteste im März 2011 von einem regionalen zu einem internationalen Stellvertreter-Konflikt. Der Krieg, der sicherlich nicht eine derartige Intensität erreicht hätte, wäre die Finanzierung bestimmter Gruppierungen durch ausländische Akteure ausgeblieben, wird aus diesem Grund in der vorliegenden Arbeit nicht als „Bürgerkrieg“ bezeichnet. Zum einen würde die Bezeichnung „Bürgerkrieg“ voraussetzen, dass alle rivalisierenden Parteien die Staatsgrenzen Syriens vor 2011 anerkennen (was zum Beispiel der Islamische Staat oder die kurdischen Einheiten im Norden Syriens nicht tun). Zum anderen sind in Syrien zurzeit eine Vielzahl von internationalen Staaten an Kampfhandlungen entweder direkt oder indirekt beteiligt.

Das folgende Kapitel hat das Ziel, den bisherigen Verlauf des Krieges in Syrien darzustellen. Zunächst soll in groben Zügen die Geschichte des syrischen Staates und seiner Bevölkerungsstruktur vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen 2011 dargestellt werden, da viele der derzeitigen Entwicklungen ansonsten nicht zu verstehen sind. Anschließend wird die Regierungszeit Bashar al-Assads (ab 2000) betrachtet, wobei versucht wird, die Frage zu erläutern, welche ökonomischen und politischen Faktoren zu den Protesten im März 2011 geführt haben. Daraufhin werden die Hauptakteure, die im Syrienkrieg aktiv beteiligt sind, vorgestellt. Skizziert werden die einflussreichsten Gruppierungen der syrischen Opposition, das syrische Regime, sowie internationale Akteure. Es folgt eine systematische Darstellung des Kriegsverlaufes ab dem Jahr 2011 und eine anschließende Betrachtung der Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft, Friedensverhandlungen zwischen dem Regime und der Opposition zu organisieren. Den Abschluss des Kapitels bildet eine bisherige Bilanz des Konfliktes mit einer besonderen Berücksichtigung der Situation der geflüchteten syrischen Zivilbevölkerung sowie Überlegungen dazu, wie sich der Krieg in der nächsten Zeit entwickeln könnte.

Eine systematische Betrachtung des Krieges in Syrien wird durch mehrere Faktoren erschwert: Zum einen ist der Konflikt durch ein hohes Maß an Unübersichtlichkeit geprägt, insbesondere die Betrachtung der oppositionellen Gruppierungen ist problematisch, da laut Schätzungen über 1500 unterschiedliche Fraktionen im Kampf gegen die Assad-Regierung beteiligt sind, die sich wiederum in verschiedenen Allianzen zusammengeschlossen und manchmal auch bereits wieder aufgelöst haben. Aus diesem Grund erfolgt im Rahmen dieses Kapitels lediglich ein Überblick über die größten bzw. einflussreichsten syrischen

oppositionellen Bewegungen, da ein anderes Vorgehen sicherlich den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde. Ein weiteres Problem bei der systematischen Analyse des Konfliktes stellt die Aktualität der Ereignisse dar. Den rasch wandelnden territorialen Gegebenheiten sowie der Schnelllebigkeit der Allianzen der internationalen Politik wird versucht durch das Heranziehen möglichst aktueller wissenschaftlicher Werke entgegenzutreten. Darüber hinaus werden Artikel internationaler Tageszeitungen als Quellen herangezogen, um besonders aktuelle Entwicklungen ausreichend belegen zu können.

5.1. Die Entwicklungen in Syrien vor den Protesten des Jahres 2011

Bereits vor dem Ende des ersten Weltkrieges kam es zu einem geheimen Abkommen zwischen den Großmächten Großbritannien und Frankreich, in dem sich die beiden Staaten bei einem absehbaren Zerfall des Osmanischen Reiches nach Kriegsende auf eine Aufteilung der Einflussbereiche in der Region des Nahen Ostens einigten. Das Sykes-Picot-Abkommen (1916) sicherte Frankreich die politische Herrschaft über die Region des heutigen syrischen Staatsgebietes. Da die neue Grenzziehung eher ökonomische Faktoren berücksichtigte (z.B: Erdölvorkommen), erfolgte die Gebietsteilung der ehemaligen osmanischen Provinz *Vilayet of Syria* ohne Beachtung der historischen, kulturellen, ethnischen oder religiösen Gegebenheiten der Region.²³³ Die Bevölkerungsstruktur des syrischen Staates blieb bis zu dem Ausbrechen des Krieges im Jahr 2011 relativ konstant: Die Bevölkerungsmehrheit stellte die sunnitische Bevölkerung (ca.65%), die bedeutsamsten syrischen Minderheiten stellen die christliche Bevölkerung (ca.10%), die alawitische Bevölkerung (ca.10%), die kurdische Bevölkerung im Norden Syriens (ca.7%), die drusische Bevölkerung (ca.3%) und die ismailitische Bevölkerung (ca.1%) dar.²³⁴ Die syrische Politik bis in die heutige Zeit ist von einer besonderen Bedeutung der Minderheiten geprägt. Insbesondere die alawitische Bevölkerung, die an sich nur einen geringen Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht, schaffte es bereits während der Anfänge der syrischen arabischen Republik nach dem Tag der Unabhängigkeit von der französischen Herrschaft am 15. April 1946, bedeutsame militärische und politische Ämter zu besetzen. Sowohl der ab dem Jahr 1970 allein regierende Vorsitzende

²³³ vgl. Van Dam, Nikolaos (2017): *Destroying a Nation. The Civil War in Syria*. I.B. Tauris-Verlag. London/New York. S.1f. Während der Zeit des osmanischen Reiches war das heutige syrische Staatsgebiet nur einer von insgesamt sieben Teilregionen der Provinz „Großsyriens“ bzw. Bilad al-Sham, die ebenfalls Städte im Südosten der heutigen Türkei, des westlichen Irak (z.B: Mossul) und Teile von Palästina umfasste. vgl. Van Dam, 2017. S.6.

²³⁴ vgl. Baczko, Adam/Dorransoro, Gilles/Quesnay, Arthur (2018): *Civil War in Syria. Mobilization and Competing Social Orders*. Cambridge University Press. S.53. Die in dem Buch enthaltene Tabelle über die Veränderung der Bevölkerungszahl Syriens zwischen 1953, 2004 und einer Schätzung von 2012 bietet einen detaillierten Überblick über alle vertretenen religiösen/ethnischen Bevölkerungsgruppen.

der Baath-Partei und syrische Präsident Hafiz al-Assad sowie sein Sohn und Nachfolger Bashar al-Assad waren bzw. sind Vertreter der alawitischen Minderheit und stützten bzw. stützen einen bedeutsamen Teil ihrer politischen Macht auf die Besetzung der wichtigsten militärischen, geheimdienstlichen und politischen Ämter durch die alawitische Bevölkerung.²³⁵ Beginn des alawitischen Einflusses stellte der Einsatz alawitischer Milizeinheiten als Teil der regulären französischen Kolonialarmee (*Troupes Speciales du Levant*) dar, zahlreiche alawitische Offiziere konnten ihren Einfluss innerhalb der späteren syrischen Armee behalten und weiter ausbauen.²³⁶

5.1.1. Gründung der Baath-Partei, ägyptisch-syrische Union und Machtübernahme durch Hafiz al-Assad

Nach der syrischen Unabhängigkeit erhielten Ideen eines „pan-arabischen“ Nationalismus großen Zulauf, nicht zuletzt, da der syrische Staat zu diesem Zeitpunkt mehr Entität als politische Einheit war und ein Großteil der Bevölkerung sich für die Idee eines arabischen Nationalstaates begeisterte, die von der sozialistischen Baath-Partei²³⁷ vertreten wurde. Ausdruck der panarabischen Bestrebungen der Partei war der politische Zusammenschluss zwischen den arabischen Staaten Ägypten und Syrien im Jahre 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR). Anders als erwartet führte der politische Zusammenschluss nicht zu einem Anstieg des syrischen außenpolitischen Einflusses, sondern zu einer Marginalisierung der syrischen Politik und Wirtschaft während des Bestehens der Union.²³⁸ Nach einem Militärputsch im Jahr 1961 kam es zu einem Ende der VAR und einer politisch turbulenten Phase mit häufigen Regierungswechseln. Ein erneuter Militärputsch am 8. März 1963, durchgeführt von Offizieren des syrischen Militärs und eine anschließende Entmachtung des zivilen Flügels der syrischen Baath-Partei, begründete die Dominanz des militärischen Flügels innerhalb der Baath-Partei.²³⁹ Ab diesem Zeitpunkt wurde das Militärkomitee zum wichtigsten bestimmenden politischen Entscheidungsgremium. Die

²³⁵ vgl. Kraitt, Tyma (2016): Eine alawitische Diktatur? Zum Verhältnis von Staat, Militär und Religion in Syrien. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.125-140. Hier: S.134.

²³⁶ vgl. Lesch, David W. (2012): Syria. The Fall of the House of Assad. Yale University Press. S.3.

²³⁷ Gegründet wurde die Baath-Partei im Laufe der 1940er Jahre, den orthodoxen Christen Michel Aflaq und den sunnitischen Muslim Salah al-Din Bitar. Im Zuge der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zu einer Spaltung der Baath-Partei in eine irakische und eine syrische Variante. Während die Baath-Partei auch heute noch in Syrien die Regierung stellt, endete die Herrschaft der irakischen Baath-Partei mit dem Sturz Saddam Husseins 2003.

²³⁸ vgl. Lange, Katharina (2013): Syrien. Ein historischer Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 08/13) online unter: <http://www.bpb.de/apuz/155119/syrien-ein-historischer-ueberblick?p=all>, Zugriff am 31.08.2018.

²³⁹ vgl. Baczkó et al., 2018. S.12.

folgenden Jahre waren von innerparteilichen Konflikten geprägt, die rivalisierenden Gruppierungen waren die „regionalistische Fraktion“ gegen die „panarabische Fraktion“ der Baath-Partei. In einem erneuten Militärputsch setzte sich die regionalistische Fraktion der Baath-Partei durch, eine wichtige Rolle spielte der damalige Luftwaffenkommandeur Hafiz al-Assad, der nun zum Verteidigungsminister und später zum syrischen Präsidenten aufsteigen sollte.²⁴⁰ Während die anderen syrischen Minderheiten (Drusen, Ismailiten) seit der Gründung des baathistischen Militärkomitees an Einfluss gewinnen konnten, verloren diese nun an politischem Einfluss. Zwar erhielten nun sunnitische Offiziere immer mehr Führungspositionen innerhalb der syrischen Armee, der Kern der militärischen und politischen Führungsriege blieb aber deutlich in alawitischen Händen.²⁴¹ Hafiz al-Assad konnte in den folgenden Jahren seinen Einfluss auf den militärischen Flügel der Partei immer weiter ausbauen, nach der Ausschaltung mehrerer politischer Gegner kam es am 16. November 1970 zur entscheidenden Auseinandersetzung mit dem einzig verbliebenen politischen Konkurrenten Assads, Salah Jadid. Als Jadid während der Sitzung des 10. außerordentlichen Nationalen Kongresses der Baath-Partei versuchte, Hafiz al-Assad von seinen politischen Ämtern zu entheben, kam es zur Verhaftung von Jadid, der daraufhin sein restliches Leben in Haft verbringen musste. Ab diesem Zeitpunkt übte Hafiz al-Assad die Alleinherrschaft über die Arabische Republik Syrien aus.²⁴²

5.1.2. Syrien unter Hafiz al-Assad (1970-2000)

Der Ausschluss der sunnitischen Bevölkerung aus der politischen Teilhabe blieb nicht ohne Folgen. Ab dem Zeitpunkt der Alleinherrschaft von Hafiz al-Assad wurde die alawitische Dominanz in politischen, militärischen und geheimdienstlichen Ämtern weiter forciert, Schlüsselpositionen der Macht wurden mit loyalen Parteifreunden und Verwandten von Assad besetzt. Vor allem gegen Ende der 1970er Jahre und zu Beginn der 1980er Jahre begannen sunnitische Teile der syrischen Bevölkerung sich gegen das Regime aufzulehnen. Die alawitische Führungsriege wurde von einem großen Teil der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung als korrupt und von Vetternwirtschaft geprägt wahrgenommen. Eine zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und das Bekanntwerden von Korruptionsaffären mit Beteiligung der Parteiführung trugen ihren Teil dazu bei, dass Teile der sunnitischen Bevölkerung den bewaffneten Kampf gegen das alawitische Regime

²⁴⁰ vgl. Kraitt, 2016. S.131.

²⁴¹ Ca. 90% der Führungsposten innerhalb der syrischen Armee werden durch die alawitische Minderheit besetzt. vgl. Van Dam, 2017. S.26.

²⁴² vgl. Van Dam, 2017. S.42f.

aufnahmen.²⁴³ Sunnitische bewaffnete Gruppierungen entstanden, wie etwa die *Mujaheddin* und *Fighting Vanguard*s, welche durch die Muslimbruderschaft finanziell unterstützt wurden. So kam es zum Beispiel zu einem Anschlag auf die Militärakademie in der syrischen Metropole Aleppo, bei dem 35 alawitische Soldaten durch radikale sunnitische Gruppierungen ermordet wurden.²⁴⁴ Die Reaktion des syrischen Regimes auf die Anschläge erfolgte mit äußerster Brutalität. Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen Aufständischen und alawitischen Militäreinheiten stellte der Kampf um die Stadt Hama im Februar 1982 dar. Eine Gruppe sunnitischer Kämpfer (Mujaheddin), die sich in der Innenstadt Hama verschanzt hatten, wurde durch Elite-Einheiten des Regimes in der Stadt umzingelt, woraufhin die Mujaheddin damit begannen, 70 offizielle alawitische Mitglieder der Baath-Partei zu ermorden. Ebenfalls besetzten sie Polizeistationen und begannen mit der Plünderung von schweren Waffen. Das Regime setzte bei der Rückeroberung von Hama schwere Waffen ein (Panzer, Artillerie, Kampfhubschrauber) und nahm keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Insgesamt starben bei dem später als „Massaker von Hama“ bezeichneten Militäreinsatz zwischen 5000 und 20.000²⁴⁵ Menschen, die meisten der Opfer waren Zivilisten.²⁴⁶ Das extrem gewaltsame Vorgehen der Armee gegen die sunnitischen Rebellen prägte das syrische kollektive Gedächtnis eine lange Zeit und wirkte darüber hinaus bis zur syrischen Revolution des Jahres 2011 als Mittel zur Abschreckung gegen jegliche oppositionelle Gruppierungen. Vor allem aber verstärkte es den bestehenden Konflikt zwischen sunnitischer und alawitischer Bevölkerung, der mit dem Beginn der syrischen Revolution wieder aktualisiert wurde:

„Feelings of revanchism among people who suffered from the severe repression of the Alawi-dominated Ba’ath regime clearly remained under the surface for decades, and burst out into the open almost 30 years after the Hama massacre with the start of the Syrian Revolution in March 2011.“²⁴⁷

Nach einer schweren Erkrankung von Hafiz al-Assad im Laufe der 1980er Jahre, stellte sich das Regime zwangsläufig die Frage der Nachfolge des syrischen Präsidenten. Lange Zeit galt Basil al-Assad, der älteste Sohn von Hafiz als designierter Nachfolger, er starb allerdings im Jänner 1994 im Zuge eines Autounfalls. Ab diesem Zeitpunkt wurde Basils Bruder Bashar al-Assad auf das Amt des syrischen Präsidenten vorbereitet. Obwohl die Vererbung des politischen Amtes des syrischen Staatspräsidenten innerhalb der Baath-Partei nicht offiziell

²⁴³ vgl. Lange, Katharina, 2013.

²⁴⁴ vgl. Van Dam, 2017. S.50.

²⁴⁵ Die genauen Opferzahlen sind bis heute unbekannt und variieren je nach Quelle sehr stark.

²⁴⁶ vgl. ebenda. S.52f. und S.53.

²⁴⁷ ebenda. S.63.

akzeptiert war, war die absolute Macht von Hafiz al-Assad derart gefestigt, dass keinerlei Kritik an seinem Vorgehen geübt wurde. Bashar al-Assad kehrte nach dem tödlichen Unfall seines Bruders aus London nach Syrien zurück, wo er bisher die fachärztliche Ausbildung der Augenheilkunde absolvierte, und besuchte die Militärakademie in der Stadt Homs, welche er als Panzeroffizier abschloss. Als sein Vater Hafiz al-Assad am 10. Juni 2000 starb, wurde Bashar al-Assad als neuer syrischer Präsident angelobt.²⁴⁸

5.1.3. Das syrische Regime unter Bashar al-Assad bis zum Ausbruch der syrischen Revolution

Mit der Angelobung Bashar al-Assads im Jahr 2000 war eine Hoffnung des Westens und der syrischen Bevölkerung nach mehr politischer und wirtschaftlicher Freiheit verbunden. Bereits in seiner Antrittsrede ließ der neue syrische Staatschef durch einen geplanten Fokus auf ökonomische Reformen aufhorchen, besonders befeuert wurde die Aufbruchsstimmung innerhalb der arabischen Republik durch die Kritik, die Bashar am System seines Vaters Hafiz al-Assad übte.²⁴⁹ Das Versprechen der Liberalisierung der Wirtschaft und der in kleinen Schritten vollzogene neue politische Stil (Amnestie für inhaftierte PolitikerInnen, Duldung der Gründung privater Medienunternehmen) verleitete vielfach dazu, die Zeit des Beginns der Amtsperiode von Bashar al-Assad als „Damaszener Frühling“ zu bezeichnen.²⁵⁰ Zu den Wirtschaftsreformen des neuen Präsidenten zählte die Errichtung eines privaten Bankensektors, begleitet von der Vorbereitung einer syrischen Börse in Damaskus (Damaskus Security Exchange), die im Jahr 2009 ihren Betrieb aufnahm, die generelle Senkung der Kreditzinsen, um inländische Kredite zu fördern und die Reduktion der staatlichen Subventionen für die Rohstoffe Heizöl, Benzin und Zement. Darüber hinaus wurden Maßnahmen ergriffen, um den Wirtschaftsbereich des Tourismus zu fördern, der immerhin im Jahr 2010 ca. 12% des BIP Syriens ausmachte.²⁵¹ Uneinigkeit innerhalb der Regierung von Bashar al-Assad herrschte allerdings bei der Frage der ausländischen Investitionen. Eine Gruppe der Vertreter der syrischen Wirtschaft plädierte für einen Ausbau des Handelsvolumens mit westlichen Staaten, wie etwa der USA und der Europäischen Union. Andere syrische Wirtschaftsvertreter setzten sich wiederum für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit östlichen Staaten ein, wie etwa Russland, China und Indien, mit denen Syrien traditionell noch aus der Zeit des Kalten Krieges enge Kontakte pflegte.

²⁴⁸ vgl. Van Dam, 2017. S.57.

²⁴⁹ vgl. Lesch, 2012. S.4.

²⁵⁰ vgl. ebenda. S.8.

²⁵¹ vgl. ebenda. S.58f.

Begleitet wurden die Schritte einer Liberalisierung der syrischen Wirtschaft durch eine Reform des Bildungswesens, welche höhere Löhne für syrische LehrerInnen und eine Umstrukturierung der Lehrpläne an Schulen und Universitäten garantierte. Ebenfalls kam es zur Duldung von internationalen (bzw. privaten) Universitäten und Lehrkräften.²⁵²

Die Reformbestrebungen des syrischen Regimes konnten allerdings den Strukturproblemen der syrischen Wirtschaft nicht ausreichend entgegensteuern. Hierbei handelte es sich sowohl um externe Faktoren, unter denen die syrische Wirtschaft zu leiden hatte, viele Ursachen waren allerdings auch „hausgemacht“: So hatte etwa das weltweite Absinken der Erdölpreise weitreichende Folgen für die Einkünfte des Staates, dessen Haupteinnahmequelle die Ölproduktion war. Darüber hinaus stellte die landwirtschaftliche Produktion einen wichtigen Teil des syrischen Staatshaushaltes dar, dieser Wirtschaftsbereich litt aber vor allem ab dem Jahr 2006 unter einer landesweiten Dürreperiode, die zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise beitrug.²⁵³ Durch die Abwanderung zahlreicher in der Landwirtschaft tätiger Menschen in die Städte, aber auch durch die allgemein hohe Geburtenrate, kam es zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit auf ca. 20% der Gesamtbevölkerung, wobei insbesondere junge Menschen unter 25 Jahren betroffen waren (bei Frauen 53% und bei Männern sogar 63%).²⁵⁴ Von genau diesen Menschen (meist Arbeits- oder generell perspektivlose junge Männer und Frauen sowie ehemals in der Landwirtschaft tätige Personen) sollte die Protestbewegung gegen das Assad-Regime im März 2011 getragen werden. Das Liberalisierungsprogramm, welches das Ziel hatte die syrische Wirtschaft zu stärken, tendierte dazu eher den syrischen Eliten zu Reichtum zu verhelfen. Die syrische Mittel- und Arbeiterklasse konnte hingegen nicht von den Reformen profitieren, es kam zu einem Sinken ihres Lebensstandards.²⁵⁵ Von der syrischen Bevölkerung wurde ebenfalls ein Anstieg der Korruption, vor allem auf ökonomischer Ebene, wahrgenommen. Sinnbildlich für das Ausmaß der syrischen Korruption stand etwa Rami Makhlouf, einem Cousin von Bashar al-Assad, Leiter der syrischen Mobilfunkgesellschaft *SyriaTel*, dem nachgesagt wurde, dass ohne sein Einverständnis kein größeres Geschäft in Syrien zustande kommen könnte.²⁵⁶ Neben Bashar al-Assad war Makhlouf eines der zentralen Feindbilder der DemonstrantInnen zu Beginn der Proteste gegen das Regime. Neben den hauseigenen Problemen der syrischen Wirtschaft war auch die seit 2008 spürbare Weltwirtschaftskrise ein Grund für die

²⁵² vgl. Lesch, 2012. S.61.

²⁵³ vgl. Baczko et al., 2018. S.48.

²⁵⁴ vgl. Lesch, 2012. S.62.

²⁵⁵ vgl. Baczko et al., 2018. S.52.

²⁵⁶ vgl. „Who is who in Syria’s leadership“, In: BBC-News (2005). Online unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4314787.stm, Zugriff am 03.09.2018.

ökonomische Schwäche des Staates. Ebenfalls belastet wurde Syriens Haushalt durch eine hohe Anzahl an irakischen Geflüchteten, die seit dem Eingreifen der USA im Irak (2003) meist im Nordosten des Landes untergebracht wurden.²⁵⁷

Während die wirtschaftlichen Probleme des syrischen Staates sicherlich als ein mögliches Erklärungsmodell für das Ausbrechen der regimekritischen Proteste im Jahr 2011 herangezogen werden können, ist die Betrachtung des politischen Systems in Syrien für ein Verstehen der Proteste ebenso wichtig. Trotz gegenteiliger Ankündigung seit dem Amtsantritt des neuen syrischen Präsidenten kam es seit 2000 zu keinerlei politischer Liberalisierung. Syrien kann (wohl ab der Machtergreifung durch den Vater Bashars, Hafiz al-Assad) als Polizeistaat bezeichnet werden, der nicht davor zurückschreckt, massive Repressalien gegen jegliche oppositionelle Bewegungen einzusetzen. Das Regime hat es seit der Alleinherrschaft der Assad-Familie geschafft, sämtliche oppositionelle Bewegung innerhalb des eigenen Staates zu eliminieren, lediglich im Ausland befinden sich VertreterInnen syrischer Oppositionsparteien, die allerdings selten geeint agieren.²⁵⁸ Innerhalb des religiösen Lebens der Einwohner Syriens existieren Freiheiten, allerdings nur solange keine religiöse Gruppierung Widerstand gegen die Dominanz der alawitischen Bevölkerungsgruppe (zu der auch der Assad-Clan gehört) leistet. Bereits vor dem Ausbruch der Kämpfe in Syrien 2011 existieren Beispiele, die aufzeigen, mit welcher Brutalität das Regime im Stande ist, aufständische Bevölkerungsgruppen zu bekämpfen. Die extreme Reaktion des syrischen Regimes gegen die Protestbewegungen, die ab März 2011 in Syrien entstanden, war also für Kenner der syrischen Geschichte absehbar, allerdings übertraf das Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung dennoch die Erwartungen der meisten ExpertInnen der Region.

5.2. Proteste gegen das Assad-Regime ab März 2011

Am 13. März 2011 begannen sich erstmals größere Menschenmengen in Deraa, im Südwesten Syriens, zu versammeln, um gegen das Assad-Regime zu protestieren. Auslöser der Proteste war die Verhaftung mehrerer Jugendlicher, die in ihrer Schule in Deraa regimekritische Slogans („Nieder mit dem Regime“) an Wände gemalt hatten. Befeuert wurden die Demonstrationen durch die angebliche Folterung der Jugendlichen in einem Gefängnis in der Stadt.²⁵⁹ Innerhalb weniger Tage wuchs die Anzahl der Protestierenden auf die Zahl von mehreren tausend DemonstrantInnen an. Treffpunkt der Versammelten war die Omari-

²⁵⁷ vgl. Lesch, 2012. S.63.

²⁵⁸ vgl. Baczko, 2018. S.61.

²⁵⁹ vgl. Lesch, 2012. S.56.

Moschee in Deraa. Am 23. März 2011 eskalierte die angespannte Situation zwischen Regime und DemonstrantInnen, nachdem es zu einer Razzia innerhalb der Omari-Moschee kam und dabei 15 ZivilistInnen getötet und mehrere hundert verletzt wurden. Um eine Ausweitung der Proteste auf andere syrische Städte zu verhindern, beschlossen syrische Sicherheitskräfte die Stadt von der Außenwelt abzuschotten, Telefon- und Internetleitungen wurden gekappt, die Wasser- und Stromversorgung ausgesetzt.²⁶⁰

Trotz der harten Reaktion des syrischen Regierung breiteten sich die Proteste der SyrerInnen gegen die Gewalt des Regimes in anderen syrischen Städten, wie Homs, Idlib und Hama aus. Neben wirtschaftlichen (z.B: hohe Arbeitslosigkeit und Anstieg der Lebensmittelpreise) und politischen Beweggründen (Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung und Freiheit) hatte der Beginn des „arabischen Frühlings“ in anderen arabischen Staaten einen großen Einfluss auf die Mobilisierung der DemonstrantInnen. Die Bilder des erfolgreichen Aufstandes gegen die Regime in Tunesien, Ägypten und Jemen machten den DemonstrantInnen in Syrien Mut, da sie sahen, dass friedlicher Protest in autoritären Regimen zu mehr politischer Freiheit und Demokratisierungsprozessen führen konnte.²⁶¹ Weiteren Rückenwind erhielten die Proteste durch die Unterstützung der Bestrebungen der DemonstrantInnen durch „westliche“ Medien und Politik, welche sich nahezu mit einer Stimme auf Seiten der DemonstrantInnen positionierten.²⁶² Die ersten Wochen und Monate der Proteste waren durch die Entstehung einer gemeinsamen Identität der syrischen Opposition gegen das Regime gekennzeichnet. Viele der DemonstrantInnen hatten das Gefühl, Teil einer nationalen Protestbewegung gegen das brutal vorgehende Regime zu sein.²⁶³ Nachdem das Regime immer häufiger mit dem Einsatz von Gewalt auf die Versammlungen an öffentlichen Plätzen in syrischen Städten reagierte, begannen soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube für die Organisation der Kundgebungen an Bedeutung zu gewinnen. Durch den Einsatz der sozialen Medien verlor das Regime sein seit Jahrzehnten ausgeübtes Monopolrecht auf Information, die Versammlung größerer Menschenmengen war somit für das Assad-Regime kaum noch zu kontrollieren.

Zunächst war die Strategie des Assad-Regimes zur Eindämmung der sich immer weiter ausbreitenden Proteste geringe politische Zugeständnisse an die Aufständischen zu machen: Einige der in Deraa inhaftierten Jugendlichen wurden frei gelassen, ebenfalls versprach das

²⁶⁰ vgl. Lesch, 2012. S.57.

²⁶¹ vgl. Van Dam, 2017. S.69.

²⁶² vgl. Baczko, 2018. S.71.

²⁶³ vgl. ebenda. S.76.

Regime die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder die Reparatur von Infrastruktur.²⁶⁴ Um zumindest einen Teil der Opposition im Norden des Landes unter Kontrolle zu bringen, beschloss das Regime die Verleihung der syrischen Staatsbürgerschaft an 220.000 VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung.²⁶⁵ Am 26. März 2011 entließ das Regime 260 Gefangene aus dem Gefängnis Saydnaya, darunter viele bekannte radikale Sunniten. Viele internationale BeobachterInnen sahen allerdings in dem Versuch der Zugeständnisse durch das Assad-Regime vielmehr einen Versuch, die Opposition zu spalten und das eigene Regime als Vertreter der syrischen Minderheiten darzustellen, nicht zuletzt um auch international aus der Isolation zu gelangen. Das Regime sprach von nun an von einem „sunnitischen Aufstand“ in Syrien, vermutlich um sich die Unterstützung der anderen syrischen Minderheiten (v.a. Christen, Alawiten, Kurden und Drusen) zu sichern.²⁶⁶ Insgesamt hatten die, je nach Sicht, entweder Aussöhnungsversuche mit der Opposition, oder Spaltungsversuche der Opposition durch das Regime keinerlei Auswirkungen auf die Ausbreitung der Proteste, das Regime setzte weiterhin auf Gewalt, um seine Kontrolle im syrischen Staat aufrecht zu erhalten.

Obwohl der Beginn der Proteste gegen das Regime zunächst noch von keiner ethnischen bzw. religiösen Komponente geprägt war, spielte diese sicherlich zumindest unterschwellig eine Rolle. Wie bereits weiter oben beschrieben, stellt Syrien einen Sonderfall dar, in dem die Minderheit der Alawiten (ca. 10% der Gesamtbevölkerung) nahezu absolute politische und militärische Macht über die sunnitische Mehrheit der Bevölkerung (ca. 75%) ausübt. Die Minderheit der Alawiten war für die sunnitische Mehrheit der Bevölkerung bzw. auch für die Mehrheit der DemonstrantInnen ein klar identifizierbares Feindbild, lagen doch nahezu sämtliche syrische Führungspositionen innerhalb der Politik, des Militärs oder des Geheimdienstes in Händen der alawitischen Minderheit.²⁶⁷ Dieses Feindbild wurde im weiteren Verlauf des Konfliktes von einigen Teilen der Opposition instrumentalisiert, es kam zu einer Abspaltung radikal-islamischer bzw. dschihadistischer Gruppierungen von der zunächst säkular geprägten Protestbewegung ab dem Jahr 2013, aber auch unter der mehrheitlich gemäßigt-sunnitischen Bevölkerung stellte der Islam ein verbindendes Element der Protestbewegung dar.²⁶⁸

Für das syrische Assad-Regime bedeuteten die ethnischen Gegebenheiten des Landes, dass jegliche relevanten politischen Zugeständnisse an die Mehrheit der sunnitischen Bevölkerung einen Machtverlust bedeutet hätten, weshalb es neben den weiter oben genannten

²⁶⁴ vgl. Baczko, 2018.S.85f.

²⁶⁵ vgl. Van Dam, 2017. S.81.

²⁶⁶ vgl. Baczko, 2018. S.86.

²⁶⁷ vgl. Van Dam, 2017. S.71.

²⁶⁸ vgl. Baczko, 2018. S.180.

„Zugeständnissen“ an die Opposition keine weiteren Versuche des Regimes gab, den Konflikt ohne Waffengewalt zu lösen:

„In an effort to protect and save itself to survive, the regime therefore did not want to go any further than implementing cosmetic changes that were far from enough to appease the opposition in the longer term. Drastic reforms, however, would have been an introduction to the regime's later fall.“²⁶⁹

Für das alawitische Regime ging es bei den Protesten um sein politisches Existenzrecht, weswegen die einzige Lösungsstrategie der syrischen Regierung gegen die zunehmenden Demonstrationen die Anwendung extremer Gewalt gegen jegliche Opposition war. Da die Armee und sämtliche syrische Sicherheits- und Geheimdienste unter vollständiger Kontrolle der syrischen Regierung waren, konnte das Regime zunächst gezielt gegen die DemonstrantInnen vorgehen. Einige Vertreter oppositioneller Gruppierungen begannen nach den zahlreichen Gewaltakten des Regimes gegen DemonstrantInnen ebenfalls die bewaffnete Auseinandersetzung zu suchen. Die Entstehung bewaffneter oppositioneller Einheiten begann mit „Schutzeinheiten“, die dafür sorgen sollten, dass es bei Kundgebungen nicht zu bewaffneten Übergriffen der syrischen Armee gegen die DemonstrantInnen kam. Diese Gruppierungen erhielten schnellen Zuwachs durch die zahlreichen Deserteure der syrischen Armee, die sich weigerten, auf DemonstrantInnen zu schießen.²⁷⁰ Vor allem der allgemeine Einberufungsbefehl, der am 23. April 2012 durch die syrische Armee erfolgte, trieb zahlreiche SyrerInnen im wehrfähigen Alter in die Arme der oppositionellen Gruppierungen bzw. in den Untergrund, da auf Ablehnung der Leistung des Wehrdienstes die Todesstrafe stand.²⁷¹ Starken Zulauf erhielt vor allem die oppositionelle Organisation „Free Officers Movement“, welche später in Free Syrian Army bzw. Freie Syrische Armee (FSA) umbenannt wurde und zur zentralen militärischen Organisation der Oppositionsbewegung aufstieg.²⁷² Spätestens seit der Entstehung der FSA im Laufe des Jahres 2012 begann der bewaffnete Konflikt zwischen Opposition und dem syrischen Regime.

5.3. Überblick über die nationalen und internationalen Konfliktparteien

Der Konflikt in Syrien war bereits seit dem Entstehen bewaffneter oppositioneller Parteien bzw. Milizen kein regionaler Konflikt („Bürgerkrieg“) mehr, insbesondere die finanzielle und

²⁶⁹ Van Dam, 2017. S.67.

²⁷⁰ vgl. Bacsko, 2018. S.94.

²⁷¹ vgl. ebenda. S.93.

²⁷² vgl. Van Dam, 2017.S.96f.

/oder militärische Unterstützung einzelner Fraktionen ließen den Konflikt rasch zu einem internationalen Konflikt bzw. „Stellvertreterkrieg“ anwachsen.

5.3.1. Nationale Akteure

In diesem Unterkapitel sollen die Akteure vorgestellt werden, die durch Einheiten auf syrischem Boden seit Beginn der Eskalation des Konfliktes beteiligt waren. Aufgrund der Unübersichtlichkeit der verschiedenen Milizen, die in dem Konflikt seit 2012 beteiligt sind, kann nur ein grober Überblick über die nationalen Akteure gegeben werden. Insgesamt sind zahlreiche verschiedene bewaffnete Gruppierungen beteiligt, wobei viele sich mit den größeren Oppositionsgruppierungen zusammengeschlossen haben. Obwohl deutlich mehr islamistische Gruppierungen in Syrien entstanden sind, werden hier lediglich zwei der größten Milizen vorgestellt, nicht zuletzt auch, weil diese sich deutlich von anderen mit der FSA verbündeten Einheiten durch die Schaffung eigener Institutionen abgrenzen.

5.3.1.1. Das Assad Regime und die reguläre syrische Armee

Seit Beginn des bewaffneten Konfliktes kämpften ca. 220.000 Soldaten innerhalb der syrischen Armee. Dabei kämpften allerdings lediglich 65.000 alawitische Soldaten (meist in Elite-Einheiten) auf Seiten des Regimes, unter der verbleibenden Anzahl kam es in hohem Maße zu Desertationen von sunnitischen Soldaten, die sich der FSA anschlossen.²⁷³ Die generell schlechte Organisation des syrischen Heeres und die immer geringer werdende Anzahl an kampfwilligen Soldaten führte in den ersten Kriegsjahren zu weitreichenden Gebietsverlusten des Regimes, erst als der mit Syrien verbündete Staat Russland auf Seiten des Assad Regimes im Jahr 2015 intervenierte, konnte die militärische Niederlage gegen die oppositionellen Einheiten abgewendet werden. Darüber hinaus erhielt Syrien durch Iran und die schiitische Hisbollah-Miliz finanzielle und militärische Unterstützung. Durch die militärische Unterstützung von außen kam es zu einem Wandel der militärischen Lage in Syrien, das Regime konnte weite Teile des Landes wieder unter seine Kontrolle bringen.²⁷⁴ Hauptziel des syrischen Regimes ist die Erhaltung der bestehenden Staatsgrenzen sowie der eigenen Herrschaft, und ein militärischer Sieg gegen die unterschiedlichen oppositionellen Gruppierungen.

²⁷³ vgl. Van Dam, 2017. S.109.

²⁷⁴ vgl. ebenda.

5.3.1.2. Die Freie Syrische Armee (FSA)

Ab dem Sommer 2012 kam es in Syrien zur Entstehung zahlreicher militärischer Gruppierungen, von denen sich viele der Freien Syrischen Armee (FSA) anschlossen. Von den zahlreichen Desertationen der regulären syrischen Armee profitierte die oppositionelle FSA, der sich laut eigenen Angaben 189.000 Deserteure und Wehrdienstverweigerer angeschlossen haben.²⁷⁵ Ein Großteil der Soldaten stammte entweder aus ländlichen Gebieten, in denen das Regime logistisch wenig Kontrolle ausüben konnte, oder aus ärmeren Stadtvierteln, die häufig systematisch durch das Regime bombardiert wurden.²⁷⁶ Viele der aktiven Soldaten übernahmen in den eroberten Gebieten ebenfalls öffentliche bzw. polizeiliche Aufgaben, die vormals durch Vertreter des Regimes ausgeübt wurden. Finanzielle Unterstützung erhielt die FSA durch im Exil lebende SyrerInnen, aber auch durch die Golfstaaten, die USA und die Türkei.²⁷⁷ Problematisch waren und sind die unregelmäßige Finanzierung der FSA durch die ausländischen Akteure, zahlreiche Kämpfer schlossen sich deshalb der al-Nusra-Front oder dem Islamischen Staat (IS) an, da diese Gruppierungen einen geregelten Sold garantieren konnten.²⁷⁸ Nach anfänglichen Gebietsgewinnen im Süden und im Norden des Syrischen Staates ist der Zusammenschluss der oppositionellen Milizen zum jetzigen Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit unter dem Namen FSA nur mehr in der Provinz Idlib vertreten. Versuche von syrischen Exilinstitutionen ein zentralisiertes militärisches Kommando im Süden der Türkei (Gaziantep) zu schaffen, scheiterten an der hohen Anzahl unterschiedlicher Interessen der verschiedenen Milizen.²⁷⁹ Hauptziel der innerhalb der FSA kämpfenden Einheiten war der Sturz des Assad-Regimes und ein militärischer Sieg gegen die Einheiten der syrischen Armee und ihren Verbündeter.

5.3.1.3. Kurdische Autonomieregionen und die PYD

Seit der Herrschaft des Baath-Regimes ab 1970 kam es in Syrien zu einer systematischen Diskriminierung der kurdischen Minderheit. Vor den Protesten des Jahres 2011 gab es zahlreiche Versuche der syrischen Regierung, die kurdische Bevölkerung in den Gebieten Nord- und Nordost-Syriens politisch auszugrenzen oder gar zu vertreiben, wie etwa eine gezielte Ansiedelung von Teilen der arabischen Bevölkerung innerhalb der kurdischen Gebiete. Nach den Protesten des Jahres 2011 blieb es in den kurdischen Gebieten im Vergleich zu anderen Regionen relativ ruhig, nicht zuletzt, weil das Assad-Regime sich das

²⁷⁵ vgl. Baczko, 2018. S.103f.

²⁷⁶ vgl. ebenda. S.107.

²⁷⁷ vgl. ebenda. S.110.

²⁷⁸ vgl. Van Dam, 2017. S.99.

²⁷⁹ vgl. ebenda. S.97f.

Ausbleiben der Proteste durch die kurdische Bevölkerung durch die Verleihung von 200.000 Staatsbürgerschaften an zuvor staatenlose KurdInnen erkaufte. Nachdem sich ein Großteil der kurdischen Bevölkerung nicht mit der teilweise islamistischen Opposition gegen Assad identifizieren konnte, aber ebenfalls das syrische Regime nicht unterstützen wollte, wählten die Kurden einen dritten Weg einer „demokratischen Selbstverwaltung“. Es folgte die Gründung der Partei der Demokratischen Union (PYD)²⁸⁰, ein syrisches Pendant zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Zwischen dem syrischen Regime und der PYD kam es zu einem inoffiziellen Übereinkommen: Solange sich die kurdische Bevölkerung aus den Kampfhandlungen gegen das Regime fernhielt, kam es auch zu keinem Angriff auf kurdische Gebiete durch das Regime.²⁸¹ Die kurdischen bewaffneten Einheiten wurden als „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) bezeichnet und dienten als Schutz vor äußerer Gefährdung. Erstmals wird die YPG gegen die Offensive des Islamischen Staates ab dem Sommer 2014 eingesetzt. Das Eingreifen von YPG-Einheiten ermöglichte die Flucht von 100.000 JesidInnen in die kurdisch-kontrollierten Gebiete.²⁸² Nachdem der IS aufgrund der Eroberung zahlreicher schwerer Waffen aus der irakischen Stadt Mossul erstarkt war, kam es zur Schlacht um Kobanê (September 2014), die durch kurdische Einheiten im Jänner 2015 mit Hilfe von US-Luftunterstützung zurückerobert werden konnte. Die Einnahme der Stadt war de facto die offizielle Anerkennung der PYD bzw. YPG als westlicher Partner im Kampf gegen den IS, gleichzeitig bedeutete die Eroberung von Kobanê die erste größere Niederlage des IS.²⁸³ Das Hauptinteresse der kurdischen Einheiten war die Verbindung der kurdischen Enklaven in Nordsyrien zu einem zusammenhängenden kurdischen Staatsgebiet oder zumindest zu einer zusammenhängenden kurdischen Autonomieregion. Die YPG ist seit dem Jahr 2014 einer der wichtigsten Verbündeten der USA bei ihrem Kampf gegen den IS. Der Hauptgegner der Entstehung eines zusammenhängenden kurdischen Gebietes ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, ab September 2016 kam es zu einer türkischen Intervention in Nordsyrien mit dem Ziel einer Eindämmung des kurdischen Einflusses in der Region.²⁸⁴

²⁸⁰ Brauns, Nikolaus (2016): Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag, Wien. S.91-112. hier: S.92f.

²⁸¹ vgl. Brauns, 2016. S.94.

²⁸² vgl. ebenda. S.104.

²⁸³ vgl. ebenda. S.106.

²⁸⁴ vgl. Baczkó, 2018. S.176.

5.3.1.4. Der Islamische Staat (IS)

Entstanden ist die heute als „Islamischer Staat“ bekannte islamistische Gruppierung als eine Teilorganisation der Terrorgruppe Al-Qaida während der US-Intervention im Irak (zunächst Al-Qaida in Mesopotamien, AQM, daraufhin „Islamischer Staat im Irak“, ISI). Der Aufstand gegen das syrische Regime wurde durch ISI als Chance betrachtet das eigene Gebiet, vom Irak aus nach Syrien zu erweitern. Unter dem Namen „Islamischer Staat in Irak und Levante“ (ISIL) kämpfte eine Fusion aus ehemaligen Jabhat al-Nusra- und ISI-Kämpfern in Syrien und wurde durch die irakische Regierung finanziell unterstützt.²⁸⁵ Ein Großteil der militärischen Führung bestand aus ehemaligen sunnitischen Offizieren unter Saddam Hussein, die Radikalisierung erfolgte zum Teil während gemeinsamer Haftstrafen nach der US-Intervention im Irak 2003.²⁸⁶ Ab Juli 2014 nennt sich die Organisation nur noch Islamischer Staat (IS), ein Hinweis auf den globalen Anspruch der jihadistischen Ideologie der Mitglieder dieser Gruppierung. Abu Bakr-al-Baghdadi ernannte sich zum Kalifen und proklamierte das islamische Kalifat, neue Hauptstadt des IS wird Raqqa im Norden Syriens.²⁸⁷ Nach der Ausrufung des Kalifates kommt es zum Bruch des IS mit anderen islamistischen Gruppierungen, wie etwa mit Jabhat al-Nusra.²⁸⁸ Die Finanzierung der Organisation erfolgte, neben anfänglicher ausländischer Unterstützung durch Katar und Saudi-Arabien²⁸⁹, durch Entführungen von Ausländern und anschließende Lösegelderpressungen, die Einhebung von „Zöllen“ an selbst errichteten Straßensperren, sowie die „Besteuerung“ von Waren in den vom IS eroberten Gebieten. Darüber hinaus stellte der Verkauf von Erdöl und der Handel mit Waffen eine der wichtigsten Einnahmequellen des IS dar.²⁹⁰ Insgesamt wurde die Mitgliederzahl des IS auf eine Truppenstärke von ca. 50.000 Mann geschätzt, genaue Zahlen sind allerdings problematisch, da die Gebiete des IS nahezu gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen sind. Schätzungen sprechen außerdem von ca. 5000 jungen europäischen Männern, die in den Reihen des IS in Syrien kämpfen. Hauptzielgruppe sind hierbei vor allem junge, schlecht ausgebildete Männer, die sich in ihren Gesellschaften ausgegrenzt fühlen.²⁹¹ Hauptunterscheidungsmerkmal des IS im Vergleich zu anderen in Syrien präsenten islamistischen Gruppierungen ist die ideologische Legitimierung einer extremen Gewaltanwendung gegen jede nicht-sunnitische Person, aber auch gegen jede

²⁸⁵ vgl. Baczko, 2018. S.220.

²⁸⁶ vgl. Ruf, Werner (2016): Der „Islamische Staat“ oder Daesh. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.55-69. hier: S.58.

²⁸⁷ vgl. Van Dam, 2017. S.100.

²⁸⁸ vgl. Baczko, 2018. S.194.

²⁸⁹ vgl. Ruf, 2016. S.57.

²⁹⁰ vgl. ebenda. S.60.

²⁹¹ vgl. ebenda. S.66.

Person/Gruppierung, die sich weigert, dem IS die Treue zu schwören.²⁹² Des Weiteren etablierte der IS in eroberten Städten eine strenge islamische Moralordnung sowie ein Gerichtssystem nach islamischem Recht, welches drakonische Strafen bei Verstößen vorsieht.²⁹³ Die Bestrafungen finden an öffentlichen Plätzen statt, die Anwesenheit der lokalen Bevölkerung bei der Vollstreckung dieser Strafen wird durch den IS sichergestellt. Darüber hinaus versteht es die Bewegung, sich durch den Gebrauch von sozialen Medien und der Veröffentlichung von Hinrichtungen, Massakern und anderen Gewaltakten via Internet öffentlichkeitswirksam zu inszenieren.²⁹⁴ Wie bereits erwähnt, ist das Hauptziel des Islamischen Staates die Errichtung eines globalen Kalifates, welches alle sunnitischen Muslime vereinen soll. Dabei erkennt der IS keinerlei Prinzipien des internationalen Rechts an (z.B: Staatsgrenzen, Staatsbürgerschaft) und führt somit einen Krieg gegen alle Staaten und Organisationen, die ihrem Vorhaben feindlich gesinnt sind.²⁹⁵

5.3.1.5. Weitere islamistische Bewegungen in Syrien: Ahrar al-Sham und Jabhat al-Nusra

Die Bewegung Harakat Ahrar al-Sham al-Islamiyya (kurz: Ahrar al-Sham) entstand im Jänner 2013 nach der Fusion mehrerer kleiner islamistischer Gruppen in Syrien. Präsent war die Gruppierung vor allem in den syrischen Städten Homs, Damaskus, Latakia und Raqqa. Finanzierung erhielt die Bewegung durch die Golfstaaten, aber auch durch westliche Staaten wie die USA. Das politische Programm der Bewegung ist die Errichtung eines islamischen Staates in Syrien. Nach dem Erstarken des IS seit 2014 versuchte sich die Führung von Ahrar al-Sham als Feinde des IS zu positionieren, einige Mitglieder der Führungsebene traten zurück, um die Geldquellen aus dem Westen beibehalten zu können.²⁹⁶

Die Unterstützungsfront für die Bevölkerung Syriens oder Jabhat al-Nusra li-Ahl al-Sham (kurz: al-Nusra-Front) wurde im Jänner 2012 gegründet, die Nusra-Front war der erste Versuch der Dachorganisation Islamischer Staat in Irak (ISI) sich in Syrien zu etablieren. Wie auch der IS kam es in den durch die Nusra-Front eroberten Gebieten Syriens zu einem Aufbau eigener Gerichtshöfe nach Scharia-Recht, der Aufstellung einer eigenen islamischen Moralpolizei, die oft in eine Konkurrenzsituation zu gemäßigeren Institutionen der nicht-islamistischen Rebellen geriet. Anders als der IS, der keinen Wert auf gute Beziehungen zur lokalen Bevölkerung in den eroberten Gebieten legt, versuchte die Nusra-Front häufig durch die Kontrolle über die Nahrungsmittelversorgung in einem bestimmten Gebiet sich die

²⁹² vgl. Baczko, 2018. S.201.

²⁹³ Einige Beispiele wären z.B: Hand abhacken, Erhängen, Kreuzigung, Exekution Homosexueller, Köpfen etc. vgl. Baczko, 2018. S.217.

²⁹⁴ vgl. Van Dam, 2017. S.102.

²⁹⁵ vgl. Baczko, 2018. S.217.

²⁹⁶ vgl. ebenda. S.185f.

Loyalität der lokalen Bevölkerung durch Lebensmittelpreisenkungen zu erkaufen.²⁹⁷ Ab März 2013 kam es zur Abspaltung von ISIL, ab dem Frühling 2015 kam es zum Zusammenschluss der Nusra-Front mit Ahrar al-Sham und weiteren FSA-Gruppierungen. Im Juli 2016 brach die Gruppierung, zumindest offiziell, alle Verbindungen zu Al-Qaida ab, um weitere Unterstützungszahlungen durch ausländische Akteure zu erhalten. Wenig später erfolgte die Namensänderung in „Eroberungsfront der Levante“ und der Zusammenschluss mit anderen Gruppierungen zu dem Bündnis Hai’at Tahrir asch-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante),²⁹⁸ das sich zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit in der syrischen Provinz Idlib befindet und als letzte größere Rebellengruppierung auf einen Angriff des Assad-Regimes vorbereitet.²⁹⁹

5.3.2. internationale Akteure

Ein zentraler Grund für die Eskalation des Konfliktes war die finanzielle Unterstützung verschiedener Gruppierungen von Aufständischen durch internationale Akteure, die ihre eigenen Interessen durch die Kampfhandlungen in Syrien gefährdet sahen. Somit weitete sich der Syrienkrieg von einem regionalen Konflikt zu einem internationalen Stellvertreterkrieg aus. In diesem Unterkapitel werden die Hauptakteure, die in die kriegerische Auseinandersetzung Einfluss nahmen, angeführt, wobei darüber hinaus erklärt werden soll, welche Interessen die internationalen Staaten/Akteure mit ihrem Eingreifen verfolgten.

5.3.2.1. Die USA und ihre Verbündeten

Sehr schnell nach dem Bekanntwerden der ersten friedlichen Proteste gegen das Assad-Regime und dem anschließenden brutalen Vorgehen der syrischen Sicherheitskräfte gegen die DemonstrantInnen, stellten sich die USA und ihre NATO-Verbündeten sowie die Europäische Union auf die Seite der Protestierenden. Demokratische und idealistische Wertvorstellungen waren bei vielen westlichen Staaten das Hauptkriterium bei der Beurteilung der Lage in Syrien, schnell wurde die Forderung nach einem Rücktritt bzw. einer Absetzung Bashar al-Assads laut.³⁰⁰ Aus heutiger Betrachtung geschahen zwei grundlegende Fehler bei der Einschätzung der Situation in Syrien durch die USA und die westlichen Verbündeten: Das Assad-Regime und sein Wille zum Machterhalt wurde unterschätzt, gleichzeitig kam es zu

²⁹⁷ vgl. Baczko, 2018. S.189f.

²⁹⁸ vgl. Baczko, 2018. S.191.

²⁹⁹ Harrer, Gudrun (2018): Frage nach Offensive auf Idlib ist nur eine nach wann und wie. In: *Der Standard* am 06.09.2018 S.3, online unter: <https://derstandard.at/2000086774067/Offensive-auf-Idlib-Die-Frage-ist-nur-mehr-wann-und>, Zugriff am 06.09.2018.

³⁰⁰ vgl. Van Dam, 2017. S.119.

einer Fehleinschätzung der radikalen Elemente innerhalb der Protestbewegung. Zwar war die oppositionelle Protestbewegung zu Beginn des Konfliktes mehrheitlich friedlich und säkular geprägt, Tendenzen einer Radikalisierung waren allerdings auch schon zu Beginn der Demonstrationen bei Teilen der Opposition festzustellen.³⁰¹ Die gegen das Regime gerichtete Maßnahme des Abzuges sämtlicher westlicher Diplomaten aus Syrien kann im Nachhinein betrachtet ebenfalls als problematisch bezeichnet werden, dadurch wurde die syrische Regierung weiter in die Isolation getrieben und es konnte keine direkte Verbindung zwischen dem syrischen Regime und westlichen Ländern etabliert werden.³⁰² Gegenüber den Verbündeten der syrischen Opposition wurden falsche Erwartungen erzeugt, eine durch den damaligen US-Präsidenten Barack Obama angedrohte US-Intervention nach dem Giftgaseinsatz des syrischen Regimes in Ghouta blieb aus. Ebenso wurden die oppositionellen Gruppierungen nur unregelmäßig durch die USA und den Westen finanziell unterstützt.³⁰³

„With this combination (no sufficient foreign military support for the opposition, and no foreign direct military intervention) the Syrian Revolution was doomed to failure, certainly as long the regime received sufficient military aid from its allies Russia, Iran and the Hizballah, combined with their direct military interventions in Syria.“³⁰⁴

Ab 2014 galt das US-Hauptinteresse der Eindämmung der Bedrohung durch den IS. Eine US-geführte Koalition flog seit diesem Zeitpunkt Angriffe gegen IS-Kontrollierte Gebiete in Syrien und konnte die terroristische Gruppierung seitdem weitestgehend zum Rückzug bewegen, obwohl eindeutige Erfolge des Kampfes gegen den IS erst nach dem russischen Eingreifen 2015 sichtbar wurden.³⁰⁵

5.3.2.2. Saudi-Arabien und die Golfstaaten

Primäres strategisches Ziel Saudi-Arabiens und der Golfstaaten (Kuwait, Katar, Bahrain, Oman, Vereinigte Arabische Emirate) war die Minderung des schiitischen Einflusses und insbesondere des Irans in Syrien. Wegen der Nähe des Assad-Regimes zu Iran³⁰⁶ forderte man den Rücktritt oder Sturz des syrischen Regimes, war aber weniger als der Westen an einer Etablierung eines demokratisch-verfassten neuen syrischen Staates interessiert. Insbesondere Saudi-Arabien war darüber hinaus um eine Minderung des Einflusses des IS bemüht, da es seit dem Erstarken des IS bereits zu mehreren Terroranschlägen in Saudi-Arabien gekommen

³⁰¹ vgl. Van Dam, 2017. S.121.

³⁰² vgl. ebenda. S.122.

³⁰³ vgl. ebenda. S.126.

³⁰⁴ ebenda. S.123.

³⁰⁵ vgl. „Kriegsparteien. Wer will was in Syrien?“ In: ZEIT-online vom 23.03.2018, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/kriegsparteien-syrien-ueberblick>, Zugriff am 06.09.2018.

³⁰⁶ vgl. Baczeko, 2018. S.153.

war. Die Golfstaaten unterstützten syrische Oppositionsbewegungen finanziell, auch die bekennenden islamistischen Organisationen wie etwa Jabhat al-Nusra.³⁰⁷

5.3.2.3 Russland

Die russisch-syrischen Beziehungen reichen bis in die Zeit des Kalten Krieges zurück, bereits im Oktober 1980 unterzeichneten die UdSSR und Syrien einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der russische Militärberater in Syrien und die Ausbildung syrischer Offiziere an russischen Militärschulen ermöglichte sowie Waffenlieferungen vereinbarte. Ebenfalls erhielt Russland die Möglichkeit der Nutzung des Hafens von Tartus zur Nutzung als Marinebasis. Bis heute stellt sie den einzigen Marinestützpunkt außerhalb des russischen Staatsgebietes dar.³⁰⁸ Auch seit dem Ausbruch der Proteste blieb Russland ein stabiler Partner des Assad-Regimes. Die russische Regierung trat für Reformen durch das Regime in Syrien ein, verhinderte aber innerhalb der Institution des UN-Sicherheitsrates Sanktionen gegen das syrische Regime sowie militärische Interventionen mit dem Ziel des Sturzes der Assad-Regierung³⁰⁹. Im Sommer 2015 intervenierte Russland auf Seiten des Assad-Regimes kurz vor dessen bevorstehenden Niederlage. Der russische Militäreinsatz erfolgte durch die Stationierung von ca. 4000 Soldaten bei gleichzeitiger Luftunterstützung. Angegriffen wurden sowohl Stellungen des IS als auch Gebiete, die von oppositionellen Gruppierungen besetzt wurden. Das Ziel der Konsolidierung der syrischen Regierung wurde erreicht, mit russischer Hilfe konnte das Assad-Regime weite Teile der von der Opposition eroberten Gebiete zurückgewinnen.³¹⁰ Ziele des russischen Eingreifens in Syrien war die Verhinderung einer extremistisch-sunnitischen Regierung in Syrien, zum einem wegen des drohenden Einflusses dieser auf russische Extremisten in der Region des Nordkaukasus und zum anderen aus Schutzgründen der orthodoxen christlichen Minderheit innerhalb Syriens.³¹¹ Ideologisch tritt Russland in Konkurrenz zur USA und dem Westen, indem die russische Regierung strikt gegen militärische Interventionen eintrat. Die Verhinderung eines militärischen Eingreifens (*regime change*) durch die USA und ihre Verbündeten in einen (aus russischer Sicht) souveränen Staat war Russlands Hauptanliegen innerhalb des Krieges.

³⁰⁷ Laub, Zachary (2017): Who's who in Syria's Civil War. Online unter:

<https://www.cfr.org/background/whos-who-syrias-civil-war>, Zugriff am 06.09.2018.

³⁰⁸ vgl. Mangott, Gerhard (2016): Russland und der Bürgerkrieg in Syrien In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.159-175. hier: S.159.

³⁰⁹ vgl. ebenda. S.163.

³¹⁰ vgl. ebenda. S.171.

³¹¹ vgl. ebenda. S.166f.

5.3.2.4. Iran und die Hisbollah

Der Iran stellt nach wie vor einen der wichtigsten Verbündeten des syrischen Regimes dar. Unterstützung durch den Iran erhält die syrische Regierung durch finanzielle Mittel³¹², Waffen und der Entsendung schiitischer Milizen. Strategisch will sich der Iran als regionale Großmacht etablieren und sein Einflussgebiet um Syrien erweitern. Zusätzlich betrachtet sich der Iran als schiitische Schutzmacht, der die überwiegend aus Alawiten bestehende Assad-Regierung auch deshalb unterstützt, weil es zwischen Schiiten und Alawiten viele Gemeinsamkeiten gibt. Über Syrien will der Iran Einfluss auf die schiitische Hisbollah behalten, die den Iran in dessen Auseinandersetzung mit Israel tatkräftig unterstützt.³¹³

5.3.2.5. Türkei

Seit dem Beginn der Proteste in Syrien trat die türkische Politik unter Recep Tayip Erdoğan für einen Sturz Assads ein und begann mit der finanziellen Unterstützung von oppositionellen und teilweise islamistischen Gruppierungen.³¹⁴ Nach dem Erstarken der kurdischen Enklaven im Norden Syriens wurde die Eindämmung des kurdischen Einflusses in Syrien zum primären Ziel türkischer Politik. Die Türkei befürchtete eine Ausweitung der kurdischen Autonomiebestrebungen auch auf türkisches Staatsgebiet und versuchte deshalb, durch eine militärische Intervention ab dem Jahr 2016 die kurdischen Regionen im Norden Syriens zu spalten.³¹⁵

5.3.3. syrische Exilinstitutionen

Eine nationale syrische Opposition war zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Proteste nicht existent, bereits vor 2011 erstickte das Regime oppositionelle Bewegungen im Keim, nicht selten durch den Einsatz militärischer Mittel. Aus diesem Grund etablierte sich eine syrische Opposition im Ausland (v.a. Paris, London, Amman, Istanbul, Beirut, Kairo). Am 2. Oktober 2011 wurde der Syrian National Council (SNC) geschaffen. Diese Institution sollte die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen der Opposition gegen Assad darstellen.³¹⁶ Die Institution beinhaltete über 30 oppositionelle Gruppierungen und hatte insgesamt 230 Mitglieder. 60% der Mitglieder waren SyrerInnen innerhalb Syriens, 40% der Mitglieder

³¹² vgl. Baczko, 2018. S.85.

³¹³ vgl. „Kriegsparteien. Wer will was in Syrien?“ In: ZEIT-online vom 23.03.2018, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/kriegsparteien-syrien-ueberblick>, Zugriff am 06.09.2018.

³¹⁴ vgl. Çakır, Murat: Erdoğan's Syrien-Abenteuer. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag, Wien. S.141-157. hier: S.144.

³¹⁵ vgl. „Kriegsparteien. Wer will was in Syrien?“ In: ZEIT-online vom 23.03.2018, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/kriegsparteien-syrien-ueberblick>, Zugriff am 06.09.2018.

³¹⁶ vgl. Baczko, 2018. S.134f.

bestanden aus Exil-SyrerInnen. Auf internationaler Ebene kam es zu einer raschen Anerkennung des SNC als gemeinsames Sprachrohr der syrischen Opposition³¹⁷, allerdings mangelte es der Institution an finanziellen Mitteln. Konflikte unter den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb des SNC führten zu einer Ineffizienz innerhalb der Entscheidungsfindung. Die Institution wurde unter dem Druck der USA und der Golfstaaten als „National Coalition of Syrian Revolution and Opposing Forces“ (NCSR) neu gegründet³¹⁸. Am 18.03.2013 kam es zur Bildung einer Interimsregierung bestehend aus Technokraten, die durch Katar und die Muslimbruderschaft unterstützt wurde. Diese Regierung wurde allerdings nicht von allen Gruppierungen innerhalb Syriens unterstützt, da viele sie verdächtigten, unter dem Einfluss ausländischer Gelder zu stehen. Ein Hauptproblem der gemeinsamen Institutionen der syrischen Opposition war die Spaltung zwischen im Inland lebender und kämpfender SyrerInnen und den im Ausland lebenden PolitikerInnen. Auch aus diesem Grund konnte bislang keine gemeinsame (Exil-) Regierung oder Institution durch die syrische Opposition dauerhaft etabliert werden.³¹⁹

5.4. Bisheriger Verlauf des Syrienkrieges (2011-August 2018)

Im Folgenden sollen die wichtigsten Ereignisse und großen Entwicklungen innerhalb des Syrienkrieges angeführt werden, auf eine zu detaillierte Darlegung einzelner Ereignisse wird aus Platzgründen verzichtet, an manchen Stellen wird auf weiterführende Quellen verwiesen, die einzelne Ereignisse des Konfliktes ausführlicher betrachten. Um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten, wurde der Syrienkrieg in drei unterschiedliche Phasen eingeteilt: Als erstes wird auf die *Phase des Bürgerkrieges* eingegangen, die durch inner-syrische Auseinandersetzungen zwischen dem Assad-Regime und der (größtenteils säkularen) Opposition geprägt war. Die zweite Phase des Konfliktes kann als *Phase der Internationalisierung und Radikalisierung des Krieges* bezeichnet werden, in ihr kam es einerseits zu einer zunehmenden Dominanz von radikalen Gruppierungen und dem Erstarken des Islamischen Staates (IS), andererseits zu einer finanziellen Unterstützung bestimmter Fraktionen durch ausländische Akteure. Die bis in die heutige Zeit andauernde Phase des Krieges wird im Folgenden als *Interventionsphase* bezeichnet, in der es zu einem direkten militärischen Eingreifen von Großmächten, wie etwa der USA, Russlands und der Türkei,

³¹⁷ vgl. ebenda. S.136.

³¹⁸ vgl. ebenda. S.137.

³¹⁹ vgl. ebenda. S.139.

kommt und die durch einen zunehmenden Bedeutungsverlust von radikalen wie auch gemäßigten Teilen der oppositionellen Kräfte gekennzeichnet ist.

1. Phase des Bürgerkrieges

„Keimzelle“ des syrischen Aufstandes war die im Südwesten des Landes gelegene Stadt Deraa, in der es Anfang März 2011 zu Protesten gegen die Verhaftung von Schulkindern durch das Regime kam. Wie bereits in einem vorherigen Kapitel beschrieben, weiteten sich die Demonstrationen schnell in andere Städte des Landes (Dar‘ā, Duma, Harasta, Qamischli, Hasakhe, Idlib, Baniyas, Hama und Homs und Damaskus) aus.³²⁰ Um die landesweiten Proteste unter Kontrolle zu bringen, war das Assad-Regime bereit, massive militärische Gewalt³²¹ gegen die Regime-GegnerInnen anzuwenden, in den ersten Monaten des Aufstandes gab es bereits zahlreiche Tote und Verletzte³²². Bereits ab dem Sommer des Jahres 2011 forderten mehrere westliche PolitikerInnen erstmals den Rücktritt von Bashar al-Assad³²³. Zahlreiche Soldaten des syrischen Regimes desertierten angesichts des immer brutaler werdenden Vorgehens gegen die eigene Bevölkerung, einige der Deserteure beschlossen ab Herbst 2011 den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufzunehmen, es kam zur Gründung des gemeinsamen militärischen Armes der Oppositionskräfte, der FSA.³²⁴

Der Beginn des Jahres 2012 war durch einen ersten gemeinsamen Versuch der UN und der Arabischen Liga geprägt, zwischen dem Regime und der Opposition zu verhandeln. Unter der Leitung von Kofi Annan begann am 30.6.2012 die Genf-I Friedenskonferenz, die ein gemeinsames Kommuniqué³²⁵ hervorbrachte, welches von allen ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern akzeptiert wurde und als Grundlage für alle weiteren Versuche gesehen werden kann, einen Ausgleich zwischen Regime und Opposition herbeizuführen. Nachfolger von Kofi Annan wurde der ehemalige algerische Außenminister Lakhdar

³²⁰ vgl. Lesch, 2012. S.57.

³²¹ Das Regime setzt auf den Beschuss von „rebellischen“ Städten mit Artillerie, den Einsatz von Panzern, Heckenschützen und Helikoptern. Die zahlreichen dokumentierten Kriegsverbrechen, wenn nicht sogar „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ werden im nächsten Kapitel genauer dargestellt, in dem ein Fazit des Syrienkrieges gezogen wird.

³²² vgl. „Syria: 'Dozens killed' as thousands protest in Hama.“ In: BBC-News vom 06.11.2011, online unter: <https://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13642917>, Zugriff am 11.09.2018.

³²³ vgl. „Europäer bereiten UN-Sanktionen gegen Syrien vor.“ In: Süddeutsche Zeitung vom 19.11.2011, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/nach-ruecktrittsfoerderung-an-praesident-assad-europaeer-bereiten-un-sanktionen-gegen-syrien-vor-1.1132666>, Zugriff am 11.09.2018.

³²⁴ vgl. Baczko, 2018. S.290.

³²⁵ United Nations: Action Group for Syria Final Communiqué vom 30.06.2012 und Sechs-Punkte Plan. Online unter: <http://www.un.org/News/dh/infocus/Syria/FinalCommuniquéActionGroupforSyria.pdf>, Zugriff am 11.09.2018.

Brahimi³²⁶. Zu einem Ende der Kämpfe kam es in Syrien allerdings nicht, schwere Auseinandersetzungen zwischen bewaffneter Opposition und der syrischen Armee fanden etwa in Teilen der Hauptstadt Damaskus und der nordsyrischen Großstadt Aleppo statt.³²⁷ Unter den syrischen Gruppierungen der Opposition waren unterdessen Radikalisierungstendenzen zu beobachten, so konnte etwa die islamistische Jabhat al-Nusra-Front große Gebietsgewinne verzeichnen und mit der Einnahme wichtiger Ölfelder eine wichtige Finanzierungsquelle für sich beanspruchen³²⁸. Ebenfalls konnte die Gruppierung ISIL Anfang des Jahres 2013 die syrische Provinzhauptstadt Raqqa erobern, die fortan als militärische Basis der Gruppierung in Syrien galt.³²⁹

2. Phase der Internationalisierung und Radikalisierung

Die finanzielle und militärische Unterstützung von Teilen der Opposition durch ausländische Akteure³³⁰ hatte eine Schwächung des Assad-Regimes zur Folge. Das Jahr 2013 war durch erbitterte Kämpfe zwischen Regime und Opposition um die syrischen Städte Hama und Homs geprägt. Auch die syrische Hauptstadt Damaskus blieb weiterhin umkämpft, im April 2013 äußerte die USA die Vermutung, das Regime habe das Giftgas „Sarin“ gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt³³¹. Die Vereinten Nationen bestätigten den Einsatz von Giftgas in Ostghouta (nahe Damaskus), allerdings mangelte es der internationalen Beobachtermission an Beweisen, die auf Täter schließen lassen konnten.³³² Am 31. August verkündete der damalige US-Präsident Barack Obama, dass, anders als angekündigt, kein Militärschlag gegen das syrische Regime durch US-Bodentruppen erfolgen würde, sondern zunächst der US-Kongress befragt werden solle. Dieses Vorgehen kam einem Abbruch der Pläne einer US-Intervention

³²⁶ vgl. Van Dam, 2017. S.140f.

³²⁷ vgl. Gehlen, Martin (2012): Kämpfe erreichen das Zentrum von Aleppo. In: ZEIT-online vom 29.07.2012. online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-07/syrien-aleppo-fluechtlinge>, Zugriff am 11.09.2018. bzw.: „Kämpfe im Regierungsviertel von Damaskus“ In: Spiegel-Online vom 19.07.2012, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-kaempfe-in-assads-regierungsviertel-in-damaskus-a-845223.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³²⁸ vgl. The Associated Press (2012): „Syria Rebels Attack Key Base in Bid to Disrupt Airstrikes.“ In: New York Times vom 03.11.2012. Online unter: https://www.nytimes.com/2012/11/04/world/middleeast/syria-rebels-attack-key-base-in-bid-to-disrupt-airstrikes.html?_r=0, Zugriff am 11.09.2018.

³²⁹ vgl. Baczko, 2018. S.194.

³³⁰ vgl. „Obama will syrische Rebellen mit 500 Millionen Dollar unterstützen.“, In: Zeit-online vom 27.06.2013, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/usa-wollen-syrische-opposition-mit-geld-und-training-unterstuetzen>, Zugriff am 11.09.2018. bzw. vgl. „Verstärkte Hilfe für syrische Rebellen. Saudi-Arabien liefert Waffen per Luftbrücke.“ In: Spiegel-Online vom 25.03.2013, Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-cia-hilft-saudi-arabien-bei-waffenlieferungen-an-rebellen-a-890754.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³³¹ vgl. Van Dam, 2017. S.170.

³³² vgl. „Giftgas. UN bestätigen Chemiewaffeneinsatz in Syrien.“ In: ZEIT-online vom 13.09.2013, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/un-chemiewaffen-inspektion-ergebnis>, Zugriff am 11.09.2018.

gleich.³³³ Die Kämpfe zwischen syrischer Armee und oppositionellen Gruppierungen gingen unvermindert weiter (v.a. in der Region um Aleppo), bis Anfang 2014 ein erneuter Versuch der internationalen Gemeinschaft unternommen wurde, einen Frieden zwischen den Konfliktparteien zu verhandeln. Die später als Genf-II bezeichneten Gespräche scheiterten aber am 25. Jänner 2014, da weder Regime noch Opposition zu Kompromissen bereit waren, die einen Waffenstillstand möglich gemacht hätten. Folge des Scheiterns der zweiten Verhandlungsrunde zwischen Regime und oppositionellen Fraktionen war der Rücktritt des UN-Sondergesandten und Chefverhandlers Lakhdar Brahimi. Sein Nachfolger wurde der schwedisch-italienische Diplomat Staffan de Mistura³³⁴. Der folgende Abschnitt des Krieges in Syrien war durch das Erstarken radikal islamistischer Kräfte wie ISIL und Jabhat al-Nusra geprägt, wobei es ebenfalls zu bewaffneten Konflikten zwischen den dschihadistischen Parteien kam, wie etwa Kämpfen um die erdölreiche syrische Provinz Deir ez-Zor zwischen ISIL und Jabhat al-Nusra, die im Juli des Jahres 2014 zu Gunsten von ISIL entschieden wurden³³⁵. Darüber hinaus konnte ISIL sein Gebiet im Irak erweitern und die Stadt Mossul einnehmen, wodurch die Organisation Zugriff auf schwere Waffen und Fahrzeuge erhielt³³⁶. Als direkte Folge der Gebietsgewinne und militärischen Erfolge von ISIL kann die Ausrufung des „Kalifats“ und die Umbenennung der Organisation in Islamischer Staat (IS) betrachtet werden. Die Umbenennung stellte einen Ausdruck des Hegemonialanspruchs des IS dar, nicht nur innerhalb Syriens, sondern in der gesamten islamischen Welt.³³⁷ Der IS konnte ebenfalls im Norden des Landes weitere Gebiete für sich beanspruchen, es kam zu einer Offensive gegen die kurdische Stadt Ain al-Arab (kurdisch: Kobanê). Nach einem vorläufigen Erfolg und der Eroberung der Stadt, konnte Kobanê Anfang des Jahres 2015 wieder von kurdischen Einheiten (YPG) zurückerobert werden³³⁸.

Am 22. September 2014 kam es zu einem ersten direkten militärischen Eingreifen der USA in den Syrienkrieg, erklärtes militärisches Ziel war die Eindämmung des Einflusses des IS in Syrien. Einheiten der United States Air Force und United States Navy führten eine Koalition an, an der auch Saudi-Arabien, Bahrain, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate

³³³ Paech, Norman (2016): Die Schlacht um Damaskus - auf den Trümmern des Völkerrechts. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.28-54. hier: S.42.

³³⁴ vgl. Van Dam, 2017. S.141f.

³³⁵ vgl. Westall, Sylvia (2014): „Islamic State seizes oil field and towns in Syria's east.“ Online unter: <https://www.reuters.com/article/us-syria-crisis-islamicstate/islamic-state-seizes-oil-field-and-towns-in-syrias-east-idUSKBN0F80SO20140703>, Zugriff am 11.09.2018.

³³⁶ vgl. Van Dam 2017. S.102.

³³⁷ vgl. Baczkó, 2018. S.192.

³³⁸ vgl. Brauns, 2016. S.106.

beteiligt waren. Die Koalition führte ab diesem Zeitpunkt gezielte Luftschläge gegen Stellungen des IS auf syrischem Staatsgebiet durch.³³⁹

3. Interventionsphase

Die gezielten Luftschläge der US-geführten Koalition erzielten zunächst noch nicht ihre gewünschte Wirkung, der IS konnte die antike Stadt Palmyra erobern und kontrollierte nun insgesamt über 50% des syrischen Staatsgebietes.³⁴⁰ Die militärische Situation in Syrien änderte sich ab September 2015 schlagartig, als Russland beschloss, auf Seiten des Assad-Regimes militärisch in Syrien zu intervenieren. Dabei gab Russland an, lediglich Stellungen von „Terroristen“ angreifen zu wollen, faktisch sah Russland aber viele von den USA unterstützten oppositionellen Fraktionen als feindlich an, was zu Konflikten zwischen den USA und Russland auf internationaler Ebene führte.³⁴¹ Die militärische Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland hatte seit langer Zeit erstmals wieder Gebietsgewinne durch die syrische Regierung zur Folge. Zunächst konnte Palmyra, das sich in den Händen des IS befand, durch die syrische Armee zurückerobert werden³⁴². Bis Jahresende 2015 konnten die bereits seit langer Zeit in Händen der Opposition befindlichen Städte Homs (September 2015) und Aleppo (Dezember 2015) zurückerobert werden³⁴³. Das Vorgehen der beiden Großmächte USA und Russland gegen den gemeinsamen Feind IS zeigte unterdessen Wirkung, internationale Luftunterstützung ermöglichte es kurdischen Einheiten die IS-Hauptstadt Raqqa einzunehmen.³⁴⁴ In Genf kam es im April 2016 erneut zu dem Versuch der Vermittlung eines Friedens (Genf III), die Gespräche scheiterten allerdings abermals, da weder das Regime, noch die VertreterInnen der syrischen Opposition sich gegenseitig als legitime Verhandlungspartner anerkannten.³⁴⁵ Im August 2016 kam es zu einer weiteren militärischen Intervention von außen, als der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan beschloss gegen die kurdischen Gebiete im Norden Syriens vorzugehen. Türkisches Hauptziel hierbei war die Verhinderung eines möglichen zusammenhängenden kurdischen

³³⁹ vgl. Baczko, 2018. S.150.

³⁴⁰ vgl. „Karte der Gebiete im syrischen Bürgerkrieg im Jahr 2015.“ In: Spiegel-Online vom 23.05.2015, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-islamisten-ermorden-assad-getreue-in-palmyra-a-1035288.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁴¹ vgl. Mangott, 2016. S.164.

³⁴² vgl. „Rückeroberung von Palmyra: Die erste große Niederlage für den IS.“ In: . Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.03.2016, online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/rueckerobert-von-palmyra-die-erste-grosse-niederlage-fuer-den-is-14147161.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁴³ vgl. Baczko, 2018. S.192.

³⁴⁴ vgl. „Letzte IS Hochburg gefallen. Anti-IS-Allianz verkündet Eroberung von Rakka.“ In: *Die Welt* vom 17.10.2017, online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article169718143/Anti-IS-Allianz-verkuendet-Eroberung-von-Rakka.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁴⁵ vgl. Van Dam, 2017. S.151f.

staatsähnlichen Gebietes nahe der südlichen türkischen Grenze.³⁴⁶ Anfang des Jahres 2018 erfolgte eine türkische Bodenoffensive gegen die kurdische Stadt Afrin, bei der türkische Einheiten in Zusammenarbeit mit FSA-Soldaten die Stadt im März 2018 einnehmen konnten.³⁴⁷

Die militärische Lage veränderte sich auch im Folgejahr 2017 nicht grundlegend, weiterhin gelang es dem syrischen Regime mit Unterstützung russischer Einheiten, Gebiete, die von oppositionellen Gruppierungen besetzt wurden, einzunehmen, wie etwa die gesamte ölfreiche Provinz Deir ez-Zor³⁴⁸. Kurz nach der Rückeroberung der Provinz durch die syrische Armee gab Russlands Präsident Wladimir Putin den Abzug der russischen Einheiten aus Syrien bekannt, da laut russischem Verteidigungsministerium der IS in Syrien vollständig besiegt wurde.³⁴⁹

Nach dem mehrmaligen Scheitern des Genfer Friedensprozesses, der eine politische Lösung des Konfliktes zwischen Regime und Opposition anstrebte, kam es zu alternativen Friedensverhandlungen, initiiert von Russland, dem Iran und der Türkei, die eine militärische Lösung des Krieges in Aussicht stellten. Im Mai 2017 unterzeichneten Russland, Iran und die Türkei das Astana-Abkommen, welches die Errichtung von vier Deeskalationszonen (Idlib, Homs, Ost-Ghouta und Südsyrien) vorsah, in denen jegliche Kampfhandlungen zwischen der syrischen Armee und Einheiten der Opposition eingestellt werden sollten. Ausgenommen wurden islamistische Gruppierungen wie Jabhat al-Nusra und der IS, allerdings ebenfalls Fraktionen, die zwar laut Russland „Terrororganisationen“ in Syrien darstellen, aber von den USA oder den Golfstaaten weiterhin unterstützt wurden. Die USA und ihre Verbündeten wurden hingegen nicht in den neuen Friedensprozess miteinbezogen, jegliche mögliche Konfliktlösungsstrategien zwischen dem Regime und der Opposition lagen somit vor allem in den Händen Russlands, Irans und dem syrischen Regime. Die USA und ihre Partner fokussierten sich schlussendlich nur noch auf die Bekämpfung des IS.³⁵⁰

Das Regime konnte die militärische Lage seit der russischen Intervention sukzessive stabilisieren und bedeutsame Gegner ausschalten. Weder der IS noch die bewaffneten Gruppierungen der syrischen Opposition sind bislang in der Lage der überlegenen

³⁴⁶ vgl. Baczko, 2018. S.291.

³⁴⁷ „Militäroffensive: Türkische Armee besetzt syrische Stadt Afrin.“ In: Spiegel-Online vom 18.03.2018, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afrin-tuerkische-armee-uebernimmt-kontrolle-a-1198670.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁴⁸ vgl. „Aktivisten: Syrische Armee hat Deir ez-Zor zurückerobert,“ In: Die Presse vom 02.11.2018, online unter: https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5313596/Aktivisten_Syrische-Armee-hat-Deir-ezZor-zurueckerobert, Zugriff am 11.09.2018.

³⁴⁹ vgl. Mangott, 2016. S.170.

³⁵⁰ vgl. Feichtinger, Walter/ Rupp , Jasmina (2018): Hotspot Syrien – konflikttheoretische und -analytische Betrachtungen. In: Sicherheit und Frieden 36/1. S.7-13. hier: S.12.

militärischen Macht des Assad-Regimes militärisch etwas entgegenzusetzen. Die momentan einzig verbliebene Provinz, in der oppositionelle Fraktionen verblieben sind, ist die Provinz Idlib. Im August 2018 trafen syrische und russische Einheiten Vorbereitungen für eine Offensive gegen die letzte Bastion der syrischen Opposition.³⁵¹ Die UN warnten vor einer humanitären Katastrophe, da sich etwa drei Millionen Menschen innerhalb der Provinz befinden sollen und diese anders als bei vorigen Belagerungen durch Regime-Einheiten keinerlei Rückzugsort mehr hätten, sollte die Provinz in die Hände der syrischen Armee fallen³⁵².

5.5. Bisheriges Fazit des Syrienkrieges

Seit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges im März 2011 forderten die bewaffneten Auseinandersetzungen nach aktuellen Schätzungen³⁵³ im März 2018 insgesamt über 353.900 Todesopfer, davon mehr als 100.000 ZivilistInnen. Während laut UNHCR innerhalb des syrischen Staates 6,6 Mio. Menschen vertrieben wurden, suchten 5,6 Mio. SyrerInnen Schutz in den anliegenden Nachbarstaaten, vor allem in der Türkei (3.555.464), dem Libanon (976.002) und Jordanien (670.429).³⁵⁴ Die angrenzenden Nachbarstaaten übernahmen einen Großteil der durch den Krieg vertriebenen Menschen. Im westlichen Raum medial wesentlich präsenter waren und sind heute jedoch die Menschen, die in Europa Schutz vor den kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien suchten. Die Reaktionen der europäischen und österreichischen Politik auf den Anstieg der Asylanträge in den Jahren von 2011 bis 2018 werden in einem folgenden Kapitel ausführlicher behandelt, an dieser Stelle sollen lediglich grundlegende Zahlen in Bezug auf die Asylanträge der geflüchteten SyrerInnen innerhalb der 28 EU-Staaten genannt werden: Seit dem Jahr 2011 beantragten etwa eine Million SyrerInnen

³⁵¹ vgl. „Syrien: Idlib-Offensive weiter in Schweb.“ In: . Kurier vom 07.09.2018, online unter: <https://kurier.at/politik/ausland/syrien-idlib-offensive-weiter-in-schwebe/400111886>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁵² vgl. Daragahi, Borzou (2018): „UN warns of 'worst humanitarian disaster' of 21st century as 30,000 flee Syria's Idlib ahead of offensive.“ In: The Independent vom 10.09.2018, online unter: <https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-civil-war-idlib-province-battle-un-russia-air-strikes-assad-a8531976.html>, Zugriff am 11.09.2018.

³⁵³ Die Schätzung stammt von der in Großbritannien ansässigen Organisation *The Syrian Observatory for Human Rights*, wobei die Organisation darauf hinweist, dass 100.000 weitere Opfer wahrscheinlich, aber nicht nachweisbar sind. Die Vereinten Nationen (UN) haben aufgehört offizielle Berichte über die Todesstatistiken zu veröffentlichen, da es der UN nicht mehr möglich ist in den umgekämpften Regionen vor Ort zu sein und die Angaben der unterschiedlichen Fraktionen bezüglich der Todesopfer zu stark variieren. vgl. „Islamic State and the crisis in Iraq and Syria in maps“. In: . BBC-News vom 28.03.2018, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-27838034>, Zugriff am 13.09.2018.

³⁵⁴ UNHCR, the UN Refugee Agency (2018): Syria Emergency. Online unter: <http://www.unhcr.org/syria-emergency.html>, Zugriff am 13.09.2018. vgl. auch Datenbank der UNHCR, online unter https://data2.unhcr.org/en/situations/syria#_ga=2.50990953.1529514091.1536847187-1514735253.1536847187&_gac=1.54065882.1536852271.CjwKCAjwlejcBRAdEiwAAbj6KbNLL3eMHzDd_0gEzHQD3lQftjNOJFra2urmqlsm7T1olGGeDW8-dBoCrLgQAvD_BwE, Zugriff am 13.09.2018.

Asyl innerhalb der Europäischen Union, mehr als die Hälfte davon in Deutschland (547.020) und insgesamt 52.245 in Österreich.³⁵⁵ Der Anstieg der Asylanträge geflüchteter SyrerInnen hatte einen entscheidenden Einfluss auf die europäische und nationale Migrationspolitik der einzelnen Staaten, wobei der Trend in den letzten Jahren vermehrt in Richtung einer Abschottung Europas vor MigrantInnen aus Drittstaaten und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in vielen europäischen Ländern zu gehen scheint.

Die Auswirkungen des Syrienkrieges haben sowohl eine nationale bzw. inner-syrische als auch globale Komponenten. Auf lokaler Ebene kann eine nahe vollständige Delegitimierung der Assad-Regierung attestiert werden. Bereits kurz nach dem Ausbrechen der Proteste in Syrien im Jahr 2011 und dem äußerst gewaltsamen Vorgehen des Regimes gegen friedliche DemonstrantInnen verlor der syrische Präsident Bashar al-Assad für westliche PolitikerInnen jegliche Legitimation.

Bereits kurz nach dem Ausbrechen der friedlichen Proteste im März 2011 begannen die Kräfte des Regimes Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu begehen, die von internationalen BeobachterInnen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft wurden³⁵⁶. Wiederkehrende Verbrechen waren etwa die gezielte Tötung von vermeintlichen RegimegegnerInnen durch den Einsatz militärischer Mittel (z.B: Scharfschützen und der Einsatz von Panzern), die willkürliche Verhaftung und Festhaltung von Oppositionellen ohne vorangegangenen juristischen Prozess, oder die Folter einer Vielzahl der inhaftierten RegimekritikerInnen. Nach dem Beginn der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Regime und Opposition kam es wiederholt zu Belagerungen von Städten bzw. Stadtteilen, in denen RegimegegnerInnen vermutet wurden. Im Zuge der Belagerungen kam es darüber

³⁵⁵ vgl. Eurostat: Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet). Online unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/data/database>, Zugriff am 14.09.2018. vgl. auch Bundesministerium für Inneres (BMI) (2017): Asyljahresstatistik 2017. Online unter: https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl-Jahresstatistik_2017.pdf, Zugriff am 14.09.2018.

³⁵⁶ Mehrere internationale Organisationen, darunter die UN, beobachten die in Syrien begangenen Menschenrechtsverstöße seit dem Jahr 2011. Dabei ist anzumerken, dass das syrische Regime eine vor Ort präsenste Beobachtermission der Vereinten Nationen, aber auch NGOs nicht in das Land einreisen lässt. Dadurch sind die Beobachtungen der internationalen Organisationen vor allem auf Augenzeugenberichte und Interviews gestützt. Jährliche Berichte, sowie monatliche Updates liefert der United Nations Human Rights Council (HRC) mit seiner Beobachtermission in Syrien (COI) für die Syrische Arabische Republik. Die Berichte sind online nachzulesen unter: <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>, Zugriff am 17.09.2018. Darüber hinaus liefern einige NGO-Menschenrechtsorganisationen wie etwa Amnesty International Jahresberichte zur Lage der Menschenrechte in Syrien. Online unter: <https://www.amnesty.de/informieren/laender/syrien?f%5B%5D=countries%3A165&f%5B%5D=sections%3A52> Zugriff am 17.09.2018. Die Darstellung der Verstöße gegen das Menschenrecht beruft sich hauptsächlich auf die Dokumentation dieser beiden Organisationen.

hinaus zu einem Einsatz schwerer Waffen durch das Regime (z.B: Artillerie), sowie zum Einsatz von international geächteten Waffentechnologien (z.B: Anti-Personen-Minen, Streu- und Fassbomben, sowie der Einsatz von Giftgas wie z.B: Sarin). Auch von Seiten der bewaffneten oppositionellen Gruppierungen (z.B: Jabhat al-Nusra, Islamischer Staat³⁵⁷, aber auch Teile der Freien Syrischen Armee) konnten in den Jahren 2012-2018 schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht festgestellt werden, die ebenfalls schwerwiegende Auswirkungen auf ZivilistInnen in den umkämpften Gebieten zur Folge hatten. Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass von beiden Seiten des Konfliktes immer wieder Methoden der Kriegsführung eingesetzt wurden, die fatale Folgen für die syrische Zivilbevölkerung hatten. Die militärischen Interventionen der externen Akteure USA (2014), Russland (2015) und Türkei (2016) trugen ebenso in hohem Maße zum Leid der Zivilbevölkerung bei.

Des Weiteren musste das syrische Regime auf massive finanzielle und militärische Unterstützung von externen Akteuren zurückgreifen (v.a. Russland und Iran). Durch die militärischen Interventionen Russlands und der Türkei verlor das Regime weite Teile seiner staatlichen Souveränität an ausländische Mächte.³⁵⁸ Eine weitere Entwicklung des letzten Jahres war der zunehmend schwindende Einfluss der syrischen Opposition, hauptsächlich bewirkt durch die zahlreichen Gebietsverluste und militärischen Niederlagen gegen das durch Russland unterstützte syrische Regime. Nach dem militärischen Sieg gegen den IS und andere radikal-islamistische Gruppierungen scheint das Regime zurzeit in der Lage zu sein, den seit Jahren andauernden militärischen Konflikt endgültig für sich zu entscheiden. Auf der anderen Seite besteht auf Grund der Bevölkerungsstruktur des syrischen Staates auch in nächster Zeit durchaus die latente Gefahr, dass sich der IS neu formieren könnte, da dieser einen Großteil seiner Kämpfer aus den Reihen der unzufriedenen sunnitischen Mehrheit des Landes rekrutiert. Ebenfalls nicht geklärt bleibt bislang die Situation der kurdischen (de facto) autonomen Gebiete. Brisant ist die Lage der kurdischen Bevölkerung deshalb, weil sie auf Drängen der Türkei bislang nicht in den Friedensprozess miteinbezogen wurden, obwohl kurdische Einheiten ca. 25% des syrischen Territoriums, darunter die ölfreiche Provinz Deir ez-Zor, kontrollieren und darüber hinaus den wichtigsten militärischen Verbündeten der USA in Syrien darstellen. Sowohl militärische Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Einheiten und der Türkei wie auch zwischen YPG-Einheiten und der russisch-iranisch-

³⁵⁷Auf die Kriegsführung des Islamischen Staates, deren Brutalität ein Alleinstellungsmerkmal in einem ohnehin schon brutalen Konflikt darstellt, wurde bereits weiter oben (Kapitel 5.3.1.4.) eingegangen.

³⁵⁸ vgl. Feichtinger/Rupp, 2018. S.13.

syrischen Allianz um besetzte Gebiete können in naher Zukunft ein realistisches Szenario darstellen.³⁵⁹

Auf globaler Ebene muss bei der derzeit vorherrschenden militärischen und politischen Lage in Syrien festgestellt werden, dass die von den USA und ihren Verbündeten verfolgte Strategie eines Eingriffes in die staatliche Souveränität Syriens und der Absetzung von Bashar al-Assad gescheitert ist. Da die USA im Sommer 2013 ihrer Drohung einer direkten militärischen Intervention nicht nachkamen, nutzte Russland im Jahr 2015 die Gelegenheit, um dem verbündeten Assad-Regime zu einem entscheidenden militärischen Sieg gegen die Opposition zu verhelfen. Damit konnte Russland seine strategische Ansicht, dass, unabhängig von der Grausamkeit eines Regimes, kein Eingriffsrecht (*regime changes*) internationaler Akteure in souveräne Staaten besteht, durchsetzen. Die von zahlreichen westlichen PolitikerInnen vertretene Haltung, dass ein Regimewechsel in Syrien erfolgen müsse, war zwar auf einer moralischen und demokratiepolitischen Ebene richtig, missachtete aber die realpolitischen Gegebenheiten innerhalb des syrischen Staates. Darüber hinaus erwies sich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum syrischen Regime als verfrüht, dem Westen blieben keine Wege mehr, Einfluss auf das syrische Regime auszuüben.³⁶⁰

Während auf militärischer Ebene der Konflikt zwischen Assad-Regime und Opposition seit dem Jahr 2017 langsam zum Stillstand kam, scheint eine Lösungsfindung auf politischer Ebene nach wie vor in weiter Ferne zu liegen. Bislang scheiterten alle Versuche einer politischen Lösung des Konfliktes (v.a. Genf-Friedensprozess durch die UN) an der fehlenden Kompromissbereitschaft seitens des Regimes, aber auch auf Seiten der Opposition. Voraussetzung einer dauerhaften politischen Lösung des Konfliktes wäre die Miteinbeziehung der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit in den politischen Prozess in Syrien, die allerdings derzeit als unrealistisch betrachtet werden muss. Nach den militärischen Erfolgen der syrischen Armee und der Zurückdrängung der Opposition in die letzte verbleibende Provinz Idlib, ist die Wahrscheinlichkeit einer politischen Lösungsfindung weiter gesunken.

³⁵⁹ vgl. ebenda. S.12f.

³⁶⁰ vgl. Van Dam, 2017. S.176f.

6. Methode

Zur Beantwortung der weiter oben formulierten Forschungsfragen wurde die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring angewendet. Um zu erheben, inwiefern sich die Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen *Die Presse* und *Kronen Zeitung* über Fluchtbewegungen der 1990er Jahre und der Jahre 2014/2015/2016 unterscheidet, wurde die inhaltsanalytische *Technik der Zusammenfassung* gewählt, welche angewandt wird, um aus großen Textmengen mittels Paraphrasen, Generalisierung und abschließender Reduktion/Integration eine reduzierte Anzahl an Kategorien hervorzubringen.

Ziel dieser Analysetechnik ist, dass nach der Zusammenfassung und anschließender Kategorienbildung die erzeugte Reduktion immer noch ein Abbild des Ausgangsmaterials darstellt.³⁶¹ Grundsätzlich will sich die vorliegende Arbeit an Mayrings generellem Ablaufmodell der Inhaltsanalyse³⁶² orientieren, darüber hinaus werden allerdings auch quantitative Daten erfasst (z.B: Häufigkeiten von Kategorien, Häufigkeiten von Ressorts und journalistischen Darstellungsformen, in denen über Geflüchtete berichtet wird.)

Die zentrale Voraussetzung für eine Inhaltsanalyse ist, dass sie theoriegeleitet vorgeht, also dass die Fragestellung und das Abstraktionsniveau der Analyse theoretisch fundiert abgeleitet wurden. Diese Voraussetzung wurde innerhalb des theoretischen Teiles der Arbeit erfüllt, das Abstraktionsniveau der Analyse leitet sich direkt von theoretisch fundierten Forschungsfragen ab.

Am Anfang der Inhaltsanalyse muss die *Festlegung des Materials* erfolgen.³⁶³ Die Untersuchung lässt sich in zwei große Untersuchungszeiträume unterteilen, einerseits die Berichterstattung über geflüchtete Menschen im Zuge der postjugoslawischen Kriege der 1990er Jahre, andererseits die Berichterstattung über geflüchtete Menschen im Zuge des syrischen Bürgerkrieges ab dem Jahr 2011. Innerhalb dieser beiden Untersuchungszeiträume wurden bestimmte Untersuchungszeitpunkte definiert, die jeweils ein Jahr der Berichterstattung umfassen sollen. Als Untersuchungszeitpunkte ausgewählt wurden diejenigen Jahre im Zeitverlauf der beiden Konflikte, in welchen die größte Anzahl an Asylanträgen in Österreich festgestellt werden konnte. Die zu Grunde liegende Idee hierbei ist, dass insbesondere in Jahren mit einer hohen Anzahl an Asylanträgen geflüchtete Menschen bzw. AsylwerberInnen vermehrt durch österreichische JournalistInnen innerhalb der Berichterstattung thematisiert werden. Als Untersuchungszeitpunkte wurden jeweils die

³⁶¹ vgl. Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12.überarb. Auflage. Beltz-Verlag. Weinheim und Basel. S.67.

³⁶² vgl. Mayring, 2015, S.62.

³⁶³ vgl. ebenda.

drei Jahre mit der höchsten Anzahl an Asylanträgen in Österreich ausgewählt. Für den ersten Untersuchungszeitraum während der postjugoslawischen Kriege waren dies die Jahre 1991, 1992, und 1998³⁶⁴. Im Zuge des Syrienkrieges konnten die Jahre 2014, 2015 und 2016 als Zeiträume mit den meisten Asylanträgen innerhalb Österreichs identifiziert werden³⁶⁵. Da eine Vollerhebung aller Zeitungsartikel von insgesamt sechs Jahren den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt hätte, wurde die Schaffung „künstlicher Wochen“ (vgl. Rössler, 2017) gewählt. Ausgehend vom ersten Tag des Jahres (1.Jänner), wurde darauffolgend der nächste Tag der zweiten Kalenderwoche analysiert, anschließend der nächste Tag der dritten Kalenderwoche usw. bis schlussendlich Artikel über das gesamte Jahr verteilt untersucht wurden. Nicht in die Analyse mit einbezogen wurden Artikel, die an Sonntagen erscheinen, da ausschließlich die *Kronen Zeitung* zu den gewählten Untersuchungszeiträumen über eine kontinuierlich erscheinende Sonntagsausgabe verfügte. Zur besseren Verständlichkeit folgt hier ein exemplarischer Ausschnitt der erstellten künstlichen Woche für das Untersuchungsjahr 1991:

Tabelle 1: Beispiel für eine künstliche Woche für das Untersuchungsjahr 1991 (nach Rössler, 2017)

Kalenderwoche (1991)	MO	DI	MI	DO	FR	SA
1		01.01.1991				
2			09.01.1991			
3				17.01.1991		
4					25.01.1991	
5						02.02.1991
6	04.02.1991					
7		12.02.1991				
8			20.02.1991			
9				28.02.1991		
10					08.03.1991	

³⁶⁴ Innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes (postjugoslawische Kriege von 1991-1998) ist das Jahr 1991 das Jahr mit den meisten Asylanträgen in Österreich (27.306), gefolgt von den Jahren 1992 (16.238), 1998 (13.805). vgl. Statistik Austria: Asylanträge in Österreich von 1946-2016, online unter:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html, Zugriff am 03.01.2019. vgl. auch Demokratiezentrum: Asylwerber nach Herkunftsstaat (1961-1999), online unter: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/macondo_tabellen.pdf, Zugriff am 04.01.2019.

³⁶⁵ Die mit Abstand meisten Asylanträge in Österreich erfolgten innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes (Syrienkrieg 2011-heute) im Jahr 2015 (88.340), gefolgt von den Jahren 2016 (42.285), 2014 (28.064). vgl. Bundesministerium für Inneres (BMI): Asylstatistik 2017. Jährliche Entwicklung der Asylanträge 2002 bis 2017. Online unter: https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl-Jahresstatistik_2017.pdf, Zugriff am 04.01.2019.

An den hierbei entstandenen Untersuchungstagen wurde die Berichterstattung der Tageszeitungen *Die Presse* und der *Kronen Zeitung* erhoben. Kriterium für die inhaltsanalytische Erhebung einer bestimmten Textstelle war das Vorkommen der Worte „Flüchtling“ bzw. „AsylwerberIn“ bzw. „AsylantIn“ bzw. „Asyl“ innerhalb eines Textes des spezifischen Untersuchungstages (auch Mehrfachnennungen innerhalb eines Artikels wurden erhoben). Ziel dieser Vorgehensweise war einerseits die Erhebung der Berichterstattung über Rahmenthemen, in denen es um geflüchtete Menschen als Gruppe ging (ökonomisch, politisch, sozial, kulturell, politisch), andererseits sollte ebenfalls die eventuelle Miteinbeziehung von Geflüchteten als Einzelpersonen innerhalb der Berichterstattung der Tageszeitungen berücksichtigt werden.

Untersucht wurden Berichte und Artikel, die innerhalb der Ressorts Innenpolitik, Außenpolitik, Chronik oder Wirtschaft erschienen sind. Nicht erhoben wurden die Darstellungsformen Leserbriefe und Gastkommentare, da diese keinen Rückschluss auf die Berichterstattung der jeweils untersuchten Tageszeitung zulassen.

Durch diese methodische Vorgehensweise konnten an den Untersuchungstagen der „künstlichen Wochen“ nach Rössler (2017) insgesamt 1399 Artikel der Tageszeitungen *Kronen Zeitung* und *Die Presse* in den Jahren 1991, 1992, 1998, 2014, 2015 und 2016 erhoben werden. Um einen ersten Überblick zu erhalten, wurden zunächst alle 1399 erhobenen Artikel einer quantitativen Analyse unterzogen, wobei die Variablen *Medium*, *Darstellungsform*, *Ressort* und *Nennung der Herkunft der Geflüchteten* hinsichtlich der Häufigkeit ihres Vorkommens untersucht wurden. Für eine tiefer gehende qualitative Untersuchung nach Mayring wurden diejenigen Artikel herangezogen, die unter die journalistische Form der „Meinungsdarstellungsform“ (Kommentare, Glossen, Leitartikel, Kolumnen) nach Siegfried Weischenberg (2001)³⁶⁶ fallen. Ziel dieser Vorgehensweise war es, eine Erhebung der journalistischen Diskurse zu erreichen und diese in einem zeitlichen Verlauf darstellen zu können. Tabelle 2 zeigt einen Überblick über die Anzahl der untersuchten Artikel nach den unterschiedlichen Untersuchungsjahren:

³⁶⁶ vgl. Weischenberg, Siegfried (2001): *Nachrichtenjournalismus. Anleitungen und Qualitätsstandards für die Medienpraxis*. Springer Verlag, Wiesbaden. S.49-67. Zitiert nach Meier, Klaus (2011): *Journalistik*. UTB-Verlag, Wien.Köln.Weimar.

Tabelle 2: Anzahl der erhobenen Artikel nach Untersuchungsjahren

Untersuchungsjahr	Gesamtanzahl der Artikel (Alle Darstellungsformen) – quantitative Untersuchung	Nur Meinungsdarstellungsformen - qualitative Untersuchung
1991	132	14
1992	170	18
1998	84	4
2014	121	17
2015	401	65
2016	490	61
Gesamt	1399	179

Die quantitative Analyse der Artikel erfolgt mittels SPSS, die qualitative Analyse und die Kategorienfindung erfolgt hingegen ohne Unterstützung eines Datenprogrammes. Die Auswahl bzw. die Sichtung des Untersuchungsmaterials erfolgte zum größten Teil über den Dienst „APA-Onlinemanager“, durch den der überwiegende Teil der Artikel digital bezogen werden konnte.³⁶⁷

In einem weiteren Schritt muss bei der qualitativen Inhaltsanalyse die *Entstehungssituation* und der Kontext der Entstehung zu berücksichtigt werden.³⁶⁸ Die Geschichte und die Blattlinien der Tageszeitungen *Die Presse* und der *Kronen Zeitung* werden daher weiter unten im Zuge dieses Kapitels thematisiert.

Eine der größten Stärken der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ist die durch die Analyse bedingte Entstehung bestimmter Kategorien, die nicht bereits vor, sondern eben erst nach und während der Inhaltsanalyse gefunden werden. Besonders hilfreich ist dies, wenn das Hauptziel -wie bei dieser Arbeit- darin besteht, unterschiedliche Untersuchungszeiträume bzw. unterschiedliche mediale Inhalte miteinander zu vergleichen. Somit wurde es durch die Methode möglich, journalistische Texte, in denen geflüchtete Menschen thematisiert wurden, miteinander zu vergleichen. So konnte die Berichterstattung der einzelnen Medien im Zeitverlauf analysiert werden (z.B: Berichterstattung der *Presse* in den 1990er Jahren im Vergleich mit der Berichterstattung der *Presse* der 2010er Jahre). Es wurde dadurch ebenfalls möglich, die Unterschiede zwischen Qualitätszeitung und Boulevardzeitung (z.B: *Presse* 1990 vs. *Kronen Zeitung* 1990 oder Vergleich der Berichterstattung beider Tageszeitungen im

³⁶⁷ Die Stichwortsuche innerhalb des APA-Onlinemanagers erfolgte für alle untersuchten Medien und Zeiträume mit den Begriffen „Flüchtling“ ODER „Asylwerber“ ODER „Asylant“ ODER „Asyl“. Die Jahrgänge 1991 der *Presse* und die Jahrgänge 1991 und 1992 der *Kronen Zeitung* waren nicht im Rahmen des APA-Onlinemanagers verfügbar und wurden vor Ort im Zeitschriftensaal der Universitätsbibliothek digitalisiert.

³⁶⁸ vgl. Mayring, 2015. S.62.

Zeitraum der 2010er Jahre) zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu erheben und miteinander in Beziehung zu setzen. Somit ließen sich einerseits eventuelle Unterschiede zwischen Boulevard- und Qualitätsberichterstattung in unterschiedlichen Zeiträumen feststellen, andererseits wurde ein Ausschnitt des österreichischen medialen Diskurses erhoben und miteinander in Beziehung gesetzt.

Auch wenn sich der Ansatz der qualitativen Inhaltsanalyse für die Bearbeitung von Textstellen und damit für die in dieser Arbeit generierten Forschungsfragen als Erhebungsmethode eignet, müssen an dieser Stelle auch die Grenzen der Methode vorgestellt werden. Im Vergleich zu quantitativen Erhebungsmethoden der Sozialwissenschaften sind klassische Gütekriterien wissenschaftlicher Forschung nur teilweise erfüllt. Reliabilität kann im Zuge dieser Methode meist nur durch Messwiederholungen gewährleistet werden, indem etwa der/die ForscherIn selbst, oder ein anderer/andere ForscherIn die Genese der Kategorien nochmals durchführt. Eine exakte Wiederholung ist allerdings bei einer qualitativen Inhaltsanalyse problematisch, weil auch die systematische, bestimmten Regeln folgende Auswahl bestimmter Textstellen immer ein gewisses Maß an Subjektivität des/der Forschenden impliziert. Die Prüfung der Reliabilität durch die Anwendung eines äquivalenten Verfahrens ist ebenso schwierig, da kaum andere Methoden Textstellen zu bestimmten Themen interpretieren und erheben können.³⁶⁹ Ebenso ist das Kriterium der Validität nur teilweise erfüllt, da zu einer Generierung eines Kategoriensystems Kontextwissen benötigt wird. Ohne Kenntnis des spezifischen Forschungsstandes und maßgeblicher Theorien lässt sich kaum eine Inhaltsanalyse durchführen. Dies führt allerdings dazu, dass das vorhandene Wissen die Analyseinstrumente beeinflusst. Reliabilität und Validität von qualitativen Inhaltsanalysen ergeben sich somit meist erst durch die nachfolgende quantitative Prüfung durch andere WissenschaftlerInnen.

Bevor näher auf die Geschichte des Untersuchungsmaterials (*Die Presse* und *Kronen Zeitung*) eingegangen wird, soll an dieser Stelle ein Ausschnitt aus dem Codebogen angeführt werden, um die Herangehensweise bei der qualitativen Untersuchung nachvollziehen zu können. Der gesamte Codebogen, der die Kategorienfindung (Zitate – Paraphrasen – Generalisierungen) beinhaltet, ist im Anhang der vorliegenden Arbeit enthalten.

³⁶⁹ vgl. Mayring, 2015. S.124.

Tabelle 3: Ausschnitt aus dem Codebogen

Medium	Artikelname/ Datum	Ressort	Herkunft	Zitat(e)	Paraphrase	Generalisierung
1	Gnam, Peter: „Vom Übereifer der Nestbeschmutzer/ Leere ÖVP- Kassa“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.1991, S.2.	2	Albanien, Europa	„Daß eben erst vor der Küste Italiens Kriegsschiffe ausgelaufen sind, um albanische Flüchtlingsboote zu stoppen und zu vertreiben, das haben „Amnesty“ samt deren publizistischen Helfershelfern im Übereifer des Nestbeschmutzens vermutlich vergessen.“	Italienische Kriegsschiffe halten Boote mit albanischen Geflüchteten auf, Amnesty International berichtet darüber nicht.	K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeermiss ionen
1	Trost, Ernst: „Endlich!!!“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1991, S.3.	2	Irak, Naher Osten	„Die Rückführung von Millionen Flüchtlingen in eine Sicherheitszone kann Tage und Wochen dauern, und bis dahin wird es noch viele Opfer geben.“ „Durch Kampfflieger gedeckte Hubschraubergesch wader werden wohl die ersten Vorauskommandos landen, die die neuen Flüchtlingslager anlegen sollen.“	Das Zurückbringen von Geflüchteten in Sicherheitszon en ist langwierig und es besteht die Gefahr das dabei noch mehr Menschen zu Schaden kommen. Mit Hilfe von militärischem Schutz werden die ersten Lager für geflüchtete Menschen errichtet.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
1	Trost, Ernst: „Ordnung im Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 20.04.1991, S.3.	2	Irak, Naher Osten	„Werden ähnliche permanente Flüchtlingslager unter UNO- Verwaltung entstehen wie für die Palästinenser? Das würden nur Brutstätten neuer Unruhe und Unzufriedenheit sein.“	Permanente Lager für Geflüchtete wie für Palästinenser würden Unzufriedenhe it von geflüchteten steigern.	K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen

6.1. Geschichte und ökonomische Struktur der Tageszeitung *Die Presse*

Der Vorläufer der heutigen österreichischen Tageszeitung *Die Presse* wurde im Zuge der bürgerlichen Revolution des Jahres 1848 durch den Unternehmer August Zang gegründet.³⁷⁰ Nachdem es zu Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Redaktion des „bürgerlich-liberal“

³⁷⁰ vgl. Seethaler, Josef (2005): Österreichische Tageszeitungen - über 100 Jahre alt. Online unter: https://web.archive.org/web/20070127214249/http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht%20Nr%202_v%202.pdf, Zugriff am 19.05.2019. S.1-6.

ausgerichteten Blattes und dem Besitzer August Zang kam, erfolgte die Neugründung einer Konkurrenz-Tageszeitung unter dem Namen „*Neue Freie Presse*“ im Jahr 1864 durch die Chefredakteure Michael Etienne und Max Friedländer. *Die Presse* und die *Neue Freie Presse* koexistierten bis 1896, schlussendlich setzte sich die ökonomisch erfolgreichere *Neue Freie Presse* durch, der Konkurrent *Die Presse* wurde 1896 eingestellt.³⁷¹ Nachdem die *Neue Freie Presse* im Jahr 1934 bereits durch den austrofaschistischen Ständestaat zu einer Regierungszeitung umfunktioniert wurde, kam es im Zuge des Anschlusses zu einer Entlassung der gesamten Redaktion durch die Nationalsozialisten sowie zur Gleichschaltung der Tageszeitung.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges kam es zur Neugründung der Tageszeitung unter dem vollen Namen „*Die Presse - gegründet 1848 - vormals Neue Freie Presse*“ im Jahr 1946, wobei die Zeitung bis 1948 aufgrund des in Österreich herrschenden Papiermangels nur wöchentlich erscheinen konnte.³⁷² 1965 übernahm die österreichische Wirtschaftskammer 80% des Verlages der *Presse*.

Seit Dezember 1991 gehört die Tageszeitung zu dem bürgerlich-kirchlichem Medienunternehmen *Styria Media Group*, zu dem auch zahlreiche weitere österreichische Medienerzeugnisse zählen (zB: *Kleine Zeitung*, *Die Furche*, vormals *Wirtschaftsblatt*, diverse Magazine wie zB: *WIENER*, *miss*, etc.). Die *Styria Media Group* ist im Besitz eines katholischen Medienunternehmens und einer katholischen Privatstiftung.³⁷³ Auf dem österreichischen Zeitungsmarkt positioniert sich die *Presse* im Segment der Qualitätszeitungen in direkter Konkurrenz zu *Der Standard*, bislang ist es der *Presse* allerdings nicht gelungen den Konkurrenten bezüglich der Reichweite zu übertreffen.³⁷⁴ Seit dem Jahr 2009 veröffentlicht die *Presse* eine Sonntagsausgabe unter dem Namen *Die Presse am Sonntag*. Seit dem Jahr 2012 ist Rainer Nowak Chefredakteur der *Presse*, der ebenfalls Herausgeber und Geschäftsführer ist. Laut Blattlinie will das Medium dem Leser/der Leserin „bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau“³⁷⁵ bereitstellen. Zum einen wurde die Tageszeitung *Die Presse* als zu untersuchendes Medium ausgewählt, da sie als

³⁷¹ vgl. Fidler, Harald (2019): Das Medienlexikon. Medien A-Z. Online unter: <https://diemedien.at/das-medienlexikon-einstiegsseite/?v=fa868488740a>, Zugriff am 19.05.2019.

³⁷² vgl. Seethaler, 2005, S.4

³⁷³ vgl. Fidler, 2019.

³⁷⁴ vgl. Media Analyse 2018, In: <https://www.media-analyse.at/admin/pages/htmlTemplateTable.php?xyCat=402819,402820,402821,402822,402823,402824,402825,402909,402910,402913,402928,402955>, Zugriff am 19.05.2019. *Die Presse* erreichte im Jahr 2018 eine Gesamtreichweite von 4,6% während der *Standard* bei 7,8% lag.

³⁷⁵ Impressum der Tageszeitung *Die Presse* bzw. Die *Presse* online, In: <https://diepresse.com/unternehmen/sales/online/532662/Offenlegung-fuer-Die-Presse-Digital>, Zugriff am 19.05.2019.

Qualitätszeitung betrachtet werden kann und somit Aussagen über die Berichterstattung von Qualitätsmedien über Geflüchtete möglich werden. Zum anderen konnte bereits in früheren Untersuchungen der *Presse* festgestellt werden, dass sich die Zeitung in Zeiten der ersten Schwarz-Blauen Koalition (ab 2000) bereits an „rechten“ politischen Haltungen orientierte³⁷⁶ und als eine der wenigen österreichischen Medien die Gesetzgebung der ÖVP-FPÖ Koalition gegenüber KritikerInnen verteidigte. Es erscheint nun von Interesse zu erheben, ob die *Presse* innerhalb des Zeitraumes der 1990er Jahre und der 2010er Jahre sich ebenfalls auf rechte politische Haltungen stützte, oder ob der „bürgerlich-liberale“ Aspekt der selbst formulierten Blattlinie bei den Themen Flucht und Asyl deutlicher in Erscheinung tritt.

6.2. Geschichte und ökonomische Struktur der Tageszeitung *Kronen Zeitung*

Die *Kronen Zeitung* wurde im Jahr 1900 durch den ehemaligen Offizier Gustav Davis gegründet. Der Name der Zeitung ist von dem damaligen monatlichen Preis für ein Abonnement abgeleitet, welcher eine österreichische Krone betrug. Die zahlreichen, die Berichterstattung umrahmenden „Illustrationen“, gepaart mit dem günstigen Bezugspreis, stellten zur damaligen Zeit ein Novum auf dem österreichischen Pressemarkt dar, bereits nach kurzer Zeit konnte die *Kronen Zeitung* zur erfolgreichsten Tageszeitung der österreichischen Monarchie aufsteigen. Die *Kronen Zeitung* existierte in ihrer damaligen Form bis zum Jahr 1938, im Zuge des Anschlusses Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland kam es zur Umwandlung der Krone in die „Kleine Kriegszeitung“, die bis 1944 Propaganda im Sinne des NS-Regimes publizierte.³⁷⁷ Nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte am 11. April 1959 die Neugründung der *Kronen Zeitung* durch den ehemaligen Kurier Mitarbeiter Hans Dichand gemeinsam mit seinem damaligen Geschäftspartner Kurt Falk.³⁷⁸ Die ersten Schritte hin zu einer Dominanz des österreichischen Zeitungsmarktes begannen in den 1970er Jahren mit der Gründung zahlreicher regionaler Ausgaben. Auch der damals einzigartige Sonntagsverkauf, das kleine Format, die Bindung der Abonnenten durch Gewinnspiele/Geschenke/Vergünstigungen sowie der Hang zu populistischer Berichterstattung können als Faktoren des Erfolges der *Kronen Zeitung* betrachtet werden.³⁷⁹ Lange Zeit über hatte die *Kronen Zeitung* innerhalb Österreichs Reichweiten von bis zu 50%,

³⁷⁶ vgl. Krzyzanowski, Michael/Wodak, Ruth (2009): *The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria*. Transaction Publishers. New Jersey. S.259.

³⁷⁷ vgl. Fidler, Harald (2008): *Österreichs Medienwelt von A-Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“*. Falter-Verlag. Wien. S.231f. vgl. auch „Die Geschichte der Krone“, Online unter: <https://www.krone.at/263526>, Zugriff am 24.05.2019.

³⁷⁸ vgl. Seethaler, 2005. S.3.

³⁷⁹ vgl. Fidler, 2008. S.212ff.

trotz eines Einbruchs seit Mitte der 2000er Jahre ist sie immer noch unumstritten die reichweitenstärkste Tageszeitung auf dem österreichischen Pressemarkt.³⁸⁰ Nachdem es zu Streitigkeiten zwischen Hans Dichand und Kurt Falk kam, übernahm der deutsche Verlag der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) bzw. heute Funke-Gruppe Anteile an der Kronen Zeitung. Nach Bestreben der WAZ-Gruppe kam es zur Zusammenlegung der Verlage von Kurier und Kronen Zeitung innerhalb des geschaffenen *Mediaprint-Verlages*. Diese Zusammenlegung führte zu einem österreichweiten Konzentrationsprozess auf dem Zeitungsmarkt, der „demokratiepolitisch nicht unbedenklich ist.“³⁸¹

Heutzutage befindet sich die Kronen Zeitung zu 50% in Besitz von Hans Dichand (bzw. seinen Erben Helga, Johanna, Michael und Christoph Dichand), die anderen 50% gehören der Essener Mediengruppe „Funke“, einem der größten deutschen Regionalzeitungsverlage. Seit dem Jahr 2003 kommt es regelmäßig zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Dichands und der deutschen Mediengruppe, Hauptstreitpunkt ist die vertraglich vereinbarte „Gewinngarantie“ der Kronen Zeitung, die unabhängig von der ökonomischen Leistung der Kronen Zeitung monatlich von der Funke-Gruppe ausbezahlt werden muss. Bislang konnte keines der zahlreich bemühten Schiedsgerichte den Streit beilegen. Im November 2018 gab die Funke-Gruppe bekannt, dass sie 49% ihrer Anteile an *Kronen Zeitung* und *Kurier* an den Immobilienmilliardär René Benko verkauft, dem ein Naheverhältnis zu Bundeskanzler Sebastian Kurz nachgesagt wird.³⁸²

Immer wieder ist die Berichterstattung der Kronen Zeitung durch rassistische, chauvinistische und manchmal ebenfalls antisemitische Untertöne geprägt. Während die offene Thematisierung häufig ausbleibt, kam es im Zuge der Berichterstattung immer wieder zu „Untertönen“, die von der Leserschaft auch eindeutig eingeordnet werden können. Treffend beschreibt dies der österreichische Schriftsteller Franzobel:

„Die Krone ist keineswegs eine nationalistische, rassistische, antisemitische Hetzschrift, vielmehr ist es ein populistisches Revolverblatt mit eben diesen Untertönen.“³⁸³

Ebenfalls nachgewiesen werden konnten antisemitische Untertöne der *Krone* Kolumnisten Richard Nimmerrichter und Wolf Martin, die beide des Öfteren die „Stilmittel“ des

³⁸⁰ Die derzeitige Reichweite der Kronen Zeitung liegt bei 27,2%, Konkurrenz erhielt die Krone insbesondere durch die Gratiszeitung *Heute* und die konkurrierende Boulevardzeitung *Österreich*. vgl. Media Analyse 2018, Online unter: <https://www.media-analyse.at/admin/pages/htmlTemplateTable.php?xyCat=402819,402820,402821,402822,402823,402824,402825,402909,402910,402913,402928,402955>, Zugriff am 21.05.2019.

³⁸¹ Seethaler, 2005. S.3.

³⁸² vgl. Fidler, 2019.

³⁸³ Fidler, 2008. S.218.

„sekundären Antisemitismus“ in ihren Texten verwendeten.³⁸⁴ Darüber hinaus ist die *Kronen Zeitung* für ihren von Hans Dichand initiierten Kampagnenjournalismus bekannt, dem nicht selten auch von PolitikerInnen großer Einfluss auf die öffentliche Meinung nachgesagt wird. So kam es im Laufe der Zeit dazu, dass sich die Krone gegen Bauprojekte (zB: Museumsquartier, Ausbau des Wien Museums), gegen das Kraftwerksprojekt in den Hainburger Donau Auen, gegen Atomkraft, oder gegen die Europäische Union aussprach. Das bekannteste Beispiel für den Einfluss der Kronen Zeitung auf die österreichische Innenpolitik stellt der politische Schwenk Werner Faymanns auf eine EU-kritische Haltung der SPÖ dar, die mit der Haltung Hans Dichands kompatibel war.³⁸⁵

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sind nun mehrere Ebenen der Analyse der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* relevant: Zum einen soll erhoben werden, ob eine Boulevard-spezifische Berichterstattung über geflüchtete Menschen am Beispiel der Kronen Zeitung nachgewiesen werden kann. Zum anderen erscheint die Frage dringend, ob es im Zuge der Berichterstattung der Kronen Zeitung über geflüchtete Menschen zu fremdenfeindlichen bzw. rassistischen Untertönen kommt, wie dies bereits für die Vergangenheit nachgewiesen werden konnte.

³⁸⁴ vgl. ebenda. S.219.

³⁸⁵ vgl. ebenda. S.221.

7. Ergebnisse

Bevor es zu der Interpretation der Ergebnisse und der Beantwortung der Forschungsfragen kommt, werden zunächst die quantitativen Ergebnisse der Inhaltsanalyse vorgestellt.

7.1. Ergebnisse der quantitativen Erhebung

In einem ersten Schritt der Analyse der Berichterstattung über geflüchtete Menschen, einem Vergleich der 1990er und 2010er Jahre, sowie der Medien *Die Presse* und *Kronen Zeitung* wurde eine Gesamtanzahl von 1399 Artikeln an den Untersuchungstagen der „künstlichen Wochen“ erhoben. Insgesamt wurden 901 Artikel der Tageszeitung *Die Presse* und 498 Artikel der *Kronen Zeitung* quantitativ analysiert. Bei einem Vergleich der Häufigkeiten der Artikel nach Untersuchungsjahren wird ein deutlicher Anstieg der Berichterstattung in den Jahren 2015 und 2016 deutlich, während 1998 am wenigsten über geflüchtete Menschen berichtet wurde:

Tabelle 4: Anzahl der Artikel in *Presse* und *Kronen Zeitung* nach Untersuchungsjahren

	<i>Kronen Zeitung</i>	<i>Die Presse</i>	Gesamt
1991	36	96	132
1992	45	125	170
1998	16	68	84
2014	54	67	121
2015	162	240	402
2016	185	305	490
Gesamt	498	901	1399

Alle erhobenen Artikel wurden auf die vorab formulierten Variablen „Herkunftsregion“, „Darstellungsform“ und „Ressort“ untersucht. Durch einen Kreuztabellen-Vergleich konnten teilweise signifikante Unterschiede in der Berichterstattung in den unterschiedlichen Zeiträumen (1990er- und 2010er-Jahre) gefunden werden. Da es sich bei diesen Variablen durchwegs um Nominaldaten handelt, wurden Kreuztabellen erstellt, die mittels Chi-Quadrat auf signifikante Zusammenhänge der Untersuchungszeiträume mit den Variablen „Herkunftsregion“, „Darstellungsform“ und „Ressort“ überprüft wurden. Als Signifikanzniveau wurde 5% angenommen. Chi-Quadrat-Werte, deren Wahrscheinlichkeit unter 5% lag ($p < 0.05$), wurden als signifikant interpretiert. Für jede Zelle der Kreuztabelle wurden die beobachteten Häufigkeiten, die erwarteten Häufigkeiten sowie die standardisierten

Residuen angegeben. Lagen diese unter -1.96 bzw. über 1.96, so wurden sie als bedeutsame Abweichungen interpretiert. Diese ersten Erkenntnisse der Auswertung dienten als Ausgangspunkt für eine spätere und tiefer gehende qualitative Analyse, in der versucht wurde, die quantitativ ermittelten Trends und Tendenzen qualitativ herzuleiten und näher zu beschreiben.

7.1.1. Darstellungsform der Artikel

Für die weiterführenden Analysen war vor allem die Betrachtung der Variable „Darstellungsform“ relevant, da nur jene Artikel qualitativ analysiert wurden, die unter die Darstellungsform „Meinung“ (Kommentare, Leitartikel, Kolumnen etc.) fielen. Wie in Tabelle 5 zu sehen, wurden insgesamt 180 Artikel als Meinungsdarstellungsformen identifiziert und qualitativ untersucht (siehe Ergebnisse weiter unten). Eindeutig dominierten die Nachrichtendarstellungsformen (Nachricht, Bericht) die Berichterstattung beider Tageszeitungen (846), gefolgt von Agenturmeldungen (318). Am wenigsten wurde die Darstellungsform des Interviews³⁸⁶ von JournalistInnen gewählt, um über geflüchtete Menschen zu berichten.

Tabelle 5: Anzahl der verschiedenen Darstellungsformen nach Untersuchungsjahren

	Nachrichten	Meinung	Agentur	Interview	Gesamt
1991	75	14	39	4	132
1992	88	18	64	0	170
1998	53	4	25	2	84
2014	75	17	25	4	121
2015	254	66	65	17	402
2016	301	61	100	28	490
Gesamt	846	180	318	55	1399

Bei einer Gegenüberstellung der Untersuchungszeiträume (1990er und 2010er Jahre) und der Variable „Darstellungsform“ (siehe Tabelle 6) fällt auf, dass die Berichterstattung beider untersuchten Tageszeitungen innerhalb der Dekade der 1990er - Jahre tendenziell mehr auf

³⁸⁶ Die Darstellungsform des Interviews wird in den gängigen Klassifikationen (zB: Weischenberg, 2001) zu den Nachrichtendarstellungsformen gezählt, im Zuge dieser Arbeit wurden Interviews dennoch getrennt als eigene Ausprägung erhoben, um die darin enthaltenen Aussagen über geflüchteten Menschen von jenen der JournalistInnen trennen zu können.

Agenturmeldungen und weniger auf Nachrichtendarstellungsformen setzte (vgl. Tabelle 6 der standardisierten Residuen 4,3). Im Zeitraum der 2010er-Jahre (2014-2016) lassen sich hingegen tendenziell mehr Meinungsdarstellungsformen und Interviews identifizieren. Dies könnte als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Thematisierung von Geflüchteten im Zeitraum der 1990er Jahre noch nicht den Stellenwert hatte, der ihr dann im Zuge der Intensivierung der Berichterstattung über geflüchtete Menschen im Laufe der 2010er Jahre eingeräumt wurde. Während die Berichterstattung über Geflüchtete zunächst vermehrt im Rahmen von Agenturmeldungen stattfand, ist im Zeitraum der 2010er Jahre eine Tendenz weg von der Verwendung von Agenturmeldungen (-2,7) und ein leichter Anstieg der Meinungsdarstellungsformen (+1,2) zu beobachten.

Tabelle 6: Vergleich der Häufigkeiten der Darstellungsformen nach Untersuchungszeitraum

	Nachrichten	Meinung	Agentur	Interview	Gesamt
1991-1998 Anzahl	216	36	128	6	386
Erwartete Anzahl	233,4	49,7	87,7	15,2	386,0
Standardisierte Residuen	-1,1	-1,9	4,3	-2,4	
2014-2016 Anzahl	630	144	190	49	1013
Erwartete Anzahl	612,6	130,3	230,3	39,8	1013,0
Standardisierte Residuen	,7	1,2	-2,7	1,5	

7.1.2. In welchen Ressorts fand die Berichterstattung über Geflüchtete statt?

Ebenfalls interessant erscheint der Vergleich der Untersuchungszeiträume und der Ressorts, in denen JournalistInnen über Geflüchtete berichteten. Während in den 1990er Jahren das Thema tendenziell im Zuge des Ressorts „Außenpolitik“ (standardisierte Residuen; +5) aufgegriffen wurde, scheint sich das Thema ca. zwanzig Jahre später in den 2010er Jahren vermehrt zu einem Thema der „Innenpolitik“ (standardisierte Residuen: +2,7) und der „Wirtschaft“ (standardisierte Residuen: +2,1) gewandelt zu haben, wie in Tabelle 7 ersichtlich wird.

Tabelle 7: Vergleich der Häufigkeiten der Ressorts nach Untersuchungszeiträumen

	Innenpolitik	Außenpolitik	Wirtschaft	Chronik	Gesamt
1991-1998 Anzahl	57	237	1	91	386
Erwartete Anzahl	101,3	171,9	13,2	99,6	386,0
Standardisierte Residuen	-4,4	5,0	-3,4	-,9	
2014-2016 Anzahl	310	386	47	270	1013
Erwartete Anzahl	265,7	451,1	34,8	261,4	1013,0
Standardisierte Residuen	2,7	-3,1	2,1	,5	

Während Geflüchtete in den 1990er Jahren von „weiter weg“ betrachtet wurden und augenscheinlich kein unmittelbar relevantes innenpolitisches Thema für Österreich darstellten (trotz der geographischen Nähe der postjugoslawischen Kriege), wandelte sich diese Interpretation der JournalistInnen im Zuge des zweiten Untersuchungszeitraumes. Innerhalb der Jahre 2014, 2015 und 2016 wurden Geflüchtete durch JournalistInnen als innenpolitisches bzw. als wirtschaftliches Phänomen wahrgenommen. Die Frage mit welchen Rahmenthemen und Bewertungen bzw. Interpretationen über geflüchtete Menschen innenpolitisch und ökonomisch durch JournalistInnen der *Presse* und der *Kronen Zeitung* berichtet wurde, kann durch die qualitative Interpretation der Ergebnisse beantwortet werden, die weiter unten erfolgt.

7.1.3. Thematisierung der „Herkunft“ von Geflüchteten

Wie Tabelle 8 zeigt, dominierte während des ersten Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre die Nennung „Jugoslawien“ mit 164 Nennungen. Mit 214 Nennungen wurde die Herkunftsregion des „Nahen Ostens“³⁸⁷ innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes am häufigsten thematisiert. Die militärischen Konflikte (postjugoslawische Kriege und Syrienkrieg) und die aus ihnen resultierenden Fluchtbewegungen scheinen also nach Meinung der JournalistInnen in direkten Zusammenhang zu stehen und werden somit innerhalb der gesamten Berichterstattung über Geflüchtete am häufigsten thematisiert. Nicht außer Acht bleiben darf allerdings die Tatsache, dass in den meisten Fällen der untersuchten Artikel die Nennung einer Herkunft ausblieb, wenn über die Herkunft von Geflüchteten berichtet wurde, dann meist im Zuge der großen militärischen Konflikte der postjugoslawischen Kriege bzw. des Syrienkrieges:

³⁸⁷ Mit dem problematischen Begriff „Naher Osten“ ist hier neutral eine Region gemeint, die sich aus den Staatsgebieten folgender Staaten zusammensetzt: Türkei, Syrien, Libanon, Irak, Iran, Ägypten, Jordanien, Kuwait, Jemen, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Katar, und Oman.

Tabelle 8: Nennungen von Herkunftsregionen

	1991-1998	2014-2016	Gesamt
Naher Osten	47	167	214
(ehemaliges) Jugoslawien	151	13	164
Asien	32	80	112
Afrika	12	37	49
Europa	13	3	16
Südamerika/Karibik	6	0	6
Nordamerika	0	1	1
keine Nennung	120	661	781
mehrere Nennungen	5	51	56
Gesamt	386	1013	1399

Bei einem Vergleich der Berichterstattung über die Herkunft von Geflüchteten nach Untersuchungszeiträumen (1990er und 2010er Jahre), wie in Tabelle 9 zu erkennen, fällt auf, dass es im Zeitraum der 1990er Jahre deutlich häufiger überhaupt zu einer Nennung der Herkunft kam (standardisierte Residuen: +7,3), während im Zuge des Zeitraumes der 2010er Jahren die Herkunft seltener genannt wurde (standardisierte Residuen: -4,5). Dies kann als Indiz einer „Objektivierung“ von Geflüchteten interpretiert werden, Asylsuchende kommen zwar nicht als Subjekte innerhalb der Berichterstattung selbst zu Wort, wie frühere Forschungsarbeiten³⁸⁸ bereits festgestellt haben, erhalten in den 1990er Jahren aber dennoch zumindest eine Zuschreibung der Herkunft, die in der heutigen Zeit für JournalistInnen immer weniger erwähnenswert scheint.

Tabelle 9: Häufigkeit der Herkunftsnennung

	Herkunft nicht benannt	Herkunft benannt	Gesamt
1991-1998 Anzahl	120	266	386
Erwartete Anzahl	215,5	170,5	386,0
Standardisierte Residuen	-6,5	7,3	
2014-2016 Anzahl	661	352	1013
Erwartete Anzahl	565,5	447,5	1013,0
Standardisierte Residuen	4,0	-4,5	

³⁸⁸ vgl. zB: Haller, 2017, Hömberg/Schlemmer, 1995.

7.2. Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse

Im Zuge dieses Unterkapitels kommt es zur Vorstellung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse³⁸⁹. Zuerst werden die Ergebnisse für die beiden Untersuchungszeiträume (1990er- und 2010er-Jahre) separat vorgestellt, bevor diese miteinander verglichen werden, um somit die forschungsleitende Fragestellung beantworten zu können. Darüber hinaus kommt es im Zuge dieses Kapitels zu einer Beantwortung der abgeleiteten Forschungsfragestellungen, der Diskussion der gesammelten Ergebnisse wie einem Fazit und Ausblick als Schlusspunkt der vorliegenden Arbeit.

7.2.1. Ergebnisse der *Presse* und *Kronen Zeitung* für den Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre

Die meisten Textstellen der Untersuchungsjahre 1991, 1992 und 1998 (insgesamt 29 von 93 Textstellen) konnten der Kategorie K1: „*Verwendung von Metaphern, Stereotypen oder abwertender Sprache gegenüber Geflüchteten*“ zugeordnet werden, die „*Verwendung abwertender Metaphern gegenüber Geflüchteten Menschen*“ (K1.2.) ist mit 16 Textstellen die häufigste Ausprägung dieser Kategorie. Die Ausprägung K1.2. ist im Zeitraum der 1990er Jahre insbesondere durch die Verwendung der Bezeichnung „Asylant“ geprägt, während andere negativ konnotierte Metaphern wie die „Flüchtlingswelle“, die „Flut des Elends“ oder die „Völkerwanderung“ deutlich seltener durch JournalistInnen verwendet wurden.³⁹⁰

„Ausländer, Zuwanderer, Einwanderer, Asylanten: Dieses Thema birgt Sprengstoff ungeahnten Ausmaßes.“³⁹¹

Klar ersichtlich ist, dass die Bezeichnung von Geflüchteten als „Asylanten“, bewusst oder unbewusst verwendet, immer in einem negativen Kontext der Berichterstattung verwendet wird:

„Ein Flüchtlings- und Asylantenstrom, wie man ihn in neuerer Zeit nie zuvor erlebt hat, erschüttert das Gefüge einer noch so halbwegs freien und bisher als heil erachteten Welt.“³⁹²

³⁸⁹ Alle Textstellen, die Ausprägungen von Kategorien zugeordnet werden konnten befinden sich im Codebogen innerhalb des Anhangs der vorliegenden Arbeit. Darüber hinaus ist im Anhang eine Tabelle zu finden, die Auskunft über die Häufigkeiten der qualitativen Kategorien geordnet nach Untersuchungsjahren (1991, 1992, 1998, 2014, 2015, 2016) und untersuchten Medien (*Die Presse*, *Kronen Zeitung*) bietet.

³⁹⁰ 12 von 16 Textstellen dieser Kategorie sind durch Verwendung des Begriffes „Asylant“ erfüllt, nur in zwei der Textstellen ist von einer „Flüchtlingswelle“ die Rede, nur je ein Mal von einer „Flut des Elends“ und einer Völkerwanderung.

³⁹¹ Scheidel, Hans-Werner: „Zuwanderer ein Tanz um den heißen Brei“ In: *Die Presse* vom 31.05.1991, S.6

Darüber hinaus ist erwähnenswert, dass die deutliche Mehrzahl der negativen Metaphern innerhalb der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* stattfindet, während *Die Presse* im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre wesentlich weniger oft auf negative Begriffe im Rahmen der Berichterstattung zurückgreift.³⁹³

Sechs Textstellen von K1 vermitteln dem Leser/der Leserin ein „*sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete*“ (K1.6.). Die suggerierte „Bedrohung“ geht immer entweder mit der bereits weiter oben beschriebenen Unterkategorie K1.2. (*negative Metaphern*) einher, oder vermittelt eine Verbindung zwischen Geflüchteten und der Gefahr des Ansteigens von kriminellen Handlungen:

„Die so genannte „*Flüchtlingskriminalität*“ bringt Polizei und Bürger in Bedrängnis.“³⁹⁴

„Dafür [Menschen in Not zu helfen, Anm.] müssen wir allerdings auch einen hohen Preis bezahlen, denn mit dem Flüchtlingsstrom kommen kriminelle Elemente ziemlich unkontrolliert nach Österreich.“³⁹⁵

Im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre ist die Ausprägung K1.6. ausschließlich im Zuge der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* festzustellen.

Ebenso häufig wie K1.6. wird die Unterkategorie „*Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlings*“ (K1.1.) erfüllt (insgesamt 6 Textstellen). In ihr kommt es zu einer expliziten Differenzierung zwischen Menschen, die aus politischen Gründen fliehen mussten und so genannten „Wirtschaftsflüchtlings“, denen JournalistInnen ökonomische Motive als Fluchtgründe unterstellen. Zentral ist für die JournalistInnen die Unterscheidung deshalb, da eine Vermischung dieser Begriffe zu fremdenfeindlichen Haltungen innerhalb der österreichischen Bevölkerung führen könnte, da die Mehrheit der ÖsterreicherInnen die „Wirtschaftsflüchtlings“ als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachten würde und somit kein Verständnis der ÖsterreicherInnen für eine Aufnahme der Geflüchteten vorherrschen würde:

³⁹² Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Horror Meldungen in Nebensätzen“, In: *Kronen Zeitung* vom 16.11.1992, S.10

³⁹³ 14 der 16 Ausprägungen von K1.2. finden sich in der *Kronen Zeitung* der Jahre 1991, 1992 und 1998, lediglich zwei auf Seiten der *Presse*. Allein 11 der Textstellen bezeichnen Geflüchtete als „Asylanten“.

³⁹⁴ „Nur die Hoffnung kann die Angst besiegen“, In: *Kronen Zeitung* vom 15.08.1991, S.15.

³⁹⁵ Cato [Dichand, Hans Anm].: „Gastfreundschaft“, In: *Kronen Zeitung* vom 25.06.1992, S.3

„Bei Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, gilt die Regel, daß zunächst geprüft wird, warum sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Gibt es diese Verfolgung, dann wird Asyl gewährt. In Wahrheit schürt also der den Fremdenhaß, der nicht zwischen arbeitssuchenden Fremden und verfolgten Flüchtlingen unterscheidet, denn so wird plötzlich jeder Ausländer zu einer „Gefahr“ und rechte Gruppierungen, wie am Wahlsonntag in der Schweiz, profitieren davon.“³⁹⁶

Bei einer ganzheitlichen Betrachtung der Kategorie K1 fällt auf, dass die Berichterstattung der 1990er Jahre von der negativ geprägten Unterkategorie K1.2. geprägt ist. Ebenfalls vertreten sind die negativ ausgeprägten Unterkategorien der „*sprachlichen Bedrohung*“ (K1.6.) und der „*Differenzierung zwischen WirtschaftsmigrantInnen und Geflüchteten*“ (K1.1.). Auf der anderen Seite kommt es an keiner der untersuchten Textstellen zu einer Verwendung bzw. Thematisierung von *Vorurteilen gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft* (K1.3.), was bei der übrigen Dominanz negativer Kategorien überrascht. Weniger überraschend ist hingegen, dass Geflüchtete in diesem Untersuchungszeitraum lediglich ein einziges Mal als „kulturelle Bereicherung“ betrachtet werden (K1.4.). Kein einziges Mal kommt es zu einer Verwendung von biblischen/christlichen Metaphern. Ganzheitlich betrachtet ist zu erkennen, dass die negativ geprägten sprachlichen Ausprägungen der Kategorie K1 (K1.1., K1.2. K1.6.) 28 der insgesamt 29 gefundenen Textstellen ausmachen, und dass die negative Berichterstattung in der *Kronen Zeitung* klar überwiegt (25 Textstellen). 19 Textstellen befassen sich mit der innenpolitischen Auseinandersetzung von JournalistInnen der *Presse* und *Kronen Zeitung* mit Geflüchteten Menschen (K5), wobei viele der Textstellen explizit „*restriktive Maßnahmen der österreichischen Asylpolitik* (K5.4.) thematisieren. Innerhalb dieser Unterkategorie kommt es mehrmals zu einem expliziten Lob österreichischer bzw. deutscher PolitikerInnen für ihren restriktiven asylpolitischen Kurs, wobei die *Kronen Zeitung* wesentlich öfter restriktive Maßnahmen explizit befürwortet. Andererseits berichtet die *Presse* mehr als die *Kronen Zeitung* über die Auswirkungen nationaler asylpolitischer Maßnahmen auf das Schicksal von Geflüchteten auf internationaler Ebene:

„Genannt wird natürlich auch Innenminister Löschnak, doch der sitzt fester im Sattel, als es den Kritikern seiner restriktiven Flüchtlingspolitik lieb sein kann: Kanzler Vranitzky weiß nämlich die konsequente Arbeit seines Innenministers besonders zu schätzen.“³⁹⁷

„Ungarn muß mehr als 100.000 Flüchtlinge versorgen, und wenn die Weiterreise über Österreich nicht mehr möglich ist, werden die möglichst weit vom Blutvergießen wegstrebenden Menschen den Weg nach Polen, in die Tschechoslowakei, gar ins ökonomisch noch stärker belastete Baltikum suchen.“³⁹⁸

³⁹⁶ Gnam, Peter: „Böse Absicht“, In: *Kronen Zeitung* vom 22.10.1991, S.2.

³⁹⁷ Gnam, Peter: „Das Neueste aus der Gerüchteküche/Leere Kilometer in der Gluthitze, In: *Kronen Zeitung* vom 06.08.1992, S.2

³⁹⁸ Martos, Peter: „Ein neuer Eiserner Vorhang“, In: *Die Presse* vom 03.07.1992, S.1

Neben dem Lob für bestimmte PolitikerInnen kommt es aber auch zur Formulierung von „Kritik an der österreichischen Asylpolitik“ (K5.2.) bzw. an der österreichischen Verwaltung:

Die österreichischen Behörden sind nicht hilfsbereit, haben aber die Möglichkeit den Status des „De-facto-Flüchtlings“ zu verleihen. [...] Flüchtlinge wegzuschicken, die bereits in Österreich sind, ohne ihnen einige Zeit des Friedens/Sorglosigkeit zu gewähren, ist eines Landes nicht würdig, das einen „Flüchtlingsgipfel“ ausrichtet.³⁹⁹

„Zum anderen gab es beim Flüchtlingskongress in Graz Pfiffe für Löschnak, weil er auf „unmenschliche Art und Weise“ Flüchtlingen in Form des neuen, schärferen Asylgesetzes „die Hilfe verweigert“.⁴⁰⁰

Insgesamt zwei Textstellen befassen sich darüber hinaus mit dem „*Stimmenzuwachs für politisch rechts orientierte Parteien*“ (K5.1.), das Bestreben der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit fremdenfeindlichen Äußerungen auf Stimmenfang zu gehen, wird lediglich einmal innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre erwähnt. Im Zuge desselben Artikels kommt es auch zu der einzigen Thematisierung von „*Konflikten zwischen österreichischen politischen Parteien*“ (K5.6.), explizit wird ein Konflikt zwischen Jörg Haider und den österreichischen Landeshauptleuten über die Unterbringung geflüchteter Menschen thematisiert.⁴⁰¹ Die Auswirkungen der Ankunft von Geflüchteten aus (Ex-) Jugoslawien auf das österreichische Bildungssystem (K5.3.) ist ebenfalls ein Thema, welches durch die JournalistInnen aufgegriffen wird, insgesamt wird diese Ausprägung der Kategorie allerdings nur zwei Mal erfüllt. Darüber hinaus erwähnen drei Textstellen die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen (K5.5.), explizit wird durch die JournalistInnen die derzeitige (während der postjugoslawischen Kriege) bestehende Aufnahmebereitschaft geflüchteter Menschen in Österreich positiv hervorgehoben, allerdings kommt es nicht zu einer Erwähnung der österreichischen Hilfsbereitschaft in der Vergangenheit bezüglich der Jahre 1956, 1968 und 1980.

„[...] es gibt bei uns keine ausländerfeindlichen Krawalle wie anderswo, zugleich aber auch eine Hilfsbereitschaft der Österreicher, die in ganz Europa ohne Beispiel ist.“⁴⁰²

³⁹⁹ Miller, Irene: „Kein Platz für Flüchtlinge?“, In: Die Presse vom 22.05.1992, S.1

⁴⁰⁰ Gnam, Peter: „Neue Prügel für Löschnak/Dämpfer für J.Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.2

⁴⁰¹ „Bocksprünge“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik.

⁴⁰² Gnam, Peter: „Grüne Politinsel“, In: Kronen Zeitung vom 25.09.1992, S.3

Im Zeitraum der 1990er Jahre bleibt eine Thematisierung der Rolle der österreichischen Bundeshauptstadt *Wien und der Aufnahme geflüchteter Menschen* (K5.7.) aus, weder in der *Kronen Zeitung* noch in der *Presse* kommt es zu einer Erwähnung.

Wie bereits die Ergebnisse der quantitativen Analyse mit der Gesamtzahl der Artikel vermuten lassen konnten, ist auch im Bereich der qualitativen Analyse der Meinungsdarstellungsformen die Konzentration der JournalistInnen auf außenpolitische Vorgänge hinsichtlich geflüchteter Menschen zu erkennen. Insgesamt 13 Mal kommt es zur Thematisierung von „*Asylpolitik/Geflüchtete auf internationaler Ebene*“ (K7), nahezu alle Ausprägungen (11 von 13 Textstellen) dieser Überkategorie befassen sich mit „*internationalen Konflikten und „Kriegsflüchtlingen*““ (K7.2.). In dieser Unterkategorie kommt es zur Berichterstattung über Geflüchtete, die vor einem bewaffneten Konflikt fliehen mussten. Die meisten der Textstellen, wie auch bereits die quantitative Analyse zeigen konnte, (vgl. Tabelle 5) befassen sich mit geflüchteten Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der bewaffnete Konflikt in Jugoslawien wird hierbei von JournalistInnen als besonders brutal beschrieben. Die Kategorie der Berichterstattung im internationalen Kontext (K7) konnte wesentlich häufiger in der Tageszeitung *Die Presse* nachgewiesen werden, auch die Berichterstattung über konkrete internationale Konflikte findet hauptsächlich in der *Presse* statt.⁴⁰³

„*Die Beschießung des militärisch völlig wertlosen, mit Flüchtlingen vollgestopften Dubrovnik war dafür [für die einzigartige Brutalität des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, Anm.] ein Beispiel.*“⁴⁰⁴

Die übrigen Ausprägungen der Kategorie bleiben innerhalb des Untersuchungszeitraumes der 1990er unterrepräsentiert, nur sehr wenige Textstellen beschäftigen sich mit den Themen „*Seenotrettung*“ (K7.1.), „*Schlepperwesen*“ (K7.3.) oder der „*Kritik der Asylpolitik bestimmter Staaten*“ (K7.4.)⁴⁰⁵. Die Ergebnisse zeigen, dass innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre so genannte „Schlepper“, die Geflüchtete für viel Geld in bestimmte europäische Staaten bringen, keine bedeutsame Rolle in der Debatte um geflüchtete Menschen spielen. Dies wiederum erklärt auch, warum es nur in Ausnahmefällen

⁴⁰³ K7 konnte im Rahmen der Berichterstattung der Presse an 10 unterschiedlichen Textstellen nachgewiesen werden, die Krone widmet der außenpolitischen Berichterstattung über Geflüchtete weniger Raum, nur drei Textstellen konnten hier gefunden werden. Ähnlich ist die Verteilung der Ausprägung K7.2. (9 Textstellen in der *Presse* und zwei in der *Kronen Zeitung*.)

⁴⁰⁴ Chorherr, Thomas: „Das große Händeringen“, In: *Die Presse* vom 14.08.1992, S.1.

⁴⁰⁵ Nur eine einzige Textstelle befasst sich mit den Ausprägungen K7.1. „*Seenotrettung*“ und K7.4. „*Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten*“, beide Ausprägungen der Kategorien befassen sich mit dem Staat Albanien, keine hingegen mit K7.3. „*Schlepperwesen*“.

zu einer Thematisierung von „Seenotrettung“ bzw. „Bootsflüchtlingen“ kommt, die Seeroute von afrikanischen Staaten nach Europa schien im Zuge des ersten Untersuchungszeitraumes eine weitaus weniger bedeutsame Rolle zu spielen als während der zweiten untersuchten Dekade.

Als nächste Kategorie folgt die Thematisierung geflüchteter Menschen im Bereich wirtschaftlich geprägter Debatten (K3) mit 10 Textstellen innerhalb des Untersuchungszeitraumes. Sechs der Textstellen dieser Überkategorie befassen sich mit der Unterkategorie der *„Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen“* (K3.1.), wobei es in der Mehrheit der Artikel um die Unterbringung von Geflüchteten in eigens errichteten „Lagern“ geht. Erwähnenswert scheint, dass nur von „Lagern“ außerhalb Europas die Rede ist, in keinem der erhobenen Artikel ist von „Lagern“ innerhalb Österreichs (z.B: dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen) die Rede. Die Ansammlung zahlreicher Geflüchteter auf engem Raum wird in einer der Textstellen darüber hinaus als Gefahr für eine weitere Eskalation der internationalen bewaffneten Konflikte gesehen:

„Werden ähnliche permanente Flüchtlingslager unter UNO-Verwaltung entstehen wie für die Palästinenser? Das würden nur Brutstätten neuer Unruhe und Unzufriedenheit sein.“⁴⁰⁶

Vier weitere Textstellen dieser Kategorie befassen sich mit einer drohenden *ökonomischen Belastung Österreichs* (K3.2.) bzw. der *„Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten* (K3.4.). Die „ökonomische Belastung“ (K3.2.) Österreichs findet etwa laut dem Journalisten Peter Gnam (*Kronen Zeitung*) in der Angst der ÖsterreicherInnen vor dem Verlust von Arbeitsplätzen sowie in der Sorge um Auswirkungen einer hohen Anzahl von Geflüchteten auf das österreichische Bildungs- und Schulwesen seinen Ausdruck:

„[...] Einfache Arbeiter sehen ihre Arbeitsplätze durch Ausländer gefährdet: in Arbeiterbezirken klagen Eltern, daß überdurchschnittlich viele Kinder von Ausländern die Pflichtschulen besuchen und so das Bildungsniveau gedrückt werde.“⁴⁰⁷

Eine *wirtschaftliche „Überforderung“ eines Staates bzw. einer Region* (K3.4.) stellen Geflüchtete laut der Berichterstattung insbesondere für die Staaten Südost- und Ostmitteleuropas (Kroatien, Slowenien, Ungarn) dar, Staaten, die allesamt entweder selbst

⁴⁰⁶ Trost, Ernst: „Ordnung im Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 20.04.1991, S.3.

⁴⁰⁷ Gnam, Peter: „Neue Prügel für Löschnak/Dämpfer für J.Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.2.

Schauplätze der postjugoslawischen Kriege waren, oder aber durch ihre Außengrenzen in unmittelbarer Nähe dieser Regionen sind:

„Kaum haben die ehemaligen Ostblockstaaten erste, wenn auch viel zu kleine, Erfolge bei Umstellung und Stabilisierung der Wirtschaft zu vermelden, rollt eine kaum verkraftbare Belastungswelle über sie hinweg[...].“⁴⁰⁸

Besonders erwähnenswert erscheint an dieser Stelle das „Nicht-Vorkommen“ einer bestimmten Ausprägung der ökonomischen Kategorie, nämlich der „*Sozialleistungen*“ (K3.3.). Während geflüchtete Menschen durchaus als Belastung für die österreichische bzw. internationale Wirtschaft betrachtet werden (vgl. K3.2 und K3.4.), bleibt die Thematisierung einer eventuellen Belastung des Sozialversicherungssystems durch die Ankunft einer hohen Anzahl an Geflüchteten durch beide österreichische Tageszeitungen unbeachtet. Ebenfalls nicht erwähnt werden etwaige *positive ökonomische Effekte* (K3.5.), die durch die Ankunft von Geflüchteten entstehen könnten.

Im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre kommt es in fünf unterschiedlichen Textstellen zur Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und der „*Berichterstattung über Kriminalität bzw. Straftaten*“ (K4.1.). Hervorzuheben ist, dass es in einem Großteil der Artikel nicht zu einer neutralen Berichterstattung über konkrete von geflüchteten Menschen begangene Straftaten kommt, sondern vielmehr Geflüchteten allgemein unterstellt wird, häufiger als andere Personengruppen in kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass die Herstellung einer Verbindung zwischen Straftaten und Geflüchteten innerhalb des Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahren ausschließlich in der *Kronen Zeitung* stattfindet⁴⁰⁹:

„Die so genannte „Flüchtlingskriminalität“ bringt Polizei und Bürger in Bedrängnis.“⁴¹⁰

„Dafür [Menschen in Not zu helfen, Anm.] müssen wir allerdings auch einen hohen Preis bezahlen, denn mit dem Flüchtlingsstrom kommen kriminelle Elemente ziemlich unkontrolliert nach Österreich.“⁴¹¹

⁴⁰⁸ Martos, Peter: „Ein neuer Eiserner Vorhang“, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.1.

⁴⁰⁹ Alle sechs Ausprägungen der Kategorie K4 finden sich im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre auf Seiten der *Kronen Zeitung*.

⁴¹⁰ „Nur die Hoffnung kann die Angst besiegen“, In: *Kronen Zeitung* vom 15.08.1991, S.15.

⁴¹¹ Cato [Dichand, Hans Anm].: „Gastfreundschaft“ In: *Kronen Zeitung* vom 25.06.1992, S.3.

Kaum kommt es zur Berichterstattung über Geflüchtete vor dem Hintergrund des Themas „*Terrorismus*“ (K4.2.), auch „*Gewaltakte gegen Geflüchtete*“ (K4.3.) werden lediglich in einer einzigen Textstelle⁴¹² thematisiert.

Die Kategorie K8: „*Thematisierung der GFK bzw. der Rechtsstellung und Integration von Geflüchteten*“ ist im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre durch die Berichterstattung über „*Fluchtgründe*“ (K8.1.) geprägt.⁴¹³ Alle erhobenen Textstellen beschäftigen sich dabei mit der Thematisierung von Kriegsverbrechen durch die serbische Armee bzw. dem Ableger der serbischen Armee in Bosnien-Herzegowina. Die durch die serbische Armee begangene Verfolgung und Vertreibung der nicht-serbischen Bevölkerung stellen für die JournalistInnen den Hauptgrund dar, warum Menschen sich auf die Flucht begeben mussten, ebenso als Fluchtgrund nach der GFK thematisiert wird die ethnische Verfolgung/Diskriminierung der nicht-serbischen Bevölkerung in unterschiedlichen Gebieten (Ex-) Jugoslawiens:

[Die Konsequenzen eines frühzeitigen Friedensschlusses zwischen Serbien und Kroatien wären, Anm.] *keine Chance auf Rückkehr der Flüchtlinge; weitere Massenflucht der unter serbischer Oberhoheit verbliebenen Nichtserben, denen ja - selbst wenn sie nicht mehr direkt vertrieben werden - die Degradierung zum Untermenschen bevorsteht;*⁴¹⁴

Nur eine einzige Ausprägung der Kategorie K8 befasst sich innerhalb dieses Untersuchungszeitraumes mit der Debatte um eine *Integration geflüchteter Menschen* (K8.3.), wobei es hier nicht um die Maßnahmen geht eine Integration der Asylsuchenden zu ermöglichen. Vielmehr wird im Zuge des Artikels die in Europa einzigartige Möglichkeit der österreichischen Behörden erwähnt, Geflüchtete durch die Schaffung des Status des „*De-facto-Flüchtlings*“ gar nicht erst integrieren zu müssen, was eher als Chance gesehen wird und nicht weiter kritisch kommentiert wird.⁴¹⁵ Die Rechtsstellung geflüchteter Menschen z.B: innerhalb des österreichischen Rechtssystems oder der GFK an sich wird hingegen an keiner der Textstellen des Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre thematisiert. Die Kategorie K8 ist ausschließlich im Zuge der Berichterstattung der *Presse* nachzuweisen, jede der Textstellen über „*Fluchtgründe*“ (K8.1. mit 5 Nennungen) und „*Integration*“ (K8.3. mit einer Nennung) finden im Rahmen der außenpolitischen Berichterstattung der *Presse* statt.

⁴¹² vgl. Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Der Mut eines Pensionisten“, In: In: Kronen Zeitung vom 09.09.1992, S.10. In diesem Artikel geht es um einen Brandanschlag gegen Asylsuchende in Halle, Deutschland.

⁴¹³ Fünf von insgesamt sechs Ausprägungen von K8 stellt die Unterkategorie K8.1. dar.

⁴¹⁴ Unterberger, Andreas: „Frieden um jeden Preis?“, In: Die Presse vom 24.08.1992, S.1.

⁴¹⁵ vgl. Miller, Irene: „Kein Platz für Flüchtlinge?“ In: Die Presse vom 22.05.1992, S.1. Das vollständige Zitat, welches als Ankerbeispiel dienen soll, wurde bereits weiter oben zitiert (siehe Fußnote Nr.398).

Die Kategorie K2: „*Lösungsvorschläge im Bereich Asylpolitik*“ wurde in insgesamt vier Textstellen thematisiert. Am häufigsten kommt es innerhalb der Debatte zu einer *Erwähnung von Entwicklungshilfe* (K2.1.)⁴¹⁶, die als Lösungsstrategie für den von JournalistInnen als „Flüchtlingsproblem“ bezeichneten Anstieg der Anzahl an Geflüchteten dienen soll:

*„Einzige Lösung des Flüchtlingsproblems kann nur sein, daß zunächst der blutige Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit harter Hand gestoppt wird und danach internationale Hilfe für die Bewohner des Landes anläuft, damit diese an Ort und Stelle neue Existenzen aufbauen können.“*⁴¹⁷

Nur eine einzelne Textstelle fordert eine „*Begrenzung der Zahl der Geflüchteten*“ (K2.2.), diese jedoch vehement und nicht ohne die negativ konnotierte Bezeichnung „Asylant“ im gleichen Satz zu verwenden. Der Autor des Artikels [„Staberl“, Anm.] beschwert sich darüber hinaus ebenfalls darüber, dass eine Forderung der Begrenzung der Anzahl der Asylsuchenden zunehmend von dem Vorwurf begleitet werden würde, man wäre „rechtsextrem“ bzw. „Faschist“:

*„Nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch anderswo ist man ja gar bald ein Rassist und Reaktionär, wenn nicht gar ein Faschist und Nazi, wenn man die grundlogische Meinung vertritt, daß die Zulassung von Einwanderern und Asylanten naturgemäß irgendwo ihre Grenzen haben müsse.“*⁴¹⁸

Eventuell lässt sich aus dieser Aussage von Richard Nimmerrichter herauslesen, dass es tatsächlich im Zeitraum der 1990er Jahre eher unüblich war, sich lautstark für eine Begrenzung der Zahl der Geflüchteten einzusetzen. Für diese These spricht ebenfalls, dass lediglich eine einzelne Textstelle innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraumes gefunden werden konnte, in der es um eine Begrenzung der Zahl der aufzunehmenden geflüchteten Menschen ging. Darüber hinaus erscheint es erwähnenswert, dass keine Textstellen für die Unterkategorien K2.3. (*Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten*), wie auch für K2.4. (*militärischer Grenzschutz*) gefunden werden konnten. Diese Möglichkeiten eines „Managements“ der Fluchtbewegungen scheinen innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre nicht verfügbar gewesen zu sein, nicht zuletzt, da die Europäische Union zu dieser Zeit weniger Gestaltungsmöglichkeiten vorweisen konnte.

⁴¹⁶ Drei von insgesamt vier Ausprägungen von K2 stellen K2.1. dar, nur einmal wird K2.2. erfüllt.

⁴¹⁷ Gnam, Peter: „Neue Prügel für Löschnak/Dämpfer für J.Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.2.

⁴¹⁸ „Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Fehlleistung der Bürger“, In: Kronen Zeitung vom 03.07.1992, S.2.

Keinerlei weiterführende Ausprägungen konnten innerhalb der Kategorie *K10: „Medienkritik“* gefunden werden, die allgemeine Kategorie wurde innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes insgesamt drei Mal erfüllt. Neben einer anscheinend bereits in den 1990er Jahren üblichen Kritik an der laut *Kronen Zeitung* „flüchtlingsfreundlichen“ Berichterstattung des österreichischen Rundfunks (ORF) durch die *Kronen Zeitung*⁴¹⁹, findet sich in dieser Kategorie eine Kritik von JournalistInnen an der gesamten österreichischen Medienlandschaft. Innerhalb von zwei Textstellen wird das Ausbleiben der Berichterstattung über verschiedene Gruppierungen von geflüchteten Menschen bei einem gleichzeitigen Übermaß der Berichterstattung über andere Gruppen geflüchteter Menschen kritisiert:

*„Aber nur zögernd rang man sich ein oder zwei jener Schlagzeilen ab, deren 20 oder 30 das Flüchtlingslos der Kurden begleitet hatten und noch immer begleiten - fast hätten wir geschrieben: schwungvoll begleiten.“*⁴²⁰

Lediglich zwei Textstellen fallen unter die Kategorie *K9: Die Rolle von Zivilgesellschaft, NGOs und Religionsgemeinschaften bei der Aufnahme/Versorgung von Geflüchteten*. Eine dieser Textstellen befasst sich mit der finanziellen Unterstützung für serbische Geflüchtete durch einen nicht-staatlichen Akteur (K9.1.), die andere Textstelle thematisiert Demonstrationen für die Rechte von Geflüchteten, spricht diesen aber im selben Atemzug die Sinnhaftigkeit ab:

*„Die Probleme um Flüchtlinge, Asylanten usw. werden damit [mit friedlichen Demonstrationen, Anm.] nicht gelöst.“*⁴²¹

Eine einzelne Textstelle⁴²² der Berichterstattung der österreichischen Tageszeitung *Kronen Zeitung* befasst sich mit der „Rolle der Europäischen Union bei den Themen Asylpolitik und der Aufnahme von Geflüchteten“ (K6). Die geringe Beschäftigung der JournalistInnen innerhalb des Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre kann mehrere Gründe haben: Zum einen erschien der Artikel, in dem die Textstelle erfüllt wird, im Jahr 1992, also einem Jahr vor dem Vertrag von Maastricht (1993) und der damit verbundenen Gründung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Er erschien also in einer Zeit, in der ausschließlich nationale Regierungen die Entscheidungshoheit im Bereich der Asylpolitik

⁴¹⁹ Gnam, Peter: „Gute und Böse“, In: *Kronen Zeitung* vom 17.09.1992, S.3.

⁴²⁰ Lenhardt, Dieter: „Kurden, Bengalen, Serben und Kroaten“, In: *Die Presse* vom 07.05.1991, S.1.

⁴²¹ Trost, Ernst: „Lichterketten“, In: *Kronen Zeitung* vom 18.12.1992, S.3.

⁴²² Gnam, Peter: „Kanzlerworte“, In: *Kronen Zeitung* vom 29.07.1992, S.3.

ausübten und nur eine geringe Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten bestand. Darüber hinaus war Österreich zu diesem Zeitpunkt (Untersuchungsjahre 1991 und 1992) noch nicht Mitglied der 1993 begründeten Europäischen Union, dies erklärt jedoch nicht die Auslassung dieses Themas im Jahr 1998.

7.2.2. Ergebnisse der *Presse* und *Kronen Zeitung* für den Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre

Die meisten Textstellen während des zweiten Untersuchungszeitraums der Jahre 2014, 2015 und 2016 können der Kategorie der „*innenpolitischen Thematisierung Geflüchteter*“ (K5) zugeordnet werden.⁴²³ Die häufigsten Unterkategorien stellen hierbei K5.4. *Thematisierung restriktiver Asylpolitik* mit 49 Nennungen und K5.2. *Kritik der österreichischen Asylpolitik* mit 48 Nennungen dar. Bei einer Betrachtung der Verteilung der Ausprägungen K5.2. und K5.4. fällt auf, dass mehr Textstellen innerhalb der Berichterstattung der *Presse* sich mit der innenpolitischen Thematisierung geflüchteter Menschen befassen: 62 Nennungen in der *Presse* gegenüber 35 Nennungen in der *Kronen Zeitung*.

Ein Themenschwerpunkt der Unterkategorie K5.4. ist die journalistische Debatte über „*restriktive Maßnahmen im Bereich der österreichischen Asylpolitik*“. Es geht hierbei vor allem um die Schließung von Außengrenzen, die Kürzung von Sozialleistungen oder die Verschärfung rechtlicher Rahmenbedingungen für AsylwerberInnen und Geflüchtete. Die Unterkategorie beinhaltet einerseits eine klare Befürwortung der genannten restriktiven Maßnahmen und derjenigen PolitikerInnen, die eine solche restriktive Asylpolitik vertreten. Andererseits werden auch linke politische Positionen explizit kritisiert, die für eine Aufnahme von Geflüchteten in Österreich eintreten. Die klare Befürwortung der restriktiven Maßnahmen gegen geflüchtete Menschen, sowie die Kritik einer liberalen Asylpolitik findet inhaltlich klar innerhalb der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* statt. Im Zuge der Berichterstattung der *Presse* stellen eindeutige Wertungen restriktiver asylpolitischer Maßnahmen bzw. Lob und Kritik einzelner AkteurInnen die Ausnahme dar:

„Immerhin ist Doskozil „ein Mann der Praxis“, hat er doch die Anfangsphase des großen Flüchtlingsstroms über das Burgenland hervorragend gemanagt.“⁴²⁴

„Zurück zu Österreich und dem Umgang unserer Regierung mit der Flüchtlingskrise: Als genau richtig hat sich der Plan erwiesen, unsere Grenzen durch Zäune gegenüber dem Osten und dem Süden abzusichern, um für den

⁴²³ 157 von insgesamt 585 (=26,84%) identifizierten Textstellen erfüllen K5.

⁴²⁴ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 16.01.2016, S.2.

Tag X gerüstet zu sein. ⁴²⁵

„Das [Pläne zur Deckelung der Mindestsicherung bei Mehrpersonenhaushalten/Sach- statt Geldleistungen, Anm.] soll keine Lex Flüchtling werden. Gleiches Recht für alle. Allerdings ist es ein legitimes Druckmittel, im Fall von Integrationsverweigerung die Mindestsicherung auch kürzen zu können. ⁴²⁶

„Eine Hardlinerin der Hochrisiko-Einladungspolitik, SPÖ-Stadträtin Sandra Frauenberger, träumt sogar davon, dass Wien noch weitere 14.000 Asylwerber aufnehmen kann. Obwohl längst klar ist: Exekutive und Stadtregierung haben die Situation schon jetzt mit 23.000 Flüchtlingen nicht mehr im Griff. ⁴²⁷

Im Rahmen der Thematisierung restriktiver Maßnahmen gegenüber Geflüchteten kommt es aber nicht ausschließlich zu einer Befürwortung dieser Maßnahmen, manche JournalistInnen versuchen auch die geplanten Maßnahmen differenzierter zu analysieren und erkennen die negativen Auswirkungen der Restriktionen, nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle EinwohnerInnen Europas. Im Großen und Ganzen kann aber die klare Tendenz der österreichischen JournalistInnen im Rahmen der Berichterstattung über restriktive Maßnahmen erkannt werden, dass eine Verschärfung der österreichischen Asylpolitik zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse der ÖsterreicherInnen bzw. EuropäerInnen führen würde:

„Grenzkontrollen würden nämlich nicht nur Flüchtlinge, sondern uns alle betreffen. ⁴²⁸

„Entweder die Grenze geht wirklich zu - das wäre kurzfristig weniger für die EU, vielmehr für die Flüchtlinge in den Balkanländern eine Katastrophe -, oder wir bereiten uns darauf vor, Geld, Schulen, Infrastruktur, (geringere) Sozialleistungen mit tausenden Menschen einer anderen Kultur zu teilen. ⁴²⁹

Ebenfalls durch die JournalistInnen der *Kronen Zeitung* und der *Presse* thematisiert wird ein Schwenk österreichischer politischer Parteien hin zu einer im rechten politischen Spektrum angesiedelten Asylpolitik, die sich zunehmend der Haltung der FPÖ angleicht:

„Die ÖVP hat sich in der Flüchtlingsfrage bei ihrer Klubklausur mit dem Slogan „Grenzen zu“ fast schon in Strache-Manier positioniert.“ [...] Bei der Faymann-SPÖ vollzieht sich der Richtungswechsel langsamer und vielleicht auch mit ein wenig politischem Bauchweh, doch die Handschrift des burgenländischen Landeshauptmannes Niessl in Sachen Flüchtlingspolitik ist deutlich zu erkennen. ⁴³⁰

⁴²⁵ Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 19.04.2016, S.2.

⁴²⁶ Pink, Oliver: „Es sind zu viele“, In: *Die Presse* vom 03.02.2016, S.1.

⁴²⁷ Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: *Kronen Zeitung* vom 28.07.2016, S.24.

⁴²⁸ Laczynski, Michael: „Warum Schlagbaum-Nostalgie das Flüchtlingsproblem nicht löst“, In: *Die Presse* vom 10.09.2014, S.2.

⁴²⁹ Nowak, Rainer: „Und natürlich gibt es eine Obergrenze“, In: *Die Presse* vom 26.09.2015, S.2.

⁴³⁰ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 16.01.2016, S.2.

Eine weitere Ausprägung von K5 stellt die Unterkategorie K5.2. *„Kritik der österreichischen Asylpolitik“* mit insgesamt 48 Nennungen dar. In ihr kommt es zu einer grundlegenden Kritik der JournalistInnen an einzelnen österreichischen PolitikerInnen, an politischen Parteien, aber auch an österreichischen Behörden und den Maßnahmen von Verantwortlichen im Bereich der Asylpolitik. Vorherrschend innerhalb dieser Unterkategorie ist eine eher allgemein gehaltene Kritik an der generellen „Untätigkeit“ bzw. „Ratlosigkeit“ mit der die österreichische Politik (gemeint ist die große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP) in Verbindung gebracht wird:

„Es ist ein fataler Eindruck, den die Flüchtlingskrise bisher beim Bürger hinterlassen hat: dass nämlich die politische Elite des Landes bis auf wenige Ausnahmen nicht in der Lage ist, eine Krise zu managen.“⁴³¹

„Die scharfe Pointe [Der Kommentar „Camping ist wieder im Kommen“ im Zuge der Errichtung von Zeltstädten für Geflüchtete Anm.] bringt die Hilf- und Ratlosigkeit der sogenannten politischen Elite angesichts der Flüchtlingsdramen auf den Punkt.“⁴³²

Während die ersten beiden Ausprägungen von K5 (K5.4. und K5.2.) durch ihre Anzahl an Nennungen die Berichterstattung dieses Untersuchungszeitraumes dominieren (gemeinsam 97 von insgesamt 157 Nennungen) kommt es im Rahmen der dritten Unterkategorie K5.7. *„Wien und die Aufnahme von Geflüchteten“* zu 19 Nennungen. In dieser Unterkategorie wird die Bundeshauptstadt Wien als Ort der Aufnahme geflüchteter Menschen thematisiert, eindeutig dominiert hierbei das Thema „Mindestsicherung“ die Berichterstattung beider österreichischer Tageszeitungen. Debattiert wird insbesondere die Höhe der Mindestsicherung in der Bundeshauptstadt, die von JournalistInnen als Anreiz für Geflüchtete gesehen wird, nach Wien zu kommen. Daran anschließend kommt es in einzelnen Artikeln auch zu einer Thematisierung der Schaffung von Unterkünften für Geflüchtete in Wien sowie einer generellen Kritik einzelner Personen der Wiener Stadtregierung⁴³³.

„Eine ausbleibende Kürzung der Mindestsicherung würde bedeuten, dass alle Flüchtlinge nach Wien drängen, da diese in Wien am höchsten ausfällt. [...]“⁴³⁴

„Starker Zuzug plus hohe Arbeitslosigkeit plus Flüchtlingskrise ergibt auch ohne höhere Mathematik und Franken-Kredite ein Finanzproblem. Immerhin kommen etwa 80 Prozent der anerkannten Flüchtlinge nach Wien. [...]“⁴³⁵

⁴³¹ Walterskirchen, Gundula: „Quergeschrieben“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.23.

⁴³² Pándi, Claus: „Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.2.

⁴³³ Explizit kritisiert werden etwa Bürgermeister Michael Häupl, sowie die Wiener Stadträtinnen Sandra Frauenberger, und Sonja Wehsely.

⁴³⁴ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 24.09.2016, S.4.

⁴³⁵ Weiser, Ulrike: „Großstadt-Malus“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.1.

Die Ausprägung K5.6. „*Konflikte zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik*“ wurde innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes 17 Mal erfüllt. Bestimmend sind hier Textstellen, die sich mit Konflikten zwischen SPÖ und ÖVP beschäftigen, zu denen es wegen unterschiedlicher asylpolitischer Auffassungen gekommen ist:

„Der geschlossene Auftritt der österreichischen Koalitionsregierung inklusive Bundeskanzler und Vizekanzler in der Flüchtlingsfrage ist jedenfalls ein ungewohntes Bild.“⁴³⁶

Darüber hinaus werden im Zuge dieser Kategorie Konflikte während der Wahlkämpfe zum oberösterreichischen Landtag (2015) wie der Bundespräsidentenwahl (2016) thematisiert.

Zu der nächsten Ausprägung K5.5., einer „*Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen*“ kommt es im Zuge der Berichterstattung der 2010er Jahre insgesamt 11 Mal. Neben dem Hinweis einiger JournalistInnen auf die historische Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus (Ex-) Jugoslawien kommt es im Zuge dieser Ausprägung zu dem Hinweis darauf, dass der österreichische Staat bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge bereits einiges leistete:

„[...] Völlig ausgeblendet ist bereits, dass Österreich schon über 90.000 Flüchtlinge und Migranten aufgenommen hat und weitere aufnehmen wird.“⁴³⁷

Die Unterkategorie K5.3. „*Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete*“ konnte insgesamt innerhalb von 7 Textstellen identifiziert werden. Ausschließlich Artikel der österreichischen Tageszeitung *Die Presse* thematisieren die Auswirkungen der Zuwanderung auf das österreichische Bildungswesen im Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre. Die Mehrheit von ihnen sieht die hohe Anzahl geflüchteter Kinder als einen „Stresstest“⁴³⁸ für das Bildungssystem, weist aber gleichzeitig auf die Bedeutsamkeit der Schulbildung für eine gelungene Integration der Jugendlichen hin.⁴³⁹

⁴³⁶ Pink, Oliver: „Auf einmal Metternichs Erben“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4.

⁴³⁷ Seinitz, Kurt: „Österreich am Pranger“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.4.

⁴³⁸ vgl. Hamann, Sybille: „Jene, die sich ohnedies schwertun, kriegen noch mehr aufgeladen“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.27.

⁴³⁹ Rohrer, Anneliese: „Junge Flüchtlinge - verloren im Dschungel der Paragraphen“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.31.

Im Rahmen der letzten Ausprägung von K5, des „*Stimmenzuwachses rechter Parteien*“ (K5.1.), die sechs Mal erfüllt wurde, wird ein Anstieg der Umfrageergebnisse für die FPÖ thematisiert. Vermutet wird, dass der Zuwachs durch das Vertreten rechtsextremer Positionen im Bereich der Asylpolitik entsteht.

Die Kategorie K3 „*ökonomische Effekte durch die Aufnahme von geflüchteten Menschen*“ ist mit 111 Textstellen innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes vertreten. In ihr enthalten ist die häufigste Ausprägung der „*Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen*“ (K3.1.) mit 45 Nennungen. Hierbei werden durch die JournalistInnen insbesondere so genannte „Massenquartiere“ für Geflüchtete thematisiert, gemeint sind hiermit vor allem die Unterbringungsformen der Aufnahmezentren, wie z.B. Traiskirchen, aber auch internationale Quartiere wie das französische Lager in Calais oder das nordmazedonische Lager in Idomeni. Im Vordergrund hierbei stehen die Kritik an einer unzureichenden Versorgung der Geflüchteten, aber auch die Thematisierung einer Überfüllung der Quartiere, die wiederum laut JournalistInnen zu Konflikten unter den unterschiedlichen Ethnien der geflüchteten Menschen führt:

„So [„Zwischen Flüchtlingen und mazedonischer Polizei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen“, Anm.] lauteten zuletzt die Schlagzeilen internationaler Medien über die Zustände in Idomeni, einem mit mehr als 10.000 Personen überfüllten Flüchtlingslager an der griechisch-mazedonischen Grenze.“⁴⁴⁰

„Großquartiere für Flüchtlinge hätten sich häufig als Orte "mit einem hohen Potenzial an ethnisch-kulturellen bzw. sozialen Konflikten und Anspannungen erwiesen“.“⁴⁴¹

„Es herrscht Chaos bei der Aufteilung und Unterbringung von afrikanischen Geflüchteten in Europa und Österreich. [...]“⁴⁴²

Eine weitere Ausprägung der Kategorie K3 beschäftigt sich mit der Thematisierung einer etwaigen „*ökonomischen Belastung durch die Ankunft geflüchteter Menschen*“ (K3.2.), die in insgesamt 27 Textstellen gefunden werden konnte. Innerhalb dieser Ausprägung kommt es zu einer Thematisierung von Geflüchteten als „Kostenfaktor“, sowie der Vorhersage, dass AsylwerberInnen negative Effekte auf die österreichische Wirtschaft haben werden. Im Zuge der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* werden lediglich die Kosten für unterschiedliche Bereiche der Unterbringung, Versorgung und Integration aufgelistet, in der *Presse* hingegen dominiert ein etwas komplexeres Bild von der Auswirkung der Ankunft bzw. Integration von Geflüchteten als Einflussfaktor auf bestimmte ökonomische Entwicklungen. Debattiert wird

⁴⁴⁰ Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 19.04.2016, S.2.

⁴⁴¹ Pink, Oliver: „Vor einem Jahr noch undenkbar“, In: *Die Presse* vom 08.09.2016, S.2.

⁴⁴² Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 04.07.2015, S.2.

unter anderem die Auswirkungen der Aufnahme geflüchteter Menschen auf den Arbeitsmarkt. Nichts desto trotz ist im Rahmen der Berichterstattung beider Tageszeitungen ersichtlich, dass ankommende Geflüchtete als ökonomische Belastung bzw. Herausforderung für Österreichs Wirtschaft gesehen werden:

„Die Kosten beinhalten Unterbringung, Verpflegung, Ausbildung, Sprachkurse, Sozialhilfe usw. Bis 2017 wird mit mehr als 2 Millionen Flüchtlingen gerechnet. 80% von ihnen sollten Asyl bekommen.“⁴⁴³

„Die Mehrheit (53 Prozent) glaubt, dass die Integration niedrig qualifizierter Asylwerber in den Arbeitsmarkt nur mit einer Absenkung des Mindestlohns halbwegs funktionieren könne, bei der Frage nach der Finanzierung der Flüchtlingskosten liegen die Antworten Neuverschuldung und Steuerhöhungen vorn. [...]Mit der Flüchtlingswelle kommt eine Reihe von präsuntiven Arbeitsmigranten ins Land.“⁴⁴⁴

Eine mit der vorangegangenen Ausprägung verwandte, aber dennoch etwas andere Ausprägung von K3 ist die Thematisierung von „*Sozialleistungen*“ (K3.3.). Konkret wird in den meisten Fällen über die Mindestsicherung debattiert. Einerseits werden die Kosten für Geflüchtete, die Mindestsicherung beziehen, kritisiert, andererseits ist die Kürzung der Mindestsicherung bei Nichterfüllung von Integrationsleistungen ein Thema:

„Sparsamer muss sie [die Mindestsicherung, Anm.] sein, und es muss Möglichkeiten einer Kürzung geben, falls ein Asylant keine Deutschkurse besucht bzw. nicht arbeiten will.“⁴⁴⁵

Darüber hinaus ist immer wieder Wien ein Thema, nicht selten vertreten die JournalistInnen die Meinung, dass Wien als Anziehungspunkt für AsylwerberInnen dienen würde, da es in der Bundeshauptstadt die höchste finanzielle Unterstützung für Geflüchtete gäbe:

„Es wird befürchtet, dass aufgrund der unterschiedlichen Sozialleistungen und persönlicher Netzwerke die meisten Flüchtlinge nach Wien strömen und sich dort Ghettos bilden werden.“⁴⁴⁶

Die Ausprägung K3.4. „*Überforderung*“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von *Geflüchteten*“ konnte in 15 Textstellen gefunden werden. In dieser Unterkategorie vermitteln JournalistInnen der *Presse* und der *Kronen Zeitung* das Bild, dass bestimmte Staaten wie z.B: Österreich oder bestimmte Regionen wie z.B: die EU oder die sogenannten „Westbalkanstaaten“ nicht mehr für eine geordnete Aufnahme und Erstversorgung

⁴⁴³ Gnam, Peter: „Arme gegen Ärmere“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.2.

⁴⁴⁴ Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21.

⁴⁴⁵ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 13.08.2016, S.2.

⁴⁴⁶ Walterskirchen, Gundula: „Lasst die Flüchtlinge ihre Häuser doch einfach selbst bauen!“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.23.

geflüchteter Menschen garantieren könnten, dabei kommt es insgesamt zu einer Erwähnung zahlreicher unterschiedlicher Regionen (Italien, Wien, Schweden u.a.), öfter genannt werden die EU, Österreich und die Türkei:

„Wahrscheinlich gibt es keine lückenlosen Informationen, denn zeitweise wurden wir [gemeint ist Österreich, Anm.] ja von Tausenden Flüchtlingen (?) buchstäblich überrannt.“⁴⁴⁷

„Die türkische Regierung schlug immer wieder Alarm, angesichts der stetig steigenden Zahl syrischer Flüchtlinge, die sich auf ihr Gebiet retteten.“⁴⁴⁸

Auf nur zwei Nennungen, nicht nur im Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre, sondern über beide Untersuchungszeiträume hinweg betrachtet, kommt die letzte Ausprägung der Kategorie K3, K3.5, die Erwähnung *„positiver ökonomische Effekte durch die Ankunft von Geflüchteten“*, im Rahmen der Berichterstattung vor. Darüber hinaus muss noch weiter einschränkend erwähnt werden, dass die *Nennungen positiver ökonomischer Effekte durch die Ankunft geflüchteter Menschen*, wie die demografische Auffrischung der europäischen Bevölkerungsstruktur und die Ankurbelung der Konjunktur⁴⁴⁹, in beiden erhobenen Artikeln⁴⁵⁰ gleich im nächsten Absatz durch konträre Quellen des Autors widerlegt werden. Die Hauptaussage beider Artikel ist also trotz der Erwähnung der positiven Effekte der Ankunft Geflüchteter stets im Grunde eine Kritik von Migrationsprozessen.

Insgesamt wurden 81 Textstellen erhoben, in denen es zu einer Verwendung von *„Metaphern, Stereotypen oder abwertender Sprache ggü. Geflüchteten“* (K1) kam, dabei stellt die Ausprägung der Verwendung *„abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten“* (K1.2.) die mit Abstand häufigste Kategorie des zweiten Untersuchungszeitraumes dar. Eine genauere Betrachtung⁴⁵¹ identifiziert die negativ konnotierten Metaphern des „Flüchtlingsstromes“ und der „Flüchtlings- oder Fluchtwelle“ als die am häufigsten durch JournalistInnen genannten Begriffe, dicht gefolgt von der Verwendung des abwertenden Begriffes „Asylant“, der auch in modernen Zeiten unreflektiert von den JournalistInnen verwendet wird, um auf negative

⁴⁴⁷ Gnam, Peter: „Wer aller kommt in unser Land?“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2015, S.6.

⁴⁴⁸ Schneider, Wieland: „Erdogan als Grenzwächter Europas - eine riskante Strategie der EU“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.2.

⁴⁴⁹ Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21.

⁴⁵⁰ vgl. Urschitz, Josef: „Die Ökonomen und ihre rosa Brillen“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.15 und Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21.

⁴⁵¹ Insgesamt konnten im Untersuchungszeitraum 2014/2015/2016 45 Textstellen gefunden werden, in denen es zu einer Verwendung negativer Metaphern ggü. Geflüchteten kam. 15 Textstellen verwendeten die Metapher „Strom“, 11 Mal wurden Geflüchtete als „Asylanten“ bezeichnet, jeweils 7 Mal kam es zur Anwendung der Metapher der „Flut/Welle“ und des „Ansturms“ und in 5 Textstellen wurde von einer „Völkerwanderung“ gesprochen.

Entwicklungen im Bereich der Asylpolitik hinzuweisen. Die Bedrohung suggerierenden Metaphern des „Flüchtlingsansturms“ und der „Völkerwanderung“ im Zuge der Berichterstattung über Geflüchtete konnten ebenfalls nachgewiesen werden. Ein Vergleich zwischen der *Kronen Zeitung* und der *Presse* ist im Bereich dieser Kategorie spannend, da die *Kronen Zeitung* eindeutig mehr negative Metaphern innerhalb dieses Untersuchungszeitraumes verwendet (30 Textstellen) als die *Presse* (15 Textstellen). Die aggressiven und Geflüchteten gegenüber sprachlich besonders negativen Metaphern werden hierbei eindeutig öfter von der *Kronen Zeitung* verwendet („Asylanten“ mit 9 Nennungen, „Flüchtlingsansturm“ mit 6 Nennungen und „Völkerwanderung“ mit 4 Nennungen; in der *Presse* ist lediglich 2 Mal von „Asylanten“ die Rede und nur jeweils ein Mal von einer „Völkerwanderung“ und einem „Flüchtlingsansturm“).

Insgesamt 17 Textstellen vermitteln ein „*sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete*“ (K1.6.). In der Mehrzahl der Artikel wird dieses bedrohliche Bild von Geflüchteten durch die Verbindung zwischen AsylwerberInnen und Straftaten erzeugt. Einerseits warnen JournalistInnen beider Tageszeitungen vor einer zunehmenden „Terrorgefahr“ mit der steigenden Zahl der geflüchteten Menschen, andererseits wird ein Anstieg der sexuellen Übergriffe gegen Frauen attestiert:

„Dass nämlich Polizei und auch Gerichte mit Straftaten bis hin zu lebensgefährlichen Verletzungen unter Asylwerbern zu tun haben. Von sexuellen Übergriffen auf Mädchen und Frauen samt Einrichtung einer neuen „Badepolizei“ in Wiens Bädern ganz zu schweigen.“⁴⁵²

„Die von Asylwerbern begangenen Straftaten seien im Vorjahr deutlich gestiegen, darunter auch Vergewaltigungen und ein Mord.“⁴⁵³

„„Für Terroristen ist es ein Leichtes, da [gemeint ist der Fußmarsch großer Gruppen von Geflüchteten von Syrien nach Europa, Anm.] mitzugehen. Viel einfacher, als wenn sie durch Flughafen-Kontrollen müssen. Und nicht jeder Flüchtling ist ein lupenreiner Demokrat.“⁴⁵⁴

Innerhalb von acht Textstellen bemühten JournalistInnen eine sprachliche Trennung und Differenzierung zwischen „*politischen Flüchtlingen*“ und „*Wirtschaftsflüchtlingen*“ (K1.1.), wobei anzumerken ist, dass ausschließlich die *Presse* diese Unterscheidung im Rahmen des zweiten Untersuchungszeitraumes trifft⁴⁵⁵. Der Grundtenor der Berichterstattung beider untersuchter Tageszeitungen ist, dass nachdem eine Unterscheidung stattgefunden habe, nur

⁴⁵² Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 27.04.2016, S.2.

⁴⁵³ Pink, Oliver: „Vor einem Jahr noch undenkbar“, In: *Die Presse* vom 08.09.2016, S.2.

⁴⁵⁴ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 19.12.2015, S.2.

⁴⁵⁵ Alle 8 Textstellen finden sich in der *Presse*.

diejenigen in Österreich bzw. Europa aufgenommen werden dürften, die aus politischen Gründen verfolgt werden. WirtschaftsmigrantInnen würden hingegen eine Belastung für die heimische Wirtschaft darstellen:

„Also am besten nur jene [Flüchtlinge, Anm.], die wirklich verfolgt sind. Und nicht die Wirtschaftsflüchtlinge, die sich an den Treck der Syrerer angehängt haben.“⁴⁵⁶

Im Rahmen der Ausprägung *„Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft“* (K1.5.) kommt es zu teilweise sehr unterschiedlichen Darstellungen von Vorurteilen gegen Geflüchtete einerseits, andererseits werden auch die Vorurteile, die Geflüchtete angeblich über Europa haben, thematisiert⁴⁵⁷.

Fünf Textstellen vergleichen das heutige Schicksal geflüchteter Menschen mit *„Metaphern aus dem christlichen und katholischen Bereich“* (K1.5.), wobei alle Nennungen der *Kronen Zeitung* aus der Kolumne von Michael Chalupka⁴⁵⁸ stammen, der Geflüchtete mit den biblischen Figuren Maria und Josef und deren Herbergssuche vergleicht. Darüber hinaus kommt es in der Tageszeitung *Die Presse* zu einer Thematisierung christlicher Nächstenliebe, die im Umgang mit Geflüchteten Anwendung finden soll⁴⁵⁹.

Ebenfalls in der Kolumne von Michael Chalupka ist die einzige Textstelle im Rahmen dieser Erhebung zu finden, in der Geflüchtete als „kulturelle Bereicherung“ für Österreich bezeichnet werden. In ihr wird der Austausch zwischen österreichischen „FlüchtlingshelferInnen“ und syrischen AsylwerberInnen thematisiert:

„Ja, wir lernen viel voneinander“, [syrische Geflüchtete und österreichische FlüchtlingshelferInnen, Anm.] erzählt eine Gastgeberin, die die kleine Wohnung, die eigentlich für die Tochter gebaut wurde, die aber längst in der Stadt wohnt, einer syrischen Flüchtlingsfamilie zur Verfügung stellt. [...].“⁴⁶⁰

⁴⁵⁶ Pink, Oliver: „Der antizipierte Notstand fußt auf Versäumnissen der Vergangenheit“, In: *Die Presse* vom 20.10.2016, S.2.

⁴⁵⁷ Peter Gnam von der *Kronen Zeitung* ist der Meinung, dass Geflüchtete mit falschen Erwartungen nach Österreich bzw. Europa kommen würden und nun enttäuscht wären, da die Realität nicht ihrem Bild entsprechen würde. Wolfgang Böhm hingegen konstatiert, dass seit der Silvesternacht von 2015/2016 Vorurteile in der Debatte um asylpolitische Themen die Diskussion dominieren und fordert ein sich Lichten des „emotionalen Nebels“, der die Sicht auf Fakten verstellt. vgl. Gnam, Peter: „Die Lüge vom Schlaraffenland“, In: *Kronen Zeitung* vom 14.07.2015, S.7 und vgl. Böhm, Wolfgang: „Für Europas Flüchtlingspolitik kann man sich nur schämen“, In: *Die Presse* vom 18.01.2016, S.2.

⁴⁵⁸ vgl. Chalupka, Michael: „Jesus auf der Flucht“, In: *Kronen Zeitung* vom 19.12.2015, S.16.

⁴⁵⁹ Rohrer, Anneliese: „Flüchtlinge: Die Liebe der ÖVP zu Zelten als (un-)christliche Strategie“, In: *Die Presse* vom 04.07.2015, S.29.

⁴⁶⁰ Chalupka, Michael: „Ein Herz für Flüchtlinge“, In: *Kronen Zeitung* vom 04.10.2014, S.16.

Die nächste Kategorie der „*Thematisierung von Asylpolitik/Geflüchteter auf internationaler Ebene*“ (K7) konnte insgesamt in 64 Textstellen nachgewiesen werden. Die häufigste Ausprägung der Kategorie K7 (22 Nennungen) ist die Debatte über „*internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge*“ (K7.2.). Einerseits geht es in ihr um die Aufnahme von sogenannten „Kriegsflüchtlingen“ innerhalb Europas und Österreichs, andererseits findet insbesondere im Rahmen der Berichterstattung der Tageszeitung *Die Presse*⁴⁶¹ eine außenpolitische Debatte über die Auswirkung einer Eskalation internationaler Konflikte auf die Anzahl der Geflüchteten statt. Dabei steht v.a. der Krieg in Syrien im Mittelpunkt dieser Ausprägung der Kategorie:

*„Denn dann [im Falle einer Eskalation des Konfliktes zwischen der Türkei und den kurdischen PKK-Truppen, Anm.] würden erneut unzählige Flüchtlinge versuchen, in die EU zu gelangen - und möglicherweise mehr als jetzt.“*⁴⁶²

Die nächste Ausprägung stellt die „*Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten*“ (K7.4.) dar, die 18 Mal identifiziert werden konnte. Sie wurde erfüllt, wenn es zu einer Kritik der Asylpolitik anderer europäischer und außereuropäischer Staaten kam und die Kritik nicht auf innenpolitischer Ebene stattfand (wie in Kategorie K5). Zentrum der journalistischen Kritik sind einerseits die Staaten Italien und Griechenland und deren ineffiziente Maßnahmen Geflüchtete von einer Weiterreise in andere EU-Staaten abzuhalten:

*„[...] Der desolate und prekäre Zustand der überfüllten Aufnahmezentren ist auch durch die enormen Flüchtlingszahlen nicht zu rechtfertigen - ebenso wenig, dass viele dieser Zentren von der Mafia kontrolliert werden. Die lahme, schleppende Bürokratie führt zu langwierigen Bearbeitungen von Asylanträgen, die auch nur ein Minimum an Legalisierungen nahezu unmöglich machen. Eklatant deutlich wurde der politische Unwille zu einer humanitären Flüchtlingspolitik im Herbst: Damals beschloss die Regierung Renzi, die Mittelmeer-Rettungsmission Mare Nostrum einzustellen - mit dem Argument, dass die EU eine Teilnahme daran verweigert hatte.“*⁴⁶³

Andererseits werden osteuropäische Staaten dafür kritisiert, dass sie keinerlei Ambitionen zeigen würden einer „fairen“ Verteilung von geflüchteten Menschen auf europäischer Ebene zuzustimmen. Darüber hinaus wird explizit Ungarn für den „unmenschlichen Umgang“ mit Geflüchteten kritisiert.

Insgesamt 16 Nennungen konnten bei der Ausprägung „*Seenotrettung; Mittelmeermissionen;*

⁴⁶¹ Deutlich mehr Textstellen, die sich mit der internationalen Berichterstattung über Geflüchtete befassten, konnten in der Presse (40 Textstellen) als in der Kronen Zeitung (24 Textstellen) gefunden werden.

⁴⁶² Schneider, Wieland: „Erdogan als Grenzwächter Europas - eine riskante Strategie der EU“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.2.

⁴⁶³ Bastaroli, Susanna: „Die Flüchtlinge müssen gerettet werden - notfalls ohne EU“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.2.

„Bootsflüchtlinge“ (K7.1.) gefunden werden. Im Rahmen dieser Unterkategorie thematisieren JournalistInnen die Fluchtroute von afrikanischen Staaten in die EU, meist nach Italien und Griechenland. Während Rettungsmissionen der Marine bestimmter EU-Staaten oder von NGOs eine untergeordnete Rolle spielen, thematisieren die JournalistInnen in den meisten Fällen die zahlreichen Toten, die im Laufe der Jahre auf der „Mittelmeerroute“ zu beklagen waren und machen als Hauptschuldigen klar die Untätigkeit der EU bzw. das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik am Widerstand einzelner EU-Staaten aus:

„Wieder einmal war ein mit Flüchtlingen über die Kapazitätsgrenze überladenes Schiff auf der Fahrt Richtung Europa gekentert. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik hat sich spätestens im vergangenen Jahr als die große Schwachstelle der diesbezüglich von den Nationalstaaten meist im Stich gelassenen EU erwiesen.“⁴⁶⁴

Thematisch schließt die Ausprägung K7.3. *Schlepperwesen* mit insgesamt 8 Nennungen an die vorige Unterkategorie K7.1. an, denn im Zuge der Debatte über ein international agierendes „Schlepperwesen“ kommt es ebenso zur Thematisierung der Mittelmeerroute. Hauptsächlich geht es in den erhobenen Textstellen darum, dass sogenannte Schlepper durch den Transport geflüchteter Menschen hohe Gewinne erzielen:

„[...] Die EU-Grenzschutztruppe Frontex berichtete bei einem Polizeikongress in Berlin, dass Menschenhändler im Mittelmeerraum Millionenprofite machen, indem sie führerlose Frachtschiffe mit Flüchtlingen vollgepackt von Afrika Richtung Europa schicken. Die Bosse kassieren pro Flüchtling für eine Überfahrt nach Italien 6000 Dollar.“⁴⁶⁵

Insgesamt 52 Textstellen befassen sich mit Asylpolitik auf der Ebene der Europäischen Union (K6), wobei davon 25 Textstellen die europäische Asylpolitik direkt kritisieren (K6.1.) und es in 27 Textstellen über das allgemeine Vorgehen der EU in Asylfragen (K6.2.) geht.

Kritisiert werden insbesondere fehlende Lösungen und Maßnahmen im Bereich der EU-weiten Asylpolitik, zwar wird an manchen Textstellen angeführt, dass einzelne Nationalstaaten die Hauptschuld an den fehlenden Beschlüssen der EU haben, nicht selten wird aber auch die innere Zerstrittenheit der EU-Institutionen als Grund für die Untätigkeit und das „Versagen“ der Europäischen Union auf dem Gebiet der Asylpolitik angeführt:

⁴⁶⁴ Neuwirth, Dietmar: „Ambivalente Signale vom Wiener Ballhausplatz“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.2.

⁴⁶⁵ Gnam, Peter: „16 Asylwerber und ein Aufstand der Bürger/ Wie starb Jörg Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 28.02.2015, S.2.

„Während die EU-Kommission bei all ihrer inneren Zerrissenheit zumindest Pläne zur Organisation und Eindämmung der Flüchtlingswelle entwickelt, hemmen sich die 28 Regierungen durch nationale Interessen seit Wochen gegenseitig.“⁴⁶⁶

„Das Totalversagen der EU-Spitze in der Flüchtlingskrise hat Folgen, über die sich niemand zu wundern braucht: Wie vorhergesagt, löste diese Führungsschwäche einen politischen Frühling für den Rechtspopulismus in vielen EU-Staaten aus.“⁴⁶⁷

Die zweite Ausprägung von K6 „Asylpolitik auf EU-Ebene“ (K6.2.) weist 27 Textstellen auf. In dieser Unterkategorie thematisieren JournalistInnen EU-Maßnahmen und EU-weite Verordnungen ohne diese wie in der vorigen Ausprägung (K6.1.) zu bewerten. Beispiele für diese Ausprägung der Kategorie wären Debatten über EU-Gipfel, das Funktionieren der Dublin-III-VO oder der Schengen-Grenzen.

Abschließend ist bei einer Betrachtung der Kategorie K6 zu erkennen, dass sich die Kritik der Asylpolitik der EU nahezu gleich auf die Berichterstattung beider Tageszeitungen verteilt (K6.1.: *Kronen Zeitung*: 12 Textstellen und *Die Presse*: 13 Textstellen). Eindeutig häufiger vertreten ist allerdings *Die Presse*, wenn es darum geht auf eine neutrale Weise von den Funktionsweisen der EU-Institutionen im Bereich der Asylpolitik zu berichten (K6.2.: *Kronen Zeitung* 5 Textstellen, *Die Presse* 22 Textstellen).

Darüber hinaus ist an dieser Stelle noch einmal klar zu erkennen, dass im Bereich der außenpolitischen Berichterstattung über geflüchtete Menschen die Tageszeitung *Die Presse* eindeutig mehr Textstellen vorzuweisen hat, als die *Kronen Zeitung*. Bei einer gemeinsamen Betrachtung der außenpolitischen Kategorien K6 (Europäische Union) und K7 (Außenpolitik) kommt *Die Presse* auf insgesamt 75 Textstellen, die *Kronen Zeitung* dahingegen nur auf 41.

Innerhalb der Kategorie K2: „Lösungsvorschläge im Bereich Asylpolitik“ dominiert die Ausprägung der Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten (K2.3.) mit insgesamt 19 Nennungen. Etwa die Hälfte der Textstellen beschäftigt sich mit der „fairen“ Aufteilung von Geflüchteten unter den neun österreichischen Bundesländern, die andere Hälfte mit einer EU-weiten Verteilung der ankommenden Geflüchteten. Beide Varianten dieser Ausprägung beschäftigen sich mit dem Scheitern der politischen Verhandlungen über eine Aufteilung der ankommenden Geflüchteten auf landes- und auch EU-Ebene, sehen aber dennoch eine „faire Verteilung“ der Geflüchteten als eine mögliche Lösungsstrategie für die wahrgenommene Krisensituation:

⁴⁶⁶ Böhm, Wolfgang: „Flüchtlinge, Lügen und Europas Realitäten“, In: *Die Presse* vom 22.10.2015, S.2.

⁴⁶⁷ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: *Kronen Zeitung* vom 16.01.2016, S.2.

„Die Fahrt oder den Marsch über die Balkanroute zu verunmöglichen, zeitgleich syrischen Flüchtlingen aus der Türkei den Transfer in die EU zu ermöglichen, wo sie auf alle (!) Mitgliedsländer aufgeteilt werden, muss das klare Ziel und Interesse aller sein, die das Problem entschärfen wollen.“⁴⁶⁸

Vor allem für JournalistInnen der *Presse* stellt die Lösungsstrategie der Leistung von „Entwicklungshilfe“ in den Herkunftsstaaten der Geflüchteten ein valides Mittel dar, um die Zahl der ankommenden Geflüchteten in Zukunft einzuschränken:

„Verbesserungen der (auch und vor allem finanziellen) Hilfe in den Ausgangspunkten der Flucht, des Kampfs gegen Schlepper, des Schutzes der EU-Außengrenze und endlich auch eine faire Verteilung jener Flüchtlinge, die es nach Europa geschafft haben.“⁴⁶⁹

Wesentlich weniger, zwei Textstellen, beschäftigen sich im Zuge der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* mit Entwicklungshilfe, diese wird auch nicht unbedingt als praktikable Lösungsstrategie betrachtet:

„Höchste Skepsis ist angebracht, vom Füllhorn amtlicher „Entwicklungshilfe“ ein rasches Ende der afrikanischen Flüchtlingswelle zu erwarten.“⁴⁷⁰

Die Thematisierung einer Begrenzung der Zahl der *Geflüchteten* / „*Flüchtlingsquoten*“ / „*Obergrenzen*“ (K2.2.) findet mit insgesamt 7 Nennungen verhältnismäßig selten im Zuge der Berichterstattung beider Tageszeitungen statt, in ihr werden weniger EU-weite Maßnahmen als eher Quoten auf nationaler Ebene (Bundesländer) thematisiert. Lediglich ein Artikel der *Presse* bewertet das Etablieren von nationalen Obergrenzen bei der Aufnahme geflüchteter Menschen eindeutig positiv:

„Sofern noch jemand eine Begründung für die Flüchtlingsobergrenze sucht - für den Fall, dass er von Vertretern einer NGO, linken Politikern oder Social-Media-Meinungsmachern in eine Debatte darüber verwickelt werden sollte: Bis zu 90 Prozent jener Menschen, die zu uns kommen, würden auch nach negativem Asylbescheid nicht wieder abgeschoben.“⁴⁷¹

Nur vier Nennungen verzeichnet die letzte Ausprägung von K2, die Thematisierung eines „*militärischen Grenzschatzes*“ (K2.4.). In zwei Textstellen wird der Schutz der EU-Außengrenze als Lösungsstrategie in Erwägung gezogen, während Michael Jeanné von der *Kronen Zeitung* einen Grenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres befürwortet, der vor

⁴⁶⁸ Nowak, Rainer: „Der österreichische Drahtseilakt“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.2.

⁴⁶⁹ Neuwirth, Dietmar: „Ambivalente Signale vom Wiener Ballhausplatz“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.2.

⁴⁷⁰ Seinitz, Kurt: „Klartext“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.4.

⁴⁷¹ Pink, Oliver: „Der antizipierte Notstand fußt auf Versäumnissen der Vergangenheit“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.2.

dem „*unkontrollierte[n] Hereinströmen zehntausender Flüchtlinge*“⁴⁷² schützen soll.

Die Kategorie K4 beschreibt die „*Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und Kriminalität, Terrorismus, oder Gewalt*“. Insgesamt konnte diese Verbindung in 32 Textstellen nachgewiesen werden. Die JournalistInnen machen sich im Zuge von insgesamt 16 Textstellen über die Terrorgefahr Gedanken, die Österreich durch die Aufnahme geflüchteter Menschen drohen könnte:

*„Angesichts dieser Studie über zugewanderte Kriminalität wundert es wenig, dass laut aktuellem IMAS-Test der Flüchtlingsstrom samt Anstieg von Verbrechen und der Terrorgefahr den Österreichern über viele Jahre die allermeisten Sorgen bereiten wird.“*⁴⁷³

Im Zuge anderer Textstellen wird die Verbindung zwischen Geflüchteten und radikalen religiösen Elementen ebenfalls hergestellt, wobei aber auch auf die Bedeutsamkeit von Integrationsmaßnahmen als Mittel zur Terrorismus-Prävention hingewiesen wird:

*„Dennoch wird man gut beraten sein, die Flüchtlinge, die bei uns bleiben wollen, nicht an den Rand der Gesellschaft zu drängen und in Ghettos sich selbst - und den Verführungen des radikalen Islamismus - zu überlassen.“*⁴⁷⁴

Ähnlich häufig kommt es zu einer Herstellung einer „*Verbindung zwischen geflüchteten Menschen und Straftaten*“ (K4.1. mit 14 Nennungen). In vielen der Fälle geht die Berichterstattung über begangene Straftaten von Geflüchteten mit der Erzeugung eines bedrohlichen sprachlichen Bildes einher (vgl. Ankerbeispiele für K1.6. weiter oben). Einerseits kommt es zu einer konkreten Berichterstattung begangener Straftaten von AsylwerberInnen. Auf der anderen Seite ist ein subtiler Unterton mancher Journalisten zu erkennen, der mit der zunehmenden Ankunft von Geflüchteten auch einen Anstieg bestimmter Straftaten in Verbindung setzt, explizit im Bereich der Gewaltakte und der sexuellen Belästigung:

*„In diesem Zusammenhang macht man sich dann auch Gedanken, warum tagtäglich in den Zeitungen von Flüchtlingen, Asylanten usw. die Rede ist, die im Verdacht stehen, Straftaten bzw. Gewaltakte verübt zu haben.“*⁴⁷⁵

⁴⁷² Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.4.

⁴⁷³ Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 05.11.2016, S.2.

⁴⁷⁴ Pink, Oliver: „Paris ändert alles - am besten die eigenen Gewissheiten“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.2.

⁴⁷⁵ Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 23.08.2014, S.2.

„[...] Richtig ist aber auch, dass es unter den Flüchtlingen, aber auch bei uns geborenen Zuwanderern der zweiten und dritten Generation Jugendliche gibt, die Frauen als Freiwild betrachten.“⁴⁷⁶

In der *Kronen Zeitung* kommt es im Rahmen dieses Untersuchungszeitraumes doppelt so häufig zur Herstellung einer Verbindung zwischen Kriminalität. Gemeinsam kommen die Ausprägungen K4.1. und K4.2. in der *Kronen Zeitung* auf 20 Textstellen, in der *Presse* auf 10 Textstellen.

Nur zwei Textstellen befassen sich mit Gewalt, die gegen Geflüchtete begangen wurde (K4.3.), wobei hierbei zu erwähnen ist, dass beide Textstellen Gedankenspiele darstellen und nicht die Berichterstattung über tatsächliche Straftaten, die gegen Geflüchtete begangen wurden, darstellen.

Die Kategorie K9, welche die *„Rolle von Zivilgesellschaft, NGOs und Religionsgemeinschaften bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten“* behandelt, kam 22 Mal im Zuge der untersuchten Artikel vor. Die Ausprägung K9.1: *„humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure“* wurde an 13 Textstellen der Berichterstattung identifiziert. Insbesondere die Ankunft einer großen Anzahl geflüchteter Menschen auf dem Wiener Westbahnhof und die anschließende Erstversorgung der Angekommenen durch die österreichische Bevölkerung in Zusammenarbeit mit NGOs und nicht-staatlichen Akteuren (wie z.B: der Caritas) wird im Zuge dieser Kategorie thematisiert:

„Schön und sehr sympathisch war dieses Wochenende der Menschlichkeit auf dem Wiener Westbahnhof: Toll, wie die Caritas mit den wirklichen Machern unserer Stadt (an dieser Stelle auch ein besonderes Danke an Harry Kopietz & Christian Kern) gemeinsam mit den Wiener Frauen und vielen Jugendlichen Tausende Flüchtlinge versorgt haben.“⁴⁷⁷

„Zum ersten Mal seit Langem hat die Zivilgesellschaft in der Flüchtlingskrise Kräfte mobilisiert, von denen sie wahrscheinlich gar nicht mehr wusste, dass sie vorhanden sind.“⁴⁷⁸

Die Ausprägung K9.2. *„Demonstrationen im Bereich Asylpolitik“* beschreibt einerseits die Berichterstattung über Demonstrationen gegen AsylwerberInnen (3 Textstellen), die Mehrheit der Textstellen befasst sich allerdings mit Demonstrationen, die Rechte für AsylwerberInnen einfordern.

Insgesamt 18 Textstellen innerhalb der Berichterstattung von *Kronen Zeitung* und *Presse* beschäftigen sich mit der *„Rechtsstellung und der Integration von Geflüchteten“* (K8). Acht

⁴⁷⁶ Gnam, Peter: „Eine Treibjagd und die Folgen“, In: *Kronen Zeitung* vom 08.01.2016, S.2.

⁴⁷⁷ Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: *Kronen Zeitung* vom 10.09.2015, S.24.

⁴⁷⁸ Rohrer, Anneliese: „Das Ende der Nutzt-nix-Gesellschaft Druck von unten nicht sinnlos“, In: *Die Presse* vom 19.12.2015, S.43.

Mal konnte die Ausprägung „Integration“ (K8.3.) im Zuge der Berichterstattung festgestellt werden. Während die Bezeichnung der Ausprägung darauf schließen lassen könnte, dass von den JournalistInnen darüber debattiert wird, wie die Integration der Geflüchteten in Österreich am effizientesten funktionieren könnte, wird zu einem überwiegenden Teil ausschließlich davon gesprochen, wie viel die Integration der AsylwerberInnen den Staat kosten wird bzw. wie schwierig sich die Integration der Geflüchteten auf dem Arbeitsmarkt gestalten wird. Die Kosten, die durch geflüchtete Menschen entstehen könnten, stehen hier eindeutig im Vordergrund:

„In Österreich ist es ähnlich [wie in Deutschland, Anm.] – auch wir sind bei Ausgaben für Flüchtlingsbetreuung, Mindestsicherung und Integration im Milliardenbereich angelangt.“⁴⁷⁹

„Die Mehrheit [ausgewählter Wirtschaftsexperten, Anm.] (53 Prozent) glaubt, dass die Integration niedrig qualifizierter Asylwerber in den Arbeitsmarkt nur mit einer Absenkung des Mindestlohns halbwegs funktionieren könne, bei der Frage nach der Finanzierung der Flüchtlingskosten liegen die Antworten Neuverschuldung und Steuerhöhungen vorn.“⁴⁸⁰

Bei einer genaueren Betrachtung der Berichterstattung über „*Fluchtgründe*“ (K8.1.mit 5 Nennungen) ist zu erkennen, dass die Verfolgung und Vertreibung durch religiöse Fundamentalisten, namentlich dem Islamischen Staat (IS) in Syrien und dem Irak, am öftesten von JournalistInnen thematisiert wird:

„Die Verbrechen des IS und der Machtkampf zwischen sunnitischen Stämmen und der Regierung in Bagdad treiben auch im Irak Hunderttausende in die Flucht.“⁴⁸¹

Die letzte Ausprägung der Kategorie K8 stellt die allgemeine „*Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen dar*“ (K8.2.) dar, die an 4 Textstellen gefunden werden konnte. Die Genfer Flüchtlingskonvention wird hierbei an drei verschiedenen Textstellen erwähnt, in allen Fällen geht es darum, bei der Verschärfung asylrechtlicher Maßnahmen nicht mit dieser in Konflikt zu geraten:

„Europa müsste für einen solchen Grenzschutz [Zurückweisung von tausenden von Menschen an den Grenzen, Anm.] das Völkerrecht (die Flüchtlingskonvention) und gleichzeitig seine eigenen Grundwerte brechen.“⁴⁸²

⁴⁷⁹ Gnam, Peter: „Keine Alternative zur Notbremse!“, In: Kronen Zeitung vom 08.09.2016, S.2.

⁴⁸⁰ Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21.

⁴⁸¹ Schneider, Wieland: „Die EU-Staaten haben in der Flüchtlingsfrage versagt“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.2.

⁴⁸² Böhm, Wolfgang: „Flüchtlinge, Lügen und Europas Realitäten“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.2.

Die Kategorie, die im geringsten Ausmaß gefunden werden konnte, stellt *K10: Medienkritik* dar. Im Zuge dieser Kategorie können keine Ankerbeispiele für mehrere Fälle der Berichterstattung sprechen, da die Textstellen teilweise sehr unterschiedliche Phänomene beschreiben. So kommt es etwa zur Kritik einzelner Medien (*ORF, BILD-Zeitung, Kronen Zeitung* u.a.), der Kritik an der medialen Verbreitung sogenannter „Fake News“ und einer Kritik daran, dass die Medienlandschaft unzureichend über den Krieg in Syrien berichtet.

7.3. Beantwortung der Forschungsfragen

Durch die Erhebung und Interpretation der quantitativen und qualitativen Ergebnisse konnten ausreichend Daten gesammelt werden, um die Forschungsfragen beantworten zu können. Die Beantwortung der ersten forschungsleitenden Fragestellung fokussiert den Vergleich der gemeinsamen Berichterstattung von *Kronen Zeitung* und der *Presse* über die Untersuchungszeiträume der 1990er Jahre und der 2010er Jahre. Die zweite forschungsleitende Fragestellung beschäftigt sich mit einem Vergleich der Berichterstattung der einzelnen Tageszeitungen. Die abgeleiteten Forschungsfragen, die sich mit den bisherigen theoretischen Erkenntnissen der Medien- und Migrationsforschung beschäftigen, werden im Zuge der Diskussion der Ergebnisse beantwortet.

FF1: *Inwiefern unterscheidet sich die Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen Die Presse und Kronen Zeitung über geflüchtete Menschen in den Zeiträumen der 1990er Jahre (postjugoslawische Kriege) und der 2010er Jahre (syrischer Bürgerkrieg)?*

Als erstes muss auf die unterschiedliche Intensität der Berichterstattung in den beiden Zeiträumen hingewiesen werden: Während durch die Erhebungsmethode der „künstlichen Woche“ innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes (1991, 1992, 1998) 386 Artikel erhoben wurden, stieg die Anzahl der Artikel im zweiten Untersuchungszeitraum (2014, 2015, 2016) mit 1013 erhobenen Artikeln stark an. Ein ähnliches Ergebnis findet sich auch bei einer Betrachtung der ausgewählten qualitativen Artikel: Von den insgesamt 180 qualitativ untersuchten Artikeln, die eine *Meinungsdarstellungsform* aufwiesen, finden sich 36 innerhalb des Zeitraums der 1990er Jahre und 144 im Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre. Als erste wesentliche Unterscheidung kann also die schiere Menge an veröffentlichten Artikeln gesehen werden, die auch als ein Hinweis auf den Bedeutungszuwachs des Themas „Geflüchtete und Asylpolitik“ bei den JournalistInnen von *Kronen Zeitung* und der *Presse*

interpretiert werden kann.

Zunächst erscheint ein erneuter Hinweis auf die Ergebnisse der quantitativen Untersuchung⁴⁸³ sinnvoll, um einen der größten Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen zu verdeutlichen: Das Thema „Geflüchtete“ war im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre zunächst ein außenpolitischer Diskurs, bevor das Thema im Zuge der Berichterstattung der 2010er Jahre vor einem innenpolitischen und ökonomischen Hintergrund innerhalb der Berichterstattung der *Presse* und *Kronen Zeitung* debattiert wurde.

Eine erste inhaltliche Unterscheidung zwischen den Zeiträumen der 1990er und 2010er Jahre kann im Bereich der „innenpolitischen Thematisierung Geflüchteter“ (K5) gefunden werden. Wenn innerhalb des Untersuchungszeitraumes der 1990er Jahre über Geflüchtete berichtet wurde, dann meist über „restriktive Maßnahmen“ (K5.4.) im Bereich der österreichischen Innenpolitik. Im Zuge der Thematisierung dieser Maßnahmen (wie z.B: Grenzsicherungen, Obergrenzen, Kürzung von Sozialleistungen für Geflüchtete etc.) kommt es allerdings seltener als in den 2010er Jahren zu expliziten Wertungen durch die JournalistInnen, vielmehr ist eine innenpolitische Debatte über den Umgang mit Geflüchteten in beiden Tageszeitungen zu erkennen. Im Unterschied zu den 2010er Jahren findet innerhalb der innenpolitischen Berichterstattung der 1990er Jahre deutlich weniger direkte Kritik an österreichischen PolitikerInnen bzw. Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung statt (K5.2.). Einerseits befürworten JournalistInnen restriktive innenpolitische Maßnahmen innerhalb des Untersuchungszeitraumes der 2010er Jahre, andererseits kommt es zu einer Kritik „liberaler Positionen“ von Organisationen und PolitikerInnen, die sich für die Rechte Geflüchteter einsetzen. Im Großen und Ganzen ist innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes zu erkennen, dass die JournalistInnen restriktive Maßnahmen im Bereich der Asylpolitik befürworten oder zumindest akzeptieren. Jedenfalls werden keinerlei Alternativen zu restriktiven Maßnahmen genannt. Ein bedeutender Unterschied zu der Berichterstattung von JournalistInnen der *Presse* und *Kronen Zeitung* der 1990er Jahre ist die aufkommende Kritik an der österreichischen Asylpolitik (K5.2.), hierbei ist aber anzumerken, dass es zu keiner Kritik bestimmter restriktiver innenpolitischer Maßnahmen kommt, sondern vielmehr wird eine generelle „Untätigkeit“ der österreichischen Politik, insbesondere der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, kritisiert. Somit bleibt festzuhalten, dass im Zeitraum der 2010er Jahre durchaus Kritik an der österreichischen und auch europäischen Asylpolitik (K6.1.) Raum innerhalb der Berichterstattung fand, diese Kritik ist jedoch meist allgemein gehalten und kritisiert oft Parteien, die große Koalition oder EU-Institutionen. Konstruktive

⁴⁸³ Siehe Unterkapitel „Ergebnisse der quantitativen Untersuchung“ weiter oben.

Vorschläge durch die JournalistInnen bleiben aus. Ein weiterer Unterschied zwischen der Berichterstattung der 1990er und 2010er Jahre betrifft die Thematisierung der „Rolle der Bundeshauptstadt Wien bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten“ (K5.7.). Während Wien im Zeitraum der 1990er Jahre keinerlei Raum innerhalb der Berichterstattung einnimmt, wird der Stadt im Zuge der Berichterstattung der 2010er Jahre eine wichtige Rolle zugeschrieben, insbesondere steht sie im Zentrum einer Kritik der JournalistInnen, wenn es um den Diskurs über Sozialleistungen für Geflüchtete geht.

„Sozialleistungen für Geflüchtete“ (K3.3.) werden im Zeitraum der 1990er Jahre an keiner Textstelle thematisiert, diese beginnen erst im Zuge der zunehmenden Behandlung des Themas „Geflüchtete unter innenpolitischen Aspekten“ (K5) innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes an Bedeutung zu gewinnen. Während Geflüchtete im Zeitraum der 1990er Jahre durch die JournalistInnen der *Presse* und *Kronen Zeitung* nur sehr selten als finanzielle Belastung bewertet werden, nimmt diese Interpretation innerhalb der Berichterstattung der 2010er Jahre deutlich zu, auch im Rahmen der Themen „Sozialleistungen“ und wenn es um die Versorgung Geflüchteter durch die Stadt Wien geht, werden geflüchtete Menschen häufig als wirtschaftlicher Belastungsfaktor betrachtet.

Wie bereits am Beginn der Beantwortung der Forschungsfrage erwähnt, dominiert eine außenpolitische Berichterstattung den journalistischen Diskurs beider Tageszeitungen über geflüchtete Menschen in den 1990er Jahren. Im Zuge der außenpolitischen Berichterstattung dominieren in beiden Tageszeitungen die Thematisierung der Regionen „Jugoslawien“ (in den 1990er Jahren) und „Syrien“ (in den 2010er Jahren).

Eine erwähnenswerte Besonderheit des Untersuchungszeitraumes der 2010er Jahre ist im Bereich der „Kriminalitätsberichterstattung“ (K4) zu finden, im Zuge der Berichterstattung über Geflüchtete aus der Herkunftsregion des „Nahen Ostens“ bzw. dem arabischen Raum wird an einigen Stellen eine latente Terrorgefahr suggeriert. Die Gefahr, dass Österreich durch die Aufnahme geflüchteter Menschen ein Ziel von Anschlägen extremistischer Gruppen werden könnte, wird an einigen Textstellen in Erwägung gezogen.

Neben den erwähnten Unterschieden der Untersuchungszeiträume der 1990er und 2010er Jahre gibt es ebenfalls Muster innerhalb der Berichterstattung, die zu beiden Untersuchungszeiträumen festgestellt werden konnten: In beiden Tageszeitungen kommt es zu einer „Verwendung abwertender Sprache“ (K1.2.) im Zuge der Berichterstattung über Geflüchtete. Bei einem direkten Vergleich der Untersuchungszeiträume wird ersichtlich, dass die Präsenz negativer sprachlicher Wendungen und Metaphern zwar in den 1990er Jahren

präsen­ter ist⁴⁸⁴, dennoch konnte in beiden Tageszeitungen auch im Untersuchungszeitraum der 2010er Jahre deutliche Elemente abwertender sprachlicher Mittel nachgewiesen werden. Darüber hinaus kommt es in beiden Untersuchungszeiträumen zu einer Verbindung zwischen der „Kriminalitätsberichterstattung über Geflüchtete“ (K4.1.) und der „Erzeugung eines bedrohlichen sprachlichen Bildes“ (K1.6.). Vereinfacht gesagt kommt es in diesen Fällen weniger zu einer konkreten Thematisierung von Straftaten, die durch Geflüchtete begangen wurden, sondern vielmehr zu der generellen Unterstellung der JournalistInnen, Geflüchtete würden generell mehr Straftaten bestimmter Art begehen. Insgesamt nimmt aber die Thematisierung über Straftaten, die durch geflüchtete Menschen begangen wurden, in beiden Zeiträumen einen geringen Teil der Berichterstattung ein.⁴⁸⁵

Gemeinsamkeiten innerhalb der Berichterstattung beider Untersuchungszeiträume finden sich bei der Fragestellung, welche Themen im Zuge der Analyse als „unterrepräsentiert“ und durch JournalistInnen als wenig beachtet identifiziert werden konnten: Nur in Ausnahmefällen konnten im Zuge der Erhebung Textstellen gefunden werden, die Geflüchtete als potentielle Bereicherung für die österreichische Kultur oder Wirtschaft sahen, vielmehr scheinen die negativen Gegenbeispiele einer „ökonomischen Belastung“ oder einer „kulturellen Bedrohung“ (Straftaten, Terrorgefahr) den Diskurs bestimmt zu haben.

FF2: *Inwiefern unterscheidet sich die Berichterstattung über Geflüchtete innerhalb der österreichischen Qualitätszeitung Die Presse von der Berichterstattung des Boulevardmediums Kronen Zeitung? Kann aus den Blattlinien der Tageszeitungen auf die Berichterstattung über geflüchtete Menschen geschlossen werden?*

Einer der auffälligsten Unterschiede der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* und der *Presse* ist die häufiger verwendete negative Sprache der *Kronen Zeitung*. Die Mehrheit der abwertenden Begriffe (z.B: Bezeichnung Geflüchteter als „Asylanten“ oder die Rede von einer „Völkerwanderung“) sind eindeutig häufiger innerhalb der Berichterstattung des

⁴⁸⁴ Insgesamt kommt es in 16 von 93 (17%) Textstellen der Berichterstattung der 1990er Jahre zu einer Verwendung negativer sprachlicher Elemente ggü. Geflüchteten, im Zeitraum der 2010er Jahre in 45 von 583 Textstellen (ca.7%)

⁴⁸⁵ 38 Textstellen können der Kategorie K4 zugerechnet werden, dies sind bei einer Gesamtzahl von 678 Textstellen ca. 5%.

Boulevardmediums zu identifizieren⁴⁸⁶. Darüber hinaus kommt es im Zuge der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* an einigen Textstellen zu Unterstellungen, dass Geflüchtete (meist sind AsylwerberInnen aus dem arabischen Raum gemeint) tendenziell bestimmte Straftaten begehen würden, ohne dafür konkrete Nachweise zu nennen⁴⁸⁷. Im Zuge dieses Ergebnisses kann erneut auf den Befund von Harald Fidler (2008)⁴⁸⁸ verwiesen werden, auch im Bereich der Berichterstattung über Geflüchtete kommt es zu einer Anwendung „rassistischer Untertöne“ durch JournalistInnen der *Kronen Zeitung*.

Auch im Bereich der innenpolitischen Berichterstattung über Geflüchtete konnten Unterschiede zwischen den beiden Tageszeitungen gefunden werden. Die *Kronen Zeitung* handelt auch im Bereich der Thematisierung restriktiver asylpolitischer Maßnahmen ganz nach ihrem vertrauten Muster: Nach dem Schema des „Kampagnenjournalismus“⁴⁸⁹ kommt es zu einer klaren politischen Positionierung der JournalistInnen der *Kronen Zeitung*, an vielen Stellen werden explizit einzelne restriktive Maßnahmen oder PolitikerInnen, die diese gesetzlich umgesetzt oder ermöglicht haben, explizit gelobt und befürwortet. Eine klare Befürwortung der restriktiven Maßnahmen gegen geflüchtete Menschen sowie die Kritik einer liberalen Asylpolitik findet inhaltlich klar innerhalb der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* statt. Die innenpolitische Berichterstattung der *Presse* ist auf der anderen Seite dadurch geprägt, dass die Auswirkungen der Maßnahmen der österreichischen Asylpolitik auf einer außenpolitischen Ebene betrachtet werden. Der Fokus auf außenpolitische Thematisierung geflüchteter Menschen ist das zentrale Merkmal der *Presse*, das im Zuge der vorliegenden Arbeit identifiziert werden konnte. Deutlich häufiger als die *Kronen Zeitung* berichtet *Die Presse* im Kontext außenpolitischer Themen über Geflüchtete. Darüber hinaus werden ebenso internationale Konflikte, welche eine große Anzahl an geflüchteten Menschen hervorgerufen haben, häufiger im Rahmen der Berichterstattung der *Presse* thematisiert. Bei einer gemeinsamen Betrachtung der außenpolitischen Berichterstattung (K7) und der Berichterstattung der *Presse* über EU-Themen (K6) werden diese Unterschiede zwischen den

⁴⁸⁶ Im Zuge der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* konnte insgesamt innerhalb von 9 Textstellen die Bezeichnung „Asylant“ nachgewiesen werden. Darüber hinaus verwendeten JournalistInnen der *Kronen Zeitung* sechs Mal den Begriff des „Flüchtlingsansturms“ und vier Mal die Bezeichnung „Völkerwanderung“. Im Vergleich dazu verwenden die JournalistInnen der *Presse* lediglich zwei Mal den Begriff „Asylanten“ und jeweils nur an einer einzigen Textstelle die Begriffe „Völkerwanderung“ und „Flüchtlingsansturm“.

⁴⁸⁷ Insgesamt konnten 23 Textstellen gefunden werden, in denen eine „Bedrohung“ mit geflüchteten Menschen assoziiert wurde, allein 19 davon im Rahmen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung*.

⁴⁸⁸ vgl. Fidler, 2008, S.213.

⁴⁸⁹ vgl. Fidler, Harald (2019): Eintrag „Kronen Zeitung“. In: Das Medienlexikon. Online unter (Zugang muss erworben werden, Anm.): <https://diemedien.at/stichwort/kronen-zeitung-2/?v=fa868488740a>, Zugriff am 04.06.2019.

beiden österreichischen Tageszeitungen besonders deutlich.⁴⁹⁰ Ebenso ist es ausschließlich die *Presse* die, meist im Zuge internationaler Konflikte, auch Fluchtgründe, wie die Vertreibung und Verfolgung der Geflüchteten, thematisiert. Diese konnten an den ausgewählten Untersuchungstagen in keiner Textstelle der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* gefunden werden.

Bei einer Betrachtung der Berichterstattung beider Medien über ökonomische Themen, fällt auf, dass die *Kronen Zeitung* häufiger als *Die Presse* über die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen berichtet. Dabei stehen insbesondere Probleme bei der Unterbringung Geflüchteter in „Lagern“ und die Knappheit von Wohnraum im Vordergrund der Berichterstattung der *Kronen Zeitung*. Beide Tageszeitungen betrachten Geflüchtete allerdings unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen und finanziellen Belastung für Österreich, wobei es im Rahmen der Berichterstattung der *Presse* zu einer komplexeren ökonomischen Analyse der Auswirkungen der Ankunft einer hohen Zahl geflüchteter Menschen kommt.

Insgesamt nimmt die Berichterstattung über die Themen Kriminalität und Straftaten keinen großen Raum in beiden Tageszeitungen ein, die Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und Straftaten bzw. einer Terrorgefahr überwiegt dennoch im Rahmen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung*⁴⁹¹.

Die Rechtsstellung von Geflüchteten, die Rolle der Zivilgesellschaft und NGOs bei der Erstversorgung der AsylwerberInnen werden im Rahmen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* nur an einzelnen Textstellen erwähnt, allerdings nimmt diese auch innerhalb der *Presse* keinen allzu großen Raum ein. Über das Thema der Integration der Geflüchteten (K8.3.) berichten beide österreichische Tageszeitungen, allerdings findet nur im Rahmen der Berichterstattung der *Presse* eine Verbindung zwischen dem österreichischen Bildungssystem und einer gelungenen Integration statt (K5.3.).

7.3.2. Diskussion der Ergebnisse

Im Zuge dieses Unterkapitels sollen die bereits weiter oben dargestellten Forschungsergebnisse der Medien- und Migrationsforschung sowie der

⁴⁹⁰ Die Kategorien K6 und K7 erreichen innerhalb der gesamten Berichterstattung der *Presse* insgesamt 75 Textstellen, in der *Kronen Zeitung* nur 41.

⁴⁹¹ Insgesamt kommt es an 25 Textstellen im Rahmen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* zu einer Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und Straftaten oder terroristischer Aktivität, in der *Presse* nur innerhalb von 10 Textstellen.

kommunikationswissenschaftlichen Forschung über Asyl und Geflüchtete mit den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit verglichen und in Beziehung gebracht werden.

Als erstes soll die prominenteste Hypothese der kommunikationswissenschaftlichen Migrationsforschung, die „These der Negativität“ näher betrachtet werden, die besagt, dass die mediale Berichterstattung über MigrantInnen meist durch negativ-konnotierte Rahmenthemen geprägt ist. Darunter ist zum einen die Berichterstattung über von MigrantInnen begangene Straftaten⁴⁹² miteingeschlossen, die Hypothese meint aber darüber hinaus ebenfalls eine „Bedrohung von Ressourcen“ durch MigrantInnen, die innerhalb der Berichterstattung durch JournalistInnen suggeriert werden würde⁴⁹³. Während manche Studien auch für AsylwerberInnen die Thematisierung in einem Kontext der Kriminalitätsberichterstattung bestätigen konnten⁴⁹⁴, widerspricht eine der rezentesten Arbeiten von Greck (2018)⁴⁹⁵ zu diesem Thema der „Kriminalitätshypothese“ und stellt hingegen die These auf, dass vielmehr „problemorientierte“ Themen wie z.B. Probleme bei Unterbringung und Integration von Geflüchteten den journalistischen Diskurs dominieren würden.

Im Zuge der vorliegenden Arbeit konnte insgesamt die Tendenz einer Berichterstattung im Rahmen von „Negativität“ nachgewiesen werden. Ein bedeutender Teil der gefundenen Kategorien berichtet über geflüchtete Menschen bzw. AsylwerberInnen im Rahmen negativ konnotierter Kontexte.⁴⁹⁶ Die gefundenen negativ geprägten Kategorien stellten einerseits die Berichterstattung über Geflüchtete im Rahmen von Straftaten und Terrorismus dar, enthielten negative sprachliche Bezeichnungen gegenüber Geflüchteten oder thematisierten Geflüchtete im Rahmen einer finanziellen Belastung bzw. als „Kostenfaktor“ für den österreichischen Staat. Darüber hinaus konnten auch in den augenscheinlich neutralen Ausprägungen der Kategorien negative Elemente gegen Geflüchtete identifiziert werden, die zwar nicht explizit

⁴⁹² vgl. Delgado (1972), Ruhrmann & Kollmer (1987), Kühne-Scholand (1987), Galanis (1989) und Geißler (2000), Van Dijk (1991), Meißner und Ruhrmann (2000), Entman und Rojecki (2001), Ruhrmann, Sommer und Uhlemann (2006), Goedeke, Tort et.al. (2016). Für den Sonderfall der Herstellung einer Verbindung zwischen MigrantInnen und Terrorismus vgl. Allievi (2009), Ruhrmann/Sommer/Uhlemann (2006) und Greck (2018).

⁴⁹³ vgl. Predelli (1995), Matei (2011), Helbling (2014), Goedeke/Tort et.al. (2016).

⁴⁹⁴ vgl. Hemmelmann/Wegner, 2016.

⁴⁹⁵ vgl. Greck, 2018.

⁴⁹⁶ Insgesamt 257 Textstellen (=38%) aller untersuchten Zeiträume (1991, 1992, 1998, 2014, 2015, 2016) können „negativen“ Ausprägungen von Kategorien zugeordnet werden (K1.1., K1.2., K1.3., K1.6. K3.1., K3.2., K3.3., K3.4., K4.1., K4.2.).

als negative, aber dennoch zumindest als „problemzentrierte“ Ausprägungen von Kategorien gewertet wurden.⁴⁹⁷

Die in zahlreichen Forschungsarbeiten der kommunikationswissenschaftlichen Migrationsforschung erarbeitete Erkenntnis, dass die Berichterstattung über MigrantInnen durch das Thema Kriminalität dominiert wird, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht bestätigt werden. Zwar konnte an einigen Textstellen die Berichterstattung über Geflüchtete im Rahmen der Kriminalitäts- und Terrorismusberichterstattung eingeordnet werden, bei einer Betrachtung der Gesamtmenge der Artikel und gefundenen Kategorien muss jedoch festgesellt werden, dass die Kriminalitätsberichterstattung einen verhältnismäßig kleinen Anteil innerhalb des journalistischen Diskurses einnimmt. Damit konnten die Ergebnisse von Zierer (1998) und Goedeke, Tort et.al. (2016)⁴⁹⁸, dass die Kriminalitätsberichterstattung einen bedeutsamen Faktor im Zuge der Berichterstattung über Geflüchtete einnimmt nicht bestätigt werden. Allerdings kommen Goedeke, Tort et.al. darüber hinaus auch zu der Erkenntnis, dass „Integrations- und Ökonomiethemen“ oder die „Unterbringung geflüchteter Menschen“⁴⁹⁹ ebenfalls dominierende Themen im Rahmen der Berichterstattung darstellen. Dieses Ergebnis, welches zuvor auch von Helbling (2014), Matei (2009) und Zierer (1998) erbracht wurde, konnte auch im Zuge der vorliegenden Arbeit aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse von Greck (2018) konnten teilweise bestätigt werden: Kriminalitätsberichterstattung nimmt einen verhältnismäßig kleinen Teil der Berichterstattung ein, das Thema der „Unterbringung von Geflüchteten“ ist wie bei Greck (2018) eines der zentralsten. Grecks Ergebnis, dass der „Integration geflüchteter Menschen“ großer Raum innerhalb der Berichterstattung eingeräumt wird, konnte hingegen im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgewiesen werden, deutlich häufiger kam es etwa zu einer Verwendung negativer Sprache und der innenpolitischen Thematisierung geflüchteter Menschen.⁵⁰⁰

Im Großen und Ganzen konnte die „Negativitätshypothese“ der Kommunikationsforschung zumindest teilweise bestätigt werden. Auch wenn nicht sämtliche gefundene Textstellen klar

⁴⁹⁷ So kommt es etwa im Rahmen der Ausprägung K5.7. *Wien und die Aufnahme von Geflüchteten* ebenfalls zu einer Thematisierung von Geflüchteten als „Belastung“, während es innerhalb der Kategorien K5.4. *Thematisierung restriktiver Asylpolitik* und K2.2. *Forderung nach einer Begrenzung der Zahl der Geflüchteten* ebenfalls zu einer Thematisierung geflüchteter Menschen in negativen Kontexten kam.

⁴⁹⁸ vgl. Goedeke Tort et al., 2016. S.508f.

⁴⁹⁹ vgl. ebenda.

⁵⁰⁰ Die Ausprägung „Integration von Geflüchteten“ (K8.3.) konnte nur in 10 Textstellen nachgewiesen werden, in 61 Textstellen kam es zu einer Verwendung abwertender Metaphern ggü geflüchteten Menschen (K1.2.), 51 Textstellen befassten sich mit der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen und insgesamt 108 Textstellen behandelten restriktive asylpolitische Maßnahmen (K5.4) bzw. übten Kritik an der österreichischen Asylpolitik (K5.2.).

der Kategorie „Negativität“ zugeordnet werden konnten, so lässt sich dennoch ein überwiegender Teil der Berichterstattung von *Presse* und *Kronen Zeitung* in den untersuchten Zeiträumen als zumindest „problemzentriert“ beschreiben. Die Kategorie der „Negativität“ reicht dabei weiter als die bloße Berichterstattung über Geflüchtete im Kontext von Kriminalität, sondern weitet sich auf unterschiedliche Problem-Kontexte aus (Geflüchtete als finanzielle Belastung, Probleme bei der Unterbringung, restriktive Maßnahmen, die zu einer Beschränkung der Anzahl der Geflüchteten führen sollen). Geflüchtete Menschen werden nur in Ausnahmefällen als kulturelle oder ökonomische Chance gesehen, lösungsorientierte und konstruktive Vorschläge der JournalistInnen bleiben zur Gänze aus.

Als nächstes sollen die Ergebnisse dieser Arbeit mit den Befunden von Merten (1986) und Predelli (1995) verglichen werden, die darauf verweisen, dass nicht die Herkunft von Geflüchteten für eine Berichterstattung in negativen Kontexten entscheidend ist, sondern der „soziale Status“ der MigrantInnen. Die Autoren weisen auf die negative Berichterstattung über den „sozialen Status“ von AsylwerberInnen hin. Predelli (1995) widerspricht also explizit einer gängigen Theorie der Migrationsforschung, nachdem MigrantInnen bestimmter Herkunft negativer dargestellt werden als andere MigrantInnen. So werden zum Beispiel MigrantInnen aus (geographisch und/oder kulturell) weiter entfernten Regionen negativer dargestellt als MigrantInnen anderer Herkunftsregionen⁵⁰¹. Ein Großteil der untersuchten Artikel verzichtete jedenfalls auf eine „Nennung der Herkunft“⁵⁰², falls die Herkunft der Geflüchteten explizit genannt wurde, so handelte es sich in den überwiegenden Fällen um geflüchtete Menschen aus den Regionen „Jugoslawien“ und dem „Nahen Osten“ (bzw. Syrien). Eine negativere Bewertung der syrischen AsylwerberInnen im Vergleich zu geflüchteten Menschen aus Jugoslawien konnte im Zuge dieser Arbeit nicht festgestellt werden, vielmehr scheint sich die These von Predelli (1995) zu bestätigen, dass weniger die Kategorie „Herkunft“ sondern vielmehr der soziale Status der AsylwerberInnen mit einer negativen Bewertung in den untersuchten Medien einhergeht.

Obwohl die Verwendung negativer sprachlicher Elemente durch die JournalistInnen von *Kronen Zeitung* und *Der Presse* bereits weiter oben im Zuge der Kategorie „Negativität“ diskutiert wurden, sollen die erhobenen Ergebnisse erneut in Bezug zu anderen Arbeiten gesetzt werden, welche die sprachlichen Elemente der Berichterstattung über MigrantInnen

⁵⁰¹ vgl. zB: Ruhrmann et. al. (2006).

⁵⁰² Im Rahmen von 122 der insgesamt 180 qualitativ untersuchten Artikel wurde die Herkunft der Geflüchteten nicht genannt, in 58 Fällen kam es zu einer Nennung der Herkunft. Die Verteilung im Falle einer Herkunftsnennung waren 25 Nennungen der Herkunftsregion des „Nahen Ostens“, 14 Nennungen der Region „Jugoslawien“, Fünf Nennungen „Afrika“, Fünf Nennungen „Asien“ und 122-mal „Keine Nennung“. In Neun der untersuchten Artikel kam es zu einer Nennung mehrerer Herkunftsregionen (z.B: Naher Osten und Asien).

und Geflüchtete ausführlicher behandeln. Predellis (1995) Ergebnis, dass die Verwendung bestimmter „abschätziger“ Bezeichnungen wie z.B: das Wort „Asylant“ mit einer negativen Bewertung der Geflüchteten innerhalb der Berichterstattung einhergehen, konnte auch im Zuge der vorliegenden Arbeit bestätigt werden. Zwar ist diese Verbindung zwischen negativer Sprache und negativer Bewertung nicht automatisch gegeben, in einer überwiegenden Zahl der untersuchten Textstellen kam es aber zu einem negativen Kontext der Berichterstattung, wenn bestimmte abwertende Begrifflichkeiten (z.B: „Asylant“, „Wirtschaftsflüchtling“, „Völkerwanderung“, „Flüchtlingswelle“ etc.) durch die JournalistInnen verwendet wurden. An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass die Verwendung negativer sprachlicher Elemente insgesamt im Rahmen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* dominierte und in der *Presse* seltener zu identifizieren war, insgesamt war sie aber in beiden untersuchten Tageszeitungen vorhanden. Ähnlich wie im Zuge der Arbeit von Hermann (2016) konnten in vielen der Textstellen bestimmte Begriffe gefunden werden, die auf eine „Überforderung“ von Politik und Gesellschaft bei der Aufnahme geflüchteter Menschen schließen lassen. Während Hermann im Rahmen ihrer Arbeit die Begriffe „*Flüchtlingskrise*“ „*Flüchtlingsstrom*“ und „*Belastungsgrenze*“ als Indizien für die „Überforderung der deutschen Gesellschaft und deutscher JournalistInnen“ festmacht, konnten neben den durch Hermann angeführten Bezeichnungen die Begriffe der „*Flüchtlingswelle*“ und des „*Flüchtlingsansturms*“ im Zuge der vorliegenden Arbeit erhoben werden, die auch folglich als „gefühlte Überforderung“ der österreichischen JournalistInnen interpretiert werden könnten.

Zuletzt soll thematisiert werden, inwiefern Geflüchtete im Rahmen der untersuchten Textstellen als handelnde Subjekte vorkommen, oder ob - wie in nahezu allen Befunden der bisherigen Forschung⁵⁰³- geflüchtete Menschen als passive Akteure und „Objekte der Berichterstattung“ auftreten. Im Zuge dieser Fragestellung konnten die Ergebnisse der bisherigen Medien- und Migrationsforschung bestätigt werden. In einer verschwindend geringen Anzahl der untersuchten Artikel der österreichischen Tageszeitungen kommen Geflüchtete selbst zu Wort bzw. stellen handelnde Akteure innerhalb der Berichterstattung dar. Wenn näher auf die Eigenschaften der AsylwerberInnen eingegangen wird, kommt es lediglich zu einer Nennung von Gruppenmerkmalen wie etwa der Herkunft der Geflüchteten.

Doch selbst die Nennung der Herkunft als Merkmal von Geflüchteten wird im Zuge der Berichterstattung immer weniger durch JournalistInnen verwendet, sodass durchaus von einer augenscheinlich immer weiter fortschreitenden „Objektivierung“ von Geflüchteten gesprochen werden kann. An dieser Stelle sei nochmals auf die Ergebnisse der quantitativen

⁵⁰³ vgl. Hömberg/Schlemmer, 1995; Benson/Wood, 2015 und Haller, 2017.

Untersuchung der vorliegenden Arbeit verwiesen, in der gezeigt werden konnte, dass das Merkmal der Herkunft im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre üblicher war als während des zweiten Untersuchungszeitraums.⁵⁰⁴

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit geben Aufschluss über die Berichterstattung über Geflüchtete in den österreichischen Tageszeitungen *Kronen Zeitung* und *Die Presse* sowie über Ausschnitte ausgewählter Jahre in den Untersuchungszeiträumen (1991, 1992, 1998, 2014, 2015, 2016). An dieser Stelle müssen allerdings auf einige Limitationen eingegangen werden, die insbesondere den eingeschränkten geographischen Bereich betreffen, über den mit den Ergebnissen dieser Arbeit Aussagen getroffen werden können. Durch die Auswahl der untersuchten österreichischen Tageszeitungen lässt das Ergebnis der Analyse allenfalls Aussagen über einen Ausschnitt des österreichischen medialen Diskurses zu und kann nicht als Vollerhebung des österreichischen Medienmarktes betrachtet werden. Nichts desto trotz lassen sich die Ergebnisse der Inhaltsanalyse mit ähnlichen Studien vergleichen, wie etwa im Falle der Erkenntnisse der bereits diskutierten Thesen der Medien- und Migrationsforschung, welche teilweise auch europaweite und sogar internationale Medien miteinander in Beziehung gesetzt haben. Um die Gültigkeit der gefundenen Kategorien zu testen, wären weitere Arbeiten wünschenswert, welche die qualitativen Kategorien mit quantitativen Methoden in Beziehung setzen und dadurch überprüfen würden. Im Zuge dieser Arbeit wurde versucht, die Stärken der qualitativen und quantitativen Methoden der Inhaltsanalyse zu vereinen, der Fokus lag aber dennoch auf der qualitativen Analyse und der Generierung der Kategorien. Auf methodischer Ebene einschränkend erwähnt werden muss die Anwendung der „künstlichen Woche“, die verwendet wurde, um eine Stichprobe der Berichterstattung von *Kronen Zeitung* und der *Presse* zu erheben. Damit stellt die vorliegende Erhebung keine Vollerhebung der Untersuchungsjahre dar und erfasst somit nicht den ganzheitlichen journalistischen Diskurs über geflüchtete Menschen, sondern bietet dem/der Leserin einen Ausschnitt der Berichterstattung über Geflüchtete. Auch die bewusste Beschränkung auf die Untersuchungsjahre 1991, 1992, 1998, 2014, 2015, 2016 lassen nur bedingte Aussagen über die ganzen Dekaden (1990er und 2010er) der Berichterstattung zu. Die Auswahl der untersuchten österreichischen Tageszeitungen stellt eine weitere Einschränkung der allgemeinen Gültigkeit der Aussagen über die österreichische Medienlandschaft dar, zukünftige Arbeiten könnten sich etwa der Frage widmen, auf welche Art und Weise Tageszeitungen mit einer liberalen Blattlinie (z.B: *Der Standard*) über die Ankunft geflüchteter Menschen in Österreich berichteten und wie sich diese von den untersuchten

⁵⁰⁴ vgl. Tabelle 6: Vergleich der Nennung der Herkunft von Geflüchteten in den 1990er und 2010er Jahren.

Tageszeitungen mit einer „bürgerlich-konservativen“ (*Die Presse*) bzw. „populistischen“ (*Kronen Zeitung*) Blattlinie voneinander unterscheiden. Ebenso lohnend wäre ein internationaler Vergleich der Qualitäts- und Boulevardberichterstattung, um Aussagen über Unterschiede der Berichterstattung über Geflüchtete zwischen europäischen Staaten treffen zu können.

Die Frage, ob Medien und politische Parteien fremdenfeindliche Sujets zu Beginn der 1990er und 2010er Jahre verstärkt haben, oder ob Medien oder politische Parteien lediglich auf einen Wandel der Haltung der österreichischen Bevölkerung reagierten, kann im Zuge dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich medialer und gesellschaftlicher Diskurs in welcher Richtung auch immer gegenseitig verstärkt haben bzw. Einfluss aufeinander genommen haben.

Einen Hinweis auf eine „Thematisierungsfunktion“ der untersuchten Tageszeitungen im Sinne des Agenda-Setting-Ansatzes⁵⁰⁵ liefert eine Betrachtung der Anzahl der untersuchten Berichterstattung sowie die Platzierung der Artikeln innerhalb unterschiedlicher Ressorts: Während im Untersuchungszeitraum der 1990er Jahre grundsätzlich weniger über Geflüchtete berichtet wurde, kam es zu einem deutlichen Anstieg der Berichterstattung während des zweiten Untersuchungszeitraumes, insbesondere ab dem Herbst 2015. Darüber hinaus berichteten JournalistInnen im Zuge der 1990er Jahre über Geflüchtete meist aus einer außenpolitischen Perspektive, während im Zuge der 2010er Jahre geflüchtete Menschen als unmittelbares „innenpolitisches- und ökonomisches Problem“ dargestellt wurden. Eine Intensivierung der Berichterstattung durch Medien könnte also im Zusammenhang mit einem „unmittelbaren“ Problembewusstsein einhergehen, welches bei den RezipientInnen erzeugt wurde. Andererseits könnten die untersuchten Medien lediglich darauf reagiert haben, dass die österreichische Bevölkerung über Geflüchtete zunehmend unter innenpolitischen und ökonomischen Aspekten diskutierte.

Der deutliche Anstieg der Berichterstattung über Geflüchtete innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes der 2010er Jahre, der häufig durch „Negativität“ bzw. „Problemorientierung“ geprägt war und geflüchtete Menschen nicht selten als „Kostenfaktor“ und „innenpolitisches Problem“ interpretierte, ging einher mit einer zunehmenden Akzeptanz restriktiver Maßnahmen gegen geflüchtete Menschen auf politischer und gesellschaftlicher

⁵⁰⁵ vgl. Eichhorn, Wolfgang (2013): Eintrag „Agenda Setting“. In: Bentele, Günter et al. (2013): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden. S.13f.

Ebene. Im Laufe der 2010er Jahre ist ab dem Jahr 2015 zu beobachten, dass sowohl die untersuchten Medien *Die Presse* und *Kronen Zeitung*, politische Parteien wie die FPÖ, aber auch zunehmend die „Neue“ ÖVP unter Sebastian Kurz und ebenfalls Teile der SPÖ (z.B: Hans-Peter Doskozil) restriktive Maßnahmen gegen Geflüchtete zunehmend befürworten und Geflüchtete vermehrt als „Kostenfaktor“ betrachten. Der Schwenk der PolitikerInnen bzw. der daraus resultierende Zuwachs an WählerInnenstimmen kann dahingehend interpretiert werden, dass ein immer größerer Teil der österreichischen Bevölkerung Geflüchtete ebenfalls als „innenpolitisches“ und unmittelbares Problem („Bedrohung“ bzw. „Kostenfaktor“) interpretierte. Ob die untersuchten österreichischen Tageszeitungen diese „Stimmung“ der ÖsterreicherInnen lediglich aufnahmen und im Sinne privatwirtschaftlicher Interessen ihrer Leserschaft feil boten oder ob die zunehmende Berichterstattung durch bewusste Selektionsprozesse der JournalistInnen die ausländerfeindliche Stimmung in Österreich sogar förderte, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Von einer Wechselbeziehung zwischen medialer Berichterstattung und politischen/gesellschaftlichem Diskurs muss aber ausgegangen werden.

8. Literaturverzeichnis

8.1. Sekundärliteratur

- Allievi, Stefano (2009): Conflicts over mosques and minarets in Europe. Policy issues and trends. Alliance Publishing Trust. London.
- Bacher, Dieter/Perzi, Niklas (2017): Die Chance auf eine neue Heimat. Zwangsarbeiter, DP's und Vertriebene auf dem Gebiet der Republik Österreich 1944-1950. In: Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18.Jahrhundert. Mandelbaum-Verlag. Wien. S.175-205.
- Baczkó, Adam/Dorronsoro, Gilles/Quesnay, Arthur (2018): Civil War in Syria. Mobilization and Competing Social Orders. Cambridge University Press. Cambridge.
- Bade, Klaus J. (Hg.) (2007): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Schöningh-Verlag. Paderborn.
- Bauer, Werner T. (2008): Zuwanderung nach Österreich. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Online unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/zuwanderung_nach_oesterreich_studie2008_oegpp.pdf, Zugriff am 14.8.2016.
- Benson, Rodney/Wood, Tim (2015): Who says what or nothing at all? Speakers, frames, and frameless quotes in unauthorized immigration news in the United States, Norway, and France. *American Behavioral Scientist*, 59, S.802–821.
- Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Ottfried (2013): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Betts, Alexander (2013): Survival Migration. Failed Governance and the Crisis of Displacement. Cornell University Press. Ithaca, New York.
- Böhm, Marie Katharina (2016): Refugees welcome? Dipl.Arbeit. Universität Wien.
- Borjas, George J. (1987): Self-selection and the earnings of immigrants. In: *American Economic Review* 77/4. S.531-553.
- Brauns, Nikolaus (2016): Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.91-112.
- Brunn, Gerhard (2009): Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute. Reclam-Verlag. Stuttgart.

- Brunnbauer, Ulf/ Buchenau, Klaus (2018): Geschichte Südosteuropas. Reclam-Verlag. Stuttgart.
- Burkart, Roland (2003): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Wissenschaft. Böhlau-Verlag. Wien-Köln-Weimar.
- Çağlar, Ayşe (2011): Eintrag „Integration“. In: Kreff, Fernand/Knoll, Eva-Maria/Gingrich, Andre (2011): Lexikon der Globalisierung. Transcript-Verlag. Bielefeld.
- Çakır, Murat (2016): Erdoğan's Syrien-Abenteuer. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.141-157.
- Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. C.H. Beck-Verlag. München.
- Calic, Marie-Janine (2016): Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region. C.H.-Beck-Verlag. München.
- Castles, Stephen/De Haas, Hein/Miller, Mark J. (2014): The age of migration: international population movements in the modern world. Palgrave Macmillan. London.
- Delgado, Jesús Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Leskeund Budrich-Verlag. Opladen.
- Düvell, Franck (2006): Europäische und internationale Migration: Einführung in historische, soziologische und politische Analysen. LIT-Verlag. Hamburg.
- Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien.
- Eichhorn, Wolfgang (2013): Eintrag „Agenda Setting“. In: Bentele, Günter et al. (2013): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden. S.13f.
- Entman, Robert M./Rojecki, Andrew (2001): The black image in the white mind: media and race in America. Chicago University Press. Chicago.
- Feichtinger, Walter/ Rupp, Jasmina (2018): Hotspot Syrien – konflikttheoretische und -analytische Betrachtungen. In: Sicherheit und Frieden 36/1. S.7-13.
- Fidler, Harald (2008): Österreichs Medienwelt von A-Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“. Falter-Verlag. Wien.

- Fidler, Harald (2019): Das Medienlexikon. Medien A-Z. Online unter: <https://diemedien.at/das-medienlexikon-einstiegsseite/?v=fa868488740a>, Zugriff am 19.05.2019 (kostenpflichtiger Zugang notwendig, Anm.).
- Flessenkemper, Tobias/ Moll, Nicolas (Hg.) (2018): Das politische System Bosnien und Herzegowinas. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. Springer VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Gagnon, V.P. (2006): The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s. Cornell University Press. Ithaca/London.
- Galanis, Georgios. N. (1989): Migranten als Minorität im Spiegel der Presse. Eine Längsschnittuntersuchung der Berichterstattung von Stern, Quick und Spiegel in den Jahren 1960 bis 1982. Peter Lang-Verlag. Frankfurt am Main.
- Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Nichts Neues in Österreich. Wandel und Konstanten in der Bewältigung von Flüchtlingskrisen in den letzten drei Jahrhunderten. In: Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18.Jahrhundert. Mandelbaum-Verlag. Wien. S.7-42.
- Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18.Jahrhundert. Mandelbaum-Verlag. Wien.
- Geißler, Rainer (2000): Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation. Anmerkungen zur medialen Integration von ethnischen Minderheiten. In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2000): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden. S. 129–146.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hg.) (2006): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Mass media-integration. Media and migration: a comparative perspective. Transcript-Verlag. Bielefeld.
- Glick Schiller, Nina/Basch, Linda/Szanton Blanc, Cristina (1997): From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. In: Transnationale Migration. Soziale Welt. Sonderband 12. Nomos-Verlag. Baden-Baden. S.121-140.
- Goedeke Tort, Maheba Nuria/Guenther, Lars/Ruhrmann, Georg (2016): Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 64, S. 497–517.
- Gold, Johannes (2013): Der Diskurs über Migration in Politik und Medien im Verlauf der österreichischen zweiten Republik. Dissertation. Universität Wien.

- Graf, Maximilian/Knoll, Sarah (2017): Das Ende eines Mythos? Österreich und die Kommunismusflüchtlinge. In: Garstenauer, Rita/Kuzmany, Börries (2017): Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18.Jahrhundert. Mandelbaum-Verlag. Wien. S.206-S.229.
- Greck, Regina (2018): Schaffen wir das? Frames im medialen Diskurs zur Flüchtlingskrise in der deutschen Regionalpresse des Jahres 2015 und ihre Lösungsorientierung. In: Publizistik 63. S.359–382.
- Haller, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt am Main. Online unter: https://www.otto-brennerstiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publicationen/AH93_Fluechtingskrise_Haller_2017_07_20.pdf, Zugriff am 19.12.2018.
- Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (1995): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914.
- Helbling, Marc (2014): Framing immigration in Western Europe. Journal of Ethnic and Migration Studies, 40, S.21–41.
- Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne (2016): Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. In: Communicatio Socialis, 49, 21–38.
- Herrmann, Friederike (2016): Das Märchen vom Überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015. In: Communicatio Socialis, 49, S.6–20.
- Hoesch, Kirsten (2018): Migration und Integration. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Hömberg, Walter/Schlemmer, Sabine (1995): Fremde als Objekt. Asylberichterstattung in deutschen Tageszeitungen. In: Media Perspektiven 1995, Heft 1, S. 11-20.
- Horz, Christine (2018): Essay: Zu positive Berichterstattung? Die Studie des Kommunikationswissenschaftlers Michael Haller zur „Flüchtlingsberichterstattung“ in deutschen „Leitmedien“. In: Global Media Journal (German Edition).Vol. 7, No. 2, Autumn/Winter 2017. S.1-12.
- Kittenberger, Norbert (2016): Asylrecht-kompakt. LexisNexis-Verlag. Wien.
- Klaus, Magdalena (2013): Asyl-Transit-Integration. Krisen am Eisernen Vorhang 1956 und 1968. Dipl. Arbeit Universität Wien.

- Kraitt, Tyma (2016): Eine alawitische Diktatur? Zum Verhältnis von Staat, Militär und Religion in Syrien. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.125-140.
- Kreff, Fernand/Knoll, Eva-Maria/Gingrich, Andre (2011): Lexikon der Globalisierung. Transcript-Verlag. Bielefeld.
- Krzyzanowski, Michael/Wodak, Ruth (2009): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. Transaction Publishers. New Jersey.
- Kühne-Scholand, Hildegard (1987): Die Darstellung der Ausländer im deutschen Fernsehen. Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Untersuchung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. S. 79–84.Bonn.
- Langthaler, Herbert (2010): Österreichische Asylpolitik im Kontext der EU. In: Sauer, Walter (Hg.): Vom Paradies zum Krisenkontinent. Afrika, Österreich und Europa in der Neuzeit.Wien.S.199-216. Online unter: http://www.asyl.at/LV2012/Oesterreichische_Asylpolitik_im_EU-Kontext.pdf , Zugriff am 2.9.2016.
- Lee, Everett S. (1966): A Theory of Migration. In: Demography 3/1. S.47-57.
- Lesch, David W. (2012): Syria. The Fall of the House of Assad. Yale University Press. New Haven.
- Luft, Stefan (2016): Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. C.H. Beck-Wissen-Verlag. München.
- Mangott, Gerhard (2016): Russland und der Bürgerkrieg in Syrien In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.159-175.
- Márquez Covarrubias, Humberto (2012): Diccionario crítico de migración y desarrollo México. D.F-Verlag. Porrúa.
- Matei, Ștefania (2011): Media and migration. Layer of knowledge in Romanian written press. Journal of Comparative Research in Anthropology and Sociology, 2, S. 85–102. Online unter: <http://compaso.eu/wp-content/uploads/2011/12/Compasso2011-22-Matei.pdf>, Zugriff am 19.12.2018.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12.überarb. Auflage. Beltz-Verlag. Weinheim und Basel.

- Meißner, Bettina/Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995–1999. Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse. Friedrich-Schiller-Universität. Jena.
- Melčić, Dunja (2007): Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Merten, Klaus (1986): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse: Ergebnisse einer systematischen Inhaltsanalyse. Dağyeli-Verlag. Frankfurt am Main.
- Mesmer, Harald (2011): Die Flüchtlinge des Ungarnaufstandes 1956 in österreichischen Printmedien. Dipl.Arbeit. Universität Wien.
- Moll, Nicolas (2018): Bosnien und Herzegowinas wechselhafte Geschichte. In: Flessenkemper, Tobias / Moll, Nicolas (Hrsg.) (2018): Das politische System Bosnien und Herzegowinas. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. S. 27-58.
- Müller, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Geißler, Rainer/ Pöttker, Horst (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie (S. 83–126). Transcript-Verlag. Bielefeld.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. C.H. Beck-Verlag. München.
- Öhler, Maria (2016): Wer hat Angst vorm' Asylant? : inhaltsanalytische Untersuchung zur sprachlichen Darstellung der Flüchtlingsdebatte in den Medien. Dipl.Arbeit. Universität Wien.
- Oltmer, Jochen (2017): Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. C.H. Beck. München.
- Paech, Norman (2016): Die Schlacht um Damaskus - auf den Trümmern des Völkerrechts. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg. Promedia-Verlag. Wien. S.28-54.
- Parnreiter, Christof (1994): Migration und Arbeitsteilung: AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Promedia-Verlag. Wien.
- Peyrl, Johannes/Neugschwendtner, Thomas/Schmaus, Christian (2018): Fremdenrecht. Asyl- Ausländerbeschäftigung - Einbürgerung - Einwanderung - Verwaltungsverfahren. ÖGB-Verlag. Wien.

- Portes, Alejandro/Guarnizo, Luis E./Landolt, Patricia (1999): The study of transnationalism: pitfalls and promise of an emergent research field. In: *Ethnic and Racial Studies* 22/2. S.217-237.
- Predelli, Ulrich (1995): *Wie fremd sind uns Fremde? : Das Ausländerbild in der deutschen Tagespresse*. Vistas-Verlag. Berlin.
- Rathfelder, Erich (2007): *Der Krieg an seinen Schauplätzen*. In: Melčić, Dunja (2007): *Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.344-362.
- Rathkolb, Oliver (2011): *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010*. Haymon-Verlag. Wien.
- Ravenstein, Ernest George (1885): *The Laws of Migration*. In: *Journal of the Statistical Society of London* 48/2. S.167-235.
- Rieger, Günther (2002): Eintrag „Migration“. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. C.H. Beck-Verlag. München. S.537.
- Roselstorfer, Angelika (2010): *Medien als Akteur im Krieg: Österreichische Printmedien im jugoslawischen Krieg*. Dipl.Arbeit. Universität Wien.
- Rössler, Patrick (2017): *Inhaltsanalyse. UTB-Basics*. Wien-Köln-Weimar.
- Rüb, Matthias (2007): *Jugoslawien unter Milosevic*. In: Melčić, Dunja (2007): *Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.327-344.
- Ruf, Werner (2016): *Der „Islamische Staat“ oder Daesh*. In: Edlinger, Fritz (Hg.) (2016): *Der Nahe Osten brennt. Zwischen syrischem Bürgerkrieg und Weltkrieg*. Promedia-Verlag. Wien. S.55-69.
- Ruhrmann, Georg, & Kollmer, Jochen (1987): *Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung ausländerfeindlicher Alltagstheorien*. Westdeutscher Verlag. Opladen.
- Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise/Uhlemann, Heike (2006): *TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – von der Politik zum Terror*. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hg.) (2006): *Mass media-integration. Media and migration: a comparative perspective*. S. 45–76.
- Sauer, Walter (Hg.): *Vom Paradies zum Krisenkontinent. Afrika, Österreich und Europa in der Neuzeit*. Wien.S.199-216. In:

http://www.asyl.at/LV2012/Oesterreichische_Asylopolitik_im_EU-Kontext.pdf ,
Zugriff am 02.9.2016.

- Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2000): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.
- Scheufele, Bertram (2013): Eintrag: „Theorie der Schweigespirale“. In: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Ottfried (2013): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. VS-Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.311f.
- Schwenken, Helen (2018): Globale Migration zur Einführung. Junius-Verlag. Hamburg.
- Seethaler, Josef (2005): Österreichische Tageszeitungen - über 100 Jahre alt. Online unter:
https://web.archive.org/web/20070127214249/http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht%20Nr%202_v%202.pdf, Zugriff am 19.05.2019. S.1-6.
- Sjaastad, Larry A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. In: Journal of Political Economy 70/5. S.80-93.
- Smetana, Marian (2014): MigrantInnen im Fokus. Eine Untersuchung der visuellen Darstellung von „Flüchtlingen“ in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ von 2000 bis 2003. Dipl.Arbeit. Universität Wien.
- Sommer, Denise/Ruhrmann, Georg. (2010): Oughts and ideals—framing people with migration background in TV news. In: Conflict & communication online, 9(2), S.1–15.
- Sundhaussen, Holm (2014): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar.
- Sundhaussen, Holm (2016): Eintrag „ethnische Säuberungen“. In: Sundhaussen, Holm/ Clewing, Konrad (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S. 310-312.
- Sundhaussen, Holm (2016): Eintrag „postjugoslawische Kriege“. In: Sundhaussen, Holm/ Clewing, Konrad (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar. S.742-747.
- Sundhaussen, Holm/ Clewing, Konrad (2016): Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Böhlau-Verlag. Wien. Köln. Weimar.
- Van Dam, Nikolaos (2017): Destroying a Nation. The Civil War in Syria. I.B. Tauris-Verlag. London/New York.

- Van Dijk, Teun Adrianus (1991): Racism and the press. Routledge-Verlag. London.
- Volf, Patrick-Paul (1995): Der politische Flüchtling als Symbol der Zweiten Republik. Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1945. In: Zeitgeschichte, 22, 11/12. S.415-S.436.
- Weigl, Andreas (2009): Migration und Integration. Eine widersprüchliche Geschichte. Studien-Verlag. Innsbruck.
- Weischenberg, Siegfried (2001): Nachrichtenjournalismus. Anleitungen und Qualitätsstandards für die Medienpraxis. Springer Verlag. Wiesbaden.
- Wüst, Andreas M. (2002): Eintrag „Migrationsforschung“. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. C.H. Beck-Verlag. München.
- Zierer, Brigitta (1995): Willkommene Ungarnflüchtlinge 1956? In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (1995): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. S.157-171.
- Zierer, Brigitta (1998): Politische Flüchtlinge in österreichischen Printmedien. Braumüller-Verlag. Wien.

8.2. Artikel aus Tageszeitungen

- „Aktivisten: Syrische Armee hat Deir ez-Zor zurückerobert,“ In: Die Presse vom 02.11.2018, online unter: https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5313596/Aktivisten_Syrische-Armee-hat-Deir-ezZor-zurueckerobert, Zugriff am 11.09.2018.
- „Europäer bereiten UN-Sanktionen gegen Syrien vor.“ In: Süddeutsche Zeitung vom 19.11.2011, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/nach-ruecktrittsforderung-an-praesident-assad-europaeer-bereiten-un-sanktionen-gegen-syrien-vor-1.1132666>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Giftgas. UN bestätigen Chemiewaffeneinsatz in Syrien.“ In: ZEIT-online vom 13.09.2013, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/un-chemiewaffen-inspektion-ergebnis>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Islamic State and the crisis in Iraq and Syria in maps“. In: . BBC-News vom 28.03.2018, online unter: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-27838034>, Zugriff am 13.09.2018.

- „Kämpfe im Regierungsviertel von Damaskus“ In: Spiegel-Online vom 19.07.2012, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-kaempfe-in-assads-regierungsviertel-in-damaskus-a-845223.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Karte der Gebiete im syrischen Bürgerkrieg im Jahr 2015.“ In: Spiegel-Online vom 23.05.2015, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-islamisten-ermorden-assad-getreue-in-palmyra-a-1035288.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Kriegsparteien. Wer will was in Syrien?“ In: ZEIT-online vom 23.03.2018, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/kriegsparteien-syrien-ueberblick>, Zugriff am 06.09.2018.
- „Letzte IS Hochburg gefallen. Anti-IS-Allianz verkündet Eroberung von Rakka.“ In: Die Welt vom 17.10.2017, online unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article169718143/Anti-IS-Allianz-verkuendet-Eroberung-von-Rakka.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Militäroffensive: Türkische Armee besetzt syrische Stadt Afrin.“ In: Spiegel-Online vom 18.03.2018, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afrin-tuerkische-armee-uebernimmt-kontrolle-a-1198670.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Obama will syrische Rebellen mit 500 Millionen Dollar unterstützen.“, In: Zeit-online vom 27.06.2013, online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/usa-wollen-syrische-opposition-mit-geld-und-training-unterstuetzen>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Rückeroberung von Palmyra: Die erste große Niederlage für den IS.“ In: . Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.03.2016, online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/rueckeroberung-von-palmyra-die-erste-grosse-niederlage-fuer-den-is-14147161.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Syria: 'Dozens killed' as thousands protest in Hama.“ In: BBC-News vom 06.11.2011, online unter: <https://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-13642917>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Syrien: Idlib-Offensive weiter in Schweb.“ In: . Kurier vom 07.09.2018, online unter: <https://kurier.at/politik/ausland/syrien-idlib-offensive-weiter-in-schwebe/400111886>, Zugriff am 11.09.2018.
- „Verstärkte Hilfe für syrische Rebellen. Saudi-Arabien liefert Waffen per Luftbrücke.“ In: Spiegel-Online vom 25.03.2013, Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-cia-hilft-saudi-arabien-bei-waffenlieferungen-an-rebellen-a-890754.html>, Zugriff am 11.09.2018.

- „Who is who in Syria’s leadership“, In: BBC-News vom 03.05.2005, online unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4314787.stm, Zugriff am 03.09.2018.
- Daragahi, Borzou (2018): „UN warns of 'worst humanitarian disaster' of 21st century as 30,000 flee Syria's Idlib ahead of offensive.“ In: The Independent vom 10.09.2018, online unter: <https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-civil-war-idlib-province-battle-un-russia-air-strikes-assad-a8531976.html>, Zugriff am 11.09.2018.
- Gehlen , Martin (2012): Kämpfe erreichen das Zentrum von Aleppo. In: ZEIT-online vom 29.07.2012. online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-07/syrien-aleppo-fluechtlinge>, Zugriff am 11.09.2018.
- Harrer, Gudrun (2018): „Frage nach Offensive auf Idlib ist nur eine nach wann und wie.“ In: Der Standard vom 06.09.2018 S.3, online unter <https://derstandard.at/2000086774067/Offensive-auf-Idlib-Die-Frage-ist-nur-mehr-wann-und>, Zugriff am 06.09.2018.
- Neuhold, Clemens (2018): Mindestsicherung neu: Diese 6 Punkte sollten Flüchtlinge wissen. Online unter: <https://www.profil.at/oesterreich/mindestsicherung-neu-fluechtlinge-10494177>, Zugriff am 01.12.2018.
- The Associated Press (2012): „Syria Rebels Attack Key Base in Bid to Disrupt Airstrikes.“ In: New York Times vom 03.11.2012. Online unter: https://www.nytimes.com/2012/11/04/world/middleeast/syria-rebels-attack-key-base-in-bid-to-disrupt-airstrikes.html?_r=0, Zugriff am 11.09.2018.
- Westall, Sylvia (2014): „Islamic State seizes oil field and towns in Syria's east.“ Online unter: <https://www.reuters.com/article/us-syria-crisis-islamicstate/islamic-state-seizes-oil-field-and-towns-in-syrias-east-idUSKBN0F80SO20140703>, Zugriff am 11.09.2018.

8.3. Internetquellen

- APA-OnlineManager (AOM) Library. In: <http://www.aom.apa.at/Site/Home.de.html>, Zugriff am 15.9.2016.
- Asylkoordination Österreich (2018): Stellungnahme zu den Bestimmungen durch das FrÄG (2018): online unter: <https://www.asyl.at/de/information/stellungnahmen/>, Zugriff am 01.12.2018.

- Bundesministerium für Inneres (BMI): Asylstatistik 2017. Jährliche Entwicklung der Asylanträge 2002 bis 2017. Online unter: https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl-Jahresstatistik_2017.pdf, Zugriff am 04.01.2019.
- Demokratiezentrum: Asylwerber nach Herkunftsstaat (1961-1999). In: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/macondo_tabellen.pdf, Zugriff am 04.01.2019.
- EU-Kommission (2014): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Online unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/ceas-factsheets/ceas_factsheet_de.pdf, Zugriff am 22.11.2018.
- Eurostat: „Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht Jährliche aggregierte Daten (gerundet).“ Online unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/asylum-and-managed-migration/data/database>, Zugriff am 14.09.2018.
- Geisel, Sieglinde (2015): „Geflüchtete versus Asylanten. Begriffe drücken Einstellungen aus.“ In: Deutschlandradio Kultur. Online unter: http://www.deutschlandradiokultur.de/gefluechtete-versus-asylantenbegriffe-druecken.1005.de.html?dram:article_id=330623, Zugriff am 19.12.2018.
- Genfer Flüchtlingskonvention, Art.1 Abschnitt A Ziffer 2. online unter: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Zugriff am 21.11.2018.
- Internationale Organisation für Migration (IOM)/Europäisches Migrationsnetzwerk (2016): Die Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik in Österreich. Online unter: https://www.emn.at/wp-content/uploads/2017/01/Organisationsstudie_AT-EMN-NCP_2016.pdf, Zugriff am 30.11.2018.
- Internationale Organisation für Migration (IOM): „Migration“. In: <http://www.iom.int/key-migration-terms>, Zugriff am 16.12.2018.
- Internationale Organisation für Migration (IOM): Definition des Begriffes „forced migration“. In: <https://www.iom.int/key-migration-terms>, Zugriff am 17.12.2018.
- Kronen Zeitung (2011): „Die Geschichte der Krone“. Online unter: <https://www.krone.at/263526>, Zugriff am 24.05.2019.

- Lange, Katharina (2013): Syrien. Ein historischer Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ 08/13) online unter: <http://www.bpb.de/apuz/155119/syrien-ein-historischer-ueberblick?p=all>, Zugriff am 31.08.2018.
- Laub, Zachary (2017): „Who’s who in Syria’s Civil War.“ Online unter: <https://www.cfr.org/backgrounder/whos-who-syrias-civil-war>, Zugriff am 06.09.2018.
- Media Analyse 2018. Online unter: <https://www.media-analyse.at/admin/pages/htmlTemplateTable.php?xyCat=402819,402820,402821,402822,402823,402824,402825,402909,402910,402913,402928,402955>, Zugriff am 21.05.2019.
- NIOD: Srebrenica. Reconstruction, background, consequences and analyses of the fall of a safe area. Online unter: http://publications.niod.knaw.nl/publications/srebrenicareportniod_en.pdf, Zugriff am 16.07.2018.
- Statistik Austria: Asylanträge in Österreich von 1946-2016, online unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html, Zugriff am 03.01.2019.
- Stefanowitsch, Anatol (2012): „Flüchtlinge und Geflüchtete“ In: <http://www.sprachlog.de/2012/12/01/fluechtlinge-und-gefuechtete/>, Zugriff am 18.12.2018.
- UNHCR, the UN Refugee Agency (2018): „Syria Emergency“, online unter: <http://www.unhcr.org/syria-emergency.html>, Zugriff am 13.09.2018. vgl. auch Datenbank der UNHCR, online unter https://data2.unhcr.org/en/situations/syria#_ga=2.50990953.1529514091.1536847187-1514735253.1536847187&_gac=1.54065882.1536852271.CjwKCAjwlejcBRAdEiwAAbj6KbNLL3eMHZDd_0gEzHQD3lQftjNOJFra2urmqlsm7T1olGGeDW8-dBoCrLgQAvD_BwE, Zugriff am 13.09.2018.
- UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Online unter: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Zugriff am 24.12.2018.
- UNHCR-Österreich: Die Genfer Flüchtlingskonvention. Online unter: <https://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/uns-er-mandat/die-genfer-fluechtlingskonvention>, Zugriff am 21.11.2018. Die Konvention ist im Wortlaut online abrufbar unter: <https://www.unhcr.org/dach/wp->

content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Zugriff am 21.11.2018.

- United Nations (2012): Action Group for Syria Final Communiqué vom 30.06.2012 und Sechs-Punkte Plan. Online unter: <http://www.un.org/News/dh/infocus/Syria/FinalCommuniqueActionGroupforSyria.pdf>, Zugriff am 11.09.2018.

9. Anhang

9.1. Codebogen

Medium	Artikelname/Datum	Ressort	Herkunft	Zitat(e)	Paraphrase	Generalisierung
1	Gnam, Peter: „Vom Übereifer der Nestbeschmutzer/Leere ÖVP-Kassa“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.1991, S.2.	2	Albanien, Europa	„Daß eben erst vor der Küste Italiens Kriegsschiffe ausgelaufen sind, um albanische Flüchtlingsboote zu stoppen und zu vertreiben, das haben „Amnesty“ samt deren publizistischen Helfershelfern im Übereifer des Nestbeschmutzers vermutlich vergessen.“	Italienische Kriegsschiffe halten Boote mit albanischen Geflüchteten auf, Amnesty International berichtet darüber nicht.	K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen
1	Trost, Ernst: „Endlich!!!“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1991, S.3.	2	Irak, Naher Osten	„Die Rückführung von Millionen Flüchtlingen in eine Sicherheitszone kann Tage und Wochen dauern, und bis dahin wird es noch viele Opfer geben.“ „Durch Kampfflieger gedeckte Hubschraubergeschwader werden wohl die ersten Vorauskommandos landen, die die neuen Flüchtlingslager anlegen sollen.“	Das Zurückbringen von Geflüchteten in Sicherheitszonen ist langwierig und es besteht die Gefahr das dabei noch mehr Menschen zu Schaden kommen. Mit Hilfe von militärischem Schutz werden die ersten Lager für geflüchtete Menschen errichtet.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
1	Trost, Ernst: „Ordnung im Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 20.04.1991, S.3.	2	Irak, Naher Osten	„Werden ähnliche permanente Flüchtlingslager unter UNO-Verwaltung entstehen wie für die Palästinenser? Das würden nur Brutstätten neuer Unruhe und Unzufriedenheit sein.“	Permanente Lager für Geflüchtete wie für Palästinenser würden Unzufriedenheit von geflüchteten steigern.	K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen

1	Fink, Humbert: „Die Flut steigt“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.1991, S.2.	2	(ehemaliges) Jugoslawien	<p>„Was Italien zuletzt wieder mit den albanischen Wirtschaftsflüchtlingen aufgeführt hat, entsetzt zartbesaitete Gemüter.“</p> <p>„Es steigt die Flut des Elends unaufhaltsam, wobei es nur eine Frage der Zeit ist, bis sie nach Österreich überschwappt.“</p> <p>„Schon bildet sich eine neue Fluchtbewegung, entwickelt sich eine neue Völkerwanderung, die in Richtung Italien und Österreich drängt.“</p>	<p>Für internationale Aufregung sorgt die Behandlung der albanischen „Wirtschaftsflüchtlinge“ durch die italienische Regierung.</p> <p>Steigerung von „Flut des Elends“, bald wird diese Österreich erreichen.</p> <p>Eine neue Fluchtbewegung und eine neue „Völkerwanderung“ entsteht, die nach Italien und Österreich „drängt“.</p>	<p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>
1	Kunze, Peter: „Nur die Hoffnung kann die Angst besiegen“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.1991, S.15.	4	Keine Nennung	<p>„Und die Flüchtlingswelle bringt immer mehr Verzweiflung, Leid und andere Probleme mit sich.“</p> <p>„Die so genannte „Flüchtlingskriminalität“ bringt Polizei und Bürger in Bedrängnis.“</p>	<p>„Flüchtlingswelle“ bringt Verzweiflung, Leid und andere Probleme mit sich.</p> <p>Anstieg der „Flüchtlingskriminalität“ bedroht Polizei und Bürger.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p>
1	Gnam, Peter: „Böse Absicht“ In: Kronen Zeitung vom 22.10.1991, S.2.	2	Keine Nennung	<p>„Und zwar von jenen, die in böser Absicht „Fremde“ und „Flüchtlinge“ vermischen.“</p> <p>„Bei Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, gilt die Regel, daß zunächst geprüft wird, warum sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Gibt es diese Verfolgung, dann wird Asyl gewährt. In Wahrheit schürt also der den Fremdenhaß, der nicht zwischen arbeitssuchenden Fremden und verfolgten Flüchtlingen unterscheidet, denn so wird plötzlich jeder Ausländer zu einer „Gefahr“ und rechte Gruppierungen, wie am Wahlsonntag in der Schweiz, profitieren davon.“</p>	<p>Gefahr einer Vermischung der Wörter „Fremde“ und „Flüchtlinge“.</p> <p>Bei „Flüchtlingen“ müssen Verfolgungsgründe untersucht werden. Wenn sie verfolgt werden, wird Asyl gewährt. Der „Fremdenhaß“ entsteht durch die fehlende Unterscheidung zwischen Wirtschaftsmigranten und geflüchteten Menschen. Fehlt diese Unterscheidung wird jeder „Ausländer“ zu einer „Gefahr“ und rechte Gruppierungen gewinnen an Zuspruch [wie in der Schweiz].</p>	<p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p>

1	Fink, Humbert: „Meine Antwort“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.1991, S.8.	4	Keine Nennung	„Aber ich verstehe ihn [den Fremdenhass, Anm.], verstehe die instinktive Angst des Volkes, seine eigene Identität zu verlieren, seine eigene Sicherheit durch das fast unaufhaltsame Hereinströmen von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylanten gefährdet zu sehen.“	Der Autor zeigt Verständnis für „Fremdenhaß“, für die „instinktive Angst des Volkes seine Identität zu verlieren“, „die Gefährdung der eigenen Sicherheit durch Hereinströmen von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylanten“.	K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete
1	„Stablerl“ [Nimmerrichter, Richard Anm.]: „Im Fernsehen in Bestform“, In: Kronen Zeitung vom 23.11.1991, S. 10	4	Keine Nennung	„Es ist nämlich durchaus nicht Ausländerfeindlichkeit, wenn jemand sagt, daß ein kleines Land von knapp siebeneinhalb Millionen Einwohnern ganz unmöglich alle Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen könne, die da über unsere Grenzen hereinkommen wollen.“	Es ist nicht „ausländerfeindlich“ wenn man sagt, dass Österreich nicht alle „Asylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ aufnehmen kann.	K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“ K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen
1	„Stablerl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Kein Minimum für Inländer“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.1991, S.12	4	Keine Nennung	"Wie soll ein Bischof, der endlich die „kulturelle Bereicherung“ durch die Asylanten heraufdämmern sieht, in christlicher Bescheidenheit erkennen können, wie man überhaupt auf zehn Quadratmetern pro Person haust?“ „Erst im freilich immer noch recht zarten Alter von zwölf Jahren hätte ich zusammen mit meinen Eltern und meinem Bruder als willkommene Asylantenfamilie wieder nach Österreich einreisen dürfen - mit jetzt 16 Quadratmetern pro Person; mit welchem Wohnraum eigentlich ich bis zu jenem Tag ganz zufrieden war, da mich der Exgefreite Hitler in seinen zweiten Weltkrieg abkommandierte.“	Ein Bischof empfindet „Asylanten“ als kulturelle Bereicherung, er kann sich aber nicht vorstellen, wie geflüchtete Menschen auf 10m2 pro Person wohnen. Mit zwölf Jahren hätte der Autor die Möglichkeit gehabt nach seiner Flucht wieder nach Österreich als „willkommene Asylantenfamilie“ einzureisen. Der Wohnraum betrug 16m2 pro Person, anschließend wurde der Autor von der Wehrmacht für den Kampfeinsatz im 2. Weltkrieg eingezogen.	K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K1.4.: Geflüchtete als „kulturelle Bereicherung“ K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen

1	„Staber!“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Seit 1945 nie mehr schlecht“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.1992, S.4	4	Keine Nennung	„Was denn hätten wir tun sollen: Vielleicht als „Asylanten“ irgendwohin flüchten?“	Dem Autor fehlten die Handlungsmöglichkeiten, eine Option wäre gewesen als „Asylanten“ in ein anderes Land zu flüchten.“	K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen
1	Gnam, Peter: „Neue Prügel für Löschnak/Dämpfer für J.Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.2	2	(ehemaliges) Jugoslawien	„Zum anderen gab es beim Flüchtlingskongreß in Graz Pfiffe für Löschnak, weil er auf „unmenschliche Art und Weise“ Flüchtlinge in Form des neuen, schärferen Asylgesetzes „die Hilfe verweigert“. Tatsächlich gerät speziell die SPÖ wegen der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage in Turbulenzen: Einfache Arbeiter sehen ihre Arbeitsplätze durch Ausländer gefährdet: in Arbeiterbezirken klagen Eltern, daß überdurchschnittlich viele Kinder von Ausländern die Pflichtschulen besuchen und so das Bildungsniveau gedrückt werde.“ „Einzige Lösung des Flüchtlingsproblems kann nur sein, daß zunächst der blutige Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit harter Hand gestoppt wird und danach internationale Hilfe für die Bewohner des Landes anläuft, damit diese an Ort und Stelle neue Existenzen aufbauen können.“	Bei einer Flüchtlingskonferenz in Graz gab es Pfiffe für [Innenminister, Anm.] Löschnak, weil er durch das neue Asylgesetz Flüchtlingen Hilfe verweigert. Besonders die SPÖ verliert an Zustimmung im Zuge der Asylpolitik. ArbeiterInnen haben Angst um ihre Arbeitsplätze, in Arbeiterbezirken beklagen sich ÖsterreicherInnen über einen zu hohen AusländerInnenanteil in Schulklassen. Lösung für Probleme im Bereich der Asylpolitik kann nur eine Beendigung der postjugoslawischen Kriege sein, danach muss internationale Hilfe vor Ort erfolgen, damit die Menschen ihre Fluchtgründe (Bedrohung der Existenz) verlieren.	K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort

1	Cato [Dichand, Hans Anm]: „Gastfreundschaft“ In: Kronen Zeitung vom 25.06.1992, S.3	2	(ehemaliges) Jugoslawien	<p>„Nur noch in Österreich werden Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des Balkans aufgenommen.“</p> <p>„Dafür [Menschen in Not zu helfen, Anm.] müssen wir allerdings auch einen hohen Preis bezahlen, denn mit dem Flüchtlingsstrom kommen kriminelle Elemente ziemlich unkontrolliert nach Österreich.“</p> <p>„Am gleichen Tag wurde auch eine Bande von kroatischen Autoräubern gefaßt, die als „Flüchtlinge“ schon seit langem bei uns lebten und von den Behörden einfach übersehen wurden.“</p>	<p>„Nur noch Österreich nimmt Geflüchtete Menschen aus Jugoslawien auf.“</p> <p>Geflüchteten Menschen zu helfen hat einen hohen Preis: Mit dem „Flüchtlingsstrom“ kommen „kriminelle Elemente unkontrolliert“ nach Österreich.</p> <p>Eine „Autoräuber-Bande“ aus Kroatien wurde verhaftet, Mitglieder waren angeblich geflüchtete Menschen, die von den österreichischen Behörden übersehen wurden.</p>	<p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p>
1	Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Fehlleistung der Bürger“, In: Kronen Zeitung vom 03.07.1992, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch anderswo ist man ja gar bald ein Rassist und Reaktionär, wenn nicht gar ein Faschist und Nazi, wenn man die grundlogische Meinung vertritt, daß die Zulassung von Einwanderern und Asylanten naturgemäß irgendwo ihre Grenzen haben müsse.“</p>	<p>Man wird als „Rassist“/„Reaktionär“/„Nazi“/„Faschist“ bezeichnet, wenn man die Meinung vertritt, dass eine Grenze für die Aufnahme von „Asylanten“ existieren muss.</p>	<p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>
1	Gnam, Peter: „Kanzlerworte“, In: Kronen Zeitung vom 29.07.1992, S. 3	2	Keine Nennung	<p>„Endlich ist dem zurückhaltend-höflichen Kanzler in Sachen Ausländerpolitik der Kragen geplatzt und er antwortete auf Journalistenfragen wie er schon längst hätte antworten sollen: Ja zur Hilfe für Flüchtlinge, aber Österreich darf von Europa nicht im Stich gelassen werden.“</p>	<p>Kanzler Vranitzky tritt ab jetzt [endlich, Anm.] für mehr Unterstützung für Österreich von anderen europäischen Staaten für die Aufnahme von Geflüchteten ein.</p>	<p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p>
1	Gnam, Peter: „Das Neueste aus der Gerüchteküche/Leere Kilometer in der Gluthitze“, In: Kronen Zeitung vom 06.08.1992, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Genannt wird natürlich auch Innenminister Löschnak, doch der sitzt fester im Sattel, als es den Kritikern seiner restriktiven Flüchtlingspolitik lieb sein kann: Kanzler Vranitzky weiß nämlich die konsequente Arbeit seines Innenministers besonders zu schätzen.“</p>	<p>Die Position von Innenminister Löschnak ist durch seine restriktive Asylpolitik gesichert. Auch Vranitzky schätzt die restriktive Asylpolitik von Löschnak.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>

1	Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Der Mut eines Pensionisten“, In: In: Kronen Zeitung vom 09.09.1992, S.10	4	Keine Nennung	<p>"An der Molotowcocktailfront gegen die Ausländer in Deutschland hat es zuletzt in Halle arg gekracht: Demonstranten haben Brandsätze in eine Asylantenunterkunft geworfen, deren Bewohner daraufhin evakuiert werden mußten.“</p> <p>„Die Applaudierer, ob in Rostock oder sonstwo, waren also Leute, die Gewalttaten nicht für ein geeignetes Mittel zur Lösung des Asylantenproblems hielten; [...]“</p> <p>„Diese Bürger waren aber wohl zutiefst empört, erbittert und entsetzt über die Sorglosigkeit, mit der Politiker - in deren Wohngegenden nur in den seltensten Fällen Asylanten hausen oder rumänische Zigeuner illegal kampieren - auf Kosten der gewöhnlichen Bürger immer neue Asylantenströme akzeptieren.“</p> <p>„Aber vielleicht kommen nach dem Pensionisten Schmidt [ehemaliger BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Anm.] jetzt auch noch aktive Linke aus Deutschland drauf, welche Unheil sie in der Asylantenfrage angerichtet haben.“</p>	<p>In Halle in Deutschland kam es zu einem Brandanschlag gegen Geflüchtete Menschen, eine Unterkunft musste evakuiert werden.</p> <p>Es gibt auch KritikerInnen einer nicht-restriktiven Asylpolitik, die Gewalt gegen Unterfünfte von Geflüchteten ablehnen.</p> <p>Bürger waren empört über die Sorglosigkeit von Politikern, die „immer neue Asylantenströme“ in Kauf nehmen. Folge sind das Kampieren von „Asylanten“ und „illegalen rumänischen Zigeunern“ in den Wohngegenden der deutschen EinwohnerInnen.</p> <p>Der Autor hofft, dass nach dem Befürworten einer restriktiveren Asylpolitik durch Helmut Schmidt jetzt auch andere linke PolitikerInnen bemerken „welche Unheil sie in der Asylantenfrage angerichtet haben.“</p>	<p>K4.3.: Gewalt gegen Geflüchtete K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>
---	---	---	---------------	--	--	---

1	Gnam, Peter: „Gute und Böse“, In: Kronen Zeitung vom 17.09.1992, S.3	2	(ehemaliges Jugoslawien)	<p>„Einen „Überdruß am Bürgerkrieg in Jugoslawien“, eine „Balkanhilfe, die die Grenze des Möglichen erreicht hat“ und eine „überaus geringe Neigung, noch mehr Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten aufzunehmen“ - das ist in Schlagzeilen das Hauptergebnis einer repräsentativen Umfrage des angesehenen IMAS-Institutes, welche Meinung die Österreicher zur Jugoslawien-Krise vertreten.“</p> <p>„Ganz so überraschend ist das [das angebliche Nicht-Berichten über die Umfrage-Ergebnisse, Anm.] deshalb nicht, weil für den ORF ja jene Politiker „die Guten“ sind, die die Tore für Flüchtlinge weit aufmachen wollen.“</p>	<p>Eine IMAS-Umfrage unter der österreichischen Bevölkerung ergab einen „Überdruß am Bürgerkrieg in Jugoslawien“ eine Ablehnung einer weiteren finanziellen Unterstützung von Ländern des ehemaligen Jugoslawien und eine Weigerung „noch mehr“ Geflüchtete Menschen aus diesen Gebieten aufzunehmen.</p> <p>Über die Umfrageergebnisse wurde laut Autor unzureichend berichtet. Der ORF berichtet vor allem über jene PolitikerInnen, die Geflüchtete Menschen in Österreich aufnehmen wollen.</p>	<p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K10.1.: Medienkritik</p>
1	Gnam, Peter: „Grüne Politinsel“, In: Kronen Zeitung vom 25.09.1992, S.3	2	Keine Nennung	<p>„Nun zeigt sich, daß diese restriktive Flüchtlingspolitik [durch Franz Löschnak, Anm.] richtig war - es gibt bei uns keine ausländerfeindlichen Krawalle wie anderswo, zugleich aber auch eine Hilfsbereitschaft der Österreicher, die in ganz Europa ohne Beispiel ist.“</p> <p>„Am wildesten haben übrigens die Grünen gegen die Flüchtlingspolitik von Löschnak gehetzt.“</p>	<p>Restriktive Asylpolitik durch Löschnak war laut Autor richtig, in Österreich kam es bislang zu keinen ausländerfeindlichen Ausschreitungen, die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen ist in ganz Europa einzigartig.</p> <p>Die Partei „Die Grünen“ kritisierte die Asylpolitik von Löschnak am heftigsten.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>

1	Staberl“ [Nimmerrichter, Richard, Anm]: „Horrmeldungen in Nebensätzen“, In: Kronen Zeitung vom 16.11.1992, S.10	4	(ehemaliges Jugoslawien)	"Ein Flüchtlings- und Asylanstrom, wie man ihn in neuerer Zeit nie zuvor erlebt hat, erschüttert das Gefüge einer noch so halbwegs freien und bisher als heil erachteten Welt." „Die soeben erschienene Schulstatistik weist an allen Schulen 66.754 Mädchen und Buben mit vorwiegend nicht deutscher Umgangssprache aus, dazu kommen noch rund 6.000 bosnische Flüchtlingskinder.“	Die bislang „freie“ und „heile“ [westliche, Anm.] Welt ist mit einem „Flüchtlings- und Asylanstrom“ konfrontiert. In Österreich besuchen ca.70.000 Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache die Schule, dazu kommen 6.000 Kinder, die aus Bosnien fliehen mussten.	K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete
1	Trost, Ernst: „Lichterketten“, In: Kronen Zeitung vom 18.12.1992, S.3	2	Keine Nennung	"Die Probleme um Flüchtlinge, Asylan usw. werden damit [mit friedlichen Demonstrationen, Anm.] nicht gelöst.“	Friedliche Demonstrationen sind keine praktikable Lösung für Probleme im Bereich der Asylpolitik.	K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen
1	Trost, Ernst: „Hunger im Bild“, In: Kronen Zeitung vom 07.05.1998, S.2	2	Sudan, Afrika	"Die Masse der hungernden Flüchtlinge ist von internationalen Hilfsorganisationen abhängig.“	Die innerhalb des Sudan geflüchteten Menschen hungern und sind von internationaler Hilfe abhängig.	K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort
1	„Staberl“ [Nimmerrichter, Richard, Anm.]: „Als Ersatz für die Giffasseln“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.1998, S.2	2	Irak, Naher Osten	„So hat zum Beispiel die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 4. Mai berichtet, daß 150 irakische "Flüchtlinge", denen das Asylrecht in Deutschland gewährt worden ist, weil sie zu Hause angeblich am Leben bedroht waren, seither unbehelligt in den Irak ein- und ebenso unbehelligt auch wieder nach Deutschland zurückgereist seien.“	Laut FAZ seien 150 irakische Geflüchtete ohne aufgehalten worden zu sein wieder zurück in den Irak eingereist, sowie später nach Deutschland zurückgekehrt, obwohl ihnen in Deutschland Asyl gewährt wurde, da ihnen im Irak Lebensgefahr drohte.	K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete

1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2014, S.14	1	Keine Nennung	„Womit ich beim eigentlichen Grund für meinen Brief an Sie [gemeint ist Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Anm.] bin: Denn Ihr Plan ist die seit langem beste Idee zur Lösung der Flüchtlings-Problematik in unserem Land: die Asylanten statt in Großlagern zusammenzupferchen (und damit künstlich eine hochexplosive ethnische Gemengelage zu schaffen), gleich auf die Länder zu verteilen.“	Der Autor lobt Innenministerin Mikl-Leitner für den Vorschlag „Asylanten“ auf die österreichischen Bundesländer zu verteilen, anstatt diese in Lager zu schicken und dadurch eine „hochexplosive ethnische Gemengelage“ zu schaffen.	K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K2.3.: Debatten um die faire „Aufteilung“ von Geflüchteten K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
1	Pándi, Claus: „Unwürdig“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2014, S.5	1	Syrien, Naher Osten	„Es war abzusehen, dass wieder ein Strom von Asylwerbern nach Europa kommen wird.“ „Also nach Österreich und Deutschland und weniger nach Ungarn, Rumänien oder Griechenland, wo die Flüchtlinge zwar nicht mehr um ihr Leben bangen müssen, aber es ihnen erst recht wieder dreckig geht.“ „100 Kriegsflüchtlinge, zumeist aus Syrien, stranden täglich in Österreich.“	Erneut kommt es zu einem „Strom“ von Asylwerbern nach Europa. Ein Großteil der Geflüchteten hat das Ziel Österreich oder Deutschland, in anderen EU-Staaten bestünde zwar keine akute Lebensbedrohung, allerdings würden sie dort (Ungarn, Rumänien, Griechenland) schlecht behandelt/versorgt. Täglich kommen 100 syrische Kriegsflüchtlinge nach Österreich.	K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“

1	Pándi, Claus: „Asyl für Al-Kaida“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2014, S.5	1	Syrien, Naher Osten	<p>„Diese Sorgfalt gilt genauso für jene Geschichte mit dem Flüchtling in Traiskirchen, den seine syrischen Landsleute um ein Haar gelyncht hätten, weil er von ihnen als Mitglied der Terror-Organisation Al-Kaida erkannt worden sein soll.“</p> <p>„Überraschen dürfte es nicht, wenn mitten unter den Vertriebenen in Syrien der eine oder andere Terrorist mitläuft.“</p> <p>„Und so kann es sein, dass einer, der noch gestern als Milizionär mit Maschinengewehr als Held auf dem Schlachtfeld posierte, heute als armer Migrant um Asyl in Europa ansucht. Asyl, das ihm am Ende von den Behörden vielleicht nicht einmal verweigert werden kann.“</p>	<p>Ein syrischer Geflüchteter wurde von anderen syrischen Geflüchteten bedroht, da sie dachten er wäre Mitglied von Al-Qaida.</p> <p>Es ist wahrscheinlich, dass sich unter den syrischen Geflüchteten auch Terroristen befinden.</p> <p>Manche Kämpfer in Syrien suchen um Asyl in Europa an. Dieses Recht auf Asyl wird von den österreichischen Behörden meist gewährt.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	---	---	---------------------	--	--	--

1	Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 23.08.2014, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Mäuschenstill verhalten sich derzeit diverse Organisationen, Rechtsanwälte und Vereine, die seit Jahr und Tag "im Namen der Menschlichkeit" ultimativ verlangen, dass Österreich gefälligst mehr Flüchtlinge aufzunehmen habe und diesen ohne langwierige Überprüfung Asyl gewähren müsse. Die Erklärung für diese "noble Zurückhaltung" liegt auf der Hand: Wenn tschetschenische Terror-Kämpfer, denen in Österreich Asyl gewährt worden ist, in U-Haft genommen werden mussten, weil sie einer terroristischen Vereinigung angehören sollen, dann hört sich das Gefasel von der "Menschlichkeit" halt auf. Damit ist man bei der Frage angelangt, ob in Österreich nicht doch zu leichtfertig Asyl gewährt wird.“</p> <p>„In diesem Zusammenhang macht man sich dann auch Gedanken, warum tagtäglich in den Zeitungen von Flüchtlingen, Asylanten usw. die Rede ist, die im Verdacht stehen, Straftaten bzw. Gewaltakte verübt zu haben.“</p> <p>„Was übrigens viele angesichts der Festnahme der neun Terrorkämpfer vor ihrer Ausreise aus Österreich nicht verstehen wollen: Warum hat man diese Männer mit Asylstatus nicht einfach nach Syrien "abhauen" lassen.“</p>	<p>Organisationen/Rechtsanwälte und Vereine, die verlangen, dass Österreich mehr Geflüchtete aufnehmen solle, und Behörden ohne grundlegende Prüfung Asyl gewähren sollen, verstummen derzeit. Der Grund dafür ist das Bekanntwerden von tschetschenischen Asylberechtigten, die terroristischen Organisationen angehören sollen. Im Angesicht dieser Bedrohung darf laut Autor von keiner „Menschlichkeit“ mehr geredet werden und Österreich sollte nicht mehr wie laut Autor bislang „leichtfertig“ Asyl gewähren.“</p> <p>Tagtäglich berichten Zeitungen über Geflüchtete und „Asylanten“ die im Verdacht stehen Straftaten begangen zu haben.</p> <p>In Österreich kam es zur Festnahme von 9 „Terrorkämpfern“, die nach Syrien ausreisen wollten, der Autor fragt nun danach, warum man diese „Männer mit Asylstatus“ nicht nach Syrien ausreisen ließ.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	--	---	---

1	Gnam, Peter: „Warum Häupl zu bewundern ist“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.2	4	Afghanistan/ West-afrikanische Staaten	<p>„Wien springt also für die anderen Bundesländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen ein. Wien, das schon bisher seine Flüchtlingsquote mit 7134 beherbergten Flüchtlingen übererfüllt hat, während andere Bundesländer sich taub stellen bzw. "gute Ratschläge" erteilen. Toll werden das die Bewohner des 3. Wiener Gemeindebezirks finden, denen noch gestern Vormittag 600 Flüchtlinge in einem einzigen Quartier zugemutet worden sind. Später war es dann wieder anders - eine koordinierte Flüchtlingspolitik sieht wirklich ganz anders aus.“</p> <p>„Und es wird in der Tonart so weitergehen, wenn man jetzt sieht, dass letzten Endes die beharrliche Weigerung, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, von Erfolg gekrönt ist. Wiens Bürgermeister Häupl, der politisch die Letztverantwortung für 600 zusätzliche Flüchtlinge in Wien trägt, ist eigentlich zu bewundern.“</p> <p>„Eines der Hauptprobleme ist nämlich die Trennung von echten Flüchtlingen und "Asylwerbern" vom Schlag jener Typen, die jetzt im Großraum Graz wegen Drogenhandel festgenommen worden sind.“</p>	<p>Wien hilft den anderen Bundesländern bei der Aufnahme geflüchteter Menschen. Wien hat die Quote zur Aufnahme geflüchteter Menschen bereits übertroffen, andere Bundesländer „stellen sich taub“ und erteilen Ratschläge. Im dritten Bezirk wurden 600 Geflüchtete in ein einziges Quartier gebracht. Daraufhin entschieden sich die Behörden erneut um, der Autor empfindet dies als schlecht koordinierte Asylpolitik.</p> <p>Die Weigerung „Kriegsflüchtlinge“ aufzunehmen ist erfolversprechend. Der Autor bewundert Bürgermeister Michael Häupl dafür 600 geflüchtete Menschen aufgenommen zu haben.</p> <p>Probleme gibt es bei der Trennung von „echten Flüchtlingen“ und „Asylwerbern“ straffällig werden. In Graz wurden Geflüchtete wegen Rauschgifthandel festgenommen.</p>	<p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p>
---	--	---	---	---	--	--

1	Chalupka, Michael: „Ein Herz für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 04.10.2014, S.16	1	Syrien, Naher Osten	<p>„Viele Österreicher und Österreicherinnen wollen dem Tauziehen um die Flüchtlingsunterbringung nicht länger zusehen.“</p> <p>„Geld ist damit [mit der Vermietung von Wohnungen an Geflüchtete, Anm.] keines zu verdienen, denn die Mietunterstützung, die Flüchtlingsfamilien erhalten, beträgt nur 240 Euro - zu wenig für den normalen Wohnungsmarkt.“</p> <p>„Trotzdem ist es gelungen, allein in Niederösterreich, in den letzten Tagen für 60 Menschen auf der Flucht eine sichere Bleibe zu finden.“</p> <p>„Ja, wir lernen viel voneinander“, [syrische Geflüchtete und österreichische FlüchtlingshelferInnen, Anm.] erzählt eine Gastgeberin, die die kleine Wohnung, die eigentliche für die Tochter gebaut wurde, die aber längst in der Stadt wohnt, einer syrischen Flüchtlingsfamilie zur Verfügung stellt. In Niederösterreich funktioniert dieses Modell, dass Menschen direkt aus dem Flüchtlingslager Traiskirchen in Privatwohnungen übersiedeln können.“</p>	<p>Die Österreicher stört die Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten.</p> <p>Menschen verdienen nichts mit der Vermietung von Wohnungen an Geflüchtete, die Mietunterstützung beträgt lediglich 240€.</p> <p>In Niederösterreich wurde es geschafft für 60 Menschen eine Unterkunft bereit zu stellen.</p> <p>SyrerInnen und ÖsterreicherInnen lernen viel voneinander, meint eine ÖsterreicherIn, die ihre Wohnung einer geflüchteten syrischen Familie zur Verfügung gestellt hat. In Niederösterreich funktioniert das Modell, dass Geflüchteten aus Traiskirchen direkt in Privatwohnungen übersiedeln können.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K1.4.: Geflüchtete als „kulturelle Bereicherung“</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
---	---	---	---------------------	---	--	--

1	Gnam, Peter: „Einen Knatsch mit „der Politik““, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2014, S.3	2	Syrien, Naher Osten/afrikanische Staaten	<p>„Tatsache ist, dass eine gerechtere Aufteilung von Flüchtlingen, bei der alle neun Bundesländer entsprechend ihrer Größe die Last tragen, nicht stattfindet. Politisch pikant sind vor allem ÖVP-interne Rangeleien zwischen Bundesländern, die ihre Flüchtlingsquote erfüllen (Niederösterreich), und jenen, die säumig sind (Oberösterreich, Tirol).“</p> <p>„Nichts als Fragen zur europäischen Flüchtlingspolitik auch bei unseren deutschen Nachbarn, die es mit sehr vielen Asylwerbern aus Syrien und Afrika zu tun haben: Deutschlands Innenminister Thomas de Maizière (CDU) machte nun den Vorschlag, in Ägypten eine Art Zwischenstation zu errichten und dort zu entscheiden, welche Flüchtlinge nach Europa sollen und welche nicht. Bei der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kam diese Idee reflexartig ganz schlecht an.“</p>	<p>Eine gerechtere Aufteilung von Geflüchteten in 9 Bundesländer, anhand der Aufnahmekapazität findet nicht statt. Zwischen ÖVP-regierten Bundesländern kommt es zu Konflikten, zwischen den Ländern, die die Aufnahmequoten erfüllen und den Ländern, die dies nicht tun.</p> <p>In Deutschland wird über europäische Asylpolitik debattiert, sehr viele AsylwerberInnen kommen aus Syrien und Afrika. Der deutsche Innenminister De Maiziere schlägt vor in Ägypten einen „Hotspot“ zu errichten, in dem entschieden werden soll, welche der Geflüchteten nach Europa kommen soll und welche abgewiesen werden. Die Organisation „ProAsyl“ lehnte den Vorschlag strikt ab.</p>	<p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	---	---	--	---	--	---

1	Gnam, Peter: „Einen Knatsch mit „der Politik““, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2014, S.3	1	Keine Nennung	<p>„Es wird keinen Knatsch geben“, sagte Salzburgs Landeshauptmann Haslauer im "Krone"-Gespräch über den heutigen Asyl-Gipfel der Landeshauptleute in Kärnten, bei dem es um eine gerechte Aufteilung von Flüchtlingen unter den einzelnen Bundesländern geht. Kein Knatsch? Vielleicht, aber Sprengkraft hat dieser Asyl-Gipfel allemal. Allein dass Haslauer hinzufügt, in einer Großstadt wie Wien sei die Unterbringung von Hunderten (er sagte 700) Flüchtlingen leichter zu verkraften als in Kleingemeinden auf dem Land, muss für Wiens Bürgermeister Häupl wie eine Provokation wirken, und natürlich wird sich auch Niederösterreichs Erwin Pröll seinen Teil dazu denken.“</p> <p>„Im Prinzip hat Haslauer allerdings Recht, doch es wäre halt hoch an der Zeit, nicht nur in Salzburg, sondern auch in anderen westlichen Bundesländern Kleingemeinden dazu zu bringen, ihrer Größe entsprechend wenigstens ein paar Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.“</p> <p>„Außer Frage steht auch, dass in allen neun Bundesländern nicht verstanden wird, warum Österreich im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl bei der Aufnahme von Flüchtlingen zahlenmäßig eine der größten Lasten in der gesamten EU tragen muss. Nicht verstanden wird auch, dass laut Innenministerium weiterhin jeden Tag 100 Flüchtlinge in Österreich eintreffen.“</p>	<p>Laut Landeshauptmann Haslauer (ÖVP) wird es auf dem heutigen Asyl-Gipfel der Landeshauptleute in Kärnten keine Konflikte geben. Bei dem Gipfel geht es um die Aufteilung geflüchteter Menschen auf die Bundesländer. Laut Autor hat der Gipfel Sprengkraft, es kam bereits zum Konflikt mit dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl, da Wien laut Haslauer die Aufnahme von 700 Geflüchteten besser verkraften könne als Salzburg. Auch mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll gibt es Konfliktpotential.</p> <p>Laut Autor hat Haslauer Recht, es ist nun an der Zeit, dass alle Bundesländer, wie Salzburg wenigstens eine geringe Zahl an „Kriegsflüchtlingen“ aufnehmen.</p> <p>Unverständlich ist laut Autor, warum Österreich im Vergleich zu anderen EU-Staaten so viele Geflüchtete aufnehmen muss, laut Innenministerium treffen jeden Tag 100 Geflüchtete in Österreich ein.</p>	<p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p>
1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2014, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Keine Freude mit der Kärntner Asylpolitik kann auch Innenministerin Mikl-Leitner haben. Die hat nämlich empfohlen, dass je nach Größe der Gemeinde den Bewohnern entsprechend wenige Flüchtlinge zugemutet werden dürfen.“</p>	<p>Innenministerin Mikl-Leitner ist unzufrieden mit der Kärntner Asylpolitik, die empfiehlt die Anzahl der aufzunehmenden Geflüchteten an die Größe von Gemeinden anzupassen.</p>	<p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p>

1	Gnam, Peter: „Wohin mit den 600 Flüchtlingen?“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2014, S.4	1	Syrien, Naher Osten	<p>„Einer der Flüchtlinge aus den syrischen Kriegsgebieten hat nach seinen turbulenten Erlebnissen nach der Ankunft in Österreich einerseits die Fluchtroute (über Griechenland) auf einer Karte gezeigt und andererseits hinzugefügt, er sei nach Österreich gekommen, weil man ihm erzählt habe, dieses Österreich sei nicht nur ein sehr schönes Land, sondern die Betreuung von Flüchtlingen sei erstklassig. Das ehrt uns sehr und widerspricht Gott sei Dank all jenen Unterstellungen, wonach Flüchtlinge bei uns schlecht behandelt und auf engstem Raum bei schlechtem Essen zusammengepfercht würden. Zugleich wirft dieses Lob die Frage auf, wie viele Flüchtlinge das kleine Österreich "verträgt", ohne dass die Bevölkerung überfordert wird und in Abwehrhaltung geht.“</p> <p>„Wiens Bürgermeister Häupl hat im Herbst mit einer großen Geste zugesagt, 600 zusätzliche Flüchtlinge in der Bundeshauptstadt aufzunehmen. Wien hat damit die sogenannte Flüchtlings-Quote, die zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, übererfüllt.“</p>	<p>Ein syrischer Flüchtling hat nach seiner Ankunft in Österreich seine Fluchtroute über Griechenland bekannt gegeben und hinzugefügt, er sei nach Österreich gekommen, weil er gehört habe, dass Österreich ein schönes Land sei und die Betreuung von Geflüchteten gut funktionieren würde. Diese Aussage widerspricht den „Unterstellungen“ nach denen Geflüchtete in Österreich schlecht behandelt bzw. untergebracht und gepflegt würden. Dieses Lob wirft auch die Frage auf, wie viele Geflüchtete Menschen Österreich „verträgt“, ohne die Bevölkerung zu überfordern.</p> <p>Bürgermeister Michael Häupl erteilte die Zusage in Wien 600 zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen, Wien übertrifft damit die vereinbarte „Flüchtlingsquote“.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p>
1	Pándi, Claus: „Möge es uns niemals schlechter gehen“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.2015, S.1	1	Keine Nennung	<p>„Wir stehen aber nach dem großen internationalen Finanzcrash, Bürgerkriegen, Klimakatastrophen und globalen Flüchtlingsströmen vor einem System, das an den Grenzen seiner Belastbarkeit angekommen ist.“</p>	<p>Nach internationalen Finanzcrashes, Bürgerkriegen, Klimakatastrophen und globalen „Flüchtlingsströmen“ ist das System fast überlastet.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>

1	Gnam, Peter: „16 Asylwerber und ein Aufstand der Bürger/ Wie starb Jörg Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 28.02.2015, S.2	2	Verschiedene Afrikanische Staaten	<p>„Schauplatz eines Bürgeraufstandes gegen die Unterbringung von Flüchtlingen war diese Woche der kleine Osttiroler Ort Prägraten (1249 Einwohner): In einem alten Gasthof sollten 16 Asylwerber Unterkunft finden, doch dann gingen plötzlich die Wogen hoch.“</p> <p>„Letzter Stand: Die Asylwerber sollen dennoch untergebracht werden, es wird noch verhandelt. Ursache dieses Zwischenfalles: Tirol war und ist bei der Unterbringung von Asylwerbern säumig.“</p> <p>„Ein Ende der in die Hunderttausende gehenden Flüchtlingswelle von Afrika nach Europa ist nicht absehbar. Die EU-Grenzschutztruppe Frontex berichtete bei einem Polizeikongress in Berlin, dass Menschenschmuggler im Mittelmeerraum Millionenprofite machen, indem sie führerlose Frachtschiffe mit Flüchtlingen vollgepackt von Afrika Richtung Europa schicken. Die Bosse kassieren pro Flüchtling für eine Überfahrt nach Italien 6000 Dollar.“</p>	<p>In Osttirol kam es zu einem Aufstand gegen die Unterbringung von Geflüchteten. 16 AsylwerberInnen sollten in einem Gasthof untergebracht werden.</p> <p>Die AsylwerberInnen sollen trotz der Proteste untergebracht werden, Tirol ist bei der Unterbringung von AsylwerberInnen säumig.</p> <p>Hunderttausende Menschen flüchten von Afrika nach Europa, ein Ende der „Flüchtlingswelle“ ist nicht in Sicht. Frontex berichtete bei einem Kongress in Berlin, dass Schlepper hohe Profite erzielen, in dem sie Schiffe mit Geflüchteten ohne Führung von Afrika nach Europa schicken. Pro Überfahrt verdienen die Anführer der Schlepper 6000\$.</p>	<p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p> <p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p>
1	Pándi, Claus: „Nach der Trauer“, In: Kronen Zeitung vom 21.04.2015, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Nach dem Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer herrschen wieder kollektive und demonstrative Trauer und vielleicht auch Scham.“</p> <p>„Die Absicht dabei [bei der Entwicklung internationaler Strategien, Anm.] darf jedoch nicht sein, dass möglichst viele Flüchtlinge aus korrupten Diktaturen, Hungerregionen und Klimawüsten in Europa untergebracht werden können.“</p> <p>„Das ist komplizierter und langwieriger, als Flüchtlings- und Auffanglager zu bauen, die in der aktuellen Lage auch sein müssen.“</p>	<p>Nach einem Schiffsunglück auf dem Mittelmeer mit zahlreichen toten Geflüchteten sind die vorherrschenden Gefühle Trauer und Scham.</p> <p>Internationale Strategien sollen verhindern, dass Geflüchtete aus Diktaturen und armen Weltregionen in Europa untergebracht werden.</p> <p>Die Entwicklung internationaler Strategien ist schwieriger als die kurzfristige Lösung der Errichtung von Lagern, die aber auch in der momentanen Situation errichtet werden müssen.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>

1	Trost, Ernst: „Im Elend“, In: Kronen Zeitung vom 29.04.2015, S.5	2	Nepal, Asien	„Er [der Bürgerkrieg in Nepal, Anm.] kostete 12.000 Nepalesen das Leben, mehr als 100.000 wurden zu Flüchtlingen.“	Im Zuge des nepalesischen Bürgerkrieges starben 12.000 Menschen, 100.000 mussten flüchten.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“
1	Pändi, Claus: „Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Camping ist wieder im Kommen.“ Mit diesem bitteren Spruch reagierte am Donnerstag ein bekannter Zyniker auf den jetzt Realität gewordenen Einfall, wegen einiger hundert Flüchtlinge ein Zeltlager in die heimische Landschaft zu stellen. Die scharfe Pointe bringt die Hilf- und Ratlosigkeit der sogenannten politischen Elite angesichts der Flüchtlingsdramen auf den Punkt.“</p> <p>„Jeder Flüchtling mehr ist vielleicht eine Wählerstimme mehr für die ganz rechten Parteien, die das vorherrschende sozial- und christdemokratische Establishment bald wegfegen könnte. Die Flüchtlings-Zeltstädte der Innenministerin sind nur ein weiteres Symbol für die Planlosigkeit.“</p> <p>„Österreich hatte ab 1990 weitaus größere Flüchtlingswellen (aus dem ehemaligen Jugoslawien) zwar auch nicht völlig geräuschlos, aber ganz ordentlich bewältigt.“</p>	<p>Im Zuge der Errichtung von Zeltlagern für Geflüchtete kommt es zu zynischen Aussagen von PolitikerInnen, dies ist ein Zeichen für die Hilf- und Ratlosigkeit der politischen Elite angesichts der „Flüchtlingsdramen“.</p> <p>Jeder Flüchtling könnte eine zusätzliche Stimme für rechtsextreme Parteien bedeuten, die bald eine Bedrohung für sozialdemokratische und bürgerliche Parteien darstellen könnten. Die Errichtung von Zeltstädten durch Mikl-Leitner ist ein weiteres Zeichen einer Planlosigkeit der Regierung.</p> <p>Österreich hat bereits in den 1990er Jahren „Flüchtlingswellen“ bewältigt.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p>
1	Seinitz, Kurt: „Klartext“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.4	2	Verschiedene Afrikanische Staaten	„Höchste Skepsis ist angebracht, vom Füllhorn amtlicher „Entwicklungshilfe“ ein rasches Ende der afrikanischen Flüchtlingswelle zu erwarten.“	Entwicklungshilfe für afrikanische Staaten bedeutet kein Ende der „Flüchtlingswelle“.	<p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p>

1	Pändi, Claus: „Durcheinander im Kinderzimmer“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.3	2	Keine Nennung	„Inzwischen feilscht im Hintergrund die Regierung wie wild über die Zeltstädte für Flüchtlinge und doktert konfus an der Steuerreform so lange herum, bis sie bald endgültig kaputt ist.“	Die Regierung verhandelt intern über Zeltstädte für Geflüchtete. Planlos wird die Steuerreform beschlossen, bis sie keinen Effekt mehr besitzt.	K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
1	Vettermann, Doris: „Im Großen wie im Kleinen“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.3	1	Keine Nennung	„An Vorschlägen, durchaus auch vernünftigen und guten zu einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge, mangelt es nicht.“ „Das Flüchtlingsproblem, auf das es zugegebenermaßen keine einfache Antwort gibt, ist nach wie vor völlig ungelöst.“ „Denn was bringt es, wenn etwa Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser nun betont, an der Bezirksquote festzuhalten und weiter an deren Umsetzung zu arbeiten, aber gleichzeitig die Öffnung der Kaserne in Bleiburg für Flüchtlinge strikt ablehnt?“	Es mangelt nicht an Vorschlägen zur Verteilung von Geflüchteten. Für das komplexe „Flüchtlingsproblem“ wurde bislang keinerlei Lösung gefunden. Peter Kaiser hält an der Bezirksquote fest, gleichzeitig lehnt er die Öffnung einer Kaserne in Bleiburg für Geflüchtete ab.	K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
1	Wailand, Georg: „EU hat auch keine Energie-Strategie“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.8	3	Keine Nennung	„In der Asyl-Frage wirkt die EU, zynisch formuliert, wie beim Orientierungslauf der Orientierungslosen.“	Die EU agiert in der „Asyl-Frage“ planlos.	K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik

1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 04.07.2015, S.2	1	Verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Chaos um Aufteilung und Unterbringung von Flüchtlingen aus Afrika in Europa und natürlich besonders in Österreich. Die Zahlen sprechen für sich: Allein im ersten Halbjahr 2015 kamen fast doppelt so viele Flüchtlinge wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres über das Mittelmeer. Tendenz steigend. In Österreich allein wird heuer bis Jahresende mit 80.000 Flüchtlingen, die um Asyl ansuchen, gerechnet. Dass letzte Woche ein von Kanzler Faymann einberufener Asylgipfel in wildem Polit-Streit untergegangen ist, lässt jetzt zwar die ÖVP und diverse Medien jubeln, dass die Tage dieses Regierungschefs gezählt seien. Das allein löst allerdings den Streit, welches Bundesland wie viele Flüchtlinge aufnehmen muss, noch lange nicht. Besonnene Kräfte in dieser Regierung (rote und schwarze) nehmen deshalb quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit einen neuen Anlauf, das Asylproblem zu lösen. Gestern, Freitag, gab es ein erstes „Geheimtreffen“, bei dem alle direkt oder indirekt mit der Flüchtlingsfrage befassten Minister vertreten waren. Dieser neuen Asyl-Runde gleich ins Stammbuch geschrieben: Die Bevölkerung hat Angst und zwar große Angst, wenn in ihrer unmittelbaren Wohnungsnähe viele, geschweige denn sehr viele Flüchtlinge untergebracht sind. Ob in Zelten, Kasernen oder aufgelassenen Jugendheimen, wie das folgende Beispiel einer wunderschönen Stadt in Österreich mit 4800 Einwohnern zeigt. Hier wurden in einem vor der Schließung stehenden Jugendheim Anfang des Jahres 40 Flüchtlinge – alle männlich im Alter von 20 bis 30 Jahren – untergebracht.“</p> <p>„Dennoch wurden die Flüchtlinge einquartiert, die Proteste blieben, allerdings nur noch hinter vorgehaltener Hand. Passiert ist bis jetzt Gott sei Dank nichts, doch die Angst bleibt.“</p>	<p>Es herrscht Chaos bei der Aufteilung und Unterbringung von afrikanischen Geflüchteten in Europa und Österreich. Im ersten Halbjahr kamen doppelt so viele Flüchtlinge wie im Vorjahr über das Mittelmeer. Die Tendenz ist weiter steigend. Nach Österreich sollen 80.000 Geflüchtete kommen. Der von Werner Faymann geplante Asylgipfel verfehlte seine Wirkung. Grund war ein Konflikt mit der ÖVP. Die Frage ob Faymann Bundeskanzler bleibt, löst die Frage der Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer nicht. PolitikerInnen der ÖVP und SPÖ unternehmen einen neuen Anlauf zu einer Einigung über die Verteilung von Geflüchteten zu gelangen. Es gab bereits ein Geheimtreffen der in der Asylpolitik zuständigen MinisterInnen. Die Bevölkerung hat Angst, wenn in ihrer Nähe eine hohe Zahl an Geflüchteten untergebracht wird. Dabei kommt es auf die Lokalität der Unterkunft nicht an. In einer österreichischen Stadt wurden 40 männliche Geflüchtete in einem Jugendheim untergebracht.</p> <p>Es gab bislang keine Proteste gegen die Unterbringung der Geflüchteten. Bislang kam es zu keinerlei Vorkommnissen, die Angst, das etwas passieren könnte bleibt allerdings.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>
---	--	---	-----------------------------------	--	--	---

1	Gnam, Peter: „Die Lüge vom Schlaraffenland“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.7	1	Keine Nennung	<p>„Bei uns mit diesem Märchen aus Tausendundeiner Nacht voller Erwartungen angekommen, ist jetzt plötzlich alles anders: Zusammengepfercht würden sie in Traiskirchen leben, unter unzumutbaren Umständen, mit schlechtem Essen, mangelhafter medizinischer Betreuung usw., klagte ein Flüchtling aus Traiskirchen im Gespräch mit „Krone“-Redakteurin Conny Bischofberger.“</p> <p>„Und vergangenen Samstag demonstrierten in Traiskirchen Flüchtlinge gegen die „unzumutbaren Zustände“ im Lager.“</p> <p>„Die Wahrheit ist nämlich, dass Österreich im Allgemeinen und Traiskirchen im Besonderen mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert ist.“</p>	<p>Geflüchtete Menschen kamen mit falschen Erwartungen („Märchen aus Tausendundeiner Nacht“) nach Österreich. Ein interviewter Geflüchteter beklagt sich über mangelnden Wohnraum, schlechtes Essen und schlechte medizinische Versorgung.</p> <p>Flüchtlinge demonstrierten in Traiskirchen gegen die „unzumutbaren Zustände“.</p> <p>Sowohl Österreich als auch Traiskirchen sind mit der Aufnahme von Geflüchteten überfordert.</p>	<p>K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p>
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.16	1	Keine Nennung	<p>„Indem Sie [gemeint ist Andreas Schieder, SPÖ, Anm.] den gerade mühsam erreichten Koalitionsfrieden mit Ihrer Attacke auf die schwarze Flüchtlings-Innenministerin Mikl-Leitner („Sie ist überfordert“) torpedieren.“</p>	<p>Andreas Schieder stört den Frieden der Rot-Schwarzen Koalition dadurch, dass er die Asylpolitik von Mikl-Leitner kritisiert.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p>

1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In; Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.16	1	Keine Nennung	<p>„Liebe Innenministerin, das Geimpfte könnt einem aufgehen, wenn man liest, was ein SPÖ-Spitzenpolitiker, was der rote Klubchef Andreas Schieder zum Thema Asylwerber absondert. Der Nämliche: „Die Aufnahme von Flüchtlingen ist ein bewältigbares Problem, Frau Mikl-Leitner aber damit überfordert, was auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen wird.“</p> <p>„Österreich wird nur dann einer EU-weiten Asylquote zustimmen, wenn Italien und Griechenland (das Aufmarschgebiet‘ der gegenwärtigen ‚Völkerwanderung‘ in Richtung Mitteleuropa, Anm. d. Red.) die Asylwerber nicht, ohne sie zu registrieren (d. h. ohne ihr Recht auf Asyl zu prüfen, Anm. d. Red.), einfach weiterreisen lassen.“</p>	<p>Andreas Schieder hält die Aufnahme von Geflüchteten für „bewältigbar“. Johanna Mikl-Leitner ist laut Schieder damit dennoch überfordert, Flüchtlinge leiden unter diesem Konflikt.</p> <p>Österreich wird nur dann einer EU-weiten Verteilungsquote von Geflüchteten zustimmen, wenn Italien und Griechenland (laut Autor das Zentrum der derzeit stattfindenden „Völkerwanderung“) bei AsylwerberInnen nicht auf eine Registrierung verzichten.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p>
---	--	---	---------------	--	---	--

1	Gnam, Peter: „Gelobtes Land?“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2015, S.2	2	Verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Es klingt nicht nur nach Alarmstufe Rot, der Ernstfall ist längst eingetreten, Europa reagiert viel zu spät auf einen Flüchtlingsansturm ohnegleichen: So haben jetzt England und Frankreich eine Kooperation ihrer Geheimdienste und Sicherheitsbehörden vereinbart, um dieses Ansturms Herr zu werden, um Menschenschmugglerbanden zu bekämpfen, die aus „menschlichem Elend Profit schlagen“.“</p> <p>„Noch immer glauben nämlich in der EU die meisten Länder, allein mit dem Flüchtlingsansturm fertig werden oder sich abputzen zu können. Auf Dauer wird das nicht funktionieren, denn immer mehr Flüchtlinge sehen Europa als gelobtes Land, und das kann nur im Chaos enden.“</p>	<p>Europa hat zu spät auf einen „Flüchtlingsansturm“ reagiert. England und Frankreich haben beschlossen im Bereich ihrer Geheimdienste zu kooperieren, um dem „Ansturm“ entgegenzutreten zu können, um das Schlepperwesen einzudämmen, die Geld mit menschlichem Leid verdienen.</p> <p>Viele Staaten der EU glauben allein mit dem „Flüchtlingsansturm“ zurecht zu kommen, oder die Verantwortung auf andere Staaten wälzen zu können. Auf Dauer wird dies nicht funktionieren, da immer mehr Flüchtlinge Europa als „gelobtes Land“ sehen und „das kann nur im Chaos enden“.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates durch die Aufnahme von Geflüchteten</p>
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2	4	Verschiedene Staaten im Nahen Osten/Libyen , Afrika	<p>„Aber verglichen mit den Zuständen für Flüchtlinge auf den griechischen Inseln, im Hafen von Calais und – vor allem – in den „Staaten“, aus denen die Menschen nach Niederösterreich entkommen konnten, [ist das Flüchtlingslager Traiskirchen, Anm.] ein Garten Eden.“</p> <p>„PS: Natürlich wurden und werden in Traiskirchen Fehler begangen. Weil nämlich etwas getan wird für die Flüchtlinge.“</p>	<p>Im Vergleich zu den griechischen Inseln, Calais und den Herkunftsstaaten der Geflüchteten, ist Traiskirchen „ein Garten Eden“.</p> <p>Auch in Traiskirchen werden Fehler gemacht.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
1	Chalupka, Michael: „Liebe und Hass Von Gott und der Welt“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.18	4	Keine Nennung	<p>„Da wird Flüchtlingen der Flammenwerfer an den Hals gewünscht oder kritischen Journalisten zwei Kugeln ins Knie.“</p>	<p>Geflüchteten wird Gewaltanwendung gewünscht, ebenso manchen JournalistInnen.</p>	<p>K4.3.: Gewalt gegen Geflüchtete</p>

1	Hauenstein, Christian: „Die ganze Welt ist gefordert“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.5	2	Syrien, Naher Osten/Irak, Naher Osten	<p>„Angesichts der Völkerwanderung syrischer Flüchtlinge in Richtung Europa forderte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel gestern die EU-Kommission zum Handeln auf.“</p> <p>„Aber auch die EU kann diese Flüchtlingskrise historischen Ausmaßes nicht alleine schultern. Die ganze Welt ist gefordert.“</p> <p>„Deshalb werden die laut UNO rund vier Millionen Menschen, die in die Nachbarländer Syriens geflohen sind, auch nicht so bald in ihre – ohnehin zerstörte – Heimat zurückkehren können.“</p>	<p>Angela Merkel fordert die EU-Kommission angesichts der „Völkerwanderung syrischer Flüchtlinge“ zum Handeln auf.</p> <p>Die EU kann die „Flüchtlingskrise historischen Ausmaßes“ nicht allein bewältigen, globale Lösungen müssen her.</p> <p>Laut UNO gibt es 4 Mio. aus Syrien geflüchtete Menschen, die erst nach einiger Zeit in ihre zerstörte Heimat zurückkehren können.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
1	Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2015, S.24	4	Syrien, Naher Osten	<p>„Schön und sehr sympathisch war dieses Wochenende der Menschlichkeit auf dem Wiener Westbahnhof: Toll, wie die Caritas mit den wirklichen Machern unserer Stadt (an dieser Stelle auch ein besonderes Danke an Harry Kopietz & Christian Kern) gemeinsam mit den Wiener Frauen und vielen Jugendlichen Tausende Flüchtlinge versorgt haben.“</p> <p>„Zwischen syrischen Flüchtlingen, Caritas, fleißigen Freiwilligen und vielen Grün-Politikern, die ebenfalls bei der Verteilung der Notrationen kräftig mit anpackten, war Frauenberger [Integrationssekretärin in Stadt Wien, Die Grünen, Anm.] nicht zu sehen.“</p>	<p>Schön und sympathisch war die Menschlichkeit, die auf dem Westbahnhof beobachtet werden konnte: Die Caritas und PolitikerInnen versorgten viele jugendliche und tausende Geflüchtete.</p> <p>Zwischen syrischen Geflüchteten, Caritas, Freiwilligen und Grün-PolitikerInnen, die bei der Verteilung von Notrationen halfen, war die Integrationssekretärin der Stadt Wien nicht zu sehen.</p>	<p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>

1	Pándi, Claus: „Narrenkäfig“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.3	2	Keine Nennung	<p>„Dennoch könnte die Symbolik kaum fataler sein: Ein Abendessen statt eines echten EU-Sondergipfels, um über Wege aus der Flüchtlingskrise zu beraten, ist eine Verhöhnung für Flüchtlinge und Europäer.“</p> <p>„So schlecht kann dieses Europa also nicht sein, dass sich nicht immer noch ein paar Asylwerber finden, die zu uns kommen wollen, weil es bei uns um Klassen besser ist als bei ihnen daheim.“</p>	<p>Die Abhaltung eines Abendessens an Stelle eines EU-Sondergipfels zum Thema Asylpolitik wirkt ein schlechtes Bild auf die zuständigen Politikerinnen und ist eine „Verhöhnung für Flüchtlinge und Europäer.“</p> <p>Trotz negativer Schlagzeilen kommen dennoch weitere Asylwerber nach Europa, da es ihnen in Europa immer noch wesentlich besser als in ihrer Heimat geht.</p>	<p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.4	1	Keine Nennung	<p>„Zum Grenz-Einsatz des Bundesheers: Eine gute, eine notwendige Entscheidung. Und hoch an der Zeit. Und gewiss im Sinne der schweigenden Mehrheit dieses Landes, der das unkontrollierte Hereinströmen Zehntausender Flüchtlinge zu Recht Sorge und Angst bereitet.“</p> <p>„Sie begegnen den Kriegsflüchtlingen, die der Hölle gnadenlosen Mordens entkommen sind, quasi unbewaffnet.“</p>	<p>Der Grenzeinsatz des Bundesheeres ist eine gute Entscheidung und dringend notwendig. Er ist im Sinne der „schweigenden Mehrheit“ des Landes, der das „unkontrollierte Hereinströmen Zehntausender Flüchtlinge Angst macht.</p> <p>Die Soldaten verzichten auf vollständige Bewaffnung bei der Begegnung mit den traumatisierten „Kriegsflüchtlingen“.</p>	<p>K2.4.: militärischer Grenzschutz</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>

1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015, S.16	4	Keine Nennung	<p>„Zu den 150.000 auf dem Wiener Heldenplatz am vergangenen Samstagabend, dieser angeblich „machtvollen politischen Demonstration kontra Strache und pro Flüchtlinge“ inklusive eines darob „stolzen“ Bundespräsidenten und eines geifernden Herrn Campino von den Toten Hosen.“</p> <p>„Nein, das war keine „machtvolle politische Demonstration kontra Strache und pro Flüchtlinge“, sondern schlicht und ergreifend das Gratis-Konzert einer Top-Band, die zu hören und zu erleben die Fans sonst tief in die Tasche greifen müssen.“</p> <p>„Ohne die Gratis-Toten-Hosen wäre die tatsächlich angesagte und durchgeführte politische Demonstration kontra Strache und pro Flüchtlinge über die Mariahilfer Straße zum Heldenplatz mit den üblichen paar tausend „Verdächtigen“ eher peinlich gewesen.“</p> <p>„So aber vereinigten sich die lichten Reihen nämlicher Marschierer mit der dichten Masse der nicht zahlenden Toten-Hosen-Fans zu einer „machtvollen politischen Demonstration kontra Strache und pro Flüchtlinge“, die in Wahrheit nur ein Gratis-Konzert war.“</p>	<p>150.000 Menschen demonstrierten auf dem Heldenplatz gegen FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache und für Geflüchtete.</p> <p>Dies war allerdings keine politische Demonstration, sondern lediglich ein Gratis-Konzert der Toten Hosen, welches die Menschen ansonsten viel Geld gekostet hätte.</p> <p>Ohne das Konzert waren zu der Demonstration nur etwa 1000 Menschen erschienen, was „peinlich“ gewesen wäre.</p> <p>Mit dem Gratis-Konzert vereinigten sich die DemonstrantInnen mit Menschen, die das Konzert besuchen wollten.</p>	<p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p>
---	---	---	---------------	--	--	---

1	Gnam, Peter: „Hochexplorierender Polit-Sprengstoff“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.2015, S.2	4	Keine Nennung	<p>„Mit der Angst vor dem nicht enden wollenden Flüchtlingsstrom politisch zu zündeln, wie das die FPÖ getan habe, sei ein politischer Fehlschlag gewesen – Häupls „aufrechter Gang“ habe sich durchgesetzt, heißt es. Alles in Ordnung also in Sachen Flüchtlingsansturm? Keineswegs! Im Gegenteil: Über's Wochenende sind erneut mehr als 10.000 Flüchtlinge nach Österreich gekommen.“</p> <p>Nach Meinung der „echten Wiener“ hat es nämlich schon bisher zu viele Zuwanderer gegeben und jetzt noch „das mit den Flüchtlingen“.</p> <p>„Die Flüchtlingsfrage hingegen bleibt weiterhin hochexplorierender politischer Sprengstoff!“</p>	<p>Politisches Kapital aus dem „nicht enden wollenden Flüchtlingsstrom“ ziehen zu wollen sei falsch von der FPÖ gewesen, Häupl und seine liberale Asylpolitik in Wien haben sich durchgesetzt. Dennoch gibt es zahlreiche Probleme mit einem „Flüchtlingsansturm“, zuletzt sind 10.000 Geflüchtete nach Österreich gekommen.</p> <p>Die „echten“ Wiener finden, das es bislang bereits vor den Fluchtbewegungen ab 2015 zu viel Zuwanderung gab.</p> <p>Das Ringen um Konzepte innerhalb der Asylpolitik bietet weiterhin Stoff für politische Auseinandersetzungen</p>	<p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p>
1	Schumi, Manfred: „Offen gesprochen“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.2015, S.6	3	Keine Nennung	<p>„Plötzliche Konjunkturerinbrüche, Sonderkosten für Flüchtlinge, Pleite-Banken oder Ähnliches: Auch das erhöht die Staatsschulden, und wir müssen dafür zahlen.“</p>	<p>In Zukunft müssen neue Staatsschulden gemacht werden, auch wegen der Sonderkosten für Geflüchtete.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>

1	Gnam, Peter: „Schwarzer Peter für Österreich?“ In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Wenn die Deutschen die Grenze zu Österreich dichtmachen, dann sind Unruhen und Aufruhr sowohl unter den vom Balkan zu Hunderttausenden nachdrängenden Flüchtlingen als auch ein Aufstand der Bevölkerung in allen betroffenen Durchzugsländern die Folge.“</p> <p>„Im blinden Eifer, Österreich den Schwarzen Peter umhängen zu wollen, wird nämlich „vergessen“, wer in Wirklichkeit die Urheberin des Flüchtlingschaos ist: Es war die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, deren „Wir nehmen alle auf“ als Einladung und Freifahrtschein an Hunderttausende Kriegs- und auch andere Flüchtlinge missverstanden worden ist.“</p> <p>„Die Völkerwanderung wird nämlich über den Winter anhalten, lauten letzte, düstere Prophezeiungen, und die Bilder auf dieser Doppelseite über die Flüchtlingsrouten dokumentieren das.“</p>	<p>Wenn Deutschland die Grenze zu Österreich schließt, wird es zu Protesten von Geflüchteten entlang der Balkanroute kommen. Auch die Bevölkerungen der betroffenen Staaten werden protestieren.</p> <p>Österreich wird von Deutschland für das nun entstandene „Chaos“ verantwortlich gemacht, obwohl eigentlich Angela Merkel Schuld am „Flüchtlingschaos“ ist. Merkels „Wir nehmen alle auf“ verleitet viele „Kriegsflüchtlinge“ und auch „andere Flüchtlinge“ dazu den Weg nach Europa anzutreten.</p> <p>Die „Völkerwanderung“ wird über den Winter andauern.</p>	<p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>
---	---	---	---------------	--	--	--

1	Vettermann, Doris: „Das wahre Gesicht“, In: Kronen Zeitung vom 09.11.2015, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Inhaltlich bemerkenswert waren vor allem zwei Passagen, die Strache so nebenbei fallen ließ. Einerseits, dass die Flüchtlinge aus ihrer Heimat „aufbrechen, um Deutschland zu erreichen“. Dabei schlägt die FPÖ doch stets Alarm, dass Österreich überrannt werde und sich alle hier niederlassen wollen.“</p> <p>„Dennoch bleibt irgendwie die Vorstellung, dass an Österreichs Grenzen auf Flüchtlinge geschossen wird.“</p> <p>„Strache gab zu, dass auch seine Partei nicht die „Allerheilslösung“ in der Flüchtlingskrise hat.“</p>	<p>Strache sagte, dass Flüchtlinge Deutschland erreichen wollen, obwohl die FPÖ davor warnt, dass Österreich „überrannt“ werde und.</p> <p>Es entsteht ein Bild von einer Anwendung von Waffengewalt gegen „Flüchtlinge“.</p> <p>Auch der FPÖ fehlen Konzepte zur sofortigen Lösung der Konflikte im Bereich der österr. Asylpolitik.</p>	<p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K4.3.: Gewalt gegen Geflüchtete</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
1	Gnam, Peter: „Wer aller kommt in unser Land?“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2015, S.6	2	Keine Nennung	<p>„Heftige, ja wilde Debatte in Bayern, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Flüchtlingsansturm und dem Pariser Terror gibt oder nicht.“</p> <p>„Kontra geben jene, die nicht zulassen wollen, dass Flüchtlinge mit Terroristen gleichgesetzt würden.“</p> <p>„Wahrscheinlich gibt es keine lückenlosen Informationen, denn zeitweise wurden wir ja von Tausenden Flüchtlingen (?) buchstäblich überrannt.“</p>	<p>Es herrscht eine Debatte in Bayern, ob es einen Zusammenhang zwischen dem „Flüchtlingsansturm“ und den Terroranschlägen von Paris gibt.</p> <p>Menschen wollen nicht zulassen, dass „Flüchtlinge“ mit Terroristen gleichgesetzt werden.</p> <p>Es herrscht keine Klarheit darüber, weil Österreich von tausenden „Flüchtlingen“ „überrannt“ wurde.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates durch die Aufnahme von Geflüchteten</p>
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2015, S.10	4	Keine Nennung	<p>„Liebe Landsleute, was tun, wie sich verhalten angesichts des Unvorstellbaren, das da in Paris geschah? [...]Die Flüchtlinge in der Nachbarschaft fürchten und ergo hassen?“</p>	<p>Soll man sich nun nach den Anschlägen von Paris vor „Flüchtlingen“ in der Nachbarschaft fürchten?</p>	<p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>

1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.2015, S.6	1	Keine Nennung	<p>„Bundespräsident Heinz Fischer hat es erneut für notwendig befunden, die Österreicher zu ermahnen, Flüchtlinge nicht mit Terroristen gleichzusetzen.“</p> <p>„Wer Flüchtlinge mit Terroristen gleichsetzt, sind andere: an der Spitze die USA, und dann kommen gleich jene ehemaligen Ostblockländer, die die Anschläge von Paris prompt genützt haben, um ihr „Nein“ zur Aufnahme von Flüchtlingen zu bekräftigen.“</p>	<p>Bundespräsident Fischer fand es notwendig daran zu erinnern, dass „Flüchtlinge“ nicht mit Terroristen gleichzusetzen sind.</p> <p>Andere setzen Flüchtlinge mit Terroristen gleich, vor allem die USA und zahlreiche Visegrad-Staaten.</p>	<p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p>
1	Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2015, S.22	4	Keine Nennung	<p>„Und sollten die 20.000 Flüchtlinge, die bereits in der Stadt sind, bei uns bleiben, müsste die Stadtregierung ohnehin ein gewaltiges Sonderwohnbauprogramm mit Billig-Quartieren starten.“</p>	<p>Wenn die kürzlich angekommenen Flüchtlinge in Wien bleiben, muss die Stadt ein Sonderwohnbauprogramm starten, da es an Unterkünften mangelt.</p>	<p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Ich sehe durchaus eine Gefahr durch den Zustrom von Flüchtlingen. Die große Masse der Flüchtlinge ist harmlos, aber wenn nur ein Promille der Leute gefährlich ist, haben wir schon ein Problem.““</p> <p>„Für Terroristen ist es ein Leichtes, da mitzugehen. Viel einfacher, als wenn sie durch Flughafenkontrollen müssen. Und nicht jeder Flüchtling ist ein lupenreiner Demokrat.““</p> <p>„Flüchtlinge glauben, dass sie in Deutschland willkommen sind. Sie erfahren dann, dass es ganz so doch nicht ist. Da gibt es Enttäuschungen.““</p>	<p>CDU-Hardliner Günther Beckstein sieht eine Gefahr durch „den Zustrom von Flüchtlingen“. Viele „Flüchtlinge sind harmlos“ aber bereits wenige Ausnahmen sind problematisch.</p> <p>Terroristen können sich leicht unter die Geflüchteten mischen. Nicht jeder Geflüchtete vertritt demokratische Werte.</p> <p>„Flüchtlinge“ sind enttäuscht nachdem sie bemerken dass sie in Deutschland nicht immer willkommen sind.</p>	<p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p>

1	Seinitz, Kurt: „Klartext“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.4	2	Keine Nennung	„Das UNO- Flüchtlingshochkom- missariat (UNHCR) schlägt Alarm: Ende dieses Jahres wird die Zahl der Menschen auf der Flucht erstmals 60 Millionen erreichen. „Flucht und Vertreibung prägen unsere Zeit“, stellt dazu der scheidende Flüchtlings- Hochkommissar António Guterres fest.“	Ende 2015 werden sich laut UNHCR 60 Mio. Menschen auf der Flucht befinden.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“
1	Chalupka, Michael: „Jesus auf der Flucht“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.16	4	Keine Nennung	„Die Not der Flüchtlinge, die zurzeit an die Türen Europas klopfen, gibt dem Lied [dem Lied von der Herbergssuche, Anm.] eine besondere Aktualität.“ „Doch das Flüchtlingsschicksal blieb Josef und Maria und dem Jesuskind nicht erspart. Wie das Evangelium des Matthäus berichtet, mussten sie vor dem Wüten des Königs Herodes nach Ägypten fliehen.“ „Unter den Kopten, den Christen Ägyptens, werden allerdings viele Traditionen über die Flucht Jesu bewahrt. Drei Jahre und 11 Monate soll die Flucht gedauert haben.“	Zahlreiche „Flüchtlinge“ suchen Schutz in Europa. Josef, Maria und Jesus mussten vor König Herodes nach Ägypten fliehen. Die Kopten bewahren die Erinnerung an die Flucht von Jesus, sie soll etwa 4 Jahre gedauert haben.	K1.5.: biblische/christliche Metaphern K1.5.: biblische/christliche Metaphern K1.5.: biblische/christliche Metaphern

1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S. 18	1	Keine Nennung	<p>„Denn nicht nur, dass die EU-Granden, immerhin mit Grandin Angela Merkel an der Spitze, Ihrer [gemeint ist der damalige Bundeskanzler Werner Faymann, Anm.] Einladung zu einem „Flüchtlingstreffen“ in unsere Brüsseler EU-Botschaft geschlossen Folge leisteten . . . haben Sie auch derartig bissig-scharfe Worte in Richtung jener ehemaligen Ostblockstaaten gefunden, die in der Flüchtlingsfrage Faymann-resistent sind . . . dass die seriöse „Wiener Zeitung“ gar nicht anders konnte, denn begeistert zu titeln: FAYMANN SPIELTE BEIM EU-GIPFEL DAS KROKODIL.“</p> <p>„Aber weil ich weiß, was ich weiß, nämlich dass Sie daheim so gut wie nix weiterbringen (Flüchtlinge, Bundesheer, Schulpolitik etc.), können Sie mir als KROKODIL BEIM EU-GIPFEL gestohlen bleiben.“</p>	<p>Angela Merkel und andere EU-Regierungschefs nehmen die Einladung von Werner Faymann zu einem „Flüchtlingstreffen“ an. Die „Ostblockstaaten“ sind nicht mit Faymann auf einer Linie, wenn es um Asylpolitik geht.</p> <p>Werner Faymann schafft es nicht in Österreich Reformen (Asylpolitik, Schulpolitik, Bundesheer etc.) voranzutreiben.</p>	<p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
1	Gnam, Peter: „Wozu haben wir euch gewählt?“, In: Kronen Zeitung vom 21.12.2015, S.3	1	Keine Nennung	<p>„Es gebe [laut Bundeskanzler Werner Faymann, Anm.] speziell in der Flüchtlingsfrage eben keine einfachen Antworten, man brauche Geduld, um praktikable Lösungen zu erarbeiten.“</p> <p>„Strache braucht nur die Dinge beim Namen zu nennen, und das ist relativ einfach: Die EU versagt in der Flüchtlingsfrage bisher dramatisch, und auch die österreichische Regierung hat keine brauchbaren Vorschläge.“</p>	<p>Werner Faymann meint, es gäbe keine einfachen Antworten in der „Flüchtlingsfrage“ es benötige Geduld, um Lösungen zu finden.</p> <p>Strache muss lediglich die Dinge beim Namen nennen: Die EU versagt im Bereich Asylpolitik und auch die österr. Regierung hat keinerlei Lösungsstrategien parat.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p>

1	Gnam, Peter: „Bastelt da einer an Schwarz-Blau?“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2015, S.5	1	Keine Nennung	<p>„Dass ÖVP-Klubchef Lopatka SPÖ-Bundeskanzler Faymann wieder einmal, und zwar im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise anpöbelt, ist zwar bis zu einem gewissen Grad ungerecht, trotzdem werden ihm die Leute Beifall zollen.“</p> <p>„Österreich (also Faymann allein) kann gar nichts machen, außer einen Stacheldraht um unser ganzes Land zu bauen, und den werden die Flüchtlinge umrennen.“</p> <p>„Wir wiederum sind in einer Zwangsjacke zwischen Türkei, Balkanroute und den Deutschen. Wenn da etwas schiefeht, dann bleiben uns nicht 100.000, sondern noch viel mehr Flüchtlinge samt Aufruhr der Bevölkerung.“</p>	<p>Lopatka und Faymann geraten wegen der „Flüchtlingskrise“ in Konflikt, obwohl dies von Lopatka ungerecht ist, wird er als Sieger aus diesem Konflikt gehen.</p> <p>Österreich bzw. Faymann können allein nichts entscheiden, außer einen Zaun zu bauen, den „Flüchtlinge“ ebenso „umrennen“ können.</p> <p>Österreich liegt zwischen Türkei, Balkanroute und Deutschland strategisch ungünstig. Falls es auf diesem Weg zu Problemen kommt bleiben längerfristig viel mehr als 100.000 „Flüchtlinge“ in Österreich, dies würde zu einem „Aufruhr der Bevölkerung führen.“</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik</p>
---	---	---	---------------	---	---	--

1	Gnam, Peter: „Eine Treibjagd und die Folgen“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.2	4	Verschiedene Staaten des Nahen Ostens/verschiedene afrikanische Staaten	„Wir sind aber auch beim Thema, dass es sich bei einer großen Zahl von Flüchtlingen um junge, alleinstehende Männer auch aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum handelt. Viele bekommen wahrscheinlich ohnehin keinen positiven Asylbescheid, sie sind aber da, und sie machen Angst. Diese Angst wurde von der Politik vor lauter „Wir schaffen das“-Sprüchen bisher unterschätzt, dann bagatellisiert und schließlich als „Hetze gegen Flüchtlinge“ verteufelt. Völlig richtig ist, dass eine plumpe Verallgemeinerung, wonach alle Flüchtlinge als Sexunholde in einen Topf zu werfen sind, fehl am Platz ist. Das widerspricht auch völlig der Realität. Richtig ist aber auch, dass es unter den Flüchtlingen, aber auch bei uns geborenen Zuwanderern der zweiten und dritten Generation Jugendliche gibt, die Frauen als Freiwild betrachten.“	Viele „Flüchtlinge“ sind junge alleinstehende Männer aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum. Viele „Flüchtlinge“ bekommen voraussichtlich kein Asyl in Österreich, sie sind aber dennoch da und sie machen Angst. Die Politik hat diese Angst bislang unterschätzt, nicht ernst genommen oder als „Hetze gegen Flüchtlinge“ abgetan. Falsch ist es alle „Flüchtlinge“ als Sexunholde“ zu bezeichnen, da dies der Realität widerspricht. Allerdings betrachten viele „Flüchtlinge“ und Zuwanderer Frauen als Freiwild.	<p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p>
1	Bischofsberger, Cornelia: „Traurige Wahrheit“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.14	2	Keine Nennung	„Kein Generalverdacht über Flüchtlinge, aber bitte keine Schönrede. Migrantinnen, die so grob gegen unsere Werte verstoßen, für die Frauen offenbar das Letzte sind, müssen das Land verlassen.“	Nach Köln darf es weder zu einem Generalverdacht gegen Flüchtlinge noch zu „Schönrede“ kommen. Migrantinnen die gegen „unsere Werte“ verstoßen und die Frauen verachten, müssen das Land verlassen.	<p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>

1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Was ein Bundespräsidentenwahlkampf alles bewirken kann: Beide Regierungsparteien, die angesichts der Flüchtlingskrise bisher durch Wortgefechte und gegenseitige Beschuldigungen Faymann – Mitterlehner beim Ministerrats-Pressefoyer negative Schlagzeilen gemacht haben, marschieren plötzlich zumindest in die richtige Richtung.“</p> <p>„Die ÖVP hat sich in der Flüchtlingsfrage bei ihrer Klubklausur mit dem Slogan „Grenzen zu“ fast schon in Strache-Manier positioniert.“</p> <p>„Bei der Faymann-SPÖ vollzieht sich der Richtungswechsel langsamer und vielleicht auch mit ein wenig politischem Bauchweh, doch die Handschrift des burgenländischen Landeshauptmannes Niessl in Sachen Flüchtlingspolitik ist deutlich zu erkennen.“</p> <p>„Immerhin ist Doskozil „ein Mann der Praxis“, hat er doch die Anfangsphase des großen Flüchtlingsstroms über das Burgenland hervorragend gemanagt.“</p> <p>„In einem aktuellen IMAS-Report ist das Meinungsforschungsinstitut der Frage nachgegangen, wo die Österreicher am meisten der Schuh drückt. Wenig überraschend sind es die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme, die fast 80% (!) der Österreicher sehr große bis große Sorge bereiten.“</p> <p>„Der Flüchtlingssschwenk von Faymann & Co. erfolgte aber wohl deshalb, um Hundstorfer nicht von vornherein alle Chancen zu verderben.“</p> <p>„Offensichtlich will man [Die Grünen, Anm.] sich aus der Flüchtlingsdebatte zurückziehen, um Van der Bellen mit dem „Wer kommen will, soll kommen“-Slogan nicht zu schaden. Das Totalversagen der EU-Spitze in der Flüchtlingskrise hat Folgen, über die sich niemand zu wundern braucht: Wie vorhergesagt, löste diese Führungsschwäche einen politischen Frühling für den Rechtspopulismus in vielen EU-Staaten aus.“</p>	<p>Im Zuge des Bundespräsidentenwahlkampfes schlagen die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP nach langer Zeit der Konflikte nun die richtige Richtung beim Thema der „Flüchtlingskrise“ ein.</p> <p>Die ÖVP-Position in der „Flüchtlingsfrage“ ähnelt immer mehr der FPÖ-Haltung („Grenzen zu“)</p> <p>Die SPÖ-Asylpolitik wird nur langsam restriktiver, mehr Einfluss gewinnt die „Flüchtlingspolitik“ von Hans Niessl.</p> <p>Hans-Peter Doskozil hat die Anfangsphase des großen „Flüchtlingsstroms“ gut gemanagt.</p> <p>Eine aktuelle Umfrage identifiziert „die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme“ als größte Sorge der ÖsterreicherInnen.</p> <p>Der Schwenk innerhalb der SPÖ-Asylpolitik erfolgte um nicht BP-Kandidat Hundstorfer die Siegeschancen zu verderben.</p> <p>Die Grünen halten sich in der „Flüchtlingsdebatte“ aus taktischen Gründen zurück. Die EU hat im Zuge der „Flüchtlingskrise“ völlig versagt, wie vorhergesagt kam es auf Grund der EU-Führungsschwäche zu einem Erstarren des Rechtspopulismus in vielen EU-Staaten.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen „Strom“</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen „Strom“</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p>
---	--	---	---------------	--	--	---

1	Vettermann, Doris: „Wer wird denn streiten?“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.3	1	Keine Nennung	„Denn auch wenn die Regierungspartner mittlerweile dasselbe Ziel, nämlich weniger Flüchtlinge, haben, entzweit sie doch der Weg dorthin. Tatsächlich überlassen die Roten mit ihrer Angst vor einem Streit der ÖVP das Feld in der Flüchtlingsfrage.“	Beide Regierungspartner haben dasselbe Ziel: weniger „Flüchtlinge“. Die SPÖ überlässt der ÖVP aus Angst vor einem Konflikt das Feld in der „Flüchtlingsfrage“.	K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik
1	Gnam, Peter: „Arme gegen Ärmere“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.2	1	Keine Nennung	„56 Milliarden Euro wird die Deutschen von 2015 bis 2017 die Flüchtlingshilfe kosten.“ „Die Kosten beinhalten Unterbringung, Verpflegung, Ausbildung, Sprachkurse, Sozialhilfe usw. Bis 2017 wird mit mehr als 2 Millionen Flüchtlingen gerechnet. 80% von ihnen sollten Asyl bekommen.“ „Kein Wunder, dass bei uns jetzt eine hitzige Debatte über die Kürzung der Mindestsicherung für anerkannte Asylanten entbrannt ist.“ „Besonders schlecht gestellt sind die Frauen: Für sie macht die ASVG-Pension im Schnitt ziemlich genau jene 900 Euro aus, die Asylanten bekommen!“	Deutschland wird die Flüchtlingshilfe von 2015-2017 56 Mrd.€ kosten. Die Kosten beinhalten Unterbringung, Verpflegung, Ausbildung, Sprachkurse und Sozialhilfe. 2 Mio. „Flüchtlinge“ sollen bis 2017 kommen, 80% von ihnen sollen Asyl erhalten. In Österreich ist eine Debatte über die Kürzung der Mindestsicherung für „anerkannte Asylanten“ entbrannt. Frauen erhalten in Österreich genau jene 900€ als Pension, die auch „Asylanten“ erhalten.	K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete 8.4.: Integration von Geflüchteten K3.3.: Sozialleistungen K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K3.3.: Sozialleistungen K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.18	4	Keine Nennung	„Lieber Martin Ferdiny, wenn Ihr Kollege Armin Wolf seine „ZIB 2“ nach den üblichen Horrornachrichten (Innenpolitik, Flüchtlinge, Putin, Türkei, Syrien etc.) mit einem launig-intelligent-ironischen Kommentar zu irgendeiner kuriosen Meldung humorvoll ausklingen lässt, ist das für sein p. t. Publikum Balsam.“	Armin Wolf kann sich im Rahmen der ZIB2 erlauben, ironische Kommentare zu den Themen (Innenpolitik, Flüchtlinge, etc.) zu machen.	K10.1.: Medienkritik

1	Pándi ,Claus: „Europäisches Trugbild“; In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„In der Flüchtlingskrise zerbröseln in aller Öffentlichkeit eine EU-Institution nach der anderen.“</p> <p>„Frontex war dazu gedacht, Europas Grenzen zu schützen und Flüchtlinge ohne Asylrecht in ihre Heimatländer zurückzubringen.“</p> <p>„Eine Täuschung [gemeint sind die Pläne der Institution Frontex zur Eindämmung illegaler Grenzübertritte in die EU, Anm.] – wie so vieles, was von der EU-Kommission zur Flüchtlingspolitik kommt.“</p>	<p>Die EU-Institutionen scheitern im Zuge der „Flüchtlingskrise“.</p> <p>Frontex wurde geschaffen, um EU-Grenzen zu schützen und „Flüchtlinge“ ohne Asylrecht in die Herkunftsstaaten zurückzubringen.</p> <p>Frontex ist bei dem Versuch der Eindämmung illegaler Migration nach Europa gescheitert, wie auch andere Aspekte der EU-„Flüchtlingspolitik“.</p>	<p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p>
1	Seinitz, Kurt: „Österreich am Pranger“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.4	2	Afghanistan, Asien	<p>„Im Ausland macht sich ein gefährliches Phänomen als Selbstläufer breit, wie diese Karikatur zeigt: Österreich in der Person Faymanns tritt die Flüchtlinge hinaus. Völlig ausgeblendet ist bereits, dass Österreich schon über 90.000 Flüchtlinge und Migranten aufgenommen hat und weitere aufnehmen wird.“</p>	<p>Im Ausland entsteht das Bild, dass Österreich unter Faymann „Flüchtlinge“ aus dem Land ausweist. Dabei bleibt ausgeblendet, dass Österreich bereits 90.000 „Flüchtlinge“ aufgenommen hat und noch weitere aufnehmen wird.</p>	<p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p>
1	Seinitz, Kurt: „Asoziale Netzwerke“ , In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.6	2	Keine Nennung	<p>„Ein Sturm der Entrüstung: Vor der Berliner Aufnahmestelle ist ein kranker Flüchtling in der überlangen Warteschlange erfroren. Allerdings: kein Wort wahr. Das Lügen-Virus war in den „Sozialen Medien“ wie ein Lauffeuer verbreitet worden.“</p>	<p>Die Meldung, dass ein kranker „Flüchtling“ vor einer Aufnahmestelle in Berlin erfroren sei, stellte sich als Falschmeldung heraus, die in den Sozialen Medien verbreitet wurde.</p>	<p>K10.1.: Medienkritik</p>

1	Bischofsberger, Conny: „Zweierlei Leid“, In: In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.20	4	Keine Nennung	<p>„Zynische Frage einer Leserin auf Facebook: Gilt das Innehalten und Mitfühlen auch für Kinder, die auf der Flucht ihr Leben riskieren oder sogar sterben? Oder „nur“ für die kleine Christina, die während des Schulsikurses in Annaberg gestorben ist?“</p> <p>„Falls sich auf Facebook wieder jemand fragt, ob das auch für jene 456 Menschen gelte, die auf ihrer Flucht über das Mittelmeer seit Anfang des Jahres ertrunken sind: Leid von Tieren mit dem Leid von Menschen zu vergleichen ist genauso unzulässig, wie das Leid von Österreichern gegen jenes von Flüchtlingen auszuspielen.“</p>	<p>Haben Menschen in gleichem Maße Mitgefühl mit verstorbenen und geflüchteten Kindern und einem Kind, welches während eines österr. Schulsikurses starb?</p> <p>456 geflüchtete Menschen starben seit Anfang des Jahres 2016 während der Überfahrt über das Mittelmeer. Das Leid von Menschen und Tieren zu vergleichen ist genauso unzulässig wie der Vergleich des Leids von ÖsterreicherInnen und „Flüchtlingen“.</p>	<p>K10.1.: Medienkritik</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p>
1	Gnam, Peter: „Der Präsident als ruhender Pol“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.13	1	Keine Nennung	<p>„Man denkt auch an die Flüchtlingskrise und fragt sich, ob unsere Regierung bzw. die EU zuletzt die richtigen Maßnahmen getroffen hat, damit die Völkerwanderung nach Europa endlich gestoppt werden kann.“</p>	<p>Haben die österr. Regierung und die EU im Zuge der „Flüchtlingskrise“ die richtigen Maßnahmen getroffen, um „die Völkerwanderung nach Europa“ zu stoppen?</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>

1	Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.32	4	Verschiedene afrikanische Staaten	„Böser Rassismus wurde dem Verfasser dieser Zeilen erst kürzlich unterstellt, als er nach Recherchen bei der Polizei genau das hier veröffentlicht hat: Der Rauschgifthandel auf Wiens Straßen und an den U-Bahn-Stationen ufert aus, und die meisten Dealer sind Flüchtlinge aus Nigeria und aus anderen afrikanischen Ländern. Jetzt hat das auch eine Redakteurin der kleinen, eher linkslastigen Wochenzeitung „Der Falter“ per Lokalauschein genau so bestätigt. Zitat: „Dass die Zahl der Dealer in letzter Zeit so stark angestiegen ist, sei nicht nur eine Folge der Gesetzesänderung. Es sei auch eine Folge der Flüchtlingsbewegung.“	Dem Autor des Textes wurde Rassismus vorgeworfen, nachdem er veröffentlichte, dass die meisten Rauschgifthändler in Wien „Flüchtlinge“ aus afrikanischen Staaten sind. Diese Aussage wurde nun auch von der Wochenzeitung <i>Falter</i> bestätigt. Der Anstieg der Zahl der Rauschgifthändler in Wien ist nicht nur eine Folge von Gesetzesänderungen, sondern auch eine Folge der „Flüchtlingsbewegung.“	K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete
---	--	---	-----------------------------------	--	---	---

1	Gnam, Peter: „Zwei Welten in der Asylpolitik“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Zuerst Van der Bellen mit der Aussage, dass eine Schließung der Brenner-Grenze „das Letzte“ wäre und er alle Hebel in Bewegung setzen würde, um den Beschluss einer Notstandsverordnung in der Flüchtlingsfrage zu verhindern. Dann Norbert Hofer, der für einen Flüchtlingsstopp eintritt, weil die meisten, die kommen, Unterschlupf in unserem Sozialsystem suchen würden und es auf die Auszahlung der Mindestsicherung abgesehen hätten. Das war gestern in den beiden TV-„Pressestunden“ Anschauungsunterricht, wie in der Flüchtlingsfrage zwei Welten aufeinanderprallen. Die Meinung einer großen Mehrheit der Österreicher ist bekannt und logisch: Wir haben unseren Anteil geleistet, wir brauchen uns in der Flüchtlingsfrage von niemandem etwas vorwerfen zu lassen, speziell in Wien werden schon jetzt mehr Flüchtlinge untergebracht, als in der Vereinbarung zwischen Innenministerium und den einzelnen Bundesländern vorgeschrieben ist. Dass der nächste Bundespräsident mit dem Thema Flüchtlinge konfrontiert sein wird, liegt auf der Hand. Erst gestern versuchten schon wieder Hunderte Flüchtlinge, die Balkan-Sperre in Mazedonien gewaltsam zu durchbrechen.“</p> <p>„Van der Bellen ist als Flüchtlingskind und Grüner von dem, was er sagt, zutiefst überzeugt, ob es richtig und umsetzbar ist, ohne dass in Österreich das Chaos ausbricht, darf allerdings massiv bezweifelt werden.“</p>	<p>Alexander Van der Bellen würde nur im Notfall eine Schließung der Brenner Grenze in Erwägung ziehen. Er würde versuchen eine Notstandsverordnung in der „Flüchtlingsfrage“ zu verhindern. Norbert Hofer tritt für einen „Flüchtlingsstopp“ ein, da die Mehrzahl der Flüchtlinge eine Belastung für das österr. Sozialsystem darstellen würden, insbesondere wegen des Bezuges der Mindestsicherung. Diese Argumente, die in der Debatte im Zuge des Bundespräsidentenwahlkampfes vorgebracht wurden, stehen sinnbildlich für die gegensätzlichen Welten, die hier aufeinanderprallen. Die Mehrheitsmeinung der Österreicher ist, dass der Anteil geleistet (v.a. im Bereich der Unterbringung) wurde und man sich in der „Flüchtlingsfrage“ nun von niemanden Vorwürfe machen lassen muss. Der nächste Bundespräsident wird mit dem Thema „Flüchtlinge“ konfrontiert werden. Kürzlich versuchten hunderte Geflüchtete gewaltsam aus Mazedonien in die EU zu gelangen. Van der Bellen ist selbst „Flüchtlingskind“, fraglich ist allerdings ob seine Überzeugung richtig und durchsetzbar ist, ohne dass „in Österreich das Chaos ausbricht.“</p>	<p>K2.4.: militärischer Grenzschutz</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	--	---	--

1	Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„So [Zwischen Flüchtlingen und mazedonischer Polizei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen“, Anm.] lauteten zuletzt die Schlagzeilen internationaler Medien über die Zustände in Idomeni, einem mit mehr als 10.000 Personen überfüllten Flüchtlingslager an der griechisch-mazedonischen Grenze.“</p> <p>„Darin [in einem mazedonischen Geheimdienstdokument, Anm.] heißt es, dass die Flüchtlingskrise in Europa seit 2015 zusehends von zwei Phänomenen begleitet wird: Am Werk seien in dem Lager Personen, die humanitäre Hilfeleistung mit politischer Agitation verbinden. Das heißt, sie wollen, dass Europa das Flüchtlingseind durch die Aufnahme aller beendet. Dazu kommen Personen, die ideologisch geschult zu strafbaren Handlungen und brutaler Gewalt aufrufen.“</p> <p>„Aktiv sind diese Personen u. a. auch im Flüchtlingslager Calais, wo Menschen versuchen, auf Züge nach England zu gelangen, am Brenner und an mehreren Orten in Griechenland.“</p> <p>„Zurück zu Österreich und dem Umgang unserer Regierung mit der Flüchtlingskrise: Als genau richtig hat sich der Plan erwiesen, unsere Grenzen durch Zäune gegenüber dem Osten und dem Süden abzusichern, um für den Tag X gerüstet zu sein.“</p>	<p>Im „Flüchtlingslager“ Idomeni kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Geflüchteten. Das Lager ist mit 10.000 Menschen deutlich überfüllt.</p> <p>Ein mazedonisches Geheimdienstdokument besagt, dass Personen innerhalb Idomenis humanitäre Hilfsleistungen mit politischer Agitation verbinden, Ziel ist die Aufnahme aller Geflüchteten in Europa. Personen werden ideologisch geschult und zu strafbaren Handlungen/Gewalt aufgerufen.</p> <p>Diese Personen agieren auch im Lager von Calais, entlang der Brenner Grenze und in mehreren griechischen Orten.</p> <p>In Österreich hat es sich im Zuge der „Flüchtlingskrise“ als richtig erwiesen, die Grenzen durch Zäune ggü. dem Osten und dem Süden abzusichern, um für den Tag-X gerüstet zu sein.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	--	--

1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.2	4	Keine Nennung	<p>„Ziel [des linken Parteiflügels der SPÖ ist, Anm.]: Der Faymann mit seiner Flüchtlingspolitik à la Doskozil & Niessl muss weg!“</p> <p>„In den Bezirken Floridsdorf, Donaustadt, Favoriten bangen rote Bezirksvorsteher um ihren Job: Man weiß, dass bei einer Rückkehr der SPÖ zur Willkommenspolitik ohne Grenzsperrn, Zäune und volle Mindestsicherung für alle Asylwerber bei den nächsten Wahlen die Freiheitlichen im Bezirk an die Macht kommen.“</p> <p>„Dass nämlich Polizei und auch Gerichte mit Straftaten bis hin zu lebensgefährlichen Verletzungen unter Asylwerbern zu tun haben. Von sexuellen Übergriffen auf Mädchen und Frauen samt Einrichtung einer neuen „Badepolizei“ in Wiens Bädern ganz zu schweigen.“</p>	<p>Der linke Parteiflügel der SPÖ will eine weniger restriktive Asylpolitik (anders als Doskozil & Niessl).</p> <p>In Wiener Flächenbezirken (21.,22.,10.) fürchten SPÖ-Bezirksvorsteher bei den nächsten Gemeinderatswahlen gegen die FPÖ zu verlieren, falls die SPÖ wieder zu einer „Willkommenspolitik ohne Grenzsperrn ohne Zäune und volle Mindestsicherung für alle Asylwerber“ zurückkehrt.</p> <p>Polizei und Gerichte müssen sich mit Gewaltakten unter den AsylweberInnen befassen. Ebenso kommt es vermehrt zu Übergriffen auf Frauen in den Wiener Bädern.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>
---	--	---	---------------	--	---	---

1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 13.05.2016, S.2	1	Keine Nennung	<p>Wer immer neuer Bundespräsident bzw. Kanzler werden sollte, eine wichtige Aufgabe wartet auf beide: Laut unserem Verwaltungsgerichtshof ist es derzeit nicht möglich, Flüchtlinge, die sich über Ungarn nach Österreich durchschlagen, nach Ungarn „als sicheres Drittland“ zurückzuschicken. Begründung: Den Flüchtlingen drohe „unmenschliche Behandlung“.</p> <p>„Das Skandalöse daran: Die EU schaut zu, wie sich Ungarn durch „unmenschliche Behandlung“ vor der Aufnahme von Flüchtlingen drückt, und unser Verwaltungsgerichtshof macht Budapest dabei auch noch die Mauer.“</p>	<p>Auf den neuen Bundespräsidenten bzw. Bundeskanzler warten wichtige Aufgaben: Derzeit können „Flüchtlinge“, die über Ungarn nach Österreich kommen, nicht zurück nach Ungarn zurückgeschickt werden, die Begründung ist, dass den Geflüchteten in Ungarn eine „unmenschliche Behandlung“ droht.</p> <p>Ungarn behandelt „Flüchtlinge“ bewusst „unmenschlich“, um weniger „Flüchtlinge“ aufnehmen zu müssen, der österr. Verwaltungsgerichtshof hilft Ungarn dabei.</p>	<p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
1	Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 21.05.2016, S.18	4	Keine Nennung	<p>„Ganz arg aber wurde es, als Sie (Stichwort: Flüchtlinge) die „Stimmung im Land“ ins sinistre Spiel brachten und der eigenen tumben Beurteilung derselben freien Lauf ließen und von „Hass, Missgunst und Neid in Österreich“ faselten . . . um dann von Hofer – diesmal stahlharten Blicks – wissen zu wollen, wie er als Präsident dem begegnen würde.“</p>	<p>Van der Bellen kritisierte die Stimmung im Land und spricht von Hass, Missgunst, Neid ggü. „Flüchtlingen“.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>

1	Vettermann, Doris: „Reden ist Silber, Handeln ist Gold“. In: Kronen Zeitung vom 08.06.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Nun jagt wieder ein Vorschlag zur Lösung – oder zumindest Milderung – der Flüchtlingskrise den nächsten. Das ist einerseits gut, wenn es Leute gibt, die sich darüber Gedanken machen und sich nicht auf den simplen Bau von Mauern und Zäunen beschränken. Denn immerhin geht es um nichts weniger als Menschenleben – heuer sind bereits mehr als 2800 Flüchtlinge auf der gefährlichen Überfahrt nach Europa im Mittelmeer ertrunken.“</p> <p>„Auch das Vorhaben von Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil stößt auf große Hürden: Libyen oder Marokko, die sich weigern, Flüchtlinge zurückzunehmen, werden nun wohl nicht mit großem Jubel einem riesigen Asylzentrum in ihrem Land zustimmen.“</p>	<p>Es gibt zahlreiche Vorschläge zur „Lösung/Milderung“ der „Flüchtlingskrise“. Manche gehen über den Mauer- und Zäunebau hinaus. Es geht um Menschenleben, heuer sind bereits 2800 „Flüchtlinge“ im Mittelmeer ertrunken.</p> <p>Die Pläne von Hans Peter Doskozil könnten an nordafrikanischen Staaten scheitern, die sich weigern „Flüchtlinge“ zurückzunehmen und skeptisch ggü. Asylzentren in ihrem eigenen Land sind.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
1	Gnam, Peter: „Vor Chaos bei der Mindestsicherung?“. In: Kronen Zeitung vom 16.06.2016, S.3	4	Syrien, Naher Osten/verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Das Gefährliche ist, dass jene Bundesländer, die die besten Sozialleistungen bieten, von Asylanten gestürmt werden.“</p> <p>„Sonst haben wir innerösterreichisch genauso ein Chaos wie die EU mit dem Flüchtlingsansturm: Schweden, Deutschland und Österreich wurden überrannt, weil sich per Handy bis Syrien und Afrika durchgesprochen hat, dass in diesen drei Ländern das Paradies winkt. Diese drei Länder tragen die ganze Last, so wie möglicherweise Wien, wenn die üppige Mindestsicherung für Flüchtlinge bestehen bleibt.“</p>	<p>Bundesländer, die die besten Sozialleistungen bieten, werden von „Asylanten gestürmt“.</p> <p>Es besteht die Gefahr, dass in Österreich durch den „Flüchtlingsansturm“ ein Chaos wie in der EU entsteht: Schweden, Deutschland und Österreich wurden „überrannt“, weil sich unter den Geflüchteten herumgesprochen hat, dass es ihnen in diesen Staaten am besten gehen wird. Diese drei Staaten tragen die Hauptlast, so könnte es Wien auch ergehen, wenn die Mindestsicherung für „Flüchtlinge“ so bleibt wie derzeit.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p>

1	Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 28.07.2016, S.24	4	Syrien, Naher Osten/Afghanistan/Tschetschenien/Russland, Asien	<p>„Eine Hardlinerin der Hochrisiko-Einladungspolitik, SPÖ-Stadträtin Sandra Frauenberger, träumt sogar davon, dass Wien noch weitere 14.000 Asylwerber aufnehmen kann. Obwohl längst klar ist: Exekutive und Stadtregierung haben die Situation schon jetzt mit 23.000 Flüchtlingen nicht mehr im Griff.“</p> <p>„So schafft die Polizei nur noch wenige Abschiebungen, weil die Zuwanderer längst alle Tricks kennen, um illegal hier bleiben zu können. Die MA 40 zahlt brav die Mindestsicherung an die bereits asylberechtigten Gäste aus. Zuvor wird kaum überprüft, was manche Syrer & Afghanen so an Legenden aufgetischt haben. Und für tschetschenische IS-Terroristen wie den einarmigen, einbeinigen Ahmed Tschatajew – wir berichteten - gibt's sogar als Draufgabe eine Gemeindefinanzierung. Aber vielleicht sollten wir alle der blauäugigen dunkelroten Stadträtin Sandra Frauenberger dankbar sein: Der mit viel Steuergeld finanzierte Wiener Robinson-Club für echte Kriegsflüchtlinge sowie Dutzende abgetauchte IS-Terroristen bewahren uns derzeit noch vor blutigem Terror – die vernünftigeren Asylwerber wollen sich ja wohl kaum aus ihrem netten All-inclusive-Ressort rausbomben.“</p>	<p>SPÖ-Stadträtin Sandra Frauenberger ist eine Hardlinerin im Bereich der „der Hochrisiko-Einladungspolitik“, sie will dass Wien weitere 14.000 AsylwerberInnen aufnimmt., obwohl die Exekutive und die Stadtregierung die derzeitigen 23.000 „Flüchtlinge“ nicht mehr im Griff haben.</p> <p>Die Polizei führt nur noch wenige Abschiebungen durch, Zuwanderer kennen Tricks, um legal in Österreich bleiben zu können. Die MA40 zahlt bereitwillig Mindestsicherung an Asylberechtigte aus. Es wird kaum überprüft, mit welchen „Legenden“ Syrer/Afghanen ihr Asylrecht bekommen haben. Ein tschetschenische IS-Kämpfer erhielt eine Gemeindefinanzierung. Der Autor vergleicht Wien mit einem von Steuergeld finanzierten „Robinson-Club für echte Kriegsflüchtlinge sowie Dutzende abgetauchte IS-Terroristen“, man sollte Frauenberger dankbar sein, da die gute Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten dazu führt, dass Wien vor terroristischen Anschlägen verschont bleibt.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p>
1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 13.08.2016, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Die Auszahlung der Mindestsicherung von mehr als 800 Euro im Monat für 40.000 Flüchtlinge, denen bei uns Asyl gewährt werden wird, sorgt für Krach in der Koalition und großen Unmut in der Bevölkerung. Mit Jahresende läuft die geltende Regelung aus – eine neue muss her. Sparsamer muss sie sein, und es muss Möglichkeiten einer Kürzung geben, falls ein Asylant keine Deutschkurse besucht bzw. nicht arbeiten will.“</p> <p>„Das setzt rot-grüne Sozialromantiker in Wien unter Druck, denn nicht einmal Frau Stadtrat Wehsely wird wollen, dass Wien alle Asylanter Österreichs aufnimmt.“</p>	<p>Die Mindestsicherung über 800€, die 40.000 „Flüchtlinge“ beziehen sorgt für Konflikte innerhalb der großen Koalition und der Bevölkerung. Eine neue Regelung der Mindestsicherung muss gefunden werden, diese muss sparsamer sein und es muss die Möglichkeit einer Kürzung bestehen, falls ein „Asylant“ keine Deutschkurse besuchen oder nicht arbeiten will.</p> <p>Linke Wiener PolitikerInnen geraten unter Druck, nicht einmal Sonja Wehsely möchte riskieren, dass Wien alle „Asylanten“ Österreichs aufnimmt.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>

1	Gnam, Peter: „Keine Alternative zur Notbremse!“; In: Kronen Zeitung vom 08.09.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Fast eine Million Flüchtlinge hat im Jahr 2015 in Deutschland Asylleistungen erhalten. Die Kosten dafür: 5,3 Milliarden Euro. Nicht enthalten sind in dieser Summe die Kosten für Integration sowie eine Art Mindestsicherung für bereits anerkannte Flüchtlinge, die keinen Arbeitsplatz finden.“</p> <p>„In Österreich ist es ähnlich – auch wir sind bei Ausgaben für Flüchtlingsbetreuung, Mindestsicherung und Integration im Milliardenbereich angelangt.“</p>	<p>In Deutschland bekamen 2015 ca.1Mio. „Flüchtlinge Asylleistungen“. Die Kosten betragen 5,3 Mrd.€, dazu kommen noch Kosten für Integration und Geldleistungen für anerkannte „Flüchtlinge“, die keinen Arbeitsplatz finden.</p> <p>In Österreich zeigt sich eine ähnliches Bild, auch hier ist man im Milliardenbereich für die „Flüchtlingsbetreuung“ (Mindestsicherung und Integration) angelangt.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p>
1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 24.09.2016, S.4	1	Keine Nennung	<p>„Das [keine Kürzung der Mindestsicherung, Anm.] hieße erstens, dass alle Flüchtlinge, die bei uns Asyl bekommen haben, nach Wien drängen, weil sie hier finanziell am besten dran sind. Das wiederum würde zweitens Mehrkosten von 40 Millionen Euro im Jahr verursachen, weil damit zu rechnen ist, dass bis zu 50.000 Flüchtlinge früher oder später als Asylanten anerkannt werden.“</p>	<p>Eine ausbleibende Kürzung der Mindestsicherung würde bedeuten, dass alle „Flüchtlinge“ nach Wien „drängen“, da diese in Wien am höchsten ausfällt. Das würde Mehrkosten von 40 Mio.€ ausmachen, weil damit zu rechnen ist, dass 50.000 „Flüchtlinge“ nach einiger Zeit als „Asylanten“ anerkannt werden.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>

1	Chalupka, Michael: „EmK- Eine mutige Kirche“, In: Kronen Zeitung vom 24.09.2016, S.18	4	Keine Nennung	„Als Superintendent [der christlich- methodistischen Kirche Österreichs, Anm.] will Schröckenfuchs vor allem Menschen ermutigen, „frei und eigenverantwortlich zu leben“ und gegen den gesellschaftlichen Strom zu schwimmen – auch wenn es „manchen lieber wäre, wenn Christinnen und Christen sich darauf beschränken, in ihren Kirchen zu sitzen, anstatt sich mit unbequemen Forderungen nach Solidarität und Gerechtigkeit oder dem Einsatz für Flüchtlinge und andere Benachteiligte einzumischen“.“	Schröckenfuchs, Superintendent der christlich- methodistischen Kirche Österreichs möchte ChristInnen dazu ermutigen gegen den gesellschaftlichen Strom zu schwimmen, dazu gehören Forderungen nach Solidarität und Gerechtigkeit und der Einsatz für „Flüchtlinge“ und andere Benachteiligte.	K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft
---	---	---	------------------	---	--	--

1	Wailand, Georg: „Flüchtlinge kosten mehr als gedacht“, In: Kronen Zeitung vom 04.10.2016, S.	3	Keine Nennung	<p>„Es ist eine heikle Studie zu einem sensiblen Thema: Wie viel kosten die Flüchtlinge den Staat tatsächlich?“</p> <p>„Die Bewältigung des Flüchtlingszustroms ist teurer als gedacht: Bis zum Jahr 2060 wird diese Aufgabe die Staatsschulden in Österreich um 23 Milliarden Euro erhöhen. Noch konkreter: Für jeden Flüchtling muss der Staat bis dahin 277.000 Euro aufbringen. Diese Zahlen sind keine Polemik von Flüchtlings-Gegnern, sondern unter den Fachleuten sind höchst unterschiedliche Richtungen (z. B. Regierung, Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gemeindebund) vertreten.“</p> <p>„Etwa die Aussage, dass nur 50 Prozent der Asylberechtigten nach zehn (!) Jahren in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Basis für diese Berechnungen sind 84.000 „außergewöhnliche Asylberechtigte“ für die Jahre 2015 bis 2020. Dass der Zustrom kurzfristig besondere Wachstumsimpulse liefert, wird als „relativ klein“ eingeschätzt.“</p> <p>„All das kommt nicht überraschend: So schnell die Flüchtlingswelle unser Land erreicht hat, so lange wird es dauern, diese Situation zu bewältigen.“</p>	<p>Kürzlich ist eine Studie zu dem Thema „Wie viel kosten Flüchtlinge den Staat“ erschienen.</p> <p>Der „Flüchtlingszustrom“ ist teurer als gedacht: Bis 2060 werden sich die österr. Staatsschulden um 23 Mrd.€ erhöhen. Für jeden „Flüchtling“ muss der Staat 277.000€ aufbringen. Diese Zahlen stammen von Fachleuten höchst unterschiedlicher Richtungen.</p> <p>Nur 50% der Asylberechtigten können nach 10 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert werden. Ausgegangen wird von 84.000 Asylberechtigten in den Jahren 2015-2020. Der „Zustrom“ liefert keine besonderen Wachstumsimpulse.</p> <p>Die „Flüchtlingswelle“ hat Österreich sehr schnell erreicht, es wird lange dauern die Situation zu bewältigen.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>
---	---	---	---------------	--	---	---

1	Schumi, Manfred: „Das Budgetproblem“, In: Kronen Zeitung vom 12.10.201, S.6	3	Keine Nennung	<p>„Viel zu billig wäre, sich auf die Kosten rund um die Flüchtlinge auszureden, die neben Grundversorgung, Mindestsicherung usw. indirekt auch die höheren Ausgaben für Sicherheit verursachen.“</p> <p>„Trotz steigender Staatsschulden sinken die Ausgaben für Zinsen. Man könnte nun etwas vereinfacht sagen, dass wir so die Flüchtlingskosten finanzieren können.“</p>	<p>Mehrkosten für „Flüchtlinge“ (Grundversorgung, Mindestsicherung, Sicherheit) sind nicht der einzige Grund für die hohen Staatsausgaben.</p> <p>Die Kosten, die durch „Flüchtlinge“ entstehen, lassen sich durch sinkende Ausgaben für Zinsen finanzieren.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>
1	Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 05.11.2016, S.2	4	Keine Nennung	<p>„Die Verhandlungen über eine österreichweit einheitliche Lösung der Mindestsicherung für Flüchtlinge, die Asyl in Österreich erhalten, scheinen tatsächlich zu scheitern.“</p> <p>„Egal, wie dieses Tauziehen letztlich endet – Wien hat auf alle Fälle die schlechtesten Karten, sprich, es werden die meisten Asylanten in die Großstadt drängen.“</p> <p>„Angesichts dieser Studie über zugewanderte Kriminalität wundert es wenig, dass laut aktuellem IMAS-Test der Flüchtlingsstrom samt Anstieg von Verbrechen und der Terrorgefahr den Österreichern über viele Jahre die allermeisten Sorgen bereiten wird.“</p>	<p>Verhandlungen über eine österreichweit einheitliche Mindestsicherung für „Flüchtlinge“ scheinen zu scheitern.</p> <p>Wien hat die schlechtesten Karten bei den Verhandlungen, die meisten „Asylanten“ werden nach Wien „drängen“.</p> <p>Der „Flüchtlingsstrom“ bedeutet einen Anstieg von Verbrechen und der Terrorgefahr, dies wird den Österreicher-Innen in Zukunft Sorgen machen.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p>

1	Gnam, Peter: „Ein Hunderter, den das Enkerl kriegt“, In: Kronen Zeitung vom 23.11.2016, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Für Flüchtlinge hat die Regierung jede Menge Geld, auf uns wird vergessen, uns speist man mit einem Bettel ab“. Das haben Kanzler und Vizekanzler in den letzten Monaten immer zu hören bekommen, wenn sie Kontakt zu den Leuten hatten.“</p> <p>„Die Einmal-Kosten dafür im Ausmaß von 180 Millionen Euro müssen verkraftbar sein, denn sie sind im Vergleich zu den Milliarden, die für Unterbringung, Ausbildung und Integration von Flüchtlingen aufgebracht werden müssen, eine Bagatelle.“</p>	<p>Die Menschen sind der Meinung, dass die Regierung mehr Geld für „Flüchtlinge“ zur Verfügung stellt als für die österreichische Bevölkerung.</p> <p>Die Kosten für die Unterbringung, Ausbildung und Integration von „Flüchtlingen“ beträgt Milliarden.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
---	---	---	---------------	--	---	--

1	Gnam, Peter: „Wie viel uns die Flüchtlinge kosten“, In: Kronen Zeitung vom 09.12.2016, S.2	1	Irak, Naher Osten	<p>„Der Chef des sogenannten Fiskalrates, Felderer, hat jetzt erstmals genauere Zahlen genannt, wie teuer uns der Flüchtlingsansturm nach Österreich kommt: 2015 waren es 1,1 Milliarden Euro. Heuer werden es 2,3 Milliarden Euro sein und 2017 noch einmal 2,3 Milliarden.“</p> <p>„In der Summe enthalten ist auch noch die Mindestsicherung für Flüchtlinge mit Asylstatus.“</p> <p>„Geld aus der Mindestsicherung werde von Flüchtlingen laut Erhebungen der Weltbank oftmals in ihre Heimat zurücküberwiesen. Dabei handle es sich inzwischen um Geldflüsse von „enormem Ausmaß“.“</p> <p>„Felderers Meinung sollte jenen Politikern zu denken geben, die rund um die Neuregelung der Mindestsicherung für Flüchtlinge politische Hahnenkämpfe inszenieren.“</p>	<p>Der Chef des Fiskalrates beziffert die Kosten für den „Flüchtlingsansturm“ nach Österreich auf insgesamt 5,7 Mrd.€ (2015-2017).</p> <p>Ebenfalls enthalten ist in der Summe die Mindestsicherung für Asylberechtigte.</p> <p>„Flüchtlinge“ überweisen laut Weltbank oft ihre Mindestsicherung in ihre Herkunftsstaaten. Dabei geht es um hohe Geldsummen.</p> <p>Diese Daten sollten PolitikerInnen dazu bringen, sich auf eine Neuregelung der Mindestsicherung zu einigen.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p>
2	Köster-Hetzendorf, Maren: „Qual-Wahlen in Albanien“, In: Die Presse vom 26.03.1991, S.1	2	Albanien, Europa	<p>„Unabhängig davon, wie das Wahlergebnis [in Albanien, Anm.] ausfallen wird, ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen so total, daß keine künftige Regierung die Flüchtlingswelle wird stoppen können.“</p> <p>„Das Ausland hat mit Entsetzen reagiert, als auf Flüchtlinge geschossen wurde.“</p>	<p>Auch eine neue Regierung kann in Albanien die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht eindämmen und somit eine „Flüchtlingswelle“ stoppen können.</p>	<p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p>
2	Schwarz, Andreas: „Verkabelte Weltmacht politik“ In: Die Presse vom 19.04.1991, S.1	2	Irak, Naher Osten/verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Andere, etwa die 750.000 somalischen Flüchtlinge des vergangenen Jahres, werden in den Genuß einer kurzfristigen Medienanwaltschaft dieses Ausmaßes gar nicht kommen.“</p>	<p>Die 750.000 somalischen Flüchtlinge werden medial unbeachtet bleiben.</p>	<p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K10.1.: Medienkritik</p>

2	Lenhardt, Dieter: „Kurden, Bengalen, Serben und Kroaten“, In: Die Presse vom 07.05.1991, S.1	2	Irak, Naher Osten	„Aber nur zögernd rang man sich ein oder zwei jener Schlagzeilen ab, deren 20 oder 30 das Flüchtlingslos der Kurden begleitet hatten und noch immer begleiten - fast hätten wir geschrieben: schwungvoll begleiten.“	Die mediale Aufmerksamkeit richtet sich auf die kurdischen „Flüchtlinge“.	K10.1.: Medienkritik
2	Scheidel, Hans-Werner: „Zuwanderer ein Tanz um den heißen Brei“ In: Die Presse vom 31.05.1991, S.6	1	Keine Nennung	„Ausländer, Zuwanderer, Einwanderer, Asylanten: Dieses Thema birgt Sprengstoff ungeahnten Ausmaßes.“	Die Themen: Ausländer, Zuwanderer, Einwanderer, „Asylanten“ sind brisant.	K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen
2	Köster-Hetzendorf, Maren: Alexander-Torte und Karadjordjevic-Schnitzel, In: Die Presse vom 26.09.1991, S.3	2	(ehemaliges Jugoslawien)	„Tomislaws [Onkel von Alexander II. Karadordević, Anm.] Frau ist bereits aktiv bei der Hilfe der serbischen Flüchtlinge aus Kroatien und organisiert Spendenaktionen im Ausland.“	Die Ehefrau eines serbischen Adligen organisiert Hilfe für serbische „Flüchtlinge“ aus Kroatien.	K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure
2	Bitzan, Gerhard: Neues Afghanistan, alte Sitten, In: Die Presse vom 06.05.1992, S.1	2	Afghanistan, Asien	„Für die Millionen [afghanischen, Anm.] Flüchtlinge sind diese „Sorgen“ [Kampf um die Vormachtstellung unter den islamisch geprägten Staaten, Anm.] der internationalen Staatengemeinschaft ziemlich unerheblich.“	Die afghanischen „Flüchtlinge“ haben andere Sorgen, als den Kampf um die Hegemonie unter den arabischen Staaten.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“

2	Miller, Irene: „Kein Platz für Flüchtlinge?“ In: Die Presse vom 22.05.1992, S.1	2	(ehemaliges Jugoslawien)	<p>„Daher werden die vielen Versprechungen bei der gegenwärtig in Wien tagenden Flüchtlings-Hilfskonferenz nur an ihren konkreten Ergebnissen gemessen werden können. Österreichs Behörden sind zwar nicht unbedingt die hilfsbereitesten; sie haben aber den meisten anderen europäischen Staaten eine Möglichkeit voraus: Sie haben schon während der Kroatien-Krise den Status des De-facto-Flüchtlings erfunden. Er wird jenen Schutzsuchenden gewährt, die nicht beabsichtigen, im Land zu bleiben, und die nicht um politisches Asyl ansuchen. Wir können also Flüchtlinge auf Zeit aufnehmen, ohne daß all diese Menschen unbedingt auf Dauer integriert werden müssen.“</p> <p>„Innenminister Löschnak meint, es stünden Flüchtlingsquartiere für einige tausend Menschen leer. Darüber hinaus wären notfalls ohne Zweifel noch sehr viele Reservens aktivierbar. Aber Kärnten, das mit 503 Flüchtlingen seine Kapazität angeblich ausgeschöpft hat, schickte kürzlich 1000 Flüchtlinge nach Italien weiter.“</p> <p>„Die Wiener Flüchtlingskonferenz ist gut; die Idee, daß die Flüchtlinge in Kroatien und Slowenien bleiben sollen, von wo aus sie leichter in ihre Heimat zurückkehren können, ist ebenfalls gut, vorausgesetzt, die materiellen Hilfeleistungen reichen aus. Aber Flüchtlinge wegzuschicken, die schon im Lande sind, ohne ihnen wenigstens ein paar Wochen oder Monate Frieden und Sorglosigkeit zu gewähren das ist eines Landes nicht würdig, das alle Welt zur Hilfe mobilisieren will.“</p>	<p>Auf der Flüchtlingskonferenz in Wien werden zahlreiche Versprechungen gemacht. Die österreichischen Behörden sind nicht hilfsbereit, haben aber die Möglichkeit den Status des „De-facto-Flüchtlings“ zu verleihen. Ihn bekommen jene „Flüchtlinge“, die nicht vorhaben in Österreich zu bleiben und nicht um politisches Asyl ansuchen. Diese „Flüchtlinge auf Zeit“ können aufgenommen werden, ohne integriert werden zu müssen.</p> <p>Innenminister Löschnak glaubt, es gäbe leere „Flüchtlingslager“. Ebenfalls können noch Reservens aktiviert werden. Kärnten, dessen Kapazität mit 503 „Flüchtlings“ erreicht wurde, schickte 1000 „Flüchtlinge“ nach Italien weiter.</p> <p>Die Idee, dass Flüchtlinge in Kroatien und Slowenien bleiben sollen ist gut, da sie von dort aus leichter in ihre Heimat zurückkehren können. Voraussetzung dafür sind ausreichende Materialien. „Flüchtlinge“ wegzuschicken, die bereits in Österreich sind, ohne ihnen einige Zeit des Friedens/Sorglosigkeit zu gewähren, ist eines Landes nicht würdig, das einen „Flüchtlingsgipfel“ ausrichtet.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	--	---	--------------------------	---	---	--

2	Martos, Peter: „Ein neuer Eiserner Vorhang“, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.1	2	(ehemaliges Jugoslawien)	<p>"Kaum haben die ehemaligen Ostblockstaaten erste, wenn auch viel zu kleine, Erfolge bei Umstellung und Stabilisierung der Wirtschaft zu vermelden, rollt eine kaum verkraftbare Belastungswelle über sie hinweg: Kroatien und Slowenien sind schon "überfüllt", Ungarn muß mehr als 100.000 Flüchtlinge versorgen, und wenn die Weiterreise über Österreich nicht mehr möglich ist, werden die möglichst weit vom Blutvergießen wegstrebenden Menschen den Weg nach Polen, in die Tschechoslowakei, gar ins ökonomisch noch stärker belastete Baltikum suchen."</p> <p>„Das [Grenzen schließen, Anm.] tut selbstverständlich auch Ungarn: Soeben ist mit Rumänien ein Schubabkommen unterzeichnet worden, das es Budapest erlaubt, illegal eingereiste Nicht-Flüchtlinge zurückzustellen.“</p> <p>„Als Folge dürften viele Angehörige der ungarischen Minderheit nicht auf die vom Extremisten Seselj angedrohte Vertreibung warten, sondern nach Ungarn übersiedeln - was Budapest mit bis zu einer halben Million Flüchtlingen aller Kategorien anfangen soll, steht in den Sternen. Und da sind Fluchtbewegungen aus der Ex-UdSSR noch gar nicht einkalkuliert.“</p>	<p>Die „Ostblockstaaten“ erleben einen leichten Wirtschaftsaufschwung, nun kommt eine „Belastungswelle“ in Form von „Flüchtlingen“ auf sie zu: Kroatien und Slowenien sind bereits „überfüllt“, Ungarn muss 100.000 „Flüchtlinge“ versorgen. Falls die Route über Österreich nicht mehr zugänglich sein sollte, werden die Menschen den Weg nach Polen, CSSR oder ins Baltikum suchen.</p> <p>Auch Ungarn schließt seine Grenzen: Soeben ist ein Abkommen mit Ungarn unterzeichnet worden, welches Ungarn ermöglicht illegal eingereiste „Nicht-Flüchtlinge“ zurückzuschicken.</p> <p>Angehörige der ungarischen Minderheit in Kroatien werden bald versuchen vor einer Vertreibung nach Ungarn zu flüchten, bis zu 500.000 werden erwartet. Ebenfalls ist mit „Fluchtbewegungen“ aus der ehemaligen UdSSR zu rechnen.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K8.1.: Fluchtgründe</p>
2	Chorherr, Thomas: „Das große Händerringen“, In: Die Presse vom 14.08.1992, S.1	2	Ehemaliges Jugoslawien	<p>„Die Beschießung des militärisch völlig wertlosen, mit Flüchtlingen vollgestopften Dubrovnik war dafür [für die einzigartige Brutalität des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, Anm.] ein Beispiel.“</p> <p>„Die nichtserbische Zivilbevölkerung zu vertreiben und, wenn sie nicht flieht, auszurotten, ist das Kriegsziel des Belgrader Regimes.“</p>	<p>Beschuss der mit „Flüchtlingen“ gefüllten Stadt Dubrovnik war ein Zeichen für die Brutalität des Jugoslawien-Krieges.</p> <p>Das Belgrader Regime will die nicht-serbische Bevölkerung vertreiben, wenn sie nicht fliehen sollte „ausrotten“.</p>	<p>K8.1.: Fluchtgründe</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K8.1.: Fluchtgründe</p>

2	Unterberger , Andreas: „Frieden um jeden Preis?“, In: Die Presse vom 24.08.1992, S.1	2	Ehemaliges Jugoslawien	„Die [Konsequenzen, falls der Bosnien-Krieg mit einem einfachen Friedensschluss ohne Konsequenzen für Serbien beendet werden würde, Anm.] da wären: keine Chance auf Rückkehr der Flüchtlinge; weitere Massenflucht der unter serbischer Oberhoheit verbliebenen Nichtserben, denen ja - selbst wenn sie nicht mehr direkt vertrieben werden - die Degradierung zum Untermenschen bevorsteht;“	Die Konsequenzen eines Friedensschlusses ohne Bedingungen für Serbien wären: fehlende Möglichkeit für „Flüchtlinge“ zurückzukehren, weiter anhaltende „Massenflucht“ der nicht-serbischen Bevölkerung, denen falls sie in Serbien verbleiben sollten die „Degradierung zum Untermenschen“ bevorsteht.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K8.1.: Fluchtgründe
2	„Bocksprünge“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik	1	Keine Nennung	„Da verlangt FP-Obmann Jörg Haider einen Einwanderungsstopp, um Platz für Flüchtlinge zu schaffen - und beschuldigt im selben Atemzug die Landeshauptleute, ihre Behauptung, keine Quartiere mehr zu haben, sei nicht wahr.“ „Und wer würde wohl Haiders liebevolle Sorge um die Flüchtlinge und mögliche Folgen eines EG-Beitritts nicht teilen?“	Jörg Haider verlangt einen Einwanderungsstopp für „Flüchtlinge“ und beschuldigt die Landeshauptleute zu lügen, wenn sie behaupten es gäbe keine Quartiere mehr. Haider inszeniert die Sorge um „Flüchtlinge“ und die möglichen Folgen eines EG-Beitritts.	K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien
2	Chorherr, Thomas: „Keine Zeit für Sozialromantik“, In: Die Presse vom 03.10.1992, S.1.	1	Keine Nennung	„Es sei gelungen, die Akzeptanz für Flüchtlinge und Ausländer in weiten Teilen Österreichs sicherzustellen, hat Innenminister Löschnak gesagt.“	Laut Innenminister Löschnak konnte die Akzeptanz für „Flüchtlinge“ in Österreich sichergestellt werden.	K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen

2	Schwarz, Andreas: „Asiatische Härte“, In: Die Presse vom 11.04.1998, S.5	2	Indonesien, Asien	<p>„Vor allem vor Indonesiens Behörden wird auffallend "gern" geflüchtet: Unabhängigkeitsaktivisten aus Timor retten sich in ausländische Vertretungen in Jakarta (in jener Österreichs sitzen seit einem halben Jahr sechs Flüchtlinge).“</p> <p>„Wie unterscheiden, ob es sich um politische oder nur Wirtschaftsflüchtlinge handelt; und was heißt "nur" Wirtschaftsflüchtlinge? In Südostasien spielt sich derzeit eines der größten Flüchtlings- und Abschiebedramen der Gegenwart ab.“</p>	<p>Aktivisten aus Timor, fliehen vor den indonesischen Behörden, in der österr. Vertretung in Jakarta haben seit einem halben Jahr sechs „Flüchtlinge“ um Asyl angesucht.</p> <p>Es ist schwierig zwischen „politischen Flüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ zu unterscheiden. In Südostasien kommt es zu einem „Flüchtlings- und Abschiebedrama.“</p>	<p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
2	Miller, Irene: „Der moralische Vorsprung ist verspielt“, In: Die Presse vom 30.07.1998, S.1	2	Keine Nennung	„Die Ernten werden [durch serbische Offensiven im Kosovo, Anm.] niedergebrannt; die Zahl der Flüchtlinge wächst weiter.“	Offensiven im Kosovo führen zu einer Zerstörung der Ernte und einem Anstieg der Zahl der „Flüchtlinge“.	<p>K8.1.: Fluchtgründe</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
2	Hamann, Sybille: „Man darf nicht vergleichen? Doch, man muss es sogar!“, In: Die Presse vom 12.02.2014, S.27	2	Keine Nennung	<p>„Selbstverständlich gibt es neben Flüchtlingen auch Menschen, die "bloß" der Armut entkommen wollen.“</p> <p>„Bekommt der Bergführer von einem dankbaren Flüchtling 50 Dollar in die Hand gedrückt, bleibt er ein Retter.“</p>	<p>Es gibt neben „Flüchtlingen“ auch Menschen, die der Armut entkommen wollen.</p> <p>Auch wenn ein Mensch Geld für den Transport von „Flüchtlingen“ erhält, rettet er diese dennoch.</p>	<p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p>
2	Ettinger, Karl: „Armutszeugnis der Länder“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.7	1	Keine Nennung	„Mit dem jahrelangen Scheitern bei der Aufteilung der Flüchtlinge haben sie [Landespolitiker, Anm.] sich diesbezüglich ein Armutszeugnis ausgestellt.“	LandespolitikerInnen scheiterten jahrelang bei der Aufteilung von „Flüchtlingen“.	K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten

2	Engelberg, Martin: „J'accuse! Bei Israel ist Bundespräsident Fischer befangen“, In: Die Die Presse vom 02.09.2014, S.23	1	Syrien/Irak, Naher Osten	„Nein, auch der Bürgerkrieg in Syrien mit geschätzten 200.000 Todesopfern, darunter zahllosen Zivilisten, Frauen und Kindern, und Millionen von Flüchtlingen, oder schließlich die Massenmorde im Irak - alle diese Gräueltaten treiben Fischer nicht so um wie die Frage, ob Israels Reaktion auf die jahrelangen Raketenangriffe der Hamas nicht nur beträchtlich, sondern sogar extrem unverhältnismäßig waren.“	Der Bürgerkrieg in Syrien führte zu 200.000 Toten und Millionen von Flüchtlingen, im Irak kam es ebenfalls zu Massenmorden. Diese Ereignisse beschäftigten Bundespräsident Fischer weniger als die Frage, ob Israels Reaktion auf Angriffe der Hamas unverhältnismäßig waren.	K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“ K8.1.: Fluchtgründe
2	Laczynski, Michael: „Warum Schlagbaum-Nostalgie das Flüchtlingsproblem nicht löst“, In: Die Presse vom 10.09.2014, S.2	2	Tunesien, Afrika	<p>„Anlass für diese Überlegung [Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Anm.] ist der Ansturm der Bootsflüchtlinge aus Afrika, die über Italien in die EU gelangen, und sekundiert wird Seehofer von der österreichischen Innenministerin, Johanna Mikl-Leitner, die innerhalb der Union eine "extreme Schieflage" ortet und von jenen EU-Mitgliedern, die vergleichsweise wenige Asylsuchende aufnehmen, mehr Engagement verlangt.“</p> <p>„Als Italien vor drei Jahren Flüchtlinge aus Tunesien mittels Ausstellung von Visa loswerden wollte, reagierte Frankreich mit einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen - was gemäß EU-Vorschriften in Sondersituationen (etwa im Zusammenhang mit Sportgroßveranstaltungen) befristet gestattet ist.“</p> <p>„Auf der einen Seite sind jene EU-Länder, in denen Flüchtlinge zum ersten Mal ankommen, für deren Asylverfahren zuständig, auf der anderen Seite können sich diese Flüchtlinge innerhalb der Schengen-Zone (relativ) frei bewegen. Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass es Asylanten in spe dorthin zieht, wo die Aussicht auf Arbeit am besten ist - also in den wohlhabenden Norden Europas.“</p> <p>„Grenzkontrollen würden nämlich nicht nur Flüchtlinge, sondern uns alle betreffen.“</p> <p>„EU-Skeptiker werden es nicht gern hören, doch die einzig richtige Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen lautet: Mehr Europa.“</p>	<p>Nach dem „Ansturm der Bootsflüchtlinge“ aus Afrika wird die Wiedereinführung von Grenzkontrollen von deutschen PolitikerInnen überlegt, unterstützt werden sie durch Mikl-Leitner, die ein vermehrtes Engagement derjenigen EU-Staaten einfordert, die wenig Asylsuchende aufnehmen.</p> <p>Italien versuchte durch die Ausstellung von Visa tunesische Flüchtlinge abzuschieben, Frankreich führte daraufhin Grenzkontrollen ein, dies war laut EU-Vorschriften legal.</p> <p>EU-Länder, in denen „Flüchtlinge“ zuerst ankommen, sind für das Asylverfahren zuständig, die „Flüchtlinge“ können sich allerdings im Schengen-Raum frei bewegen. „Asylanten“ wird es demnach in den wohlhabenden Norden Europas ziehen, wo die Aussicht auf Arbeit am höchsten ist.</p> <p>Grenzkontrollen würden nicht nur „Flüchtlinge“, sondern alle betreffen.</p> <p>Obwohl es EU-Skeptikern nicht gefallen wird, ist die Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit „Flüchtlingen“: mehr Europa.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeermissionen/„Bootsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p>

2	Rohrer, Anneliese: „Und Wiens Bürgermeister Häupl ist ein mutiger Mann“, In: Die Presse vom 04.10.2014, S.31	1	Keine Nennung	<p>"Michael Häupl's Entscheidung, der Unterbringung von 600 Flüchtlingen an zwei Wiener Standorten vorläufig auf vier Monate zuzustimmen, ist wahltechnisch riskant: Wenn die eine oder andere Umfrage stimmt, dass nämlich der Widerstand gegen Zuwanderung nach Österreich und gegen Asyl unter den österreichischen Migranten am stärksten ist, dann ist Häupl vor der Wiener Landtagswahl 2015 ein nahezu unkalkulierbares Risiko eingegangen."</p> <p>„Sie [die FPÖ, Anm.] wird dies ohne Skrupel tun, indem sie Flüchtlinge mit illegalen Zuwanderern, mit Scheinasylanten und mit Kriminellen gleichsetzt.“</p>	<p>Häupl geht ein Risiko damit ein, 600 „Flüchtlinge“ an zwei Wiener Standorten aufzunehmen. Laut einer Umfrage ist der Widerstand gegen Zuwanderung nach Österreich unter den österr. MigrantInnen am stärksten, diese könnten nun überlegen ihre Stimme bei der Wahl 2015 nicht Häupl zu geben.</p> <p>Die FPÖ wird „Flüchtlinge“ mit illegalen Zuwanderern, mit „Scheinasylanten“ und Kriminellen gleichsetzen.</p>	<p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p>
2	Ultsch, Christian: „Die Rückkehr der Geopolitik“, In: Die Presse vom 27.12.2014, S.1	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Syrien war schon vergessen und ausgeblendet, auch die 3,8 Millionen Flüchtlinge und die mehr als 200.000 Toten.“</p> <p>„Denn aus Europa kommen tausende Jihadisten, und nach Europa drängen hunderttausende Flüchtlinge.“</p>	<p>Über den syrischen Bürgerkrieg wurde bereits weniger berichtet, ebenso über die Mio. an „Flüchtlingen“ und die 200.000 Toten.</p> <p>Aus Europa kommen tausende Jihadisten, nach Europa „drängen hunderttausende Flüchtlinge“.</p>	<p>K10.1.: Medienkritik</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p>
2	Bonavida, Iris: „Der Bekannteste: Asyl als Dauerbrenner“, In: Die Presse vom 17.01.2015, S.11	4	Keine Nennung	<p>„Da das Asylquartier [Traiskirchen, Anm.] stets überfüllt ist, kritisiert Babler in regelmäßigen Abständen die Bundespolitik. Außerdem plädiert er für eine Änderung der Arbeitsregelung - Flüchtlinge sollen in mehreren Bereichen erwerbstätig sein dürfen.“</p>	<p>Das Lager Traiskirchen ist überfüllt, Babler kritisiert die Innenpolitik, er plädiert für eine Lockerung der Arbeitsregulierungen für „Flüchtlinge“.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K8.2.: Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen</p>

2	Bastaroli, Susanna: „Die Flüchtlinge müssen gerettet werden - notfalls ohne EU“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.2	2	Verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Erst mit fast 1000 Toten also ist offenbar die Zeit für einen Krisengipfel zur Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer reif.“</p> <p>„Denn die Mittelmeer-Flüchtlingsproblematik ist unbequem, weil sie äußerst unbequeme politische Debatten mit sich bringt: Entscheidungen etwa über teure EU-Einsätze im Mittelmeer, über politische Sprengstoffthemen wie eine gemeinsame EU-Flüchtlings- und -Asylpolitik oder eine aktivere Rolle Europas im immer turbulenteren Nordafrika.“</p> <p>„Wenn das mit der enormen Flüchtlingswelle überforderte Rom - zu Recht! - lautstark Hilfe aus Europa einfordert, wird man das schale Gefühl nicht los, dass es heimlich ein Alibi sucht, um selbst nichts mehr unternehmen zu müssen: Der desolate und prekäre Zustand der überfüllten Aufnahmezentren ist auch durch die enormen Flüchtlingszahlen nicht zu rechtfertigen - ebenso wenig, dass viele dieser Zentren von der Mafia kontrolliert werden. Die lahme, schleppende Bürokratie führt zu langwierigen Bearbeitungen von Asylanträgen, die auch nur ein Minimum an Legalisierungen nahezu unmöglich machen. Eklatant deutlich wurde der politische Unwille zu einer humanitären Flüchtlingspolitik im Herbst: Damals beschloss die Regierung Renzi, die Mittelmeer-Rettungsmission Mare Nostrum einzustellen - mit dem Argument, dass die EU eine Teilnahme daran verweigert hatte.“</p> <p>„Ein tödlicher Trugschluss [der Glaube, dass EU-Missionen wie zB: „Mare Nostrum“ geflüchtete Menschen anziehen würden, Anm.], wie heute die Zahlen beweisen: Noch nie haben so viele Flüchtlinge wie in diesem Winter die Überfahrt gewagt.“</p>	<p>Erst nach 1000 Toten im Mittelmeer ist die Zeit reif für einen Krisengipfel zur „Flüchtlingskatastrophe“</p> <p>Die „Flüchtlingsproblematik“ auf dem Mittelmeer bringt politische Debatten über EU-Einsätze im Mittelmeer, eine gemeinsame und eine aktivere Rolle der EU in Nordafrika mit sich.</p> <p>Die „enorme Flüchtlingswelle“ überfordert Italien, Rom fordert Unterstützung durch andere EU-Staaten, man wird aber das Gefühl nicht los, dass Rom selbst nichts unternehmen will. Der Zustand der überfüllten Aufnahmezentren ist durch die hohen „Flüchtlingszahlen“ nicht zu rechtfertigen. Die langsame Bürokratie führt zu einer langen Dauer der Asylverfahren. Es ist ein deutlicher Unwille zu einer humanitären „Flüchtlingspolitik“ erkennbar, zB: durch die Einstellung der Mittelmeer-Mission „Mare Nostrum“.</p> <p>Die Behauptung, dass „Mare Nostrum“ geflüchtete Menschen anziehen würde, ist ein Trugschluss, noch nie haben so viele „Flüchtlinge“ die Überfahrt in letzter Zeit gewagt.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	--	---	-----------------------------------	--	--	--

2	Ettinger, Karl: „Im Zelt gelandet“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.1	1	Keine Nennung	<p>„So gesehen darf es niemanden überraschen, dass bei den seit Monaten hohen Zahlen an Asylwerbern und nur mühsam aufgetriebenen Unterkünften für Tausende der Platz eher früher als später ausgehen wird. Kein Zufall ist hingegen, dass das Innenministerium jetzt in einer Feiertagsaktion vor einem langen Wochenende Zeltstädte für Flüchtlinge bauen lässt.</p> <p>Andererseits: Wie groß wäre erst der Aufschrei, blieben Flüchtlinge buchstäblich im Regen auf der Straße stehen? Österreich braucht sich angesichts seiner Hilfe in der Vergangenheit, etwa für tausende Flüchtlinge aus Exjugoslawien, bis heute nicht als hartherzig-inhuman an den Pranger stellen lassen. Aber ein Armutszeugnis haben Politiker von der EU bis zu den Bundesländern verdient, die bei diesem Flüchtlingsproblem zu lang untätig zugehört haben.“</p>	<p>Den Unterkünften für AsylwerberInnen geht der Platz aus, die Innenministerin Mikl-Leitner veranlasste die Errichtung von Zeltstädten für „Flüchtlinge“. Die Aufregung wäre dennoch größer, wenn die Regierung nichts unternimmt und die „Flüchtlinge buchstäblich im Regen auf der Straße stehen.“ Österreich hat in seiner Vergangenheit tausende „Flüchtlinge aus Exjugoslawien“ aufgenommen, und muss sich deswegen nicht rechtfertigen, ein Armutszeugnis stellen allerdings PolitikerInnen dar, die bei dem „Flüchtlingsproblem zu lange zugehört haben.“</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	---	--

2	Pink, Oliver: „Der stille Protest in der Wahlzelle“, In: Die Presse vom 02.06.2015, S.2	1	Verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Als die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer - durch das Kentern von Schiffen mit hunderten Passagieren an Bord - wieder in das Bewusstsein der Europäer hereinbrach, da reagierten Politiker der staatstragenden Parteien und die meisten Medien mit einem zwar verständlichen, aber doch kurzsichtigen Reflex: Die "Festung Europa" wurde an den Pranger gestellt, das Leid der Flüchtlinge und die Hartherzigkeit potenzieller Aufnahmeländer in den Vordergrund gerückt. Wer diesem Meinungsmainstream widersprach und darauf hinwies, dass nicht jeder Migrant tatsächlich auch Flüchtling sei, dem Asyl zustünde, und dass eine Einwanderung in Massen statt in Maßen das soziale Gefüge der europäischen Gesellschaft und die Sozialsysteme in größere Schwierigkeiten bringen könnte, der hatte keinen leichten Stand.“</p>	<p>Die „Flüchtlingstragödie im Mittelmeer“ kam wieder in das Bewusstsein der Europäer, PolitikerInnen und Medien reagierten mit einem verständlichen aber kurzsichtigen Reflex: eine restriktivere „Flüchtlingspolitik“ wurde „an den Pranger gestellt“, in den Vordergrund traten das Leid der „Flüchtlinge“ und die Hartherzigkeit der Aufnahmestaaten. Angefeindet wurden diejenigen, die aus diesem „Meinungsmainstream“ ausbrachen und darauf hinwiesen, dass nicht jeder Migrant auch „Flüchtling“ sei und eine unbeschränkte Zuwanderung eine Gefahr für die Sozialsysteme Europas darstellen könnte.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeermissionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K10.1.: Medienkritik</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p>
---	--	---	-----------------------------------	--	--	---

2	Ettinger, Karl: „Die Bundesregierung darf kein Bittsteller sein“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Es ist überhaupt kein Trost, aber es entspricht der Tradition des innenpolitischen Mikrokosmos: Da sitzen die Spitzen der Republik stundenlang wegen des Flüchtlingsansturms beisammen.“</p> <p>„Wenn etwa in Traiskirchen den Einwohnern quasi strafweise neben dem Lager ein Zeltlager für Flüchtlinge vor die Nase gestellt wird. Allen Kritikern mangelnder Solidarität für Asylsuchende sei vorweg gesagt: Österreich und seine Bevölkerung leisten bereits einen höchst aner kennenswerten Beitrag zur Bewältigung des Flüchtlingzustroms in die EU.“</p> <p>„Es ist auch leicht, Einwände gegen die von Faymann vorgeschlagene Bezirksquote zur Aufteilung von Flüchtlingen zu finden.“</p> <p>„Im Interesse der Bürger und der Flüchtlinge wäre zumindest eine Sofortmaßnahme fällig.“</p>	<p>Die Regierung beriet lange wegen des „Flüchtlingsansturms“.</p> <p>Den Einwohner von Traiskirchen wurde ein Zeltlager für „Flüchtlinge“ vor die Nase gestellt. Österreich und seine Bevölkerung haben bereits einen großen Beitrag zur Bewältigung des „Flüchtlingszustroms“ in die EU geleistet.</p> <p>Die von Faymann vorgeschlagene Bezirksquote, zur Aufteilung von „Flüchtlingen“ ist leicht kritisierbar.</p> <p>Es benötigt Sofortmaßnahmen im Interesse der BürgerInnen und der „Flüchtlinge“.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender ggü. Menschen Metaphern Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender ggü. Menschen „Strom“ Metaphern geflüchteten</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen der</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	--	--	--

2	Rohrer, Anneliese: „Flüchtlinge: Die Liebe der ÖVP zu Zelten als (un-)christliche Strategie“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.29	1	Keine Nennung	<p>„Kann es sein, dass die ÖVP, die Partei mit den angeblich starken christlichen Wurzeln, in der Frage der Unterbringung von Flüchtlingen mit der Aufstellung von Zelten und den Bildern von Flüchtlingen ohne Schutz auf Freiflächen eine bewusste Eskalationsstrategie fährt und zynische Parteipolitik betreibt?“</p> <p>„Kann es sein, dass die ÖVP tatsächlich glaubt, das Thema der Asylwerber auf den Wiesen und unter freiem Himmel werde "den Roten" mehr schaden als ihr, weshalb man auch gleich den Asylgipfel scheitern lassen und Bundeskanzler Werner Faymann als führungsschwach und unprofessionell darstellen wollte?“</p> <p>„Ausgangspunkt war die Suche nach einer Erklärung, warum die katholische Kirche mit Ausnahme eines Interviews von Kardinal Christoph Schönborn so beharrlich zu dem unsäglichen Umgang von Regierung, Bundesländern und Bürgermeistern mit der Unterbringung von Flüchtlingen schweigt.“</p> <p>Wie sieht das Flüchtlingselement denn mit der christlichen Nächstenliebe vereinbaren lässt?</p> <p>„Um es [das unwürdige Spiel, Anm.] irgendwie zu beenden und zu gesicherten Fakten zu kommen, wird in jeder Diözese nun ein Flüchtlingsbeauftragter bestimmt.“</p> <p>Irgendetwas stimmt hier nicht: In Kärnten, so war zu erfahren, wollte ein Kinderdorf zehn unbetreute minderjährige Flüchtlinge aufnehmen - und erhielt nicht einmal eine Antwort auf das Angebot.</p>	<p>Betreibt die ÖVP in der Frage der Unterbringung von „Flüchtlingen“ in Zelten trotz ihrer christlichen Wurzeln eine bewusste Eskalationsstrategie?</p> <p>Glaubt die ÖVP tatsächlich, dass die Bilder von „Flüchtlingen“ unter freiem Himmel der SPÖ mehr schaden wird als ihr? Die ÖVP ließ den Asylgipfel scheitern und ließ Bundeskanzler Faymann als führungsschwach/unprofessionell dastehen.</p> <p>Die katholische Kirche schweigt zum Thema Asylpolitik, obwohl die Regierung und die Bundesländer und Bürgermeister „unsäglich mit Flüchtlingen umgehen.“</p> <p>Wie lässt sich das „Flüchtlingselement“ mit der christlichen Nächstenliebe vereinbaren?</p> <p>Um zu gesicherten Fakten zu kommen, wird in jeder Diözese ein „Flüchtlingsbeauftragter“ bestimmt.</p> <p>Obwohl ein Kinderdorf in Kärnten dazu bereit war, umFs aufzunehmen, wurde nichts unternommen.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K1.5.: biblische/christliche Metaphern</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
2	Ettinger, Karl: „Wenn sich Blaue in Rekordzeit blamieren“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.10	1	Keine Nennung	<p>„Aber vermutlich hat der Vizelandeshauptmann [Johann Tschürtz, FPÖ, Anm.] mit indirekten Kontrollen nur gemeint, mit Brückenwagen könnten auch Lkw entdeckt werden, in die kaltschnäuzige Schlepper Dutzende Flüchtlinge gesteckt haben.“</p>	<p>Johann Tschürtz (FPÖ) möchte Grenzkontrollen durchführen und Schlepper verhaften, die „Flüchtlinge“ in LKWs transportieren.</p>	<p>K7.3.: Schlepperwesen</p>

2	Ettinger, Karl: „Flüchten und Wegducken ist keine Asyllösung“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Schon seit einem Jahrzehnt funktioniert die Quartiersuche für Asylwerber nicht. Es ist höchste Zeit, dass der Bund das selbst in die Hand nimmt.“</p> <p>„Pech für die Österreicher und auch für Flüchtlinge, dass im Regelfall nur alle fünf (oder sechs) Jahre in ihrem Bundesland Nationalrats- oder Landtagswahlen auf dem Kalender stehen. [Weil bevorstehende Wahlen laut Autor PolitikerInnen zum Handeln animieren, Anm.]“</p> <p>„Wie gerade das Beispiel Oberösterreich zeigt, macht Angst vor dem Zorn der Wähler und vor stummem Protest in der Wahlzelle Politikern schon Beine: Dort gelingt es zumindest, Zelte für Asylwerber abzubauen und feste Übergangsquartiere aufzutreiben. Leider wählt der Großteil der Österreicher auf Bundesebene und in den Bundesländern erst wieder frühestens 2018. Sonst würde die Bundesregierung mehr Nachdruck auf längerfristige Konzepte zur Bewältigung des Asylwerberandrangs und zur Beendigung der chaotischen Zustände für Asylsuchende und die Bevölkerung in Traiskirchen legen.“</p> <p>„Das ist absolut kein Einstimmen in den Chor jener Weltfremden, die Österreich taxfrei zum Hort von Rassisten erklären, nur weil Spitzenpolitiker und Bevölkerung mahnen, dieses Land könne diese Zahl an Menschen, die vor Krieg oder Terror geflohen sind, nicht aufnehmen.“</p> <p>„Es ist geradezu ein Witz, dass weitere Beratungen über die Flüchtlingsaufteilung in Europa gleich auf Dezember dieses Jahres vertagt wurden.“</p> <p>„Warum hat er [Erwin Pröll, ÖVP, Anm.] den Herren im Kreis der Landeshauptleute wegen der Flüchtlingsquartiere nicht stärker ins Gewissen geredet?“</p> <p>„Werner Faymann hat die Innenministerin - und somit die Flüchtlinge derzeit in Traiskirchen - im Regen stehen lassen.“</p>	<p>Die Unterbringung von „Flüchtlingen“ funktioniert nicht, der Bund muss diese selbst verwalten.</p> <p>Wahlen würden PolitikerInnen dazu animieren mehr für ÖsterreicherInnen und „Flüchtlinge“ umzusetzen.</p> <p>Angst haben PolitikerInnen in OÖ vor einer Abstrafung bei der nächsten Wahl, deswegen werden nun Zeltstädte abgebaut und feste Quartiere errichtet. Die nächsten Wahlen auf Bundes- oder Landesebene finden erst 2018 statt, wünschenswert wäre allerdings früher, da die Regierung dann gezwungen wäre „längerfristige Konzepte zur Bewältigung des Asylwerberandrangs und zur Beendigung der chaotischen Zustände für Asylsuchende und die Bewohner Traiskirchens“ zu finden.</p> <p>Wer Österreich als rassistisch bezeichnet ist „weltfremd“, PolitikerInnen mahnen davor, dass es nicht alle Menschen, aufnehmen kann.</p> <p>Es ist ein Witz, dass Beratungen über die Aufteilung von „Flüchtlingen“ auf Dezember 2015 verlegt wurden.</p> <p>Erwin Pröll hätte den anderen Landeshauptleuten mehr Druck wegen der „Flüchtlingsquartiere“ machen sollen.</p> <p>Faymann hat Mikl-Leitner und die „Flüchtlinge“ in Traiskirchen im Regen stehen gelassen.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	---	---

2	<p>Ultsch, Christian: „Schämen muss sich Österreich nicht“. In: Die Presse vom 15.08.2015, S.1</p>	2	<p>Syrien, Osten/Afghanistan, Asien/Pakistan, Asien</p>	<p>„Österreichs Außenminister Kurz trifft an der Grenze auf verzweifte Flüchtlinge und fordert "ordentliche Grenzsicherheit".“</p> <p>„Vor zwei Tagen durchbrachen hier [in Gevgelija, Stadt im Südosten Nordmazedoniens, Anm.] tausende Flüchtlinge die griechisch-mazedonische Grenze.“</p> <p>"Wir versuchen, den Flüchtlingsstrom zu organisieren", sagt Alexandra, eine deutsche Helferin des UN-Flüchtlingshilfswerks.</p> <p>Darin [in einem Zelt, Anm.] registrieren sich die Flüchtlinge. Das heißt, sie erhalten einen Passierschein, auf dem steht, dass sie das Land innerhalb von 72 Stunden verlassen oder um Asyl ansuchen müssen. Heuer haben nicht einmal 50 Personen um Asyl in Mazedonien angesucht, sie ziehen alle weiter.</p> <p>„Wenigstens drängen nicht mehr alle Flüchtlinge zum Bahnhof in Gevgelija.“</p> <p>„Der Flüchtlingstransport ist zum Geschäft geworden.“</p> <p>„Die Lage ist dort [in Griechenland, Anm.] so schlecht, dass die anderen EU-Staaten keine Flüchtlinge zurückschicken.“</p> <p>„Begleitet von einem Tross internationaler Journalisten mischt sich Österreichs Außenminister Kurz unter die Flüchtlinge beim Registrierungszentrum, ein paar hundert Meter von der Grenze entfernt. Unter einer Zeltplane des UNHCR und bunten Strandschirmen warten etwa 80 Flüchtlinge auf die Weiterreise.“</p> <p>„Auch in Skopje spricht Kurz über die Flüchtlingskrise, er wird es auch am Donnerstag beim Balkan-Gipfel in Wien tun.“</p> <p>„Die Regel, wonach ein Migrant in jenem EU-Mitgliedsland einen Asylantrag stellen muss, gilt faktisch nicht mehr. Griechen, Italiener oder auch Ungarn - sie alle schicken die Flüchtlinge einfach weiter. Auch die österreichische Polizei sieht weg, wenn Flüchtlinge auf der Durchreise nach Deutschland sind.“</p> <p>„Kurz fordert ein Post-Dublin-System, eine neue Strategie für den Umgang mit Flüchtlingen.“</p> <p>„Flüchtlinge einfach weiterzuschicken gefährdet die europäische Idee, sagt Kurz "Die Westbalkan-Staaten sind überrannt, überfordert und alleingelassen.“</p> <p>„Kurz will Europas Grenzen dicht machen, Flüchtlinge möglichst in der Region halten und eine gerechte Quote, die berücksichtigt, dass Länder wie Österreich oder Deutschland im Vergleich weitaus mehr Asylwerber aufnehmen als andere.“</p> <p>„Der Flüchtlingsstrom wird nicht verebben.“</p> <p>„Imad al-Shamani, Brzan Ahmed Osman und die anderen Flüchtlinge bekommen von den Erklärungen [von Sebastian Kurz, Anm.] nichts mit.“</p>	<p>Sebastian Kurz trifft „Flüchtlinge“ an der Grenze und fordert Grenzsicherheit.</p> <p>In Gevgelija durchbrachen tausende „Flüchtlinge“ die griechisch-mazedonische Grenze.</p> <p>MitarbeiterInnen des UN-Flüchtlingshilfswerks versuchen den „Flüchtlingsstrom zu organisieren.“</p> <p>Flüchtlinge müssen sich in einem Zelt registrieren und um Asyl ansuchen, ansonsten das Land verlassen. Weniger als 50 Personen haben 2015 in Mazedonien um Asyl angesucht, sie ziehen weiter.</p> <p>Nicht mehr alle Flüchtlinge drängen zum Bahnhof in Gevgelija.</p> <p>Der Flüchtlingstransport ist zum Geschäft geworden.</p> <p>In Griechenland ist die Lage so schlecht, dass andere EU-Staaten keine „Flüchtlinge“ zurückschicken.</p> <p>Außenminister Kurz mischt sich unter die „Flüchtlinge“ des Registrierungszentrums. 80 Flüchtlinge warten auf die Weiterreise.</p> <p>Kurz spricht über die „Flüchtlingskrise“ in Skopje und wahrscheinlich auch beim Balkan-Gipfel in Wien.</p> <p>Die Dublin-III-VO gilt nicht mehr. Viele EU-Staaten schicken „Flüchtlinge“ weiter, auch die österreichische Polizei, wenn Flüchtlinge nach Deutschland gelassen werden.</p> <p>Kurz fordert nach dem Dublin-Scheitern eine neue Strategie für den Umgang mit Flüchtlingen.</p> <p>„Flüchtlinge“ weiterzuschicken gefährdet laut Kurz die EU. Die Westbalkanstaaten sind „überrannt“, „überfordert“ und „alleingelassen“.</p> <p>Kurz will EU-Grenzen dicht machen, „Flüchtlinge“ in der Region halten und eine Quote, die berücksichtigt dass Österreich und Deutschland mehr AsylwerberInnen aufgenommen haben, als andere.</p> <p>Der „Flüchtlingsstrom“ wird nicht aufhören.</p> <p>Für die „Flüchtlinge“ sind die Erklärungen von Kurz nicht relevant.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.5.: Betonung der Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---	---	--	--

2	Schneider, Wieland: „Die EU-Staaten haben in der Flüchtlingsfrage versagt“, In: In: Die Presse vom 02.09.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten/verschiedene afrikanische Staaten	<p>„Erst mussten hunderte Flüchtlinge im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen im Freien campieren, darunter schwangere Frauen und kleine Kinder.“</p> <p>„Dann riegelten am Dienstag ungarische Polizisten vorübergehend den Budapester Bahnhof Keleti ab, um zu verhindern, dass erneut Flüchtlinge Züge nach Deutschland besteigen.“</p> <p>„Parallel dazu tobt in der EU ein diplomatischer Kleinkrieg darum, wer für die ankommenden Flüchtlinge zuständig ist und wie sie betreut und auf die Mitglieder aufgeteilt werden sollen. Noch deutlicher könnten die EU-Staaten nicht signalisieren, dass sie im gemeinsamen Management der derzeitigen Fluchtbewegungen versagt haben. Die Regierungen Österreichs, Deutschlands und anderer EUStaaten behaupten, man habe mit einer derart rapide wachsenden Zahl von Flüchtlingen nicht rechnen können.“</p> <p>„Seither wurde die Lage in Syrien mit jedem Tag schlimmer, und mit jedem Tag wuchs die Zahl der Flüchtlinge.“</p> <p>„Das kleine Land [Libanon, Anm.] hat selbst nur 4,5 Millionen Einwohner und beherbergt schon Flüchtlinge aus anderen Konflikten.“</p> <p>„Es war daher abzusehen, dass früher oder später ein - vergleichsweise nach wie vor kleiner Teil - der syrischen Flüchtlinge nach Europa und auch nach Österreich zu gelangen versuchen würden.“</p> <p>„Die Verbrechen des IS und der Machtkampf zwischen sunnitischen Stämmen und der Regierung in Bagdad treiben auch im Irak Hunderttausende in die Flucht.“</p> <p>„Die 28 EU-Staaten mit insgesamt 500 Millionen Einwohnern könnten aber - in einem ersten Schritt - versuchen, gemeinsam die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge zu organisieren, die derzeit in die EU kommen.“</p>	<p>„Flüchtlinge“ in Traiskirchen mussten im Freien schlafen, darunter auch schwangere Frauen und Kinder.</p> <p>Ungarische Polizisten hinderten durch eine Abriegelung des Budapester Bahnhofs Geflüchtete an der Weiterreise nach Deutschland.</p> <p>In der EU gibt es Konflikte darum welches Land für „Flüchtlinge“ zuständig ist, wie sie betreut werden und auf die EU-Staaten aufgeteilt werden sollen. Die EU-Staaten haben im Bereich des gemeinsamen Managements der „Fluchtbewegung“ versagt. Verschiedene Regierungen behaupten, dass mit der hohen Zahl an „Flüchtlingen“ nicht gerechnet werden konnte.</p> <p>Die Lage in Syrien wurde immer schlimmer, täglich wächst die Zahl der „Flüchtlinge“.</p> <p>Der Libanon versorgt trotz nur 4,5 Mio. EinwohnerInnen bereits „Flüchtlinge“ aus anderen Konflikten.</p> <p>Es war abzusehen, dass syrische „Flüchtlinge“ nach Europa und auch nach Österreich gelangen werden.</p> <p>IS-Verbrechen und Kämpfe um die Hegemonie im Irak sind der Grund für hunderttausende „Flüchtlinge“ im Irak.</p> <p>Die EU-Staaten können versuchen, gemeinsam die Versorgung und Unterbringung der „Flüchtlinge“ zu organisieren.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K8.1.: Fluchtgründe</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p>
2	Hamann, Sibylle: „Jeder, der im Railjet reist, steckt nicht in einem Lkw“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.23	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Bis vor zwei Tagen noch hinderten ungarische Polizisten Flüchtlinge daran, am Keleti-Bahnhof in den Railjet zu steigen, trotz gültiger Tickets. Ließe man Flüchtlinge bloß ganz normale Verkehrsmittel benützen - allen Schlepfern wäre über Nacht das Handwerk gelegt.“</p>	<p>Ungarische Polizisten hinderten „Flüchtlinge“ trotz gültiger Tickets daran Züge zur Weiterreise zu besteigen. Wenn man „Flüchtlingen“ erlauben würde „normale Verkehrsmittel“ zu benützen, wäre Schlepfern das Handwerk gelegt.</p>	<p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p>

2	Nowak, Rainer: „Keine Angst, Werner Faymann!“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.1	1	Keine Nennung	„Ja, stimmt schon, es ist vielleicht wirklich ein wenig ungewöhnlich, dass die "Krone" nun fast schon täglich ÖBB-Chef Christian Kern für dessen tatsächlich gutes Krisenmanagement bei Empfang, Versorgung und Transport der Flüchtlinge in den höchsten Tönen lobt.“	Die <i>Kronen Zeitung</i> lobt täglich Christian Kern für das Krisenmanagement bei der Ankunft und beim Transport der „Flüchtlinge“.	K10.1.: Medienkritik
2	Nowak, Rainer: „Und natürlich gibt es eine Obergrenze“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten	„Statt beim Thema Flüchtlinge zu verharmlosen oder zu hetzen, wäre klare Information erste Politikerpflicht.“ „Entweder die Grenze geht wirklich zu - das wäre kurzfristig weniger für die EU, vielmehr für die Flüchtlinge in den Balkanländern eine Katastrophe -, oder wir bereiten uns darauf vor, Geld, Schulen, Infrastruktur, (geringere) Sozialleistungen mit tausenden Menschen einer anderen Kultur zu teilen.“ „Da [in Deutschland, Anm.] gibt es nicht nur das schlichte "Hurra, die schönen Syrer kommen" wie es hierzulande zu hören ist, oder ständige politische Kleingeldvermarktung jedes männlichen jungen Flüchtlings ohne Familie, sondern - auch medial! - viele Zwischentöne.“	Es wäre die Pflicht von PolitikerInnen klare Informationen zum Thema Flüchtlinge anzubieten, anstatt zu hetzen oder zu verharmlosen. Eine Grenzschießung wäre v.a. für „Flüchtlinge“ eine Katastrophe. Sonst müssen Schulen, Sozialleistungen, Infrastruktur mit Menschen einer anderen Kultur geteilt werden. In Deutschland existieren beim Thema „Flüchtlinge“ mediale Zwischentöne, nicht nur Willkommenskultur oder die Verbreitung von Vorurteilen ggü. Männlichen „Flüchtlingen“.	K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik K3.3.: Sozialleistungen K10.1.: Medienkritik
2	Rohrer, Anneliese: „Schlechte Taktik, falsche Themen: Warum Grün nicht wirkt“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.33	4	Keine Nennung	„In Salzburg sind sie [Die Grünen, Anm.] zuletzt mit der Forderung nach einer Deckelung der Bezüge für Universitätsrektoren an die Öffentlichkeit getreten - ein wahrhaft brennendes Thema, während die Landeshauptstadt mit tausenden Flüchtlingen vor den Toren Deutschlands kämpft.“	Die Grünen beschäftigen sich mit Themen der Kostensenkung auf Universitäten, obwohl es in Salzburg Problemen mit tausenden „Flüchtlingen“ vor den Toren Deutschlands kämpft.	K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik

2	Pink, Oliver: „Der FPÖ-Triumph, erster Teil“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.1	1	Keine Nennung	<p>„Es war - wie erwartet - das Flüchtlingsthema: Für 63 Prozent der oberösterreichischen Wähler war dies laut Meinungsforscher Peter Hajek das entscheidende Wahlmotiv.“</p> <p>„Mit den Themen Zuwanderung, Asyl und Sicherheit wurde er [ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer, Anm.] bisher nicht unbedingt assoziiert. Auch die ÖVP-Linie insgesamt war in der Flüchtlingsfrage von einem Zickzackkurs geprägt.“</p>	<p>Das „Flüchtlingsthema“ war bei den Wahlen in OÖ das entscheidende Wahlmotiv.</p> <p>Pühringer vertrat bislang nicht die Themen Sicherheit, Asyl und Zuwanderung, auch die Gesamt-ÖVP-Linie in der „Flüchtlingsfrage“ ist von einem Zickzackkurs geprägt.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
2	Nowak, Rainer: „Und was nun, Straches Männer?“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.2	1	Keine Nennung	<p>„Das Thema Flüchtlinge hat [Zwölf Jahre konstruktive schwarz-grüne Regierungsarbeit in Oberösterreich, Anm.] all das hinweggefegt.“</p> <p>„Das Flüchtlingsproblem wird in und für Europa andauern und an Stärke zunehmen.“</p> <p>„Das wenige, was man von Strache beim Thema Flüchtlinge weiß, ist: Politisches Asyl wird gewährt, gegen Missbrauch scharf vorgegangen.“</p> <p>„Und vor allem vorher eine gemeinsame [gemeint sind SPÖ und ÖVP innerhalb der großen Koalition, Anm.] klare Position zum Thema Flüchtlinge zu finden und zu halten. Und nein, Flüchtlinge in der Hoffnung willkommen zu heißen, sie mögen weiterziehen, ist keine Position.“</p>	<p>In OÖ hat das Thema „Flüchtlinge“ 12 Jahre Regierungsarbeit ungeschehen gemacht.</p> <p>Das „Flüchtlingsproblem“ wird andauern und an Stärke zunehmen.</p> <p>Straches Position beim Thema „Flüchtlinge“: Politisches Asyl wird gewährt, gegen Missbrauch vorgegangen.</p> <p>SPÖ und ÖVP finden keine gemeinsame Position beim Thema „Flüchtlinge“. Keine Position ist es „Flüchtlinge“ willkommen zu heißen und die Hoffnung zu haben, dass sie weiterreisen.</p>	<p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>

2	Schneider, Wieland: „Erdogan als Grenzwächter Europas - eine riskante Strategie der EU“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Die EU-Staaten hoffen, dass die Türkei Flüchtlinge aufhält.“</p> <p>„Die türkische Regierung schlug immer wieder Alarm, angesichts der stetig steigenden Zahl syrischer Flüchtlinge, die sich auf ihr Gebiet retteten.“</p> <p>„Mittlerweile leben fast zwei Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei.“</p> <p>„Es ist für die Europäer höchst an der Zeit, endlich mehr zur Unterstützung der Millionen Flüchtlinge in der Türkei und anderen Nachbarstaaten Syriens beizutragen.“</p> <p>„Vielleicht hält die türkische Führung in Zukunft Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak davon ab, weiter in die EU zu reisen.“</p> <p>„Denn dann [im Falle einer Eskalation des Konfliktes zwischen der Türkei und den kurdischen PKK-Truppen, Anm.] würden erneut unzählige Flüchtlinge versuchen, in die EU zu gelangen - und möglicherweise mehr als jetzt.“</p>	<p>EU-Staaten hoffen, dass die Türkei Flüchtlinge aufhält.</p> <p>Die Türkei warnte vor der steigenden Zahl der syrischen „Flüchtlinge“ auf ihrem Staatsgebiet.</p> <p>Es leben 2 Mio. syrische Flüchtlinge in der Türkei.</p> <p>Die Europäer müssen mehr zur Unterstützung der Flüchtlinge in der Türkei und anderen Nachbarstaaten Syriens beitragen.</p> <p>Die türkische Regierung könnte „Flüchtlinge“ aus Syrien und dem Irak davon abhalten, in die EU zu gelangen.</p> <p>Ein Konflikt zwischen Türkei und PKK würde einen Anstieg der Anzahl der „Flüchtlinge“ bedeuten.</p>	<p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K2.4.: militärischer Grenzschutz</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
---	--	---	---------------------	---	--	--

2	Ultsch, Christian: „Das skandalöse Versagen des UN-Sicherheitsrats in Syrien“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Auch wenn es nicht zum Schlimmsten, einer direkten Konfrontation der Supermächte, kommt, sind die Auswirkungen für das ausgeblutete Syrien dramatisch: Der Krieg wird prolongiert, noch mehr Menschen sterben, noch mehr Menschen müssen fliehen. Und Europa? Es schaut der Tragödie regungslos zu, wartet, bis noch mehr Flüchtlinge aus Syrien kommen.“</p> <p>„Ein weiteres Lockangebot [Russlands an die EU, Anm.] könnte mittelfristig im Versprechen bestehen, Syrien zu stabilisieren und Europa so bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu helfen. Vorderhand freilich verschärft Putin mit seiner Intervention die Flüchtlingskrise.“</p>	<p>Die Auswirkungen des Eingreifens von Supermächten sind eine Verlängerung des Krieges und eine Erhöhung der Zahl der „Flüchtlinge“. Europa sieht den Geschehnissen tatenlos zu und wartet bis noch mehr „Flüchtlinge“ aus Syrien kommen.</p> <p>Russland könnte der EU versprechen Syrien zu stabilisieren und somit bei der Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ helfen, zunächst verstärkt Russland aber mit der Intervention die „Flüchtlingskrise“.</p>	<p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
---	--	---	---------------------	--	---	---

2	Böhm, Wolfgang: „Flüchtlinge, Lügen und Europas Realitäten“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Europa hat Verantwortung in dieser Fluchtwelle.“</p> <p>„Während die EU-Kommission bei all ihrer inneren Zerrissenheit zumindest Pläne zur Organisation und Eindämmung der Flüchtlingswelle entwickelt, hemmen sich die 28 Regierungen durch nationale Interessen seit Wochen gegenseitig.“</p> <p>„Es ist ein Trugbild, wenn Flüchtlinge ständig nur durchgewinkt werden.“ [...] Die Wahrheit ist: Es wird die europäischen Staaten sehr, sehr viel Geld kosten, diese Flüchtlingswelle abzarbeiten.“</p> <p>„Die EU-Regierungen haben die Aufstockung der Mittel für die Versorgung in den Flüchtlingslagern in Syriens Nachbarländern ebenso wie einen Treuhandfonds für Afrika zwar angekündigt, dann das Geld aber nicht eingezahlt. Apropos Verlogenheit: Im österreichischen Haushalt für 2016 finden sich keine wesentlichen Mehrausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise oder zur Hilfe in den Herkunftsländern.“</p> <p>„Aber auch ein weiterer Widerspruch muss angesprochen werden: Manche Parteien und regionalen Politiker suggerieren, diese Flüchtlingswelle könne durch konsequenten Grenzschutz völlig eingedämmt werden. Das ist nur zu einem kleinen Teil richtig. Natürlich braucht es an den EU-Außengrenzen eine Auswahl, wer Flüchtling oder Wirtschaftsmigrant ist.“</p> <p>„Wer aber fordert, die Grenzen für Flüchtlinge völlig zu schließen, muss sich auch der Konsequenzen bewusst sein. Zur Illustration: Am Dienstagabend kamen 4000 Flüchtlinge über die Grenze in Spielfeld nach Österreich.“</p> <p>„Europa müsste für einen solchen Grenzschutz [Zurückweisung von tausenden von Menschen, Anm.] das Völkerrecht (die Flüchtlingskonvention) und gleichzeitig seine eigenen Grundwerte brechen.“</p>	<p>Die EU hat Verantwortung in dieser „Fluchtwelle“.</p> <p>Die EU-Kommission entwickelt Pläne zur Organisation und Eindämmung der „Flüchtlingswelle“, die EU-Regierungen hemmen sich durch nationale Interessen.</p> <p>Das „Durchwinken von Flüchtlingen“ ist ein Trugbild, in Wahrheit wird es die EU-Staaten viel Geld kosten, die „Flüchtlingswelle abzarbeiten“.</p> <p>Die EU-Regierungen wollen Mittel für die Versorgung in den „Flüchtlingslagern in Syriens Nachbarstaaten“ und Treuhandfonds für Afrika beschließen. Im österreichischen Haushalt für 2016 finden sich keine Pläne für Mehrausgaben zur Bewältigung der „Flüchtlingskrise“ oder zur Unterstützung der Herkunftsstaaten.</p> <p>Ein weiterer Widerspruch: Manche Parteien/PolitikerInnen geben an, dass die „Flüchtlingskrise“ durch Grenzschutz eingedämmt werden kann, dies ist nur zu einem kleinen Teil richtig, es braucht an den Außengrenzen eine „Auswahl, wer Flüchtling oder Wirtschaftsmigrant ist.“</p> <p>Wer die Grenzen für „Flüchtlinge“ völlig schließen will muss sich der Konsequenzen bewusst sein, in Spielfeld kamen 4000 „Flüchtlinge“ nach Österreich.</p> <p>Um tausende Menschen an der Grenze zurückweisen zu können, müsste die Flüchtlingskonvention und die Grundwerte gebrochen werden.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K8.2.: Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen</p>
---	---	---	---------------------	---	---	---

2	Raabe, Julia: „Wir schaffen das“ oder das Prinzip Hoffnung der Angela Merkel“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Die deutsche Kanzlerin überfordert mit ihrer Flüchtlingspolitik ihre Partei, ihr Land und die EU.“</p> <p>In der Flüchtlingskrise haben nicht nur deutsche Politiker, sondern auch die deutschen Medien einen neuen Schuldigen gefunden: Österreich. Unter dem Titel "So trickst uns Österreich aus" schilderte das Boulevardblatt "Bild" anhand angeblicher Fallbeispiele, wie Flüchtlinge in Grenznähe mit falschen Versprechungen und miesen Tricks auf die deutsche Seite gelotst werden. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" nannte es eine "Beleidigung für Deutschland", dass Österreich Flüchtlinge zu Hunderten an die Grenze kartt.</p> <p>„Natürlich machen es sich die österreichischen Behörden, wie die aller anderen Länder entlang der Balkan-Route, einfach und schieben die Masse der Flüchtlinge möglichst schnell weiter und damit die Verantwortung an Deutschland ab.“</p> <p>„Mit ihrem "Wir schaffen das" - jenen Satz, der den Flüchtlingsstrom bis heute beflügelt - hat die deutsche Regierungschefin ihre Partei, ihr Land, ja, die gesamte EU ungefragt überfordert.“</p> <p>„Schlimmer noch als die parteiinternen Querelen ist, dass Merkel den wachsenden Teil der eigenen Bevölkerung missachtet, bei dem der als unkontrolliert empfundene Zustrom der Flüchtlinge eine große Verunsicherung ausgelöst hat.“</p> <p>„Zwei Monate nach der (als kurzfristige Maßnahme gedachten) Entscheidung, das Dublin-Verfahren für Flüchtlinge aus Syrien auszusetzen und sie nach Deutschland weiterreisen zu lassen, haben viele Deutsche das Vertrauen verloren, dass die Krise vernünftig bewältigt werden kann. Grenzkontrollen, Transitzone und festgelegte Aufnahmeplätze für Flüchtlinge sind - wenn sie umgesetzt werden - allenfalls kurzfristige Maßnahmen, um mit dem Flüchtlingsstrom umzugehen.“</p> <p>„Stattdessen [statt gemeinsamer EU weiter Lösungen und Verhinderung von Fluchtgründen in Staaten wie etwa Syrien, Anm.] verlässt man sich derzeit auf externe Maßnahmen: unsichere, allenfalls langfristig erfolgsversprechende Syrien-Gespräche sowie die Türkei, die den Flüchtlingsstrom beliebig beeinflussen kann.“</p>	<p>Merkel überfordert mit ihrer „Flüchtlingspolitik“ ihre Partei, ihr Land und die EU.</p> <p>Deutsche PolitikerInnen/Medien haben einen neuen Schuldigen gefunden: Österreich. Laut BILD-Zeitung wurden „Flüchtlinge „mit falschen Versprechungen und miesen Tricks nach Deutschland gelotst, die FAZ nannte Österreichs Vorgehen eine „Beleidigung für Deutschland.“</p> <p>Die österreichischen Behörden machen es sich einfach und schieben „Flüchtlinge“ und die Verantwortung für diese nach Deutschland ab.</p> <p>Der Satz „Wir schaffen das“ beflügelte den „Flüchtlingsstrom“, ungefragt überforderte Merkel Partei und EU.</p> <p>Merkel missachtet einen großen Teil der deutschen Bevölkerung, der von dem „unkontrollierten Zustrom der Flüchtlinge“ verunsichert ist.</p> <p>Nach der Aussetzung der Dublin-VO für syrische „Flüchtlinge“ haben viele Deutsche das Vertrauen verloren, dass die Krise bewältigt werden kann. Grenzkontrollen, Transitzone u.a. Maßnahmen sind nur kurzfristig effektive Maßnahmen, um mit dem „Flüchtlingsstrom“ umzugehen.</p> <p>Statt EU-weiter Lösungen und der Verhinderung von Fluchtgründen werden „externe Maßnahmen“ beschlossen: Syrien-Gespräche mit der Türkei, die den „Flüchtlingsstrom“ beliebig steuern kann.</p>	<p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K10.1.: Medienkritik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K8.1.: Fluchtgründe</p>
---	---	---	---------------------	---	--	---

2	Nowak, Rainer: „Nein, wir reden einfach nicht über Frau Mikl-Leitner und Herrn Klug“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Flüchtlinge werden nicht nach Österreich zurückgeschickt, wie es einige in der CSU verlangt haben.“</p> <p>„Anlagen zur Registrierung von Flüchtlingen in Griechenland, betrieben und bezahlt von der EU, der Einsatz der Marine mehrerer europäischer Länder vor den griechischen Inseln mit dem Auftrag, Menschen zu retten, wo es notwendig ist, aber auch Schlepper abzuschrecken, die Wiedereinführung der Möglichkeit, Asylanträge in Ländern wie dem Libanon oder der Türkei zu stellen, der militärische Einsatz von europäischen Ländern in Syrien, um dort sichere Zonen zu schaffen, sofortige echte finanzielle Unterstützung der Flüchtlingslager in der Türkei und vor allem im Libanon.“</p>	<p>Trotz CSU-Forderung, werden Flüchtlinge nicht nach Österreich zurückgeschickt.</p> <p>Notwendig sind „Anlagen zur Registrierung von Flüchtlingen“ in Griechenland, der Einsatz der Marine im Mittelmeer mit dem Auftrag Menschen zu retten, die Abschreckung von Schleppern und die Wiedereinführung der Möglichkeit Asylanträge in Ländern wie dem Libanon und der Türkei zu stellen, der militärische Einsatz von EU-Staaten in Syrien, zur Schaffung sicherer Zonen, finanzielle Unterstützung der „Flüchtlingslager“ in der Türkei und im Libanon.</p>	<p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeermissionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p>
2	Urschitz, Josef: „Die Ökonomen und ihre rosa Brillen“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.15	3	Keine Nennung	<p>„Bisher hat es so ausgesehen, als wäre nur die Regierung angesichts der Flüchtlingskrise von einer seltsamen Wahrnehmungsstörung befallen.“</p> <p>„Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat diese Woche gemeint, der wirtschaftliche Effekt der Flüchtlingswelle wäre im günstigsten Fall schon nach vier Jahren positiv, nach sechs Jahren würden die Neubürger vielleicht schon mehr bringen, als sie kosten. Und der (freilich deutlich kritischere) Linzer Uni-Professor Friedrich Schneider meint, die Flüchtlinge würden ihre Kosten "um das Zweifache bis Dreifache" hereinspielen.“</p>	<p>Die Wahrnehmung der Regierung ist seit Beginn der „Flüchtlingskrise“ gestört.</p> <p>Das DIW geht von einem positiven ökonomischen Effekt der „Flüchtlingswelle“ nach 4-6 Jahren aus. Ein anderer Forscher meint, die „Flüchtlinge“ würde ihre Kosten um das 2-3-fache wieder zurückbringen.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.5.: positive ökonomische Effekte durch die Ankunft von Geflüchteten</p>
2	Bischof, Burkhard: „Gedankenlese Blick in politische Zeitschriften“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.22	2	Syrien, Naher Osten	<p>„Ein Ringen [gemeint ist der Bürgerkrieg in Syrien, Anm.], das seit 2011 mindestens 320.000 Menschenleben gefordert, mehr als elf Millionen (von einst 22 Millionen) zu Flüchtlingen im In- und Ausland gemacht und das ganze Land in eine Trümmerlandschaft verwandelt hat.“</p>	<p>Der Bürgerkrieg in Syrien forderte seit 2011 320.000 Tote und 11 Mio. „Flüchtlinge“. Er zerstörte das ganze Land Syrien.</p>	<p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>

2	Walterskirchen, Gundula: „Quergeschrieben“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.23	1	Keine Nennung	<p>„Sein [Werner Faymanns, SPÖ Anm.] Parteikollege, Verteidigungsminister Gerald Klug, treibt die Doppelmoral noch weiter: Empört lehnt er die Errichtung von Zäunen, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen und zu regulieren, ab. Zugleich hat er - entgegen seiner Ankündigung im Sommer - noch keine einzige Kaserne für die Unterbringung von Flüchtlingen geöffnet. Klug kann seine Kollegin Johanna Mikl-Leitner nicht leiden, deshalb schaut er seit Monaten ungerührt zu, wie Flüchtlinge in Tiefgaragen, Zelten oder gar im Freien schlafen müssen.“</p> <p>„Es ist ein fataler Eindruck, den die Flüchtlingskrise bisher beim Bürger hinterlassen hat: dass nämlich die politische Elite des Landes bis auf wenige Ausnahmen nicht in der Lage ist, eine Krise zu managen.“</p>	<p>Gerald Klugs Handeln ist von einer Doppelmoral gekennzeichnet: Er lehnt die Errichtung von Zäunen ab, die den „Flüchtlingsstrom“ eindämmen würden, zugleich hat er noch keine seiner Kasernen als Unterkünfte für „Flüchtlinge“ bereitgestellt. Klug kann Mikl-Leitner nicht leiden, deshalb nimmt er bewusst in Kauf, dass Flüchtlinge keine ordentliche Unterkunft erhalten, um der Innenministerin zu schaden.</p> <p>Der Bürger erhält beim Thema „Flüchtlingskrise“ den Eindruck, dass die PolitikerInnen bis auf wenige Ausnahmen nicht in der Lage sind eine Krise zu managen.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	---	---	---------------	---	--	--

2	Pink, Oliver: „Paris ändert alles - am besten die eigenen Gewissheiten“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Die "Refugees Welcome"-Gemeinde auf der einen Seite: Die Flüchtlinge würden genau vor jenem IS fliehen, der nun diese Terrorakte verübt habe.“</p> <p>„Denn mit den Flüchtlingen würden auch die Terroristen kommen [meinen die Gegner einer Willkommenskultur, Anm.]“</p> <p>„Dennoch wird man gut beraten sein, die Flüchtlinge, die bei uns bleiben wollen, nicht an den Rand der Gesellschaft zu drängen und in Ghettos sich selbst - und den Verführungen des radikalen Islamismus - zu überlassen.“</p> <p>„Zum anderen werden unter den Abertausenden Flüchtlingen, die zu uns kommen, auch nicht Terroristen in großer Zahl sein.“</p> <p>„Weil der Flüchtlingstreck eben die Möglichkeit bietet, anonym in die EU einzureisen [wird es vorkommen, dass sich Terroristen unter die Geflüchteten mischen, Anm].“</p> <p>„Einer der Attentäter von Paris war als Flüchtling in Griechenland registriert worden.“</p>	<p>Die "Refugees Welcome"-Gemeinde ist der Meinung, dass Menschen vor dem IS fliehen, der die Terroranschläge in Paris geplant hat.</p> <p>Die Gegner einer „Willkommenskultur“ glauben, dass mit den „Flüchtlingen“ auch Terroristen kommen.</p> <p>„Flüchtlinge“, die in Österreich bleiben wollen, sollten nicht an den gesellschaftlichen Rand und in Ghettos gedrängt werden, da sie sonst den „Verführungen“ des Islamismus überlassen werden.</p> <p>Viele Terroristen werden nicht mit den „Flüchtlingen“ kommen.</p> <p>Der „Flüchtlingstreck“ bietet die Möglichkeit anonym in die EU einzureisen.</p> <p>Einer der Attentäter von Paris wurde als Flüchtling in Griechenland registriert.</p>	<p>K8.1.: Fluchtgründe</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“</p>
2	Josef, Urschitz: „Das AMS und die Kompetenz zur Diskriminierung“, In: Die Presse vom 03.12.2015, S.17	3	Keine Nennung	<p>„Ganz ehrlich: Die Integration von zehntausenden Flüchtlingen und Migranten in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft wird riesiger Anstrengungen bedürfen.“</p>	<p>Die Integration von zehntausenden „Flüchtlingen“ und Migranten in den Arbeitsmarkt bzw. in die Gesellschaft benötigt riesige Anstrengungen.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>

2	Rohrer, Anneliese: „Das Ende der Nutznix-Gesellschaft Druck von unten nicht sinnlos“, In: Die Presse vom 19.12.2015, S.43	1	Keine Nennung	<p>„Die Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge zeigte, welche Kraft individuell und kollektiv in Österreich steckt.“</p> <p>„Unerheblich, wie oft die Flüchtlingshelfer des Sommers 2015 in nächster Zeit noch als naive Träumer bezeichnet werden.“</p> <p>„Zum ersten Mal seit Langem hat die Zivilgesellschaft in der Flüchtlingskrise Kräfte mobilisiert, von denen sie wahrscheinlich gar nicht mehr wusste, dass sie vorhanden sind.“</p> <p>„Das ist über den ganz praktischen humanitären Wert der Anstrengungen Einzelner und der Kooperation mehrerer Hilfsgruppen eine wichtige und nachhaltige Lehre aus der Flüchtlingskrise: Es lohnt sich doch.“</p>	<p>Die individuelle und kollektive Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen zeigte sich bei Flüchtlingen.</p> <p>„Flüchtlingshelfer“ des Sommers 2015 werden als „naive Träumer“ bezeichnet.</p> <p>Die Zivilgesellschaft hat in der „Flüchtlingskrise“ Kräfte mobilisiert, von denen sie nicht wusste, dass sie noch vorhanden sind.</p> <p>Die Anstrengungen Einzelner und die Kooperation mehrerer Hilfsgruppen wurden im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ deutlich.</p>	<p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p>
2	Walterskirchen, Gundula: „Die frohe Botschaft, die schamhaft verschwiegen wird“, In: Die Presse vom 21.12.2015, S.23	4	Syrien/Irak, Naher Osten	<p>„Schweden ist jenes Land in Europa, das die meisten Flüchtlinge aufnimmt, mehrheitlich sind sie Moslems [was laut Autorin zu Konflikten mit der christlichen Kirche führt, Anm.]“</p> <p>„Die Caritas etwa ist eine Organisation der katholischen Kirche und hat Unglaubliches bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise geleistet, und tut dies immer noch.“</p> <p>„Wäre es nicht ein wichtiges Signal, gerade zu Weihnachten, gerade angesichts der zu uns flüchtenden verfolgten Christen aus Syrien und dem Irak, wieder klar den besonderen Auftrag und die besondere Botschaft des Christentums herauszustellen?“</p>	<p>Schweden nimmt in Europa die meisten „Flüchtlinge“ auf, mehrheitlich sind es Moslems, was zu Konflikten mit Christen führt.</p> <p>Die Caritas, eine Organisation der katholischen Kirche leistete viel bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.</p> <p>Es wäre ein wichtiges Signal zu Weihnachten und angesichts der Verfolgung von Christen in Syrien und dem Irak, die besondere Botschaft des Christentums zu betonen.</p>	<p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K1.5.: biblische/christliche Metaphern</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>

2	Schneider, Wieland: „Das Monster IS ist nicht unverwundbar“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.2	2	Syrien, Naher Osten/Afghanistan, Asien/Libyen, Afrika	<p>„Zugleich kündigte der IS aber offen an, er werde versteckt unter den hunderttausenden Flüchtlingen Kämpfer nach Europa einschleusen.“</p> <p>„Und eine weitere Destabilisierung vieler dieser Länder [Libyen, Afghanistan, Anm.] hätte indirekte Auswirkungen auf Europa - etwa in Form weiter steigender Flüchtlingszahlen.“</p>	<p>Der IS kündigte an Terroristen unter den „Flüchtlingen“ nach Europa einschleusen zu wollen.</p> <p>Eine Destabilisierung der Länder Libyen und Afghanistan hätte einen Anstieg der Anzahl der „Flüchtlinge“ zur Folge.</p>	<p>K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und Terroristen“</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>
2	Rohrer, Anneliese: „Asylpolitik ist kein Fall für den Präsidenten, Grundrechte schon“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.29	1	Keine Nennung	<p>„Themenverfehlung bei der Hofburgwahl: Konkret können die Kandidaten in der Flüchtlingskrise gar nichts tun.“</p> <p>„Als "Wahlschlager" [innerhalb des Bundespräsidentenschaftswahlkampfes, Anm.] werden bereits die Flüchtlingskrise und Asylpolitik erwartet und von der ÖVP auch unüberhörbar intoniert. Bevor die Wahlkampfhysterie ausbricht, ist vielleicht der Hinweis opportun, dass von den rund 40 Kompetenzbereichen des Bundespräsidenten keiner die Asylpolitik betrifft.“</p> <p>„Gut, Spitzfindigkeiten hin oder her - realpolitisch gesehen wird die Flüchtlings- und Asylsituation natürlich Thema Nummer eins sein.“</p>	<p>Der künftige Bundespräsident wird in der „Flüchtlingskrise“ nichts tun können.</p> <p>Dominante Themen innerhalb des Bundespräsidentenschaftswahlkampfes werden die „Flüchtlingskrise“ und Asylpolitik sein, die von der ÖVP angesprochen werden. Von den 40 Kompetenzbereichen des Bundespräsidenten betrifft keiner die Asylpolitik.</p> <p>Die „Flüchtlings- und Asylsituation“ wird Thema Nummer 1 sein.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>

2	<p>Böhm, Wolfgang: „Für Europas Flüchtlings politik kann man sich nur schämen“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.2</p>	2	<p>Syrien, Naher Osten</p>	<p>„Um klar zu sehen, muss sich erst einmal der emotionale Nebel [verursacht von Ereignissen wie der Silvesternacht in Köln und diverse andere Vorurteile und Stereotype ggü. „fremden“ Kulturen, Anm.] vor unseren Augen lichten. Und in der Flüchtlingskrise ist dieser Nebel dicht.“</p> <p>„Die EU-Flüchtlingspolitik ist bisher nicht an mangelnden Ideen in Brüssel gescheitert, auch wenn das gern in ebendiesen Hauptstädten suggeriert wird. Es gab Pläne der EU-Kommission im vergangenen Frühjahr, die Fluchtwege in geregelte Bahnen zu lenken: durch Hotspots an der Grenze, durch Hilfe in den Herkunftsregionen, durch gemeinsames Vorgehen gegen Schlepper und eine gerechte Aufteilung auf alle Mitgliedstaaten. Im Herbst und Winter gab es neuerlich konkrete Konzepte für die Aufteilung von 160.000 Flüchtlingen, für Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsregionen, für einen gemeinsamen Grenzschutz.“</p> <p>„Statt Menschen auf der Flucht zu helfen, statt ihnen mit ausreichenden finanziellen Mitteln eine Zukunft in der nahen Nachbarschaft zu ermöglichen, statt offizielle Anlaufstellen in Nordafrika und Nahost zu errichten, damit diese Menschen nicht mehr zu Hunderten im Mittelmeer ertrinken, wird seit Monaten nur noch über nationale Obergrenzen und nationale Grenzkontrollen debattiert und das gemeinsame Aufbringen von Geldern blockiert.“</p> <p>„Heute verweigert Ankara Kriegsflüchtlingen die Einreise, schießen türkische Grenzbeamte auf illegal ankommende Syrer, und Europa dreht sich weg. Wie wäre es mit ein paar einfachen, klaren Linien in dieser Flüchtlingspolitik?“</p>	<p>Um die „Flüchtlingskrise“ rational betrachten zu können muss sich der „emotionale Nebel“ (Vorurteile und Stereotype gegen „fremde Kulturen“) lichten.</p> <p>Die EU-„Flüchtlingspolitik“ scheiterte nicht an den mangelnden Vorschlägen aus Brüssel, auch wenn das nationale Regierungen behaupteten. Es gab den Vorschlag die „Fluchtwege“ durch Hot-Spots an der Grenze, durch Hilfe in den Herkunftsregionen, durch Vorgehen gegen Schlepper und eine Aufteilung auf alle Mitgliedstaaten einzudämmen.</p> <p>Statt Menschen zu helfen, die flüchten mussten, statt finanzielle Hilfsmittel bereitzustellen, statt Anlaufstellen in Afrika und dem Nahen Osten zu errichten, um Tote auf dem Mittelmeer zu verhindern wird nur über Obergrenzen und nationale Grenzkontrollen debattiert.</p> <p>Die Türkei verweigert „Kriegsflüchtlingen“ die Einreise, türkische Grenzbeamte schießen auf ankommende Syrer und die EU schaut weg. Es benötigt einfache und klare Linien der „Flüchtlingspolitik“.</p>	<p>K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p>
---	--	---	----------------------------	--	--	---

2	Pink, Oliver: „Es sind zu viele“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.1	1	Keine Nennung	<p>„Freilich: Wien hat überproportional viele Arbeitslose und Asylwerber bzw. Zuwanderer. Und dennoch: Es sind zu viele. Mindestsicherungsbezieher. Und da ist es egal, ob das Inländer oder Ausländer sind.“</p> <p>„Das [Pläne zur Deckelung der Mindestsicherung bei Mehrpersonenhaushalten/Sachstellen/Sachleistungen, Anm.] soll keine Lex Flüchtling werden. Gleiches Recht für alle. Allerdings ist es ein legitimes Druckmittel, im Fall von Integrationsverweigerung die Mindestsicherung auch kürzen zu können.“</p>	<p>In Wien gibt es viele Arbeitslose und AsylwerberInnen/Zuwanderer, das Problem sind dabei die vielen BezieherInnen der Mindestsicherung.</p> <p>Pläne zur Kürzung/Einschränkung der Mindestsicherung sollen nicht in einer „Lex Flüchtling“ enden, es könnte aber ein legitimes Druckmittel darstellen, um die Mindestsicherung im Falle einer Integrationsverweigerung auch kürzen zu können.</p>	<p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
2	Schneider, Wieland: „Es wird in Syrien noch schlimmer werden als bisher“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.2	2	Syrien/Irak, Naher Osten/Afghanistan, Asien	<p>„Just als [Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ, Anm.] er beim EU Gipfel in Brüssel weilte, um unter anderem über Lösungen in der Flüchtlingsfrage zu verhandeln, wurde ein Schreiben der EU-Kommission an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner publik. Darin heißt es, das Vorhaben der österreichischen Regierung, eine Obergrenze für die Zahl von Asylwerbern einzuziehen, verstoße gegen internationales und europäisches Recht.“</p> <p>„Obergrenzen respektive Richtwerte, Grenzzäune, eine Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten oder die bange Hoffnung, die Türkei könnte die Weiterreise der Flüchtlinge verhindern: Es gibt zahlreiche Ansätze, wie das Problem gelöst werden soll.“</p> <p>„Darin [dass es einen Friedensschluss in Syrien braucht, Anm.] sind sich auch alle EU-Staaten einig - ganz gleich, welche Positionen sie sonst in der Flüchtlingsfrage einnehmen.“</p> <p>„Während nun in Brüssel eifrig darüber diskutiert wird, wie die Türkei syrische Flüchtlinge an der Weiterreise hindern kann, braut sich im Kampfgebiet im Osten der Türkei eine neue Flüchtlingskatastrophe zusammen.“</p>	<p>Während Faymann beim EU-Gipfel in Brüssel war, um über Lösungen in der „Flüchtlingskrise“ zu verhandeln, wurde ein Schreiben an Mikl-Leitner publik. Darin heißt es, dass eine geplante Obergrenze für die Zahl von AsylwerberInnen gegen internationales und europäisches Recht verstoßen würde.</p> <p>Es existieren zahlreiche Ansätze zur Lösung des Problems: Obergrenzen, Grenzzäune, Quotenverteilung der „Flüchtlinge“ und die Hoffnung die Türkei könnte die Weiterreise der „Flüchtlinge“ verhindern.</p> <p>Alle EU-Staaten sind sich einig, dass ein Frieden in Syrien geschlossen werden muss, egal welche Positionen in der „Flüchtlingsfrage“ sonst vertreten werden.</p> <p>In Brüssel wird diskutiert, wie die Türkei syrische Flüchtlinge an der Weiterreise hindern kann, Im Osten der Türkei braut sich eine neue „Flüchtlingskatastrophe“ zusammen.</p>	<p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K8.2.: Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen</p> <p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p>

2	Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21	3	Keine Nennung	<p>„Im Windschatten der Flüchtlingskrise ist ein riesiger Schwarzmarkt für Arbeitsmigration entstanden, der Schleppern Milliarden bringt und Staaten Milliarden kostet. Das gehört abgestellt.“</p> <p>„Im vorigen Herbst war der größere Teil der deutschen Ökonomen in Sachen Flüchtlingswelle und Migration noch reichlich euphorisch: Deutschland bekomme die dringend benötigte demografische Auffrischung, die Flüchtlinge würden die Konjunktur zusätzlich um ein paar Zehntelprozentpunkte antreiben, nach einer kurzen Periode erhöhter Integrationskosten würde unter dem Strich ein Plus stehen.“</p> <p>„Die Mehrheit (53 Prozent) glaubt, dass die Integration niedrig qualifizierter Asylwerber in den Arbeitsmarkt nur mit einer Absenkung des Mindestlohns halbwegs funktionieren könne, bei der Frage nach der Finanzierung der Flüchtlingskosten liegen die Antworten Neuverschuldung und Steuererhöhungen vorn.“</p> <p>„Mit der Flüchtlingswelle kommt eine Reihe von präsumtiven Arbeitsmigranten ins Land.“</p> <p>„Durch die Zunahme der Kriegsflüchtlinge dürfte der Anteil der positiven Bescheide steigen, aber man kann davon ausgehen, dass rund 70 Prozent der Fluchtbewegung im Kern auf versuchte Arbeitsmigration entfällt.“</p> <p>Und dann muss es natürlich eine saubere Trennung von Asyl und legaler Arbeitszuwanderung geben. Denn selbstverständlich muss die Asyltür für tatsächlich Verfolgte (offenbar, wenn man die Asylzuerkennung als Basis nimmt, maximal ein Drittel der Zuwanderung) offen bleiben. Aber als echter Schutz mit Rückkehroption bei Wegfall der Fluchtgründe. Und mit einem vereinheitlichten Asylverfahren ohne Option auf ein Wunschland.</p>	<p>Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ ist ein Schwarzmarkt für Arbeitsmigration entstanden, der Schleppern Mio. bringt und Staaten Mrd. kostet. Dieser gehört abgeschafft.</p> <p>Vor einiger Zeit waren die meisten deutschen Ökonomen der Meinung, dass die „Flüchtlingswelle“ positive ökonomische Auswirkungen hätte. Gründe dafür seien eine demographische Auffrischung, die Ankurbelung der Konjunktur durch die „Flüchtlinge“. Nach einer kurzen Zeit erhöhter Kosten für Integration würde sich die Aufnahme bald rentieren.</p> <p>Die Integration von AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt, kann nur mit einer Absenkung des Mindestlohnes funktionieren, die „Flüchtlingskosten“ müssen durch Neuverschuldung und Steuererhöhungen finanziert werden.</p> <p>Mit der „Flüchtlingswelle“ kommen viele künftige Arbeitsmigranten ins Land.</p> <p>Der Anteil der positiven Bescheide steigt durch den höheren Anteil der „Kriegsflüchtlinge“. Rund 70% der Fluchtbewegung besteht aus Arbeitsmigranten.</p> <p>„Eine Trennung von Asyl und Arbeitszuwanderung ist notwendig.“ Verfolgte müssen weiterhin die Möglichkeit bekommen, um Asyl anzusuchen (auch wenn nur ein Drittel der Fluchtbewegung aus „Kriegsflüchtlingen“ besteht), allerdings mit Rückkehroption bei einem Wegfall der Fluchtgründe, einem vereinheitlichten Asylverfahren und ohne Option auf ein Wunschland.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K7.3.: Schlepperwesen</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.5.: positive ökonomische Effekte durch die Ankunft von Geflüchteten</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. geflüchteten Menschen</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	---	---

2	Pink, Oliver: „Auf einmal Metternichs Erben“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4	2	Keine Nennung	<p>„Die politische Ehe der Bundeskanzlerin mit dem österreichischen Bundeskanzler jedenfalls ist an der Flüchtlingsfrage gescheitert.“</p> <p>„Diese Frage [„Ist Österreich das bessere Deutschland?, Anm.] mit Ja beantworten dürften nun auch viele Deutsche in Bezug auf die Flüchtlingskrise.“</p> <p>„Am Dienstag dieser Woche besuchte er [Sebastian Kurz, ÖVP Anm.] eine Wahlkampfveranstaltung der CDU-Chefin von Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, die in der Flüchtlingsfrage eine andere Linie als Angela Merkel vertritt.“</p> <p>„Und Sebastian Kurz und Johanna Mikl-Leitner, die Gesichter dieser Korrektur der österreichischen Flüchtlingspolitik [gemeint ist die Hinwendung Österreichs zu den Visegrad-Staaten, Anm.] nach außen, sind sich durchaus bewusst, dass sie sich hier auf dünnem Eis bewegen.“</p> <p>„Auch Medien anderer europäischer Länder - von Großbritannien bis Spanien - berichten derzeit ausführlich über die austro-hellenische Verstimmung und die Kehrtwende in der hiesigen Flüchtlingspolitik generell.“</p> <p>„Immerhin nehme das Land [Österreich, Anm.] 2016 noch 37.500 Flüchtlinge auf.“</p> <p>„Der geschlossene Auftritt der österreichischen Koalitionsregierung inklusive Bundeskanzler und Vizekanzler in der Flüchtlingsfrage ist jedenfalls ein ungewohntes Bild.“</p>	<p>Zwischen Merkel und Faymann kommt es in der „Flüchtlingsfrage“ zu Konflikten.</p> <p>Viele Deutsche schätzen den österreichischen Weg in der „Flüchtlingskrise“.</p> <p>Sebastian Kurz besuchte eine Wahlkampfveranstaltung eines CDU-Parteimitgliedes, das in der „Flüchtlingsfrage“ eine andere Meinung als Merkel vertritt.</p> <p>Kurz und Mikl-Leitner stehen für die Hinwendung Österreichs zu der Position der Visegrad-Staaten in der „Flüchtlingspolitik“, sie bewegen sich auf dünnem Eis.</p> <p>Europäische Medien berichten derzeit über den Konflikt zwischen Österreich und Griechenland und die Kehrtwende der österr. „Flüchtlingspolitik“.</p> <p>Österreich nimmt 2016 noch 37.500 „Flüchtlinge“ auf.</p> <p>Die Einigkeit der großen Koalition in der „Flüchtlingsfrage“ ist ein ungewohntes Bild.</p>	<p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik</p>
2	Steiner, Josef: „Am Lagerfeuer des Menschlichen“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.28	4	Keine Nennung	<p>„Sei es, dass der Flüchtling an kalten Wintertagen auf der Wärmelüftung eines Einkaufszentrums sitzen darf und nicht verjagt wird; dass sich ein Dolmetscher diskret als helfender Anwalt erweist; dass eine engagierte Caritas-Helferin neben materiellen Gütern Zeit mitbringt zuzuhören: dass ein Leidensgenosse gute Tipps gibt für die Gespräche vor der untersuchenden und entscheidenden Asylbehörde.“</p>	<p>Manche Flüchtlinge dürfen sich in einem Einkaufszentrum aufwärmen, Dolmetscher erweisen sich als helfende Anwälte, Caritas-Mitarbeiter haben Zeit zuzuhören. Ein Leidensgenosse gibt Ratschläge für das Gespräch vor der Asylbehörde.</p>	<p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p>

2	Nowak, Rainer: „Der österreichische Drahtseilakt“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Klare harte Haltung, sachlicher diplomatischer Ton: So muss Österreichs Strategie in der Flüchtlingsfrage sein.“</p> <p>„Er [Sebastian Kurz, ÖVP, Anm.] erklärte Österreichs harte Position in der Flüchtlingsfrage durchaus stringent, aber ohne jenen aggressiven, emotionalen Ton anzuschlagen, den wir von Populisten, im deutschen Fernsehen zuletzt leider auch von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, kennen.“</p> <p>„Auch Kurz ließ sich zu der zynischen Bemerkung hinreißen, Flüchtlinge müssten sich mit einem Platz in einem griechischen Lager statt mit einer Wohnung in Berlin zufriedengeben.“</p> <p>„Die Fahrt oder den Marsch über die Balkanroute zu verunmöglichen, zeitgleich syrischen Flüchtlingen aus der Türkei den Transfer in die EU zu ermöglichen, wo sie auf alle (!) Mitgliedsländer aufgeteilt werden, muss das klare Ziel und Interesse aller sein, die das Problem entschärfen wollen. Übrigens: Sowohl Mazedonien als auch Österreich lassen weiterhin - wenn auch viel weniger - Flüchtlinge über die Grenze. Geschlossen ist nichts.“</p> <p>„Bis die berühmte-berühmte gemeinsame europäische Lösung zustande kommt, muss einzelnen Ländern wie Österreich, das verhältnismäßig mehr Flüchtlinge als Angela Merkels Deutschland aufgenommen hat, auch Maßnahmen wie Kontingente an bestimmten Grenzübergängen erlaubt sein.“</p> <p>„Jetzt geht es darum, die Hotspots, die bisher nur auf dem Papier gestanden sind, schnell und mit finanzieller Dotierung der EU zu errichten und organisieren, in denen Flüchtlinge human behandelt werden.“</p>	<p>Österreich sollte in der „Flüchtlingsfrage“ eine klare harte Haltung vertreten und sachlichen Ton bewahren.</p> <p>Kurz erklärte Österreichs harte Position in der „Flüchtlingsfrage“ stringent, ohne aggressiven/emotionalen Ton, der von Populisten und Mikl-Leitner verwendet wird.</p> <p>Kurz machte die zynische Bemerkung, Flüchtlinge müssten in einem griechischen Lager statt einer Berliner Wohnung bleiben.</p> <p>Fluchtrouten schließen, syrischen Flüchtlingen die Weiterreise in die EU ermöglichen und sie auf alle EU-Staaten aufteilen muss das Ziel aller Personen sein, die das Problem lindern wollen. Sowohl Österreich als auch Mazedonien lassen weiterhin Flüchtlinge über die Grenze, die Grenzen sind nicht geschlossen.</p> <p>Bis es eine europäische Lösung gibt, muss Ländern wie Österreich, das verhältnismäßig mehr Flüchtlinge als Merkels Deutschland aufgenommen hat, erlaubt werden restriktive Maßnahmen zu ergreifen.</p> <p>Jetzt sollten die Hot-Spots schnell und mit ausreichend Finanzmitteln errichtet werden, in denen Flüchtlinge human behandelt werden.</p>	<p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
---	--	---	---------------	---	---	--

2	Urschitz, Josef: „Hiobsbotschaft von der Konjunkturfront“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.15	3	Keine Nennung	<p>„Vom Konsumschub, den Steuerreform und Flüchtlingswelle nach Ansicht der Wirtschaftsforscher auslösen sollten, ist jedenfalls nichts zu erwarten.“</p> <p>„Der viel beschworene Konjunkturschub durch die Ausgaben für Flüchtlinge ist auch keiner, weil der zusätzliche Druck auf dem Arbeitsmarkt die Löhne insgesamt bremst und damit für einen weiteren Konsumdämpfer sorgt.“</p>	<p>Der Konsumschub, den Steuerreform und Flüchtlingswelle auslösen sollten ist nicht eingetreten.</p> <p>Ein Konjunkturschub durch die Ausgaben für Flüchtlinge bleibt aus, weil der Druck auf dem Arbeitsmarkt Löhne bremst und damit für einen Konsumdämpfer sorgt.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>
2	Hamann, Sybille: „Jene, die sich ohnedies schwertun, kriegen noch mehr aufgeladen“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.27	1	Syrien, Naher Osten/Afghanistan, Asien	<p>„Das österreichische Schulsystem wird gerade einem derartigen Stresstest unterworfen. Dieser Stresstest heißt Flüchtlingskrise.“</p> <p>„In Wien, wo die meisten Flüchtlinge leben, stellt sich das folgendermaßen dar: Die eine Hälfte der Zehn- bis 14-Jährigen besucht AHS-Unterstufen und kriegt in ihrem Schulalltag kaum mit, dass überhaupt Flüchtlinge im Land sind.“ [...] Denn AHS-Unterstufen nehmen, bis auf wenige Ausnahmen, praktisch keine Flüchtlingskinder auf.“</p> <p>„Denn die Flüchtlingskinder landen allesamt bei ihr [gemeint sind städtische Mittelschulen, Anm.]“</p>	<p>Die Flüchtlingskrise ist ein Stresstest für das österr. Schulsystem.</p> <p>In Wien leben die meisten Flüchtlinge, in der AHS-Unterstufen bekommen junge Menschen gar nicht mit, dass überhaupt Flüchtlinge im Land sind. Denn AHS-Unterstufen nehmen praktisch keine Flüchtlingskinder auf.</p> <p>Flüchtlingskinder besuchen alle städtische Mittelschulen.</p>	<p>K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete</p> <p>K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete</p>
2	Urschitz, Josef: „Dr. Draghis Schmerztherapie kann die Operation nicht ersetzen“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.2	3	Keine Nennung	<p>„[Gründe für ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosenquote liegen, Anm.] an der überproportionalen Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen beispielsweise und an dem Faktum, dass die Erschwernisse für die Frühpension bei uns jetzt einen Teil der bisher versteckten Arbeitslosigkeit sichtbar machen.“</p>	<p>Die Arbeitslosenquote steigt, weil es zu einer überproportionalen Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen kam und an dem Faktum, dass die Erschwernisse für die Frühpension nun die versteckte Arbeitslosigkeit sichtbar machen.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>

2	Chorherr, Thomas: „Pack schlägt und verträgt sich?“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.22	4	Keine Nennung	<p>„Flüchtlinge menschlich unterbringen - Massenlager abschaffen" war seine [gemeint ist Traiskirchens Bürgermeister Andreas Babler, Anm.] Devise.“</p> <p>„Eine Ö1-Journalistin hat das treffend formuliert: "Medien und Hilfsorganisationen sind in der Berichterstattung aus Katastrophen-und Krisengebieten eine Symbiose eingegangen, die keiner der beiden Seiten guttut. Im Gegenteil." Sie war in Zaatari, dem größten Lager für syrische Flüchtlinge in Jordanien.“</p>	<p>Babler wollte Flüchtlinge menschlich unterbringen und Massenlager abschaffen.</p> <p>Laut einer Journalistin gehen Medien und Hilfsorganisationen in der Berichterstattung aus Krisengebieten eine Symbiose ein, die beiden Seiten schadet. Diese Journalistin war vor Ort im größten Lager für syrische Flüchtlinge in Jordanien.</p>	<p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K10.1.: Medienkritik</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
---	---	---	---------------	--	---	--

2	Walterskirchen, Gundula: „Lasst die Flüchtlinge ihre Häuser doch einfach selbst bauen!“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.23	4	Keine Nennung	<p>„Kürzung der Mindestsicherung, Residenzpflicht, Lockerung der Bauordnung, Jobs für Asylwerber - die Reizworte in der Flüchtlingsdiskussion der vergangenen Wochen zeigen, dass Österreich die Wege, wie es die 90.000 im vergangenen Jahr zu uns geströmten Menschen auf Dauer unterbringen, finanzieren und beschäftigen kann, noch nicht gefunden hat.“</p> <p>„Rein sachlich betrachtet ist die Lage sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Bürger paradox: Da sind Menschen, viele von ihnen immer noch notdürftig in Massenquartieren untergebracht, die den ganzen Tag nichts zu tun haben. Sie dürfen aber gar nichts tun, nicht arbeiten, nicht für sich sorgen, in etlichen Quartieren wird ihnen sogar das Essen fixfertig geliefert.“</p> <p>„Da [ohne Beschäftigung, Anm.] werde schon ein Mensch ohne traumatisierende Erlebnisse halb verrückt, meinte ein Psychologe, der in der Flüchtlingsbetreuung tätig ist.“</p> <p>„Die Flüchtlinge werden Monate nach ihrer Flucht betreut und behandelt wie kleine, hilflose Kinder.“</p> <p>„Es wird befürchtet, dass aufgrund der unterschiedlichen Sozialleistungen und persönlicher Netzwerke die meisten Flüchtlinge nach Wien strömen und sich dort Ghettos bilden werden.“</p> <p>„Wie sollen "Flüchtlingshäuser" in der Stadt funktionieren?“</p> <p>„Eine "Flüchtlingssiedlung" wäre an sich schon ein Ghetto, die Bewohner stigmatisiert.“</p>	<p>Österreich überlegt Maßnahmen zur Unterbringung/Finanzierung/Beschäftigung der 90.000 ins Land „geströmten“ Flüchtlinge: Kürzung der Mindestsicherung, Residenzpflicht, Lockerung der Bauordnung, Jobs für Asylwerber.</p> <p>Die Lage ist für Flüchtlinge und Bürger paradox: Menschen befinden sich unbeschäftigt in Massenquartieren, sie dürfen nicht arbeiten, nicht für sich sorgen, nicht einmal kochen.</p> <p>Ohne Beschäftigung werden Menschen verrückt, meinte ein Psychologe in der Flüchtlingsbetreuung.</p> <p>Flüchtlinge werden wie kleine Kinder behandelt.</p> <p>Aufgrund der Sozialleistungen und sozialer Netzwerke, werden die meisten Flüchtlinge nach Wien „strömen“ und dort in Ghettos wohnen.</p> <p>Wie sollen Flüchtlingshäuser in Wien funktionieren?</p> <p>Flüchtlingsunterkünfte auf dem Land sind besonders problematisch, allein die Siedlung wäre ein Ghetto, das Bewohner stigmatisiert.</p>	<p>K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Menschen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.3.: Sozialleistungen</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p> <p>K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen</p>
---	--	---	---------------	---	---	--

2	Urschitz, Josef: „Die Fortschreibung einer reichlich fantasielosen Politik“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.	3	Keine Nennung	<p>„Das [neuerliche Staatsverschuldung, Anm.] lässt sich jetzt mit unerwarteten Mehrausgaben beispielsweise für Flüchtlinge und Arbeitsmarkt durchaus argumentieren, aber man sieht im Finanzrahmen auch keinerlei Ambitionen, das Ausgabenproblem, das Finanzminister Schelling als offenbar Einziger in der Regierung sieht und auch benennt, durch Effizienzsteigerungen in den Griff zu bekommen.“</p> <p>„Die Mehrausgaben für die Flüchtlingswelle des vergangenen Herbstes (1,2 Mrd. Euro pro Jahr) sind beispielsweise nur bis 2017 berücksichtigt.“</p>	<p>Neuerliche Staatsverschuldung ist wegen der Mehrausgaben für Flüchtlinge notwendig, allerdings sieht man keinerlei Ambitionen der Regierung das Ausgabenproblem durch Effizienzsteigerung in den Griff zu bekommen.</p> <p>Die Kosten für die „Flüchtlingswelle“ betragen 1,2 Mrd.€ pro Jahr und sind nur bis 2017 berücksichtigt.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>
2	Nowak, Rainer: „Der ÖBB-Chef an der Spitze ist nur logisch“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.2	1	Keine Nennung	„Für den parteiinternen Spagat zwischen Hans Peter Doskozil und Sonja Wehsely in Fragen Flüchtlinge und FPÖ bedarf es aber [von Christian Kern, SPÖ, Anm.] sehr großer Gelenkigkeit.“	Um zwischen dem rechten und linken Parteiflügel der SPÖ in Fragen Flüchtlinge zu vermitteln bedarf es Gelenkigkeit der Parteiführung.	K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik
2	Winroither, Eva: „Alles wie immer“, In: Die Presse vom 21.05.2016, S.9	4	Keine Nennung	„Hinzu kommt ein Unsicherheitsgefühl, das die ganze Stadt gepackt hat, seit im Vorjahr viele Flüchtlinge kamen - und man nun bemerkt, dass unter Tausenden Menschen erstens auch schwarze auch schwarze sind und zweitens, dass sich das romantisch verklärte Bild vom Flüchtling, der sich schmutzstarrend über die Landesgrenze wirft und sein Leben lang jedem Österreicher dankbar ist, nicht lückenlos anwenden lässt.“	Wien hat ein Gefühl der Unsicherheit gepackt, seit Flüchtlinge kamen und man bemerkte, dass sich unter den Flüchtlingen auch schwarze Schafe befinden und sich das „romantisch-Verklärte“ Bild von Flüchtlingen nicht immer anwenden lässt.	<p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete</p> <p>K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft</p>

2	Weiser, Ulrike: „Großstadt-Malus“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.1	4	Keine Nennung	<p>„Starker Zuzug plus hohe Arbeitslosigkeit plus Flüchtlingskrise ergibt auch ohne höhere Mathematik und Franken-Kredite ein Finanzproblem. Immerhin kommen etwa 80 Prozent der anerkannten Flüchtlinge nach Wien. Was nicht heißt, dass die Stadt nicht selbst schuld an den Schulden wäre. Denn die Flüchtlinge haben das Rendezvous mit der Realität ja bloß vorverlegt.“</p> <p>„Allerdings kann man Wien (wie auch Linz oder Graz) in der Flüchtlingsfrage nicht abgekoppelt sehen.“</p>	<p>Starker Zuzug, hohe Arbeitslosigkeit, Flüchtlingskrise ergeben ein Finanzproblem für die Stadt Wien. 80% der anerkannten Flüchtlinge kommen nach Wien, die Stadt ist aber selbst Schuld an ihren Schulden. Die Flüchtlinge machen das Budgetproblem lediglich früher als gedacht sichtbar.</p> <p>Wien und andere österr. Städte können in der Flüchtlingsfrage nicht isoliert betrachtet werden.</p>	<p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten</p>
---	--	---	---------------	--	--	--

2	Ultsch, Christian: „Wo Sebastian Kurz recht hat, und wo er übers Ziel schießt“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat Europas Bürgern am Dienstag eine Horrorzahl auf den Frühstückstisch gelegt: Seit 2014 sind mehr als 10.000 Migranten im Mittelmeer ertrunken.“</p> <p>„Demnach [nach Plänen von Außenminister Sebastian Kurz, ÖVP, Anm.] sollen die Patrouillen die Bootsflüchtlinge abfangen und entweder zur sofortigen Rückkehr zwingen oder bis zu deren Abschiebung auf Inseln festsetzen.“</p> <p>„Und wer versucht, illegal in Europa einzureisen, dem will er [Sebastian Kurz, Anm.] das Asylrecht entziehen.“</p> <p>„Die australische Marine lässt gar keine Bootsflüchtlinge mehr an Land, sondern schleppt sie zurück oder bringt sie ans Ende der Welt: In Nauru oder Papua-Neuguinea sitzen immer noch Hunderte Menschen unter teils unwürdigen Bedingungen fest, ohne Chance, je einen Asylantrag in Australien stellen zu können.“</p> <p>„Andererseits ist laut der Regierung in Canberra seit 2014 kein Bootsflüchtling mehr vor der Küste ums Leben gekommen.“</p> <p>„Doch ihr moralisches Konto laden die Australier zumindest zum Teil wieder auf, indem sie jährlich rund zehntausend Flüchtlinge direkt aus Kriegsgebieten holen.“</p> <p>„In der "ZiB 2" erklärte er [Sebastian Kurz, Anm.] sich öffentlich bereit, pro Jahr 15.000 Menschen im Zuge von Neuansiedlungsprogrammen des UNHCR aus Flüchtlingslagern nach Österreich zu lotsen, deutlich mehr also als viele andere wohlhabende Staaten.“</p> <p>„Man mag der (einzigen) Zukunftshoffnung der ÖVP [Sebastian Kurz, Anm.] alle möglichen innenpolitischen Motive für seine Positionierung als Hardliner-Herzchen unterstellen, aber ein Grundgedanke zieht sich bei ihm seit Beginn der Flüchtlingskrise durch: Er will mit Eifer Ordnung in ein Migrationssystem bringen, das außer Kontrolle geraten ist, auch mit Härte, wenn es sein muss.“</p> <p>„Und die Idee, illegal eingereisten Migranten das Asylrecht zu entziehen, brachte ihn [Sebastian Kurz, Anm.] auf eine moralisch und völkerrechtlich abschüssige Bahn.“</p>	<p>Laut UNHCR sind seit 2014 mehr als 10.000 Migranten im Mittelmeer ertrunken.</p> <p>Kurz plant Marinemissionen, die Bootsflüchtlinge abfangen oder festsetzen sollen, damit diese abgeschoben werden können.</p> <p>Kurz will Menschen, die illegal nach Europa eingereist sind das Asylrecht entziehen.</p> <p>Die australische Marine schleppt Bootsflüchtlinge zurück oder bringt sie nach Nauru/Papua-Neuguinea. Dort werden Menschen unter unwürdigen Bedingungen festgehalten und haben keine Chance einen Asylantrag zu stellen.</p> <p>Laut Canberra ist seit 2014 kein Bootsflüchtling mehr ums Leben gekommen.</p> <p>Jährlich nimmt Australien ca. 10.000 Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf.</p> <p>Im Rahmen der ZiB2 erklärte Kurz sich bereit, 15.000 Menschen aus Flüchtlingslagern der UNHCR nach Österreich aufzunehmen, das wäre mehr als andere reiche Staaten aufnehmen.</p> <p>Kurz verfolgt mit seiner Asylpolitik innenpolitische Motive, sein Grundgedanke in der Flüchtlingskrise ist aber Ordnung in ein Migrationssystem zu bringen, das außer Kontrolle geraten ist, notfalls durch Härte.</p> <p>Die Idee illegal eingereisten Migranten das Asylrecht zu entziehen ist marodisch und völkerrechtlich falsch.</p>	<p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“</p> <p>K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K8.2 Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen</p>
---	---	---	---------------	--	--	--

2	Pink, Oliver: „Being Werner F. (III)“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.34	4	Keine Nennung	„Und den Unterschied zwischen Asylberechtigtem und Asylwerber hätte er [Werner Faymann, SPÖ, Anm.] einhändig Klavier spielen können.“	Faymann kennt die Unterscheidung zwischen Asylberechtigtem und Asylwerber.	K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“
2	Pink, Oliver: „Vor einem Jahr noch undenkbar“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.2	1	Keine Nennung	„Die von Asylwerbern begangenen Straftaten seien im Vorjahr deutlich gestiegen, darunter auch Vergewaltigungen und ein Mord.“ „Großquartiere für Flüchtlinge hätten sich häufig als Orte "mit einem hohen Potenzial an ethnisch-kulturellen bzw. sozialen Konflikten und Anspannungen erwiesen".“ „Und der neue Kanzler, Christian Kern, der in der Flüchtlingspolitik eine Linie vertritt, die sich von jener (späteren) seines Vorgängers, Werner Faymann, nicht unterscheidet, bleibt von den linken Kritikern mehr oder weniger unbehellig.“ „Denn auch juristisch hat die Flüchtlingskrise Neuland eröffnet. Die Obergrenze und die damit verbundene Notverordnung sind nicht mehr als der Versuch, diese in geordnete Bahnen zu lenken beziehungsweise abschreckend zu wirken, um einen weiteren Flüchtlingsandrang zu bremsen. Als Ultima Ratio. Um sich irgendwie doch noch an die Genfer Flüchtlingskonvention zu halten, sich selbst aber nicht zu überfordern. Diese, die Genfer Konvention, war allerdings auch nicht für Massenfluchtbewegungen und kleine Völkerwanderungen gedacht. Und der Realität hält die Vorstellung der juristisch reinen Lehre - jeder bekommt ein angemessenes Asylverfahren, wer kein Asyl erhält, muss wieder gehen - ohnehin nicht stand.“	Von Asylwerbern begangene Straftaten stiegen an, besonders Vergewaltigungen und Mord. Lager für Flüchtlinge erwiesen sich häufig als Orte der ethnischen und sozialen Konflikte und Spannungen. Kerns Linie in der Flüchtlingspolitik unterscheidet sich nicht von Faymann, linke Kritik an diese Linie fehlt. Die Flüchtlingskrise hat juristisches Neuland eröffnet vor allem durch die Schaffung einer Obergrenze und der Möglichkeit der Notverordnung, die den Versuch darstellen die Flüchtlingskrise in geordnete Bahnen zu lenken oder als Abschreckung vor einem weiteren „Flüchtlingsandrang“ zu dienen. Eine Möglichkeit sich an die Genfer Konvention zu halten, den Staat aber nicht zu überfordern. Die Genfer Konvention war aber nie für „Massenfluchtbewegungen und kleine Völkerwanderungen“ gedacht. Der Realität hält die Vorstellung nicht stand, dass jeder ein angemessenes Asylverfahren erhält und danach jeder gehen muss, der kein Asyl erhalten hat.	K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete K3.1.: Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik K8.2.: Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen K4.1.: Kriminalität und Geflüchtete
2	Nowak, Rainer: „Dann wählen wir eben!“, In: Die Presse vom 16.09.2016, S.2	1	Keine Nennung	„Das alles bestimmende Thema Sicherheit und Flüchtlinge wird nicht taugen [um die SPÖ-ÖVP-Koalition zu beenden, Anm.], die SPÖ folgte fast allen ÖVP-Forderungen - nicht aus Überzeugung, sondern genau aus diesem Kalkül: An dieser Sollbruchstelle könnte der künftige ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz die Regierung beenden und hätte gute Karten für den Wahlkampf.“	Sicherheit und Flüchtlinge sind dominante politische Themen in Österreich. Diese Themen werden sich nicht eignen um die große Koalition zu beenden, da die SPÖ hier der ÖVP-Linie folgt, aus Angst der Kurz könnte die Regierung beenden und anschließen einen erfolgreichen Wahlkampf mit den Themen Sicherheit und Flüchtlinge führen.	K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik

2	Neuwirth, Dietmar: „Ambivalente Signale vom Wiener Ballhausplatz“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Auch wenn es nicht hilft, so schadet es wenigstens nicht. Diese in Österreich nicht fremde Redens- und Handlungsweise könnte recht gut das als Flüchtlingsgipfel vermarktete Samstag-Meeting Christian Kerns mit Angela Merkel, acht anderen Regierungschefs und EU-Kommissionsbeteiligung charakterisieren.“</p> <p>„Wieder einmal war ein mit Flüchtlingen über die Kapazitätsgrenze überladenes Schiff auf der Fahrt Richtung Europa gekentert. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik hat sich spätestens im vergangenen Jahr als die große Schwachstelle der diesbezüglich von den Nationalstaaten meist im Stich gelassenen EU erwiesen.“</p> <p>„Verbesserungen der (auch und vor allem finanziellen) Hilfe in den Ausgangspunkten der Flucht, des Kampfs gegen Schlepper, des Schutzes der EU-Außengrenze und endlich auch eine faire Verteilung jener Flüchtlinge, die es nach Europa geschafft haben.“</p> <p>„Gerade die Staaten Osteuropas zeigen bisher wenig bis gar keine Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen.“</p> <p>„Jedenfalls wäre dieselbe Energie, die der SPÖ-Vorsitzende für den Widerstand gegen ein Handelsabkommen aufwendet, in der Flüchtlingspolitik angebracht.“</p>	<p>Beim Flüchtlingsgipfel werden keine politischen Lösungen erwartet.</p> <p>Erneut ist ein mit Flüchtlingen überfülltes Schiff auf dem Mittelmeer gekentert. Die Flüchtlings- und Migrationspolitik ist die Schwachstelle der EU-Kommission, die hier von den Nationalstaaten allein gelassen wird.</p> <p>Finanzielle Unterstützung für die Herkunftsstaaten, für den Kampf gegen Schlepper, für den Schutz der EU-Außengrenze und eine faire Verteilung von Flüchtlingen.</p> <p>Osteuropäische Staaten zeigen keine Bereitschaft Flüchtlinge aufzunehmen.</p> <p>Kern sollte die gleiche Energie, die er gegen CETA aufbringt in der Flüchtlingspolitik anwenden.</p>	<p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeer missionen/“Bootsflüchtlinge“</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K2.4.: militärischer Grenzschutz</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	---	--

2	Rohrer, Anneliese: „Junge Flüchtlinge - verloren im Dschungel der Paragraphen“ , In: Die Presse vom 24.09.2016, S.31	4	Keine Nennung	<p>„Schön und gut, aber wie wäre es, wenn Kurz, der Integrationsminister, seine politische Energie auf eine reibungslose und funktionierende Integration von Flüchtlingen per Schulbildung in Österreich verwenden würde?“</p> <p>„Da wären zum Beispiel intensive Gespräche mit Unterrichtsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ), um den Paragrafendschungel des Schulunterrichtsgesetzes umgehend so zu lichten, dass minderjährige Flüchtlinge ungehindert den Weg in die geeignete Schule finden können und nicht, wie vor Monaten in der Steiermark und jetzt zu Schulbeginn in Oberösterreich, aus den Klassen entfernt werden. Laut Christian Schröckhuber, Geschäftsführer der Volkshilfe - Flüchtlings- und Migrantenbetreuung Oberösterreich, wurden mindestens 126 Jugendliche vor zwei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen, aus den Schulklassen geholt und weggeschickt.“</p> <p>„Damals mussten jugendliche Flüchtlinge in der Steiermark den Unterricht verlassen, weil sie kein zehntes Schuljahr als außerordentliche Schüler absolvieren dürfen, selbst wenn die Schule für sie Platz, ausreichend Lehrkräfte und Aufnahmebereitschaft hätte.“</p> <p>„Junge Flüchtlinge hätten in das Gesetz zur Ausbildungspflicht aufgenommen werden können, wenn das alles politisch gewollt worden wäre oder der Integrationsminister Druck ausgeübt hätte.“</p> <p>„Bundeskanzler Christian Kern ist heute, Samstag, Gastgeber einer großen Flüchtlingskonferenz in Wien. Schön und gut - nur: Den jugendlichen Flüchtlingen, die im Dschungel der Paragraphen verloren gehen, hilft das gar nichts.“</p>	<p>Kurz sollte als Integrationsminister seine politische Energie auf eine funktionierende Integration von Flüchtlingen durch österr. Schulbildung verwenden.</p> <p>Zum Beispiel könnten Verhandlungen mit Unterrichtsministerin Hammerschmid geführt werden, um das Schulunterrichtsgesetz so zu ändern, dass auch minderjährige Flüchtlinge in die geeignete Schule gehen können. Mindestens 126 Jugendliche wurde aus den Schulklassen geholt und weggeschickt.</p> <p>In der Steiermark mussten jugendliche Flüchtlinge den Unterricht verlassen, weil sie kein 10. Schuljahr als außerordentliche Schüler absolvieren dürfen, auch wenn ausreichend Platz in der Schule vorhanden war.</p> <p>Mit Druck des Integrationsministers hätte eine Ausbildungspflicht für junge Flüchtlinge realisiert werden können.</p> <p>Kern ist Gastgeber einer Flüchtlingskonferenz in Wien, den jungen Flüchtlingen hilft dies nichts.</p>	<p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p> <p>K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p>
---	--	---	---------------	--	---	--

2	Walterskirchen, Gundula: „Die Trojanischen Pferde des Muslime-Präsidenten Olgun“, In: Die Presse vom 26.09.2016, S.23	1	Verschiedene Staaten des Nahen Ostens	<p>„Olgun [Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich, Anm.] will eine Art Caritas und eine eigene Flüchtlingshilfe aufbauen.“</p> <p>„Man will es nicht mehr christlichen Organisationen, dem Staat oder der Zivilgesellschaft überlassen, muslimische Menschen in Not und Flüchtlinge in Österreich zu betreuen und zu sozialisieren.“</p> <p>„Die Flüchtlinge aber sind auch deshalb aus islamisch dominierten Ländern geflohen, weil sie dem Diktat der religiösen Fundamentalisten entkommen wollten.“</p>	<p>Der IGGÖ-Präsident will eine eigene Caritas und Flüchtlingshilfe aufbauen.</p> <p>Man will es nicht christlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft überlassen, muslimischen Menschen zu helfen und Flüchtlinge in Österreich zu betreuen/zu sozialisieren.</p> <p>Die Flüchtlinge sind aus islamisch-dominierten Ländern geflohen, weil sie religiösen Fundamentalisten entkommen wollen.</p>	<p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K8.1.: Fluchtgründe</p>
---	--	---	---------------------------------------	--	---	---

2	Ultsch, Christian: „Ein Dämpfer für Viktor Orban, den König der Flüchtlings wellenreiter“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.2	2	Keine Nennung	<p>„Das Flüchtlingsreferendum in Ungarn scheiterte wegen völliger Sinn- und Folgenlosigkeit.“</p> <p>„Eines jedoch steht seit geraumer Zeit außer Zweifel: dass Ungarn nicht bereit ist, seinen Beitrag zu einer gleichmäßigen Aufnahme von Flüchtlingen in der EU zu leisten. Es hat nicht nur im EU-Ministerrat gegen verpflichtende Flüchtlingsquoten gestimmt, sondern dagegen auch Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht.“</p> <p>„Von den 160.000 Flüchtlingen, die die EU aus Griechenland und Italien auf andere Staaten verteilen wollte, siedelten bisher 5651 Personen um.“</p> <p>„Von einer zwangsweisen Verteilung der Flüchtlinge sprach zuletzt kaum noch jemand, indes machte das Visegrad-Konzept der flexiblen Solidarität die Runde: Wer keine Flüchtlinge nimmt, soll sich verstärkt anderswo einbringen, etwa beim Schutz der Außengrenze.“</p> <p>„Das ungarische Flüchtlingsreferendum vom Sonntag war also in mehrfacher Hinsicht überflüssig: Die Magyaren wurden zu einer Angelegenheit befragt, die de facto längst vom Tisch, offensichtlich unpopulär und deren Ablehnung durch die Regierung Orban hinreichend dokumentiert war. 98,3 Prozent stimmten am Ende gegen die EU-Flüchtlingsquote.“</p> <p>„Wer wie der VP-Delegationsleiter im Europaparlament, Othmar Karas, das Resultat des Referendums als "Absage an die Flüchtlingspolitik von Orban" interpretiert, sitzt einer auf Wunschdenken basierenden Fehlanalyse auf.“</p> <p>„Mindestens ebenso seltsam mutet es jedoch an, wenn VP-Außenminister Sebastian Kurz in einer deutschen Talkshow den Pflichtverteidiger Orbans gibt und nach sorgfältiger Rechenarbeit erklärt, dass 2003 weniger Ungarn für den EU-Beitritt gestimmt hätten als nun gegen die Flüchtlingsquote.“</p> <p>„Viktor Orban ist der König der Flüchtlingswellenreiter. Er hat das innen- und europapolitische Potenzial der Flüchtlingskrise früher und schärfer analysiert als andere.“</p> <p>„Mit dem Referendum verfolgte Orban vor allem den Zweck, den Erregungspegel in der Flüchtlingsfrage hochzuhalten.“</p> <p>„Irgendwann jedoch werden die Bürger, da wie dort, die obsessive Fixierung auf Flüchtlinge satt haben und Antworten auf andere Zukunftsfragen einfordern.“</p>	<p>Das Flüchtlingsreferendum in Ungarn scheiterte an seiner Sinnlosigkeit.</p> <p>Ungarn ist nicht bereit einen Beitrag für die gleichmäßige Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der EU zu leisten. Es stimmte im EU-Rat gegen verpflichtende Flüchtlingsquoten und reichte dagegen Klage vor dem EuGH ein.</p> <p>Von 160.000 Flüchtlingen, die EU weit verteilt werden sollten, siedelten 5651 Personen um.</p> <p>Von einer zwangsweisen Verteilung der Flüchtlinge ist nicht mehr die Rede, wer keine Flüchtlinge aufnehmen will, soll sich verstärkt beim Schutz der EU-Außengrenze einbringen.</p> <p>Das Flüchtlingsreferendum in Ungarn war überflüssig: Die Ungarn wurden zu einem Thema befragt, welches bereits nicht mehr umgesetzt werden sollte, am Ende stimmten über 90% gegen eine EU-Flüchtlingsquote.</p> <p>Karas interpretiert das Ergebnis des Referendums als Absage an die Flüchtlingspolitik von Orban, dies ist keine zutreffende Analyse.</p> <p>Kurz verteidigt in einer deutschen Talkshow Orban und erklärt dass 2003 weniger Ungarn für den EU-Beitritt gestimmt hätten als nun gegen die Flüchtlingsquote.</p> <p>Orban hat das innen- und europapolitische Potential der Flüchtlingskrise früher erkannt als andere.</p> <p>Das Referendum hatte das Ziel die Flüchtlingsfrage zu emotionalisieren.</p> <p>Irgendwann werden die Bürger die Fixierung auf Flüchtlinge satt haben, und Antworten auf andere politische Fragen einfordern.</p>	<p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik</p> <p>K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten</p> <p>K2.4.: militärischer Grenzschutz</p> <p>K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten</p> <p>K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p>
---	--	---	---------------	---	---	---

2	Urschitz, Josef: „Der Jobmarkt und seine Problembären“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.15	3	Keine Nennung	<p>„Vor ein paar Tagen ist eine Umfrage veröffentlicht worden, derzufolge 82 Prozent der heimischen Unternehmen Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis einstellen würden. Aber nur ein Prozent hat das bisher getan.“</p> <p>„Und wenn eine falsche Migrationspolitik (und ja, auch der größere Teil der Flüchtlingswelle fällt schlicht unter Migration) zu einem überproportionalen Zuzug schlecht bis gar nicht qualifizierter Arbeitskräfte führt, dann ist das eben trotz aller schönen Absichtserklärungen ein schlichter Zuzug in die Arbeitslosenstatistik.“</p>	<p>Laut einer Umfrage würden 82% der österr. Unternehmen Flüchtlinge einstellen, nur ein Prozent hat dies aber tatsächlich getan.</p> <p>Eine falsche Migrationspolitik führte zu einem Zuzug schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte, von denen nun viele arbeitslos sind.</p>	<p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p> <p>K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>
2	Hamann, Sybille: „Es ist hundert Jahre her, aber wir stecken noch mittendrin“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.31	4	Bosnien-Herzegowina , ehemaliges Jugoslawien	<p>„Besonderen Erfolg hatte Schönerer [Georg Heinrich Ritter von Schönerer, deutschnationaler Politiker 1842-1921, Anm.), wenn er über die k. u. k. Nationalitätenpolitik schimpfte: Man habe zehn Millionen für bosnische Flüchtlinge ausgegeben und dieses Geld "dem österreichischen Volk entzogen".“</p>	<p>Schönerer schimpfte mit großem Erfolg über die k.u.k. Nationalitätenpolitik, das für die bosnischen Flüchtlinge ausgegebene Geld wurde dem österreichischen Volk entzogen.</p>	<p>K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft</p> <p>K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete</p>

2	Pink, Oliver: „Der antizipierte Notstand fußt auf Versäumnissen der Vergangenheit“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.2	2	Afghanistan, Asien/Marokko, Afrika/Syrien, Naher Osten/Tschetschenien/Russland, Europa	<p>„Sofern noch jemand eine Begründung für die Flüchtlingsobergrenze sucht - für den Fall, dass er von Vertretern einer NGO, linken Politikern oder Social-Media-Meinungsmachern in eine Debatte darüber verwickelt werden sollte: Bis zu 90 Prozent jener Menschen, die zu uns kommen, würden auch nach negativem Asylbescheid nicht wieder abgeschoben.“</p> <p>„Und nimmt ein Land wie Kroatien Flüchtlinge zurück, machen die NGOs dagegen mobil.“</p> <p>„Also am besten nur jene [Flüchtlinge, Anm.], die wirklich verfolgt sind. Und nicht die Wirtschaftsflüchtlinge, die sich an den Treck der Syrer angehängt haben.“</p> <p>„Und was diese [die Integration, Anm.] erleichtert, ist eine rationale, koordinierte Flüchtlingspolitik.“</p>	<p>Eine Begründung für Obergrenzen in einer Diskussion mit einer NGO, linken Politiker, oder Personen auf Social Media Plattformen wäre, dass bis zu 90% der Menschen, die nach Österreich kommen auch nach einem negativen Asylbescheid nicht abgeschoben werden.</p> <p>NGOs sind dagegen, dass Länder wie Kroatien Flüchtlinge zurücknehmen.</p> <p>Es sollten nur diejenigen Flüchtlinge aufgenommen werden, die verfolgt werden, nicht die Wirtschaftsflüchtlinge, die sich dem Treck der Syrer angehängt haben.</p> <p>Eine rationale, koordinierte Flüchtlingspolitik erleichtert Integration.</p>	<p>K2.2.: Obergrenzen und Quotenregelungen für die Aufnahme von Geflüchteten</p> <p>K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik</p> <p>K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure</p> <p>K1.1.: Unterscheidung zwischen Geflüchteten und „Wirtschaftsflüchtlingen“</p> <p>K8.3.: Integration von Geflüchteten</p>
2	Pink, Oliver: „Die SPÖ hat sich bewegt - ein Stück geht noch - Auch Stöger sollte seine Frist bis Montag nützen.“ In: Die Presse vom 05.11.2016, S.9	1	Keine Nennung	<p>„Laut Stögers [Alois Stöger, SPÖ, damaliger Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Anm.] Modell sollen Flüchtlinge 520 Euro als Basis erhalten, und wenn sie eine Integrationsvereinbarung unterschreiben - nur unterschreiben -, bekommen sie noch einmal rund 300 Euro dazu.“</p>	<p>Nach Stögers Modell sollen Flüchtlinge 520€ als Basis erhalten, wenn sie eine Integrationsvereinbarung unterschreiben bekommen zusätzlich 300€.</p>	<p>K3.3.: Sozialleistungen</p>

9.2. Überblick über die Häufigkeiten der Kategorien

	Gesamt	1990er Jahre	2010er Jahre	Kronen Zeitung	Die Presse	Kronen Zeitung (1990er)	Die Presse (1990er)	Kronen Zeitung (2010er)	Die Presse (2010er)
K1: Verwendung von Metaphern, Stereotypen oder abwertender Sprache ggü. Geflüchteten	110	29	81	74	36	26	3	48	33
K1.1.: Verwendung der Bezeichnung „Wirtschaftsflüchtlinge“	14	6	8	5	9	5	1	0	8
K1.2.: Verwendung abwertender Metaphern ggü. Geflüchteten Menschen	61	16	45	44	17	14	2	30	15
K1.3.: Vorurteile gegen Geflüchtete in Medien, Politik und Gesellschaft	5	0	5	1	4	0	0	1	4
K1.4.: Thematisierung Geflüchteter als „kulturelle Bereicherung“	2	1	1	2	0	1	0	1	0
K1.5.: biblische/christliche Metaphern	5	0	5	3	2	0	0	3	2
K1.6.: sprachliches Bild einer Bedrohung durch Geflüchtete	23	6	17	19	4	6	0	13	4
K2: Lösungsvorschläge im Bereich Asylpolitik	43	4	39	20	23	4	0	16	23
K2.1.: Entwicklungshilfe vor Ort	11	3	8	5	6	3	0	2	6
K2.2.: Forderung nach einer Begrenzung der Zahl der Geflüchteten/„Flüchtlingsquoten“/„Obergrenzen“	8	1	7	4	4	1	0	3	4
K2.3.: Debatten um die „faire Aufteilung“ von Geflüchteten	19	0	19	9	10	0	0	9	10
K2.4.: militärischer Grenzschutz	5	0	5	2	3	0	0	2	3
K3: ökonomische Effekte durch die Aufnahme von geflüchteten Menschen	121	10	111	69	52	6	4	63	48
K3.1.Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen	51	6	45	33	18	5	1	28	17
K3.2.: Wirtschaftliche Belastung durch Geflüchtete	29	2	27	14	15	1	1	13	14
K3.3. Sozialleistungen	22	0	22	15	7	0	0	15	7
K3.4.: „Überforderung“ eines Staates/einer Region durch die Aufnahme von Geflüchteten	17	2	15	7	10	0	2	7	8
K3.5.: positive ökonomische Effekte durch die Ankunft von Geflüchteten	2	0	2	0	2	0	0	0	2
K4: Geflüchtete und Kriminalität/Terrorismus/Gewalt	38	6	32	28	10	6	0	22	10
K4.1.: Kriminalität bzw. Straftaten und Geflüchtete	19	5	14	15	4	5	0	10	4
K4.2.: Herstellung einer Verbindung zwischen Geflüchteten und „Terroristen“	16	0	16	10	6	0	0	10	6
K4.3.: Gewalt gegen Geflüchtete	3	1	2	3	0	1	0	2	0
K5: innenpolitische Thematisierung von Asylpolitik und Geflüchteten	176	19	157	75	101	11	8	64	93
K5.1.: Stimmenzuwachs rechter Parteien	8	2	6	6	2	1	1	5	1
K5.2.: Kritik der österreichischen Asylpolitik	51	3	48	18	33	1	2	17	31
K5.3.: Schul- und Bildungspolitik und Geflüchtete	9	2	7	2	7	2	0	0	7
K5.4.: Thematisierung restriktiver Asylpolitik	57	8	49	23	34	5	3	18	31
K5.5.: Betonung der (historischen) Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen	14	3	11	6	8	2	1	4	7
K5.6.: Konflikt zwischen österreichischen Parteien im Bereich Asylpolitik	18	1	17	8	10	0	1	8	9
K5.7.: Wien und die Aufnahme von Geflüchteten	19	0	19	12	7	0	0	12	7
K6: Thematisierung von Asylpolitik und Geflüchteten auf EU-Ebene	53	1	52	18	35	1	0	17	35
K6.1.: Kritik der europäischen Asylpolitik	25	0	25	12	13	0	0	12	13
K6.2.: Asylpolitik auf EU-Ebene	28	1	27	6	22	1	0	5	22
K7: Thematisierung von Asylpolitik/Geflüchteten auf internationaler Ebene	77	13	64	27	50	3	10	24	40
K7.1.: Seenotrettung/Mittelmeermissionen/„Bootsflüchtlinge“	17	1	16	6	11	1	0	5	11
K7.2.: internationale Konflikte und „Kriegsflüchtlinge“	33	11	22	10	23	2	9	8	14
K7.3.: Schlepperwesen	8	0	8	2	6	0	0	2	6
K7.4.: Kritik der Asylpolitik einzelner Staaten	19	1	18	9	10	0	1	9	9
K8: Thematisierung der GFK bzw. der Rechtsstellung und Integration von Geflüchtete	24	6	18	5	19	0	6	5	13
K8.1.: Fluchtgründe	10	5	5	0	10	0	5	0	5
K8.2 Thematisierung der Rechtsstellung geflüchteter Menschen	4	0	4	0	4	0	0	0	4
K8.3.: Integration von Geflüchteten	10	1	9	5	5	0	1	5	4
K9: Die Rolle von Zivilgesellschaft, NGOs und Religionsgemeinschaften bei der Aufnahme/Versorgung von Geflüchteten	24	2	22	13	11	1	1	12	10
K9.1.: humanitäre Hilfe für Geflüchtete durch die Zivilgesellschaft/nicht-staatliche Akteure	14	1	13	3	11	0	1	3	10
K9.2.: Demonstrationen im Bereich Asylpolitik	10	1	9	10	0	1	0	9	0
K10: Medienkritik	12	3	9	4	8	1	2	3	6
K10.1.: Medienkritik	12	3	9	4	8	1	2	3	6
SUMME	678	93	585	333	345	59	34	274	311

9.3. Abkürzungsverzeichnis

APA = Austria Presse Agentur

AQM = Al-Qaida in Mesopotamien

AsylG = Asylgesetz

AuslBG = Ausländerbeschäftigungsgesetz

BFA = Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl

BFA-VG = Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – Verfahrensgesetz

BiH = Bosnien und Herzegowina

BVwG = Bundesverwaltungsgerichtshof

ČSSR = Tschechoslowakische Republik

DEMOS = *Demokratska opozicija Slovenije (Demokratische Opposition Sloweniens)*

DPs = Displaced Persons

EG = Europäische Gemeinschaft

EMRK = Europäische Menschenrechtskonvention

ERP = European Recovery Program

EU = Europäische Union

Eurodac = European Dactyloscopy

FPG = Fremdenpolizeigesetz

FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs

FSA = Freie Syrische Armee

GASP = gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GEAS = gemeinsames europäisches Asylsystem

GFK = Genfer Flüchtlingskonvention bzw. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

HDZ = Hrvatska demokratska zajednica (Kroatische demokratische Union)

ICTY = International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)

IFOR = Implementation Force

IOM = Internationale Organisation für Migration

IS = Islamischer Staat

ISI = Islamischer Staat im Irak

ISIL = Islamischer Staat im Irak und der Levante

JVA = Jugoslawische Volksarmee

KFOR = Kosovo Force

NAG = Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz

NATO = North Atlantic Treaty Organisation
NCSR = National Coalition of Syrian Revolution and Opposing Forces
NGO = Non Governmental Organization
NR = Nationalrat (österreichisches Parlament)
NS = Nationalsozialistisch
ORF = Österreichischer Rundfunk
OSZE = Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
ÖVP = Österreichische Volkspartei
PKK = Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)
PYD = Partiya Yekîtiya Demokrat (Partei der demokratischen Union, kurdische Partei in Syrien, Anm.)
RSK = Republik Serbische Krajina
SDA = Stranka demokratske akcije (Partei der demokratischen Aktion)
SDS = Sozjaldemokratska Stranka (Sozialdemokratische Partei in Serbien)
SDÜ = Schengener Durchführungsübereinkommen
SFRJ = Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SNC = Syrian National Council
SPÖ = Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS = Sozialistische Partei Serbiens
StbG = Staatsbürgerschaftsgesetz
TO = Slowenische Territorialverteidigung
UÇK = Ushtria Çlirimtare e Kosovës (Befreiungsarmee des Kosovo)
UdSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
umF = unbegleiteter minderjähriger Flüchtling
UN = United Nations (Vereinte Nationen)
UNHCR = United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)
UNO = United Nations Organization (Vereinte Nationen)
UNPROFOR = United Nations Protection Force
USA = United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VAR = Vereinigte Arabische Republik
VfGH = Verfassungsgerichtshof
VwGH = Verwaltungsgerichtshof
WAZ = Westdeutsche Allgemeine Zeitung
YPG = Yekîneyên Parastina Gel (kurdische Volksverteidigungseinheit)

9.4. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beispiel für eine künstliche Woche für das Untersuchungsjahr 1991 (nach Rössler, 2017).....	86
Tabelle 2: Anzahl der erhobenen Artikel nach Untersuchungsjahren	88
Tabelle 3: Ausschnitt aus dem Codebogen	90
Tabelle 4: Anzahl der Artikel in <i>Presse</i> und <i>Kronen Zeitung</i> nach Untersuchungsjahren.....	95
Tabelle 5: Anzahl der verschiedenen Darstellungsformen nach Untersuchungsjahren	96
Tabelle 6: Vergleich der Häufigkeiten der Darstellungsformen nach Untersuchungszeitraum	97
Tabelle 7: Vergleich der Häufigkeiten der Ressorts nach Untersuchungszeiträumen.....	98
Tabelle 8: Nennungen von Herkunftsregionen	99
Tabelle 9: Häufigkeit der Herkunftsnennung	99

9.5. Untersuchte Artikel

9.5.1. Kronen Zeitung

- Pearson, Harold: „Ganzes Dorf half mit, damit eine rumänische Familie Wohnung bekam“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.1991, S.17.
- „Um 2:40 Uhr fielen erste Bomben auf Bagdad“ In: Kronen Zeitung vom 17.01.1991, S.2 und S.3.
- „Vor neuer Flüchtlingswelle?“ In: Kronen Zeitung vom 25.01.1991 S.8.
- Seinitz, Kurt: „Saddam mordet - USA schauen zu!“ In: Kronen Zeitung vom 08.03.1991, S.3.
- Riedler, Peter: „3 „Schlepper“ in Graz mit Schüssen gestoppt“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.1991, S.7
- Gnam, Peter: „Vom Übereifer der Nestbeschmutzer/Leere ÖVP-Kassa“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.1991, S.2.
- Niederl, Manfred: „Geisterfahrer schmuggelte Türken“, In: Kronen Zeitung vom 18.03.1991, S.11
- Trost, Ernst: „Flucht und Zuflucht“, In: Kronen Zeitung vom 10.04.1991, S.2.
- „Wien schickt Hilfstrupp ins Kurden-Fluchtgebiet“, In: Kronen Zeitung vom 10.04.1991, S.13.
- Gnam, Peter: „Unter wachsendem Druck der Welt endlich Militärschutz für Kurden!“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1991, S.3.
- Trost, Ernst: „Endlich!!!“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1991, S.3.
- „Irak: US-Truppen in Kurdistan starten Wettlauf gegen den Tod“ In: Kronen Zeitung vom 20.04.1991, S.2.
- Trost, Ernst: „Ordnung im Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 20.04.1991, S.3.
- „Spenden für die 1,8 Millionen Irak-Flüchtlinge reichen nicht“, In: Kronen Zeitung vom 28.04.1991, S.2.
- „Kurdenhelfer zurückgekehrt“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.1911, S.8
- Bundespräsident Waldheim im Iran: Vor Abreise Schewardnadse-Tredden, In: Kronen Zeitung vom 10.06.1991, S. 2 und S.3
- Gnam, Peter: „Bundesheer riegelt Jugo-Grenze ab!“ In: Kronen Zeitung vom 04.07.1991, S.7
- „Jugoslawien: Flucht mit Fähre“, In: Kronen Zeitung von 04.07.1991, S.13
- Hauenstein, Christian: „Angst vor Serben-Terror in Wien“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.1991, S.9
- Fink, Humbert: „Die Flut steigt“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.1991, S.2.
- Kunze, Peter: „Nur die Hoffnung kann die Angst besiegen“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.1991, S.15.
- Knobloch, Gerold/Vorrath, Erich: „Die Serben schlachten uns ab!“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.1991, S.6.
- Seinitz, Kurt: „50.000 EG-Soldaten?“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.1991, S.2.
- Seinitz, Kurt: „Dubrovnik stirbt im Würgegriff der Armee!“, In: Kronen Zeitung vom 04.10.1991, S.2 und S.3

- „Asylanten“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.1991, S.2
- „Dubrovnik: Stalin-Orgeln legen Adria Hotels in Schutt und Asche“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.1991, S.2.
- Gnam, Peter: „Böse Absicht“ In: Kronen Zeitung vom 22.10.1991, S.2.
- Fink, Humbert: „Meine Antwort“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.1991, S.8.
- Gnam, Peter: „Nach massiven Protesten ändert die Koalition ihre Ausländerpolitik!“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.1991, S.3
- „Deutschkurse für Kinder aus Kroatien“, In: Kronen Zeitung vom 15.11.1991, S.14
- „Flüchtlingsboot sank vor Kuba“, In: Kronen Zeitung vom 23.11.1991, S.7 (*Havanna - Beim Sinken eines völlig überladenen Bootes sind vor der Ostküste Kubas wahrscheinlich mehr als 100 Flüchtlinge aus Haiti ums Leben gekommen. 60 Menschen wurden gerettet, ob sie Asyl finden ist noch ungewiss. In der letzten Woche hatten tausende Haitianer versucht in zu kleinen und untauglichen Booten von ihrer Heimatinsel zu flüchten wurden aber meist von US-Schiffen aufgegriffen.*)
- „Stablerl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Im Fernsehen in Bestform“, In: Kronen Zeitung vom 23.11.1991, S. 10
- 5Jähriger wurde schon monatelang gefoltert, In: Kronen Zeitung vom 23.11.1991, S. 10 und S.11
- Kaufmann, Reinhard: „Es war eine Höllenfahrt, doch jetzt sind wir dem Bürgerkrieg entronnen“, In: Kronen Zeitung vom 23.11.1991, S. 14
- Riedler, Peter: „Warten auf 200 Kinder, die auf der Flucht beschossen worden sind!“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.1991, S.8
- „Stablerl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Kein Minimum für Inländer“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.1991, S.12
- „Polizeibeamte spielte bei Kroaten „Weihnachtsmänner“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.1991, S.15
- Kindermann, Dieter: „Löschnak: Jetzt neuer Rekord an Asylwerbern“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.1992, S.2
- „Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Seit 1945 nie mehr schlecht“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.1992, S.4
- „9 Flüchtlinge in Güterzug“, In: Kronen Zeitung vom 17.01.1992, S.17
- Pokorny, Oliver: „Auf der Spur von 100.000 Toten“, In: Kronen Zeitung vom 25.03.1992, S.9
- „Illegale Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 10.04.1992, S. 13
- „Harmloser Pensionist war ein Drogenkurier!“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1992, S.14
- Kaufmann, Reinhard „Die „Mutter Teresa“ von Kroatien“, In: Kronen Zeitung vom 18.04.1992, S.16 und S.17
- „Jugoslawe als Taxiräuber“, In: Kronen Zeitung vom 28.04.1992, S.10
- „Sarajevos Altstadt in Flammen: Tausende Menschen auf der Flucht“, In: Kronen Zeitung vom 06.05.1992. S.2
- Niederl, Manfred: „Wir sind noch einmal dem Tod davongerannt, In: Kronen Zeitung vom 14.05.1992, S.7
- „US-Strafsanktionen gegen Serbien“, In: Kronen Zeitung vom 22.05.1992, S.3
- Gnam, Peter: „Neue Prügel für Löschnak/Dämpfer für J.Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.2
- „Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 30.05.1992, S.3
- „Belgrad droht: Wir antworten mit Raketen“, In: Kronen Zeitung vom 01.06.1992, S.2
- Kindermann, Dieter: „Vranitzky schließt Militäreinsatz der UNO gegen Serbien nicht aus“, In: Kronen Zeitung vom 01.06.1992, S.3
- Gnam, Peter: „Neuer Alarm: Schon bis zu 400.000 Ausländer illegal in Österreich!“, In: Kronen Zeitung vom 09.06.1992, S.2
- Kaufmann, Reinhard: „Spielplatz im Luftschutzkeller“, In: Kronen Zeitung vom 09.06.1992, S.20
- Kindermann, Dieter: „Löschnak: Tausende Flüchtlinge in leerstehenden Schulen unterbringen“, In: Kronen Zeitung vom 17.06.1992, S.3
- „Flüchtlings-Stopp“, In: Kronen Zeitung vom 25.06.1992, S.2
- Cato [Dichand, Hans Anm].: „Gastfreundschaft“ In: Kronen Zeitung vom 25.06.1992, S.3
- „Zwischenfall an Schweizer Grenze: Schwangere Frau schwer verletzt!“, In: Kronen Zeitung vom 25.06.1992, S.13
- Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Fehlleistung der Bürger“, In: Kronen Zeitung vom 03.07.1992, S.2
- Kindermann, Dieter: „800 Flüchtlinge an Grenze zurückgewiesen“, In: Kronen Zeitung vom 03.07.1992, S.2 und S.3

- Walter, Gerhard: „Knalleffekt in Ausländerpolitik: Wien stoppt die Zuwandererflut!“, In: Kronen Zeitung vom 11.07.1992, S.15
- Kindermann, Dieter: Flughafen Sarajevo unter Beschuß: Luftbrücke für die Kinder verzögert! In: Kronen Zeitung vom 21.07.1992, S.2.
- Gnam, Peter: „Kanzlerworte“, In: Kronen Zeitung vom 29.07.1992, S. 3
- Gnam, Peter: Kanzler Vranitzky stellt Weichen: Endlich strengere Ausländerpolitik!, In: Kronen Zeitung vom 29.07.1992, S. 3
- Gnam, Peter: „Das Neueste aus der Gerüchteküche/Leere Kilometer in der Gluthitze, In: Kronen Zeitung vom 06.08.1992, S.2
- Pándi, Claus: Jugoslawiens Kriegsverbrechern muß der Prozeß gemacht werden“, In: Kronen Zeitung vom 14.08.1992, S.3
- Gnam, Peter: „Zilk schlägt Alarm: Wien kann keine Flüchtlinge mehr aufnehmen“, In: Kronen Zeitung vom 09.09.1992, S.3
- Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Der Mut eines Pensionisten“, In: Kronen Zeitung vom 09.09.1992, S.10
- „Rededuelle der Politiker zum Thema Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 17.09.1992, S.3
- Gnam, Peter: „Gute und Böse“, In: Kronen Zeitung vom 17.09.1992, S.3
- Klinger, Tom: „Flüchtlinge wurden in andere Lager verlegt“, In: Kronen Zeitung vom 17.09.1992, S.21
- Gnam, Peter: „Grüne Politinsel“, In: Kronen Zeitung vom 25.09.1992, S.3
- Schumi, Manfred: „Wie viele Einwanderer nimmt die EG auf?“, In: Kronen Zeitung vom 05.10.1992, S.16
- Gnam, Peter: „Klare Mehrheit in der FPÖ dafür: Doch ein Ausländervolksbegehren!“, In: Kronen Zeitung vom 21.10.1992, S.3
- Gnam, Peter: „Schwarze Wähler zu Ausländern toleranter als rote und blaue!“, In: Kronen Zeitung vom 29.10.1992, S.3
- „USA lassen lediglich tausend Bosnien-Flüchtlinge einreisen“, In: Kronen Zeitung vom 29.10.1992, S.3
- Kindermann, Dieter: „Riesenwirbel um Vatikan-Papier“, In: Kronen Zeitung vom 14.11.1992, S.3
- „181 Flüchtlinge sitzen an der Grenze fest!“, In: Kronen Zeitung vom 14.11.1992, S.13
- Pándi, Claus: „Härterer Kurs in Asylantenfrage entzweit die Sozialdemokraten“, In: Kronen Zeitung vom 16.11.1992, S.2
- Staberl“ [Nimmerrichter, Richard Anm]: „Horror Meldungen in Nebensätzen“, In: Kronen Zeitung vom 16.11.1992, S.10
- Seinitz, Kurt: Kroatien klagt den Westen an: „Gehen in Flüchtlingsflut unter“, In: Kronen Zeitung vom 24.11.1992, S.3
- „Flüchtlingshilfe“, In: Kronen Zeitung vom 24.11.1992, S.21
- Trost, Ernst: „Vernunft“, In: Kronen Zeitung vom 18.12.1992, S.3
- Trost, Ernst: „Lichterketten“, In: Kronen Zeitung vom 18.12.1992, S.3
- Pándi, Claus: „Problem illegaler Einwanderung nimmt besorgniserregend zu“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.1998, S.4
- „Kurdenkonferenz“, In: Kronen Zeitung vom 09.01.1998, S.3
- „Endlich! Großmächte ziehen Milosevic Daumenschrauben an: Ultimativer Katalog von Sanktionen“, In: Kronen Zeitung vom 10.03.1998, S.2
- „Tote werden rasch verscharrt, damit die Art der Verletzungen (Folter?) nicht bezeugt werden kann“, In: Kronen Zeitung vom 10.03.1998, S.2
- „Chinesen zahlten 250.000 Schilling an Schlepper-Mafia“, In: Kronen Zeitung vom 10.03.1998, S.15
- Trost, Ernst: „Hunger im Bild“, In: Kronen Zeitung vom 07.05.1998, S.2
- „Staberl“ [Nimmerrichter, Richard, Anm.]: „Als Ersatz für die Giftfasseln“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.1998, S.2
- „Albaner flüchten jetzt mit Schnellbooten nach Italien“, In: Kronen Zeitung vom 25.05.1998, S.4
- „Job und Unterkunft versprochen: Profi-Schlepper festgenommen“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.1998, S.19
- „Flüchtlingsdrama“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.1998, S.6
- Gnam, Peter: „Weil sich die Lage in der blutig umkämpften Provinz...“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.1998, S.2
- Pándi, Claus: „Vor Gesprächen der amerikanischen Außenministerin in Wien: USA nehmen Kritik an Österreichs Bosnien-Flüchtlingspolitik zurück“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.1998, S.2

- Gnam, Peter: „Fluchtwelle wegen Rußlandkrise?“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.1998, S.5
- „Milošević bekommt 2000 Aufpasser“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.1998, S.3
- „Flüchtlinge sollen künftig gerecht über ganz Europa verteilt...“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.1998, S.5
- Kriess, Werner: „Illegale wurden in Schönberg erwischt: 22 Kosovo-Albaner in einem Wohnmobil“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.1998, S.12
- „Das erste Flugzeug am "Arafat-Airport" im Gaza gelandet“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.1998, S.2
- „Flüchtlinge ertranken“, In: Kronen Zeitung vom 21.12.1998, S.8
- „Fremd sein. Flüchtling sein 1998.“, In: Kronen Zeitung vom 21.12.1998, S.26
- „Gewaltbereite Profi-Demonstranten riefen zu Krawall auf“, In: Kronen Zeitung vom 25.01.2014, S.12
- „Mordverdächtiger kam frei - nun ein zweites Mal verhaftet“, In: Kronen Zeitung vom 18.03.2014, S.16
- „Flüchtlinge als Helfer einer Schlepper-Bande angeklagt“, In: Kronen Zeitung vom 18.03.2014, S.26
- Hitz, Florian: „Drogen-Razzia in Afrika-Lokal“, In: Kronen Zeitung vom 26.03.2014, S.18
- Loibnegger, Klaus: „Asylpolitik: Die Grande Nation möchte von Österreich lernen!“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2014, S.12
- „Auf abenteuerlichsten Wegen“, In: Kronen Zeitung vom 07.05.2014, S.8
- „"Schlepperprozess" wird fortgesetzt“, In: Kronen Zeitung vom 07.05.2014, S.30
- Vettermann, Doris: „Flüchtlinge: Wieder Streit um Asyl-Quoten“, In: Kronen Zeitung vom 31.05.2014, S.2 und S.3
- „Italien: Küstenwache rettet 5200 Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2014, S.5
- Grammer, Karl: „Asylwerber (17) ertrinkt in See“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2014, S.16
- „Tausende Bootsflüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 18.06.2014, S.12
- „Noch einmal eine Kirchenbesetzung?“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2014, S.3
- Gnam, Peter: „NÖ-Landeshauptmann Pröll stellt Regierung Flüchtlings-Ultimatum“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2014, S.3
- „Menschenhändler-Ring schleuste Hunderte Illegale nach Europa“, In: Kronen Zeitung vom 12.07.2014, S.14
- Papacek, Oliver: „Bandenkrieg: Schutz von Polizei!“, In: Kronen Zeitung vom 12.07.2014, S.16
- Ruff, Stefan: „Tiroler Polizei holt 94 Flüchtlinge aus Zug“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2014, S.8
- „Asyl-Reform: SPÖ gibt sich abwartend“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2014, S.4
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2014, S.14
- Pándi, Claus: „Asyl-Problem mit kleineren Flüchtlingsquartieren lösen“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2014, S.4
- Pándi, Claus: „Unwürdig“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2014, S.5
- „Aufnahmestopp für Traiskirchen“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2014, S.4
- „Gaza: UNO fordert 140 Millionen Euro“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2014, S.2
- Hauenstein, Christian: „Krieg in der Ukraine: Luftangriffe auf Rebellenhochburg Donezk!“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2014, S.2
- Pándi, Claus: „Asyl für Al-Kaida“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2014, S.5
- Hauenstein, Christian: „Jesiden: Luftbrücke aus Österreich“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2014, S.2
- Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 23.08.2014, S.2
- Schönherr, Alex: „Nahost-Konflikt am Krankenbett“, In: Kronen Zeitung vom 23.08.2014, S.18
- Kubicek, Isabella: „60 Zimmer, 10 Suiten: erste Caritas-Hotel So wird das beim Prater“, In: Kronen Zeitung vom 25.08.2014, S.16 und S.17
- Loibnegger, Klaus: „Politik denkt an Grenzkontrollen“, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2014, S.2
- Gnam, Peter: „Warum Häupl zu bewundern ist“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.2
- Pommer, Michael/Schiel, Andreas: „"Haben Angst vor dem, was auf uns zukommt!““, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.2 und S.3
- Gnam, Peter: „Wien schafft Platz für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.3
- „Flüchtlinge: Türkei bittet jetzt EU und UNO um Hilfe“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.6
- „Bombenteppiche gegen IS-Terroristen“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2014, S.6
- Seinitz, Kurt: „"Ein Land, zwei Systeme" gescheitert?“, In: Kronen Zeitung vom 04.10.2014, S.6
- „Ein Herz für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 04.10.2014, S.16
- Ramsauer, Sandra: „IS-Terroristen als Flüchtlinge in Europa“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2014, S.10

- „Flüchtlinge in Kühltransporter“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2014, S.14
- Hauenstein, Christian: „Kobanê: Neue Dschihadisten-Offensive!“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.2014, S.4
- Hauenstein, Christian: „Endlich gelang doch Rettung der Verteidiger von Kobanê!“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2014, S.6 und S.7
- „VP-Spendenaktion für Flüchtlinge in Erdberg“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2014, S.27
- Vettermann, Doris: „Morddrohungen gegen Politiker“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2014, S.2 und S.3
- „27 Kriegs-Flüchtlinge in der Polizeidirektion“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2014, S.18
- Gnam, Peter: „Hilft Sieg gegen Russen auch dem Duo Faymann & Mitterlehner?“, In: Kronen Zeitung vom 15.11.2014, S.2
- Bischofsberger, Conny: „Wie zornig sind Sie schon, Herr Bürgermeister?“[Interview mit Traiskirchener Bürgermeister Andreas Babler, Anm.], In: Kronen Zeitung vom 15.11.2014, S.6 und S.7
- „Streit um Quoten: Asyl-Gipfel mit großer Sprengkraft“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2014, S.2 und S.3
- Gnam, Peter: „Ein Knatsch mit „der Politik““, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2014, S.3
- „Fast 6000 Illegale in Tirol gestoppt“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.2014, S.14
- Gnam, Peter: „Schuldige in der SPÖ gesucht/ Wie Asylpolitik nicht funktionieren kann“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2014, S.2
- „Proteste gegen Asylantenheim“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2014, S.20
- „3419 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2014, S.10
- „Schandmauer“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2014, S.12
- „1250 Flüchtlinge aus Mittelmeer gerettet“, In: Kronen Zeitung vom 27.12.2014, S.6
- „Wohin mit den 600 Flüchtlingen?“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2014, S.4
- „28.000 Flüchtlinge stellten heuer Asylantrag in Österreich“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2014, S.4
- „Flüchtlingsschiff liegt sicher im Hafen“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.2015, S.10
- Ramsauer, Sandra/Horvath, H./Budín, C.: „Unterkunft am Schneeberg brannte in der Silvesternacht völlig aus Panik unter Feuer: Flüchtlinge sprangen aus 2. Stock“, In: Kronen Zeitung vom 01.01.2015, S.12
- „Terrormiliz Boko Haram verübte Massaker in Baga Hunderte Tote befürchtet Islamisten-Blutbad in Nigeria!“, In: Kronen Zeitung vom 09.01.2015, S.16
- „Neuer Streit um Flüchtlinge steht bevor“, In: Kronen Zeitung vom 17.01.2015, S.2 und S.3
- Gnam, Peter: „Schicken wir Häupl und die grüne Vassilakou in Pension“, In: Kronen Zeitung vom 17.01.2015, S.5
- „Strafen bis 1000 Euro“, In: Kronen Zeitung vom 27.01.2015, S.2
- Gnam, Peter: „Jetzt droht totales Chaos im Asyl-Konflikt“, In: Kronen Zeitung vom 27.01.2015, S.2
- Gnam, Peter: „ALLE aufnehmen wird nicht gehen!“, In: Kronen Zeitung vom 27.01.2015, S.2
- Papacek, Oliver: „60 Prozent mehr Asylanträge Personal wird aufgestockt“, In: Kronen Zeitung vom 27.01.2015, S.2
- Loibnegger, Klaus: „Balkan als Schleuse des Terrors“, In: Kronen Zeitung vom 27.01.2015
- Gnam, Peter: „Demo-Wahnsinn endlich stoppen: Kostet Millionen, terrorisiert Bürger“, In: Kronen Zeitung vom 04.02.2015, S.2
- „Flüchtlinge im Tourismus...“, In: Kronen Zeitung vom 12.02.2015, S.16
- „Prozess im Umfeld von IS und Syrien: "Ich bin kein Terrorist““, In: Kronen Zeitung vom 12.02.2015, S.26
- „Zurück in den Kosovo per „Luftbrücke““, In: Kronen Zeitung vom 12.02.2015, S.20
- Ramsauer, Sandra: „Serbien gewährt Korridor in den Kosovo“, In: Kronen Zeitung vom 20.02.2015, S.12
- Ramsauer, Sandra: „Kommt zurück, bevor die Lage völlig eskaliert“, In: Kronen Zeitung vom 20.02.2015, S.12
- „17 Flüchtlinge auf Autobahn“, In: Kronen Zeitung vom 20.02.2015, S.18
- Schmitt, Richard: „In Wien bereits 1910 „Illegale““, In: Kronen Zeitung vom 20.02.2015, S.22
- Gnam, Peter: „16 Asylwerber und ein Aufstand der Bürger/ Wie starb Jörg Haider?“, In: Kronen Zeitung vom 28.02.2015, S.2
- Loibnegger, Klaus: „Austro-Asylant als Top-Terrorist“, In: Kronen Zeitung vom 28.02.2015, S.14
- „Überleben zwischen den Fronten: Rotes Kreuz hilft in Ukraine-Krise“, In: Kronen Zeitung vom 28.02.2015, S.18
- „Griechischer Minister droht Europa mit Flüchtlingswelle“, In: Kronen Zeitung vom 10.03.2015, S.4
- „Flüchtlinge ausgesetzt“, In: Kronen Zeitung vom 03.04.2015, S.18

- Loibnegger, Klaus: „Rekordansturm aus Irak und Syrien“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2015, S.12
- Loibnegger, Klaus: „Terror-Arzt droht Auslieferung Anwalt appelliert an die UNO!“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2015, S.14
- Pándi, Claus: „Nach der Trauer“, In: Kronen Zeitung vom 21.04.2015, S.2
- Pándi, Claus: „Nach Flüchtlingsdrama: „Entwicklungshilfe neu“, In: Kronen Zeitung vom 21.04.2015, S.2
- „„Stoppt das Massensterben“, In: Kronen Zeitung vom 21.04.2015, S.4
- Hauenstein, Christian: „Eine halbe Million will heuer nach Europa!“, In: Kronen Zeitung vom 21.04.2015, S.4
- Trost, Ernst: „Im Elend“, In: Kronen Zeitung vom 29.04.2015, S.5
- Vetter, Doris: „2000 Dollar für Höllenfahrtins Ungewisse“, In: Kronen Zeitung vom 07.05.2015, S.2
- Matzl, Christoph: „Zeltstädte & Großquartier als Notlösung für Asyl-Problem!“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.2
- Pándi, Claus: „Chaos“, In: Kronen Zeitung vom 15.05.2015, S.2
- „Hafen zum Verkauf“, In: Kronen Zeitung vom 23.05.2015, S.4
- „Gegen Zelte“, In: Kronen Zeitung vom 02.06.2015, S.3
- „Extremisten unter Einwanderern nach Norwegen“, In: Kronen Zeitung vom 02.06.2015, S.6
- Pándi, Claus: „Durcheinander im Kinderzimmer“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.3
- „Steirisches Koalitionskarussell mit SPÖ, ÖVP und Freiheitlichen“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.2
- „„Die Zeltstädte müssen weg!“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.3
- „Grassierender Rassismus in Ungarn“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.4
- „102.000 Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.4
- „Protestmarsch zur Ministerin“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.12
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 10.06.2015, S.16
- Vettermann, Doris: „Asyl: Vorbereitungen für Öffnung der Kasernen“, In: Kronen Zeitung vom 18.06.2015, S.4
- „Ungarn: Grenzzaun“, In: Kronen Zeitung vom 18.06.2015, S.6
- Ramsauer, Sandra/Tikal, Paul: „Neue Turbulenzen bei Asylfällen“, In: Kronen Zeitung vom 18.06.2015, S.16
- Vettermann, Doris: „Im Großen wie im Kleinen“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.3
- Vettermann, Doris: „Die Suche nach Quartieren für Flüchtlinge geht weiter“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.2 und S.3
- Wailand, Georg: „EU hat auch keine Energie-Strategie“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.8
- „30 Schlepper-Opfer an Grenze gestoppt“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.18
- „61 Schlepper-Opfer waren in zwei Autos“, In: Kronen Zeitung vom 26.06.2015, S.18
- Gnam, Peter: „Neue Suche nach Asyl-Quartieren „Geheimtreffen“ nach Gipfel-Fiasko „Angst der Menschen ernst nehmen“ Fußball-Startrainer als Philosoph“, In: Kronen Zeitung vom 04.07.2015, S.2
- Loibnegger, Klaus: „Attentäter von Tunesien hatte Kontakte in Wien“, In: Kronen Zeitung vom 04.07.2015, S.14
- Dedagic, Maida: „Bub spendet alle Spielsachen“, In: Kronen Zeitung vom 04.07.2015, S.22
- „Neue Asyl-Zeltlager bezogen“, In: Kronen Zeitung vom 06.07.2015, S.4
- Gnam, Peter: „Die Lüge vom Schlaraffenland“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.7
- Gnam, Peter: „SOS-Mitmensch zündelt in der Flüchtlingsfrage – Pröll kontert“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.7
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.16
- Loibnegger, Klaus/Perry, Mark: „Flüchtling (16) ertrinkt in Donau“, In: Kronen Zeitung vom 14.07.2015, S.20
- „Flüchtlingspakt mit Nachbarn besiegelt“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.4
- Loibnegger, Klaus: „Vor 139 Tagen in Wüste entführt: Keine Spur zu heimischer Geisel“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.10
- „Abkühlung für Flüchtlingskinder“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.14
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.16
- Dedagic, Maida: „„Weil auch ich ein Wiener bin!“, In: Kronen Zeitung vom 22.07.2015, S.24
- Gnam, Peter: „Gelobtes Land?“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2015, S.2
- Gnam, Peter: „Der Euro-Tunnel als Flüchtlings-Todesfalle“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2015, S.2
- Vettermann, Doris: „Asyl-Frist für Länder läuft ab: Traiskirchen vor Aufnahmestopp“, In: Kronen Zeitung vom 30.07.2015, S.2

- „Asyl: Noch immer 1500 ohne Bett“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2015, S.2
- Schmitt, Richard: „Team Stronach: „Soldaten in den Syrien-Einsatz schicken““, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2015, S.2
- Loibnegger, Klaus: „Das irre Leben von Mohamed M.“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2015, S.12
- Schmitt, Richard: „Deutlich weniger Überfälle und Taschendiebe“, In: Kronen Zeitung vom 07.08.2015, S.22
- Vettermann, Doris: „Traiskirchen-Bericht: „Selbst verschuldetes Systemversagen““, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2
- „Minister will Leistungen für Asylwerber reduzieren“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2
- „„Aus Krise herausinvestieren““, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2
- „Bundeswehr erstellt Profile von Flüchtlingen“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.2
- „Die 10 Wettbewerbsvorteile der FPÖ“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.6
- Haginger, J.: „Asylwerber auf der Autobahn: Bayern haben nun Warnsystem“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.14
- Loibnegger, Klaus: „IS-Milizkassiert „eigene“ Flüchtlinge ab“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.15
- Ramsauer, Sandra: „Kind muss bei Attacke zusehen“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.15
- Chalupka, Michael: „Liebe und Hass Von Gott und der Welt“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.18
- Schönherr, Alex: „Keine weiteren Quartiere mehr“, In: Kronen Zeitung vom 15.08.2015, S.28
- Schmitt, Richard: „Bayern sauer: Jetzt schärfere Grenzkontrollen“, In: Kronen Zeitung vom 17.08.2015, S.2
- Loibnegger, Klaus: „IS finanziert Dschihad mit Schlepperei“, In: Kronen Zeitung vom 17.08.2015, S.16
- Hauenstein, Christian: „Asyl-Krise: Minister Kurz fordert die EU zum Handeln auf!“, In: Kronen Zeitung vom 25.08.2015, S.2 und S.3
- „Asyl-Einsatzgruppe berät heute Heeresaktion für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 25.08.2015, S.3
- „Vizekanzler im Sommertalk“, In: Kronen Zeitung vom 25.08.2015, S.4
- Perry, M./Grammer, K./Schulter, Ch.: „Unfall drama bei Schlepperkonvoi – 37 Verletzte“, In: Kronen Zeitung vom 25.08.2015, S.10
- „Regierung geht in Klausur und denkt über die Asylfrage nach“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.2
- Hauenstein, Christian: „Millionen im Nahen Osten am Sprung in die EU“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.4
- Hauenstein, Christian: „Die ganze Welt ist gefordert“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.5
- „Völkerwanderung hält den ganzen Kontinent in Atem“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.6
- Papacek, Oliver/Ramsauer, Sandra/Grammer, Karl/Matzl, Christoph/Schiel, Andi/Budin, Christoph: „„Wollen den Flüchtlingen einfach nur helfen““, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.8
- „24 Afghanen aus „Gitter-Bus“ befreit“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.8
- „Todes-Schlepper war auch Räuber“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.8
- „Die Arbeitslosenrate steigt ungebremst“, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.11
- Schmitt, Richard: „„Grenzzäune nicht unmoralisch““, In: Kronen Zeitung vom 02.09.2015, S.16
- Vettermann, Doris: „Asylkrise: „Die EU ist in keinem guten Zustand““, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2015, S.4
- „Geldbußen für EU-Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen“, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2015, S.4
- Loibnegger, Klaus: „Schlepper reisten aus Österreich an“, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2015, S.18
- Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 10.09.2015, S.24
- „Abendessen in Brüssel statt EU-Sondergipfel“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.2 und S.3
- Pándi, Claus: „Narrenkäfig“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.3
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.4
- „„Alarmstufe Rot“ an unseren Grenzübergängen“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.4 und S.5
- „Ägyptischer Milliardär will Insel für Flüchtlinge kaufen“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.8
- Brandl, G./Budin, C.: „Cobra-Einsatz in Hotel von NEOS-Politiker Schellhorn“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.18
- Halouska, Alexandra/Schönherr, Alex: „Asyl auf Areal der Nationalbank“, In: Kronen Zeitung vom 18.09.2015, S.32
- Vettermann, Doris: „Diffiziler Besuch: Aussprache ohne Annäherung“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.2

- Schmitt, Richard: „Anti-Terror-Experte warnt vor IS-Gefahr“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.14
- Matzl, Christoph: „Im Krisenfall ist auf unser Heer Verlass“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.14
- „Stationen einer Flucht erleben“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.14
- Loibnegger, Klaus: „Österreich wurde zum Marktplatz für falsche Reisepässe“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.14
- „Stadt meistert Flüchtlingskrise“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S.26
- Schmitt, Richard: „Anti-Terror-Experte warnt vor IS-Gefahr“, In: Kronen Zeitung vom 26.09.2015, S. 14
- Pommer, Michael/Vettermann, Doris: „Häupl gegen Strache: TV-Duell endet unentschieden“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015 S.2
- Hauenstein, Christian: „Türkei und EU: Machtpoker in der Asyl-Krise!“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015 S.4
- Pándi, Claus: „Asylwerber-„Hotspot“ als EU-Drehtür für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015, S.4
- Matzl, Christoph: „Tausende Flüchtlinge noch in Warteschlange“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015, S.16
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015, S.16
- Pommer, Michael: „Miese Gerüchte um Flüchtlinge in Klinik“, In: Kronen Zeitung vom 06.10.2015, S.22
- Gnam, Peter: „Hochexplosiver Polit-Sprengstoff“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.2015, S.2
- Schumi, Manfred: „Offen gesprochen“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.2015, S.6
- „Ein Tag mit Frieda Nagl: Jetzt wird Wutoma zum Fernsehstar“, In: Kronen Zeitung vom 14.10.2015, S.12
- Hauenstein, Christian: „Assad bei Putin im Kreml Entscheidungsschlacht um Aleppo“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.2015, S. 2
- Hauenstein, Christian: „Slowenien: Asylantensetzen Zeltlager in Brand!“I, n: Kronen Zeitung vom 22.10.2015, S. 2
- Schwab, Alexander: „Auf dem Weg nach Kärnten Zug mit 150 Asylwerbern gestoppt“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.2015, S.4
- Niederl, Manfred/Stockner, E./Grammer, Karl: „Chaos an Grenzübergang in Spielfeld!“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.2015, S.4
- Vettermann, Doris: „Deutschland greift hart durch“, In: Kronen Zeitung vom 22.10.2015, S.7
- Gnam, Peter: „Schwarzer Peter für Österreich?“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.2
- Gnam, Peter: „Eine Völkerwanderung, die vorerst nicht zu stoppen ist“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.2
- „John Kerry will „einen Weg aus der Hölle finden“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.6
- „Wirtschaft will Senkung der Lohnnebenkosten“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.8
- „Entführter Flüchtling Mohamed (4) ist tot“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.12
- Papacek, Oliver: „Die Kollegensind ebenso überfordert wie wir“, In: Kronen Zeitung vom 30.10.2015, S.14
- Schmitt, Richard: „Großer Streit um kleinen Zaun“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.2
- Seinitz, Kurt: „Klartext“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.4
- „Deutscher Flüchtlingsplan fix“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.5
- Budin, Christian/Perry, Mark: „Anschlag“ mit Auto auf Flüchtlingsheim“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.12 und S.13
- Crepaz, F.: „Flüchtlinge sind sehr dankbar“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.12
- Loibnegger, Klaus: „2 Täter in Haft: Schlepperbande schleuste 400 Illegale in die EU“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S. 16 und S.17
- Münzer, Martina: „Bus-Chauffeure sind am Limit“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.17
- „24 Flüchtlinge befreit“, In: Kronen Zeitung vom 07.11.2015, S.16
- Vettermann, Doris: „Das wahre Gesicht“, In: Kronen Zeitung vom 09.11.2015, S.2
- „Nächste Welle „ab Mittwoch“, In: Kronen Zeitung vom 09.11.2015, S.2
- Gnam, Peter: „Wer aller kommt in unser Land?“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2015, S.6
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 17.11.2015, S.10
- Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.2015, S.6
- „Terror: Regierung ringt um Linie“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.2015, S.6 und S.7
- „Junger Afghane raubt Landsmann das Handy“, In: Kronen Zeitung vom 25.11.2015, S.16
- Loibnegger, Klaus: „Islamisten in Italien: „Kamen über Wien“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2015, S.14

- „Großschlag gegen Schlepper-Mafia“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2015, S.14
- Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 03.12.2015, S.22
- Gnam, Peter: „Bei den Kosten für Flüchtlinge Grenze der Belastbarkeit erreicht“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.2
- „Neue Lehrstellen für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.8
- Münzer, Martina/Loibnegger, Klaus: „Neues Schleusensystem für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.14
- Papacek, Oliver/Schiel, Andi/Hitz, F: „In Asylwerber-Heim 2 Pistolen entdeckt!“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.14
- Schönauer, Erich: „Flüchtlingshaus wird trotz Explosion fertig“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.20
- Pommer, Michael/Kubicek, Isabella: „Budget: Wo in Wien nicht gespart wird!“, In: Kronen Zeitung vom 11.12.2015, S.24
- Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.2
- Seinitz, Kurt: „Klartext“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.4
- „Generaldirektor auf Besuch in Spielfeld“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.12
- Chalupka, Michael: „Jesus auf der Flucht“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.16
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S. 18
- Kubicek, Isabella: „Christkind sorgt für große Augen bei Flüchtlingskindern in Asylheim“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.22
- „Mariahilfer ist Wiener Zivildienstler des Jahres“, In: Kronen Zeitung vom 19.12.2015, S.24
- Gnam, Peter: „Keine EU-Hilfsgelder für Länder, die keine Flüchtlinge nehmen!“, In: Kronen Zeitung vom 21.12.2015, S.2
- Gnam, Peter: „Bastelt da einer an Schwarz-Blau?“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2015, S.5
- „Kärnten wurde zur Drehscheibe für 3000 Flüchtlinge pro Tag“, In: Kronen Zeitung vom 29.12.2015, S.5
- „Todes-Schwimmwesten für Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.2
- Gnam, Peter: „Eine Treibjagd und die Folgen“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.2
- Schmitt, Richard: „Blitz-Reform der Sozialhilfe fix: Weniger Geld für Flüchtlinge?“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.2
- Bischofsberger, Cornelia: „Traurige Wahrheit“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.14
- Papacek, Oliver: „„Wir Frauen lassen uns keinen Millimeter einschränken““ [Interview mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Anm.], In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.14
- „Kurioser Clip soll Flüchtlingen helfen“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.28
- „Schnitten heizen“, In: Kronen Zeitung vom 08.01.2016, S.28
- Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.2
- Vettermann, Doris: „Wer wird denn streiten?“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.3
- „Schon an der Grenze abweisen“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.3
- Seinitz, Kurt: „Schweiz holt von Asylanten Kostenanteil, wenn sie über 1000 Franken besitzen“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.4
- „Böse Polit-Posse um Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.4
- „Erstes Schwimmhallen-Verbot für die männlichen Flüchtlinge“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.4
- „Die Schattenwirtschaft soll auf 20 Mrd. € sinken“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.10
- Prewein, Martina: „Eine Stadt im Ausnahmezustand“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.14 und S.15
- „„Fall Köln“ schockt viele Asylwerber und Österreicher mit Migrationshintergrund“, In: Kronen Zeitung vom 16.01.2016, S.16
- Gnam, Peter: „„Schicken wir doch Brüssel die Rechnung für die Flüchtlinge“!“, In: Kronen Zeitung vom 18.01.2016, S.2
- Papacek, Oliver: „Asylwerber als Sextäter: Von Security gefasst!“, In: Kronen Zeitung vom 18.01.2016, S.8
- Pándi, Claus: „Aus dem Hintergrund“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.2 und S.3
- „Fünf Afghanen auf Beutezug“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.16
- „Flüchtling schlug Betreuer nieder“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.20
- Gantner, Christoph: „Sex-Täter aus Hallenbad auf freiem Fuß“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.20
- Pommer, Michael: „Die Wiener SPÖ ringt um klare Flüchtlings-Linie“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.22

- Schönherr, Alex/Dedagic, Maida: „Gratisöffis für 10.000 Flüchtlinge in Wien?“, In: Kronen Zeitung vom 26.01.2016, S.24
- Gnam, Peter: „Arme gegen Ärmere“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.2
- Pándi, Claus: „Chaos um Zahl der Abschiebefälle“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.3
- „Sanktionen-Vertrag für mangelnde Integration“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.2
- Pommer, Michael: „Nur sechs Ärzte für 464 kranke Kinder“, In: Kronen Zeitung vom 03.02.2016, S.20
- „Gepolter gegen alles, was nicht blau ist“, In: Kronen Zeitung vom 11.02.2016, S.6
- Perry, Mark: „Anzahl gefälschter Pässe von Flüchtlingen wird ansteigen!“, In: Kronen Zeitung vom 11.02.2016, S.14
- „Elmayer Kränzchen für den guten Zweck“, In: Kronen Zeitung vom 11.02.2016, S.18
- Schmidt, Richard: „Wie im Wohnbau blockiert wird“, In: Kronen Zeitung vom 11.02.2016, S.26
- Pommer, Michael: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 11.02.2016, S.28
- „Vergeltungseinmarsch in Syrien?“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.6
- „Faymann verteidigt auf dem EU-Gipfel unsere Obergrenzen“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.6
- „Flüchtlinge in Duschen gefilmt – Ermittlungen!“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.14
- Jeannée, Michael: „Post von Jeannée“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.18
- Lassnig, Matthias/Matzl, Christoph: „Polizei fasst Asylwerber mit Ehrenkreuz!“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.18
- Hitz, Florian: „Großrazzia gegen Straßendealer entlang der „Drogen-U-6“ in Wien“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.22
- „Wien: Notquartier wurde geschlossen“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.26
- „In Freizeit brutales Räuberduo gestoppt“, In: Kronen Zeitung vom 19.02.2016, S.30
- Pándi, Claus: „Europäisches Trugbild“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.2
- Pándi, Claus: „EU-Kommission versagt in Flüchtlingskrise“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.2 und S.3
- Seinitz, Kurt: „Österreich am Pranger“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.4
- Vettermann, Doris: „Nächste Provokation aus Athen“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.4
- Seinitz, Kurt: „Asoziale Netzwerke“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.6
- Seinitz, Kurt: „Insel des Friedens in einem Meer aus Hass und Krieg!“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.6 und S.7
- Bischofsberger, Conny: „Zweierlei Leid“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.20
- Pommer, Michael: „Semmelweis, Singapur und eine gewisse Grundloyalität“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.24
- „12.000 Kompetenzchecks für die Flüchtlinge in Wien“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.26
- Kubicek, Isabella: „Aufregung um neue Bauordnung“, In: Kronen Zeitung vom 27.02.2016, S.26
- „800.000 über Grenze“, In: Kronen Zeitung vom 29.02.2016, S.2
- Vettermann, Doris: „Athen: Bald 200.000 Flüchtlinge?“, In: Kronen Zeitung vom 29.02.2016, S.2
- Hitz, Florian: „Angriff mit Klappmesser, Stein: Polizei jagt kriminelle Asylwerber“, In: Kronen Zeitung vom 29.02.2016, S.12
- Vettermann, Doris: „Asylkrise: Jetzt totaler Machtkampf in EU“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.2016, S.2
- Papacek, Oliver: „Nach Messerstichen in Wien: Tschetschenen wollen „Frieden“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.2016, S.18 und S.19
- „Flüchtling warf sich vor Auto“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.2016, S.18
- „Drogenring schmuggelte über Balkanroute 60 Kilo Suchtgift“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.2016, S.20
- „Kirche gegen „Asyl-Demo“, In: Kronen Zeitung vom 08.03.2016, S.26
- Gnam, Peter: „Grüne toben über „Grenzen zu“ und wollen sofortige Öffnung!“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.2016, S.3
- Schmitt, Richard: „Warnung vor Pakt mit der Türkei“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.2016, S.2 und S.3
- Loibnegger, Klaus/Ramsauer, Sandra: „Flucht-Anleitung führte in den Tod“, In: Kronen Zeitung vom 16.03.2016, S.12
- „Trotz Abkommen mit der Türkei reißt Flüchtlingsstrom nicht ab“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.12
- Gnam, Peter: „Der Präsident als ruhender Pol“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.13
- Schmitt, Richard: „Wiener Melange“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.32

- Pommer, Michael: „„Billig-Öffis“ für die Flüchtlinge kosten 170.000 Euro pro Monat!“, In: Kronen Zeitung vom 24.03.2016, S.32
- „Staatsschulden steigen auf neues Rekordniveau“, In: Kronen Zeitung vom 01.04.2016, S.8
- „Priester verspielt Spendengeld“, In: Kronen Zeitung vom 01.04.2016, S.10
- „66 Flüchtlinge letztes Jahr an Tbc erkrankt“, In: Kronen Zeitung vom 01.04.2016, S.18
- „Asylant erschlich sich Unterstützung“, In: Kronen Zeitung vom 01.04.2016, S.28
- Dedagic, Maida: „Wien rüstet auf: Schulungen gegen Sex-Attacken in Bädern“, In: Kronen Zeitung vom 09.04.2016, S.24
- „15 Flüchtlinge arbeiten ab 4. Mai im City-Lokal Habibi & Hawara“, In: Kronen Zeitung vom 09.04.2016, S.24
- Gnam, Peter: „Asylfrage entscheidet die Präsidenten-Wahl“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.2
- Gnam, Peter: „Zwei Welten in der Asylpolitik“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.2
- „Tränengas-Schlacht bei Flüchtlingssturm auf Balkanroute“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.4
- „Türkei-Pakt wirkt“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.4
- „IS-Terrorist von Mumbai sitzt in Salzburger U-Haft“, In: Kronen Zeitung vom 11.04.2016, S.12
- Gnam, Peter: „Politik inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.2
- Hauenstein, Christian: „Hunderte Migranten ertrunken!“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.4
- Budin, C./Kappes, M./Tschopp, Markus: „Grenzen zu – aber Asylzahlen steigen“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.12
- „Brennpunkt Traiskirchen: Messerangriff und Drogen“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.12
- Pommer, Michael: „Bäder rüsten auch technisch auf“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.22
- „Vom Bund gab es keinen Cent“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.22
- „Schlepper warb über Facebook um Kunden“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.24
- „FPÖ marschiert in Floridsdorf gegen Massenquartiere auf!“, In: Kronen Zeitung vom 19.04.2016, S.24
- Gnam, Peter: „Politik Inoffiziell“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.2
- Vettermann, Doris: „Häupl gibt Regierung nur noch ein Jahr“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.2
- „Wie sich die Regierung noch retten will“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.4
- „Trotz Mehrausgaben soll unser Budgetdefizit bis 2020 sinken“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.7
- Loibnegger, Klaus: „Norwegen „lockt“ Flüchtlinge: 3250 € für freiwillige Heimreise“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.14
- „Aus Angst: Schlepper will nicht in ein griechisches Gefängnis“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.16
- Münzer, M./Schönauer, E.: „Fünf Verletzte in Wien bei zwei Bandenkriegen binnen 24 Stunden“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.18
- „„Ich wollte Hände nicht mit Blut beschmieren““, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.30
- „Bub in Hallenbad vergewaltigt: Flüchtling drohen 15 Jahre Haft“, In: Kronen Zeitung vom 27.04.2016, S.30

9.5.2. Die Presse

- „Neue Verfassung für Albanien, aber weiter Massenflucht“, In: Die Presse von 02.01.1991, S.1 und S.2
- „Warten auf Zeitalter des Friedens“, In: Die Presse von 02.01.1991, S.1 und S.2
- „Zuversicht und Sorge in den Ansprachen der Bischöfe“, In: Die Presse von 02.01.1991, S.5
- Kadi, Manfred: „Für Sipötz sind Teile der VP „nicht zuverlässig“ Landeschef zur Regierungsbildung: Optik ist ruiniert“, In: Die Presse von 02.01.1991, S.5
- „Posten-Aufstockung offen“, In: Die Presse vom 09.01.1991, S.6
- Gamillscheg, Hannes: „Skandinavien fordern: „Schluss mit der Gewalt“ vom 17.01.1991, S.2
- Bitzan, Gerhard: „Zwischen den Fronten“, In: Die Presse vom 17.01.1991, S.4
- Neuwirth, Dietmar: „Flüchtlinge: Zilk nun doch gegen Löschnak „Lehne Klagedrohung als Rohstaberl ab“ [Interview], In: Die Presse vom 17.01.1991, S.6
- „Flüchtlinge“ In: Die Presse vom 17.01.1991, S.6 [InKürze]
- Böhm, Wolfgang: „CSFR muss Grenzen offenhalten“, In: Die Presse vom 25.01.1991, S.2
- „Ordnung in die Menschenströme“ In: Die Presse vom 25.01.1991, S.2

- „Kroatien: Belgrads Armee tritt an Wien fürchtet Bürgerkrieg an der Grenze In: Die Presse vom 25.01.1991, S.2
- „Flucht aus dem Irak wird zum Alptraum“, In: Die Presse vom 04.02.1991, S.2
- „Dies ist kein UN-Krieg, aber ein legaler Waffengang“, In: Die Presse vom 12.02.1991, S.5
- Bitzan, Gerhard: „Teheran lobt sowjetischen Friedensplan Velajati: Irak wird aus Kuwait abziehen, In: Die Presse vom 20.02.1991, S.2
- Zehrer, Peter: „Jeder Angriff schneidet dir ins Herz“ In: Die Presse vom 20.02.1991, S.3
- „Wien: Kurden belagerten Innenministerium“ In: Die Presse vom 20.02.1991, S.20
- „Sie haben gefoltert, gemordet und geplündert Grenzenloser Jubel und tiefer Haß auf Saddam im befreiten Kuwait“ In: Die Presse vom 28.02.1991, S.4
- Philipp, Peter: „Israel will Frieden“ In: Die Presse vom 28.02.1991, S.4
- „Neue blutige Zusammenstöße in Tirana“, In: Die Presse vom 08.03.1991, S.2
- Zehrer, Peter: „Wir brauchen jetzt alle Fachleute dieser Welt“, In: Die Presse vom 08.03.1991, S.3
- „Heftige Kämpfe im Irak“ In: Die Presse vom 08.03.1991, S.6
- Müller, Heinz: „Mißbrauchte Rumänin wird nicht abgeschoben“, In: Die Presse vom 08.03.1991, S.9
- „Anwalt bestätigt Amnesty-Vorwürfe“, In: Die Presse vom 16.03.1991, S.22
- Köster-Hetzendorf, Maren: „Qual-Wahlen in Albanien“, In: Die Presse vom 26.03.1991, S.1
- „Polizeigewalt in Albanien gegen Flüchtlinge“ In: Die Presse vom 26.03.1991, S.2
- Amstutz, Peter: „Den Kollaps vermeiden“, In: Die Presse vom 26.03.1991, S.5
- „Sicherheitsrat erörtert erstmals Lage der Irak-Kurden“, In: Die Presse vom 03.04.1991, S.2
- Schwarz, Andreas: „Baker ringt in Kairo um Nahostfrieden Irak stoppt Angriffe auf Kurden“ In: Die Presse vom 11.04.1991, S.1 und S.5
- Unterberger, Andreas: „Österreich und der Völkermord“ In: Die Presse vom 11.04.1991, S.1
- „300.000 vom Tod bedroht“ In: Die Presse vom 11.04.1991, S.5
- „Asylwerber werden auf Dauer teuer Flughafen kritisiert Ministerium“ In: Die Presse vom 11.04.1991, S.22
- Schwarz, Andreas: „Verkabelte Weltmachtspolitik“ In: Die Presse vom 19.04.1991, S.1
- „Tausenden Kambodschanern droht Hungertod“, In: Die Presse vom 19.04.1991, S.2
- Goerdeler, Carl D.: „Steiniger Pfad zum Frieden“, In: Die Presse vom 19.04.1991, S.4
- „Bagdad beugt sich Ultimatum der Alliierten“, In: Die Presse vom 27.04.1991, S.2
- Cebulla, Manuel: „Albanien lernt Demokratie“, In: Die Presse vom 27.04.1991, S.4
- Venzky, Gabriele: „Demokratie für den Punjab?“ In: Die Presse vom 27.04.1991, S.4
- „Unruhen und Tote in Albanien“, In: Die Presse vom 29.04.1991, S.2
- „Schutzzone wird vergrößert“, In: Die Presse vom 29.04.1991, S.2
- „Begrenzter Schießbefehl für die Armee“, In: Die Presse vom 07.05.1991, S.1
- Lenhardt, Dieter: „Kurden, Bengalen, Serben und Kroaten“, In: Die Presse vom 07.05.1991, S.1
- „Schutzzone ausgeweitet“, In: Die Presse vom 07.05.1991, S.2
- Gamillscheg, Hannes: „Beschämender Zank um die Kurdenhilfe“ In: Die Presse vom 07.05.1991, S.5
- Engelbrecht, Helga: „Schwere Panzer gegen bloße Fäuste“ (letzter Absatz), In: Die Presse vom 31.05.1991, S.3
- Remde, Achim: „Amerikanischer Verrat?“ In: Die Presse vom 31.05.1991, S.5
- Scheidel, Hans-Werner: „Zuwanderer ein Tanz um den heißen Brei“ In: Die Presse vom 31.05.1991, S.6
- „Asylpolitik: Zilk kündigt „Kampf“ gegen Löschnak an“, In: Die Presse vom 31.05.1991, S.6
- Riedler, Monica: „Panzer durch die Straßen: Das ist wie in der UdSSR“, In: Die Presse vom 08./09.06.1991, S.4
- Bischof, Burkhardt: „Die vergessene Katastrophe“ In: Die Presse vom 08./09.06.1991, S.4
- Unterberger, Andreas: „So eine Eintagsfliege ist das nicht“ [Interview], In: Die Presse vom 04.07.1991, S.3
- Unterberger, Andreas: „Für zehntausende Flüchtlinge bereit“, In: Die Presse vom 04.07.1991, S.4
- Bauer, Josef-Martin: „Die Menschen hier haben Angst“ In: Die Presse vom 04.07.1991, S.4
- Hill, Roland: „Großbritannien will Asylrecht verschärfen“ In: Die Presse vom 04.07.1991, S.5
- „Südlibanon: Armee drückt auf PLO-Stellungen“, n: Die Presse vom 04.07.1991, S.5
- Böhm, Wolfgang: „Natürlich auf den Arbeitsmarkt Rücksicht nehmen“, In: Die Presse vom 12.07.1991, S.4
- Stäcker, Dieter: „Nur eine weiße Lenin-Büste bleibt zurück“, In: Die Presse vom 20./21.07.1991, S. 4

- „Versuchte Selbstverbrennung vor dem Parlament in Wien“, In: Die Presse vom 20./21.07.1991, S. 20
- „Bagdad erläßt Amnestie“, In: Die Presse vom 22.07.1991, S.2
- Zehrer, Peter: „Ausbildung, Bewaffnung: Nicht-Genügend“, In: Die Presse vom 22.07.1991, S.3
- Böhm, Wolfgang: „Skepsis in Kroatien“, In: Die Presse vom 30.07.1991, S.4
- Müller, Heinz: „Ärztin kehrte aus Kurdenlager im Iran zurück: „Flüchtlinge mit Peitschen auf LKW getrieben““, In: Die Presse vom 30.07.1991, S.18
- „Schweiz nimmt Kurden auf“ In: Die Presse vom 30.07.1991, S.18
- „Visa lösen Debatte um Zuwanderer aus“, In: Die Presse vom 07.08.1991, S.2
- „Kroatien: Ungewißheit um Waffenruhe EG denkt an Jugoslawien-Konferenz“, In: Die Presse vom 14./15.08.1991, S.2
- „Massive Hilfe Italiens an Albanien“ In: Die Presse vom 14./15.08.1991, S.2
- Gerner, Peter: „Rechtloses Strandgut des Golfkriegs“, In: Die Presse vom 14./15.08.1991, S.3
- „Sowjethilfe statt Rüstung?“, In: Die Presse vom 31.08./01.09.1991, S.2
- Reischl, Gerald: „Arbeitsstrich im Dickicht der Büsche 700 illegale Flüchtlinge hausen in Pappkartons in der Au“, In: Die Presse vom 31.08./01.09.1991, S.20
- „Libanon und Syrien“, In: Die Presse vom 02.09.1991, S.2
- „Behörden für kroatischen Flüchtlingsstrom gerüstet“, In: Die Presse vom 02.09.1991, S.16
- „Erste EG-Beobachter im Kampfgebiet Kroatiens“, In: Die Presse vom 10.09.1991, S.1
- „Verkehrsunfall“, In: Die Presse vom 10.09.1991, S.20
- „Agram: Kämpfe trotz „Waffenstillstands““, In: Die Presse vom 18.09.1991, S.2
- Köster-Hetzendorf, Maren: Alexander-Torte und Karadjordjevic-Schnitzel, In: Die Presse vom 26.09.1991, S.3
- Winkler, Katja: „Das Heer und seine leeren Kasernen“, In: Die Presse vom 12.10.1991, S.21
- „Armeebeschuß behinderte Hilfskonvoi“, In: Die Presse vom 14.10.1991, S.2
- „Vietnam-Flüchtlinge werden abgeschoben“, In: Die Presse vom 22.10.1991, S.2
- „Löschnak als „Sorgenkind““, In: Die Presse vom 22.10.1991, S.5
- Lahodynsky, Otmar: „Offensichtlich unbegründete“ Anträge rasch erledigen Wie die Zwölf der Asylströme Herr werden wollen“, In: Die Presse vom 22.10.1991, S.17
- „Einwanderung: Europarat warnt vor Anwerbepolitik“, In: Die Presse vom 30.10.1991, S.2
- „Mesic im Schiffskonvoi nach Dubrovnik Höchste Alarmstufe für Ungarns Luftwaffe“, In: Die Presse vom 30.10.1991, S.2
- König, Ewald: „Flüchtlingsproblem bedrängt Asylländer“, In: Die Presse vom 30.10.1991, S.4
- Stäcker, Dieter: „Wie Hoyerswerda, nur fliegen keine Steine“, In: Die Presse vom 07.11.1991, S.5
- „Kritik am neuen Asylgesetz“, In: Die Presse vom 07.11.1991, S.6
- „Der Wahlkampf-Schwerpunkt Ausländer eint und entzweit zugleich“, In: Die Presse vom 07.11.1991, S.7
- „Serbien stimmt Einsatz von Blauhelmen zu“, In: Die Presse vom 15.11.1991, S.2
- Böhm, Wolfgang: „Geduldete Ausländer-Illegalität“, In: Die Presse vom 15.11.1991, S.3
- „Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 23./24.11.1991, S.2
- Müller, Heinz: „Auch die Mutter hat Delgash gewürgt“ Eltern töteten Fünfjährigen gemeinsam“, In: Die Presse vom 23./24.11.1991, S.22
- „Spendenaktion für Kinder in Kroatien und Slowenien“, In: Die Presse vom 23./24.11.1991, S.22
- Martos, Peter: „Vergangenheitsbewältigung - anderswo“ In: Die Presse vom 25.11.1991, S.1
- „Saddam attackiert Kurden“, In: Die Presse vom 25.11.1991, S.2
- „Auch der 14. Waffenstillstand hält nicht“, In: Die Presse vom 25.11.1991, S.2
- Kadi, Manfred: „Fuhrmann über Ausländer: „Volk wurde überfordert““, In: Die Presse vom 25.11.1991, S.5
- Ettinger, Karl: „Flüchtlingslager sperren“ In: Die Presse vom 25.11.1991, S.5
- Amstutz, Peter: „Späte Ehrenrettung für Schweizer Juden-Helfer“, In: Die Presse vom 03.12.1991, S.4
- „Neues Asylgesetz: Nun Klage beim Verfassungsgerichtshof“ Die Presse vom 03.12.1991, S.5
- Schöndorfer, Peter: „Integration auf Ätherwellen“, In: Die Presse vom 11.12.1991, S.17
- „Hilfe für Slowenien und Kroatien voll angelaufen“, In: Die Presse vom 11.12.1991, S.18
- „Flüchtlinge“ [In Kürze Anm.], In: Die Presse vom 19.12.1991, S.2
- Amstutz, Peter: „Am Rande einer Staatskrise“ In: Die Presse vom 19.12.1991, S.4

- „Appelle der Bischöfe: „Herbergssuche ist Wirklichkeit““, In: Die Presse vom 27.12.1991, S.5
- Nach Bürgerkrieg steht El Salvador vor Wirtschaftsmisere Die Presse vom 17.01.1992, S.2
- Ablenkungsmanöver der Militärjunta, In: Die Presse vom 17.01.1992, S.4
- „Tagesschau“, In: Die Presse vom 25.01.1992, S.22
- Übriggebliebene Rationen aus dem Golfkrieg, In: Die Presse vom 25.01.1992, S.1
- „Hochspannung in Bosnien“, In: Die Presse vom 27.01.1992, S.2
- „Türkei“, In: Die Presse vom 27.01.1992, S.2
- „Vor Massenexodus aus Asien?“, In: Die Presse vom 04.02.1992, S.2
- Unterberger, Andreas: „Zwischen Sandsäcken und Spotlights“, In: Die Presse vom 04.02.1992, S.3
- Weigand, Karl: „USA beginnen mit Repatriierung von Haiti-Flüchtlingen“, In: Die Presse vom 04.02.1992, S.4
- „Burma: 200 Flüchtlinge bei Angriff getötet“, In: Die Presse vom 12.02.1992, S.2
- „Grenztote“, In: Die Presse vom 12.02.1992, S.2
- „Abkehr von der "Strategie des Ignorierens" Fischer: Haider spielt nach anderen Regeln“, In: Die Presse vom 20.02.1992, Innenpolitik (S.5?)
- Lenhardt, Dieter: „Im Namen des Rechts“, In: Die Presse vom 09.03.1992, S.1
- Achermann, Ulrich: „Staatskrise in Chile wegen Honecker“, In: Die Presse vom 09.03.1992, S.2
- „Kambodscha unter UN-Verwaltung“, In: Die Presse vom 17.03.1992, S.2
- Venzky, Gabriele: „Hilfloses Bangladesch“, In: Die Presse vom 17.03.1992, S.4
- „Nach der Feueinstellung Rüsten für die Wahlen“, In: Die Presse vom 10.04.1992, Österreich-Chronik
- „Ostermärsche“, In: Die Presse vom 18.04.1992, S.2
- König, Ewald: „"Sie müssen weiter mit mir rechnen" Nach 18 Jahren zurück in die Innenpolitik“, In: Die Presse vom 18.04.1992, S.2
- „"Sandlerprozeß": Zeugen lagen trinkend in der Wiese“, In: Die Presse vom 28.04.1992, Wien-Chronik
- Bitzan, Gerhard: Neues Afghanistan, alte Sitten, In: Die Presse vom 06.05.1992, S.1
- „Vranitzky will Boykott gegen Belgrad verstärken“, In: Die Presse vom 06.05.1992, S.2
- „Deutschland: Zahl der Asylwerber gesunken“
- , In: Die Presse vom 06.05.1992, S.2
- Ettinger, Karl: „Bundesländer lehnen neue Kosten ab, fordern größeren Anteil an Einnahmen“, In: Die Presse vom 14.05.1992, Innenpolitik
- „Ausländer“, In: Die Presse vom 14.5.1992, Wien-Chronik
- Miller, Irene: „Kein Platz für Flüchtlinge?“ In: Die Presse vom 22.05.1992, S.1
- „Flüchtlingshilfe: Mehr Beistand für Agram und Laibach“ In: Die Presse vom 22.05.1992, S.1
- „Flüchtlingskonferenz: Mehr Hilfe für Agram und Laibach“, In: Die Presse vom 22.05.1992, S.2
- König, Ewald: „Deutschland will Visumpflicht beibehalten, aber mildern“ In: Die Presse vom 22.05.1992, S.2
- „Konflikt um Nachitschewan eskaliert Russen und Türken verstärken Grenztruppen“, In: Die Presse vom 22.05.1992, S.2
- „Weiter massive Bedenken gegen verschärftes Asylgesetz“, In: Die Presse vom 22.05.1992, Innenpolitik
- „Schwere Erdbeben in Kirgistan und Pakistan“, In: Die Presse vom 22.05.1992, Tagesschau
- „Am Alsergrund: Ein Achterl Vitamine, bitte!“ n: Die Presse vom 22.05.1992, Wien-Chronik
- Engelbrecht, Uwe: „Aserbaidshans Machtkampf beginnt erst“, In: Die Presse vom 09.06.1992, S.2
- „Krisengipfel über Flüchtlingsstrom Löschnak kritisiert Bundesländer“, In: Die Presse vom 17.06.1992, S. 1
- „Letzte Reserven werden mobilisiert“, In: Die Presse vom 17.06.1992, Innenpolitik
- König, Ewald: „Schwere Verstimmung mit Deutschland“, In: Die Presse vom 17.06.1992, Innenpolitik
- Lohmeyer, Michael: „Wien-Westbahnhof: Endstation Sehnsucht für flüchtende Bosnier“, In: Die Presse vom 17.06.1992, Tagesschau
- „Schwere Kämpfe in Sarajewo“, In: Die Presse vom 25.06.1992, S.2
- Köster-Hetzendorf, Maren: „Sloweniens Demokratie steckt in Fesseln“ In: Die Presse vom 26.06.1992, S.2
- „90 Tote nach Irrfahrt eines Flüchtlingsschiffes“, In: Die Presse vom 26.06.1992, Tagesschau
- Martos, Peter: „Ein neuer Eiserner Vorhang“, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.1
- „Hunderte wurden an den Grenzen abgewiesen Heftige Diskussion um Visum für „Jugoslawen““, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.1

- Köster-Hetzendorf, Maren: „Kritik Kroatiens an Izetbegovic: "Unternimmt nichts, um Krieg zu stoppen““, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.2
- „Dumas: Vor Europa-Gipfel in Österreich?“, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.2
- „Rußland beruhigt Westen“, In: Die Presse vom 03.07.1992, S.2
- Lohmeyer, Michael: „Visum oder Schußverletzung heißt es an der Grenze“, In: Die Presse vom 03.07.1992, Innenpolitik.
- „Proteste von Caritas und den Grünen“, In: Die Presse vom 03.07.1992, Tagesschau
- Fenyi, Tibor: „Die schwarzen Frauen vom Ostbahnhof 100.000 Flüchtlinge warten in Ungarn“, In: Die Presse vom 03.07.1992, Tagesschau
- „Was an der neuen SP wirklich neu ist“, In: Die Presse vom 03.07.1992, Wien-Chronik
- „Flüchtlinge: Konflikt Kirche-Regierung verschärft“, In: Die Presse vom 11.07.1992, S.1.
- „Wien protestiert bei Bagdad“, In: Die Presse vom 11.07.1992, S.2.
- „Tirana: 50 Offiziere wegen Hochverrats angeklagt“ In: Die Presse vom 11.07.1992, S.2.
- Luttenberger, Ingrid: „Flüchtlingsunterricht ab Herbst auch in Lagern“, In: Die Presse vom 11.07.1992, Wien-Chronik
- Serben richten neues Massaker an Offensive vor befürchteter Intervention, In: Die Presse vom 13.07.1992, S.1
- „Serben richten schweres Massaker in Goradze an“, In: Die Presse vom 13.07.1992, S.2
- Rief, Norbert: „"Sie sind unsere Hoffnung, viel Glück" Klestil-Schauen in der offenen Hofburg“, In: Die Presse vom 13.07.1992, Innenpolitik
- „Flüchtlingsdrama“, In: Die Presse vom 13.07.1992, Tagesschau [In Kürze]
- „Absolutes Grauen oder Propaganda?“ In: Die Presse vom 21.07.1992, S.2
- „EG: Dumas für Konferenz in Wien“ In: Die Presse vom 21.07.1992, S.2
- Rohrer, Anneliese: „"Da hat er zum ersten Mal gepunktet““, In: Die Presse vom 21.07.1992, S.3
- „Weiter Quartiersuche“, In: Die Presse vom 21.07.1992, Innenpolitik
- „Erzbischof Sarajewos: UN von Serben benutzt“, In: Die Presse vom 29.07.1992, S.1.
- „Fremdengesetz: Schubhaft auch für Kinder?“, In: Die Presse vom 29.07.1992, S.1.
- „Vorwürfe gegen Blauhelme“, In: Die Presse vom 29.07.1992, S.2
- Kraus, Doris: „Wachsender Druck auf Großbritannien zu Asylvergabe“, In: Die Presse vom 29.07.1992, S.2
- Böhm, Wolfgang: „UN-Konferenz sucht Lösung für Flüchtlingsdrama“, In: In: Die Presse vom 29.07.1992, S.2
- „UN beschließen Hilfsaktion für Somalia“, In: Die Presse vom 29.07.1992, S.2
- „"Hilfe nicht ausgeschöpft““, In: Die Presse vom 29.07.1992, Innenpolitik
- „Bis zu 100 Flüchtlinge suchen neues Quartier“ In: Die Presse vom 29.07.1992, Wien-Chronik
- „Grillfest für bosnische Flüchtlinge“ In: Die Presse vom 29.07.1992, Wien-Chronik
- Condellis, Ariane: „Wenig Kompromißbereitschaft in der Zypern-Frage“, In: Die Presse vom 06.08.1992, S. 2
- „„Visumpflicht abschaffen““, In: Die Presse vom 06.08.1992, Innenpolitik
- Chorherr, Thomas: „Das große Händeringen“, In: Die Presse vom 14.08.1992, S.1
- „Höllische Nacht in Bosnien-Herzegowina Positionskämpfe vor Londoner Konferenz“, In: Die Presse vom 22.08.1992, S.2
- „Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 22.08.1992, Innenpolitik [In Kürze]
- Unterberger, Andreas: „Frieden um jeden Preis?“, In: Die Presse vom 24.08.1992, S.1
- „Serben geraten vor Londoner Konferenz politisch und militärisch unter Druck“, In: Die Presse vom 24.08.1992, S.2.
- „Kambodscha“, In: Die Presse vom 01.09.1992, S.2 [In Kürze]
- Hetzel, Helmut: „Dämme gegen Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 01.09.1992, S.4
- „Flüchtlinge: Wien am Ende“, In: Die Presse vom 09.09.1992, S.1
- Mappes-Niediek, Norbert: „Wirtschaftskatastrophe in Kroatien“, In: Die Presse vom 09.09.1992, S.2
- „Serben-Führer gibt Rückschläge zu Österreicher bei KSZE-Mission in Bosnien?“, In: Die Presse vom 09.09.1992, S.2
- „Serie von Anschlägen hält weiter an“, In: Die Presse vom 09.09.1992, S.2
- König, Ewald: „Ein Ausländer, der willkommen war“, In: Die Presse vom 09.09.1992, S.2
- „"Unsere seelische Aufnahmekapazität ist erschöpft““, In: Die Presse vom 09.09.1992, Wien-Chronik
- Fieber, Alexander: „Freibrief für ausländische Langfinger“, In: Die Presse vom 09.09.1992, Wien-Chronik

- Amstutz, Peter: „Schweizer Bürger greifen zu den Waffen“, In: Die Presse vom 09.09.1992, Tagesschau
- „Flüchtlinge: Klestil ruft Österreicher zu Solidarität auf“, In: Die Presse vom 17.09.1992, S.1
- „Görg: "AKH kein Massenlager"", In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik
- „Haider will Aids-Test für Flüchtlinge, Zuwanderer“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik
- „Bocksprünge“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik [Glosse von „mth“]
- „Klestil mahnt Österreicher zu Solidarität Länderstreit über Visumpflicht für Bosnier“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Innenpolitik
- „Die Ausquartierung ging rasch über die Bühne“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Wien-Chronik
- Hauer, Franz: „Am Alsergrund gärt es, der SPÖ-Bezirksvorsteher beruhigt“, In: Die Presse vom 17.09.1992, Wien-Chronik
- „Tudjman will Blauhelme loswerden“, In: Die Presse vom 25.09.1992, S.1.
- Wiener, Edeltraut: „Portugal will Juden aus Bosnien holen“, In: Die Presse vom 25.09.1992, S.2.
- „Rumänien nimmt Flüchtlinge zurück“, In: Die Presse vom 25.09.1992, S.2.
- Benedikt, Robert: „Tiroler Bosnier-Quartier: Fronten verhärten sich“, In: Die Presse vom 25.09.1992, Tagesschau
- Chorherr, Thomas: „Keine Zeit für Sozialromantik“, In: Die Presse vom 03.10.1992, S.1.
- Chorherr, Thomas: „Illegale Einwanderer: Konflikt Busek - Kirche verschärft sich“, In: Die Presse vom 03.10.1992, S.1.
- „Messegelände, Halle 33: Quarantäne aufgehoben“ In: Die Presse vom 03.10.1992, Wien-Chronik
- Bischof, Burkhard: „Viel gefährlicher als der Krieg in Ex-Jugoslawien"", In: Die Presse vom 05.10.1992, S.2
- „Schatten über dem Tag der deutschen Einheit“, In: Die Presse vom 05.10.1992, S.2
- „US-Flüchtlingspolitik“, In: Die Presse vom 05.10.1992, S.2
- „Wiens VP-Obmann: Flüchtlinge nicht zurückschicken“ In: Die Presse vom 05.10.1992, Innenpolitik
- „Slowenien bittet um Hilfe“, In: Die Presse vom 13.10.1992, Tagesschau
- „Friedensplan für Bosnien Keine ethnischen Grenzen“ In: Die Presse vom 29.10.1992, S.1.
- „UN-Friedensplan: Keine ethnischen Grenzen in Bosnien“ In: Die Presse vom 29.10.1992, S.2.
- „Volksbegehren: FP will Klestil einschalten“, In: Die Presse vom 29.10.1992, Innenpolitik
- „Keine Waffenruhe in Bosnien“, In: Die Presse vom 14.11.1992, S.1.
- „Streit um Vatikan-Dokument zwischen Kuntner und Löschnak“, In: Die Presse vom 14.11.1992, S.1
- „Waffenruhe in Bosnien hält nicht Sarajewo ruft die Welt um Hilfe“, In: Die Presse vom 14.11.1992, S.2.
- Köster-Hetzendorf, Maren: „Bosnisches Wechselbad von Krieg und Frieden Dauerbrand zwischen Moslems und Kroaten“, In: Die Presse vom 14.11.1992, S.3.
- „VP zu Ausländerfrage: "Stümper am Werk" Parlamentsausschuß löst neuen Zank aus“, In: Die Presse vom 14.11.1992, Innenpolitik
- „Privatschulen sollen mehr Ausländer aufnehmen"", In: Die Presse vom 14.11.1992, Wien-Chronik
- König, Ewald: „SPD ringt um Haltung zur Asylfrage Entscheidende Machtprobe für Engholm“, In: Die Presse vom 16.11.1992, S.1.
- „SPD ringt um Haltung zur Asylfrage“, In: Die Presse vom 16.11.1992, S.2
- „Fluchtwelle aus Sarajewo“, In: Die Presse vom 16.11.1992, S.2
- „Warten an der Grenze“, In: Die Presse vom 16.11.1992, Tagesschau
- König, Ewald: „Deutschland steht nicht gut da“, In: Die Presse vom 24.11.1992, S. 3
- Gamillscheg, Hannes: „Krawall-Ritual in Schweden“, In: Die Presse vom 02.12.1992, S.2
- Lahodinsky, Otmar: „Personenkontrollen bleiben in EG bestehen“, In: Die Presse vom 02.12.1992, S.2
- „Krieg gegen Frauen und Kinder“, In: Die Presse vom 10.12.1992, Tagesschau
- „Menschenrechte in Gefahr?“, In: Die Presse vom 10.12.1992, Tagesschau
- „Sechs Jahre Haft für DDR-Mauerschützen“, In: Die Presse vom 10.12.1992, Tagesschau
- Zenker, Andreas: „Mafiosi entdecken die Insel der Seligen“, In: Die Presse vom 18.12.1992, S.3
- Brugger, Oktavia: „Erfolgreicher Kurden-Gipfel“, In: Die Presse vom 09.01.1998, S.1.
- Brugger, Oktavia: „Kaum Fortschritte beim Kurden-Gipfel in Rom“, In: Die Presse vom 09.01.1998, S.5.
- „Rückzug auch als Priester?“, In: Die Presse vom 09.01.1998, S.10.
- „Mit spärlichen Habseligkeiten mußten Flüchtlinge aus...“, In: Die Presse vom 19.01.1998, S.3
- Burkhard, Bischof: „Das "große Reinemachen" nach dem Krieg“, In: Die Presse vom 19.01.1998, S.3

- „Dodik fordert Bruch mit Politik des Karadzic-Clans“, In: Die Presse vom 19.01.1998, S.4.
- Kraus, Doris: „Algerien-Hilfe: Regime müßte mitmachen“, In: Die Presse vom 27.01.1998, S.5.
- „EU-Plan gegen Einwanderer“, In: Die Presse vom 27.01.1998, S.5.
- Knaul, Susanne: „Israelis fordern Aufklärung über Grad der Bedrohung“, In: Die Presse vom 04.02.1998, S.4
- „Serben zurück nach Sarajewo?“, In: Die Presse vom 04.02.1998, S.5.
- Knemeyer, Thomas: „Die "Friedenstruppe" macht ihrem Namen keine Ehre“, In: "Die Presse" vom 12.2.1998 S. 4.
- Rathfelder, Erich: „Heimkehr nach Stolac, Bosnien: "Tudjman ist da nicht Präsident““, In: "Die Presse" vom 20.2.1998 S. 3.
- „Mindestens 140 Flüchtlinge ertranken“, In: "Die Presse" vom 20.2.1998 S.14
- Gamillscheg, Hannes: „Eine Frau packt die Reform der UNO an“, In: Die Presse" vom 2.3.1998, S.4.
- „Nazigold: Historiker belasten Alliierte“, In: "Die Presse" vom 2.3.1998, S.5.
- Gamillscheg, Hannes: „Wahlen in Dänemark: Die Küken entscheiden den Hahnenkampf“, In: In: "Die Presse" vom 10.03.1998, S.4.
- „"Ethnische Säuberung““, In: Die Presse vom 10.03.1998, S.5
- „"Wer anschafft, soll auch zahlen" Gesetzeskosten: Pakt Bund-Länder“, In: "Die Presse" vom 10.03.1998 S.7.
- „"Das wird keine Langzeit-Operation““, In: „Die Presse“ vom 18.03.1998, S.4
- „Masengrab“, In: Die Presse vom 26.03.1998, S.5.
- „"Keine Schuldzuweisung““, In: Die Presse vom 26.03.1998, S.15
- Kummer, Susanne/Schneider, Wieland: "Bis zum Krieg wollte Hitler die Juden nach Palästina abschieben“ [Interview mit Saul Friedländer, israelischer Historiker, Anm.], In: Die Presse vom 03.04.1998, S.6
- „Flüchtlinge in US-Botschaft“, In: Die Presse vom 11.04.1998, S.5
- Schwarz, Andreas: „Asiatische Härte“, In: Die Presse vom 11.04.1998, S.5
- „64 Flüchtlinge an grüner Grenze geschnappt“, In: Die Die Presse vom 11.04.1998, S.13
- „Die Bürgerkriegsparteien“, In: Die Presse vom 21.04.1998, S.5
- „Notstandshilfe“, In: Die Presse vom 29.04.1998, S.6
- Schwelle, Dagmar: „Verfassungsgericht prüft Asyl-Schnellverfahren“, In: Die Presse vom 07.05.1998, S.8
- „Neue Bürger müssen Deutsch können“, In: Die Presse vom 07.05.1998, S.8
- „Israel: Blutige Proteste zum 50. Jahrestag“, In: Die Presse vom 15.05.1998, S.6
- „In Kürze“, In: Die Presse vom 23.05.1998, S.4
- "Müssen Kritik ertragen“, In: Die Presse vom 10.06.1998, S.4
- „Ruf nach Nato-Einsatz Kosovo unter Beschuß“, In: Die Presse vom 10.06.1998, S.4
- „Ein Feldlazarett im Herzen der Stadt“, In: Die Presse vom 10.06.1998, S.11
- „Amnesty erinnert Österreich an Menschenrechts-Versprechen“, In: Die Presse vom 18.06.1998, S.4
- „Todesurteile und Gemetzel in Ruanda“, In: Die Presse vom 18.06.1998, S.4
- Mappes-Niedeck, Norbert: „Pristina: Wer verhandelt für die Kosovo-Befreiungsarmee?“, In: Die Presse vom 04.07.1998, S.3
- Schmidt, Hans-Jörg: "Zigeuner-KZ? Das ist kein Grund zur Pietät“, In: Die Presse vom 06.07.1998, S.3
- Brugger, Oktavia: „Italien ringt mit Flüchtlings-Invasion“, In: Die Presse vom 22.07.1998, S.12
- Miller, Irene: „Der moralische Vorsprung ist verspielt“, In: Die Presse vom 30.07.1998, S.1
- „Serben-Offensive rollt weiter: UCK verlor Hochburg“, In: Die Presse vom 30.07.1998, S.1
- „Serben-Offensive rollt weiter UCK-Hochburg völlig menschenleer“, In: Die Presse vom 30.07.1998, S.5
- Unterberger, Andreas/Stöger, Klaus: „Schlögl: Organisierte Kriminalität ist nicht nur Russenmafia“ [Interview mit österr. Innenminister Karl Schlögl, SPÖ], In: Die Presse vom 07.08.1998, S.3
- „Lexikon“, In: Die Presse vom 07.08.1998, S.4
- „Österreich drängt auf Aufklärung: Experten sollen Gräber prüfen“, In: Die Presse vom 07.08.1998, S.5
- Schwarz, Andreas: „"Die Untersuchung der Massengräber ist ganz essentiell““, In: Die Presse vom 17.08.1998, S.5
- Nowak, Josef, A.: „Kindesweglegung oder Jörg auf Heides Spuren“, In: "Die Presse" vom 17.8.1998 Seite: 6
- „Integrationsfonds: Druck auf SPÖ steigt“, In: Die Presse vom 25.08.1998, S.10
- „Gravierende Verstöße?“, In: Die Presse vom 25.08.1998, S.8
- „Kritik am Innenministerium“, In: Die Presse vom 02.09.1998, S.4

- „Großzügig bei Flüchtlingen“, In: Die Presse vom 02.09.1998, S.4
- „Wiener Kopfschütteln über US-Kritik an der EU“, In: Die Presse vom 10.09.1998, S.5
- Windisch, Elke: „EU-Troika in Moskau: "Wie eine Luftlandeübung zur Aufklärung“, In: Die Presse vom 18.09.1998, S.4
- „Kompliziertes Wahlsystem“, In: Die Presse vom 18.09.1998, S.4
- „UNO-Resolution als Basis“, In: Die Presse vom 26.09.1998, S.5
- „Schweden leistet sehr wohl praktische Hilfe“, In: Die Presse vom 26.09.1998, S.11
- Kraus, Doris: „Neuer Innenminister auf Schleudersitz“, In: Die Presse vom 28.09.1998, S.12
- „Bayern greift Kosovo-Albaner auf“, In: Die Presse vom 28.09.1998, S.12
- „Skepsis trotz Durchbruchs in Belgrad Holbrooke: "Krise noch nicht überwunden“, In: Die Presse vom 14.10.1998, S.1
- Schmidt, Hans-Jörg: „Flüchtlinge im Wartesaal des Westens“, In: Die Presse vom 22.10.1998, S.3
- „In Kürze“, In: Die Presse vom 22.10.1998, S.16
- „Taktischer Vorteil für Milosevic“, In: Die Presse vom 30.10.1998, S.2
- Schuhmann, Clemens: „EU-Kommissarin lobt Papier des Innenministeriums“, In: Die Presse vom 30.10.1998, S.10
- Leibl, Friederike/Böhm, Wolfgang: „EU-Innenminister: Freundlichere Töne in der Migrationspolitik“, In: Die Presse vom 30.10.1998, S.10
- „Zusammenarbeit der Polizei wird gestärkt“, In: Die Presse vom 30.10.1998, S.10
- „Migrationspapier im Wortlaut“, In: Die Presse vom 30.10.1998, S.10
- König, Ewald: „Deutschland: Islamisten im Visier“, In: Die Presse vom 09.11.1998, S.3
- „Asylgesetz: Neue Berufungsfrist Trotz Einigung noch Reibereien“, In: Die Presse vom 17.11.1998, S.7
- „Warnung vor Verschlechterungen“, In: Die Presse vom 17.11.1998, S.7
- „In Kürze“, In: Die Presse vom 17.11.1998, S.13
- „Zweifel am Kosovo-Frieden“, In: Die Presse vom 25.11.1998, S.5
- Fatschel, David: „In Serbien herrschen Armut, Korruption, Chaos und die Partei“, In: Die Presse vom 03.12.1998, S.8
- „Viele Leute beklagen sich in diesen Wochen darüber,...“, In: Die Presse vom 11.12.1998, S.8
- Leibl, Friederike: „Migrations-Arbeitsgruppe vor Beschluß“, In: Die Presse vom 11.12.1998, S.12
- „Europa setzt seinen Dialog mit Iran fort“, In: Die Presse vom 19.12.1998, S.5
- Riedler, Monika: „Annäherung im transatlantischen Zwist um Stahl und Bananen“, In: Die Presse vom 19.12.1998, S.7
- „Bosniens Armeen fressen die internationale Hilfe auf“, In: Die Presse vom 19.12.1998, S.6
- „Habsburger, die schuldlosen Opfer“, In: Die Presse vom 19.12.1998, S.15
- „Angola: Zehntausende flüchten vor Kämpfen“, In: Die Presse vom 21.12.1998, S.5
- Özkan, Duygu: „Australien macht Küsten dicht“, In: Die Presse vom 09.01.2014, S.6
- Hamann, Sybille: „Man darf nicht vergleichen? Doch, man muss es sogar!“, In: Die Presse vom 12.02.2014, S.27
- „Mehr Flüchtlinge an Europas Grenzen“, In: Die Presse vom 20.02.2014, S.8
- Zirm, Jakob: „Der Druck aus Afrika wird nicht nachlassen“, In: Die Presse vom 08.03.2014, S.14
- Seeh, Manfred: „Asylaktivisten: Nur "kleinste Fische““, In: Die Presse vom 18.03.2014, S.9
- Renner, Georg: „Caritas plant Budget-Hotel am Prater“, In: Die Presse vom 07.05.2014, S.9
- Seeh, Manfred: „Verschleppter Schlepperprozess“, In: Die Presse vom 07.05.2014, S.10
- „Dreimal so viele Flüchtlinge an EU-Außengrenzen“, In: Die Presse vom 15.05.2014, S.5
- Gehlen, Martin: „Heikle Nahostmission für Franziskus“, In: Die Presse vom 23.05.2014, S.10
- „Asylwerber: Tirol entlastet Traiskirchen“, In: Die Presse vom 31.05.2014, S.8
- „Italiens Marine rettete 3300 Migranten in kurzer Zeit“, In: Die Presse vom 02.06.2014, S.6
- „Hunderte Flüchtlinge in Seenot“, In: Die Presse vom 10.06.2014, S.6
- „Rettungsaktion für Flüchtlinge in Mittelmeer“, In: Die Presse vom 10.06.2014, S.24
- „Migranten: EU bereit für mehr finanzielle Hilfe“, In: Die Presse vom 18.06.2014, S.6
- Gaulhofer, Karl: „Ein Deserteur und „Friedensheld“, In: Die Presse vom 26.06.2014, S.8
- Renner, Georg: „Traiskirchen: Symbol des Scheiterns“, In: Die Presse vom 26.06.2014, S.10

- Vieregge, Thomas: „In Panik vor den Islamisten“, In: Die Presse vom 04.07.2014, S.7
- Gaulhofer, Karl: „Kreuzberger Frieden, teuer erkauf“, In: Die Presse vom 04.07.2014, S.8
- „Italien drängt zu Aufteilung von Flüchtlingen“, In: Die Presse vom 12.07.2014, S.10
- „Tirol: 94 Flüchtlinge in Zug entdeckt“, In: Die Presse vom 14.07.2014, S.9
- „35 Flüchtlinge vor Lampedusa gestorben“, In: Die Presse vom 22.07.2014, S.6
- Bonavida, Iris: „Asylreform: Warum die SPÖ zögert“, In: Die Presse vom 22.07.2014, S.8
- Knaul, Susanne: „Israels Armee weitet Offensive aus“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.5
- Ettinger, Karl: „Armutzeugnis der Länder“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.7
- Bonavida, Iris: „Notsituation nach Aufnahmestopp“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.7
- „Bürgermeister: Maximal 150 Asylwerber je Ort“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.7
- „Auf einmal sind Kasernen heiß begehrt“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.7
- „Sicherheit und Asyl wird in der FPÖ Chefsache“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.8
- „Asyl: Aufnahmestopp in Traiskirchen“, In: Die Presse vom 30.07.2014, S.24
- „Orden sollen "kapitalistische Auswüchse" vermeiden“, In: Die Presse vom 07.08.2014, S.4
- Schneider Wieland: „"Das ist eine Frage des Überlebens"" [Interview mit Salih Muslim, Chef der regierenden Partei der syrischen Kurden, Anm.], In: Die Presse vom 07.08.2014, S.5
- „Tumult in Flüchtlingslager“, In: Die Presse vom 07.08.2014, S.5
- „Asyl: Ministerin umwirbt die Länder“, In: Die Presse vom 07.08.2014, S.6
- Sommerbauer, Jutta: „Jihadisten in Syrien: Plötzlich Held sein“, In: Die Presse vom 23.08.2014, S.2 und S.3
- „Boot gekentert: 170 Flüchtlinge vermisst“, In: Die Presse vom 23.08.2014, S.8
- „Mittelmeer: 18 Tote in Flüchtlingsboot aus Afrika“, In: Die Presse vom 25.08.2014, S.5
- Özkan, Duygu: „Wie die PKK über Nacht vom Feind zum Freund wurde“, In: Die Presse vom 02.09.2014, S.2
- Engelberg, Martin: „J'accuse! Bei Israel ist Bundespräsident Fischer befangen“, In: Die Die Presse vom 02.09.2014, S.23
- Gabriel, Anna/Gaulhofer, Karl: „Bayern will Grenzen schließen“, In: Die Presse vom 10.09.2014, S.1
- Laczynski, Michael: „Warum Schlagbaum-Nostalgie das Flüchtlingsproblem nicht löst“, In: Die Presse vom 10.09.2014, S.2
- Sommerbauer, Jutta: „Das harte Los der Armenier aus Syrien“, In: Die Presse vom 10.09.2014, S.4
- „Abtenau wehrt sich gegen Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 18.09.2014, S.9
- Bonavida, Iris: „600 Notbetten für Flüchtlinge gefunden: Wien springt ein, aber der Bund bezahlt“, In: Die Presse vom 26.09.2014, S.2
- „Flüchtlinge kommen in alte WU in Wien“, In: Die Presse vom 26.09.2014, S.36
- Streihammer, Jürgen: „Ein Land kann nicht mehr“, In: Die Presse vom 04.10.2014, S.6
- „Britische Geisel von IS-Terroristen geköpft“, In: Die Presse vom 04.10.2014, S.6
- Wetz, Andreas: „Auf Schlepperjagd an der Grenze“, In: Die Presse vom 04.10.2014, S.11
- Rohrer, Anneliese: „Und Wiens Bürgermeister Häupl ist ein mutiger Mann“, In: Die Presse vom 04.10.2014, S.31
- Ettinger, Karl: „Wohncontainer für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 06.10.2014, S.1
- „Bürgermeister brauchen mehr Mut“, In: Die Presse vom 06.10.2014, S.1
- „Erdogans Schicksalsstadt Kobane“, In: Die Presse vom 06.10.2014, S.5
- Aichinger, Philipp: „Pizzicato“, In: Die Presse vom 06.10.2014, S.26
- „Flüchtlinge beinahe in Kühl-Lkw erfroren“, In: Die Presse vom 06.10.2014, S.28
- Hackensberger, Alfred: „Die Schmuggler von Kobane“, In: Die Presse vom 14.10.2014, S.2
- „Europaweite Polizeiaktion gegen illegale Zuwanderer“, In: Die Presse vom 14.10.2014, S.8
- Baltaci, Köksal: „Gastarbeiter und Flüchtlinge Die Kurden in Wien“, In: Die Presse vom 22.10.2014, S.8
- Gabriel, Anna: „(Zu) Wenig Geld für Flüchtlingsaktion“, In: Die Presse vom 30.10.2014, S.7
- Ettinger, Karl: „300 Asylwerber arbeiten in Saisonjobs“, In: Die Presse vom 30.10.2014, S.9
- „Tirol: Angriff auf Flüchtlingsheim“, In: Die Presse vom 30.10.2014, S.44
- „Asyl: 85 Prozent mehr Anträge im Oktober“, In: Die Presse vom 15.11.2014, S.9
- „Flüchtlinge verlieren Unterstützung“, In: Die Presse vom 03.12.2014, S.4
- „So viele Flüchtlinge wie nie“, In: Die Presse vom 11.12.2014, S.4
- „Papst prangert Sklaverei an“, In: Die Presse vom 11.12.2014, S.6

- „Asyl: 1000 Plätze (erneut) gesucht“, In: Die Presse vom 19.12.2014, S.7
- Ultsch, Christian: „Die Rückkehr der Geopolitik“, In: Die Presse vom 27.12.2014, S.1
- Winroither, Eva: „Das waren keine Schlepperbosse“ [Interview mit Caritas-Wien-Generalsekretär Klaus Schwertner, Anm.], In: Die Presse vom 27.12.2014, S.9
- „Geschlossene Kaserne als Quartier für 50 Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 29.12.2014, S.4
- Winroither, Eva: „Erdberg: Quartier für Minderjährige“, In: Die Presse vom 09.01.2015, S.9
- „Plattform vermittelt Flüchtlingen ein WG-Zimmer“, In: Die Presse vom 09.01.2015, S.9
- „Hunderte Frauen als Geiseln der Boko Haram“, In: Die Presse vom 17.01.2015, S.5
- „Der Bekannteste: Asyl als Dauerbrenner“, In: Die Presse vom 17.01.2015, S.11
- Fritzl, Manuel: „Schnellverfahren: Die Asylpläne der Ministerin“, In: Die Presse vom 27.01.2015, S.8
- „Asyl: Kärnten schafft die Quote weiterhin nicht“, In: Die Presse vom 27.01.2015, S.8
- Fritzl, Martin: „Steigende Asylzahlen: Ansturm aus dem Kosovo“, In: Die Presse vom 04.02.2015, S.7
- „Asyl: ÖVP legt Pläne vor“, In: Die Presse vom 12.02.2015, S.6
- Kreiner, Paul: „Massensterben im Mittelmeer“, In: Die Presse vom 12.02.2015, S.8
- Seeh, Manfred: „Jihad-Prozess: Anklage tut sich schwer“, In: Die Presse vom 12.02.2015, S.9
- Neubauer, Herbert: „Neues Hotel: Häupl mag das „Magdas““, In: Die Presse vom 12.02.2015, S.10
- „Kritik an Unterbringung jugendlicher Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 20.02.2015, S.28
- Gabriel, Anna: „Islamisten-Check an Europas Grenze“, In: Die Presse vom 28.02.2015, S.4
- „Kurden hindern offenbar Araber an Rückkehr“, In: Die Presse vom 28.02.2015, S.6
- Gonsa, Christian/Gabriel, Anna: „Die "Troika" ist zurück: Vorschläge aus Athen werden überprüft“, In: Die Presse vom 10.03.2015, S.2
- Bastaroli, Susanna: „Durch die Hölle nach Europa“, In: Die Presse vom 10.03.2015, S.6
- Winroither, Eva: „Flüchtlinge zweiter Klasse“, In: Die Presse vom 18.03.2015, S.10
- Kocina, Erich: „Antisemitismus geht uns alle an“ [Interview mit Doron Rabinovici, österr.-israel. Schriftsteller und Historiker, Anm.], In: Die Presse vom 26.03.2015, S.11
- „Asyl: Standorte für Verteilerzentren noch nicht fixiert“, In: Die Presse vom 03.04.2015, S.28
- „Ban: "Flüchtlingslager Yarmouk ist tiefste Hölle““, In: Die Presse vom 11.04.2015, S.5
- „Kenia: Flüchtlingscamp vor Schließung“, In: Die Presse vom 13.04.2015, S.4
- Winroither, Eva: „Notstand bei Deutschkursen“, In: Die Presse vom 13.04.2015, S.21
- Gabriel, Anna: „EU sucht Weg aus Todesspirale“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.1
- Bastaroli, Susanna: „Die Flüchtlinge müssen gerettet werden - notfalls ohne EU“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.2
- Schneider, Wieland: „Riskante Fluchtroute Nordafrika“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.2 und S.3
- Wetz, Andreas: „Faktencheck: So (ungleich) werden Hilfesuchende verteilt“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.2 und S.3
- Böhm, Wolfgang: „Zehn verlorene Jahre in der Asylpolitik“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.3
- Leibl, Friederike: „Als ein Talkshow-Gast alle zum Schweigen zwang“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.21]
- „Mahnwache für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 21.04.2015, S.24
- Aichinger, Philipp: „Adelstitel: Auch Koalition für höhere Strafen“, In: Die Presse vom 29.04.2015, S.6
- Gabriel, Anna: „Viel Mitleid, wenig Konsens“, In: Die Presse vom 29.04.2015, S.7
- „Franziskus als Vorreiter gegen Klimawandel“ In: Die Presse vom 29.04.2015, S.10
- „Nadelstiche aus Moskau“, In: Die Presse vom 07.05.2015, S.4
- Vogel, Sabine B.: „Die Zukunft gibt's bei der Biennale im Plural“, In: Die Presse vom 07.05.2015, S.23]
- Ettinger, Karl: „Im Zelt gelandet“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.1
- Thalhammer, Anna: „"Notstand": Zeltstädte für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.1
- „Widerstand gegen Quote“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.4
- „Asyl: Kritik an Mikl-Leitner und Häupl“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.4
- „Malaysia schickt Bootsflüchtlinge zurück auf See“, In: Die Presse vom 15.05.2015, S.7
- „Asyl: Bund lehnt Quartiere der Länder ab“, In: Die Presse vom 23.05.2015, S.4
- Vieregge, Thomas: „Königreich im Visier des IS“, In: Die Presse vom 23.05.2015, S.6
- Seeh, Manfred: „Ein Stift als Immobilienspezialist“, In: Die Presse vom 23.05.2015, S.10

- Nowak, Rainer/Mayer, Norbert: „Massenflucht macht EU-Staaten unregierbar“, In: Die Presse vom 23.05.2015, S.25
- Pink, Oliver: „Der stille Protest in der Wahlzelle“, In: Die Presse vom 02.06.2015, S.2
- „Mikl-Leitner muss beim Asylthema als Sündenbock herhalten“, In: Die Presse vom 02.06.2015, S.2
- „Aufgenommene Flüchtlinge stärker berücksichtigen“, In: Die Presse vom 02.06.2015, S.9
- Bonavida, Iris/Ettinger, Karl: „Asyl: Neue Aufnahmezentren fix“, In: Die Presse vom 10.06.2015, S.6
- Seeh, Manfred: „Die Raubüberfälle eines Sportvereins“, In: Die Presse vom 10.06.2015, S.9
- Pink, Oliver: „Verseucht von Intrigenspielen“, In: Die Presse vom 18.06.2015, S.6
- Ettinger, Karl: „Neues Strafgesetz stand wegen der Frauenministerin auf des Messers Schneide“, In: Die Presse vom 18.06.2015, S.6
- Ettinger, Karl: „Kaserne Bleiburg öffnet Flüchtlingen“, In: Die Presse vom 18.06.2015, S.7
- „Flüchtlingskrise: Teufelspakt mit dem "Nordkorea Afrikas“, In: Die Presse vom 18.06.2015, S.8
- Ettinger, Karl: „Oberösterreich: Vor dem nächsten politischen Beben“, In: Die Presse vom 18.06.2015, S.9
- Ettinger, Karl: „Die Bundesregierung darf kein Bittsteller sein“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.2
- „Milos Zeman: "Ukrainer ja, Afrikaner nein“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.4
- Neuwirth, Dietmar: „Erwin Pröll: Zelte weg, Container kommen“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.7
- „Asylkonflikt spaltet Koalition“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.7
- „Pröll: Statt der Zelte kommen Container“, In: Die Presse vom 26.06.2015, S.36
- Nowak, Rainer: „Wo sich Angela Merkel die Zähne ausbeißt“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.2
- Haller, Günther: „Die Erosion der Autonomie“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.2
- „Islamisten starten Offensive im syrischen Aleppo“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.5
- Nowak, Rainer: „Es gibt Dinge, die Führungslosigkeit vermitteln“ [Interview mit Michael Häupl, Wiener Bürgermeister, Anm.], In: Die Presse vom 04.07.2015, S.9
- Prior, Thomas: „Dann soll mich die EU einsperren“ [Interview mit FPÖ-Politiker Johann Tschürz, Anm.], In: Die Presse vom 04.07.2015, S.10
- „Warnung vor Alleingang bei der Grenzsicherung“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.11
- „Protest gegen neue Zelte in den Bundesländern“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.11
- Rohrer, Anneliese: „Flüchtlinge: Die Liebe der ÖVP zu Zelten als (un-)christliche Strategie“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.29
- „Flüchtlinge: Protest in Ländern gegen Zelte“, In: Die Presse vom 04.07.2015, S.30
- „Flüchtlinge im Freien "geht gar nicht“, In: Die Presse vom 06.07.2015, S.6
- „Asyl: Zelte für Fischer nur eine Notlösung“, In: Die Presse vom 06.07.2015, S.24
- Ettinger, Karl: „Wenn sich Blaue in Rekordzeit blamieren“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.10
- Winroither, Eva: „Arbeiten in Wien: Kompetenzcheck für Flüchtlinge kommt“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.10
- Imlinger, Christine: „Von Traiskirchen ins Hotel Hilton“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.10
- Bonavida, Iris: „Container: "Arbeiten auf Hochtouren“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.10
- Seeh, Manfred: „IS-Terror: "Es war wie Gehirnwäsche“, In: Die Presse vom 14.07.2015, S.12
- Fritzl, Martin: „Sozialleistung: Gutscheine statt Geld“, In: Die Presse vom 22.07.2015, S.7
- Seeh, Manfred: „Terrorprozess mit „Kopfweh-Zeugen“, In: Die Presse vom 22.07.2015, S.8
- „Schwierigkeiten bei Übersiedlung in Container“, In: Die Presse vom 22.07.2015, S.8
- „Eine kleine Entlastung“, In: Die Presse vom 22.07.2015, S.8
- „Slowakei übernimmt Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 22.07.2015, S.24
- Bonavida, Iris/Fritzl, Manfred: „Leere Hotels als Asylnotquartiere“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.1
- „SPÖ wartet das Ultimatum ab“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.1
- Rath, Gabriel: „Ein Sturm auf die britische Festung“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.1
- Ettinger, Karl: „Flüchten und Wegducken ist keine Asyllösung“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.2
- Bonavida, Iris: „Kompetenz-Wirrwarr um die Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.2
- Vieregge, Thomas: „Plädoyer für restriktivere Flüchtlingspolitik“, In: Die Presse vom 30.07.2015, S.2
- Wetz, Andreas: „Flüchtlingsstrom: Grenze zu Ungarn wird dichter“ In: Die Presse vom 30.07.2015, S.2
- „Kärnten schickt Flüchtlinge in anderen Ort“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.2
- „Das Mittelmeer als Fluchtweg und als Massengrab“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.2 u.S.3

- Bonavida, Iris: „Asyl: Heer soll Polizei helfen“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.2 u.S.3
- „Traiskirchen: Prüfbericht bis kommende Woche“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.3
- Güsten, Susanne: „IS-Gegner suchen diplomatische Linie“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.6
- „Flüchtlinge: Soll das Heer der Polizei helfen?“, In: Die Presse vom 07.08.2015, S.28
- Ultsch, Christian: „Schämen muss sich Österreich nicht“, In: Die Presse vom 15.08.2015, S.1
- Bonavida, Iris: „Ein Dorf gegen Dublin“, In: Die Presse vom 15.08.2015, S.4 und S.5
- „Abrechnung mit >Barbarei< in Traiskirchen“, In: Die Presse vom 15.08.2015, S.5
- Ettinger, Karl: „Comeback der Grenzkontrollen?“, In: Die Presse vom 17.08.2015, S.1
- „Der Rücktransport von Flüchtlingen funktioniert kaum bis gar nicht“, In: Die Presse vom 17.08.2015, S.1
- „Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 17.08.2015, S.1
- Lammer, Beate/Stern, Nicole: „Ich bin froh, wenn ich etwas zu tun habe“ [Interview mit Erhard Busek, Ex-Vizekanzler, Anm.], In: Die Presse vom 17.08.2015, S.18
- Ultsch, Christian: „Einfaches Durchwinken kann keine Lösung sein“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.2
- Gabriel, Anna: „Schulduzuweisungen und Egoismus prägen ungelöste Flüchtlingsfrage“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.2
- „Paris und Berlin als Vorreiter“ In: Die Presse vom 25.08.2015, S.2
- „25 Verletzte nach Schlepperunfall im Burgenland“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.4
- Winroither, Eva: „Chaos bei Verlegung nach Wien“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.4
- „Eigene Asylmanager ad portas“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.4
- Neuhauser, Julia: „Schulressort will mehr Lehrer für Arabisch und Farsi“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.4
- Streihammer, Jürgen: „Der gelähmte Zedernstaat“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.5
- „Sabotage an Til Schweigers Haus“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.6
- Ettinger, Karl: „Nicht zusammen stillhalten“ "Nicht zusammen stillhalten", In: Die Presse vom 25.08.2015, S.7
- „Kurz verlangt Grenzsicherung“, In: Die Presse vom 25.08.2015, S.24
- Gabriel, Anna/Bastaroli, Susanna: „Warum es keine EU-Asylpolitik gibt“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.1
- Schneider, Wieland: „Die EU-Staaten haben in der Flüchtlingsfrage versagt“, In: In: Die Presse vom 02.09.2015, S.2
- Prior, Thomas: „Meine Vorstellung von Europa ist das nicht“ [Interview mit Johanna Mikl-Leitner Innenministerin, Anm.], In: Die Presse vom 02.09.2015, S.2 und S.3
- Fritzl, Martin: „Fürchten Sie sich nicht": Koalition wirbt für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.3
- Böhm, Wolfgang: „Ich orte ein Umdenken, eine zunehmende Solidarität“ [Interview mit Caritas-Präsidenten Michael Landau, Anm.], In: Die Presse vom 02.09.2015, S.4
- Stern, Nicole: „Flüchtlinge strömen ins Land der „Hoffnung und Chancen“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.4
- Kocina, Erich/Bognar, Peter/Postl, Elisabeth: „Warum dürfen wir nicht in die Züge“, In: In: Die Presse vom 02.09.2015, S.4 und S.5
- Thalhammer, Anna: „Polizei bricht EU-Recht: Freie Bahn für tausende Flüchtlinge nach Bayern“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.5
- „Freie Wiener Kulturszene: "Würde oder Geld“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.9
- „5000 Flüchtlinge, eigene Klassen, viel Ungewissheit“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.11
- Neuhauser, Julia: „Nachmittags kommen die Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.11
- Höller, Christian: „Wie finden Flüchtlinge einen Job?“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.13
- Hamann, Sibylle: „Jeder, der im Railjet reist, steckt nicht in einem Lkw“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.23
- „Presserat leitet Verfahren gegen die "Krone" ein“, In: Die Presse vom 02.09.2015, S.24
- Böhm, Wolfgang: „Diese 160.000 Menschen müssen wir umarmen“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.4
- „7000 Flüchtlinge aus Lesbos auf das Festland gebracht.“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.4
- Höller, Christian: „Schwierige Integration von Flüchtlingen auf dem Jobmarkt“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.5
- Schneider, Wieland: „Riskantes Buhlen um Assad“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.6
- Ettinger, Karl: „Die blockierte Republik - mit Ausnahme Asyl“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.10
- „160.000 Flüchtlinge sollen verteilt werden“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.28

- „Strafzahlungen für EU-Länder?“, In: Die Presse vom 10.09.2015, S.28
- Nowak, Rainer: „Keine Angst, Werner Faymann!“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.1
- Böhm, Wolfgang/Gabriel, Anna: „Eine Quote wider Willen“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.3
- „Kommission plant multinationales Grenzschutzteam“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.3
- Wetz, Andreas: „Wie viele Bad News verträgt die österreichische Gastfreundschaft?“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.4
- „Asylbehörde sucht neuen Chef“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.4
- Streihammer, Jürgen: „Ein Schauspiel namens Gabcikovo“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.4
- „Blitzbesuch in Transitländern der neuen Balkanroute“ In: Die Presse vom 18.09.2015, S.5
- Roser, Thomas: „Das überforderte Kroatien“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.4 und S.5
- „Reformen? "Das braucht seine Zeit““, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.8
- „Niavarani, Hader, Mendt treten in Traiskirchen auf“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.9
- Höller, Christian: „Für Flüchtlinge gibt es zu wenige Jobs“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.18
- „EU-Sondergipfel zur Flüchtlingskrise“, In: Die Presse vom 18.09.2015, S.32
- Ettinger, Karl: „Wahl im Sog des Flüchtlingsstroms“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.1
- Nowak, Rainer: „Und natürlich gibt es eine Obergrenze“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.2
- „FPÖ: Sozial "für unsere Leute", aber Problem mit rechtem Saum“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.4
- Ultsch, Christian/Streihammer, Jürgen: „Orban zu Faymann: "Österreich will gar nichts““, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.6
- Stern, Nicole: „Wo sich Deutschland von seiner überforderten Seite zeigt“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.6 und S.7
- Roser, Thomas: „Transitstaaten auf dem Balkan fürchten Abschottung Europas“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.6
- „Flüchtlingsstrom: "Ungarns Zaun hat nichts gebracht““, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.7
- „Anwälte für Zuwanderung: "Öffnen wir Arme und Herzen““, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.7
- Stuhlpfarrer, Martin/Thalhammer, Anna: „Kleinparteien: "Keiner von uns wird es in den Gemeinderat schaffen“ [Interview mit „Wien-Anders“ Spitzenkandidatin Juliana Okropiridse], In: Die Presse vom 26.09.2015, S.12
- Rohrer, Anneliese: „Schlechte Taktik, falsche Themen: Warum Grün nicht wirkt“, In: Die Presse vom 26.09.2015, S.33
- Pink, Oliver: „Der FPÖ-Triumph, erster Teil“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.1
- Nowak, Rainer: „Und was nun, Straches Männer?“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.2
- Imlinger, Christine: „Schwarzer Tag für Josef Pühringer“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.4
- Pink, Oliver: „"Es wird auch in Wien ein Kopf-an-Kopf-Rennen““, [Interview mit SPÖ-Klubchef Andreas Schieder, Anm.] In: Die Presse vom 28.09.2015, S.6
- „Flüchtlingsrückstau in Salzburg“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.7
- „Frankreichs Luftwaffe greift IS in Syrien an“ In: Die Presse vom 28.09.2015, S.7
- „CHP-Chef macht Wahlkampf in Wien“ In: Die Presse vom 28.09.2015, S.8
- Walterskirchen, Gundula: „Die Christen im Nahen Osten brauchen unsere Solidarität“, In: Die Presse vom 28.09.2015, S.27
- „Flüchtlinge: Wirbel um Sonderzüge“ In: Die Presse vom 28.09.2015, S.28
- Gabriel, Anna/Güsten, Susanne: „Erdogan zeigt EU kalte Schulter“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.1
- Schneider, Wieland: „Erdogan als Grenzwächter Europas - eine riskante Strategie der EU“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.2
- Gehlen, Martin: „Wer in Syrien mitmischt - und warum“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.2 und S.3
- Bonavida, Iris: „ÖVP-Pläne: "Dann passiert der Familiennachzug eben mit Schleppern““, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.3
- „Visegrad-Trio will Ungarns Grenzen sichern“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.4
- „Kommen 1,5 Millionen Flüchtlinge?“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.4
- Wetz, Andreas: „Flüchtlinge im Visier der Islamisten“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.4
- Höller, Christian: „Arbeitsmarkt: Starker Zuzug von Rumänen und Bulgaren“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.10
- Rief, Norbert: „Ist Aus für kalte Progression leistbar?“, In: Die Presse vom 06.10.2015, S.11

- Ettinger, Karl: „Blinde Flecken im Budget 2016“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.1
- Ultsch, Christian: „Das skandalöse Versagen des UN-Sicherheitsrats in Syrien“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.2
- „Migration: Millionengrenze in Sicht“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.6
- Laczynski, Michael: „Budapest hat Erklärungsbedarf“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.6
- Winroither, Eva/Özkan, Duygu: „Österreich prüft Transitzone“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.7
- Neuhauser, Julia: „Schule ist viel leichter als in Syrien“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.12
- Neuhauser, Julia: „Flüchtlinge müssen in Kindergarten“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.12
- Freitag, Wolfgang: „Macondo: Was alles möglich ist am Simmeringer Rand“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.14
- „Arbeitslosigkeit noch lang hoch“, In: Die Presse vom 14.10.2015, S.16
- Böhm, Wolfgang: „Flüchtlinge, Lügen und Europas Realitäten“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.2
- Laczynski, Michael: „Juncker gegen Hahn: Türkei-Frage spaltet die EU-Kommission“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.2
- Pink, Oliver: „McDonalds erster Auftritt“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.2
- Nowak, Rainer: „Scheinheiliger Deal mit Ankara“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.3
- „Flüchtlinge: Streit zwischen ÖBB und Westbahn“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.3
- „Aber wir haben keine andere Wahl“ [Interview mit Exekutivdirektor der EU-Asylbehörde Easo, Robert Visser, Anm.], In: Die Presse vom 22.10.2015, S.4
- Gabriel, Anna: „Hotspots für Flüchtlinge drohen zu scheitern“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.4
- Kastenhofer, Marlies: „Wenn die Barrieren brechen“, In: Die Presse vom 22.10.2015, S.5
- Raabe, Julia: „Wir schaffen das“ oder das Prinzip Hoffnung der Angela Merkel“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.2
- Winroither, Eva: „Neuer Grenzübergang für Flüchtlinge in Salzburg, Rückstau durch weniger Züge“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.2
- „Asylanträge in Österreich: Rekordzahlen in dieser Woche“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.2
- Stern, Nicole: „Lässt Seehofer die Koalition platzen?“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.2 und S.3
- „Syrien-Krise: Merkel holt China ins Boot“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.4
- „Lohnkosten runter, Malus vom Tisch“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.18
- „Flüchtlinge: BKA zeigt sich besorgt“, In: Die Presse vom 30.10.2015, S.32
- Wetz, Andreas: „Geheimdienst warnt vor Radikalisierung“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.1
- Nowak, Rainer: „Nein, wir reden einfach nicht über Frau Mikl-Leitner und Herrn Klug“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.2
- „Das Ende der deutschen Transitzone-Debatte“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.2
- Raabe, Julia: „Was Zäune an den Grenzen bewirken“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.2
- „Ein Zaun trennt die Regierung“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.3
- Laczynski, Michael: „Drei Flüchtlingsgipfel in fünf Tagen“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.4
- Weisser, Ulrike: „Sachleistungen wirken besser“ [Interview mit Wiener Sozialstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ), Anm.], In: Die Presse vom 07.11.2015, S.10
- Meint, Urschitz: „Die Ökonomen und ihre rosa Brillen“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.15
- „Flüchtlinge litten Qualen: Haftstrafe für Schlepper“, In: Die Presse vom 07.11.2015, S.30
- Roser, Thomas: „Kroatien: Urnengang im Zeichen der Dauerkrise“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.2
- „Bayer-Chef warnt vor Integrationsillusion“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.4
- „Terrorist auf Flüchtlingsboot“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.5
- „Zaun: Entscheidung bis Mittwoch“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.5
- Bischof, Burkhard: „Gedankenlese Blick in politische Zeitschriften“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.22
- „Streit um Grenzzaun: Lösung bis Mittwoch“, In: Die Presse vom 09.11.2015, S.24
- Pink, Oliver: „Paris ändert alles - am besten die eigenen Gewissheiten“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.2
- Bonavida, Iris/Winroither, Eva/Roser, Thomas: „Warum es keine Spur nach Österreich gibt“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.6 und S.7
- Sapinski, Hellin/Özkan, Duygu: „Das Geschäft mit den falschen Pässen“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.7
- „Der starke Drang zu neuen Grenzkontrollen“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.7

- Grimm, Oliver: „Pariser Mordanschläge stellen Obamas Syrien-Strategie infrage“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.8
- „ÖVP-Politiker für Kürzung der Kammerumlage“, Die Presse vom 17.11.2015, S.9
- Bayrhammer, Bernadette/Neuhauser, Julia: „Schule: Entscheidungen in letzter Minute“, In: Die Presse vom 17.11.2015,9
- Bonavida, Iris: „Asylamt: Beamte dringend gesucht“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.10
- „Grüner Ex-Bundesrat: Basisdemokratie als Problem“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.12
- Rief, Norbert: „Budget: Ausnahme für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 17.11.2015, S.15
- „Polen will Quote für Flüchtlinge verweigern“, In: Die Presse vom 25.11.2015, S.6
- Roser, Thomas: „Die Stunde der Schlepper“, In: Die Presse vom 25.11.2015, S.6
- Thalhammer, Anna: „Rot-Grün 2.0: Turbulente Inthronisierung“, In: Die Presse vom 25.11.2015, S.11
- „60.000 Österreicher mehr pro Jahr“, In: Die Presse vom 25.11.2015, S.28
- Laczynski, Michael/Gabriel, Anna: „Nimmt die EU der Türkei Syrer ab?“, In: Die Presse vom 03.12.2015, S.1
- „Tante von Kim Jong-un verklagt Gegner“, In: Die Presse vom 03.12.2015, S.4
- „Kommission droht Griechen mit Schengen-Aussetzung“, In: Die Presse vom 03.12.2015, S.5
- Weisser, Ulrike: „Keine zweite Mariahilfer Straße“, [Interview mit SPÖ-Landespartei sekretär Georg Niedermühlbichler, Anm.], In: Die Presse vom 03.12.2015, S.11
- Meint, Urschitz: „Das AMS und die Kompetenz zur Diskriminierung“, In: Die Presse vom 03.12.2015, S.17
- Stern, Nicole: „Als Gerhard Schröder auf die große Bühne zurückkehrte“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.2
- „Asylrecht: EU verklagt Ungarn“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.2
- „Distanz zu Notstandsgesetz“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.4
- „Finnland enttarnte zwei Flüchtlinge als IS-Kämpfer“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.5
- Seeh, Manfred: „Verdächtiger bestreitet IS-Terror“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.10
- Imlinger, Christine: „Zelte abbauen, durchatmen, feiern: Ein Preis für die Unermüdlichen“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.14
- Pink, Oliver: „Pizzicato“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.26
- „EU leitet Verfahren gegen Ungarn ein“, In: Die Presse vom 11.12.2015, S.28
- „Gemeinsamer Grenzschutz bis Juli“, In: Die Presse vom 19.12.2015, S.21
- „UNHCR: 2016 droht Flüchtlings-Rekord“, In: Die Presse vom 19.12.2015, S.23
- Rohrer, Anneliese: „Das Ende der Nutzt-nix-Gesellschaft Druck von unten nicht sinnlos“, In: Die Presse vom 19.12.2015, S.43
- Seeh, Manfred: „Zahl der Schlepper-Verfahren hat sich verdoppelt“, In: Die Presse vom 21.12.2015, S.5
- „Flüchtlinge: Faymann gibt keine Entwarnung“, In: Die Presse vom 21.12.2015, S.5
- Walterskirchen, Gundula: „Die frohe Botschaft, die schamhaft verschwiegen wird“, In: Die Presse vom 21.12.2015, S.23
- „Flüchtlinge: "Noch eine Fülle zu tun“, In: Die Presse vom 21.12.2015, S.24
- Winroither, Eva/Gabriel, Anna: „Sicherheit zu Silvester gesucht“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.1
- Schneider, Wieland: „Das Monster IS ist nicht unverwundbar“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.2
- „Flüchtlingseinsatz bindet viele Polizeibeamte“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.7
- Bonavida, Iris: „Asyl auf Zeit verzögert sich weiter“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.7
- „Asyl auf Zeit": ÖVP erhöht Druck auf SPÖ“, In: Die Presse vom 29.12.2015, S.24
- Kalnoky, Boris: „Der neue Machtkampf: Die Ost-EU will die West-EU zu Reformen zwingen“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.4
- „Ungarn hat Probleme mit Grenzzaun-Urteilen“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.4
- Güsten, Susanne: „Wer warnte vor Silvester-Attentaten in Wien?“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.7
- Kastenhofer, Marlies: „Es ging um sexuelles Amüsement“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.8
- „Wo das Problem seit Jahren benannt wird“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.8
- „Flüchtlinge: SPÖ präsentiert neue Vorschläge“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.8
- Thalhammer, Anna: „Traiskirchen: Kein Zugang zu Duschen“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.11
- „Grazer Künstler machen "Music for Refugees“, In: Die Presse vom 08.01.2016, S.13
- Güsten, Susanne/Schneider, Wieland: „Erdogans Mehrfrontenkrieg“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.1

- Schneider, Wieland: „Wir lassen uns nicht zur Schlachtbank führen“ [Interview mit Kurdenpolitiker Cemil Bayik], In: Die Presse vom 16.01.2016, S.2
- „Ankara: "Können Strom in EU nicht stoppen“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.2
- Kocina, Erich: „Die Stimmung in Deutschland kippt“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.4
- Gehlen, Martin: „Der große Frust im Maghreb“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.4
- Laczynski, Michael: „Europa gehen die erprobten Lösungen aus“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.5
- Bonavida, Iris: „Mitterlehner, der Hofburg-Einheizer“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.6
- „Caritas kritisiert "Elendszonen" an der Grenze“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.6
- „Hundstorfer würde Strache angeloben“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.7
- „Europarat warnt Dänemark vor Enteignung von Flüchtlingen“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.8
- „Rechte Demonstration in Wien“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.10
- Kary, Christine: „Es ist gescheitert, sie verdienen etwas“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.17
- „Wenn nichts mehr hilft, dann hilft ein Plan B“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.28
- Rohrer, Anneliese: „Asylpolitik ist kein Fall für den Präsidenten, Grundrechte schon“, In: Die Presse vom 16.01.2016, S.29
- Gabriel, Anna: „EU-Flüchtlingspolitik vor Scheitern“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.1
- „Berlin will schneller abschieben“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.1
- Böhm, Wolfgang: „Für Europas Flüchtlingspolitik kann man sich nur schämen“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.2
- „Vorgezogene Neuwahl in Serbien“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.4
- „18-Jährige im Wiener Prater vergewaltigt“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.6
- „Leitl: Flüchtlinge sollen Sozialjahr absolvieren“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.6
- Lammer, Beate/Stern, Nicole: „Beim Small Talk nicht über Geld reden“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.12
- Aichinger, Philipp: „Ureigenste Aufgaben wahrnehmen“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.15
- „Hass-Postings für Comedian Michael Mittermeier“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.21
- „Leitl will Sozialjahr für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 18.01.2016, S.24
- Wetz, Andreas/Ultsch, Christian: „Terrorcamps mitten in Europa“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.1
- Laczynski, Michael: „Drei Gründe, warum Schengen nicht verloren ist“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.2
- Gonsa, Christian: „Athens Regierung fürchtet Rückstau in Griechenland“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.2
- Gabriel, Anna/Böhm, Wolfgang: „Nationaler Grenzschutz wird Normalzustand“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.2 und S.3
- „Zukunftsszenarien für SCHENGEN“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.2
- Aichinger, Philipp: „Asylwerber: Die vielen Hürden auf dem Weg zur Obergrenze“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.3
- „Norwegen schiebt ab“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.3
- „Nach drei Jahren wird geprüft“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.3
- Kocina, Erich: „Wer Merkel stürzen kann“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.4
- „Asyl: Mehrkosten für Schule“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.7
- Thalhammer, Anna: „Klausur: Grün sucht Strategien gegen Schwarz-Blau“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.9
- „Asylregeln werden verschärft“, In: Die Presse vom 26.01.2016, S.24
- Pink, Oliver: „Es sind zu viele“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.1
- Gehlen, Martin: „Zum ersten Mal kann Jordanien nicht mehr“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.4
- Aichinger, Philipp: „Schießen bei Grenzübertritt verboten“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.6
- „Weniger oder gleich viel Geld für Flüchtlinge?“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.7
- Bayrhammer, Bernadette/Auer, Matthias: „Mehr Baustellen als freie Hände“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.7
- „NGO: Syrische Flüchtlingskinder nähen für H & M“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.8
- „Flüchtlinge finden erst nach 5 Jahren Arbeit“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.8
- „Weniger Pfuscher in Deutschland“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.17
- „Budgetdefizit niedriger als erwartet“, In: Die Presse vom 03.02.2016, S.28

- „Nordeuropäer drohen mit „Mini-Schengen“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.4
- „Falsche Pässe aus Thailand für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.4
- Kalnoky, Boris: „Jobbik wendet sich auch gegen Islam“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.4
- „Flüchtlinge: Vor allem Tirol ist säumig“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.4
- „Ai Weiwei drehte für Film über Flüchtlinge in Berlin“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.4
- „Erdogans Drohungen“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.5
- Böhm, Wolfgang: „Hahn: "Türkei muss illegale Migration stoppen“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.5
- Winroither, Eva: „Mindestsicherung zum Bund? "Ich bin gesprächsbereit““ [Interview mit Sonja Wehsely (SPÖ), Anm.], In: Die Presse vom 11.02.2016, S.6
- „Leitl: Belastungsstopp für zwei Jahre“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.7
- Lenoble, Christian: „Nächtigen in der Schneiderei“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.16
- Hottowy, Sabine: „Yanar und der "Planet Deutschland" Wo Witze helfen - und wo nicht“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.29
- „Karitatives Ende der Ballsaison“, In: Die Presse vom 11.02.2016, S.29
- Gabriel, Anna: „EU protestiert gegen Obergrenzen“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.1
- Schneider, Wieland: „Es wird in Syrien noch schlimmer werden als bisher“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.2
- „Erdogan spielt Tür auf und Tür zu nach Belieben“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.2
- Gonsa, Christian: „Athen verschärft Kontrollen in letzter Minute“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.2
- „Ungarn plant nun auch Grenzzaun zu Rumänien“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.6
- „SPÖ will Kautionsgebühren an Unis“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.7
- „Flüchtlingsheim: Schellhorn gegen Haslauer vor Gericht“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.8
- Urschitz, Josef: „Schwarzmarkt für Arbeitsmigration“, In: Die Presse vom 19.02.2016, S.21
- Pink, Oliver: „Auf einmal Metternichs Erben“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4
- „Schlepper setzen Kinder ein“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4
- Bonavida, Iris: „Geben keine Auskunft darüber, wo es mehr Sozialhilfe gibt“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4
- Gonsa, Christian: „Athen hält Flüchtlinge vom Festland fern“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4
- „Balkanroute: Tageskontingente für Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.4
- Prior, Thomas: „Ich bin keine Machtpolitikerin“ [Interview mit Sabine Oberhauser, Gesundheitsministerin, Anm.], In: Die Presse vom 27.02.2016, S.8
- „Asylquartiere: Wien lockert Bauvorgaben“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.8
- Steiner, Josef: „Am Lagerfeuer des Menschlichen“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.28
- „Athen mag keinen Besuch aus Österreich“, In: Die Presse vom 27.02.2016, S.30
- „Fünf Millionen aus Wien für Flüchtlinge in Ägäis“, In: Die Presse vom 29.02.2016, S.2
- „Fast 800.000 Personen kamen seit September über die Grenze“, In: Die Presse vom 29.02.2016, S.2
- „Flüchtlingskinder: "Problem bei Aufteilung“, In: Die Presse vom 29.02.2016, S.2
- Güsten, Susanne: „Hören Sie das? Die Vögel singen!“, In: Die Presse vom 29.02.2016, S.3
- „Tirol: ÖVP verteidigt große Städte“, In: Die Presse vom 29.02.2016, S.5
- Böhm, Wolfgang: „Merkels zwei politische Realitäten“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.1
- Lacynski, Michael: „EU uneins über Flüchtlingsdeal“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.1
- Nowak, Rainer: „Der österreichische Drahtseilakt“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.2
- „Kein Reformstopp für Athen“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.2
- Lacynski, Michael: „Ankara erhöhte den Preis für seine Hilfe“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.2 und S.3
- „EU-Länder versprechen Hilfe, um Notstand abzuwenden“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.3
- Bitzan, Gerhard: „Asyl: Personal deutlich aufgestockt“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.4
- Roser, Thomas: „Bizarrer Streit um Monumente“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.4
- „Beschimpft und bedroht: Pfarrer tritt zurück“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.6
- Thalhammer, Anna: „Der Straßenkampf der Jugendbanden“, In: Die Presse vom 08.03.2016, S.9
- „Faymann will "Klarstellungen" von Merkel“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.6
- Aichinger, Philipp: „Asyl: Ossiach geht vor Gericht baden“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.6
- Gonsa, Christian: „Tsipras attackiert Hilfsorganisationen“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.6

- Böhm, Wolfgang: „Das soll die Überfahrt übers Meer stoppen“ [Interview mit Selim Yenal, türkischer EU-Botschafter, Anm.], In: Die Presse vom 16.03.2016, S.7
- Imlinger, Christine: „Das Bad, "von Haus aus sensibel““, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.11
- „Flüchtlinge im Schichtunterricht“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.13
- „Flüchtlinge in OÖ: 90 zusätzliche Lehrer“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.14
- Urschitz, Josef: „Hiobsbotschaft von der Konjunkturfront“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.15
- Freitag, Wolfgang: „Ringelsee: Wenn Orte, wenn Menschen verschwinden“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.25
- Hamann, Sybille: „Jene, die sich ohnedies schwertun, kriegen noch mehr aufgeladen“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.27
- „Österreich rügt Angela Merkel“, In: Die Presse vom 16.03.2016, S.28
- „Der Rückzug der Hilfsorganisationen“, In: Die Presse vom 24.03.2016, S.8
- „Deutschland: Nur noch 200 Flüchtlinge am Tag“, In: Die Presse vom 24.03.2016, S.8
- „Tschechien: Ungarn als Schlepper verurteilt“, In: Die Presse vom 24.03.2016, S.8
- „Berlin: Ein-Euro-Jobs für Asylwerber“, In: Die Presse vom 24.03.2016, S.8
- Neuhauser, Julia: „Flüchtlinge: 200 Lehrer mehr für Sprachförderung“, In: Die Presse vom 24.03.2016, S.10
- „Handyraub: Immer mehr Opfer in Wien“, In: Die Presse vom 01.04.2016, S.4
- Aichinger, Philipp: „Asyl: Die Not mit dem Notstand“, In: Die Presse vom 01.04.2016, S.6
- Schaur-Wünsch, Teresa: „Wenn die Trompete mit dem DJ“, In: Die Presse vom 01.04.2016, S.14
- Pink, Oliver: „Erdogan schlägt zurück“, In: Die Presse vom 01.04.2016, S.26
- Urschitz, Josef: „Dr. Draghis Schmerztherapie kann die Operation nicht ersetzen“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.2
- Binder, Jeannine: „Ein Hauch von Hartz IV täte Österreich gut“ [Interview mit Wifo-Chef Karl Aiginger], In: Die Presse vom 09.04.2016, S.3
- Streihammer, Jürgen: „Athen sperrt Flüchtlingskinder ein“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.4
- „Rückführungen trotz Protesten“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.4
- Stuhlpfarrer, Martin: „Faymanns Waterloo in der Wiener SPÖ“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.10
- Seeh, Manfred: „Wie Jihadisten "entschärft" werden“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.11
- Pink, Oliver: „Schule der Nationalökonomie“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.28
- Washietl, Engelbert: „Vorläufig ruhmlos Flüchtlinge, nächster Akt“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.28 und S.29
- „Griechenland sperrt Flüchtlingskinder ein“, In: Die Presse vom 09.04.2016, S.30
- Ettinger, Karl: „Django Mitterlehner, gefesselt von den eigenen Leuten“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.2 und S.3
- „Wiener SPÖ: Kalte Schanigärten, strenge Wohnungsvergabe“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.2
- „Mazedoniens Polizei feuert mit Tränengas auf Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.5
- Brocza, Stefan: „Asylberechtigte werden nach sechs Jahren eingebürgert“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.15
- Chorherr, Thomas: „Pack schlägt und verträgt sich?“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.22
- Walterskirchen, Gundula: „Lasst die Flüchtlinge ihre Häuser doch einfach selbst bauen!“, In: Die Presse vom 11.04.2016, S.23
- Gehlen, Martin/Kreiner, Paul: „Hunderte Tote im Mittelmeer“, In: Die Presse vom 19.04.2016, S.1
- Ultsch, Christian/Vieregge, Thomas: „Albright: "Putin ist smart, aber er ist ein wirklich böser Mensch“ [Interview mit Ex-US-Außenministerin Madeleine Albright, Anm.], In: Die Presse vom 19.04.2016, S.2 und S.3
- „Orbans Plan: Schengen 2.0“, In: Die Presse vom 19.04.2016, S.6
- „Stoptaste bei Visafreiheit mit Türkei“, In: Die Presse vom 19.04.2016, S.6
- „Bildungscard: Integration wird digital erfasst“, In: Die Presse vom 19.04.2016, S.7
- Fritzl, Martin: „Mehr Polizisten, mehr Soldaten“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.1
- „Arbeit für Flüchtlinge? Bitte warten“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.2
- Urschitz, Josef: „Die Fortschreibung einer reichlich fantasielosen Politik“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.2
- „Aussprache mit griechischem Außenminister“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.6
- Bastaroli, Susanna: „Von einer Invasion sind wir weit entfernt“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.5

- Anwar, Andre: „EU verliert im Norden an Unterstützung“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.7
- „Und wieder Tatort Handelskai“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.9
- Seeh, Manfred: „Bub im Bad vergewaltigt: Irak-Flüchtling gesteht“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.9
- Ettinger, Karl: „Sozialgeld: Front gegen Scheinlösung“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.11
- Bayrhammer, Bernadette: „Eltern die Angst vor Schule ums Eck nehmen“ [Interview mit Jürgen Stadtschulratspräsident Jürgen Czernohorszky, Anm.], In: Die Presse vom 27.04.2016, S.13
- „Vergewaltigung im Bad: Prozess vertagt“, In: Die Presse vom 27.04.2016, S.28
- Pink, Oliver: „Ein Pragmatiker mit Linksdrall“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.1
- Nowak, Rainer: „Der ÖBB-Chef an der Spitze ist nur logisch“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.2
- „Ein Plan gegen junge, zornige Fremde“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.8
- „Streit mit der Türkei spitzt sich zu“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.10
- „Der Konsum will nicht anspringen“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.11
- „Ai Weiwei dreht Doku im Gazastreifen“, In: Die Presse vom 13.05.2016, S.23
- „Notbremse für Visumfreiheit“, In: Die Presse vom 21.05.2016, S.6
- Winroither, Eva: „Alles wie immer“, In: Die Presse vom 21.05.2016, S.9
- Martis, Mirjam: „Immer nur Wahlen“, In: Die Presse vom 21.05.2016, S.12
- „Italien schickt Soldaten an Brenner-Grenze“, In: Die Presse vom 23.05.2016, S.9
- Güsten, Susanne: „Europa lässt sich von Erdogan erpressen“, In: Die Presse vom 23.05.2016, S.9
- Streihammer, Jürgen: „Gestrandet am Hindukusch“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.2
- Kalnoky, Boris: „Hetzjagd der "besorgten Bürger““, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.4
- „Verstöße gegen Menschenrechte bei Fluchtwelle“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.5
- Ettinger, Karl: „Gegenseitige Bremsmanöver in Serie“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.7
- Stuhlpfarrer, Martin: „Türkei-Deal funktioniert kaum“ [Interview mit Maria Vassilakou, Wiener Vize-Bürgermeisterin (Die Grünen), Anm.], In: Die Presse vom 31.05.2016, S.9
- Seeh, Manfred: „Aktion scharf gegen Drogen“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.10
- „Syrischer Flüchtling unter Terroranklage“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.10
- „Steuerreform schiebt Konsum ein wenig an“, In: Die Presse vom 31.05.2016, S.15
- Weiser, Ulrike: „Großstadt-Malus“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.1
- Ultsch, Christian: „Wo Sebastian Kurz recht hat, und wo er übers Ziel schießt“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.2
- „Europa tadelt Kurz - Kern bleibt diplomatisch“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.2
- „Europäischer Budget-Trick soll Flüchtlingsströme aus Afrika zum Versiegen bringen“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.3
- Kastenhofer, Marlies/Streihammer, Jürgen: „Droht der nächste Flüchtlingsansturm?“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.2 und S.3
- Roser, Thomas: „Mehr Polizeiprügel, mehr Abschreckung im Niemandsland“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.3
- Ettinger, Karl: „Asylwerberjobs sind Riesengeschäft“ [Interview mit Oberösterreichs Landesparteichefin Birgit Gersthofer (SPÖ), Anm.], In: Die Presse vom 08.06.2016, S.4
- Thalhammer, Anna: „Schulden doppelt so hoch wie budgetiert“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.9
- „Wien: Erste Fertigteilhäuser kommen“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.10
- Seeh, Manfred: „Anatomie einer Ermittlung“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.10
- Neuhauser, Julia: „Keine Ausbildung: Bis 1000 Euro Strafe“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.11
- Pink, Oliver: „Being Werner F. (III)“, In: Die Presse vom 08.06.2016, S.34
- „Schlagabtausch zwischen Kern und Strache“, In: Die Presse vom 16.06.2016, S.2
- Ettinger, Karl: „Sozialgeld, auch wenn Anspruch fehlt“, In: Die Presse vom 16.06.2016, S.4
- Weiser, Ulrike/Stuhlpfarrer, Martin: „Verbot der Identitären „überlegenswert““ [Interview mit Sybille Straubinger, Parteimanagerin Wiener SPÖ, Anm.] In: Die Presse vom 16.06.2016, S.9
- „Drogengesetz: Gefängnisse füllen sich“, In: Die Presse vom 16.06.2016, S.10
- Seeh, Manfred: „Klarer DNA-Beweis nach Frauenmord“, In: Die Presse vom 16.06.2016, S.10
- Gabriel, Anna/Böhm, Wolfgang: „Und was jetzt, Europa?“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.1
- „Erdogan droht EU mit einem Referendum“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.2

- Schneider, Wieland: „Kosovo bei Serbien ist böser Traum“ [Interview mit kosovarischem Präsidenten Hashim Thaci, Anm.], In: Die Presse vom 24.06.2016, S.6
- „Flüchtlingsrückkehr ins Modelldorf Sonniges Tal“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.6
- Kocina, Erich/Nowak, Rainer: „Kern und Merkel versuchen den Gleichschritt“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.7
- „Ungarn nimmt keine Dublin-Fälle zurück“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.7
- Gaulhofer, Karl: „Die Wirtschaft "schleicht sich nach oben““, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.15
- „Wirtschaft soll stärker wachsen“, In: Die Presse vom 24.06.2016, S.28
- Sommerbauer, Jutta/Özkan, Duygu: „Der tschetschenische Top-Soldat des IS aus Wien“, In: Die Presse vom 02.07.2016, S.10
- „Haft für "illegale" Syrer“, In: Die Presse vom 02.07.2016, S.10
- „Arbeitslosigkeit unter Inländern sinkt“, In: Die Presse vom 02.07.2016, S.17
- Gehlen, Martin: „Ein bedrängter IS geht in die Terroroffensive“, In: Die Presse vom 04.07.2016, S.5
- Roser, Thomas: „Wenn Eifersucht in Mord endet“, In: Die Presse vom 04.07.2016, S.6
- Kommenda, Benedikt: „Republik zahlt "Schlepper" 6680 Euro“, In: Die Presse vom 04.07.2016, S.15
- „Nervosität vor dem Erreichen der Flüchtlingsobergrenze“, In: Die Presse vom 12.07.2016, S.4
- Ettinger, Karl: „ÖVP brüskiert FPÖ-Partner“, In: Die Presse vom 12.07.2016, S.8
- „Lohndumping Caritas beendet Asylprojekt“, In: Die Presse vom 12.07.2016, S.8
- „Vor neuer Fluchtwelle“, In: Die Presse vom 20.07.2016, S.1
- Bastaroli, Susanna: „Nicht die Grenzsicherungen haben Flüchtlinge gestoppt“ [Interview mit Vize-UN-Flüchtlingshochkommissar Volker Türk, Anm.], In: Die Presse vom 20.07.2016, S.2
- Kreiner, Paul: „Schock über Axtattentat“, In: Die Presse vom 20.07.2016, S.5
- Böhm, Wolfgang: „In der EU "irrelevant geworden““, In: Die Presse vom 20.07.2016, S.6
- „Bayern: IS reklamiert Axt-Attentat für sich“, In: Die Presse vom 20.07.2016, S.24
- „AfD für Aussetzen des Asylrechts für Muslime“, In: Die Presse vom 28.07.2016, S.5
- Prior, Thomas: „Der Scheue hat die Bühne entdeckt“, In: Die Presse vom 28.07.2016, S.6
- „Papst: "Die Welt ist in einem Krieg““, In: Die Presse vom 28.07.2016, S.8
- Thalhammer, Anna: „Drogenhandel verlagert sich in Bars“, In: Die Presse vom 28.07.2016, S.9
- „Freie Stellen in Deutschland“, In: Die Presse vom 28.07.2016, S.16
- Siefert, Almut: „Italien will US-Einsatz in Libyen unterstützen“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.7
- Streihammer, Jürgen: „Frontex: Doskozil-Kritik "tut weh““ [Interview mit Vizedirektor der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Berndt Körner, Anm.], In: Die Presse vom 05.08.2016, S.7
- „IS organisiert illegale Reisen nach Europa“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.7
- Ettinger, Karl: „Sozialgeld: Ultimatum an den Bund“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.10
- „Kampfsport: Justiz sagt Termin ab“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.11
- „Schlepper-Prozess in Salzburg: Zwei Jahre Haft für Afghanen“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.11
- Witzmann, Erich: „Alpbach, alte Probleme und eine neu definierte Aufklärung“, In: Die Presse vom 05.08.2016, S.29
- Ettinger, Karl: „Koalition sucht Befreiungsschlag“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.1
- „Ungarn nimmt keine Asylwerber zurück“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.2
- Böhm, Wolfgang: „Merkel will mit Kraftakt EU aktivieren“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.5
- Fritzl, Martin: „Straches Antwort auf die Kurz-ÖVP“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.7
- Bonavida, Iris: „Asylrecht: Eine Reform in der Dauerschleife“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.8
- „Richter zu Sobotka: "Folgen überlegen““, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.8
- Thalhammer, Anna: „Der kleine Wahlkampf hat begonnen“, In: Die Presse vom 23.08.2016, S.11
- Gaulhofer, Karl: „"Wer nicht sät, der wird verhungern““, [Interview mit Hannes Androsch, Ex-Finanzminister und Vizekanzler, Anm.], In: Die Presse vom 23.08.2016, S.13
- „Fast 7000 Menschen an einem Tag aus Mittelmeer geholt“, In: Die Presse vom 31.08.2016, S.4
- Seeh, Manfred: „Wiener Terrorverfahren um 21 Tote“, In: Die Presse vom 31.08.2016, S.9
- Aichinger, Philipp/Bonavida, Iris: „Der Plan zur Grenzsicherungen“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.1
- „Wien droht, Budapest bleibt entspannt“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.1
- Pink, Oliver: „Vor einem Jahr noch undenkbar“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.2

- „Doskozils Neutralitätsbegriff“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.2
- „SPD-Ministerin plant Kürzungen, Stöger winkt ab“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.3
- Prior, Thomas: „Zwischen Zorn und Stolz: Die neue Angela Merkel“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.3
- „Unicef-Bericht: 28 Millionen Kinder sind auf der Flucht“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.3
- Schmidt, Hans-Jörg/Ultsch, Christian: „Zeman empfängt Hofer: "Ich mag die Grünen nicht"", In: Die Presse vom 08.09.2016, S.5
- „Asylwerber als Unwetterhelfer“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.7
- „Ungarn: Prozess gegen aggressive Kamerafrau“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.8
- Binder, Jeannine: „Integration dauert bis zu 20 Jahre“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.17
- „Eurotunnel: Mauer gegen Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 08.09.2016, S.32
- Nowak, Rainer: „Dann wählen wir eben!“, In: Die Presse vom 16.09.2016, S.2
- „Polizei: Flüchtlinge griffen Neonazis an“, In: Die Presse vom 16.09.2016, S.8
- Gonsa, Christian: „Hält das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei?“, In: Die Presse vom 16.09.2016, S.9
- „Bricht der Flüchtlingsdamm?“, In: Die Presse vom 16.09.2016, S.42
- „Die Konflikte an der Balkanroute“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.1
- Neuwirth, Dietmar: „Ambivalente Signale vom Wiener Ballhausplatz“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.2
- Roser, Christian: „Länder auf dem Balkan befürchten neue Fluchtwelle im Herbst“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.2
- Bitzan, Gerhard: „Was blieb vom Deal mit der Türkei?“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.4
- El-Gawhary, Karim: „Die tödliche Überfahrt von Ägypten nach Europa“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.5
- Weiser, Ulrike: „Sonja Wehsely, Wiens rote Reizfigur“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.9
- „Flüchtlinge mit gutem Bildungsniveau“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.15
- Rohrer, Anneliese: „Junge Flüchtlinge - verloren im Dschungel der Paragrafen“, In: Die Presse vom 24.09.2016, S.31
- Kalnoky, Boris: „Explosion in Budapest war "ein Sprengsatz"", In: Die Presse vom 26.09.2016, S.3
- „Stögers Plan: Bauen gegen Arbeitslose“, In: Die Presse vom 26.09.2016, S.5
- Walterskirchen, Gundula: „Die Trojanischen Pferde des Muslime-Präsidenten Olgun“, In: Die Presse vom 26.09.2016, S.23
- Kalnoky, Boris: „Die Verwundbarkeit des Viktor Orban“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.2 und S.3
- Ultsch, Christian: „Ein Dämpfer für Viktor Orban, den König der Flüchtlingswellenreiter“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.2
- Prior, Thomas: „Sebastian Kurz - Liebling der deutschen Medien“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.3
- „Schulterzucken in Brüssel“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.3
- „Erdogan wirft EU vor, Flüchtlingshilfen nicht zu zahlen“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.3
- „Italien: Lampedusa gedachte ertrunkener Migranten“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.3
- Schneider, Wieland/Streihammer, Jürgen: „Taliban-Extremisten starten Großoffensive“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.5
- „Heikler Grenzschutz im Libanon“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.5
- „Nur wenige Ausländer mit Mindestpension“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.6
- „Fünf-Euro-Jobs „pervers"", In: Die Presse vom 04.10.2016, S.6
- „Babler verteidigt Subventionen“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.11
- Winroither, Eva: „Flüchtlinge als Firmenchefs“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.11
- Urschitz, Josef: „Der Jobmarkt und seine Problembären“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.15
- Höller, Christian: „Arbeitslos: Wien als Hotspot“, In: Die Presse vom 04.10.2016, S.18
- Rief, Norbert: „Flüchtlinge kosten zwei Mrd. Euro“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.1
- Ettinger, Karl: „Schellings verlängerte Budgetschlacht“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.2
- „EU setzt verstärkt auf direkte Hilfe in Afrika“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.3
- „Kern verteidigt Merkel gegen Kritik von Kurz“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.3
- Prior, Thomas: „Die guten und der böse Syrer“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.3
- „Tausche "klares Profil" gegen Pläne für die Obergrenze“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.8
- Imlinger, Christine: „Umdasch lässt Flüchtlinge Möbel bauen“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.20

- Hamann, Sybille: „Es ist hundert Jahre her, aber wir stecken noch mittendrin“, In: Die Presse vom 12.10.2016, S.31
- Pink, Oliver: „Der antizipierte Notstand fußt auf Versäumnissen der Vergangenheit“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.2
- Thalhammer, Anna: „Zahl der Rückführungen nach Kroatien nimmt zu“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.4
- Bonavida, Iris: „Wer bleibt, wer geht, ist unklar“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.4
- „Täuschung der Behörde strafbar“, In: Die Presse vom 20.10.2016, S.4
- „Erschreckende Radikalisierung" der FPÖ“, In: Die Presse vom 28.10.2016, S.7
- Binder, Jeannine: „Geduld, es dauert einfach noch“ [Interview mit AMS-Chef Johannes Kopf], In: Die Presse vom 28.10.2016, S.12
- „Kurz gibt CSU-Chef Seehofer Schützenhilfe“, In: Die Presse vom 05.11.2016, S.5
- „Missstimmung bei Mindestsicherung“, In: Die Presse vom 05.11.2016, S.9
- „Offensive auf IS-Hauptstadt läuft“, In: Die Presse vom 07.11.2016, S.4
- „Verteidigungsminister treffen sich ab heute“, In: Die Presse vom 07.11.2016, S.5
- „Ultimatum läuft ab“, In: Die Presse vom 07.11.2016, S.5
- Bonavida, Iris: „Der Steuereckel wird verteilt“, In: Die Presse vom 07.11.2016, S.5
- „Berlin: Migrantinnen nach Afrika zurückschicken“, In: Die Presse vom 07.11.2016, S.24
- Schneider, Wieland: „EU braucht Flüchtlingsabkommen mit Türkei“ [Interview mit Mazedoniens Außenminister Nikola Popovski, Anm.], In: Die Presse vom 15.11.2016, S.6
- „40 Prozent der Jihadisten sind Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 15.11.2016, S.7
- „Neue Klassen für junge Flüchtlinge“, In: Die Presse vom 15.11.2016, S.9
- „ÖVP mit neuem Vorschlag zum Sozialgeld“, In: Die Presse vom 15.11.2016, S.10
- „Straches Ausweitung der (Wahl-)Kampfbühne“, In: Die Presse vom 23.11.2016, S.5
- Böhm, Wolfgang: „Vor Stopp der Beitrittsgespräche“, In: Die Presse vom 23.11.2016, S.6
- Bonavida, Iris: „Abschiebungen nach Kroatien auf Eis gelegt: Warten auf den EuGH“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.2
- „Ungarn verurteilt syrischen Flüchtling zu zehn Jahren Haft“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.7
- „Ankara droht erneut mit Öffnung der Grenzen“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.8
- Fritzl, Martin: „Ein Fleckerlteppich namens Mindestsicherung“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.11
- „Audimax-Störaktion: Identitäre wegen Besitzstörung verurteilt“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.13
- Baltaci, Köksal: „Minister im Wertekurs“, In: Die Presse vom 01.12.2016, S.12
- Gehlen, Martin: „Rebellen in Aleppo vor Aufgabe“, In: Die Presse vom 09.12.2016, S.1
- Dumbs, Helmar: „Griechenland soll Dublin-Fälle wieder nehmen“, In: Die Presse vom 09.12.2016, S.2
- Imlinger, Christine: „Da haben wir genau dasselbe Problem“, In: Die Presse vom 09.12.2016, S.5
- Lagler, Claudia: „Terrorverdächtige: Zu viele Zufälle“, In: Die Presse vom 09.12.2016, S.8
- „Weniger Staatsschulden, Abgabenquote verbessert“, In: Die Presse vom 09.12.2016, S.14
- Gaulhofer, Karl: „Auch Zufriedene sind grantig auf die Politik“, [Interview mit WIFO-Chef Christoph Badelt, Anm.], In: Die Presse vom 17.12.2016, S.2
- Prior, Thomas: „Merkels heimlicher Schwenk in der Asylpolitik“, In: Die Presse vom 17.12.2016, S.8
- Pink, Oliver: „Machtmensch und Menschenfischer“, In: Die Presse vom 17.12.2016, S.9
- „Jesus 2016 als Flüchtling“, In: Die Presse vom 27.12.2016, S.7
- „Jugendliche drohten Schaffner mit Mord“, In: Die Presse vom 27.12.2016, S.9
- Winkler, Hans: „Verdrängtes Christentum als lästige Provokation“, In: Die Presse vom 27.12.2016, S.18 und S.19

9.6. Abstract (Deutsch)

Österreich erarbeitete sich während des Kalten Krieges den Ruf eines Asyl- und Aufnahmestaates für geflüchtete Menschen, der jedoch seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend durch Politik und Gesellschaft in Frage gestellt wurde. Mit der Aufnahme von Geflüchteten aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ging eine Reihe von Verschärfungen des Fremdenrechts und des politischen Diskurses einher. Ähnliche Entwicklungen konnten bei der Aufnahme syrischer Geflüchteter im Zuge der militärischen Eskalation des Syrienkrieges in Österreich beobachtet werden.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen *Die Presse* und *Kronen Zeitung* und vergleicht dabei den journalistischen Diskurs über Geflüchtete, die im Zuge der postjugoslawischen Kriege fliehen mussten, mit der aktuellen Berichterstattung über geflüchtete Menschen aus Syrien.

Zentraler Aspekt der Analyse ist die Frage nach dem Kontext, in dem über Geflüchtete berichtet wird. Darüber hinaus geht die Untersuchung auf Unterschiede zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitungen bei der Thematisierung geflüchteter Menschen ein.

Im theoretischen Teil der Arbeit kommt es zu einem Überblick über die kommunikationswissenschaftliche Migrationsforschung. Des Weiteren kommt es zu einem Überblick über internationale und österreichische Asylpolitik sowie einer Darstellung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen, bevor auch die für die großen Fluchtbewegungen relevanten militärischen Konflikte der postjugoslawischen Kriege und des Syrienkrieges näher betrachtet werden.

Der empirische Teil der Arbeit untersuchte 180 Artikel der Tageszeitungen *Die Presse* und *Kronen Zeitung* durch die Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Darüber hinaus fließt die Untersuchung von insgesamt 1399 Zeitungsartikeln in die gefundenen Ergebnisse mit ein.

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen einen deutlichen Wandel des journalistischen Diskurses über geflüchtete Menschen: Während Geflüchtete innerhalb der 1990er Jahre aus einer außenpolitischen Perspektive betrachtet wurden, interpretieren JournalistInnen geflüchtete Menschen im Zeitraum der 2010er Jahre als innenpolitisches und ökonomisches „Problem“. Darüber hinaus begleitet die Berichterstattung in vielen Fällen die Verwendung einer abwertenden oder negativen Sprache, die zwar in den 1990er Jahren präsenter ist, aber auch innerhalb der 2010er Jahre von JournalistInnen verwendet wird.

9.7. Abstract (English)

During the Cold War, Austria managed to earn itself a reputation as a country of asylum for refugees. This reputation was increasingly questioned by politics and society since the 1990s. The accommodation of refugees from the former state of Yugoslavia was accompanied by the tightening of the Austrian laws of asylum and an intensification of the political discourse. Similar developments can be observed concerning the accommodation of Syrian refugees in the course of the military escalation of the war in Syria. This thesis deals with the coverage of the Austrian newspapers *Die Presse* und *Kronen Zeitung* and tries to compare the journalistic discourse about refugees from former Yugoslavia with the discourse about refugees from Syria. Main aspect of this thesis is the context in which refugees are covered by the media. Furthermore, the thesis tries to outline the difference between the coverage of quality- and tabloid newspapers.

The theoretical part of this thesis contains an overview of migration studies, the central studies of communication science on “media and migration” or “media and asylum” are introduced. In addition, there is an overview of international and Austrian asylum policy, as well as a description of the relevant legal regulations, before the Post-Yugoslavian wars and the war in Syria are considered closer.

The empirical part of the paper examined 180 articles of the daily newspapers *Die Presse* and *Kronen Zeitung* by applying the qualitative content analysis according to Mayring. Furthermore, a total of 1399 newspaper articles was analyzed as part of an empirical examination. The results of the thesis show a change within the journalistic discourse about refugees: while refugees were considered from a foreign policy perspective in the 1990s, journalists interpret refugees as a domestic and economic "problem" in the 2010s. In addition, news coverage is often accompanied by the use of a derogatory or negative language that, while more present in the 1990s, is also frequently used by journalists within the 2010s.